This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

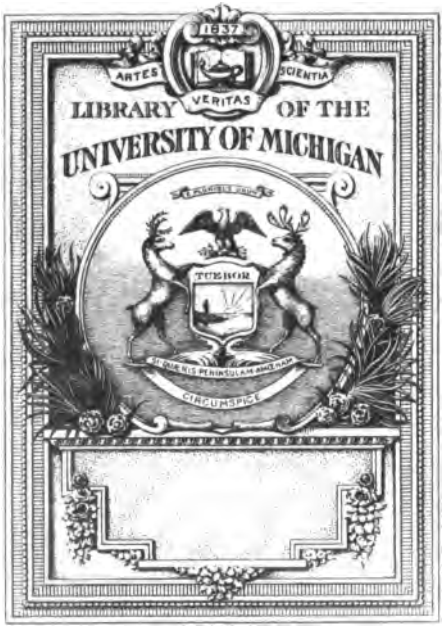
+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.


1837
ARTES
SCIENTIA
VERITAS
LIBRARY OF THE
UNIVERSITY OF MICHIGAN
TUEBOR
SI QUAERIS PENINSULAM AMOENAM
CIRCUMSPICE

6.—

D
2
.D49

Deutscher Geschichtskalender 1902

1

Königl. Ministerium der öffentlichen Arbeiten
Bibliothek

K. 5.
1.

Der zweite Band des Deutschen Geschichtskalenders für 1907 wird, nach der bisherigen Einrichtung, enthalten: Die Erwähnung der politischen Vorgänge in den großmächtlichen Staaten im zweiten Halbjahre und die des ganzen Jahres in den nichtpreußischen und in den übrigen ausländischen Staaten.

Deutſcher
Geſchichtskalender
für 1907

Sachlich geordnete Zuſammenſtellung
der
politiſch wichtigſten Vorgänge im In- und Ausland

Von

Profeſſor Dr. Karl Wippermann

Erſter Band

F. Bu. 17724
Königl. Ministerium der öffentlichen Arbeiten Bibliothek

Leipzig
Verlag von Fr. Wilh. Grunow
1907

Inhalt.

Das Deutsche Reich und Preußen.

Erster Abschnitt: Bewegung für die Wahlen zum Reichstage.

Seite

I. Stellung der Parteien 1
II. Die Wahlen und ihre Nachklänge 24

Zweiter Abschnitt: Erste Tagung des 12. Reichstags.

Eröffnung durch Rede des Kaisers 37
Konstituierung 38
Fraktionen 39
Frage der Wahlbeeinflussungen 39
Finanzielle Angelegenheiten:
I. Reichshaushaltsetat für 1907.
Erste Beratung:
Einführung des Etats durch v. Stengel 42
Spahn und die sozialpolitischen Wünsche des Zentrums . . 42
Der Reichskanzler über Zentrum, Sozialdemokratie und Sozialpolitik 44
Bebel über die Wahlen zum Reichstage 47
Der Reichskanzler über die Bedeutung der sozialdemokratischen Niederlage 47
Die übrigen Redner 49
Zweite Beratung:
Über die Fortführung der Sozialpolitik 54
Zur Justizreform 60
über Mißstände im Heere 61
Minister v. Einem über das deutsche Heer 62
Der Etat der Postverwaltung 63
Die Redner über die auswärtige Politik 64
Der Reichskanzler über die Abrüstungsfrage 65
Derselbe über die Beziehungen zum Auslande 66
Derselbe über die braunschweigische Frage 67
Die Eisenbahn-Betriebsgemeinschaft 69
Der Etat des Kolonialamts 70
Dritte Beratung 71
Ergänzungsetat zum Reichsetat für 1907 72
II. Etats-Notgesetz 73

Seite

III. Zwei Nachtragsetats für 1906:
Ausgaben für den Aufstand in Südwestafrika und Darlehn für die Eisenbahn in Südwestafrika 73
IV. Erster Nachtragsetat für 1907 (Entschädigung der Farmer in Südwestafrika) 75
V. Zweiter Nachtragsetat für 1907 (Erweiterung des Nordostseekanals) 76
VI. Dritter und vierter Nachtragsetat für 1907 (Teuerungszulagen und Ersatz anderweiter Schäden in den Kolonien) 76
VII. Abschluß des Reichsetats 77
VIII. Verwaltung des Fonds für die Witwen- und Waisenversicherung 78
IX. Änderung des Reichsbeamtengesetzes und Beamtenhinterbliebenengesetz 78
X. Pensionsversicherung der Privatbeamten 79
XI. Maßnahmen bezüglich der Maischbottichsteuer 81
XII. Gebührentarif für den Nordostseekanal 81

Rechtsangelegenheiten.
Änderung der Strafprozeßordnung und des Gerichtsverfassungsgesetzes 82

Über den polnischen Schulstreik 83

Soziale Angelegenheiten.
I. Stand der sozialpolitischen Gesetzgebung 84
II. Verhütung von Grubenunglück 86
III. Berufs- und Betriebszählung im Jahre 1907 87

Gesetzgebung für Handel und Verkehr.
Änderung des Weingesetzes 87

Verträge mit dem Auslande.
I. Internationales Übereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr 88
II. Vertrag mit Luxemburg (Brausteuergemeinschaft) 89
III. Vertrag mit den Niederlanden (Anerkennung finanzieller Gemeinschaften) 89
IV. Vertrag mit der Schweiz (Beglaubigung von Urkunden) . . 89
V. Vertrag mit Frankreich (Schutz von Werken der Literatur) . . 89
VI. Vertrag mit Norwegen 89
VII. Vertrag mit Griechenland 90
VIII. Zusatz zum Handelsvertrage mit der Türkei 90
IX. Handelsvertrag mit Nordamerika 90
X. Zusatz zum Weltpostvertrage 92

Dritter Abschnitt: Dritte Tagung des 20. preußischen Landtags.

Eröffnung durch Rede des Ministerpräsidenten Fürsten von Bülow 92

Finanzielle Angelegenheiten.
I. Staatshaushaltsetat für 1907.
1. Die Vorlage 93
2. Erste Beratung im Abgeordnetenhause 94
3. Zweite Beratung im Abgeordnetenhause:
Minister v. Arnim über die allgemeine Lage der Landwirtschaft 96
Innere Kolonisation 97

Seite

Reformen in der innern Verwaltung 99
Die sittlichen Zustände in Berlin 100
Über die Parteien nach den Reichstagswahlen 101
Die Zentralgenossenschaftskasse 102
Die Eisenbahnverwaltung 103
Güterwagengemeinschaft 103
Fahrkartensteuer 104
Arbeiterkoalitionen 104
Polnischer Schulstreik 104
Frage der fachmännischen Schulaufsicht 108
Der Kultusminister über seine Verwaltung 110
Lehrerbesoldungsgesetz 110
Die theologischen Professoren 111
Niederlassungen des Franziskanerordens 111
Reform des höhern Mädchenschulwesens 112
Schatzanweisungen 112
Schiffahrtsabgaben 113
Ansiedlungskommission für Westpreußen und Posen . . . 113
Minister v. Arnim über die Polenpolitik 114
4. Dritte Beratung im Abgeordnetenhause 114
5. Beratung im Herrenhause 115
6. Feststellung des Staatshaushaltsetats für 1907 118
II. Nachtrag zum Staatshaushaltsetat für 1907 118
III. Dienstbezüge der Staatsangestellten 120
IV. Änderung der Gesetze für Beamtenpension und Fürsorge für Witwen und Waisen von Staatsbeamten 121
V. Pensionierung der Volksschullehrer 122
VI. Richterbesoldungsgesetz 123
VII. Reform des Ruhegehalts der evangelischen Geistlichen . . . 124
VIII. Änderung des Einkommensteuergesetzes 124
IX. Änderung des Kommunalabgabengesetzes 125
X. Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Arbeitern und niedern Staatsbeamten 125
XI. Eisenbahn-Anleihegesetz 125
XII. Steigerung der Kohlenpreise 126
XIII. Grunderwerb am Rhein-Weserkanal 127
XIV. Erweiterung des Nordostseekanals 127

Unterrichtsangelegenheiten.

I. Über den Ministerialerlaß wegen Gehaltserhöhung der Lehrer 128
II. Ländliche Fortbildungsschulen 130

Verwaltungsangelegenheiten.

Verunstaltung von Ortschaften und landschaftlich hervorragenden Gegenden 130

Soziale Angelegenheiten.

I. Novelle zum Berggesetze 132
II. Quellenschutzgesetz 134
III. Gesetz über die Wanderarbeitsstätten 135
IV. Auffaugung des bäuerlichen Besitzes durch das Großkapital . 136

Justizangelegenheiten.

I. Ausübung des Jagdrechts 137
II. Strafvollzug 138

Seite

Vierter Abschnitt: Parteibewegung.

I. Bund der Landwirte 138
II. Steuer- und Wirtschaftsreformer 140
III. Verband der christlichen Gewerkschaften 142
IV. Die Parteien über die Rede zur Eröffnung des Reichstags . 143
V. Der Landwirtschaftsrat und Rede des Reichskanzlers . . . 146
VI. Die freisinnigen Parteien 148
VII. Die nationalliberale Partei 151
VIII. Die Frage der konservativ-liberalen Paarung 155
IX. Die Zentrumspartei 158
X. Antiultramontaner Reichsverband 165
XI. Deutsch-hannoversche Partei 166
XII. Deutsche Reformpartei 168
XIII. Die polnische und die gegenpolnische Partei 168
XIV. Anarchistenpartei 174
XV. Sozialdemokratische Partei 175
XVI. Deutscher Handelstag 179
XVII. Deutscher Flottenverein 182
XVIII. Nationalverein für das liberale Deutschland 183

Fünfter Abschnitt: Der Kaiser.

Königlicher Erlaß, betreffend Majestätsbeleidigung 183
Kabinettsbefehl, betreffend Stiftung für Schiffsjungen . . . 184
Glückwunsch an die Maschinenbau-Gesellschaft „Vulkan“ in Stettin 184
Erlaß, betreffend Dank für Geburtstags-Glückwünsche . . . 184
Telegramm an den Präsidenten Fallières in Paris 185
Ansprache bei der Huldigung nach den Reichstagswahlen . . 185
Telegramm an den König Friedrich August von Sachsen . . 186
Ansprache an eine Abordnung des Malteser-Ritterordens . . 186
Ansprache an See-Rekruten in Wilhelmshaven 187
Empfang des Präsidiums des Reichstags 187
Beileid wegen Todes Casimir Périers 188
Beileid wegen des französischen Kriegsschiffs „Jena“ . . . 188
Empfang des französischen Botschafters Cambon 189
Empfang englischer Zeitungsredakteure 189

Sechster Abschnitt: Soziale Angelegenheiten.

I. Konferenz zur Förderung der Arbeiterinnen-Interessen . . . 190
II. Bund vaterländischer Arbeitervereine 191
III. Versammlung der evangelischen Arbeitervereine 192
IV. Freie kirchlich-soziale Konferenz 193
V. Evangelisch-sozialer Kongreß 194

Siebenter Abschnitt: Evangelische Kirche.

I. Erlaß des Evangelischen Oberkirchenrats an die Konsistorien 196
II. Königlicher Erlaß zugunsten der evangelischen Auslandsdeutschen 198
III. Evangelische Vereinigung 198
IV. Protestantentag 199

Seite

Achter Abschnitt: Schutzgebiete.

I. Allgemeines 201
II. Kamerun 204
III. Togo 205
IV. Südwestafrika 205

Neunter Abschnitt: Auswärtige Angelegenheiten.

I. Die deutsche Politik im allgemeinen 207
II. Verhältnis zu Großbritannien 207
III. Beziehungen zu Dänemark 214
IV. Diplomatische Besuche 215
V. Beziehungen zu Marokko 215
VI. Beziehungen zu Nordamerika 216

Zehnter Abschnitt: Veränderungen im höhern Beamtentum 217

Elfter Abschnitt: Totenliste 219

Österreich-Ungarn.

A. Österreich.
I. Reichsrat.
1. Änderung des Gesetzes über die Reichsvertretung . . . 221
2. Rekrutierungsgesetz 222
3. Aufbesserung von Staatsbediensteten 222
4. Preissteigerung der Waren 223
II. Parteibewegung 223
III. Der Kaiser 227
IV. Neuwahlen zum Abgeordnetenhause 228
V. Der neue Reichsrat 228
B. Ungarn.
I. Programm der Regierung 232
II. Reichstag.
1. Zu den Etatsfragen 233
2. Schulwesen 234
3. Über die Orientfrage 235
4. Bahnbeamtengesetz 236
5. Über die österreichische Thronrede 237
III. Parteibewegung 237
C. Gemeinsame Angelegenheiten.
I. Die Delegationen 239
II. Der handelspolitische Ausgleich 240
III. Auswärtige Angelegenheiten 241

Seite

Rußland.

I. Fortsetzung der revolutionären Bewegung 243
II. Die Volksvertretung (Duma) 248
III. Finnland 268
IV. Auswärtige Angelegenheiten 269

Frankreich.

I. Kirchenpolitik.
Der Papst an die französischen Bischöfe 270
Die französischen Bischöfe an den Papst 272
Dieselben an die ausländischen Bischöfe 273
Frage der Kirchennutznießungsverträge 273
Beschlagnahme von Papieren des Nuntius Montagnini 272 u. 275
Verbot bezüglich eines Festzugs in Orléans 275
II. Nationalversammlung.
1. Präsidentenwahlen 276
2. Budget 276
3. Über die französische Rente 280
4. Einkommensteuer 282
5. Über die Kirchenpolitik 283
6. Beamtengesetz 286
7. Wöchentlicher Ruhetag 287
8. Über das Verhalten gegen streikende Arbeiter 288
9. Volksschulunterricht 289
10. Militärisches 290
11. Über die Syndikate der Beamten und die allgemeine Politik 293
12. Über auswärtige Angelegenheiten 296
III. Wirtschaftspolitik 297
IV. Sozialistenkongreß 298
V. Militärische Angelegenheiten 298
VI. Auswärtige Angelegenheiten.
1. Über Fragen wegen Marokkos 300
2. Verhältnis zum Deutschen Reiche 302
3. Vertrag mit Siam 304
VII. Todesfälle 304

Großbritannien und Irland.

I. Parlament.
1. Eröffnung durch Thronrede 305
2. Adreßberatungen 305
3. Über auswärtige Angelegenheiten 307
4. Reform des Oberhauses 309
5. Zur irischen Frage 310
6. Landbill für Schottland 311

Seite

7. Soziales 312
8. Finanzen 312
9. Militärische Angelegenheiten.
über das Landheer 313
über die Flotte 316

II. Parteibewegung 321

III. Kolonien.
1. Transvaal 323
2. Nigeria 325
3. Ostindien 326
4. Kanada 327
5. Neufundland 327
6. Australien 328
7. Kolonialkonferenz 328

IV. Verhältnis zum Auslande.
1. Beziehungen zum Deutschen Reiche 332
2. Zusammenkünfte des Königs mit andern Staatsoberhäuptern 335

Italien.

I. Parlament.
1. Regelung des Eisenbahnbetriebs 335
2. Soziale Angelegenheiten 336
3. Militärische Angelegenheiten 336
4. Zollfragen 338
5. Kolonialfragen 338
6. Über Beziehungen zum Auslande 339

II. Auswärtige Angelegenheiten 341

III. Papst 343

Zweite internationale Friedenskonferenz 346

Das Deutsche Reich und Preußen.

Erster Abschnitt.

Bewegung für die Wahlen zum Reichstage.

I.

Stellung der Parteien.

Die ersten Regungen für die Wahlen zu einem neuen Reichstage an Stelle des am 13. Dezember 1906 aufgelösten zeigen sich schon am Ende des Jahres nach zwei Richtungen hin: auf der einen Seite in den lebhaftesten Aeußerungen des Gedankens, daß für die Erzielung eines vorwiegend nationalgesinnten Reichstags alles auf eine bei weitem größere Wahlbeteiligung ankomme, als bei den letzten Reichstagswahlen, denen vom Jahre 1903, der Fall war, auf der andern Seite im Aufbäumen der Zentrumspartei gegen den Versuch ihrer Verdrängung aus der den Reichstag auch in nationalen Fragen beherrschenden Stellung. Der bisher außerordentlich großen Zahl der Wahlsäumigen wird die bisherige Zahl der sozialdemokratischen Wahlen Schuld gegeben. Auf die Pflichtvergessenheit des Reichstagswählers, die bürgerliche Wahlfaulheit wird daher in der Presse stärker als je zuvor hingewiesen, und hieran reiht sich mehrfach schon die Besorgnis, daß die durch die Auflösung des Reichstags in die Volksmassen getragne Aufregung bald verpufft sein werde, daß der Bewegung die allgemeine Begeisterung fehle, daß sie zwar trefflich eingeleitet, aber schwach fortgesetzt sei wegen Mangels an Männern, die zu begeistern verstehn, überhaupt pflege in Deutschland eine politische Gleichgiltigkeit zu herrschen, und die Kolonialfrage reiche nicht aus, das Maß nationaler Begeisterung zu ergänzen. Diese Meinung verlautet auch auf der entgegengesetzten Seite, wo vom bisherigen Abgeordneten Spahn am 29. Dezember in einer Versammlung der Zentrumspartei zu Bonn verkündigt wird, daß Zentrum Trumpf bleiben werde. Diese Partei, die sich große Verdienste um das Vaterland erworben und die Regierung in zahllosen kritischen Lagen unter großer Selbstverleugnung

gestützt habe, werde es sich nicht gefallen lassen, daß sie so miserabel schlecht behandelt worden sei; ihre Ehre sei verletzt, und sie werde die gebührende Antwort geben, werde zeigen, daß sie nicht nur bellen, sondern auch beißen könne.

3. Januar. Allmählich nimmt die Bewegung einen solchen Umfang an, daß vorläufig das ganze politische Parteiwesen darin aufgeht. — Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" beginnt eine Reihe von anscheinend halbamtlichen Ausführungen zur Verhinderung und Bekämpfung parteipolitisch unrichtiger Darstellungen klarer, namentlich die Kolonialangelegenheiten betreffender Tatsachen. In den nationalen Parteien zeigt man sich sehr empfindlich über jeden Anschein ihres nicht völligen oder ihres nicht ausdauernden Zusammenhaltens bei den Wahlen. Staunende Entrüstung vernimmt man auf liberaler Seite darüber, daß das Hauptorgan der Konservativen, die „Kreuzzeitung", am 31. Dezember angekündigt hatte, die konservative Partei müsse „sich in manchen Wahlkreisen mit dem Zentrum verbünden, in dem das konservative Prinzip trotz allem noch eine größere Zahl von Vertretern hat". Hiergegen lassen sich Stimmen vernehmen wie diese:

Was hat diese Verwirrung in der „Kreuzzeitung" angerichtet, was diese verräterische Politik veranlaßt, die den besten Überlieferungen der konservativen Partei ins Gesicht schlägt? Lediglich der blinde Haß gegen den Freisinn, der gewiß so lange die entschiedne Bekämpfung der nationalen Parteien verdiente, als er sich nationalen Forderungen verschloß, der aber in dem gleichen Augenblick an unsre Seite gehört, in welchem er, wie am 13. Dezember, der bessern Einsicht Raum gibt. Der „Kreuzzeitung" aber stehn die vom Parteiegoismus diktierten Rücksichten höher als die Pflicht gegen die nationale Ehre, deren Wahrung jetzt die schärfste Frontstellung gegen Schwarz und Rot zur vornehmsten Pflicht macht. Es ist das eine nationale Versündigung.

In gleicher Weise wenden sich andrerseits Blätter wie die „Grenzboten" gegen Abirrungsversuche der Freisinnigen von dem nach nationaler Ansicht allein maßgebenden Gesichtspunkte. Das Leipziger Blatt sagt:

Zuerst haben die Freisinnigen dafür zu sorgen, daß die Mehrheit, die die Grundlage ihres Einflusses ist, zustande kommt, haben aus diesem Grunde die Konservativen gegen die Sozialdemokratie so weit wie möglich zu unterstützen. Leider entspricht aber das Bild des Aufmarschs wenig dieser vernünftigen Betrachtungsweise. Die Hauptstörenfriede sind die Liberalen der Freisinnigen Vereinigung Barthscher Richtung, die den Vorschlag eines nationalen Blocks als „Idiotie" verwerfen und die Parole ausgeben, daß in einem Entscheidungskampfe zwischen einem „Reaktionär" und einem Sozialdemokraten der Sozialdemokrat zu wählen sei. Diese Parole bedeutet die offne Unterstützung des Zentrums; denn dessen bisherige unbedingte Herrschaft im Reichstage beruht ja gerade auf der Zahl der sozialdemokratischen Mandate. Soll die Auflösung des 13. Dezember ihren Zweck erreichen, so

muß die Möglichkeit geschaffen werden, daß die Konservativen auch mit den Liberalen eine Mehrheit bilden können, und das kann nur geschehn durch Verminderung der Zentrums- und sozialdemokratischen Mandate. Wird dieses Ziel erreicht, so wächst naturgemäß der Einfluß des bürgerlichen Liberalismus, der in vielen Fällen das Zünglein an der Wage sein und für Führung der Reichsgeschäfte dann einen notwendigen, von Regierung und Parteien wohl zu beachtenden Faktor stellen wird. Wenn der Liberalismus nun die Möglichkeit einer größern Betätigung, eines Zuwachses an Macht und Einfluß von vornherein vereitelt durch eine Stärkung der zerstörenden Kräfte im Volk, die auch ihm die Lebensmöglichkeit abgraben, so bestätigt er die alte trübe Erfahrung, daß mit ihm keine praktische Politik zu machen ist.

4. Januar. Der Silvesterbrief (Bd. 2 von 1906, S. 139) des Reichskanzlers bietet der Presse aller Parteien reichliche Gelegenheit zur Aussprache und zu Einwirkungsversuchen.

Der „Reichsbote" (kons.) sagt: „Dieser Brief ist eine erfreuliche Kundgebung; er beweist, daß die Regierung nicht wie 1903 stumm wie ein Fisch der Wahl zum Reichstage ebenso teilnahmlos wie einem Volksschauspiel zusehen, sondern bezeugen will, daß sie so gut wie der Christian aus dem Vorstand der Fortschrittspartei oder der Peter aus der Zentrumspartei ein Recht hat, sich um die Wahlen insoweit zu kümmern, als sie den Wählern sagt, was Meinung der Regierung ist, welche Politik sie treibt, und wie die Dinge liegen. Aber solche Kundgebungen der Regierung sollten auch öffentlich bekannt gemacht werden. Das Schreiben des Reichskanzlers richtet sich gegen das ultramontan-sozialdemokratische Zusammengehn in einer die Ehre und Sicherheit der Reichs tief berührenden Frage und möchte durch die Neuwahlen bewirken, daß diese reichsfeindliche Majorität in Zukunft unmöglich und eine reichstreue, nationalgesinnte Mehrheit an ihre Stelle tritt, die aus Konservativen und Liberalen bestehn soll." — Die „National-Zeitung" äußert, die Kundgebung des Kanzlers sei von musterhafter Klarheit. Er lege ersichtlich Wert darauf, daß sein Vorgehn gegen die bisher „regierende" Partei nicht der Eingebung des Augenblicks entsprungen sei. Das bilde das neue Moment im Wahlkampfe. — Die freikonservative „Post" hält das Entgegenkommen gegen den Liberalismus schon für bedenklich. — Die „Kreuzzeitung" vermißt in dem Wahlaufrufe die Aufforderung an die Nationalliberalen, ihre Angriffe auf konservative Wahlkreise zu unterlassen, und meint, die Konservativen würden also kaum auf die Sympathien des Reichskanzlers in ihrer Verteidigung gegen nationalliberale Eingriffe rechnen können. — Das freisinnige „Berliner Tageblatt" ist beim Studium des Briefs des Reichskanzlers zu der Überzeugung gelangt, daß Bülow sehr gern mit den Liberalen arbeiten wolle, falls diese dazu bereit seien, auf sämtliche liberalen Forderungen und Grundsätze zu verzichten; mache

er doch in seinem Schreiben dem Liberalismus nicht die winzigste Konzession. — Die „Tägliche Rundschau" begrüßt die Wahlkundgebung des Reichskanzlers, die mit Schärfe die Lüge eines neuen Kulturkampfes ablehne; sie glaubt aber, daß die Tätigkeit der Regierung mit diesem Brief nicht abgeschlossen sein könne. — Die „Deutsche Tageszeitung" bemerkt: Was Fürst Bülow über die Wandlung des Liberalismus sagt, klingt überaus optimistisch. Eine einheitliche liberale Partei, die den klaren Willen und die Fähigkeit gezeigt hätte, positive Politik zu treiben, hat es gewiß nicht gegeben. Die wird es aber auch nach den Wahlen nicht geben, mögen sie ausfallen, wie sie wollen. Von dem „Wandel in den doktrinären Anschauungen" der Vertreter des liberalen Bürgertums haben wir höllisch wenig verspürt. — Die „Germania" (Zentr.) schreibt: Der Silvesterbrief gefällt uns gar nicht so übel; das Zentrum kann „in Anbetracht der Umstände" sehr damit zufrieden sein. Wird ihm doch von autoritativer Seite bezeugt: 1. daß staatliche Hoheitsrechte ihm zuliebe nicht preisgegeben und irgendwie bedenkliche Zugeständnisse in religiösen und kulturellen Fragen ihm nicht gemacht worden sind, 2. daß es die wichtigsten nationalen Aufgaben, die an den Reichstag herantraten, hat lösen helfen. Damit verpufft die Wahlparole: „Gegen die ultramontane Herrschaft und das nationale Zentrum" in die Luft. Alles in allem: die Kundgebung des Reichskanzlers wird uns die Wahlen nicht verderben. Sie ist ein gutes Zeugnis für das Zentrum, aber wenig geeignet, die „Regierungsparteien" zu begeistern und zu geschlossenem Vorgehn zu reizen. — Die „Kölnische Volkszeitung" (Zentr.) ist überzeugt, daß jene Kundgebung der Regierung auf keiner Seite befriedigen wird. Fürst Bülow werde sich gratulieren dürfen, wenn er mit dem künftigen Reichstage besser auszukommen vermöge. Zum Schlusse heißt es: „Das Schreiben des Reichskanzlers ist ein Schlag ins Wasser; seine Parole: »Für Ehr und Gut der Nation gegen Sozialdemokraten, Polen, Welfen und Zentrum« ist durch Ereignisse längst überholt und mehr oder minder von allen Blockparteien preisgegeben." — In einer Kölner Zentrumsversammlung droht der bisherige Abgeordnete Trimborn, wenn es ihm darauf ankäme, einen Entrüstungssturm zu entfachen, würde er von kolonialen Skandalen reden. Er wolle aber nicht im Schmutz wühlen. Wenn jedoch das Zentrum dazu gezwungen werden sollte, scheue es nicht davor zurück. „Die Ehre der Zentrumspartei ist in beleidigendster Weise verletzt worden, in einer Weise, die den letzten Zentrumswähler zu erbittern geeignet ist. Wir müssen zeigen, daß die deutschen Katholiken eine andre Sprache reden als die französischen. Das Zentrum will eine christliche und nicht eine atheistische Kolonialpolitik. Es wäre ein nationaler Unglückstag, wenn

der Einfluß des Zentrums als einer hervorragend christlichen Partei gebrochen würde."

Der „Vorwärts" (soz.) macht sich darüber lustig, daß Fürst Bülow nun endlich „die vom Freisinn so heißersehnte zündende Wahlparole" ausgegeben habe. — Nach Ansicht der „Hamburger Nachrichten" verdient der Brief des Fürsten Bülow, „der im großen ganzen wohl kaum als ausreichend betrachtet werden darf, die Erwartungen zu erfüllen, die in weiten Kreisen des deutschen Volkes bezüglich des Eingreifens der Regierung in die Wahlkampagne gehegt worden sind". Weiter aber heißt es:

Es fehlt dem Schreiben des Kanzlers das Großzügige, Mitfortreißende und Begeisternde, das jeder auf die Wahl berechneten Kundgebung nun einmal eigen sein muß, wenn sie wirksam sein soll. Selbstverständlich verlangen wir von dem leitenden deutschen Staatsmann nicht, daß er mit Schlagworten um sich wirft, wie ein Agitator in einer Volksversammlung, aber eine etwas größere Entschiedenheit, gepaart mit lapidarer Kürze und glücklicher Prägung einiger Sätze, die in der Wahlkampagne allen nationalen und staatserhaltenden Parteien als Parole hätten dienen können, wäre doch notwendig gewesen. Vor allen Dingen vermissen wir jene hinreichend energische und überzeugende Erklärung, daß die Regierung entschlossen sei, unter allen Umständen das Ziel zu erreichen, das ihr bei der Reichstagsauflösung vorgeschwebt hat, wenigstens der Annahme der Optimisten nach.

Die „Freisinnige Zeitung" schreibt: Die Freisinnige Volkspartei, die in diesem Wahlkampf auf seiten der Regierung steht, wird Maßnahmen der Regierungspolitik, die ihren Anschauungen nicht entsprechen, wie bisher auch in Zukunft entschieden bekämpfen. — Die demokratische „Frankfurter Zeitung" möchte dem Liberalismus einreden, daß er bei diesem Kanzleraufrufe nicht auf seine Kosten kommen werde; „es ist vielleicht das Charakteristischste, daß über irgendwelche Konzessionen an den Liberalismus nicht die Rede ist. Das, was der Reichskanzler über die Sozialdemokratie ausführt, vermag nicht, die grundsätzliche Beurteilung der von rechts drohenden reaktionären Gefahr zu erschüttern."

Der Hauptverein der Konservativen erläßt in Beantwortung des Wahlbriefs des Fürsten Bülow eine Kundgebung, in der es heißt:

In liberalen Kreisen wird auch darauf hingearbeitet, daß im neuen Reichstag die Möglichkeit geschaffen werde, eine liberal-sozialdemokratische Mehrheit zustande zu bringen, also die Zentrumsherrschaft durch eine linksliberale Herrschaft zu ersetzen. Wir geben dem Reichskanzler darin recht, daß jetzt nicht der Augenblick ist, Fehler, die begangen, Gelegenheiten, die versäumt worden, nachzurechnen. Aber es wäre falsch, wenn man die Augen verschließen wollte vor einer Entwicklung, die möglicherweise infolge jetziger Fehler und gegenwärtig versäumter Gelegenheiten eintreten und die politische Lage verschlimmern könnte. An den Konservativen wird es auch in dieser Reichstagswahl nicht

fehlen. Sie werden trotz aller Provokationen das Wohl des Vaterlandes über alles, selbstverständlich auch über das eigne Parteiinteresse stellen. Möchte es nur die Regierung nicht versäumen, die „gute Brücke" zwischen den bürgerlichen Parteien der Rechten und denen der Linken, auf deren Festigkeit Fürst Bülow so zuversichtlich rechnet, zu stützen und der Erschütterung ihrer Fundamente durch parteiegoistische Quertreibereien nach jeder Richtung entgegenarbeiten.

Auch angesichts dieser nicht abwehrenden Kundgebung beharrt die „Kreuzzeitung" auf ihrer oben erwähnten Richtung, indem sie sagt:

Es geht nicht an, uns damit trösten zu wollen, daß der Liberalismus die wirtschaftliche Gesetzgebung nicht mehr rückgängig machen könne. Wir haben unsre kirchlichen Interessen und unsre politischen Grundsätze gegen ihn zu verteidigen, die uns mindestens ebenso wichtig sind wie unsre wirtschaftliche Existenz, und dabei sind uns die konservativen Elemente im Zentrum, auf die ja auch der Reichskanzler nach wie vor seine Hoffnung setzt, unentbehrliche Helfer.

Die „Nationalliberale Korrespondenz" läßt sich wie folgt vernehmen:

Die bisherige Geneigtheit der Regierung, der stetig wachsenden Vorherrschaft des ultramontanen Klerikalismns goldne Brücken zu bauen, ist verflogen — sie schüttelt die Fesseln des Zentrums ab. Eine neue politische Ära kann sich eröffnen, falls die übrigen bürgerlichen Parteien sich des entscheidenden Augenblicks voll bewußt fühlen und danach handeln. Erst dann vermag sich der Gesamtliberalismus wirklich praktische Bedeutung und den ihm gebührenden Einfluß zu erringen, wenn er die dargebotne Stunde zur Erlangung eines ausschlaggebenden politischen Faktors auszunützen weiß.

Die „Kölnische Zeitung" führt unter anderm folgendes aus:

Was vielleicht noch an Unklarheit in der Haltung der Regierung sein konnte, ist durch die offne und freimütige Erklärung des Reichskanzlers beseitigt worden. Daß auf solche Weise die liberale Weltanschauung zu höherm Einfluß und zur stärkern Bewertung gelangen muß, ist selbstverständlich, allerdings unter der einen Voraussetzung, daß sich die liberale Wählerschaft der Lage gewachsen zeigt und dem Liberalismus eine stärkere Vertretung schafft, als er sie bisher besitzt. Der Reichskanzler ist offenbar entschlossen, in Zukunft auch mit den Liberalen als Stützen der Regierung zu rechnen. Dazu aber ist es nötig, daß der Liberalismus ein starker und widerstandsfähiger Stab sei, auf den man sich wirklich stützen kann.

Die „Münchner Neuesten Nachrichten" bemerken:

Wir sind dem Fürsten Bülow für diesen offnen Schritt dankbar, und auch die werden sich diesem Dank anschließen müssen, die sachlich andrer Meinung sind als Fürst Bülow. Denn durch dieses Schreiben wird Klarheit geschaffen, eine solch außerordentliche, absolute Klarheit, daß auch die jetzt wissen, woran sie sind, die bisher aus dem Gang der Ereignisse ein deutliches Bild nicht hatten gewinnen wollen.

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten" sagen:

Eins darf Fürst Bülow nicht vergessen: Ein Zurück gibt es für ihn nicht mehr. Auch wenn die Wahlen die Macht der alten Mehrheit nicht zerbrechen, so müssen doch die schönen Tage des Techtelmechtels mit

dem Zentrum für immer vorüber sein. Da gilt nur Biegen oder Brechen. Sonst blieb selbst dieses gute und verständige Manifest besser ungeschrieben.

Die „Augsburger Abend-Zeitung" wiederholt die oft vernommne Mahnung:

Bis ins entlegenste Dorf sollte nun der Appell der Reichsregierung getragen werden, nach französischem Muster sollte dafür gesorgt werden, daß er überall angeschlagen werde, damit den Entstellungen der schwarzroten Mehrheit die Wahrheit entgegengesetzt werde; damit der beschränkteste Zentrumsmann läse, daß niemand die Religion gefährde, keine neue Katholikenverfolgung entfesselt werde, und ebenso, daß die Mitläufer der Dreimillionenpartei aufgeklärt werden, was sie wiederum verbrechen, wenn sie abermals aus Mißmut und Verärgerung über nebensächliche Dinge ihren Stimmzettel zur roten Partei tragen.

Die „Kölnische Zeitung" hebt weiter hervor, das Zentrum habe es nur eine Zeit lang gut gefunden, die nationale Maske vorzunehmen:

Heute dagegen hält es das Zentrum wieder für wirksamer, wenn es die Maske abnimmt, wenn es, statt den Kaiser als den Nachfahren Karls des Großen zu umschmeicheln, Parteimünze aus der Unzufriedenheit mit Worten und Maßnahmen des Monarchen schlägt, die, ehe von Wahlen die Rede war, in der liberalen Presse eine weit schärfere Kritik erfahren hatten als in der des Zentrums. Möge der Wahlkampf so oder so ausfallen, jedenfalls hat er das Gute gebracht, daß er uns das Zentrum wieder einmal ohne Maske, in seiner wahren Gestalt als die staatsfeindliche, undeutsche Macht gezeigt hat, als die seine besten Kenner es längst gekennzeichnet hatten. Mit diesem System mußte aufgeräumt werden! Es widerstrebt dem Besten, was wir in unsrer deutschen Eigenart besitzen. Es ist klar, daß es nicht zur Herrschaft bei uns gelangen kann, ohne das Deutsche Reich und das deutsche Volk zu zerstören. Das ist das Zentrum ohne Maske.

5. Januar. Ein Wahlaufruf der fränkischen Bauernbündler tritt ganz energisch gegen das Zentrum und für die Kolonialpolitik der Regierung ein. — Zwischen der „Deutschen Partei" Württembergs und der „Volkspartei" tritt eine teilweise Verständigung ein. — Die deutschen Katholiken der Ostmark wollen von der Zentrumspolitik nichts wissen. In ihrem Organe, der „Katholischen Rundschau", heißt es:

Wir sehen in dem ablehnenden Beschluß der Zentrumsfraktion ein sehr bedauerliches Zeichen dafür, daß in dieser Fraktion der Sinn für die Bedeutung nationaler Fragen nicht in der Weise entwickelt ist, wie dies für eine Partei, die im Deutschen Reichstag eine führende Rolle spielen will, als unbedingte Notwendigkeit gelten muß, und sind der Regierung dankbar, daß sie dem Lande gegenüber klar und deutlich ausgesprochen hat: mit einer solchen Partei kann ich nicht regieren und will ich nicht paktieren. Der Wahlkampf ist nicht ein Zeichen, daß die Regierung die Katholiken unterdrücken wolle. Auch die katholischen Regierungen haben ja für die Reichstagsauflösung gestimmt. Ob Antizentrumstendenzen mitgesprochen haben, das ist freilich eine andre Frage. Aber Zentrum ist nicht Katholizismus. Die „Rundschau" weist noch darauf hin, daß seit Beendigung des Kulturkampfes „das Zentrum Pfade gewandelt

ist, mit denen die nationaldenkenden Katholiken immer weniger einverstanden sein konnten". Ja sie stellt fest: „Durch diese Politik hat das Zentrum die katholischen Interessen schwer geschädigt."

Unter der Überschrift „Brandmarkung der Wahlschwänzer" heißt es in der „Deutschen Tages-Zeitung":

Der tiefe Ernst der Zeit sollte an sich schon jeden mahnen, seine erste und bedeutsamste Bürgerpflicht zu erfüllen. Gerade bei diesen Wahlen wird es in vielen Wahlkreisen auf jede Stimme ankommen. Die Entschuldigung, daß die Stimme des Einzelnen nicht ausschlaggebend sei, ist lendenlahm und eine Ausflucht der Feigheit oder der Faulheit. Jeder Wahlschwänzer, der ohne zwingenden und durchschlagenden Grund seine Wahlpflicht versäumt, müßte unbedingt der öffentlichen Verachtung verfallen.

8. Januar. In Berlin findet eine große, von hervorragenden Vertretern von Wissenschaft, Literatur und Kunst berufne Versammlung statt. Sie wird vom Professor Schmoller eröffnet, der betont, daß es nötig sei, die drei Millionen wahlfähiger Männer, die nicht an den Wahlen teilnahmen, zu veranlassen, daß sie ihre Pflicht gegenüber dem Vaterlande tun. Der stellvertretende Kolonialdirektor Dernburg führt aus:

Die Frage der deutschen Kolonien, ihre Behandlung und ihre Zukunft ist ganz unabhängig von der Stellung, die man im deutschen politischen Leben als Parteipolitiker einnimmt, sie ist unabhängig von der Konfession, sie ist unabhängig von der sozialen Stufe, auf der sich der Beurteilende befindet. Das Erfreuliche an den Kolonien ist gerade, daß sie ein verhältnismäßig freies Feld geben für die uneingeschränkte Betätigung eines zivilisierten Volkes wie des deutschen nach der Richtung der Übertragung der ethischen Ideale, der kulturellen Fortschritte, seiner vorgeschrittnen wirtschaftlichen Entwicklung. Wie es alle kolonisierenden Nationen erfahren haben, ist zwar die kolonisatorische Aufgabe eine schöne, aber auch eine ungemein schwierige und mit erheblichen Ausgaben verbundne. Die Nation, die hierfür die Erkenntnis oder die Voraussetzungen nicht hat, wird nicht erfolgreich kolonisieren können, und es ist ein Prüfstein auf das Selbstbewußtsein einer Nation, auf ihr ideales Streben und ihre materiellen Mittel, wie sie sich einer solchen Aufgabe gegenüberstellt. Es steht jetzt zur Frage: Fühlt sich die Nation innerlich kräftig und stolz genug, eine einmal begonnene Kulturaufgabe nicht aufzugeben, fühlt sie sich reich genug, weitere Ausgaben zu machen, die nicht unmittelbar rentieren, oder will sie sich in Kleinmut, unter allerhand Ängstlichkeiten und gedeckt durch den Dampf, den die Kanoniere der Kolonialskandale erzeugen, zurückziehen. Nicht mit Unrecht hat man dem deutschen Volke die Bezeichnung des Volkes der Denker und der Dichter beigelegt, und so hart auch der geistige Wettkampf der Nationen gewesen ist, so hat doch Deutschland seine Position, in Hinsicht auf die Geisteswissenschaften an der Spitze der Kulturnationen zu marschieren, stets zu verteidigen gewußt. Neben diesen ältern Eichenkranz hat das letzte Jahrhundert einen zweiten gehängt, das Jahrhundert, in dem Deutschland an die Spitze der Nationen in bezug auf die angewandte Wissenschaft, auf die Technik, getreten ist. Diese Mittel aber sind die modernen Mittel der Erschließung fremder Weltteile, der Hebung niedriger Kulturen, der Verbesserung der Lebenslage für Schwarze und Weiße, und es ergeht an das deutsche Volk die Frage, will es hinsichtlich seines Kolonialbesitzes

verzichten auf die Stellung, die es sich im heißen, ernsten und edeln Wettstreit erworben hat, die erste zu sein in bezug auf die angewandte Technik. Das ist die große Frage der Stunde, und wenn sie klar und deutlich der Nation vor Augen geführt wird, wird die Antwort ein energisches Nein sein. — Wenn ein Mißmut über die großen Opfer entstanden ist, so liegt das zum großen Teil daran, daß es in die breiten Schichten unsers Volkes bisher noch nicht gedrungen ist, was denn eigentlich Kolonisation heißt, weil diese Probleme den Binnendeutschen doch sehr fern liegen. Kolonisation, ganz gleichgiltig, ob es sich um Plantagenkolonien oder um Ansiedlungskolonien handelt, heißt die Nutzbarmachung des Bodens, seiner Schätze, der Flora, der Fauna und vor allem der Menschen zugunsten der Wirtschaft der kolonisierenden Nation, und diese ist dafür zu der Gegengabe ihrer höhern Kultur, ihrer sittlichen Begriffe, ihrer bessern Methoden verpflichtet. — Daran schließen sich ausführliche nähere Darstellungen über die Kolonie in Deutsch-Südwestafrika.

Die Versammlung spricht sich darauf also aus: „In Erwägung, daß ein großes Kulturvolk, wie das deutsche, sich nicht dauernd auf Binnenpolitik beschränken kann, sondern neben den andern großen Nationen an der Kolonial- und Weltpolitik teilnehmen muß; in Erwägung, daß die späte Bildung des Deutschen Reiches als Nationalstaat unser Volk erst in allerjüngster Zeit an diese Aufgabe hat herantreten lassen, und infolgedessen weiten Kreisen die uns auferlegte weltgeschichtliche Pflicht noch nicht zum Bewußtsein gekommen ist; in Erwägung, daß die Mehrheit des Reichstags, die die Forderungen für Südwestafrika ablehnte, nicht bloß unsre weltgeschichtliche Stellung, sondern auch das Gebot der nationalen Ehre verkannt hat; in Erwägung, daß bei den bevorstehenden Neuwahlen diese Frage von der höchsten Bedeutung sein wird, und Deutschland eines Reichstags bedarf, der nicht kleinmütig und zögernd, nicht nach Bedürfnissen der Fraktionstaktik, sondern mit der Entschlossenheit, die das Bewußtsein eines hohen Zieles gibt und verlangt, an diese Fragen herantritt — beschließt die Versammlung, ein Komitee einzusetzen mit dem Auftrage, ohne unmittelbares Eingreifen in das Parteigetriebe das Verständnis für die Kolonial- und Weltpolitik in den Kreisen der Wählerschaft zu erweitern und zu vertiefen."

9. Januar. Die halbamtliche „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" läßt sich also vernehmen:

Über die Aufnahme des Silvesterbriefes des Reichskanzlers schreibt die „Kreuzzeitung": „Das Zentrum, das er bekämpfen will, fühlt sich durch seine Worte geschmeichelt; die Freisinnigen, die er gewinnen will, fühlen sich beleidigt; die Nationalliberalen, die er als treue Freunde behandelt, setzen ihre parteiegoistischen Wahlpraktiken fort, und die Konservativen, die ihre Bedeutung als politische Partei nicht in materiellen Bestrebungen aufgehn lassen, sind gekränkt, weil sie sich als gesättigte Agrarier hingestellt sehen." — Soweit die Beobachtungen der Kreuzzeitung richtig sind, enthalten sie ein ungünstiges Zeugnis nicht sowohl für den Brief des Fürsten Bülow als für den alten deutschen Parteigeist, gegen den er gerichtet war. Eine derartige Empfindsamkeit scheint uns zu beweisen,

wie wahr das Wort von der deutschen Eigenart, dem deutschen Schicksal in dem Silvesterbriefe ist, daß wir unsre Stellung lieber nach allgemeinen Gefühlen und Begriffen als nach nationalen Gesichtspunkten und realen Interessen nehmen. Hoffentlich wird sich das gesunde, unabhängige, vor allem auf die obersten Reichsinteressen blickende Urteil, an das Fürst Bülow appelliert hat, durch solche Schwächen des Fraktions- und Parteigeistes nicht beirren lassen.

Mit am unermüdlichsten weist der „Reichsbote" (kons.) auf die bevorstehende folgenschwere Entscheidung hin, diesmal mit den Worten:

Der Entscheidungskampf um die Aufrechterhaltung unsrer nationalen Ehre, um die Zukunft, ja die Existenz des Reiches hat begonnen. Jetzt muß es sich erweisen, ob das deutsche Volk die heißerkämpfte Frucht von 1870 heilig zu halten versteht, oder ob der Geist der Selbstsucht und der politischen und nationalen Gleichgiltigkeit schon das Lebensmark der deutschen Nation zerfressen hat, und sie nun ausliefert der schmachvollen Herrschaft vaterlandsloser Elemente. Es ist eine Feuerprobe allerschwerster Art, die das deutsche Volk gegenwärtig zu bestehn hat. Denn es handelt sich bei dem jetzigen Wahlkampf gar nicht mehr darum, ob Südwestafrika gehalten werden soll oder nicht. Es gilt vielmehr für das deutsche Volk, vor der ganzen Welt den Nachweis seiner politischen und moralischen Existenzberechtigung zu erbringen. Es handelt sich um den gesicherten Fortbestand des Reiches, und je nach dem Ausfall der Reichstagswahlen birgt für uns die nächste Zukunft in ihrem Schoße: Krieg oder Frieden. Ein Volk, das ruhig zusehen kann, wie der Parteigeist und die Herrschaft einzelner Gruppen sein nationales Ansehen aufs Spiel setzen, das es duldet, wenn in seinem Parlamente Volksvertreter seine nationale Ehre in den Schmutz treten, das bei solcher Schmach nicht aufschäumt in heiligem Zorn und jene Gesellen, die seine Ehre schänden wollen, nicht von sich stößt, ein solches Volk fürchtet niemand in der Welt. Und nur die Furcht hielt bisher die Polen, Tschechen, Briten und Franzosen davon ab, mit ihren feindseligen Absichten hervorzutreten, nur die Furcht vor der Stoßkraft des deutschen Volkes, von deren unwiderstehlicher Gewalt die Stunde nationaler Einigkeit 1870 Zeugnis gab. Die Furcht vor den deutschen Waffen, die seither die Geister in Prag, Warschau und Paris in Schach gehalten hat, muß nun schwinden. Der Bann ist gebrochen, seitdem die Reichstagsmehrheit für deutsche Waffenehre nur Gelächter hat.

10. Januar. Angesichts der sich mehrenden Bedenken gegen die feste Haltung der nationalgesinnten Wähler tritt nun auch die halbamtliche „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" wider „die Partei der Nichtwähler" auf mit den Worten: „In immer weitere Kreise dringt die Einsicht, welche große Bedeutung für den Ausgang der Wahlen die Partei der Nichtwähler hat. Auf allen Seiten wird der Appell an das Pflichtgefühl der drei Millionen Staatsbürger wiederholt, die bei den letzten Wahlen den Urnen ferngeblieben sind. Es hängt in der Tat sehr viel davon ab, daß die politische Energie jetzt endlich die bisherigen Nichtwähler ergreift. Will man von ihren drei Millionen selbst eine Million als durch Krankheit, Reisen, besondre Umstände entschuldigt gelten lassen, so hat der Rest

von zwei Millionen bei den Wahlen noch immer ein solches Gewicht, daß man sagen darf: Wie das Zentrum bisher die ausschlaggebende Partei im Reiche war, so ist die Partei der Nichtwähler die ausschlaggebende Partei bei den Wahlen."

In Düsseldorf erläßt eine Reihe hervorragender Katholiken des Rheinlandes einen Aufruf für die Sache der Regierung. In diesem von vierzig Adligen und hochgestellten Männern unterzeichnetem Aufruf wird gesagt:

Als Katholiken müssen wir es tief beklagen, daß die Leitung des Zentrums sowohl bei der letzten Abstimmung im deutschen Reichstag wie beim gegenwärtigen Wahlkampf eine Haltung eingenommen hat, die das patriotische und monarchische Empfinden weiter Kreise schwer verletzt. Diese steht im direkten Widerspruch zu den Grundsätzen, die bei der Gründung des Zentrums und im Kampfe desselben für Rechte und Freiheiten der Kirche als maßgebend anerkannt worden sind. Diese Grundsätze geben den Angehörigen der Partei alle Freiheit der Entschließung und Abstimmung in allen nationalen und wirtschaftlichen Fragen. Wenn jetzt Führer des Zentrums von ihren Wählern und Abgeordneten die unbedingte Heeresfolge auch dort verlangen, wo kirchliche Interessen weder bedroht noch berührt erscheinen, dann fühlen wir uns als Katholiken und Vaterlandsfreunde verpflichtet, gegen dieses Verfahren entschieden Verwahrung einzulegen. Ist das Zentrum, wie seine Führer und Sprecher es behaupten, eine politische und Volkspartei, dann muß es jedem Katholiken unverwehrt sein, auch durch die Abstimmung bei den Reichstagswahlen seiner abweichenden Ansicht in nationalen und kolonialen Fragen Ausdruck zu geben. Von diesem Standpunkt aus bitten wir unsre Gesinnungsgenossen in Stadt und Land, nur solchen Kandidaten ihre Stimme zu geben, deren Gesinnung und politische Vergangenheit die Bürgschaft gibt, daß sie unbeirrt durch kleinliche Parteiinteressen für des Reiches Ansehen und Macht, für die Erhaltung und Sicherung seines kolonialen Besitzes in gleicher Weise wie für die Wahrung des konfessionellen Friedens eintreten werden.

11. Januar. Die Blätter des Zentrums wenden sich sofort gegen diese Kundgebung: Die „Germania" meint, die Unterzeichner hätten sich mit dem „Fluch der Lächerlichkeit" beladen, und die „Kölnische Volkszeitung" sagt: „Wie die Herren nach all den bittern Erfahrungen früherer Jahre annehmen können, mit einer solchen »Kundgebung« etwas auszurichten, ist ihr Geheimnis. Komisch berührt ihre Berufung auf die Grundsätze, die bei der Gründung des Zentrums als maßgebend anerkannt worden sind. Das bißchen katholischer Mauerfraß wird die Quadern des Zentrumsturmes, die ein Bismarck vergebens berannt hat, wohl auch nicht lockern."

Hiergegen bemerkt die „Kölnische Zeitung": „Einen zweiten Pyrrhussieg wie die Abstimmung vom 13. Dezember kann das Zentrum nicht ertragen. Der Stoff an nationaler Entrüstung, den dann seine eignen Gefolgsleute an den Zentrumsturm herantragen würden, könnte sich wohl als Dynamit erweisen, dem vielleicht selbst seine festen Quadern nicht gewachsen wären."

Andrerseits trägt man auf seiten des Zentrums Befriedigung zur Schau, und das Zentrumsblatt „Kölnische Volkszeitung“ rühmt sogar: „Für den »Kriegsschatz« der Zentrumspartei erhalten wir heute auch aus England (Insel Wight) einen namhaften Beitrag mit dem Wunsche: »Mögen sie diese große Schlacht gewinnen, wie sie es früher getan haben.“ Freundlichen Dank dem Einsender. Hoffentlich findet sein Beispiel bei andern Freunden des Zentrums im Auslande Nachahmung.« Aber der Professor der Rechte an der Universität Münster von Savigny gibt eine Flugschrift unter dem Titel heraus: „Die Reichstagsauflösung, das Zentrum und die nationalen Parteien.“ Darin sagt er: „Es ist ein übles Inventarstück der aus der Lehre von der Volkssouveränität ererbten Phraseologie, wenn vielfach ausgesprochen wird, in dem Kampfe zwischen Regierung und Reichstagsmajorität um Lebensfragen der nationalen Ehre und Existenz habe nur der Wähler am 25. Januar das letzte Wort zu sprechen. Dem ist rein formell keineswegs so. Der Artikel 24 der Reichsverfassung setzt jenem Notrecht der verbündeten Regierungen, von dem schlecht belehrten Reichstag an den besser zu belehrenden Wähler zu appellieren, keine Schranken. Von diesem Notrecht mache die Regierung gegebnenfalls energischen und rücksichtslosen Gebrauch! Sie zeige, daß es nunmehr von ihr erwartet werden darf, sie sei imstande, wo es sich um Sein und Nichtsein unsrer Weltstellung handelt, kraftlos vor der die Urteilslosigkeit der Armen im Geiste ausbeutenden Demagogie zurückzuweichen!“

Anders spricht sich das leitende Zentrumsblatt in Baden dahin aus:

Die verbündeten Regierungen appellieren an das deutsche Volk! Es soll bekunden: ob das ihm vom Block zugedachte Joch der Kirchenfeinde geduldet werden soll, ob eine Partei bei uns ausschlaggebend werden soll, die die Entscheidung über alle nationalen, politischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten, über des Deutschen Reiches Wehr- und Finanzkraft, über die Beziehungen zu den auswärtigen Mächten, über die Erhaltung und Ausgestaltung unsrer Kolonien von kirchenfeindlichen Gesichtspunkten und Zugeständnissen abhängig macht. Das ganze Streben des Blocks zielt dahin, unser Deutsches Reich, wie nach dem Mittelalter, zu einem Tummelplatz fremder Kriegshorden zu machen, die ihren Nutzen ziehen aus der Schwächung des Deutschen Reiches durch Religionskriege.

Vor einer vom Deutschen Handelstage geladnen Versammlung der Vertretungen des Handels, der Kaufmannschaft und der Industrie spricht sich der stellvertretende Kolonialdirektor Dernburg zu Berlin über die Kolonien in einer Rede aus, die unter den obwaltenden Umständen mit zur Wahlbewegung gerechnet werden muß.

Er bezeichnet es als seine Aufgabe, das Verständnis für die Fragen, deren Behandlung und Bearbeitung ihm jetzt obliege, in die weiten Kreise unsers Volkes hineinzutragen. Die starke Volksvermehrung in Deutschland nötige uns zur Weltpolitik. Wir haben heute ein Kolonialreich, fast so groß wie das europäische Festland. Wir können durch Erschließung dieses Reiches sehr viel von dem nachholen, was im vorigen Jahrhundert in kolonialpolitischer Beziehung versäumt worden ist. Wir sind heute durch das Ausdehnungsbedürfnis unsrer Industrie noch viel mehr dazu gezwungen als früher, zumal da die außereuropäischen Länder, insbesondre Amerika und Japan, industriell immer mehr erstarken. Aber muß man die Befürchtung hegen, daß die andern Handels- und Industrienationen das deutsche Feld einengen, so müssen wir es als eine Gunst ansehn, daß wir uns dies nicht gefallen zu lassen brauchen, indem wir unsre wirtschaftliche Tätigkeit mehr dahin konzentrieren, wo wir selbst Absatz und Rohmaterial kommandieren können.

Die „Konservative Korrespondenz" bringt die parteihalbamtliche Erklärung, daß „der konservative Wähler auch da, wo die Unterstützung andrer Parteien durch konservative Minderheiten gewährt werden soll, seine Stimme stets nur einem Kandidaten geben werde, der für Ehre und Gut der Nation einstehen will und wird". — Aus Hechingen vernimmt man: „Die am Fuße des Hohenzollern überaus zahlreich versammelten Männer der neuen hohenzollernschen Volkspartei erklären die Bereitstellung der Mittel zur Unterhaltung der in Südwestafrika im Felde stehenden deutschen Soldaten als eine staatliche Notwendigkeit und eine vaterländische Pflicht. Sie erkennen die Bekämpfung der nicht durch sachliche Gründe geleiteten Zentrumspolitik als eine gemeinsame Aufgabe aller hohenzollerischen Schwaben, die sich nicht klerikal leiten lassen." — Der Vorstand des Zentralausschusses vereinigter Innungsverbände Deutschlands erläßt einen Wahlaufruf an das deutsche Handwerk zur Wahl „gegen die das selbständige Handwerk schädigende Sozialdemokratie".

13. Januar. In einer Versammlung der rheinischen Zentrumspartei zu Köln droht der Abgeordnete Groeber mit der Erörterung von Kolonialskandalen. Er weist ausdrücklich auf die Enthüllung neuer noch unbekannter Skandale hin und sieht einen neuen Kulturkampf heraufziehen. Zum Beweise dessen weist er auf den Evangelischen Bund hin, den er eine nationalliberale Filiale nennt, wobei er Beschwerden im Abgeordnetenhause über die Niederlassungen der Franziskaner in Schlesien aufführt. — Spahn führt aus: Von der Erhaltung der ausschlaggebenden Stellung des Zentrums im Reichstage hänge die Stellung nicht nur der katholischen Kirche Deutschlands, sondern aller christlichen Religionsgesellschaften ab. Über die Tätigkeit der Geistlichen im Wahlkampfe führt der Redner folgendes aus: „Wir wollen keinen Mißbrauch, aber wir wollen sie in dem Gebrauch ihres geistlichen Amtes in dem Wahlkampf nicht hindern. Die Belehrung durch den Geistlichen über die

Wahlfrage ist nicht nur ein Recht, sondern unter Umständen auch eine schwere religiöse Pflicht. Der Geistliche muß der Nothelfer in jeder Lebenslage sein, also auch in der Wahlfrage."

15. Januar. In einer hervorragendern Rede spricht sich Professor Kahl in Berlin über die Stellungnahme der Nationalliberalen zu den Wahlen u. a. also aus:

Unsre Pflicht ist es, die Kerkerlöcher des Zentrums und die Ketten der Sozialdemokratie mit unserm Stimmzettel zu sprengen. Und für die Regierung muß es gelten, lieber einmal ein Gesetz zurückzustellen, als durchaus auf das Zentrum rechnen zu müssen. Für uns aber heißt es: Kampf gegen das Zentrum und die Sozialdemokratie! Gegen das Zentrum führen wir schon einen langen Kampf, denn das Zentrum ist der älteste unsrer Gegner. Jeder neugewählte Zentrumsmann nützt der Sozialdemokratie und umgekehrt. Das Zentrum hat alle nationalen Fragen vom geschäftlichen Standpunkt aus betrachtet. Auch für die Kolonien gewann es nur Interesse wegen der Missionen. Daher die kleinliche Ablehnung von Bahnen und die des Reichskolonialamts. Es fehlte ihm der Sinn für die Größe der Aufgabe. Am 13. Dezember brach beim Zentrum der alte antinationale Zug wieder durch, es zeigte einen Mangel an politischer Moral. Es war eine nationale Pflichtvergessenheit, die Regierung, die sich ehrlich um Besserung der Lage bemühte, im Stich zu lassen, der gegenwärtige Kolonialskandal ist die Haltung des Zentrums am 13. Dezember. Darum wird ihm ein Aderlaß gut sein. Das Zentrum ist jetzt scheinheilig genug, die politische Immoralität durch den Mantel der Religion decken zu wollen, weil es damit die Frau und den Beichtstuhl in den Kampf zieht. Schon regt es sich in katholischen Kreisen gegen das Zentrum, das die Religion zu politischen Zwecken mißbraucht. Eine konfessionelle Partei hat im konstitutionellen Staate keine Berechtigung. Die Sozialdemokratie wird sich der Öde und Unfruchtbarkeit nie entledigen. Neunzig vom Hundert der sozialdemokratischen Stimmen gehören Mitläufern und Nichtwissenden an. Sie ist ganz unfruchtbar und sucht ihr Ziel nur darin, Unzufriedenheit zu erregen. Sie ist die Partei des Terrorismus. Droht unsern Freiheitsrechten irgendwo eine Gefahr, so durch die Zuchtlosigkeit der Sozialdemokratie. Von dem Liberalismus droht dem allgemeinen Wahlrecht keine Gefahr. Wenn es uns aber durch jemand verekelt werden könnte, so durch die Sozialdemokratie. Darum ist sie die urreaktionärste Partei. Die Sozialdemokraten werden wohl wieder einige Sitze gewinnen, und das wird solange dauern, bis die Bürgerlichen einig sind.

Das Zentrumsblatt „Kölnische Volkszeitung" bezeichnet die nationalen Katholiken des Rheinlands wegen ihres obigen Aufrufs als „katholische Absolutisten", die dem modernen Verfassungsleben feindselig oder fremd gegenüberstünden, eine Richtung, die nirgends bedenklicher sei als jetzt im Deutschen Reiche.

16. Januar. In einer Versammlung von 500 Katholiken der nationalen Richtung zu Aachen schildert der Anwalt Nelleſſen die Fortbildung der Zentrumspartei zu einer demokratischen Volkspartei und sagt, seit manchen Jahren stünden manche Männer im politischen Leben abseits, weil sie auf der einen Seite es mit ihrer Überzeugung

nicht vereinbaren könnten, mit dem Zentrum zu gehn, und weil auf der andern Seite ihre religiöse Überzeugung sie hinderte, sich in andern Fraktionen zu betätigen. Diese brachliegenden Kräfte gesammelt und geweckt zu haben, das sei nicht das letzte Verdienst der Düsseldorfer Bewegung. — In der Heilbronner „Neckar-Zeitung" erläßt Fürst Waldburg-Zeil-Trauchburg die Erklärung, daß er sich obigem Düsseldorfer Aufrufe anschließe, und sagt ferner:

Ich bedaure tief, daß die Leitung des Zentrums sowohl bei der letzten Abstimmung im deutschen Reichstag wie beim gegenwärtigen Wahlkampf eine Haltung eingenommen hat, die das patriotische und monarchische Empfinden weiter Kreise schwer verletzt. Ist das Zentrum, wie seine Führer und Sprecher es behaupten, eine politische und Volkspartei, dann muß es jedem Katholiken unverwehrt sein, auch durch die Abstimmung bei den Reichstagswahlen seiner abweichenden Ansicht in nationalen und kolonialen Fragen Ausdruck zu geben; so möchte auch ich der Hoffnung Ausdruck geben, daß Gesinnungsgenossen in Süddeutschland und besonders auch in Württemberg dem Aufruf von Düsseldorf beitreten möchten.

18. Januar. Der Reichsverband der Vereine der nationalliberalen Jugend erläßt am Gedächtnistage der Reichsgründung einen Aufruf, in dem es heißt: „Wer mit uns fühlt die schmachvolle Demütigung Deutschlands unter die undeutsche ultramontane Partei, wer mit uns glaubt an die Kraft deutschen Wesens, an eine herrliche Zukunft unsers Reiches, an den Segen einer freiheitlichen Entwicklung unsers Volkslebens, der schließe sich uns an und wirke mit allen Kräften für die Wahl national und liberal gesinnter tatkräftiger Männer." — In den badischen Schulen wird eine Ansprache des Großherzogs verlesen, in der darauf hingewiesen wird, daß die Macht des Deutschen Reichs nicht allein auf der so notwendigen Verteidigungsstärke beruhe, sondern auch auf der geistigen Ausbildung der gesamten Nation. Fleiß und Gewissenhaftigkeit in den Studien aller Altersklassen könne sich nur bewähren, wenn schon früh die Überzeugung feststeht, daß die Ausbildung des Geistes als eine nationale Pflicht erkannt werde. — In einer großen, vom Evangelischen Bunde veranlaßten Volksversammlung zu Berlin hebt der Prediger Scholz folgendes hervor:

Wenn der Evangelische Bund zur bevorstehenden Reichstagswahl Stellung nimmt, so tut er es aus dem Gefühle der Genugtuung heraus, daß die von ihm fast zwanzig Jahre lang vertretne Parole der Abwehr des Ultramontanismus als einer Notwendigkeit für unser nationales Leben endlich zum Durchbruch gekommen ist. Jetzt endlich greift jedermann mit Händen, daß „ultramontan" nicht ein böswillig erfundner Name ist, den heißspornige Gegner aufgebracht hätten, sondern eine sehr reale Macht und damit zugleich eine große Gefahr, die größte aller Gefahren für unser gesamtes öffentliches Leben.

19. Januar. In Berlin hält das neue kolonialpolitische Aktionskomitee eine Sitzung, nach der der Reichskanzler Fürst

Bülow eine politische Programmrede hält. Er sagt im wesentlichen: „Die Kolonien sind nicht nur ein Prüfstein für unsre nationale Tatkraft, sie können auch ein Bindemittel sein für unsre in ein Dutzend Fraktionen gespaltne politische Betätigung im Innern. Zu ihrer Entwicklung brauchen wir die Paarung konservativen Geistes mit liberalem Geiste, und es ist hoffentlich nicht zu optimistisch, wenn ich es als einen gewissen Wendepunkt in unserm Parteileben betrachte, daß am 13. Dezember im Reichstage konservative und liberale Parteien mit den verbündeten Regierungen zusammen gingen. Ich möchte, daß diese Verständigung vorbildlich wirkte für die Behandlung andrer großer nationalen Fragen, und daß so von dem überseeischen Besitz ein günstiger Einfluß ausginge zur Mäßigung der Parteigegensätze, namentlich gegenüber dem Auslande.

In Aufrufen und Artikeln der Zentrumspartei heißt es jetzt, ich hätte nach einem Vorwande für die Auflösung gesucht, das Zentrum hätte so gut wie alles bewilligt, die Auflösung sei unnötig gewesen. Nun, meine Herren, hat nicht das Zentrum schon im Frühjahre 1906 — ich sehe ganz ab von der Verweigerung des Reichskolonialamts — die Forderung des Bahnbaues im Kriegsgebiet zu Falle gebracht? Hat nicht dieser Beschluß das Reich viele Millionen gekostet? Denn die hohen Kriegskosten sind zu mehr als einem Drittel durch die außerordentlichen Schwierigkeiten des Transports verursacht worden. Hat nicht das Zentrum vor fünf Wochen gemeinsam mit der Sozialdemokratie die Regierung zwingen wollen, die Truppenstärke auf dem Kriegsschauplatz vor völliger Einstellung der Operation von einem bestimmten Termin ab auf 2500 Mann herunterzusetzen? In der Frage, wie viele Truppen zur Niederwerfung des Aufstands und der Pazifizierung der Kolonie nötig wären, konnte ich mich nur nach dem Urteile der Truppenführer und des Generalstabs richten. Gegenüber dem klaren und bestimmten Verlangen der sachkundigen und verantwortlichen Stellen gab es für mich, gab es für die verbündeten Regierungen kein Schwanken und keine Zweifel. Blieb die Mehrheit auf ihrem Standpunkt bestehn, so mußten wir an das Volk appellieren.

Man hat ferner den Standpunkt der Mehrheit damit motivieren wollen, daß dann der Reichstag der Truppenleitung und den verbündeten Regierungen die Verantwortlichkeit mit tragen helfe, und daß er, wenn nötig, die Truppenzahl wieder heraufsetzen könne. Ja, das heißt eben Hofkriegsrat spielen. Einem solchen Eingriff in die Kriegsleitung, einer solchen Ermutigung aller uns feindlichen Elemente in der Welt durften und konnten die verbündeten Regierungen sich nicht unterwerfen.

Man hat mir auch das in der Hitze der Debatte gesprochne Wort vorgeworfen, daß nicht die Parteien, sondern die Regierung die Verantwortung trüge für die Sicherheit und das Ansehen des Landes. Ich halte dieses Wort bei ruhigem Blute vollständig aufrecht.

Nun wetteifern Zentrumsstimmen und sozialdemokratische in der Behauptung, das Budgetrecht des Reichstages sei verletzt, Volksrechte seien in Gefahr. Ich kann auch darin nur eine leere Ausrede für den Mehrheitsbeschluß vom 13. Dezember, eine Irreführung der Wähler über die Gründe der Reichstagsauflösung sehen. Die Opposition sucht das thema probandum von dem ihr unbequemen nationalen auf ein von ihr willkürlich konstruiertes konstitutionelles Gebiet hinüberzuspielen. Die verbündeten Regierungen denken nicht daran, die in der Verfassung gewährleisteten Rechte und Befugnisse des Reichstags irgendwie einzuschränken oder zu verletzen. Sie wahren sich aber das ihnen zustehende Recht, bei Differenzen mit dem Reichstag an das Volk zu appellieren. Die verbündeten Regierungen wollen weder ein absolutistisches noch ein Parteiregiment, sie treten ein für den Verfassungsstaat und für verfassungsmäßiges Recht. Sie wollen keinen Kampf gegen unsre katholischen Landsleute und die katholische Religion, sondern religiösen Frieden, religiöse Duldung und volle religiöse Gleichberechtigung, volle Gewissensfreiheit, zu der ich mich immer bekannt habe, nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis. Sie wollen nicht den sozialistischen Zwangs- und Zuchthausstaat, keine Gefährdung unsers Friedens und unsrer Stellung in der Welt, sondern Schutz und Schirm für Kaiser und Reich nach außen und stetigen Fortschritt aller tüchtigen nationalen Kräfte im Innern.

Es handelt sich gar nicht um das Budgetrecht des Reichstags, es handelt sich um kein andres Volksrecht als um das, vertreten zu sein durch eine Mehrheit, die den verbündeten Regierungen das deutsche Ansehen wahren hilft und brave deutsche Soldaten nicht vor dem Feinde im Stiche läßt. Eine Machtfrage hat nicht die Regierung aufgerollt, sondern das Zentrum im Reichstag mit Hilfe der Sozialdemokratie. Endlich heißt es, es gelte, das persönliche Regiment zu bekämpfen und der Gefahr des Absolutismus vorzubeugen. Eine solche Gefahr besteht nicht und kann nach der bundesstaatlichen Verfassung des Reichs auch gar nicht bestehn. Unser Kaiser denkt nicht daran, Rechte in Anspruch zu nehmen, die ihm nach der Reichsverfassung nicht zukommen. Was zur Auflösung des Reichstags geführt hat, hat nichts mit persönlichem Regiment, nichts mit Absolutismus zu tun, es ist vielmehr wieder einmal ein Kampf gegen den schlimmen Fraktions- und Parteigeist, der Deutschland in der Vergangenheit schon so schwere Wunden geschlagen hat.

Vom Sondergeist der Stämme, an dem Ottonen, Salier und Staufer zugrunde gegangen sind, vom konfessionellen Sondergeist, der Deutschland durch den Dreißigjährigen Krieg schleifte und es politisch und wirtschaftlich um Jahrhunderte zurückwarf, vom partikularistischen Sondergeist, der vor hundert Jahren das alte Reich ganz aus den Fugen trieb, von diesem Geist in allen seinen Abarten ist noch ein böser Rest geblieben. Wie oft bekomme ich zu hören: Wenn die Regierung nicht dies und das tut, so machen wir nicht mehr mit! Einerseits heißt es immer, die Regierung soll führen, andrerseits will sich keiner führen lassen. Prinzip geht in Deutschland zu oft vor Gemeinsinn, Doktrin vor Erkenntnis des praktisch Möglichen. Am Vorabend einer Schlacht paßt kein Streit unter Bundesgenossen. Ähnliches gilt auch von dem neuen politischen Programm, das man von mir verlangt hat.

Programme sind Zukunftsmusik. Zur Musik gehören Musikanten. Nun sehen Sie sich das Orchester im Reichstage an, wie viele Tonarten da durcheinander klingen. Mögen die Minderheitsparteien vom 13. Dezember jetzt zeigen, was sie vermögen, nicht bloß an Zahl in der Kapelle, sondern auch an Gefühl für Rhythmus und Harmonie. Nächstes Ziel ist, eine Mehrheit von Konservativen und Liberalen zu schaffen und dem Zentrum die Möglichkeit zu nehmen, an der Seite der grundsätzlich auf Dissonanzen bedachten Sozialdemokratie zum Schaden des Vaterlandes Machtpolitik zu treiben gegen die verbündeten Regierungen und gegen alle andern Parteien.

Ein Reichstag, dessen Mehrheit in nationalen Fragen nicht versagt — das ist die »Forderung des Tages«. Wer dieser Überzeugung ist, der folge ihr nach und warte nicht auf Anerkennung und Versprechungen für die Zukunft, sondern sei Mannes genug, sich selber Geltung zu verschaffen.

Das Zentrum ist auch zur Zeit seiner ausschlaggebenden Stellung im Reichstage geblieben, was es immer war — eine unberechenbare Partei. Es vertritt aristokratische und demokratische, reaktionäre und liberale, ultramontane und nationale Forderungen. Nur eine politische Richtung ist nicht vertreten, die sozialdemokratische. Um so auffälliger ist es, daß das Zentrum bei den Wahlen der religions- und staatsfeindlichen Partei der Sozialdemokratie Vorschub leistet. Wie patriotische Katholiken darüber denken, beweist der Düsseldorfer Aufruf. Die deutsche Politik darf nicht zum Spielball der Interessen einer Fraktion gemacht werden, die von ihrem religiösen und konfessionellen Standpunkt aus die Sozialdemokratie auf das schärfste bekämpfen müßte, ihr aber gleichwohl aus taktischen Gründen zu Einfluß in Lebensfragen der Nation verhilft.

Die sozialdemokratische Partei hat positiv nichts geleistet. Selbst die großen sozialpolitischen Reichsgesetze sind ohne ihre Zustimmung zustande gekommen. Wo sich in ihren Reihen Neigung zur Mitarbeit an positiven Reformen zeigt, sucht sie der Despotismus, der revolutionäre Übermut der Führer zu ersticken. Wie lange wird diese Knechtschaft von Millionen deutscher Arbeiter noch dauern? Es wäre ein großes Glück, wenn endlich dieser Bann sich lockerte, wenn die deutschen Arbeiter mehr und mehr einsähen, daß die Sozialdemokratie die Interessen der Arbeit schlecht vertritt, weil sie selbst keine positive Arbeit leistet. Wenn namentlich die große Zahl der Mitläufer sich klar machte, daß der gegenwärtige Zustand der Ordnung und des Gesetzes, verfassungsmäßiger Freiheit und wachsenden Wohlstands, der Fürsorge für die Armen und Bedrängten jedenfalls besser ist als der rohe Zwang, ohne den die Verwirklichung und der Bestand kommunistischer Zukunftsutopien überhaupt nicht denkbar wäre! Die Bestrebungen für Volkswohlfahrt erachte ich als staatliche Pflicht. Die sozialen Reformen werden hoffentlich trotz der nichts als Verhetzung schaffenden Gegnerschaft der sozialdemokratischen Partei nicht stillstehen." — Soweit diese Rede des Reichskanzlers.

Über ein liberales Wahlkompromiß macht der Abgeordnete Müller aus Meiningen im „Fränkischen Kurier" unter anderm folgende Mitteilungen:

Als der Reichstag aufgelöst wurde, traten in dem Bewußtsein des Ernstes der Lage und im Gefühle der schweren Verantwortlichkeit, die der Gesamtliberalismus übernahm, die Führer der großen liberalen Gruppen zur gemeinsamen Beratung zusammen. Es herrschte ein gemeinbewußter Geist und ein redlicher Wille, großzügig die Schwierigkeiten früherer Wahlkämpfe zu überwinden und den unseligen Zwist im liberalen Lager im Keime zu ersticken. Und jetzt? Überall viel erfreulicher Einigkeitssinn! Daneben aber noch genug Verständnislosigkeit! Die Führer haben ihre volle Pflicht und Schuldigkeit vom ersten Moment an bis zum heutigen Tage getan; aber Zenturionen in den Provinzen, von denen jeder seine eigne Politik nach eignen Heften machen möchte, sind es, die dort durch ihre hochgefährliche Disziplinlosigkeit eine Situation zu schaffen sich anschicken, von deren Folgen sie offenbar keine blasse Ahnung haben! — Der Bund der Landwirte mit seinen verschiednen Wettbewerbsfirmen übt dabei eine geradezu vergiftende Wirkung aus, gegen die sich sämtliche Parteien, die den Kampf gegen das schwarz-rote Kartell aufnehmen wollen, in gleicher Weise richten müßten. Diese Bündler wirken für Zentrum und indirekt auch für die Sozialdemokraten und gegen die andern Parteien, vor allem gegen die liberalen Parteien wie Sprengkolonnen! Sie bilden das Ferment der Desorganisation für alle bürgerlichen Parteien, ohne selbst irgendwelche Erfolge zu erzielen! Das Zentrum und die Sozialdemokratie sind allein die lachenden Erben.

20. Januar. An der letzten Rede des Reichskanzlers wird von den „Hamburger Nachrichten" vermißt der Hinweis auf die

tiefern Ursachen der Auflösung, auf die Notwendigkeit, den Kampf gegen die Herrschaft des Ultramontanismus und seine grundsätzlichen Gegensätze. Überhaupt hätte der Kanzler gegen die Umsturzpartei als solche mobil machen müssen, aber er habe kein Wort gesagt „von dem revolutionären Charakter der Partei an sich, von der schweren Gefahr, die dem Reiche und der heutigen Gesellschaftsordnung von dieser Partei droht. . . . Fürst Bülow denkt ja wohl nicht an einen Kampf auf Leben und Tod gegen die Sozialdemokratie und das Zentrum, sondern er wünscht zunächst nur eine solche Kräftigung der Minderheit vom 13. Dezember, daß es möglich ist, aus den Konservativen und den bürgerlichen Linken von Fall zu Fall eine Mehrheit gegen das schwarz-rote Kartell in nationalen Fragen zu bilden. Wir wollen hoffen, daß der Reichskanzler sich in seinem Vertrauen auf die nationale Zuverlässigkeit des Linksliberalismus nicht täuscht."

Der Zentralausschuß der vereinigten Innungsverbände Deutschlands wendet sich mit einem Aufruf an das deutsche Handwerk und nimmt entschieden Stellung gegen die Sozialdemokratie. — Graf zu Hoensbroech auf Schloß Haag bei Geldern, einer der Veranstalter der Düsseldorfer Kundgebung (S. 11), ergreift zu der nationalen Bewegung unter der bisherigen Zentrumsgefolgschaft in der „Kreuzzeitung" das Wort:

Es ist zu beklagen, wenn von seiten der Zentrumsführer und deren Presse mit dem Gespenste eines neuen Kulturkampfes eine Erregung in die katholischen Massen geworfen wird. Und wenn von einem Führer des Zentrums der Kampf gegen den Zäsarismus proklamiert wird, so nimmt das in sozialdemokratischem Munde nicht wunder, es verletzt aber, von jener Seite ausgesprochen, in empfindlichster Weise die monarchische Gesinnung katholischer Kreise. Ebenso ist es verwerflich, wenn der Ehre der Nation die Ehre der Partei entgegengestellt wird. Wir werden bei den Wahlen fest an der Seite der Reichsregierung stehn. Wir werden aber vor allem nach den Wahlen die Konsequenzen ziehn, die die Stellungnahme des Zentrums an erster Stelle den deutschen Katholiken aufdrängt, die nicht gewillt sind, nationale Ziele und Forderungen politischen Sonderinteressen zum Opfer zu bringen.

Der Gouverneur von Lindequist hält in Hamburg vor einer großen Versammlung einen Vortrag über Deutsch-Südwestafrika. Er begründet zunächst die Notwendigkeit des Besitzes unsrer wertvollen und aussichtsreichen Kolonien und geht dann zur Schilderung der Verhältnisse von Südwestafrika über. Er hebt hervor, welchen Aufschwung die fertige Bahnstrecke nach dem Innern dem Lande gebracht habe. Der Anbau von Bodenprodukten werde sich aber erst lohnen können, wenn die Ernteerträgnisse statt auf den Köpfen der Neger auf der Eisenbahn zur Küste geschafft werden könnten.

21. Januar. Zu der vom Reichskanzler am 19. geäußerten Empfehlung einer Verbindung der Konservativen mit liberalem Geiste läßt sich die „Kreuzzeitung" also vernehmen:

Aus dem Berichte über die Kanzlerrede geht nicht deutlich genug hervor, ob die Paarung von konservativem mit liberalem Geiste zur Entwicklung der Kolonien oder zur politischen Betätigung im Innern gebraucht werde. Was die Kolonialpolitik betrifft, so wird ein Zusammengehn der Konservativen und der Liberalen — vorausgesetzt, die Freisinnigen fallen nicht wieder in ihre Kolonialfeindschaft zurück — nicht schwer zu erreichen sein, da es ja im Grunde genommen immer bestanden hat. Anders ist die Frage, ob eine solche Paarung bei der politischen Betätigung überhaupt möglich wäre. Wir halten diese Möglichkeit für ausgeschlossen, weil diese Paarung vom Liberalismus nur dann als erwünscht angesehen würde, wenn sein Geist die Oberhand hätte; aber wir erklären, daß der konservative Geist unserm Vaterlande unentbehrlich, ist und daß es unsre Partei nicht verantworten könnte, wenn sie den konservativen vom liberalen Geist zurückdrängen ließe.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" tritt aber der in liberalen Flugblättern enthaltnen Behauptung entgegen, der Reichskanzler wünsche eine liberale Mehrheit auf Kosten der Konservativen; er habe niemals eine derartige Äußerung getan. — In München hält der stellvertretende Kolonialdirektor in einer größern Versammlung eine Rede, in der er die Bedeutung der Kolonien für die Weltstellung Deutschlands und für die nationale Wirtschaftspolitik schildert. Seit 22 Jahren habe Deutschland Kolonien, aber keine Kolonialpolitik. Es müsse ein Kreuzzug der Erziehung zum kolonialen Verständnis unternommen werden. Weiter führt der Redner aus:

Unsre koloniale Entwicklung hat unter Fürst Bismarck begonnen, einem nationalen Politiker unerreichten Ranges, aber einem Manne, dem die Interessen der Seefahrt und des Handels fernlagen, und der kein besondres Vertrauen hatte zu der Fähigkeit des Deutschen, sich diesen Dingen anzupassen. Er überließ es dem Kaufmann, die Kolonien zu entwickeln, und dadurch hat er die Grundlage gelegt zu den Monopolgesellschaften. Dieser Fehler wurde bald eingesehen, und mit teuerm Gelde mußten schließlich die Hoheitsrechte der Gesellschaften abgelöst werden. Die zweite Enttäuschung lag darin, daß, als das Reich die politische Gewalt an sich nehmen mußte, ihm politische Aufgaben und der Schutz der deutschen Anlagen gegenüber einer wilden Eingebornenbevölkerung und schlimmen Naturgewalten zufielen. Dadurch kamen wir dazu, den Wert unsers kolonialen Besitzes zu unterschätzen, daß wir ihn uns verstümmeln ließen, bis manche unsrer Kolonien auf der Landkarte wie eine Ironie auf den gesunden Menschenverstand aussehen. Es kam jene Zeit, in der weder Volk noch Regierung an die Zukunft der Kolonien irgendwie glauben konnte. Das war aber das Schlimmste. Denn nur jemand, der von der Güte oder mindestens von der Zukunft seiner Aufgaben überzeugt ist, wird kräftig und werbend für sie eintreten können. Die versäumte Aufklärung müssen wir nachholen und die öffentliche Meinung umdrehen. Wir müssen uns aber auch noch das Verständnis für die Zwecke aneignen, für die kolonisiert wird. Diese Zwecke sind materielle und merkantilistische. Güter und Menschen müssen gegen Kultur und Lebenserleichterung ausgetauscht werden.

Doch der nationalökonomische Zweck dieser kaufmännischen Betätigung ist der Erwerb und die Anzucht von Rohstoffen. Auch dieser Teil der Kolonialpolitik ist nicht mit dem nötigen Zielbewußtsein verfolgt worden. Daher kommt es, daß wir jetzt einen verhältnismäßig noch nicht sehr großen Handel mit den Kolonien haben. Die Ein- und Ausfuhr der Kolonien betrug 1905 etwa 100 Millionen, wir könnten aber sehr viel weiter damit sein, wenn wir unsre Nation rechtzeitig dazu erzogen hätten, die Mittel zu erkennen und zu würdigen, die die Kolonisation befördern. Diese 100 Millionen Handel sind erzielt worden nahezu ohne Verkehrswege, ohne Eisenbahnen, ohne die angewandte Technik, ohne Maschinen. Der Mangel an Bahnen hat uns die Feldzugskosten in den letzten zwei Jahren zwischen siebzig bis hundert Millionen Mark verteuert.

Die „Konservative Korrespondenz“ ist mit der „Kreuzzeitung“ der Meinung, daß man sich von einem Paaren des konservativen Geistes mit dem liberalen Geiste nicht viel Gutes versprechen könne. „Der Liberalismus wird niemals den gerade bei diesen Wahlen scharf erhobnen Anspruch, seinen Geist zum herrschenden zu machen, aufgeben wollen, und der Konservatismus darf unter keinen Umständen auf seine historische Mission der Durchdringung des Volkslebens mit christlich-konservativem Geiste verzichten.“ — Die „Kölnische Zeitung“ hebt an der Rede des Reichskanzlers besonders das hervor, daß er in seiner Kennzeichnung des Zentrums die Wörtchen „ultramontan“ und „national“ in einen scharfen, einander ausschließenden Gegensatz gebracht habe. — Die Studentenschaft in München veranstaltet nach einem Vortrage des Professors Günther eine national-patriotische Kundgebung.

22. Januar. Das „Zwanzigste Jahrhundert“, die Zeitschrift der Reformkatholiken, wendet sich gegen die Zentrumspartei:

Ein Kulturkampf ist, das wissen jene Agitatoren selbst ganz genau, im Sinne des vergangnen Kulturkampfes nicht zu erwarten. Aber ein andrer Kampf um die Kultur ist in Aussicht, ein Kampf um den materiellen und geistigen Fortschritt unsrer Nation. Und wenn in diesem Kampfe für Fortschritt und nationale Wohlfahrt die deutschen Katholiken in der vordersten Reihe kämpfen, so dürfen sie überzeugt sein, daß der Katholizismus nicht nur unangefochten, sondern geachtet ist. Erweist sich aber der Katholizismus auch im politischen Leben als Hemmschuh, als rückschrittlich, als Beschützer des engherzigsten Spießbürgertums und Feind jedes großzügigen, nationalen Gedankens, so kann er sich, so wenig wie es in Frankreich möglich war, der Feindschaft und der Verfolgung auf die Dauer nicht mehr entziehn. Auch der Glaube ist in Gefahr! Gewiß, aber nicht in der Auflösung des Reichstags ist ein Symptom dafür vorhanden. Denn die Regierung, die ihn aufgelöst hat, ist dem christlichen Glauben treu ergeben und wünscht nichts sehnlicher als den religiösen Frieden. Vielmehr wird der Glaube dadurch gefährdet, daß er an den Parteiwagen gespannt wird, daß vom Katholiken verlangt wird, im Interesse seiner Religion müsse er gegen die Regierung stimmen.

Auch in Stuttgart hält der stellvertretende Kolonialdirektor Dernburg einen Vortrag über die Bedeutung der Kolonisation. Kolonisieren sei eine Wissenschaft und eine Technik, die nur durch Studium der Bedürfnisse an Ort und Stelle, durch Aneignung der Mittel der Wissenschaft und namentlich der Erfahrungen der Nachbarn sich erlernen lasse. Unsre kolonialen Gesellschaften seien noch zu jung, als daß der kolonisatorische Aufwand befriedigendere Früchte hätte tragen können. Die Regierung könne nicht alles tun; es bedürfe privater Initiative. Jeder Deutsche müsse von den Kolonien wissen, und jeder praktisch sich damit Beschäftigende müsse seine Lehrjahre durchgemacht haben.

Die „Magdeburgische Zeitung" findet den „Angelpunkt der diesmaligen Reichstagswahl" darin, „daß es hierbei im Grunde gar nicht um ein Regierungsprogramm gehe, sondern um die Frage, ob mit dem Reichstagswahlrecht auf die Dauer überhaupt regiert werden kann. . . . Das Wahlrecht ist kein angebornes Menschenrecht, sondern ebenso wie jeder andre Teil der Staatsorganisation ein Mittel der Erhaltung und Entwicklung des Staats, und es wird durch die Logik der Tatsachen dann unhaltbar, wenn es für diesen Zweck nicht nur versagt, sondern gegen das Lebensinteresse des Staats ausschlägt. In dem Augenblicke, in dem dies geschieht und zum allgemeinen Bewußtsein kommt, hält keine politische Theorie die Reaktion auf; das beweist alle geschichtliche Erfahrung."

24. Januar. In Frankfurt a. M. hält der Gouverneur von Lindequist einen Vortrag über die deutschen Kolonien, besonders über Südwestafrika. Er gibt einen Rückblick auf die zwanzigjährige Entwicklung der Kolonien und untersucht die Frage, was geschehn könne, um die kolonialen Fragen, die von so eminent nationaler Bedeutung seien, volkstümlicher zu machen, die Neigung der Betätigung in den Kolonien zu heben und den kolonialen Gedanken im deutschen Volke zu vertiefen.

25. Januar. Am entscheidenden Wahltage weist die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" noch einmal darauf hin, es liege in der Hand der drei Millionen starken Partei der bisherigen Nichtwähler, „daß der Druck einer Majorität aus Zentrum und Sozialdemokratie aus dem Reichstag verschwindet, sodaß fortan nicht kleinlicher Fraktionsgeist wie beim Zentrum oder direkte Reichsfeindschaft wie bei der Sozialdemokratie über die Erfüllung nationaler Bedürfnisse entscheidet."

II.

Die Wahlen und ihre Nachklänge.

25. Januar. Nach einer lebhaften Beteiligung der Wähler haben die Wahlen, nach Angabe des „Reichsanzeigers“ vom 30. Januar, folgendes Ergebnis: In den 397 Wahlbezirken sind gewählt 43 Konservative, 10 von der Reichs- oder freikonservativen Partei, 1 vom Bunde der Landwirte, 3 von der Deutschen Reformpartei, 4 von der Wirtschaftlichen Vereinigung, 91 von der Zentrumspartei, 19 Nationalliberale, 19 Polen, 1 vom Bauernbunde, 1 von der Freisinnigen Vereinigung, 6 von der Freisinnigen Volkspartei, 29 Sozialdemokraten, 4 Elsässer, 1 Däne, 5 Wilde, zusammen 239. Infolgedessen müssen 158 Stichwahlen über 316 Kandidaten stattfinden. An 88 derselben sind Sozialdemokraten beteiligt. 21 Mandate hat die Sozialdemokratie in der Hauptwahl verloren. Das Zentrum ist an 36 Stichwahlen beteiligt und hat in der Hauptwahl einen Sitz gewonnen. Die Zahl der Nichtwähler beträgt immer noch in Berlin 111000, in München 44000.

26. Januar. Über das Ergebnis der Wahlen vom 25. d. M. urteilt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“: „Die erste Entscheidung ist gefallen, das Volksgericht hat gegen die Sozialdemokratie entschieden. Die Deutschen haben bewiesen, daß sie sich ihre nationale Ehre, die Entwicklung ihrer nationalen Macht, die Zukunft des Reichs nicht verkümmern lassen. Der Bann, als ob das Vorwärtsschreiten der Sozialdemokratie unaufhaltsam sei, ist endlich gebrochen! Industriezentren, die als sichre Sitze der Sozialdemokratie galten, sind im ersten Ansturm von den nationalen Parteien genommen, alte preußische Städte, wie Breslau und Königsberg, ehrwürdig durch die große Tradition der preußischen Monarchie, sind der nationalen Sache zurückerobert worden. Der Erfolg der Hauptwahl ruft zur verdoppelten Arbeit bei den Stichwahlen. Es gilt, nach innen und außen zu beweisen, daß das deutsche Volk, wenn nationale Fragen auf dem Spiele stehn, alles niederreitet, was der Nation im Wege steht, daß es nicht die geringste Schwächung seiner nationalen Kraft duldet, auch wenn es sich um eine afrikanische Kolonie und ein paar tausend Mann mehr oder weniger handelt. — Das Ergebnis des Hauptwahltags ist bezeichnet durch eine durch keinerlei Täuschungskünste fortzuleugnende Niederlage der Sozialdemokratie. Der nationale, der koloniale, der weltpolitische Gedanke im deutschen Volke hat einen glänzenden ersten Sieg erfochten über die vaterlandslosen Bestrebungen einer Partei, der je mehr und mehr alle positiven Ideale verloren gegangen sind. Der Pessimismus ist verscheucht, der sich so lange

infolge unerquicklicher parlamentarischer Verhältnisse wie ein grauer Nebel über Reich und Volk gelagert hatte. Das frisch pulsierende Leben des Wahlkampfes hat in ungeahntem Maße neue Kräfte im Volke rege gemacht. Man darf hoffen, daß die Sozialdemokratie mindestens auf den Stand von 1898 zurückgeworfen und der »Fleck auf der Ehr« von 1903 endgiltig getilgt wird. Das deutsche Volk hat gezeigt, daß es die Bäume der Sozialdemokratie nicht will in den Himmel wachsen lassen, und die Sozialdemokratie hat gezeigt, daß sie dem Herzen des Volkes nichts zu bieten hat. Die Niederlage der Sozialdemokratie wird am schlagendsten dadurch gekennzeichnet, daß sie sechzehn oder vielleicht gar achtzehn Sitze auf Anhieb verloren und nur einen einzigen, in Mülhausen i. E., gewonnen hat. Eine ganze Reihe von Hochburgen, in denen infolge der zunehmenden Konzentration großer Arbeitermassen die Aussichten des Bürgertums immer hoffnungsloser zu schwinden schienen, sind der Sozialdemokratie verloren gegangen. Hierzu gehören große Städte und Industriezentren wie Königsberg, Breslau, Leipzig, Halle, Magdeburg, Göppingen, Eßlingen. Im Königreich Sachsen, das im Jahre 1903 fast ausschließlich rot gewählt hatte, ist ein höchst erfreulicher jäher Umschwung zugunsten der bürgerlichen Parteien eingetreten. Den Vorteil von diesen Niederlagen der Sozialdemokratie haben zum größern Teil die liberalen Parteien der verschiednen Richtungen, zum kleinern die Konservativen gezogen."

Die „Deutsche Tageszeitung" äußert sich u. a. wie folgt:

Der Reichskanzler hatte mit der Reichstagsauflösung und nachher an die nationalen Regungen der deutschen Volksseele sich gewandt, und ein solcher Appell findet immer noch in den deutschen Herzen ein Echo. Der ganze Wahlkampf war getragen von einer völkischen Begeisterung. Noch vor kurzem hatten wir unsrer Freude darüber Ausdruck gegeben, daß diese Begeisterung wieder aufzuflammen beginne und durch das Land wehe. Wir haben uns nicht getäuscht. Das Trennende, das sich sonst zwischen die einzelnen Gruppen des Volkes gestellt, trat in den Hintergrund. Man besann sich auf das Einende, auf die große Vergangenheit, auf die allgemeinen Ziele, auf die Zukunft und die Bestimmung des Volkes. Es ging wieder, wie 1887, ein Wehen des nationalen Hochsinnes durch die Seelen, die Erinnerung an die große Zeit, da das Reich ward, erwachte wieder.

Die „National-Zeitung" bemerkt zu dem Ergebnisse der Hauptwahl:

Wie immer der endgiltige Ausfall sein mag: ein Schlag ins Wasser ist diese Reichstagsauflösung nicht gewesen. Daß sie den deutschen Michel aufgerüttelt hat; daß ein scharfer politischer Wind in die verstaubtesten Ecken geblasen und die verschlafensten Winkel ausgelüftet hat; daß politische Gedanken wieder in Kreise getragen worden sind, die sich politischer Interessen fast völlig entwöhnt hatten: das ist das wertvolle Ergebnis dieses ersten Wahlganges, das uns niemand mehr rauben kann.

In gleicher Weise äußern sich die übrigen hervorragenden Organe der nationalen Parteien.

Die „Schlesische Zeitung" tut dies mit den Worten: „Aus dem Vollmaße des Übels ist jetzt der Anfang zur Heilung erwachsen. Proklamiert war der Klassenkampf von den Sozialdemokraten seit mehr als einem Menschenalter; aufgenommen worden ist er von der Bürgerschaft erst in den letzten Jahren, man kann wohl sagen, erst in den letzten Monaten. Die Sozialdemokraten haben Wind gesät, jetzt ernten sie Sturm. Und dieser Sturm hat zunächst ihre Abgeordneten aus Breslau weggefegt." — Die „Magdeburgische Zeitung" schreibt: „Heruntergeholt ist die rote Fahne, die schon allzu lange zu unsrer Schmach über Magdeburg geweht hat. Das war doch wieder einmal ein Tag, an den wir mit Freuden noch lange zurückdenken werden. Es soll uns aber vor allem in fester Erinnerung bleiben als ein leuchtendes Beispiel dafür, daß Einigkeit im großen wie im kleinen, in der äußern wie in der innern Politik, zwischen den deutschen Volksstämmen wie zwischen den Parteien die Vorbedingung aller herrlichen Erfolge ist gegenüber gemeinsamen Feinden." — Die „Leipziger Neuesten Nachrichten" feiern den Leipziger Sieg mit den Worten: „Das war ein Tag, von dem noch die Enkel künden werden. Die Leipziger Schlacht! Zerschmettert, zersprengt, glänzend besiegt, liegt der Gegner am Boden. Gestern noch höhnte er über die Anstrengungen des Bürgertums, gestern noch war er seiner Sache gewiß. Heute sind seine Scharen zerstreut, und ein Sieg, wie wir alle ihn in unsern kühnsten Hoffnungen nicht erwartet haben, er ist unser. Und mit der Leipziger Siegeskunde wird die Überzeugung in alle Lande getragen, daß die Sozialdemokratie nicht unbesiegbar ist, daß ihre Kräfte versagen, wo das deutsche Bürgertum ihr in geschlossener Front gegenübersteht. Alle Verhetzung, alle feindliche Wühlarbeit, alle Künste der Verdrehung und Verleumdung, sie haben das sichere nationale Gefühl des Bürgers nicht irre zu machen vermocht. Entschlossen hat es der vor keinem Mittel zurückschreckenden Agitation der roten Internationale den Rücken gekehrt. Aller Stimmenfang hat nichts geholfen. Das Bürgertum Leipzigs blieb sich selber getreu."

Dagegen äußern sich die Hauptorgane der Reichstagsmehrheit vom 13. Dezember also:

Die „Germania" (Zentr.) sagt: „Unsre »guten Freunde« von der Parole »Lieber rot als schwarz« müssen nun einmal sich wieder davon überzeugen, daß der Zentrumsturm noch immer unüberwindlich ist, sie müssen schon jetzt damit rechnen, daß die Zentrumsfraktion in jedem Falle auch im nächsten Reichstage die stärkste Fraktion sein wird und nach wie vor ihr gewichtiges Wort in die Wagschale der parlamentarischen Verhandlungen legen kann. Der Traum von einer »liberalen Ära«, von einer dominierenden Stellung des Liberalismus im nächsten Reichstage ist bereits zu Wasser geworden." — „Vorwärts", das Hauptorgan der Sozialdemokraten, tröstet sich wie folgt: „Die Sozialdemokratie wird unaufhaltsam vorwärts dringen. Die jämmerliche nationale Phrase, die heute noch so manchen Kurzsichtigen betört, wird bald genug abgegriffen und verbraucht sein. Der Katzenjammer wird dann nur um so größer werden. Und die unaufhörliche Ausbeutung und Bedrückung der Arbeiterklasse, zu der sich Liberalismus wie Zentrum bereit finden lassen, wird immer zahlreichern Massen der Nichtbesitzenden die Augen öffnen. So sind wir bisher siegreich, unaufhaltsam vorwärts gedrungen, und so werden

wir in unwiderstehlichem Anprall alle uns entgegengetürmten Hindernisse über den Haufen rennen."

27. Januar. Mit Rücksicht auf die bevorstehenden Stichwahlen ist zuerst die Sozialdemokratie mit einem Aufrufe bei der Hand, nach dem sie vor allem dem Zentrum und dann auch den freisinnigen Parteien Stichwahlhilfe zuteil werden lassen will.

29. Januar. Sodann erscheint ein Wahlaufruf der nationalliberalen Partei, in dem darauf aufmerksam gemacht wird, daß die Sozialdemokratie die wildesten Anstrengungen mache, um in der Stichwahl ihre schwere Niederlage wieder auszugleichen, daß ferner das Zentrum unter der Parole Wahlenthaltung der Sozialdemokratie in einer Reihe von Wahlkreisen zu Mandaten verhelfen könne, daß auch jetzt Tausende ihr Wahlrecht nicht ausgeübt hätten und daß die Gefahr einer Mehrheit von Zentrum und Sozialdemokratie noch keineswegs beseitigt sei.

Auch die „Freisinnige Vereinigung" tritt in Gestalt des Vorstandes des „Wahlvereins der Liberalen" mit einem Aufrufe auf, in dem es heißt:

Die Hauptwahlen haben eine sichere Mehrheit für die Bewilligung nationaler Forderungen ergeben. Dagegen scheint jetzt die Gefahr der Bedrohung bedeutsamer liberaler Errungenschaften: Reichstagswahlrecht, Koalitionsrecht, Gleichberechtigung aller Staatsbürger, für deren Ausbau und Aufrechterhaltung wir stets eingetreten sind, wesentlich näher gerückt. Wir fordern daher unsre Parteifreunde im Lande auf, nur solchen Kandidaten ihre Stimme zu geben, die durch Programme und Persönlichkeit eine sichere Gewähr dafür bieten, daß sie nicht der politischen und geistigen Reaktion Hilfsdienste leisten.

Dieser Ausspruch gilt in der Presse der nationalen Parteien als typisch für alle, die selbst im gefährlichsten Augenblicke sich nicht zu der Höhe der patriotischen Selbstverleugnung zu erheben vermögen, das Notwendige an erste Stelle zu setzen, sondern diese gewissen Forderungen zweiter Bedeutung selbst auf die Gefahr einzuräumen, alles zu verlieren. Der „Schwäbische Merkur" nennt dies ein leichtfertiges Verfahren. Die „Leipziger Neuesten Nachrichten" sagen zu dem freisinnigen Aufrufe:

Was heißt denn das anders, als das klare Ziel, das uns allen gestellt ist, in der frivolsten Weise verschieben und die Stoßkraft des Bürgertums lähmen? Was heißt das anders, als der Sozialdemokratie unter dem Deckmantel eines Kampfes gegen die Reaktion Vorspanndienste leisten? Was heißt es anders, als dort Verödung schaffen, wo eben das hoffnungsvolle frische Frühlingsgrün zu sprießen begann? Gewiß, der Freisinn hat in manchen Kreisen die Entscheidung in der Hand, aber er hat zugleich auch über seine Zukunft zu entscheiden. Schlägt er sich jetzt in großer Stunde auf die Seite der Sozialdemokraten, dann wird und muß gegen ihn in künftigen Zeiten der Kampf bis aufs Messer geführt werden.

Auch Ausführungen des bisherigen Abgeordneten Schrader im „Berliner Tageblatt“ bestätigen die Parole „Mit der Sozialdemokratie gegen die Reaktion“. Überhaupt zeigen die linksliberalen Blätter die Tendenz, für die Stichwahlen die nationale Bewegung flau zu machen, indem sie vor Unterstützung der rechtsliberalen Parteien warnen und Stärkung lediglich des Liberalismus als Ziel aufstellen.

Über die Wahlen in Bayern wird dem „Schwäbischen Merkur“ geschrieben:

Vor den Wahlen, nach den Wahlen — es ist alles eins. Hat Sachsen seinen übeln Beinamen des roten Königreichs glänzend abgeschüttelt, so hat Bayern den seinigen des schwarzen, oh des tiefschwarzen mit bedauerlicher Zähigkeit festgehalten. Blöde Gedankenlosigkeit der Partei mit dem Herdencharakter, du siegst! Da hat keine Organisation, keine Koalition, keine Agitation geholfen. Wo die Liberalen in ein schwarz Örtlein einbrachen und etwa Haus bei Haus ihre Flugblätter und Wahlzettel verteilten, da folgte der Pfarrer ihren Spuren und sammelte sorgsam die Flugblätter und Zettel wieder ein. Die Zentrumswähler sind so gehorsam, daß sie auch den härtesten Bissen schlucken; „der Herr Pfarrer wirds schon wissen, warum daß wir etzt auf amol Sozi wähle müassn“.

Anders der Erzpriester Hirschberger in Stettin, der sich offen für den Kandidaten der liberalen Parteien erklärt und damit der Weisung des Papstes nachkommt, der im März 1906 es als Pflicht der Katholiken bezeichnet hatte, „der Gefahr entgegenzutreten, die Religion und die Gesellschaft zu zerstören“.

In Köln beschließen die Vorsitzenden der Landesausschüsse beziehungsweise Provinzialausschüsse der Zentrumspartei der Rheinprovinz, von Westfalen, Hessen-Nassau, des Großherzogtums Hessen und der Rheinpfalz sowie eine Anzahl weiterer Vertrauensmänner der Zentrumspartei, dem Wahlkomitee der Zentrumspartei zu empfehlen, nur die Kandidaten zu unterstützen, die sich verpflichten, einzutreten: 1. für Aufrechterhaltung des geltenden Reichstagswahlrechtes, gegen jede Beschränkung des Koalitionsrechtes, für Fortführung der sozialen Reformgesetzgebung sowie gegen jedes Ausnahmegesetz auf politischem Gebiete, 2. für Sicherung der vollen Religionsfreiheit in allen deutschen Bundesstaaten im Sinne des Toleranzantrages sowie gegen jedes Ausnahmegesetz auf religiösem Gebiet.

30. Januar. Das Kölner sozialistische Parteiorgan, die „Rheinische Zeitung“, lehnt sich gegen die Stichwahlparole des Parteivorstandes auf, besonders wegen der Losung: „Keine Stimme einem Nationalliberalen“. Die Anweisung berücksichtige zu wenig die Verhältnisse in den westlichen Wahlkreisen. Sie bewerte alle liberalen Kandidaten in unzulässiger Weise über einen Kamm. Dem Zentrum Krieg unter allen Umständen! Von dieser Losung dürfe keinen Augenblick abgegangen werden. Es sei bedauerlich, daß der Partei-

vorstand bei der Stichwahlparole nicht auch das Zentrum unter die Gegner der Sozialdemokratie rechne, deren Unterstützung nicht in Frage komme, während bezüglich der Liberalen die Parole unzulässig laute.

31. Januar. Nach der Meinung der „Grenzboten" „muß es jetzt offen gesagt werden, daß der entschiedne Liberalismus in dem eigentlichen Wahlfeldzug einmal wieder eine erschreckende Unfähigkeit bewiesen hat, der Lage und den Forderungen realer Politik gerecht zu werden".

1. Februar. Der von bürgerlichen Parteien her angeblich drohenden Gefahr sucht noch einmal die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" warnend entgegenzutreten mit der Versicherung: „Der Auflösung des Reichstags lagen wahrhaftig keine reaktionären Pläne zugrunde." — Der Reichskanzler und die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" treten wieder einer Reihe unwahrer, in der Wahlbewegung verbreiteter Behauptungen entgegen; so verkündet ersterer: „Die deutsche Sozialpolitik wird in den seitherigen bewährten Bahnen nachdrücklich fortgeführt werden. Die Behauptung, daß die Berufsvereinsvorlage unmittelbar oder mittelbar zu einer Beschränkung der nicht rechtsfähigen Berufsvereine dienen sollte, ist unzutreffend. Insbesondre wird nicht beabsichtigt, die Mitglieder der nicht rechtsfähigen Berufsvereine irgendwie von der Verwaltung der sozialpolitischen Einrichtungen auszuschließen." — Nach München hin läßt der Reichskanzler telephonieren: „Daß die Verbündeten Regierungen eine Verschlechterung des Wahlrechts planen, ist erfunden." — Andre Bekämpfungen richten sich gegen ein sozialdemokratisches Flugblatt, wonach die Arbeiter mit einer kommenden „Scharfmachermehrheit" geschreckt werden, und wonach der neue Reichstag bestimmt sei, „Gesetze gegen die Arbeiterklasse zu machen". — Die Leitung der bayrischen Zentrumspartei empfiehlt für gewisse Fälle die Abgabe eines sozialdemokratischen Stimmzettels. Dagegen weisen die „Münchner Neuesten Nachrichten" darauf hin, daß dieses Bündnis vielen Leuten in Bayern die Augen öffnen werde; die bayrische Regierung freilich habe es im Gegensatz zu den Regierungen aller größern Bundesstaaaten nicht für nötig gefunden, vor der Haupt- und Stichwahl mit einem einzigen Wort für den nationalen Kampf, den das deutsche Volk jetzt zu kämpfen hat, begeisternd und stimmungsfördernd einzutreten, aber die „Allgemeine Zeitung" in München veröffentlicht schon einen Mahnruf zur Einigung an die staatserhaltenden Parteien, der Zentrum und Liberale zur gemeinsamen Bekämpfung der Sozialdemokratie auffordert und unterzeichnet ist u. a. von Unterstaatssekretär a. D. Graf Berchem, Reichsrat Freiherrn von Cramer-Klett, erzbischöflichem Rat Professor Knöpfler, den

Kommerzienräten Sedlmayr und Kustermann, dem ersten Präsidenten der Kammer der Reichsräte Fürsten zu Löwenstein, Baron Wuertzburg, Professor v. Stengel, Rechtsanwalt v. Stengel und andern bekannten Münchner Persönlichkeiten. — In gleicher Weise veröffentlichen in der „Augsburger Postzeitung" die Münchner Universitätsprofessoren Atzberger, Grauert, v. Hertling, die Reichsräte Fürst Quadt zu Wykradt und Isny, v. Soden in Fraunhofen, Hofrat Jochner und Abt Gregor Dannes die Erklärung, daß sie als Angehörige der Zentrumspartei den Beschluß der Leitung des bayrischen Zentrums, wonach den Zentrumswählern in zwei Wahlkreisen direktes Eintreten für die sozialdemokratischen Kandidaten empfohlen wird, lebhaft bedauern, weil dieser Beschluß nach ihrer Ueberzeugung mit den Grundsätzen des Zentrums in Widerspruch stehe und überdies seinen Parteiinteressen zuwiderlaufe. — Ebenso verurteilt Professor v. Savigny in Münster vor einer großen Versammlung in Osnabrück das System Roeren. Die gegenteilige Richtung tritt aber lebhaft in der „Kölnischen Volkszeitung" und in der „Germania" hervor, die den Reichskanzler verspottet, wie er das Zentrum „niederreitet". Andrerseits bemerkt der „Vorwärts": „Das lustigste an dieser lächerlichen Komödie der Irrungen ist, daß das Zentrum als Zuschauer beide Akteure, den hoffnungsseligen Liberalismus wie den überschlauen Kanzler, in gleichem Maße verspottet." — Auf welfischer Seite wird in einem Flugblatte im neunten hannoverschen Bezirke mit den Worten aufgetreten: „Die Erträge des annektierten Welfenfonds flossen in die Taschen der dienstbeflissenen Werkzeuge Bismarckscher Politik, bis Kaiser Wilhelm II. die Zinsen dieses Fonds seinem Eigentümer zurückgab. Damit war den Welfendfonds-Stipendiaten plötzlich der Judaslohn gesperrt. Jetzt suchen sie sich am Kaiser zu rächen dadurch, daß sie den hannoverschen Boden mit Bismarck-Denkmälern schänden usw." — In den ersten zwölf Stichwahlen verlieren die Sozialdemokraten ferner drei Mandate.

3. Februar. Die Bamberger Blätter veröffentlichen eine Erklärung des Erzbischofs von Bamberg an die katholische Geistlichkeit, in der er unter Bezugnahme auf die Meldung, daß die Leitung der Zentrumspartei in dem Wahlkreise Erlangen-Fürth die offizielle Parole ausgegeben habe, bei der Stichwahl für den Sozialdemokraten zu stimmen, ausführt, er erachte es bei der bekannten Stellung, die die Sozialdemokratie grundsätzlich zu Staat, Kirche und Religion einnehme, für ausgeschlossen, daß ein überzeugter Katholik, geschweige denn ein katholischer Priester durch die Abgabe seiner Stimme die Sozialdemokratie direkt unterstütze und fördere.

4. Februar. Von Leipzig aus kommt an den deutschen Universitäten eine Bewegung in Gang zur Bildung eines protestantisch-nationalen Bismarckbundes „mit dem Ziele der Befreiung Deutschlands vom Ultramontanismus". Auch der Erzbischof v. München-Freising, Stein, läßt erklären, daß er sich bisher grundsätzlich nicht mit politischen Wahlgeschäften befaßt habe und sich in politische Wahlangelegenheiten auch nicht einmischen wolle. Er habe nicht die geringste Kenntnis von der ausgegebnen Wahlparole gehabt und müsse die Verantwortung hierfür den Persönlichkeiten zuschieben, die eine solche Parole hätten ausgeben können. Der Erzbischof nehme aber keinen Anstand, die Ansicht auszusprechen, daß es aus prinzipiellen, monarchischen und religiösen Gründen sehr bedauert werden müsse, wenn diese Parole in Wirklichkeit befolgt würde. — Im schroffen Gegensatze zu dieser Wahlparole in Bayern preist der vatikanische Osservatore romano die Niederlage der Sozialdemokratie bei den Wahlen vom 25. Januar als einen glänzenden Triumph des Zentrums; und zwar sei es das Zentrumsprogramm, das wegen seines großartigen „Gleichgewichts", „der Durchsichtigkeit seiner politischen Grundsätze und der imponierenden Sicherheit in ihrer Durchführung" „das deutsche Volk gewonnen" habe. Es werde daher das Zentrum nach wie vor „die nahezu absolute Herrschaft, die es bis jetzt über die deutsche Politik ausgeübt hat", auch ferner behalten. Ja während der Sozialismus sich nie wieder zu seiner frühern Macht werde erheben können, sei dem Zentrum eine noch größere und glänzendere Zukunft gesichert. Die Macht, die dem Zentrum durch den bereits erzielten und in den Stichwahlen zu erwartenden Erfolg zufließe, werde auch bereits in den hohen Sphären und vom Kaiser selbst anerkannt, wie dies aus unzweideutigen Beweisen der letzten Tage, dem Empfange des Grafen Ballestrem beim Kaiser und aus dem Wechsel in der Kolonialpolitik hervortrete. Dagegen sagt die „Tägliche Rundschau": „Zwischen der Regierung und dem Volk ist ein Pakt geschlossen worden, daß nunmehr in Deutschland die Zentrumsherrschaft gebrochen sei, und die Regierung sich aus ihrer Abhängigkeit von der Zentrumsdiktatur befreien soll, nachdem ihr das Volk durch Schwächung der Sozialdemokratie eine neue Mehrheitsbildung ermöglicht hat. Zerreißt die Regierung einseitig diesen Pakt, so verliert sie jedes Vertrauen im Lande." In demselben Sinne empfinden die „Hamburgischen Nachrichten" es sogar „mit Befremden und einer gewissen Bitterkeit", daß die Regierung in ihrer Parole für die Stichwahlen von der nicht wieder zu duldenden Zentrumsvorherrschaft in Deutschland kein Wort gesagt hat. Ihre Warnung richte sich nur gegen die Sozialdemokratie. „Alle nicht sozialdemokratischen Parteien, also auch

das Zentrum, fordert diese Kundgebung auf, im Kampfe gegen den Umsturz zusammenzustehen — als ob der eigentliche Kampf des Volkes nicht im letzten Grunde doch eben dem Zentrum und seiner Diktatur gegolten hätte!" Unter diesen Umständen wirke der Hohn, mit dem die Zentrumspresse die Regierung überschütte, um so beschämender. — Der „Antiultramontane Reichsverband" ruft daher auch im letzten Augenblicke auf, unter allen Umständen gegen das Zentrum zu stimmen.

5. Februar. Das Ergebnis der Stichwahlen hat in betreff aller Wahlen zur Folge: Die Niederwerfung der Sozialdemokraten, die Vermehrung des Besitzstandes des Zentrums und der Polen und die Verwandlung der Reichstagsmehrheit vom 13. Dezember v. J. in eine Minderheit. — Vor dem Berliner Königlichen Schlosse und vor der Wohnung des Reichskanzlers kommt es wegen des Ausfalls der Wahlen zu lebhaften Kundgebungen. Der Reichskanzler redet die begeisterten Massen also an:

Ich danke Ihnen, meine Herren, daß patriotische Gesinnung Sie wiederum hierhergeführt hat. Als ich am 13. Dezember einen letzten Appell an den Reichstag richtete, schloß ich mit den Worten, daß die Regierung ihre Pflicht tun würde im Vertrauen auf das deutsche Volk. Dieses Vertrauen hat nicht getäuscht. Was bei den Hauptwahlen gesiegt hat und heute bei den Stichwahlen weitere schöne Erfolge errungen hat, das ist der deutsche Geist: „Der gekämpft hat allerwegen, der noch kämpft zu dieser Frist, und der darum nicht erlegen, weil er ja unsterblich ist." Wenn wir diesem deutschen Geiste treu bleiben, wenn vor allem die deutsche Jugend festhält an diesem Geist und sich mit ihm erfüllt, dann können wir ruhig und freudig in die Zukunft des Vaterlandes blicken. Und nun stimmen Sie mit mir ein in den Ruf der Liebe und der Treue bis zum Tod: Unser deutsches Vaterland, es lebe hoch!

Der Kaiser redet die Massen vom Balkon seines Schlosses an. Seine Rede siehe im fünften Abschnitt.

Nach Angabe des „Reichsanzeigers" sind nunmehr endgültig gewählt 60 Konservative, 23 von der Reichspartei, 4 vom Bunde der Landwirte, 1 Christlich-Sozialer, 3 Deutsch-Soziale, 12 von der Wirtschaftlichen Vereinigung, 6 von der Deutschen Reformpartei, 106 vom Zentrum, 20 Polen, 55 Nationalliberale, 1 vom Bauernbunde, 13 von der Freisinnigen Vereinigung, 28 von der Freisinnigen Volkspartei, 7 von der Deutschen Volkspartei, 43 Sozialdemokraten, 7 Elsässer, 1 Däne und 7 Wilde.

6. Februar. Über den Gesamtausfall der Wahlen spricht sich die halbamtliche „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" also aus:

Im vorigen Reichstag besaßen die Parteien, die die kolonialen Forderungen mit 177 Stimmen zu Falle brachten, eine Gesamtstärke von 199 Köpfen, dazu kam noch eine Anzahl Fraktionsloser, die ihre Majorität noch verstärkten. Diese Parteien sind durch die Wahlen in knapper Rechnung um 30 Sitze geschwächt worden. *Eine zuverlässige nationale Mehrheit* zieht also in den neuen Reichstag ein; eine nationale Mehrheit, die von der Stimmung der größten Partei im Hause, dem Zentrum, unabhängig ist. *Das Zentrum wird künftig nicht mehr in der Lage sein*, mit Hilfe der stets regierenden Parteien der Sozialdemokraten und Polen eine Mehrheit zu bilden, es hat künftig in nationalen Fragen nicht mehr wie bis jetzt die Wahl zwischen Gewähren und Versagen. Wer diese seine bisherige Machtstellung als schädlich empfunden hat, der darf heute befreit aufatmen. Das Zentrum kehrt zwar sogar um einige Sitze verstärkt in den Reichstag zurück, aber es kehrt zurück in einen andern, in einen national erneuerten Reichstag. Diesen neuen Reichstag geschaffen zu haben, ist *das Verdienst des deutschen Bürgertums*. Nichts ist bezeichnender für die hinter uns liegenden Wahlen, als die nationale Geschlossenheit, mit der die bürgerlichen Parteien, vor allem in den großen Städten, an die Urnen getreten sind. Eine weitere Schwächung der sozialdemokratischen Fraktion ist gerade durch die Partei verhindert worden, die sich bisher als das festeste Bollwerk gegen die sozialdemokratische Flut zu bezeichnen pflegte. Wir glauben, daß *diese Haltung des Zentrums nicht ohne Rückwirkung* auf die Stellung der Parteien bleiben wird. Der Sieg über die Sozialdemokratie ist erfochten worden ohne, ja gegen das Zentrum. Um so ehrenvoller ist das glänzende Ergebnis für die Sieger. Freuen wir uns des Erreichten und arbeiten wir an der Sicherung und Befestigung des errungnen Gutes!

Das Hauptblatt der Sozialdemokratie, der „*Vorwärts*“ äußert: „Die Zahl der zuverlässigen, aufgeklärten Anhänger zu mehren und *noch gründlicher mit den sozialistischen Idealen zu durchdringen*, muß und wird die Aufgabe der sozialdemokratischen Agitation des nächsten Jahrfünfts wie überhaupt aller Zukunft sein! Das Rekrutierungsgebiet der Sozialdemokratie ist das denkbar ergiebigste und aussichtsreichste. Und wenn die Sozialdemokratie auch bei der nächsten Wahl keinen verblüffenden Sprung nach vorwärts machen sollte: *Der Sieg ist uns gewiß!*“

Die Aeußerung der „*Germania*“, des Hauptblatts der andern Partei, gegen die die nationalen Parteien sich rüsteten, des Zentrums, lautet:

Der Reichskanzler gleicht jetzt dem Manne, der, als er das Bein gebrochen hatte, frohlockend ausrief: „Welch ein Glück, daß ich nicht den Hals

gebrochen habe!“ Überwunden kann die Sozialdemokratie nur werden durch die christlichen und konservativen Kräfte in unserm Volke, nicht durch den mit der Sozialdemokratie geistesverwandten Liberalismus. Man sollte diese Kräfte sammeln und einigen, statt sie gegeneinander wirken zu lassen. Der Kaiser sprach in der letzten Nacht von der alles überwindenden Macht, die aus dem einigen Zusammenstehen der Konfessionen erwachse. Möchten alle, die es angeht, das im rechten Sinne verstehen und beherzigen. Wir würden es als das schönste Ergebnis des beendeten Wahlkampfes freudig begrüßen.

Das andre hervorragende Zentrumsblatt, die „Kölnische Volkszeitung“, läßt sich über die nächtliche Ansprache des Kaisers also aus:

Das Zentrum habe es gezeigt, daß es reiten und streiten könne, wo es nötig sei, deswegen werde es aber kein Titelchen aufgeben von jenem Programm, das dem sozialen Frieden, der politischen Freiheit und der religiösen Duldsamkeit diene wie kein andres. „Wir unterschreiben daher gern den Wunsch des Kaisers in seiner Ansprache in der letzten Nacht, daß alle Konfessionen zusammenhalten mögen; weniger freilich um niederzurennen, als vielmehr um aufzubauen; und wir wollen dieses Wort trotz kulturkämpferischer Gelüste des Jungliberalismus und auch andrer Leute, wie sie in diesem Wahlkampfe zweifellos hervorgetreten sind, und die man durch Totschweigen nicht aus der Welt schaffen kann, dennoch als gutes Omen aufnehmen. Dürfen wir dies, dann, aber auch nur dann, darf man wirklich beruhigt in die Zukunft des deutschen Volkes schauen.“

Die Blätter der andern Parteien sprechen sich zufriedengestellt aus. Die „Vossische Zeitung“ meint übrigens, nichts wäre verhängnisvoller, als wenn die Regierung über kurz oder lang das alte Verhältnis zum Zentrum wieder herstellen wollte. — Nach der „Braunschweigischen Landeszeitung“ würde eine solche Handlungsweise demoralisierend wirken und der Regierung jedes Vertrauen rauben, sie würde die letzte Hoffnung darauf zerstören, daß auch in der Politik die Grundlage aller Maßnahmen „Treu und Glauben bilden müsse“. — Die „Magdeburgische Zeitung“ hat folgende Auffassung: „Man würde diese Wahlen falsch verstehen, wenn man etwa annehmen wollte, sie seien lediglich der Ausdruck eines im deutschen Volke lebendig gewordnen Entschlusses, sich der sozialdemokratischen Gefahr zu erwehren, und die Regierung würde, wenn sie ihre Politik nach dieser Auffassung orientierte, sehr bald die Erfahrung machen, daß sie die »Stimme des Volkes« mißverstanden hätte. Der Kampf ging in erster Reihe gegen Schwarz. In den Wahlkreisen, in denen das gegen den Ultramontanismus sich aufraffende protestantisch-bürgerliche Element überwog, konnte man den schwarzen Gegner nicht fassen, und darum fiel die ganze Wucht des Angriffs auf den roten Bundesgenossen.“

Im Organe der „Freisinnigen Vereinigung“, der „Nation“, werden die sozialdemokratischen Niederlagen bedauert mit den Worten: „Die Regierung kann in den nächsten Jahren so viel reaktionäre

Politik treiben, wie sie will — der parlamentarische Widerstand dagegen braucht sie nicht zu schrecken. Jene heilsame Sorge, die aus dem unheimlichen Anwachsen der Sozialdemokratie erwuchs und die Regierenden zur steten Vorsicht in der innern wie in der äußern Politik mahnte, ist beseitigt und damit die Versuchung zu gewagtern Experimenten gewachsen." — Der König von Sachsen richtet an den Oberbürgermeister Beutler von Dresden das Telegramm: „Meine Freude und mein Stolz über meine lieben Dresdner ist groß. Größer noch mein Dank für die patriotische Aufopferung vieler ausgezeichneter Männer. Es ist ein Vergnügen, jetzt zu leben."

7. Februar. Der Reichskanzler erteilt auf ein vom Direktorium des Zentralverbandes deutscher Industrieller nach Beendigung des Wahlkampfes an ihn gerichtetes Schreiben folgende Antwort: „Das verehrliche Direktorium bitte ich, für die mir im Namen des Zentralverbandes deutscher Industrieller zum Ergebnis der Reichstagswahlen ausgesprochnen freundlichen Glückwünsche und das zielbewußte, opferfreudige Eintreten für die nationale Sache im Wahlkampfe meinen verbindlichen Dank entgegenzunehmen. Ich möchte dabei feststellen, daß der vorläufig mit Erfolg beendete Kampf sich nicht einzig und allein gegen die Sozialdemokratie richtete. Das nationale Bürgertum hat vielmehr durch sein Votum gegen die Sozialdemokratie auch eine parlamentarische Taktik verurteilt, durch deren Anwendung am 13. Dezember v. J. die damalige Minderheit von der Zentrumspartei unter Beihilfe der Sozialdemokratie niedergestimmt wurde. Es hieße den Geist der Nation verkennen, wenn man über dieses charakteristische Merkmal der jüngsten Wahlen hinwegsehen wollte. Die Versicherung, daß der Zentralverband auch in der Zukunft im Kampfe gegen die Sozialdemokratie zur Regierung stehn werde, habe ich gern entgegengenommen. Dabei vertraue ich auch fernerhin auf die ausgleichenden Wirkungen einer gewissenhaften und besonnenen Sozialpolitik. Die große Bereitwilligkeit, mit der die deutsche Industrie die Lasten dieser Politik getragen hat, erkenne ich rückhaltlos an. Ich hoffe aber auch, daß mir bei den künftigen Bemühungen der verbündeten Regierungen zur Abstellung sozialer Mißstände und zur Milderung der wirtschaftlichen Gegensätze die wertvolle Unterstützung des Zentralverbandes nicht fehlen wird."

In ähnlichem Sinne spricht sich die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" also aus: „Das Zentrum hat durch seine in Süddeutschland mit der Sozialdemokratie abgeschlossenen Bündnisse direkt programmwidrig, gleichzeitig aber in entschiedenster Weise unpatriotisch und antinational gehandelt. In allen den Fällen, in denen das Zentrum, nur um ein paar Mandate mehr zu ergattern, Wahl-

abmachungen mit der umstürzlerischen und vaterlandsfeindlichen Sozialdemokratie getroffen und deren Niederlage gemildert hat, hat sie die Beteuerungen von dem nationalen und staatserhaltenden Charakter des Zentrums, das sich an Vaterlandsliebe von keiner andern Partei übertreffen lasse, in schärfster Weise praktisch verleugnet."

10. Februar. Der in Berlin tagende Ausschuß und Vorstand des Alldeutschen Verbandes beschließt die Erklärung:

Die Ereignisse der letzten Zeit und die feindliche Stellung des Zentrums zu deutschen Macht- und Ehrenfragen haben neuerlich bewiesen, daß der politische Ultramontanismus zu den die Entwicklung des deutschen Volkes hemmenden Kräften zu zählen ist, deren Bekämpfung nach Paragraph 2, Absatz 3 zu den Aufgaben des Alldeutschen Verbandes gehört. Die Arbeit des Verbandes darf aber praktische Gesichtspunkte nicht aus dem Auge lassen; die Erfordernisse der ausgesprochen alldeutschen Arbeitsgebiete, zu deren Pflege er geschaffen, und in denen er seit Jahren erfolgreich tätig ist, zwingen ihn, den Kampf gegen den Ultramontanismus in erster Linie den Verbänden zu überlassen, die, wie der anti-ultramontane Reichsverband und der Evangelische Bund, vor allem dazu berufen sind.

14. Februar. Über die Auslassung des Reichskanzlers vom 7. Februar heißt es in den „Grenzboten": „Das ist eine deutliche Absage an das Zentrum, soweit sie zurzeit aus dem Munde des leitenden Staatsmanns nur irgend erwartet werden kann. So kann ein Reichskanzler nicht sprechen, der mit Hilfe eben dieses Zentrums die Liberalen an die Wand zu drücken beabsichtigt. Verstärkt wird dieser Eindruck durch die zweite Feststellung, daß die Niederlage der Sozialdemokratie nicht etwa eine Periode der sozialpolitischen Reaktion einleiten soll. Die Regierung will an der »Abstellung sozialer Mißstände und der Milderung der wirtschaftlichen Gegensätze« eifrig weiter arbeiten. Auch das ist eine Politik, die nicht gemacht werden kann, wenn die Absicht und die Neigung vorherrschen, eine reaktionäre Mehrheit zur Niederhaltung des Liberalismus zu gebrauchen."

15. Februar. Der Vorstand des Deutschen Kriegerbundes, gez. General d. Inf. z. D. v. Spitz, erläßt in der „Parole" eine Kundgebung. Darin wird hervorgehoben, daß die „Kameraden" in vorderster Linie gestanden hätten bei Bekämpfung der Sozialdemokraten, der großpolnischen und der welfischen Agitation, und es sei nicht begründet, daß die Kriegervereine Politik getrieben hätten.

Zweiter Abschnitt.

Erste Tagung des zwölften Reichstags.

19. Februar bis 14. Mai.

Eröffnung.

19. Februar. Der neugewählte Reichstag wird durch folgende Rede des Kaisers eröffnet:

Geehrte Herren! Im Namen Meiner hohen Verbündeten heiße Ich den neugewählten Reichstag willkommen. Aufgerufen zur Entscheidung über einen Zwiespalt zwischen den verbündeten Regierungen und der Mehrheit des vorigen Reichstags hat das deutsche Volk bekundet, daß es Ehr und Gut der Nation ohne kleinlichen Parteigeist treu und fest gehütet wissen will. In solcher Bürger, Bauern und Arbeiter einigenden Kraft des Nationalgefühls ruhen des Vaterlandes Geschicke wohl geborgen. Wie Ich alle verfassungsmäßigen Rechte und Befugnisse gewissenhaft zu achten gewillt bin, so hege Ich zu dem neuen Reichstage das Vertrauen, daß er es als seine höchste Pflicht erkennt, unsre Stellung unter den Kulturvölkern verständnisvoll und tatbereit zu bewahren und zu befestigen.

Ihre erste Aufgabe wird die Erledigung des Reichshaushalts für 1907, des Nachtragskredits für Südwestafrika und des Bahnbaues von Keetmanshoop nach Kubub sein. Diese Vorlagen gehn Ihnen sofort in der frühern, nur unwesentlich veränderten Gestalt zu. Die schwere Krisis, die durch die Aufstände der Eingebornen in Südwest- und Ostafrika über diese Schutzgebiete hereingebrochen war, ist überwunden. In Ostafrika ist der Aufstand vollständig unterdrückt. In Südwestafrika sind die feindlichen Stämme bis auf wenige Überreste unterworfen worden, sodaß eine erhebliche Verminderung der dort stehenden Schutztruppe aller Voraussicht nach möglich sein wird. Der Dank des Vaterlandes ist den Tapfern sicher, die in jahrelangen schweren Kämpfen mit einem verschlagnen und hartnäckigen Gegner den Ruhm der deutschen Waffen hochgehalten haben. — Die Entwicklung unsrer Kolonien zu einem wertvollen Teil des nationalen Besitzstandes erfordert vor allem einen sorgfältig auszuarbeitenden Plan für den Ausbau der Verkehrswege. Um allmählich zu einer gedeihlichen Selbstverwaltung zu gelangen, werden zunächst das Rechnungswesen zu vereinfachen und die Beamtenverhältnisse neu zu ordnen sein. Wie mit dem Vorschlage, ein Kolonialamt zu errichten, so wird der Reichstag auch mit den Beihilfen für die schwer geschädigten Ansiedler in Südwestafrika von neuem befaßt werden.

Der gesunde Sinn in Stadt und Land hat im Wahlkampf einer Bewegung Halt geboten, die sich, alles bestehende Gute und Lebenskräftige verneinend, gegen Staat und Gesellschaft in ihrer stetigen friedlichen Entwicklung richtet. Die großen grundlegenden Gesetze zum Schutze der wirtschaftlich Schwachen sind gegen den Widerstand der Fraktion geschaffen worden, die sich als die Vertreterin der Arbeiterinteressen bezeichnet, selbst aber nichts für sie und für den Kulturfortschritt geleistet hat. Gleichwohl zählen ihre Wähler immer noch nach Millionen. Der deutsche Arbeiter darf darunter nicht leiden. Jene Gesetzgebung beruht auf dem Grundsatz der sozialen Verpflichtung gegenüber den arbeitenden Klassen und ist daher unabhängig von der wechselnden Parteigestaltung. Die verbündeten Regierungen sind entschlossen, das soziale Werk in dem erhabnen Geiste Kaiser Wilhelms des Großen fortzusetzen. — Als König von Preußen habe Ich am 27. Januar d. J. kundgegeben, daß ich bei Beleidigungen Meiner Person von Meinem Begnadigungsrecht größern Gebrauch machen will. Es ist Mein Wunsch, auch im Gesetze den Bestrafungen wegen Majestätsbeleidigung engere Grenzen gezogen zu sehen. Eine Vorlage für den Bundesrat wird vorbereitet.

Die allgemeine politische Lage berechtigt zu der Zuversicht, daß uns der Friede weiter erhalten bleiben wird. Zu unsern Verbündeten unterhält Meine Regierung die alten herzlichen, zu den andern fremden Mächten gute und korrekte Beziehungen. Der am 11. Januar d. J. unterzeichnete Vertrag mit Dänemark, der durch Regelung der Verhältnisse der Optantenkinder störende Reibungen beseitigen soll, wird, wie Ich hoffe, das freundliche Verhältnis zu unserm nördlichen Nachbarstaate kräftigen. Auf Grund der Anregungen der Vereinigten Staaten von Amerika und der Vorschläge der russischen Regierung habe Ich die Einladung zu der zweiten Haager Friedenskonferenz angenommen, die berufen sein wird, im Anschluß an die Ergebnisse der ersten Haager Konferenz das Völkerrecht im Sinne des Friedens und der Humanität weiter auszubilden. Und nun, meine Herren, möge das nationale Empfinden und der Wille zur Tat, aus dem dieser Reichstag hervorgegangen ist, auch über seinen Arbeiten walten — Deutschland zum Heil!

Konstituierung.

20. Februar. Zum Präsidenten wird mit 383 Stimmen Graf Udo zu Stolberg-Wernigerode gewählt, zum ersten Vizepräsidenten Dr. Paasche (natlib.) mit 209, zum zweiten Vizepräsidenten Kaempf (Fr. Vp.).

Fraktionen.

6. März. Nach dem im Bureau des Reichstags aufgestellten Verzeichnisse haben die Fraktionen folgende Stärke: Deutsch-Konservative 62, Reichspartei 25, Deutsche Reformpartei 6, Wirtschaftliche Vereinigung 19, Zentrum 105 (davon 1 Hospitant, Welfe), Polen 20, Nationalliberale 55, Freisinnige Vereinigung 14, Freisinnige Volkspartei 27, Deutsche Volkspartei 7, Sozialdemokraten 43, als Fraktionslose haben sich offiziell bezeichnet 15.

Frage der Wahlbeeinflussungen.

15. März. Sozialdemokratische Abgeordnete stellen die Anfrage: „Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß das Reichskanzleramt, das Reichsmarineamt, das Reichspostamt und das Oberkommando der Schutztruppen in die Agitation für die Wahlen zum Reichstag eingegriffen haben, und zwar sowohl durch Erteilung von Winken und Ratschlägen als auch durch Herstellung und Verbreitung von Agitationsmaterial und die Sendung von Agitatoren für die Wahl von Kandidaten der sogenannten nationalen Parteien? — Ist weiter dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß der Deutsche Flottenverein, der von den Polizeibehörden als unpolitischer Verein angesehen wird, die Wahlagitation durch Wort und Schrift beeinflußte und dabei im Einverständnis mit dem Reichskanzleramt handelte? Und was gedenkt der Herr Reichskanzler gegen diese ungesetzlichen Handlungen zu tun?"

Staatssekretär **Graf Posadowsky** erwidert: Der Herr Reichskanzler lehnt die Beantwortung dieser Anfragen ab im Hinblick auf seine allgemeinen Erklärungen vom 25. und 26. Februar. Sollte sich bei der Prüfung der Wahlen ergeben, daß berechtigte Beschwerden vorliegen, wird der Herr Reichskanzler nicht zögern, das weitere zu veranlassen. — **Fischer** aus Berlin (Soz.): Die Ablehnung der Antwort ist in diesem Falle auch eine Antwort. Denn wenn der Reichskanzler etwas Stichhaltiges hätte entgegnen können, so würde er die Gelegenheit dazu sicherlich wahrgenommen haben. Es handelt sich um Anklagen gegen den Reichskanzler selbst. Deshalb hätte er gerade antworten müssen; denn wenn der Angeklagte einfach erklärt, er habe es nicht getan, so ist das doch kein Beweis der Unschuld. Noch nie sind die Wahlen so unfrei gewesen wie diesesmal. Der Reichskanzler hat hier einmal die russischen Studenten Schnorrer und Verschwörer genannt. Jetzt könnte man ihn als Schnorrer für die Blockparteien und Verschwörer gegen die alte Reichstagsmehrheit bezeichnen

und den Chef der Reichskanzlei als einen alten Praktiker der Wahlfälschung. Eine sehr rührige Agitation hat auch schon Generalleutnant Liebert getrieben. Er ist ja Kolonialschwärmer, und wie bei so vielen Kolonialschwärmern weiß man auch bei ihm nicht recht, wo die Vaterlandsliebe aufhört, und wo das Interesse des Geldbeutels beginnt. — **Schädler** (Zentr.) erhebt entschieden Protest gegen Wahlbeeinflussungen und sagt: Auch wir verurteilen die skrupellose Agitation des Flottenvereins, der nach seinen Statuten den Zweck hat, das Verständnis für die Flotte Deutschlands im Volke zu verbreiten. Dieser unpolitische Verein war die Zentralstelle der Agitation der Blockparteien mit Wissen und Willen des Reichskanzlers, darum trifft diesen auch die Verantwortung. Wir verurteilen mit aller Entschiedenheit, daß sich die Regierung bei den Wahlen für einen bestimmten Kandidaten oder eine bestimmte Partei einsetze. Die Beamten müssen ihre volle politische Freiheit behalten, denn es handelt sich bei Wahlen darum, daß der Volkswille zum Ausdruck kommt. — **Kreth** (kons.): Wir glauben, daß die Regierung wohl das Recht besitzt, im Wahlkampf aufklärend zu wirken. Ob wirklich Wahlmißbräuche getrieben wurden, ist noch nirgends bewiesen worden. Wir haben immer vom Reichskanzler verlangt, daß er kräftiger in die Trompete stoßen möge. Nun hat er es getan, wir haben also keinen Anlaß, ihm daraus einen Vorwurf zu machen, um so weniger, als ja der Ausfall der Wahlen die Aussicht eröffnet hat, daß bald auch der letzte Rest der Sozialdemokraten hinweggefegt wird. In der konservativ-liberalen Paarung erblicke ich nicht eine Liebes-, sondern eine Vernunftehe. — **v. Liebert** (Rpt.): Wir stimmen mit dem Vorredner darin überein, daß die Regierung nach der Auflösung des Reichstags wohl das Recht hatte, sich mit den Wählern in Verbindung zu setzen und aufklärend zu wirken. Sie hat keine Beamten und keine Gelder verwendet. Was den Flottenverein betrifft, so halte ich es mit seinen Statuten wohl vereinbar, sich an der Wahlagitation zu beteiligen. Sein Zweck ist, den beschleunigten Ausbau der Flotte Deutschlands herbeizuführen. Eine „nationale" Mehrheit im Reichstag aber fördert seine Ziele. Der Reichsverband hat während des Wahlkampfes seine Pflicht getan.

19. März. (Forts.) **Bebel** (Soz.): Bei den letzten Wahlen sind Beeinflussungen in einem Umfange vorgekommen wie nie zuvor. Das Recht der Aufklärung und Richtigstellung falscher Behauptungen billigen auch wir der Regierung zu, wenn es in ruhiger, sachlicher, nicht verletzender Weise ausgeübt wird. Der Reichskanzler ist aber in seinem Briefe an den General v. Liebert geradezu als Wahlagitator aufgetreten und hat Beleidigungen gegen uns ausgesprochen, gegen die wir uns auflehnen müssen. Und der Reichskanzler hat nicht als

Privatperson, sondern als Vertreter der Regierung gehandelt. Er hat Gelder gesammelt und sie dem Präsidenten des Flottenvereins zu Wahlzwecken zur Verfügung gestellt. Damit ist der Flottenverein zu einem politischen gestempelt, aber daß er von den Behörden als solcher behandelt wird, hat man nicht gehört. Den Flottenverein und die Kriegervereine läßt man ruhig agitieren. Gegen uns schreitet die Staatsanwaltschaft ein, weil wir hier im Hause, wie es alle Parteien tun, uns mit einigen Redakteuren unsrer Partei besprochen haben. Was daraus werden wird, steht dahin; aber es beweist, daß mit zweierlei Maß gemessen wird, daß es für die Arbeiter kein Recht und keine Gerechtigkeit gibt. In Köln haben Regierungsvertreter, darunter der Oberpräsident der Rheinprovinz, sich an den Verhandlungen beteiligt, die eine Einigung gegen die Sozialdemokratie bei den Stichwahlen herbeiführen sollten. Mehr als irgendeine andre Partei hat die Sozialdemokratie in diesem Wahlkampfe sachlich gekämpft. Wenn es nach Recht und Gerechtigkeit ginge, müßte der Reichskanzler auf die Anklagebank. — **Varenhorst** (Rp.): Von den Welfen hat man hier nichts gehört. Die Parteileitung hat aufgefordert, für die Sozialdemokraten zu stimmen, aber zur Ehre meiner hannoverschen Landsleute stelle ich fest, daß die Welfen dieser Parole nicht gefolgt, sondern einhellig für die konservative und nationale Sache eingetreten sind. Nur eine Wahlbeeinflussung ist nachgewiesen, das war die Auflösung des Reichstags. Die Reichsregierung hätte sich vor dem ganzen Volke herabgesetzt, hätte sie diese Wahlparole nicht ausgegeben. — **Wagner:** Wenn es eine Macht im deutschen Volke gibt, das Spiegelbild der deutschen Volksseele in ein Zerrbild zu verwandeln, dann ist es die Sozialdemokratie. Käme die deutsche Volksseele unbeeinflußt zum Ausdruck, nicht ein Dutzend Mandate würde sie haben. Die deutsche Volksseele ist ein klares, tiefes Wasser, in dem sich der Himmel spiegelt. Aber die Sozialdemokratie setzt ihre ganze Lebensaufgabe daran, Schmutz hineinzuwerfen. Diese Partei hat es mit raffiniertem Geschick von jeher verstanden, die niedrigen Instinkte des Hasses und des Neides aufzuwühlen; und diese Partei der Verhetzung, die klagt jetzt darüber, daß die Regierung endlich einmal ihre Schuldigkeit tut. — Damit ist die Besprechung der obigen Anfrage beendet.

Finanzielle Angelegenheiten.

I.

Reichshaushaltsetat für 1907.

Erste Beratung.

25. Februar. Der vorgelegte Etat ist derselbe wie der, dessen Beratung vom vorigen Reichstage durch seine Auflösung am 13. Dezember v. J. beendet war. Die Hauptzahlen des Etats sind: Balancierung 2565,1 Millionen Mark, 2296,5 davon auf den ordentlichen, 268,6 auf den außerordentlichen Etat entfallend. Gegenüber dem Etat von 1906 werden 167 Millionen mehr gefordert. Von diesen Mehrkosten entfallen auf den Postetat 40,1 Millionen infolge Beamtenvermehrung, auf den Etat des Reichsschatzamtes 27,2 Millionen (höhere Dotierung des Fonds für die Witwen- und Waisenversicherung), auf den Reichsetat 17,2 Millionen (Erhöhung der Naturalverpflegung und Geldverpflegung, Steigerung der Ausrüstungskosten), der Rest entfällt auf die übrigen Etats.

Der Staatssekretär des Reichsschatzamts **von Stengel** behandelt die finanzielle Lage des Reichs. Er bespricht die abgeschlossenen Ergebnisse für 1905 und die Aussichten für das Ergebnis des laufenden Etatsjahres, und zwar im allgemeinen günstig; er stellt aber auch nicht in Abrede, daß die Erwartungen, die man auf die neuen Steuern gesetzt habe, nicht in allen Teilen, namentlich nicht hinsichtlich der Fahrkartensteuer, in Erfüllung gehn würden. Was den Etat für 1907 anlangt, so habe sich die Lage seit der Aufstellung des Etats nicht unbedeutend gebessert. Noch ergebe sich ein Defizit, aber es sei nicht so besorgniserregend. Er betont, daß die Ausgaben des Reichs vor allem dazu dienen, den innern und äußern Frieden zu sichern. Als Ausgaben für Sicherung des innern Friedens bezeichnet er auch die kolonialpolitischen Forderungen, vor allem die für ein selbständiges Reichskolonialamt. — **Spahn** (Zentr.) beurteilt die finanzpolitische Lage des Reichs nicht so günstig. Nach Abzug der für die Arbeiterversicherungen, der geplanten Witwen- und Waisenversicherung und einiger weiterer festgelegten Summen bleibe für andre Dinge als die Wehrkraft des Reichs nur sehr wenig übrig. Hieran knüpft er die Versicherung, daß auch das Zentrum für die Sicherung des innern und äußern Friedens alles Notwendige bewilligen werde, aber die Lage erfordere doch auch, daß man dort Ersparnisse mache, wo es möglich sei. Redner stellt sodann eine lange Reihe sozialpolitischer Wünsche des Zentrums auf, auch verlangt er Sicherung der Abgeordneten gegen den Zeugniszwang in Fällen, in denen ihre Eigenschaft als Abgeordnete in Betracht käme, und einen

verstärkten Schutz der Wahlfreiheit. Er kündigt auch die Wiedereinbringung des Toleranzantrags an und erwähnt dabei die vom Fürsten Bülow gebrauchte Wendung von einer Paarung des liberalen und konservativen Geistes. Dann fährt er fort: Wir stehn also in der Tat vor einer Schwenkung in der Politik der Regierung. Der Reichskanzler hat erklärt, daß er keinen Kampf gegen die katholische Kirche führen will. Die Worte in allen Ehren, aber der Reichkanzler hat nichts dazu getan, die Mißstände zu beseitigen, die wir anläßlich der Beratung des Toleranzantrags hier aufgedeckt haben. Noch besteht z. B. das Jesuitengesetz, das einzelne Personen unter Ausnahmegesetzgebung stellt. Wo ist da eine Gleichberechtigung? Kann man von einer Gleichberechtigung der Konfessionen, etwa von einer Gleichstellung der katholischen Schwestern und der Diakonissinnen in Preußen, sprechen? In Sachsen ist die katholische Kirche sogar durch die Verfassung in bezug auf die Heranbildung der Jugend vielfach beschränkt. Man hat uns vorgeworfen, daß wir im Wahlkampfe politische und konfessionelle Fragen miteinander verquickt hätten; das haben wir nicht nötig. Wir haben seit dreißig Jahren in allen großen Fragen ohne Parteiinteressen einzig das Interesse des Reichs und des deutschen Volks gewahrt. Man hat sich aber im Wahlkampf gegen uns gewandt, und die Regierung hat sogar die Freisinnigen unterstützt. Der Reichskanzler soll für Wahlzwecke 300000 Mark zur Verfügung gestellt haben; dies bedarf dringend der Aufklärung. Dagegen hat sich der Reichskanzler nicht gescheut, das Wort „Arroganz" gegen unsre Politik zu gebrauchen. Er hat dabei vergessen, daß er dieser Politik bisher seine bedeutendsten Erfolge verdankt hat. Auch für die Kolonien haben wir große Summen bewilligt. Der Reichskanzler hätte die Pflicht, unsre Ehre wiederherzustellen und anzuerkennen, daß wir alles bewilligt haben, was wir nach unserm Gewissen bewilligen durften. — **Bassermann** (natlib.): Als Ergebnis der Wahlen wird man feststellen können, daß das Ziel der Auflösung erreicht ist. Die Mehrheit vom 13. Dezember ist verschwunden. Das Zentrum hat bei den Wahlen ziemlich gut abgeschnitten. Ein Teil seines Schlußerfolgs ist dem Zusammengehn mit den Sozialdemokraten zuzuschreiben. Die neue Zusammensetzung des Hauses gibt uns die Gewähr, daß wir von dem „kaudinischen Joch" und von „Hintertreppenpolitik" im Kolonialamte lange nichts mehr hören werden. Daß ein großer Teil der bestehenden Gesetze der Mitwirkung des Zentrums zu verdanken ist, haben wir nie geleugnet. Wir erkennen Ihre Verdienste in dieser Richtung voll an. Ich begrüße mit Freuden den in der Eröffnungsrede enthaltnen Hinweis auf die sozialen Fürsorgebestrebungen, die uns so viele Elemente aus den Kreisen der Sozialdemokratie zugeführt haben.

Reichskanzler **Fürst Bülow**: Ich will mich über mein Verhältnis zur Zentrumspartei offen aussprechen. Ich mache auch heute kein Hehl daraus, daß ich lange und ehrlich bestrebt gewesen bin, die Mitwirkung der Zentrumspartei für große Aufgaben unsrer nationalen Politik zu gewinnen. Das waren von mir nicht nur taktische Erwägungen, das war meine Pflicht gegenüber dem Lande. Wie die Parteiverhältnisse im Reichstage lagen, gab es keine andre Möglichkeit, fruchtbare, innere Politik zu machen. Das Zentrum bildete am 13. Dezember auch mit der Sozialdemokratie eine feste Mehrheit; ich hätte aber mal die Politik sehen mögen, die man auf die Dauer mit dieser Mehrheit gemacht hätte. Auch mit andern Parteien bildete das Zentrum eine Mehrheit. Mit dieser Mehrheit bestimmte gesetzgeberische Aufgaben zu lösen, bin ich bestrebt gewesen. So habe ich im Reichstage den Ausbau der deutschen Flotte ermöglicht, so habe ich den Zolltarif, die Handelsverträge, die Brüsseler Konvention, die Reichsfinanzreform, in Preußen die Kanalvorlage und die Bergarbeiternovelle zustande gebracht. Das Gerede über meine Hinneigung zum Zentrum war ebenso töricht wie die Behauptung von meiner Abhängigkeit von der Zentrumspartei. Ohne eine innere homogene Mehrheit läßt sich keine programmatische Politik treiben; ohne eine solche lassen sich nur bestimmte Fragen von Fall zu Fall lösen. Das habe ich getan als praktischer Staatsmann. Das war ganz selbstverständlich, daß ich versuchte, so lange es ging, mit der Mehrheit zu regieren, die für nationale, das heißt im Interesse des Ganzen liegende Zwecke vorhanden war, und daß sich diese Mehrheit in den Dienst solcher Zwecke gestellt hat. Ich erkenne auch weiter durchaus an, daß das Zentrum mitgewirkt hat bei solchen Aufgaben, und daß es geholfen hat, sie in einer Weise zu lösen, die im Interesse des Landes lag — bis zu dem Tage, wo sich das Zentrum nicht nur getrennt hat von den andern bürgerlichen Parteien, mit denen zusammen es so große Aufgaben gelöst hatte, sondern wo es die Regierung gezwungen hat, den Reichstag aufzulösen. Denn mein Zusammengehn mit jeder Partei hat eine bestimmte Grenze. Ich gehe mit jeder Partei, die die großen Ziele achtet, ohne die das deutsche Volk in der Welt sein Ansehen und seinen Namen nicht behaupten kann. Wird dagegen gesündigt, so hört bei mir die Gemütlichkeit und bei der Regierung das Zusammengehn auf. Der Einfluß, die Macht einer Partei würde zu einer Geißel für die andern, sie würde zu einer Plage für das Land, wenn sie mißbraucht würde. Und solcher Mißbrauch liegt nicht einmal im Interesse der Partei, die ihn ausübt, denn dann heißt es auch: Druck erzeugt Gegendruck, und früher oder später stellt sich der Rückschlag ein. Das Zentrum hat seine aus-

schlaggebende Stellung nicht mit dem Maß von Besonnenheit und Selbstbeherrschung benutzt, die für eine Partei Vorbedingung dauernden Einflusses ist.

In Wahlaufrufen ist es so dargestellt worden, als ob es sich darum handelte, verfassungsmäßige Einrichtungen und Freiheiten gegen das persönliche Regiment zu verteidigen. Das war eine Irreführung der Wähler. Es ist die Unsitte eingerissen, das persönliche Regiment als eine Art Popanz hinzustellen, um die politischen Kinder zu schrecken, deren Zahl ja allerdings groß ist. Wo ist denn in der letzten Zeit das persönliche Regiment in Erscheinung getreten? Weder in der braunschweigischen Frage, noch bei irgend einem andern Anlaß, noch insbesondre bei der Auflösung des Reichstags. Die Auflösung des Reichstags war ein in der Verfassung festgelegtes Recht und in keiner Weise ein Verstoß gegen die Stellung des Reichstags. Von einer Bedrohung der Reichsverfassung durch das persönliche Regiment ist überhaupt nie die Rede gewesen. Das liegt ganz außerhalb des Bereichs der Wahrscheinlichkeit und selbst der Möglichkeit. Wohl aber sind unsre verfassungsmäßigen Einrichtungen bedroht durch die Partei, die auf den Bänken der äußersten Linken sitzt, und die ihre letzten Ziele gar nicht anders erreichen kann als durch einen Verfassungsbruch. Und an die Seite dieser Partei hatte sich die Zentrumspartei gestellt. Alle Behauptungen von Eingriffen oder Übergriffen der Krone bei der Auflösung des Reichstags oder während der Wahlbewegung sind ohne Ausnahme müßige und frivole Erfindungen. Ich erkläre es ein für allemal für eine dreiste Unwahrheit, wenn man der Regierung verfassungswidrige Handlungen oder Absichten oder Gesinnungen imputiert. Ich habe wiederholt erklärt und erklären lassen, daß ich unverrückt auf dem Boden der Verfassung stünde. Ich habe das Budgetrecht nicht verletzt, sondern gewahrt. Ich verbitte mir solche wahrheitswidrigen Insinuationen. Es handelt sich nicht um Absolutismus, sondern darum, daß das Zentrum, auf die Sozialdemokratie gestützt, die verbündeten Regierungen in die Enge treiben wollte. Die Regierungen erkennen die Gleichberechtigung des Reichstags vollkommen an, nicht aber seine Alleinberechtigung. Es wäre Alleinherrschaft, wenn eine Partei der Regierung Entschlüsse aufzwingen wollte, für die diese die Verantwortung nicht übernehmen kann. Dann hat Dr. Spahn davon gesprochen, daß durch den Wahlkampf die religiösen Leidenschaften aufgewühlt worden wären. Darauf erwidere ich, daß zu den größten Unwahrheiten und Entstellungen, die im Wahlkampf eine Rolle gespielt haben, die Behauptung gehört, die katholische Religion sei in Gefahr, es würde ein neuer Kulturkampf vorbereitet. Wenn es eine Regierung gibt, die den Vorwurf

der Religionsfeindlichkeit und namentlich antikatholischer Gesinnung nicht zu scheuen braucht, so ist es die Regierung, an deren Spitze ich stehe. So etwas zu verbreiten, wie das im Wahlkampf geschehn ist, war nicht nur direkt wahrheitswidrig, es war auch eine unpatriotische Handlung. Der Abgeordnete Spahn hat gemeint, es wäre durch diesen Wahlkampf die Kluft zwischen den beiden Konfessionen erweitert worden. Wenn das wirklich der Fall wäre, so würde es mich mit tiefem Bedauern erfüllen, es würde aber in erster Linie darauf zurückzuführen sein, daß ohne jeden Anlaß die Parole eines neuen Kulturkampfes in die Wählermassen hineingeworfen worden ist. Wenn von seiten der Zentrumspartei die Zentrumsfraktion identifiziert wird mit der katholischen Religion, so ist das freilich ein Standpunkt, den ich nicht adoptiere, sondern das ist eine Haltung, die ich nicht mitmachen kann. Der Kampf richtet sich auch nicht gegen das Zentrum als Konfessionspartei, sondern gegen den Mißbrauch, den das Zentrum, gestützt auf die Sozialdemokratie, mit seiner ausschlaggebenden Stellung getrieben hat. Die Abstimmung vom 13. Dezember hat leider erwiesen, daß auch eine gegen die katholische Kirche und unsre katholischen Mitbürger gerechte und wohlwollende Regierung nicht vor Feindschaft und Angriffen der Zentrumspartei sicher ist. Zu meinem lebhaften Erstaunen und zu meinem tiefsten Bedauern fand ich plötzlich, daß die Zentrumspartei in dem Topf der Sozialdemokratie saß. Wenn es zu einer solchen Einigung, auf die ich lange hingearbeitet habe, die auch heute das Ideal aller guten Patrioten ist, nicht gekommen ist, so lag die Schuld in erster Linie an der Zentrumspartei, nicht nur, weil sie es zum Bruch mit der Regierung getrieben hat, sondern weil sie auch demonstrativ an der Seite der Sozialdemokratie Platz nahm. Das Zusammengehn der Zentrumspartei mit der Sozialdemokratie war nicht nur ein grober politischer Fehler, es war auch ein moralisches Unrecht, zusammenzugehn mit einer Partei, die alles in den Staub zieht, was dem Christen heilig ist. Es war ein schweres, moralisches Unrecht, zusammenzugehn mit einer Partei, die in diesem hohen Hause für die Pariser Kommune eingetreten ist, für die Kommune, die einen Erzbischof füsiliert, die die unschuldigen Dominikaner von Auteuil abgeschlachtet hat. Für diese Partei haben Zentrumsabgeordnete die Stichwahlparole abgegeben. Dieser Partei hat das Zentrum zwölf Wahlkreise zugeschanzt, dieser Partei haben Zentrumswähler den Steigbügel gehalten. Ohne Unterstützung von Zentrumsseite würde die Partei der Christentumsfeindlichkeit auf zwei bis drei Dutzend Wahlmandate zurückgeworfen sein. Man vergeht sich nicht ungestraft gegen ethische Gesichtspunkte. Wie sollte eine Einigung

unter den bürgerlichen Parteien möglich sein, wenn die stärkste bürgerliche Partei, sobald ihr etwas nicht paßt, gestützt auf die Sozialdemokratie der Regierung und den andern bürgerlichen Parteien Schach bietet! So lange die Sozialdemokratie auf dem Standpunkte der Todfeindschaft gegenüber der bürgerlichen Gesellschaft beharrt, dürften Wahlbündnisse nur zwischen bürgerlichen Parteien möglich sein.

Gegenüber den von Spahn erwähnten Wahlbeeinflussungen bemerkt der Reichskanzler: Ich nehme für die Regierung das Recht in Anspruch, bei den Wahlen die Wähler aufzuklären über die Absichten der Regierung und über die Absichten der Gegner der Regierung. Von diesem Rechte werde ich bei künftigen Wahlgängen sogar in noch viel weiterm Umfange Gebrauch machen. Ich stelle vor dem Inland und namentlich vor dem Ausland fest, daß sich alle die täuschen, die glauben, daß die Regierung in nationalen Fragen nicht über eine gewaltige Mehrheit des deutschen Volks verfügt.

Der Kanzler fordert die Parteien zu positiver Arbeit auf, zählt eine Reihe von zu erstrebenden Reformen auf und sagt zum Schluß: Wir werden uns, wie ich hoffe, einig finden in der Fortführung einer gesunden, kräftigen, vorurteilslosen, vernünftigen Sozialpolitik. Auf diesem Gebiete wird nicht Rückschritt, nicht Stillstand, sondern Fortschritt unsre Losung sein. Die Sozialpolitik soll nicht Halt machen, wenn für den Arbeiter gesorgt wird. Sie soll sich auch in verständigen Grenzen dem Mittelstande zuwenden, der vielfach mindestens eben so schwer zu kämpfen und zu leiden hat.

26. Februar. Fortsetzung der Etatsberatung. **Bebel** (Soz.): Der Reichskanzler hat hier so getan, als ob die Unterstützung eines Sozialdemokraten durch eine bürgerliche Partei ein Verbrechen wäre. Noch nie ist bei einer Wahl eine solche Beeinflussung zutage getreten wie bei dieser letzten Reichstagswahl. Was Sie uns bei dieser Wahl mit allen Mitteln abgejagt haben, das werden wir das nächstemal reichlich wieder einholen. Wenn wir ein gerechtes Wahlrecht hätten, dann würden wir auch jetzt nicht 43, sondern 117 Mandate erlangt, dann würden wir und das Zentrum die Mehrheit haben. Die Wahlen haben gezeigt, daß in Deutschland jeder dritte Mann über 25 Jahre ein Sozialdemokrat ist, daß Sozialdemokratie und das Zentrum viel stärker sind als der ganze Hottentottenblock. Redner wendet sich gegen den in der Thronrede enthaltnen Vorwurf, daß die Sozialdemokratie nur negierende Politik treibe.

Reichskanzler **Fürst von Bülow**: Aus amtlichen Fonds sei nicht ein roter Heller für Wahlzwecke ausgegeben, wohl aber habe er sich für ein Komitee interessiert, das sich zu dem Zweck gebildet hatte, Gelder zur Herbeiführung nationaler Wahlen zu sammeln, und auch für die Verwendung dieser Gelder Anregungen gegeben. Da Bebel

gesagt habe, daß die Sozialdemokratie eine vorzugsweise, wenn nicht lediglich reformatorische Tätigkeit entfaltete, so habe er schon vergessen, daß er vor wenigen Jahren in Dresden auf dem sozialdemokratischen Parteitage gesagt habe, er sei ein Todfeind der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung und werde nicht eher ruhen und rasten, als bis er die gesellschaftliche Ordnung zerstört und vernichtet haben würde. Etwas zu kurz habe Bebel sich mit der schweren Wahlniederlage beschäftigt, die die Sozialdemokratie erlitten habe. „Er hat sich bemüht, die Niederlage abzuschwächen. Sie war wohlverdient, weil sie die Strafe war für vorangegangne Großsprecherei, für einen engherzigen, dogmatischen, kleinlichen, philiströsen Geist, der blind gegen alle Andersdenkenden wütete und trotz allem Gerede von Kulturhöhe an der Schwelle des zwanzigsten Jahrhunderts eine Unterdrückung ausübte, einen Zwang betätigte, eine Gesinnungsschnüffelei betrieb, einen geistigen Hochmut entwickelte, wie ihn die Welt kaum im Mittelalter gesehen hat. Die Niederlage der Sozialdemokratie war aber auch sehr wohl verdient, denn sie war die Strafe für eine politische Kampfweise und politische Methode, wie sie so brutal die gebildete Welt noch kaum gesehen hat. Ich erinnere mich nicht, irgendwo derartige Rüpeleien erlebt zu haben, wie sie namentlich seit dem Dresdner Parteikongreß in unser früher anständiges, vornehmes Leben hineingekommen sind. Und das war eine logische Entwicklung. Aus dem Haß geboren, mußte die sozialdemokratische Presse schließlich bei dem Sauherdenton anlangen. Diesem Tone ist die sozialdemokratische Partei auch in dem letzten Wahlkampf treu geblieben. Wie ein Indianerstamm auf dem Kriegspfad, so sind sie in diesen Wahlkampf hineingezogen. Unglaubliches ist geleistet worden, nicht nur in der Herabsetzung nationaler Gefühle, sondern auch in der Beschimpfung der Gegner. Aber auch in andrer Beziehung hat in diesem Wahlkampfe die Sozialdemokratie sich selbst übertroffen. Die Niederlage der Sozialdemokratie war weiter die gerechte Strafe für den rücksichtslosen, von ihr geführten Klassenkampf, für ihre Gehässigkeit, für ihr terroristisches Vorgehn, für ihre despotischen Allüren sowie für die Verneinungs- und Nörgelpolitik. Die Anregungen, die die Sozialdemokratie gab, bestanden darin, daß sie Forderungen aufstellte, die niemand befriedigen konnten, indem sie Wünsche erweckte, die von niemand zu erfüllen waren. Die deutsche Sozialdemokratie hat Arbeitgeber und Arbeitnehmer gegeneinander gehetzt. Sie hat mutwilligerweise Streiks hervorgerufen, sie hat mit der Idee der Revolution ein frivoles, ein ruchloses Spiel getrieben. Sie ist immer fanatischer, immer terroristischer, immer kulturwidriger geworden. Der Niedergang der Sozialdemokratie ist wohl auch herzuleiten aus

der unpatriotischen Haltung, in die sich die deutsche Sozialdemokratie leider immer mehr und mehr verrannt hat. Nur die deutschen Sozialdemokraten stellen internationale Ideale über die nationalen, nur den deutschen Sozialdemokraten fehlt immer noch jeder Sinn für nationale Bedürfnisse und Forderungen. Ich habe einen Artikel im »Vorwärts« gelesen, worin stand, daß wir nur deshalb Südwestafrika festhielten, um von dort aus den englischen Besitz in Südwestafrika anzugreifen. Das ist eine niederträchtige Verleumdung. Die Bedeutung der Niederlage der Sozialdemokratie sehe ich darin, daß klar zutage getreten ist, daß die Sozialdemokratie nicht, wie gewisse Bonzen der sozialdemokratischen Lehre behaupten, mit Naturnotwendigkeit steigt, daß sie mit elementarer Gewalt alles überschwemmt. Nein und dreimal nein. Wenn die bürgerliche Gesellschaft sich auf sich selbst besinnt, wenn sie eine feste Schutzwehr aufrichtet gegen die trüben Gewässer der Sozialdemokratie, dann weicht sie zurück. Sodann darin, daß der Kampf gewonnen ist durch eigne Kraft des Bürgertums unter der Herrschaft des gleichen, allgemeinen Wahlrechts. Nichts wäre aber falscher, als wenn wir uns der Illusion hingeben wollten, als wäre die sozialdemokratische Gefahr dauernd und ganz überwunden. Sie ist nur suspendiert, solange das Bürgertum einig und solange es auf dem Posten ist. Unüberbrückbar sind die Gegensätze nicht. Von einer Unversöhnlichkeit zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Arm und Reich, zwischen Gebildeten und Nichtgebildeten kann nicht die Rede sein. Diese Doktrin ist schon längst widerlegt durch die Bildung jener mittlern Schicht, die zwischen den beiden Polen entstanden ist und sich in geistiger und materieller Beziehung ihnen nähert. Ich glaube, daß, wenn auch nach langen, schweren Kämpfen, doch der Tag kommen wird — ja kommen wird er —, wo Kopf und Hand einträchtig zusammenwirken werden, wo wir auf die sozialdemokratische Bewegung zurückblicken werden, wie der Genesende zurückblickt auf eine überwundne Krankheit, wie der Erwachende zurückblickt auf einen wüsten Traum."

27. Februar. Wiemer (Fr. Volksp.): Der Liberalismus, der zerrieben werden sollte, ist verstärkt hierher zurückgekehrt und hat eine ausschlaggebende Stellung gewonnen, deren Stimmen entscheidend in die Wagschale fallen werden. Auch meine Freunde sind durchaus bereit, positive Arbeit zu leisten, es wird aber darauf ankommen, welche Vorlagen die Regierung uns bescheren wird. Für nationale Aufgaben haben wir volles Verständnis. Wenn der Reichskanzler in seinem Silvesterbrief von dem erwachenden liberalen Geist für nationale Fragen gesprochen hat, so ist das sicher gut gemeint gewesen; wo es sich aber um die Machtstellung und die Ehre des Vaterlandes handelte, haben wir nie versagt, wir haben uns immer, getreu unsrer bisherigen

Auffassung, dann auf die Seite der Regierung gestellt. Unsre Aufgabe wird es sein, bei der gemeinsamen Arbeit dafür zu sorgen, daß der liberale Geist möglichst kräftig zum Ausdruck kommt. Es kommt in der Politik nicht darauf an, alles niederzureiten, sondern die richtigen Mittel anzuwenden. Wir werden bestrebt sein, in freiheitlicher Entwicklung dem Bürgertum die seiner wirtschaftlichen und geistigen Bedeutung entsprechende Stellung zu verschaffen. — **Gamp** (Rp.): Der Reichskanzler hat von einer günstigen Mischung konservativer und liberaler Elemente gesprochen; ich glaube, daß er die Reichspartei für eine solche richtige Mischung ansehen wird, daß Konservative und Liberale sich auf manchem Gebiete positiver Arbeit finden werden. — **Fürst Radziwill** (Pole): Ich kann der neuen Haltung des Reichskanzlers nicht in allen Punkten zustimmen; so teile ich keineswegs seine Stellung dem Zentrum gegenüber, das auf den großen Erfolgen fußt, die es im Kulturkampf davongetragen hat. Die ganze katholische Welt beneidet heute Deutschland um sein Zentrum! Die preußische Regierung behandelt die Polen in Deutschland wie ein Jagdherr das schädliche Wild auf seinem Gute. Ich möchte das Kulturland kennen, in dem solche Gesetze möglich sind, wie sie in Deutschland gegen die Polen bestehn. Die Grundlagen der Erregung in den polnischen Landesteilen, die von der preußischen Regierung jetzt in so heuchlerischer Weise bedauert werden, bestehn in der hundertjährigen ungesetzlichen Knechtung meiner Landsleute. Die Kolonialkredite werden wir so lange versagen, als unsre Landsleute im Heimatlande schlechter behandelt werden als die Eingebornen in Südafrika. — Staatssekretär **Graf Posadowsky** tritt den Äußerungen des Vorredners entgegen. — **Liebermann von Sonnenberg**: Die Eröffnungsrede zeigt einen warmen Ton, wie man ihn schon lange nicht gehört hat, und das deutsche Volk atmet auf; es sieht, daß die Regierung sich doch endlich zu wehren weiß. Im Auslande ist jedenfalls jetzt der Respekt vor uns gewachsen. Unsre braven Truppen in Südwestafrika haben mit ihren unerhörten Strapazen der ganzen Welt und dem Weltfrieden einen Gefallen getan; das Ausland muß sich jetzt sagen, wenn dieser Geist im deutschen Heere herrscht, dann wollen wir den Frieden halten und mit Deutschland nicht anbinden. Die Fortführung der Sozialreform muß auch eine gerechtere Verteilung der Lasten in sich begreifen; der Mittelstand seufzt unter ihnen. Die nationalen Arbeiter müssen Bewegungsfreiheit erhalten; wir brauchen sie zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Die Fahrkartensteuer sollte man ganz aufheben. Die Beteiligung der Regierung an den Wahlen sollte man auf eine gesetzliche Grundlage stellen, man sollte ihr einen Fonds bewilligen. Das Zentrum wird viel zu klug sein, um sich auf die Dauer außerhalb der nationalen

Parteien zu stellen. Mit dem Aufschwung des Liberalismus ist es nicht so weit her. Ich weiß nicht, warum der Reichskanzler so wohlwollend von der Freisinnigen Vereinigung geschwiegen hat. Diese hat doch offen die Stichwahlparole für die Sozialdemokratie ausgegeben.

28. **Februar.** Zum Etat sprechen sich **Schrader** (Fr. Vereinig.), **Payer** (D. Vp.) und **Zimmermann** (Antis.) über die nationale Politik aus. Alle drei äußern Zweifel darüber, ob der Mangel an Homogenität es möglich machen werde, jene Politik zur Durchführung zu bringen. Schrader erklärt das Programm des Kanzlers als zum mindesten sehr unklar und betrachtet es nur erst als eine Einleitung für eine liberale Politik. Payer kündigt dem Fürsten Bülow an, daß er bei seiner neuen Politik noch bittere Erfahrungen machen werde, und betont, daß, wenn jetzt das Volk eine Enttäuschung erleide, dies von unabsehbaren Wirkungen sein müsse. — **Gröber** (Zentr.) kommt auf die Vorgänge zurück, die zur Auflösung des Reichstags geführt hatten, und greift die Regierung wie die Liberalen heftig an. Die Auffassung, daß der Reichstag alle Forderungen der Regierung annehmen müsse, bezeichnet Gröber als „subaltern". Scharf weist er den Vorwurf des Kanzlers zurück, das Zentrum habe es an nationaler Gesinnung fehlen lassen. Das Programm des Reichskanzlers charakterisiert der Redner dahin, daß es Worte statt Taten biete und der einzige Grundsatz, den der Reichskanzler proklamiert habe, in der konservativ-liberalen Paarung bestehe. Diese sei jedoch schon von den Beteiligten selber fast vollständig abgelehnt worden. Wenn der Reichskanzler für eine liberale Politik darauf spekuliere, daß im Zentrum selbst sich innere Uneinigkeit einstellen würde, so würde diese Spekulation durchaus erfolglos sein. Die konfessionelle Erregung habe infolge des Wahlkampfes im deutschen Volke lediglich zugenommen, die konfessionelle Kluft habe eine wesentliche Erweiterung gefunden.

1. **März.** (Forts.) **Fürst Hatzfeld** spricht sich für eine Börsenreform aus und betont, daß es jetzt im Reichstage für positive Arbeit nur eine Mehrheit gebe, nämlich die, die sich bei der Präsidentenwahl zusammengefunden habe. — **Semler** (natlib.) sucht die Vorgänge unmittelbar vor und bei der Auflösung des Reichstags gegenüber den Vertuschungen und Verdrehungsversuchen des Zentrums klarzustellen und beleuchtet die Kampfesart des Zentrums. Mit Schärfe weist Redner die Behauptung zurück, auf nationaler Seite wünsche man einen Kulturkampf. Nur das Zentrum habe mit diesem blöden Schlagwort im Wahlkampf operiert, die nationale Gesinnung des Zentrums aber kennzeichne sich durch die Auslieferung einer ganzen Reihe von Wahlkreisen an die Sozialdemokratie. — **Singer** (Soz.) schildert die angeblich von den Behörden ausgeübten Wahlbeeinflussungen und

macht dem Kanzler Vorwürfe über den von ihm gegen die Sozialdemokratie angeschlagnen Ton. „Nur an Zahl der Mandate haben wir eine Einbuße erlitten, aber unsre Ideen schlagen im Volke immer tiefere Wurzeln. Unsre Organisation hat an Mitgliedern außerordentlich gewonnen.“ — General **von Liebert** wendet sich gegen die Sozialdemokratie, deren Rest das Volk hoffentlich 1912 aus dem Reichstage entfernen werde.

2. März. Schädler (Zentr.) kommt ebenfalls auf die Vorgänge zu reden, die zur Auflösung des Reichstags führten. Das ganze Staatsverbrechen, das wir begangen haben, bestand in unserm Antrag. Man hat darin ein Eingreifen in die Rechte des militärischen Oberkommandos erblicken wollen. Demgegenüber will ich hier feststellen, daß für den Reichstag keine gesetzliche Verpflichtung besteht, Geld für eine bestimmte koloniale Schutztruppe zu bewilligen. Es besteht auch für niemand die Pflicht, in den Kolonien militärische Dienste zu leisten. Es steht beim freien Ermessen des Reichstags, die jeweilige Zahl der Schutztruppen zu bestimmen. Es ist erwiesen, daß in den verschiednen Parteien die Neigung besteht, einen neuen Kulturkampf zu beginnen; dem Reichskanzler hat niemand eine derartige Unterschiebung gemacht, und er hat sich ganz überflüssigerweise dagegen verwahrt. Die Haltung der Blockparteien gegenüber dem Wahlrecht muß uns zur Vorsicht mahnen. Wir wollen ja dem Reichskanzler glauben, daß er keine Änderung des Wahlrechts beabsichtige. Aber der Wohnungswechsel in der Wilhelmstraße 77 geht oft sehr rasch vor sich. Der Reichskanzler hat hier erklärt, daß er bei den nächsten Wahlen noch stärker in die Agitation eingreifen werde als diesmal, und er hat es so hingestellt, als ob der Reichstag der Regierung zu unbedingter Gefolgschaft verpflichtet sei. Ich muß mit aller Entschiedenheit gegen einen solchen Ton protestieren und Verwahrung einlegen, daß man uns zu politischen Handlangern der Regierung degradieren will. Der Reichskanzler hat eigentlich eine Politik mit doppeltem Boden getrieben, denn er hat erst das Zentrum auf die gleiche Stufe mit der Sozialdemokratie gestellt, und hinterher hat er so getan, als ob der Kampf nur gegen die Sozialdemokratie gerichtet sei. Der Reichskanzler ist als Parteimann aufgetreten. Er hat kein Recht, sich über Unmoral zu entrüsten, er hat das Verhalten der Bischöfe und der nationalen Katholiken gelobt, hat wohl dabei an die Erzbischöfe von Bamberg und München gedacht. Ich vindiziere den Erzbischöfen das Recht, Stellung zu nehmen, wie sie es getan haben, aber ich bedaure die Form, in der es geschehen ist, denn die Erzbischöfe hätten den Mißbrauch voraussehen müssen, der mit ihren Äußerungen getrieben wurde. Der angeblich unpolitische Flottenverein hat nicht nur Politik,

sondern auch Konfessionshetze getrieben. — **Gothein** (Freis. Ver.): Daß der Reichskanzler sich an der Bildung eines Komitees für die Unterstützung der Minderheit vom 13. Dezember bei den Wahlen beteiligt hat, ist nicht zu billigen. Das geht in England mit seinem parlamentarischen Regiment an, aber nicht bei uns, wo die Fiktion herrscht, daß die Regierung über den Parteien stehe. — Staatssekretär **Graf Posadowsky**: Es ist mehrfach die Ansicht ausgesprochen worden, daß man an eine Änderung des allgemeinen Wahlrechtes denkt. Worauf gründet man diesen Verdacht? Auf eine Äußerung eines hervorragenden Schiffsleiters und auf eine Bemerkung des Ministers Miquel, die in dem Memoirenwerk Hohenlohes enthalten ist. Aber für geschworen halte ich nichts, was in einem Memoirenwerk geschrieben steht. Ich habe aus solchen Werken immer den Eindruck gewonnen, daß darin stets der Schriftsteller recht behält, daß er alles vorher geahnt, vorher vorausgesehen hat. Miquel war übrigens ein Mann von seltner Universalität des Geistes; er hat die verschiedensten Projekte durchgedacht. Daraus folgt aber noch lange nicht, daß er bereit gewesen wäre, eine Abänderung des Wahlrechtes auch ernstlich zu vertreten. Es ist selbstverständlich, daß viele Männer eifrig das allgemeine Wahlrecht diskutieren, das für das deutsche Volk von so großer Bedeutung ist; wie aber der Reichskanzler dazu steht, das hat er hier in zweifelausschließender Form klargelegt.

4. März. **Behrens** (christlichsoz.) hält eine Rede gegen den Terrorismus der Sozialdemokratie und der Arbeiter gegenüber den christlichen Gewerkschaften. — **Graf Mielczynski** wirft der preußischen Regierung vor, im geheimen eine Revolution zu wünschen und durch ihre Polenpolitik die Verfassung zu verletzen. — **v. Hertling** sucht die Politik des Zentrums zu rechtfertigen und kündigt dem Reichskanzler Freundschaft wie Vertrauen auf; für die konservativen Elemente sei kein Raum mehr beim Zentrum.

5. März. **Paasche** (natl.) weist die Anschuldigungen Hertlings gegen die Nationalliberalen vom Ende der siebziger Jahre zurück und kennzeichnet den „Kuhhandel", den das Zentrum seit langen Jahren in der Reichspolitik getrieben habe. Er sucht auch den groben Mißbrauch nachzuweisen, den das Zentrum mit dem Schlagwort vom Kulturkampf getrieben habe. — **v. Kröcher** erklärt, daß das Reichstagswahlrecht keineswegs ideal, und daß der Wunsch nach seiner Abschaffung nur darum zurückzuhalten sei, weil er zurzeit unerfüllbar erscheine. — **v. Neumann-Hofer** (Fr. Ver.) weist hin auf das Verhältnis der Kleinstaaten zu Preußen. Die Kleinstaaten führten geradezu ein Märtyrerdasein; sie müßten durch Steuern allzu schwer belastet werden, und das Kapital, die Beamten, die Lehrer, alles trachte nach Preußen auszuwandern. Man höre in diesen Staaten oft das

Wort: „Unsre Selbständigkeit ist uns zu teuer.“ Es müsse also bei der Umlage der Matrikularbeiträge nach Maßgabe der Steuerkraft verfahren werden; die Umlage nach der Kopfzahl könne nach der geschilderten Sachlage nicht als gerecht erscheinen. Ebenso benachteiligt seien die Kleinstaaten bezüglich der Eisenbahnen. Die preußischen Staatsbahnen zahlten dort keine Kommunalumlagen, ihre Beamten sogar keine Staatssteuern. Das zweckmäßigste wäre eine Übernahme der Bahnen durch das Reich, aber auch eine Reichssteuer auf die Reinerträgnisse der Staatsbahnen würde sich empfehlen. Ebenso enthielten die Militärkonventionen mit Preußen mancherlei Nachteile. Man sollte daran denken, diese Konventionen zu lösen. — Eine nochmalige Mahnung **Gamps**, keine einseitige Sozialpolitik zu betreiben, die lediglich den Arbeiter berücksichtige, veranlaßt den Staatssekretär **Graf v. Posadowsky**, sich gegen giftige und verleumderische Angriffe, die gegen ihn gerichtet seien, zu wehren.

Zweite Beratung.

10. April. Zum Etat des Reichsamts des Innern hebt **Trimborn** hervor, daß auf dem Gebiete der sozialpolitischen Reform ein Stillstand bemerkbar, dies aber nicht Schuld des Reichstags sei. Von neuen Einrichtungen hätten sich nur die Kaufmannsgerichte bewährt. Redner bringt eine Menge von Wünschen vor. Die Bewegung unter den Privatbeamten habe zu ernsten und dringenden Forderungen an die Gesetzgebung geführt.

11. April. (Fortsetzung.) **Raab** (Wirtsch. Ver.): Wir hoffen, daß dem Staatssekretär Grafen Posadowsky gelingen wird, die Zusammenlegung der großen sozialen Gesetze zu vollbringen, dann verdient er den Namen eines Bismarck auf sozialem Gebiet. Auch wir treten für ein Reichsarbeitsamt ein und wünschen den Achtuhrladenschluß. Die Privatbeamten bedürfen umfangreicher Fürsorge. — **Mugdan** (Fr. Vp.): Die Zentrumspartei hat zwar zahllose schöne Anträge eingebracht, aber sich weiter dafür nicht eingesetzt. Genau so war ihre Haltung im preußischen Abgeordnetenhause, wo sie die Schuld daran trägt, daß die Bergarbeiter noch nicht genügend geschützt sind. — Pfarrer **Naumann** (Freis. Ver.): Es ist endlich an der Zeit, daß die Bevölkerung erfahre, hier im Reichstag bestehe eine zweifellose Mehrheit für sozialpolitische Reformen, die in sich ebenso geschlossen ist wie die nationale Mehrheit. Für ein freiheitliches Vereinsgesetz ohne Polizeicharakter, für das Koalitionsrecht der Arbeiter und für den Zehnstundentag besteht ebenso wie für die Wohnungsfrage unter allen Umständen eine Majorität in diesem Hause. Wenn man dem Reichstag die Schuld an den geringen Ergebnissen der Sozialreform zuschiebt, so ist dies ganz ungerechtfertigt. Der einzige schuldige Teil

ist der Bundesrat. Wir erkennen die persönlichen Vorzüge des Grafen Posadowsky gewiß an, aber sie können keine Entschädigung sein für den unberücksichtigten Willen der Mehrheit. Es wird immer eingewandt, daß dem Bundesrat die Arbeitskräfte mangeln, wenn es sich aber um den Bau neuer Schiffe handelt, dann müssen eben die nötigen Arbeitskräfte unter allen Umständen herbeigeschafft werden. So muß es auch auf dem Gebiete der Sozialreform sein. In einer Zeit, in der sich die deutsche Industrie ungemessen ausdehnt und das Syndikatswesen übermächtig anwächst, haben wir eine Sozialpolitik, die zwar gut ist, nicht aber den Kern der Frage trifft, sondern sich sozusagen nur auf den Außenforts bewegt. Von äußerster Wichtigkeit ist die Einbeziehung vieler bedeutender Gebiete in die Sozialreform, die bis heute ganz unberücksichtigt geblieben sind, ja das Zentrum der ganzen sozialen Gesetzgebung, die Arbeitsverfassung, ist vollständig vernachlässigt. Die freie Organisation der Arbeiterschaft fehlt gerade dort, wo sich die modernsten Formen der wirtschaftlichen Betriebe zeigen. Wenn auf sozialpolitischem Gebiete nicht für einen tüchtigen Unterbau gesorgt wird, dann muß alles, was man darüber aufbauen will, mag es noch so gut und nützlich sein, unfehlbar zusammenstürzen. — Staatssekretär **v. Posadowsky** sieht in den Ausführungen Naumanns ein interessantes philosophisches Programm, meint aber, in der Wirklichkeit sähen die Dinge nüchterner aus. Ein Ausländer würde nach diesem Programm glauben, Deutschland stehe hinter andern Staaten zurück, aber in Frankreich bemühe man sich seit Jahrzehnten, eine Einkommensteuer einzuführen, ein Versuch, über den schon eine Reihe von Ministerien gestürzt sei; in dem liberalen Musterstaate England wolle man jetzt eine Invalidenpension für Arbeiter einrichten und das machen, was Stein und Hardenberg vor hundert Jahren etwa in Preußen gemacht haben. Man will dort Staatsmittel bereithalten, um kleine Bauern anzusiedeln. Da tritt ein Führer der englischen Liberalen, der früher Ministerpräsident war, auf und macht der gegenwärtigen englischen Regierung den Vorwurf, daß diese Maßregel zur Revolutionierung und zum Umsturz führe. Trimborn, Bassermann, Raab haben gefordert, daß der Staat seine Bevormundung im Sinne der Gesetzgebung geltend mache. Alle gesetzgeberischen Anträge, die im Reichstage gestellt sind, sind ein Eingriff der Gesetzgebung in die individuelle wirtschaftliche Sphäre des Einzelnen und tragen daher einen gewissen Charakter der Bevormundung. Wenn wir alle so vollkommene Menschen wären, wie sie der Zukunftsstaat voraussetzt, dann brauchten wir keine Gesetzgebung der Bevormundung, der Repression, dann würde sich alles wie in den ersten christlichen Gemeinschaften im Wege der gegenseitigen Liebe, der gegenseitigen Unterordnung vollziehen. Aber

lesen Sie die Berichte der Gewerbeinspektoren, sehen Sie die Strafverzeichnisse, die jedes Jahr aufgestellt werden wegen Übertretung der Arbeitergesetze. Dann wird sich auch Naumann überzeugen, daß, wenn man solche sozialpolitischen Ziele verfolgen will, ein kräftiger Staat da sein muß, um die Gesetze auszuführen und Ordnung und Ruhe im Lande zu erhalten. Gegenüber allen verschiednen theoretischen Erörterungen handelt es sich für die Regierung darum, Schritt für Schritt auf dem Wege der Gesetzgebung vorzugehen. Es ist überraschend, wie oft in gewissen Kreisen Klagen laut werden über das angeblich zu rasche Tempo der sozialen Gesetzgebung. Woran liegt das? Weil zu viele Forderungen gleichzeitig gestellt werden. Das alles könnte in keinem Staatswesen der Welt gleichzeitig verwirklicht, das muß erst alles verdaut werden. Das Reformprogramm der nächsten Jahre wird so weitgehend sein, daß es aller Anstrengungen des Hauses bedürfen wird, diese gesetzgeberischen Pläne zu verwirklichen. Aus der vorigen Session sind noch Gesetze rückständig. Im Vereins- und Versammlungsrecht befinden sich eine Reihe von überlebten Bestimmungen, die gar nicht mehr ausführbar sind, die der modernen Entwicklung gar nicht mehr entsprechen, die gar keinen politischen Zweck haben und das Publikum nur ärgern. Wir müssen, wenn wir ein Vereinsgesetz erlassen, zu einem den modernen Verhältnissen entsprechenden Gesetze kommen. Will man ein Vereinsgesetz auf dieser Grundlage nicht aufbauen, so tut man besser, man unterläßt es ganz. Was die Zusammenlegung der drei sozialpolitischen Gesetze betrifft, so muß das ganze Krankenkassenwesen ein festeres, klareres Gerippe bekommen, dies Gesetz ist bisher nur ein Notgesetz gewesen. Aber es ist ein Irrtum, zu glauben, daß dieses Krankenkassengesetz in befriedigender Weise reformiert werden kann ohne gleichzeitige Änderung gewisser Bestimmungen der beiden andern sozialpolitischen Gesetze. In der Theorie kann man wohl diese drei großen Versicherungszweige zusammenlegen, in Wirklichkeit wird aber eine solche automatische Behandlung der Sache den allergrößten Schwierigkeiten begegnen. Ausführlich geht der Redner noch auf eine Menge von Gesetzentwürfen ein und bemerkt sodann: Ich würde es für außerordentlich nützlich halten, wenn man sich jetzt bei diesem Programm beruhigte und weitere Initiativanträge erst nach Verabschiedung dieser Gesetze einbringen würde. — **Hoch** (Soz.) hält eine lange Rede über das Thema: „Das bißchen Sozialpolitik ist von der Sozialdemokratie erzwungen worden, die ganze Arbeiterschutzgesetzgebung ist ein Klassenrecht."

12. April. (Forts.) **Pauli** (kons.) weist auf die gefahrdrohenden Bestrebungen der Sozialdemokratie hin, die sozialpolitischen Einrichtungen für ihre Parteizwecke zu verwerten, sowie auf die sehr ein-

seitige Auffassung, die die Arbeiterorganisationen gegenüber den Tarifverträgen hegten. Die Arbeiter schienen nachgerade der Ansicht zu huldigen, die Arbeitgeber seien nur dazu da, sozialdemokratische Forderungen zu verwirklichen. — **Stresemann** (natl.): Die Sozialdemokratie lasse die Forderung außer acht, daß dem einzelnen Arbeiter die Freiheit des Willens gelassen werde, und die Tatsache des sozialdemokratischen Terrorismus sei mit ein Grund für den Widerstand mancher Arbeitgeber gegen die gewerkschaftlichen Organisationen. — **Giesberts** (Zentr.) redet vom Terrorismus der Arbeitgeber gegenüber den organisierten Arbeitern.

13. April. (Forts.) Der Sozialist Schmidt sucht nachzuweisen, daß auch in England und Frankreich die sozialpolitische Gesetzgebung keineswegs so sehr weit hinter der deutschen zurückbleibe. Von dem jetzigen Reichstage seien auch in der kommenden Legislaturperiode nicht große Fortschritte in dieser Beziehung zu erwarten, da schon jetzt der neue Block einen Riß bekommen habe. Wenn unsre Regierung nur den ernsten Willen hat, Sozialpolitik zu treiben, dann könnte sie auf dem Verordnungswege die Mißstände, besonders die 36stündige ununterbrochne Arbeitszeit in den Häfen, sofort beseitigen. Der Regierung fehlt aber der Mut und die Entschiedenheit, etwas gegen die Unternehmer zu tun; statt dessen läßt sie es zu, während man sonst mit Ausweisungen schnell zur Hand ist, daß aus allen Winkeln der Welt zusammengefegte Leute den deutschen Arbeitern als Streikbrecher entgegentreten. — Staatssekretär **Graf Posadowsky**: Es ist die Frage aufgeworfen worden, wer schuld an der Verzögerung in der sozialpolitischen Gesetzgebung trage. Einmal soll es der Bundesrat sein und dann der Reichskanzler. Zwischen dem Reichskanzler und mir besteht nicht die leiseste Meinungsverschiedenheit in sozialpolitischer Hinsicht. Man muß aber vorsichtig sein in dem Erlaß von Verordnungen und darauf sehen, daß nicht berechtigte Lebensinteressen der Unternehmer gefährdet werden. Eine Verlangsamung ist vielleicht auf den Charakter unsers Reiches als föderatives Staatswesen zurückzuführen, indem jeder Einzelstaat das Bedürfnis eines Vorgehens für seine Verhältnisse prüfen muß.

15. April. (Forts.) **Horn** aus Sachsen (Soz.) beklagt, daß die Sozialpolitik gesetzgeberisch aus den letzten Jahren zum Stillstand gekommen sei. Die „niedergerittene" Partei werde aber alles tun, um die bürgerlichen Parteien und die Regierungen zur Fortsetzung der Sozialpolitik anzuspornen, sie aus ihrer Lässigkeit aufzurütteln. — **v. Dirksen** (Rp.): Der Reichstag ist bestrebt, auf dem Gebiete der Sozialpolitik etwas zu leisten, aber wir dürfen dabei nicht immer eine Verbeugung vor der Sozialdemokratie machen. Geben wir ihr heute etwas, so verlangt sie morgen schon mehr. Wir haben

den Wunsch, positive Arbeit zu leisten, daher dürfen wir nicht zuviel Arbeit auf uns nehmen. Die Sozialdemokratie, die immer nach höhern Löhnen schreit, bezahlt ihre Beamten selbst nur sehr niedrig. Die sozialdemokratische Partei ist aber in der Lage, bessere Löhne zu zahlen, denn sie wird aus den Taschen der Arbeiter reich bedacht. Die Mittel sind reichlich vorhanden; freiwillig wird aber das wenigste gegeben. Die Sozialdemokraten erheben vielfach mehr als zweimal so viel Beitrag, wie die Einkommensteuer beträgt. Sie würden schreien, wenn der Staat solche Summen verlangen würde. — Staatssekretär **Graf Posadowsky**: Wir hören täglich von Fällen von Zwangsmaßregeln gegen Arbeitswillige, die jeder anständige Mensch verurteilen wird. Eine große Anzahl dieser Fälle fallen unter das allgemeine Strafgesetz, aber sie können meist nicht verfolgt werden, weil sich kein Kläger, und keine Zeugen finden, die den Mut haben, den Schutz des Gesetzes anzurufen. Deshalb ist es dringend nötig, daß sich die Beschädigten zusammentun und Staatsanwalt und Polizei anrufen. In dem in Vorbereitung begriffnen neuen Strafgesetzentwurf wird die Regierung überdies erwägen, ob die Bestimmungen über Erpressung und unberechtigten Zwang verschärft werden sollen. — **Potthoff** (Freis. Ver.): Wir könnten mindestens ebensoviel Fälle von Terrorismus seitens der Arbeitgeber anführen.

16. April. (Forts.) Staatssekretär **Graf Posadowsky**: Wenn die Reform der drei großen sozialpolitischen Gesetze zustandekommt, wird eine außerordentlich große Anzahl von Reibungen zwischen den verschiednen Versicherungseinrichtungen in Wegfall kommen. Die Sache wird sehr viel einfacher sein, sehr viele sachliche Kosten werden erspart werden infolge einer bessern Verwaltung der untern Instanzen. Aber den Schritt zu tun und auf einmal die großen Berufsgenossenschaften, die sich aufbauen auf gewaltigen deutschen Industrien, die ein großes Vermögen angesammelt haben und eine gründliche, durchgearbeitete Verwaltung besitzen, aufzulösen und ebenso die großen Krankenkasseninstitute, die großen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften und dann die Invalidenversicherung mit Berufsgenossenschaften und Krankenkassen zu verschmelzen, das halte ich für eine Aufgabe, die, wenn überhaupt, in absehbarer Zeit, nicht gelöst werden kann; nur in einer Reihe von Etappen, in einem längern Zeitraum. Einen solchen radikalen Umbau, der etwa für das ganze Land oder für eine ganze Provinz einen einheitlichen großen Organismus schafft, kann ich für absehbare Zeit nicht in Aussicht stellen und kann ich, wie die Dinge liegen, nicht einmal empfehlen.

Nach Genehmigung des Gehalts des Staatssekretärs des Innern werden Beschlußanträge angenommen, die betreffen das Submissionswesen, die Vereinheitlichung der Stenographie, die Unfallfürsorge bei freiwilligen

Rettungsarbeiten, das Vereins- und Versammlungsrecht, das Koalitionsrecht, die Errichtung eines Reichsarbeitsamts, die Sonntagsruhe in der Binnenschiffahrt, Vorsorge und Entschädigung bei Explosionen, Verordnungen für die Verarbeitung giftiger und explosiver Stoffe, Regelung der Sonntagsruhe sowie Arbeitszeit und Sonntagsruhe in Kontoren und unlauterer Wettbewerb, ferner Maßregeln, wodurch der sich immer mehr vollziehende Niedergang der kleinen Segelfischerei im Interesse der deutschen Küstenorte und der für den Marineersatz dringend notwendigen seemännischen Ausbildung der Bevölkerung beseitigt wird. — Beim Kapitel „Bundesamt für das Heimatwesen" fordert Bebel das lange in Aussicht stehende Gesetz über den Verlust der Reichs- und Staatsangehörigkeit.

17. April. Bei der Beratung des Reichsgesundheitsamtes entspinnt sich eine Verhandlung über die Frage der Weinfälschungen. Es werden namentlich die Gefahren geschildert, denen die mit Giftstoffen arbeitenden gewerblichen Betriebe ausgesetzt sind. Staatssekretär **Graf Posadowsky** weist nach, daß der Bundesrat diesen Gefahren nicht untätig gegenüberstehe. Das Verlangen nach ehrlicher Behandlung des Weines und scharfer Unterdrückung der wirklichen Fälschung tritt allgemein hervor. Was kein Wein sei, dürfe auch nicht als solcher ausgegeben und verkauft werden.

18. April. Prinz zu **Schönaich-Carolath** stellt die Anfrage, wie es mit den Versuchen zur Beseitigung des lästigen, die Lungen schädigenden Staubes stehe, den die Automobile aufwirbeln. Man finde heute kaum noch Erholung in der freien Natur. Die Fortschritte der Automobilindustrie seien gewiß sehr erfreulich, aber gegen die Belästigungen, die sie mit sich bringen, müßte doch das Reichsgesundheitsamt einschreiten. — **Severing** (Soz.) begründet die Forderung nach Verordnungen zum Schutze der in Walz-, Hüttenwerken und Metallschleifereien beschäftigten Arbeiter. — **Höffel** (Rp.) betont die Notwendigkeit einer gründlichen Wohnungsreform, **Mugdan** beklagt den Mangel an ärztlichem Hilfspersonal bei Bekämpfung der Volkskrankheiten. — Staatssekretär **Graf Posadowsky**: Die Ausgabe von Baupfandbriefen und die Mithilfe der Invalidenversicherungsgesellschaften bei Errichtung von Volkswohnhäusern kann nur in beschränktem Maße erfolgen. Die genannten Gesellschaften können in Werken gemeinnütziger Unternehmungen nur ein Viertel, mit Genehmigung der subsidiär haftenden Kommunalverwaltungen auch die Hälfte ihres in ganz Deutschland 1138 Millionen betragenden Vermögens anlegen, also 280 und 560 Millionen. Das Reich selbst hat für die Beschaffung von Volkswohnstätten bis zum Jahre 1906 25 Millionen ausgegeben. Was die Beseitigung der hygienischen Mißstände auf dem Gebiete des Automobilismus betrifft, so läßt sich noch schwer feststellen, wie viel hier durch gesetzliche oder behördliche Vorschriften und wie viel auf dem Wege des technischen Fortschritts allein geschehen kann. Von den 27000 Automobilen des Jahres 1906 waren

die größere Hälfte Krafträder, nicht Kraftwagen, die für die Staub- und Benzinentwicklung in gleicher Weise in Betracht kommen.

20. April. Beratung des Justizetats. Zu verschiednen Anträgen bemerkt der Staatssekretar **Nieberding**: Mit der Haftung für Schäden, die von Beamten in Ausübung ihrer Amtspflichten verursacht würden, müßten die Einzelstaaten vorangehn, dann werde das Reich auch die Haftung für die Reichsbeamten übernehmen. Die Frage des Zeugniszwanges gegen die Presse könne nur im Rahmen der Revision der Strafprozeßordnung gelöst werden, er wolle aber schon heute betonen, daß dabei das Interesse der Rechtsordnung und nicht die speziellen Bedürfnisse der Presse im Vordergrunde stehen müßten. Ein Gesetz zum Schutze der Bauhandwerkerforderungen werde dem Reichstage unterbreitet werden, sobald seine Geschäftslage es zulasse. Die Reform des materiellen Strafrechtes sei auf gutem Wege. Sodann weist der Redner die Behauptung **Heines** (Soz.) zurück, daß die Rechtsprechung für die Arbeitnehmer ungünstiger sei als für die Arbeitgeber. Die Rechtsprechung habe mit Bezug auf Erpressungen und das Koalitionsrecht in neuerer Zeit allerdings Ergebnisse geliefert, die nicht zweifelsfrei seien. Daran trage aber die Fassung der gesetzlichen Bestimmungen schuld, die einer Einschränkung oder mindestens einer klareren Form bedürften. Einstweilen sei die Reichsanwaltschaft angewiesen worden, bei passender Gelegenheit diese Gesichtspunkte vor dem Reichsgerichte zur Geltung zu bringen.

22. April. (Fortsetzung.) **Müller** aus Meiningen betont, daß man zu wenig Großzügigkeit und Energie im Justizamte habe. Gerade auf dem Gebiete der Justizreform habe der Reichskanzler bestimmte Versprechungen gemacht, aber der Staatssekretär vertröste auf den Herbst 1908. Namens der drei linksliberalen Parteien verlange er auf dem Gebiete der Reform der Gerichtsverfassung und des Strafgesetzes ein schnelleres Tempo. Zur Durchführung einer solchen großzügigen Reform gehört viel Energie; daß der Staatssekretär schon zehn Jahre daran arbeitet, genügt dem Volke nicht. Die kleinliche Angstmeierei und der Mangel an Vertrauen zum Volke haben auch diese Reform zurückgehalten.

23. April. Zum Justizetat nimmt der Reichstag folgende Anträge an: 1. Auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs, durch den die unmittelbare Haftung des Reiches für den durch Reichsbeamte in Ausübung von Amtsbefugnissen angerichteten Schaden geregelt wird. 2. Auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs auf Änderung des § 833 B.G.B. noch in dieser Session. 3. Auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs wegen Haftbarmachung der Betriebsunternehmer von Automobilen für den bei dem Betriebe auf öffentlichen Straßen und Plätzen entstehenden Personen- und Sachschaden, insofern der Unternehmer nicht beweist, daß der Unfall durch eignes Verschulden des Be-

schädigten oder Sachinhabers oder durch höhere Gewalt verursacht ist. 4. Betreffend Sicherung der Forderungen der Bauhandwerker. 5. Auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs, durch den der Zeugniszwang gegen die Presse auf dem Gebiete des Straf- und Disziplinarrechtes aufgehoben wird. 6. Auf ausdrückliche Feststellung des Rechts der Reichstagsabgeordneten, in Ansehung dessen, was ihnen in dieser Eigenschaft anvertraut ist, das Zeugnis zu verweigern, und Statuierung desselben Rechts für Mitglieder eines Landtags oder einer Kammer über die Untersuchung der Beschlagnahme von darauf bezüglichen Gegenständen und Aufzeichnungen. 7. Auf ein Ersuchen an den Reichskanzler, dafür Sorge zu tragen, daß die gleichmäßige Zuziehung aller Stände zum Geschwornen- und Schöffendienst in den einzelnen Bundesstaaten durch Zahlung von Tagegeldern aus Landesmitteln an die Geschwornen und Schöffen erleichtert wird.

24. April. Zum Militäretat spricht **Bebel** die Meinung aus, daß es zu den zugesagten Ersparnissen nicht kommen werde und daß die Militärpflicht die Arbeiterbevölkerung schwer belaste. Deshalb müsse die Dienstzeit weiter herabgesetzt werden. Bei der Aushebung werde etwas leichtfertig verfahren, namentlich müsse auf den Geisteszustand mehr geachtet werden. Dann würden auch die Selbstmorde und die Mißhandlungen im Heere abnehmen. Hierzu würde es dienen, wenn nicht die Kriegsgerichte grundsätzlich die Öffentlichkeit ausschlössen, und wenn die Soldaten sich gegen Mißhandlungen wehren dürften. Bedauerlich sei der erhebliche Rückgang des Prozentsatzes der diensttauglichen Leute, was wohl mit den schlechten Wohnungsverhältnissen in den Städten zusammenhänge. — **v. Oldenburg** spricht für Errichtung kleiner Garnisonen. — **Müller** aus Meiningen ist gegen Verschuldung der Offiziere und verlangt klare Bestimmungen über das Beschwerderecht der Mannschaften. — Der preußische Kriegsminister **v. Einem** weist auf die schon eingetretne erhebliche Abnahme der Mißhandlungen. In den Kriegsschulen sollten künftig Kurse im Wechselrecht gehalten werden. Gute Behandlung haben die Soldaten bei uns nach jeder Richtung, bessere Fürsorge wie in jedem andern Staate. Wenn die Sozialdemokraten wirklich dafür sind, daß die Soldaten ohne Widerwillen in die Kaserne gehn, dann sagen Sie ihnen nicht immer: „Ihr seid Sklaven!“ — **Liebermann von Sonnenberg:** Die Zeit ist sehr ernst, Deutschland hat aber ein gutes Gewissen. Wer uns Friedensstörung nachsagt, ist ein Narr oder ein Fälscher. Den alten Weibern beiderlei Geschlechts wollen wir zurufen: Wir vertrauen auf Gott, auf unser gutes Recht, und im Vertrauen darauf wollen wir dauernd auf dem Posten sein und darauf sehen, daß unsre Rüstung zu Lande und zu Wasser lückenlos bleibt und auch den Fortschritten der Technik entspricht. Es gibt ein untrügliches Mittel, den Frieden in Europa zu erhalten: Man möge uns im Auslande zufrieden lassen. Wenn man das nicht will, nun gut, wir sind gerüstet, sie mögen kommen. — Kriegs-

minister **von Einem**: Den letzten Ausführungen des Vorredners schließe ich mich vollkommen an.

25. April. (Forts.) **Noske** (Soz.): Die bürgerlichen Parteien sind im Irrtum über die Ziele der Sozialdemokratie, namentlich auf militärischem Gebiete. Sie will keineswegs das Heer abschaffen, sie ist auch mit Abschlagszahlungen zufrieden, wie auf anderm Gebiet, so auch beim Heere. Wir wollen an der Abstellung von Mißständen mithelfen. Andrerseits treten wir für Ersparnisse ein, die sich sehr wohl, namentlich bei den dekorativen Stellen der kaiserlichen und prinzlichen Adjutanten und den Militärmusikern, ermöglichen ließen. Interessant ist es, daß der Kriegsminister den Offizieren im Schuldenmachen soweit behilflich sein will, daß er ihnen sogar regelrechten Unterricht in der Wechsellehre erteilen lassen will. Vom sozialdemokratischen Terrorismus wird immer gesprochen, nicht aber vom Terrorismus nichtsozialdemokratischer Unteroffiziere. Wenn von Liebert sagt, die Roheit in der Familie nehme erschreckend zu, so konstatiere ich, daß das keine sozialdemokratischen Familien gewesen sein können. Die Roheit nimmt hier in dem Maße ab, als der arbeitenden Bevölkerung Wohlstand und Bildung zugänglich gemacht wird. Es war kein Sozialdemokrat, der von den Soldaten verlangt, daß sie eventuell auf Vater und Mutter zu schießen hätten. Nicht wir verekeln den jungen Leuten die Dienstzeit, sondern gerade die Zustände, die wir kritisieren. Haben nicht drei sozialdemokratische Parteitage es mit aller Entschiedenheit abgelehnt, irgendwelche Agitationen im Heere zu unternehmen? Abscheu vor dem Militarismus und Abscheu vor der Wahrhaftigkeit ist noch lange nicht dasselbe. Wir wollen, heißt es, die Disziplin untergraben; wo gibt es aber in Deutschland außer im Heere noch ein höheres Maß von Disziplin als in unsrer Partei? Bebel hat erklärt, daß wir Angriffskriege nicht wollen, daß wir aber, wenn frivole Angriffe gegen Deutschland gerichtet werden, wie die andern erklären: Sie sollen nur kommen! Da gibt es keinen Unterschied zwischen uns und Ihnen; Angriffe würden wir Sozialdemokraten mit ebenso großer Entschiedenheit zurückweisen wie irgendeine andre Partei.

Der preußische Kriegsminister **von Einem** nimmt die Versicherung, daß die Sozialdemokraten bei einem Angriffskriege gegen das Deutsche Reich es ebenso wie die andern Parteien zu verteidigen entschlossen seien, an, verwahrt sich aber gegen die Ansicht, daß er mit unsrer Stärke renommiert hätte. Auf das Verlangen des Vorredners nach einer durch und durch friedlichen Politik erwidert der Minister, wir hätten seit 1871 die friedlichste Politik geführt und den Frieden aufrechterhalten. Bebel habe auf dem Parteitag in Jena selbst gesagt, daß die deutsche Armee ein Meisterwerk sei. Und trotzdem will Bebel diese Armee abschaffen. Die Geschichte von Jahrtausenden lehrt, daß Volksheere nur die Kriege verlängern und verteuern. Und die erste kriegstüchtige und kriegsgewohnte Armee, die 1805 über den Rhein gekommen ist, hat unter einem Führer, der der Kriegsgott selber war, die Heere Europas einfach überrannt, bis es auch wieder andre kriegstüchtige Heere gegeben hat. Unsre Armee erhält uns den Frieden, und sie wird es auch in Zukunft tun. Mit der Jugenderziehung zur Wehrhaftigkeit mögen es die Sozialdemokraten

ja ganz gut meinen, aber sie sind eben die Kraft, die immer das Gute will und immer das Böse schafft. Wiederholt haben Sie in Ihrer Presse das patriotische Empfinden des Volkes mit Füßen getreten. Wenn Sie nicht wollen, daß Ihre Redakteure solche Dinge schreiben, dann werfen Sie sie zum Fenster raus. Bei der Intelligenz, die unter Ihnen herrscht, finden Sie leicht andre. Wenn Sie das Heer nicht zur Vaterlandsliebe erziehn, dann fällt es zusammen, dann hält es nicht. Unser Heer ist im Jahre 1870 mit lohender Begeisterung in den Krieg gezogen; dazu brauchen wir keine Sozialdemokraten, das können wir allein. Die Mannszucht im Jahre 1870 hat uns die Achtung und Bewunderung der ganzen Welt eingetragen. Mit Ihrer (zu den Sozialdemokraten) Jugendzucht werden Sie nur die Verachtung der Welt erzielen. — Auf den Protest des Grafen **Mielczynski** gegen die „hakatistische“ Agitation im Heere erwidert Minister **von Einem** mit der Bitte, die polnische Bewegung nicht in die Kasernen zu tragen. — **Hagemann** (natlib.) tritt auf gegen die Behauptung der Sozialdemokraten, sie seien vaterlandsliebend und erzögen das Volk zur Wehrfähigkeit. Aus den Flugblättern vor der Reichstagswahl sei das Gegenteil ersichtlich gewesen.

26. April. Zum Militäretat spricht sich der Reichstag für ein Gesetz aus betreffend die Regelung der Beitragspflicht der Reichsbetriebe zu den Gemeindeabgaben noch in diesem Jahre. — **Becker** (Zentr.) befürwortet die Errichtung von Arbeiterpensionskassen in den Militärwerkstätten. Namens des Kriegsministers antwortet Generalleutnant **von Arnim**, es seien solche Kassen schon früher eingeführt gewesen, hätten sich aber nicht bewährt und seien auf Wunsch der Arbeiter selbst abgeschafft worden.

27. April. Zum Postetat wünscht **Dröscher** eine Ermäßigung der Fernsprechgebühren auf dem platten Lande. — **Kämpf** ist für Herabsetzung des Weltportos und für ein Postscheckgesetz. — **von Gamp** wünscht ein Postsparkassengesetz. — Hamecher fordert Festsetzung der Arbeitszeit der Postbeamten auf wöchentlich achtundvierzig Dienststunden. — Duffner tritt für Erleichterung der Telephoneinrichtungen in den kleinen Ortschaften und für Gehaltsaufbesserung der Postbeamten und Telephonistinnen ein.

29. April. Unter den von einigen Abgeordneten geltend gemachten Wünschen befindet sich der, daß nicht verlangt werde, die Postbeamten sollten bei der Wahlbewegung ihre Stimme verkaufen. Der Staatssekretär habe die Bewilligung der Reichspostverwaltnng zur Errichtung eines eignen Postamts anläßlich des sozialdemokratischen Parteitags in Mannheim wieder zurückgezogen. Das sage genug! Es zeige, daß die Reichspostverwaltung sich in Dinge hineinmischte, die sie gar nichts angehn; sie erinnere hierin an eine „russische Behörde“. — Staatssekretär **Kretke** antwortet: Bei dem Mannheimer Fall lag kein Bedürfnis vor, und dann dachte ich auch

an die Tendenzen, die die Sozialdemokraten verfolgen. Alles, was uns heilig ist, ziehn sie in den Staub. Man kann Beamten nicht zumuten, sich alles das mit anhören zu müssen. Was die Frage der Verbände anlangt, so können wir nicht zugeben, daß sich eine Nebenregierung einsetzt. — von Chlapowo tadelt, daß die Gewährung der Ostmarkenzulagen politische Zwecke verfolge; sie förderten Streber- und Angebertum. Redner bezeichnet die preußische Polenpolitik als unwürdige und gemeine Ausbeutungspolitik.

30. April. Etat des Reichskanzlers. **von Hertling** (Zentr.) hebt hervor: Seit Monaten sei die öffentliche Meinung sehr erregt, das Algecirasabkommen solle keinen Wert mehr haben. Der wichtigste Punkt in den Vorkommnissen der letzten Zeit ist die Einkreisungspolitik des Königs von England. Man hört von einer englisch-französischen, englisch-italienischen und englisch-spanischen Entente, man spricht von Annäherungen Englands und Rußlands und Englands und Japans. Von Deutschland ist nirgends die Rede; aber den fürstlichen Zusammenkünften solle man nicht zu großes Gewicht beilegen. Das trifft namentlich für die Zusammenkünfte in Cartagena und in Gaeta zu, vielleicht auch die mit dem griechischen König in Athen. Andrerseits wird von einer Einmischung Englands in die Balkanangelegenheiten zugunsten Bulgariens gegen Griechenland gesprochen, dabei wird auf Österreich-Ungarn und dessen Bundesgenossen Deutschland hingewiesen. Die neue Gruppierung der Mächte: England, Rußland, Frankreich, Spanien, Italien usw. ist nicht als eine geschlossene Front gegen Deutschland zu deuten. Müssen wir denn immer an eine dauernde Feindseligkeit Englands und Frankreichs gegen Deutschland denken? Keineswegs! Wie in Deutschland schließlich die Politik nicht in einer Hand liegt, so ist es in England noch viel mehr! Sollte der König Eduard wirklich Antipathien gegen Deutschland haben, so ist doch von der Antipathie eines Einzelnen bis zur offnen Feindseligkeit noch ein weiter Weg. Von der bedauerlichen Entgleisung Clemenceaus abgesehen, ist die französische Politik der Natur der Sache nach eine durchaus friedliche. Von Metz nach Paris können englische Schiffe die deutschen Truppen nicht zurückhalten. Die französischen Machthaber werden sich hüten, ihr Schicksal durch kriegerische Abenteuer aufs Spiel zu setzen. Die beiden Nationen können jetzt nach langer kriegerischer Vergangenheit sehr wohl zu freundschaftlicher Verständigung kommen. Wir wollen eine ruhige, konsequente, friedliche Politik, aber wir wollen dabei den Schein vermieden sehen, als ob wir uns dabei von einem Gefühl der Schwäche leiten ließen. Wir wollen den Schein nicht aufkommen lassen, als ob für die fremden Mächte kein Wert darin liege, die Freundschaft des mächtigen Deutschland zu besitzen.

Winkler (kons.): Die Konservativen sähen die Sache ernst an. — **Bassermann**: Die Nationalliberalen hielten die neue Gruppierung der Mächte für nicht erfreulich. — **Fürst Hatzfeld**: Ein gewisses Unbehagen über unsre ganze internationale Stellung habe auch Kreise ergriffen, die der Reichsregierung ergeben sind. Das datiere seit der Marokkokonferenz, nach der unsre Isolierheit zugenommen habe. Man behandle uns gewissermaßen als Emporkömmling. Unsre geographische Lage sei ungünstiger als die andrer Staaten, aber was das kleine Preußen unter Friedrich dem Großen, das werde sicher auch das geeinigte Deutschland vollbringen. Auf die Abrüstungsfrage lasse man sich lieber gar nicht ein. — **Wiemer** ist gegen Geheimniskrämerei gegenüber dem Reichstage und für eine Änderung in der Praxis bei Besetzung der diplomatischen Vertretung. Die Abrüstungsfrage dürfe nicht als diplomatisches Mittel zur Schwächung von Deutschlands Machtstellung benutzt werden.

Darauf führt der Reichskanzler **Fürst von Bülow** folgendes aus: Was die Abrüstungsfrage betrifft, so hätten sich die Vorarbeiten für die nächstens in Aussicht stehende internationale Konferenz zu einem Programme verdichtet, das auf russischen Vorschlag die Zustimmung der Mächte gefunden habe. Es sollte eine Verbesserung der Bestimmungen der drei im Haag geschlossenen Abkommen über die Schiedssprechung, den Landkrieg, die Anwendung der Genfer Konvention auf den Seekrieg und ein Seekriegsabkommen betreffen. Die Einladung hierzu habe das Deutsche Reich gern angenommen. Außerhalb dieses Programms hätten sich die Mächte auch mit der Frage beschäftigt, ob es zweckmäßig sei, auf der Haager Konferenz Gedanken zu erörtern, die Bezug haben auf einen Stillstand oder eine Verminderung der Rüstungen. Aber dieser Gedanke sei bisher noch nicht bis zur Formulierung eines bestimmten Vorschlags gediehen. Die englische und die spanische Regierung sowie die Vereinigten Staaten hätten sich nur das Recht vorbehalten, diese Frage auf der Haager Konferenz zur Erörterung zu stellen. Sie wollten damit bessere Bürgschaften für den Frieden schaffen, es frage sich nur, ob die Erörterung darüber auf einer Konferenz ein geeignetes Mittel dazu sei. Auf der ersten Haager Konferenz habe sich nirgends eine Formel dafür finden lassen; sei aber kein sicherer Weg dazu zu finden, so liege die Gefahr einer gegenteiligen Wirkung vor. Schon die Aussicht auf eine solche Beratung in einer Konferenz habe nicht beruhigend gewirkt. Schon 1874 habe England die Beteiligung an der Brüsseler Konferenz über das Kriegsvölkerrecht abhängig von der Nichtberührung des Seebeuterechts gemacht. Auch in andern Staaten gebe es Friedensfreunde, die bei ihren idealen Zwecken die Realitäten nicht aus dem Auge verlieren. „Deutschland kann nicht unter einen Druck gestellt werden, auch nicht unter einen moralischen. Um unsre Ruhe nach außen zu sichern, sind wir bisher nach dem Grundsatz der Kriegsbereitschaft verfahren, und dieser Grundsatz hat sich bewährt. Trotz allem in der Welt gegen das deutsche

Volk reichlich vorhandnen Übelwollen ist Deutschland seit Wiedererrichtung des Reichs von keiner Seite angegriffen worden. Wir haben auch niemand angegriffen. Wir haben unsre militärische Stärke niemals mißbraucht und werden das auch in Zukunft nicht tun. Daß wir uns dieses Werkzeug erhalten wollen, kann uns niemand verargen. Wir wünschen nicht, wieder in den Zustand zu geraten, ähnlich dem, wo man sang: Was ist des Deutschen Vaterland? Es erschien mir richtig, klug und würdig, offen zu sagen: An einer wenn auch nicht bedenklichen, so doch unpraktischen Diskussion können wir uns nicht beteiligen. Wir denken aber nicht daran, diese unsre Auffassung andern aufzwingen zu wollen, und wenn bei der Erörterung der Abrüstungsfrage etwas Praktisches herauskommt, so werden wir dann gewissenhaft prüfen, ob es dem Schutz unsers Friedens, ob es unsern nationalen Interessen, ob es unsrer besondern Lage entspricht. Ich stelle mit Genugtuung und Dankbarkeit fest, daß diese Gesichtspunkte sich im wesentlichen decken mit den Ausführungen der Vertreter aller bürgerlichen Parteien. Gestützt auf diese Einmütigkeit wird Deutschland auf der Haager Konferenz durch sein tatsächliches Verhalten beweisen, daß wir alle Bestrebungen, die geeignet sind, den Frieden, die Zivilisation und die Menschlichkeit praktisch zu fördern, aufrichtig unterstützen." — Sodann billigt der Reichskanzler nicht den Antrag, zu verlangen, daß dem Reichstage periodisch über die internationalen Beziehungen des Reichs urkundliches Material unterbreitet werde. — Was die auswärtigen Beziehungen des Reichs betrifft, so sei in der Presse die Ansicht entwickelt worden, daß Italien nur noch als ein unsicherer Teilnehmer am Dreibunde gelten könne. Diese Meinung sei namentlich geäußert in nervösen Betrachtungen über die Begegnung von Gaeta. Fürstenzusammenkünfte im Mittelmeer seien aber, nachdem Italien die Einheit erlangt, öfter vorgekommen. — Die Vorgänge in Marokko verfolgen wir aufmerksam, aber ohne Argwohn im Vertrauen auf eine allseitige loyale Einhaltung der in Algeciras eingegangnen Verpflichtungen. Über Einzelheiten des Vorgehns und der Maßregeln in Marokko können Meinungsverschiedenheiten entstehn. Wie ich keinen neuen Anlaß zur Trübung unsers Verhältnisses zu Frankreich sehe, vielmehr auf ein allmähliches Schwinden des Mißtrauens hoffe, so stelle ich auch gern fest, daß zwischen uns und England keine Streitfragen vorhanden sind, die die von den besonnenen Elementen in beiden Ländern unterstützten freundlichen Bestrebungen stören könnten. Es gibt überhaupt keinen Gegensatz zwischen zwei Mächten, den Deutschland dauernd als eine Gelegenheit für sich und eine Ungelegenheit für andre ausnützen könnte. Eine ruhige, feste und mutige Beurteilung der Lage ist noch lange keine Schönfärberei.

Daß wir von Schwierigkeiten und Gefahren umgeben sind, weiß niemand besser als ich. Sie sind unsre ständigen Begleiter als Folge unsrer schon aus geographischen Rücksichten ausgesetzten Lage. Und um solche Schwierigkeiten und Gefahren zu überwinden, ist ruhiges Selbstbewußtsein und Vertrauen in die Kraft der Nation nötig. Pflegen wir unsre Freundschaften und unsre Bündnisse, und wir brauchen nicht ängstlich zu sein, wenn Ententen abgeschlossen werden über Dinge, die uns nicht unmittelbar berühren. Von Feindschaften andrer untereinander können wir überhaupt nicht leben. Lassen wir andern die Bewegungsfreiheit, die wir für uns selbst in Anspruch nehmen, und bleiben wir uns vor allem bewußt, daß wir Schwierigkeiten um so eher und um so sicherer überwinden, je mehr wir eine ruhige, stetige, sachliche auswärtige Politik treiben, und je mehr wir uns entschlossen zeigen, unsern Frieden, unsre Ehre, unsre Weltstellung durch Sammlung aller Kräfte im Innern zu wahren und, wenn es not tut, einmütig zu verteidigen.

1. Mai. (Forts.) **Kämpf** (Frs. Vp.) beantragt eine Beschlußerklärung, in der schleunigst eine Änderung der Gesetze in dem Sinne verlangt wird, daß für den Verlust des Wahlrechts zum Reichstag und andrer öffentlicher Rechte weder die Unterstützungen in Frage kommen dürfen, die in Form freier Lehr- und Lernmittel, freier ärztlicher Behandlung, freier Verabreichung von Arzneien und andrer Heilmittel oder der Aufnahme in eine Krankenanstalt gewährt werden, noch solche Unterstützungen, die vor Ausübung des betreffenden Rechts zurückerstattet worden sind. — **Götz von Olenhusen** (Welfe) führt aus: Gegenüber dem Reichskanzler, der das in vornehmster Weise gegebne Fürsten- und Manneswort des angestammten Herzogs von Braunschweig in Zweifel zieht und demselben nicht einmal seinen ererbten, rechtmäßigen, selbst von Preußen anerkannten Titel gibt, einem solchen Reichskanzler gegenüber schwindet mein Vertrauen. Das Volk hat einen Kanzler zu beanspruchen, der dem Kaiser die wahre Volksmeinung unterbreitet. In der Braunschweiger Frage ist nichts geschehn. Statt durch eine gerechte Entscheidung in legitimem Sinne den Frieden und die Beruhigung sowohl nach Braunschweig wie nach Hannover zu tragen, ist nun dem Mißtrauen und der Sorge Tor und Tür weit geöffnet. Möge den deutschen Fürsten bald die Erleuchtung werden, damit sie nicht weiter helfen, den Ast abzusägen, auf dem sie selber sitzen. — Darauf antwortet der Reichskanzler **Fürst von Bülow:** In der Behandlung dieser Frage habe ich mich streng auf die Wahrung der Reichsinteressen beschränkt. Maßgebend für meine Haltung in dieser Frage konnte nur der Bundesratsbeschluß vom 2. Juli 1885 sein. Eine Aufhebung dieses

Beschlusses herbeizuführen hätte ich nur dann unternehmen können, wenn ich zu der Überzeugung gelangt wäre, daß die tatsächlichen Grundlagen dieses Beschlusses in Wegfall gekommen wären. Diese Überzeugung habe ich bis heute nicht gewonnen, und der neue Bundesratsbeschluß vom 28. Februar d. J. hat mir darin recht gegeben. Ich bin im Bundesrat nur Organ des Reichs in seiner Gesamtheit und nicht Organ für die einzelnen Interessen der verschiednen Bundesregierungen und Bundesstaaten. Diese Interessen zu vertreten, sind die Bundesratsbevollmächtigten die gegebnen Organe. Das waren die Gründe, die mich bewogen haben und bestimmen mußten, den Antrag der braunschweigischen Regierung und des braunschweigischen Landtags, meine Vermittlung eintreten zu lassen zur Aufhebung des Bundesratsbeschlusses von 1885, abzulehnen. Ich habe diese Vermittlung nicht deshalb abgelehnt, weil die Regierungsübernahme des Herzogs von Cumberland an sich unmöglich wäre, sondern weil jener Bundesratsbeschluß, an den ich, solange er bestand, als Reichskanzler gebunden war, mich verhinderte, diese Regierungsübernahme überhaupt in Betracht zu ziehn. Wenn die Braunschweiger über die Ungewißheit der Zukunft klagen, so ist das begreiflich. Zur Behebung dieser Ungewißheit kann aber von Preußen oder dem Reiche zurzeit nichts geschehn. In der Sache selbst ist davon auszugehn, daß das Reich eine Agitation nicht dulden kann, die gegen seine zu Recht bestehende politische Struktur gerichtet ist. Daß der Einzug des Hauses Cumberland in Braunschweig ein Wiederaufleben der Welfenagitation in Hannover und gleichzeitig einen festen Stützpunkt für diese Agitation bedeuten würde, wenn dagegen nicht ausreichende Bürgschaften geboten werden, ist ohne weiteres klar. Und wenn es irgend jemandem nicht klar genug wäre, dann würden die Ausführungen, die wir soeben gehört haben, Zeugnis davon ablegen. Es ist keine ausreichende Bürgschaft, wenn der Herzog von Cumberland erklärt, daß er sich auf den Boden der Reichsverfassung stellen und keine gewaltsame Änderung derselben begünstigen würde. Ein solches passives Verhalten reicht nicht aus. Der Herzog muß aktiv auftreten, er muß für sich und sein ganzes Haus rückhaltlos und für alle Zeiten auf Hannover verzichten und die Führer der welfischen Partei veranlassen, einer solchen Erklärung ihrerseits sich ebenso rückhaltlos anzuschließen. Es handelt sich in dieser Frage nicht um ein spezifisch preußisches Interesse oder um ein solches des Hauses Hohenzollern, sondern um ein Lebensinteresse der gesamten Nation. In der schwierigen Weltlage, über die ich mich gestern ausgesprochen habe, müssen wir um so mehr alles vermeiden, was den innern Zusammenhang des Reiches mit seinen einzelnen Staaten und Fürsten lockern könnte.

Darauf bringt der Sozialist **David** allerlei zur Sprache. Er bespricht die von der Regierung gegen die Sozialdemokraten geübte Kampfweise; er meint, daß der Reichskanzler mit der Rechten das Zentrum wiederfinden und daß es mit der Paarung nichts sein werde; der Reichskanzler sei ein Hemmschuh für die geistige, kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung des Reichs.

Der Reichskanzler **Fürst Bülow** erwidert: Den Kampf gegen die Sozialdemokratie können die verbündeten Regierungen nur aufgeben, wenn sich die Sozialdemokratie auf den Boden der Vernunft und der Legalität stellt, und die Methode dieser Bekämpfung habe sich bei den letzten Wahlen bewährt. Auch könne er dem Wunsche des Vorredners nicht Rechnung tragen, daß sich die bürgerlichen Parteien untereinander und die Regierung mit den bürgerlichen Parteien recht bald und recht allgemein in die Haare geraten möchten.

Von der Scheer (Els.) führt Beschwerde darüber, daß ein vom Landesausschuß für Elsaß-Lothringen angenommner Antrag, statt an den Bundesrat zu gehn, vom Kaiser direkt abgelehnt worden sei. Der Landesausschuß sei rechtlich nur ein Organ des Kaisers, seine Beschlüsse würden also auch dem Bundesrat vorgelegt werden. Der Kaiser übe die Staatsgewalt über Elsaß-Lothringen im Namen des Reichs, sonst könnte er sich bei ihrer Ausübung in Widerspruch mit der Auffassung der verbündeten Regierungen setzen, was unmöglich in der Absicht des Gesetzgebers gelegen haben könne. — Staatssekretär **Graf Posadowsky**: Die Staatsgewalt über Elsaß-Lothringen übt der Kaiser nicht als Ausfluß der Reichsgewalt, sondern nach dem Gesetze über die Vereinigung von Elsaß-Lothringen mit dem Deutschen Reiche als Stellvertreter des Landesherrn. Hiervon ist auch das Vetorecht nicht ausgeschlossen; wenn also der Kaiser einem Initiativantrag des Landesausschusses seine Zustimmung versagt, so geht es nicht an, ein solches Landesgesetz durch die Faktoren der Reichsgesetzgebung zustande zu bringen. — **Kulerski** bringt die polnischen Beschwerden vor und wünscht den Schutz des Reichstags gegen die Gewaltpolitik Preußens anzurufen. Ein armes polnisches Menschenkind sei in Preußen schlimmer daran als die Vögel und andre durch Gesetzesbestimmungen geschützte Tiere. Sie haben ja jetzt das hundertjährige Jubiläum von Jena erlebt. (Unruhe.) Eine ganz ähnliche Katastrophe können Sie auch in Zukunft erleben. Wenn es dazu kommt, dann wird der Hochmut daran schuld sein, dann wird nicht nur Preußen darunter leiden, sondern auch wir und das gesamte deutsche Volk.

Es werden Beschlußanträge angenommen betreffend Wohnungsreform und Wahlrecht nebst Armenunterstützung.

2. Mai. Zum Etat des Reichseisenbahnamts bringt **Wetzel** (natl.) vor, daß die Zentralstelle für Gewerbe und Handel in Stuttgart eine Erklärung beschlossen habe, in der bis zur Vereinheitlichung des deutschen Eisenbahnwesens der Anschluß Württembergs an die preußisch-hessische Betriebsgemeinschaft gefordert wird. Redner betont in erster Linie die nationalen Gründe. Der Widerstand sei bei Preußen und bei Bayern. Was soll man dazu sagen, wenn von Lindau nach Berlin gleichzeitig drei Züge abgehn, bloß, damit jedes Ländchen sein besondres Zügle hat! Es darf nicht nur der Fiskalismus in den Vordergrund gestellt werden, die politische Einheit erfordert auch eine wirtschaftliche Einheit, und da ist es die Aufgabe Preußens, voranzugehn und die Wege zu zeigen. —

v. **Richthofen** (kons.) erwidert: Wegen der Schwierigkeiten, die dem ganzen Gedanken innewohnen, hat das preußische Abgeordnetenhaus sich gegen die Vorschläge des Vorredners erklärt. Im Namen meiner politischen Freunde erhebe ich entschieden Einspruch gegen die Verwirklichung dieses Projekts. — Und **Pichler** (Zentr.) erwidert: In solchen Dingen darf man sehr wenig von Idealismus angekränkelt sein. Hier helfen nur nüchterne Berechnungen und Überlegungen. Die Frage der Betriebsmittelgemeinschaft spielt zurzeit eine große Rolle, die meisten Leute wissen aber gar nicht, was eigentlich darunter zu verstehn ist. Wie werden nun aber diese Einnahmen verteilt? Man kann doch dem preußischen Finanzminister nicht zumuten, daß er seine schönen Millionen an Württemberg verteilt. Die Hauptschwierigkeit, an der bisher alle Verhandlungen gescheitert sind, ist eben die Verteilung der Einnahmen. Bis jetzt hat uns noch niemand einen Weg gewiesen, wie die Betriebsmittelgemeinschaft richtig gehandhabt werden soll. Der bayrische Vorschlag ist nicht eine Düpierung der öffentlichen Meinung. — **Eichhorn** (Soz.): Wir würden mit einer Betriebs- und Finanzgemeinschaft einverstanden sein, wenn sie auf wirklich ehrlicher Basis zustande käme. Preußen beutet auch sein Personal am meisten aus und hat die liederlichsten Betriebsmittel, das müßte auch in den Kauf genommen werden. Die Verhandlungen sind wesentlich daran gescheitert, daß Preußen Hintergedanken hat. — Präsident des Reichseisenbahnamts **Schulz**: Die preußischen Betriebsmittel befinden sich in einem guten Zustand und stehn hinter denen keiner einzigen Eisenbahnverwaltung der Welt nach. — **Köhler**: Wir Hessen haben schöne Einnahmen von der Betriebsgemeinschaft, aber unsre Rechte haben wir verloren.

3. **Mai.** Zum Postetat werden mehrere Beschlußanträge angenommen, darunter der auf unwiderrufliche Gewährung der Ostmarkenzulage an die Reichsbeamten im Gebiete der Post- und Telegraphenverwaltung.

Zum Etat des Reichskolonialamts wird der neugeforderte Posten eines Staatssekretärs und der eines Unterstaatssekretärs bewilligt. Daran schließt sich das Ersuchen an den Reichskanzler, alsbald das über das Eingebornenrecht in den deutschen Schutzgebieten vorhandne Material sammeln und sichten und eine authentische Sammlung der Rechtsgebräuche der Eingebornen herstellen zu lassen.

6. **Mai.** Beratung des Restes der Kolonialverwaltung, der Verwaltung der Reichseisenbahnen und des Marineetats. Zu diesen Bahnen gibt der preußische Minister **Breitenbach** die Erklärung ab, daß er in jeder Weise auf die reichsländische Volkswirtschaft Rücksicht nehmen und die fiskalischen Interessen nicht zu scharf betonen werde. — Der Sozialdemokrat **Böhle** geht auf die Stellungnahme des sozialistischen süddeutschen Eisenbahnerverbandes ein; der Minister entgegnet, er dulde nicht, daß Eisenbahnarbeiter sich an ordnungsfeindlichen Bestrebungen beteiligten. Der süddeutsche Verband halte den Generalstreik für ein erlaubtes Mittel. Einen solchen Verband, der sich der sozialdemokratischen Partei anschließe, habe er zu verbieten. — **Emmel** (Soz.) erwidert, die Eisenbahnarbeiter hätten nicht den Treueid geleistet, dürften also an sozialdemokratischen Bestrebungen teilnehmen. Demgegenüber betont Minister **Breitenbach**, daß die Arbeiter durch

den Arbeitsvertrag gebunden seien, ordnungsfeindliche Bestrebungen nicht zu unterstützen.

10. Mai. Der gesamte Etat wird in zweiter Beratung genehmigt.

Dritte Beratung.

13. Mai. Zur allgemeinen Besprechung führt **Bebel** aus, die Wähler würden auf diese Tagung nicht mit Befriedigung zurückblicken, die einzige Leistung des Reichstags bestehe in der Fertigstellung der Beamtengesetze; die Haltung der Freisinnigen zum Kolonialetat werde uns jährlich bis 30 Millionen kosten. Der konservativ-liberale Block sei ein zartes Gebilde. Wenn Fürst v. Bülow das alles wirklich ernsthaft will, was er zur Sozialpolitik und in Beziehung auf das Vereins- und Versammlungsrecht versprochen hat, dann werden wir selbst ihn rückhaltlos unterstützen. Weit besser als alle Resolutionen im Haag würde auf die Weltfriedenspolitik und auf die Finanzlage Deutschlands die gesetzliche Bestimmung wirken, daß alle Mehrausgaben für Rüstungen nur durch direkte Einkommen- und Vermögenssteuern gedeckt werden können. Das würde die patriotische Begeisterung mancher Leute abkühlen. Redner protestiert gegen den ihm seit dem Wahlkampfe gemachten Vorwurf, er habe auf dem Amsterdamer Tage Deutschland ein neues Jena gewünscht. Die Sozialdemokratie wird leichtsinnig geführte Kriege niemals zulassen. — **Haußmann** (Freis. Vp.): Der bittere Zorn der Sozialdemokraten über den Ausfall der Wahlen ist noch nicht verklungen, das zeigt die Rede Bebels. Der Reichstag hat in seinem ersten Sessionsabschnitt gewiß viel tüchtige Arbeit geleistet. Die fanatische Taktik der Sozialdemokraten hat entsetzlich hemmend auf den Fortschritt gewirkt.

Nach der allgemeinen Aussprache kommt beim Etat der Reichskanzlei **v. Damm** auf die braunschweigische Thronfolgefrage zu reden. Sie sei eine politische, keine Rechtsfrage. Der braunschweigische Bundesratsbevollmächtigte **Boden** bemerkt, daß die braunschweigische Regierung immer die Reichsinteressen im Auge behalten habe. Die Beschlüsse des Bundesrats hätten sich auch durchaus in den Grenzen seiner Machtsphäre gehalten. — **Wehl** (natl.): Die große Mehrheit der hannoverischen und braunschweigischen Bevölkerung verurteile die welfische Agitation auf das entschiedenste, um so mehr, als man auch die Jugend, die an den Vorgängen vom Jahre 1866 ganz unbeteiligt sei, in diese Agitation mit verwickle. — **Varenhorst** (Rp.) erklärt, daß die Lösung der braunschweigischen Frage nicht gerade den Idealen der Hannoveraner entspreche, daß sich die Mehrheit der Bevölkerung jedoch damit abgefunden habe, da keine andre möglich sei. Sie erkenne die Verdienste Preußens dankbar an, habe aber auch das Gute nicht vergessen, das das Welfenhaus geleistet. — **Götz v. Olenhusen** (Welfe): Man darf nicht immer von der welfischen Agitation sprechen, die hat mit dem Kernpunkte der Frage, mit dem Legitimitätsprinzip, das ich vertreten habe, gar nichts zu tun. Wenn der Bundesrat über dieses Legitimitätsprinzip zu entscheiden hat, dann ist es traurig. — Staatssekretär **Graf v. Posadowsky**:

Gewiß hat jeder Verständnis dafür, wenn ein Hannoveraner dem Königshause persönliche Anhänglichkeit bewahrt. Diese darf aber nicht mit politischen Aspirationen verbunden sein. Es war eine Notwendigkeit, daß der Bundesrat den bekannten Beschluß faßte; das mußte er, der doch gewiß monarchisch gesinnt ist und das Legitimitätsprinzip hochhält, aus Gründen des innern Friedens des Reichs tun. Denn über dem Legitimitätsprinzip steht die Sorge für die innere Ruhe.

14. Mai. Auf Beschwerden über nicht genügenden Schutz deutscher Reichsangehöriger im Auslande erwidert der Staatssekretär **v. Tschirschky**: Wir sind immer so aufgetreten, wie es im Rahmen der Möglichkeit geboten war, und wie wir es dem Volke gegenüber verantworten konnten. Die russische Regierung hat uns nicht benachteiligt, alle Staaten sind gleichmäßig behandelt worden, indem sie allen gegenüber ihre Verpflichtungen auf Schadenersatz gleichmäßig abgelehnt hat; ein völkerrechtliches Vorgehen ist nicht möglich. — Beim Etat für die Verwaltung der Reichseisenbahnen betont **Storz** die Notwendigkeit der Betriebsmittelgemeinschaft. Doch solle man sich die Erfahrungen Hessen-Darmstadts zur Lehre dienen lassen. — Darauf bemerkt der hessische Bundesratsbevollmächtigte **v. Neidhardt**, daß die Unzufriedenheit in Hessen über die Eisenbahngemeinschaft nur ganz kleine Kreise umfasse, die große Mehrheit sei glücklich darüber.

Ergänzungsetat zum Reichsetat für 1907.

Ende Februar. Dieser dem Reichstage vorgelegte Etat fordert 5624731 Mark, und zwar 1839426 Mark an fortdauernden, 3785305 Mark an einmaligen Ausgaben. Die fortdauernden Ausgaben beziehn sich auf Gehaltsaufbesserungen für gering besoldete Reichsbeamte und lösen ein gegebnes Versprechen ein. Der Forderung ist eine Denkschrift beigegeben, die besagt, die Gehaltsaufbesserung solle Beamten bis zu 1100 Mark Mindestgehalt zugute kommen, und zwar nach bestimmten Erwägungen. — Bei den einmaligen Ausgaben werden unter anderm gefordert: 180000 Mark für die Errichtung eines Gesandtschaftsgebäudes in Adis-Abeba (Abessinien), 500000 Mark für Förderung von Versuchen auf dem Gebiete der Motorluftschiffahrt; die Mittel sollen dazu dienen, eine schwimmende, eiserne Ballonhalle auf dem Bodensee für den Grafen Zeppelin zu errichten. Ferner 40000 Mark als Beitrag zu den Unterhaltungskosten einer Anstalt für die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit im Deutschen Reiche. Diesem Titel ist eine Denkschrift beigegeben.

II.

Etats-Notgesetz.

7. März. Erste Beratung eines Gesetzentwurfs, wonach von den durch den Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1906 festgestellten Summen und von den Nachbewilligungen für die Monate April und Mai 1907 je ein Zwölftel zuzüglich der Mehrbeträge verausgabt werden, die zur Erfüllung der auf einen längern Zeitraum im voraus fälligen Verbindlichkeiten erforderlich sind. Die Matrikularbeiträge sind bis je zum zwölften Teile der durch den Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1906 festgestellten Summen von den Bundesstaaten einzuzahlen. Staatssekretär **v. Stengel:** Bis zum 1. April würden nur noch höchstens vierzehn Arbeitstage für die Etatsberatung übrig bleiben. Daß in dieser kurzen Zeit der Etat nicht fertiggestellt werden kann, liegt auf der Hand. Unter diesen Verhältnissen muß eine schleunige Vorsorge zur Fortführung der Verwaltungsgeschäfte getroffen werden. Vor allen Dingen handelt es sich um Genehmigung eines Anleihekredits von 200 Millionen Mark. Es ist nicht möglich, daß bei der ungünstigen Lage des Geldmarktes die Ausgabe von Schatzanweisungen weiter fortgesetzt werden kann.

18. März. In zweiter Beratung wird beschlossen, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, bis zur dritten Lesung des Reichshaushaltsetats ihr Einverständnis damit auszusprechen, daß den Unterbeamten je 100 Mark sowie den übrigen Beamten, deren Gehalt den Betrag von 4200 Mark nicht übersteigt, je 150 Mark als einmalige außerordentliche Beihilfe gewährt werden. — Eine in dem Postetat befindliche Forderung für die erste Rate zur Erwerbung eines Grundstücks in der Französischen Straße zu Berlin wird wegen zu hohen Kaufpreises abgelehnt.

20. März. In dritter Lesung wird diese Forderung bewilligt. (Gesetz vom 25. März 1907.)

III.

Zwei Nachtragsetats für 1906.

6. März. Erste Beratung der Nachtragsetats, die schon dem vorjährigen Reichstage vorgelegen hatten. Der erste Nachtragsetat fordert 29220000 Mark für Ausgaben aus Anlaß des Eingebornenaufstandes. Für die schon ausgegebnen Mittel fordert die Regierung vom Reichstag nachträglich Indemnität. Nach dem Nachtragsetat sollen Ende März noch etwa 8000 Mann in der Kolonie stehn, während 4000 Mann seit Oktober 1906 heimgesandt worden sind. Die für das Jahr 1906 bewilligten 77600000 Mark haben nicht ausgereicht, sodaß eine Nachbewilligung erforderlich war. Die Heimsendungskosten hatten sich höher gestellt, als zunächst angenommen war. — Der zweite Nachtragsetat fordert 8900000 Mark zur Fortführung der Eisenbahn von Kubub bis Keetmanshoop als erste Rate. Diese Vorlage war von der Budgetkommission des alten Reichstags im Prinzip genehmigt worden, aber mit der Maßnahme, daß die Kosten für die Bahn in Form eines

der Kolonie zu gewährenden Darlehns aufgebracht werden sollten, das die Kolonie in bestimmten Raten zurückzuzahlen habe. Die Regierung hat diese Maßnahme jetzt angenommen und dem Reichstag einen besondern Darlehnsgesetzentwurf vorgelegt. Dem Nachtragsetat sind Denkschriften, die den Bau nach militärischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten begründen, beigegeben. Die Bahn bringt gegenüber den Landtransporten eine monatliche Ersparnis von 2080000 Mark. Die Auflösung des Reichstags hat den Baubeginn um drei Monate hinausgeschoben, sodaß dadurch sechs Millionen Mehrausgaben entstanden sind.

Der stellvertretende Kolonialdirektor Dernburg schildert die gesamte militärische Lage in Südwestafrika, er bezeichnet den Aufstand in Südwestafrika als beendigt und stellt eine weitere Verminderung der dort stehenden Truppen in Aussicht, die mit einer Erhöhung der Polizeitruppe Hand in Hand gehn müsse. Er gibt Ausführungen über die wirtschaftliche Lage Südwestafrikas; vor allem das gesteigerte Interesse, das das deutsche Kapital für das Schutzgebiet zeige, die Bildung mehrerer großer Gesellschaften für die Verarbeitung von Viehprodukten sowie über die Expeditionen zur Hebung von Mineralreichtümern und über die für die Kolonie besonders bedeutungsvollen Fortschritte in der Wassererschließung. Auf Grund dieser Ausführungen kommen die Redner aus dem Hause fast übereinstimmend zu dem Schluß, daß man sich zwar nicht übertriebnen Erwartungen über die Zukunft Südwestafrikas hingeben dürfe, daß aber sichere Anzeichen dafür vorliegen, daß die Kolonie sehr wohl gedeihen und auch für die Zwecke der Ansiedlung in größerm Maßstabe sich brauchbar erweisen kann, wenn das Reich die genügenden Mittel zu ihrer Erschließung aufwende. Diese Mittel der Reichsregierung zu gewähren, den Bahnbau zu befördern, die Ansiedlung der Farmer durch Entschädigung für die erlittnen Verluste und andre Erleichterungen zu unterstützen, hält die große Mehrheit des Reichstags für patriotische Pflicht.

8. März. Zweite Beratung der beiden Nachtragsetats. Das Zentrum bringt unter dem Namen des Grafen Hompesch zu dem ersten Nachtragsetat, der 29220000 Mark aus Anlaß des Aufstandes fordert, den am 13. Dezember 1906 abgelehnten Antrag auf Abstrich von 9 Millionen wieder ein; die Regierungsvorlage wird jedoch gegen Zentrum, Polen und Sozialdemokraten ohne weiteres angenommen.

12. März. Dritte Beratung. Bebel: Der Wert der Kolonien wird ganz verschieden eingeschätzt. Auch der frühere Gouverneur v. Leutwein hält die für die Kolonien gebrachten Opfer für viel zu hoch, wie aus einem seiner Artikel in der Deutschen Revue hervorgehe. Im günstigsten Falle ist Südwestafrika befähigt, 200000 Menschen zu ernähren. Um sich dort ansiedeln zu können, muß man mindestens 25000 Mark anlegen können, mit

diesem Kapital kann man aber auch noch in Deutschland mit weit weniger Mühe sich eine Existenz gründen. Mit ungeheuern Mitteln kann man allerdings auch aus Südwestafrika noch etwas machen. Die Rentabilität wird dann aber ausgeschaltet. An der Stelle der Kolonialpolitik sollte lieber eine vernünftige Handelspolitik betrieben werden. Der Kolonialhandel fällt gar nicht ins Gewicht. Gründlichste Prüfung dieses Nachtragsetats ist Pflicht des Reichstags, da es sich wieder um große Opfer handelt. Weshalb treiben denn die Herren nicht aus ihren privaten Mitteln Kolonialpolitik? — Der stellvertretende Kolonialdirektor **Dernburg** stellt fest, daß die Forderung von 29,2 Millionen, wie sie im Nachtragsetat gefordert wird, den Verhältnissen wirklich entspreche, wie auch aus einer Überprüfung der bis jetzt verausgabten Gelder hervorgehe. Bis zum 30. September 1907 sei eine Verminderung der Truppen auf 4000 Mann vorgesehen, dafür solle die Polizeitruppe um 600 Mann erhöht werden. — **Wiemer** (Fr. Vp.) erklärt gegen Bebel, seine Partei habe sich grundsätzlich nie gegen Kolonien ausgesprochen, sie habe bloß das herrschende System, die kolonialen Mißstände bekämpft. „Solange wir die Überzeugung haben, daß die Steuerkraft des Volkes nicht überlastet wird, sind wir für die Kolonien, und wir werden auch in Zukunft eine phantastische und ziellose Kolonialpolitik bekämpfen."

Diese Nachtragsetats werden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Polen angenommen, desgleichen der Gesetzentwurf über die Gewährung eines Darlehns an das südwestafrikanische Schutzgebiet. (Gesetze vom 16. März 1907.)

IV.

Erster Nachtragsetat für 1907.

Entschädigung für die Farmer in Südwestafrika.

19. April. Erste Beratung eines Gesetzentwurfs, betreffend einen Ergänzungsetat für 1907, in dem gefordert werden: 7500000 Mark zur Hilfeleistung aus Anlaß von Verlusten infolge des Eingebornenaufstandes in Südwestafrika und 30000 Mark zu Beihilfen für Beamte und Militärpersonen, wie deren Hinterbliebne für Verluste an Inventarien, Materialien usw. Die Erläuterungen zur ersten Forderung sagen, daß von dem auf insgesamt 13043756 Mark festgestellten Schaden nach Abzug der bereits bewilligten Hilfeleistungen noch rund $7^1/_2$ Millionen ungedeckt sind. Die zweite Forderung wird damit begründet, daß sich die früher bewilligten 25000 Mark nicht als ausreichend erwiesen, um wenigstens die wirtschaftliche Lage der Geschädigten, deren Gesamtschaden über 128000 Mark beträgt, zu sichern. In der Vorlage ist vorgesehen, daß 7530000 Mark der im § 2 des Etatsgesetzes für 1907 vorgesehenen Anleihe hinzutreten.

Der stellvertretende Kolonialdirektor hebt hervor, daß eine rechtliche Verpflichtung des Reiches zur Entschädigung der Farmer nicht bestehe, daß aber das Reich durch diese Entschädigung eine patriotische Pflicht erfülle

und die Möglichkeit zu einer gedeihlichen Entwicklung der Kolonien schaffe. Der Gouverneur von Südwestafrika **von Lindequist** legt die wirtschaftlichen Verhältnisse in der Kolonie dar und bezeichnet den Zeitpunkt als gekommen, energisch an den Wiederaufbau der Kolonie zu gehen, da der Aufstand dafür kein Hindernis mehr bilde.

10. Mai. Auf Vorschlag der Kommission werden, statt der geforderten $7\frac{1}{2}$, nur 5 Millionen bewilligt.

V.

Zweiter Nachtragsetat für 1907.

2. Mai. Erste Beratung eines Gesetzentwurfs mit der Forderung von 15000000 Mark als erste Rate zur Erweiterung des Nord-Ostseekanals. Die gesamten Baukosten sind nach einem dem Entwurf beigegebnen Kostenüberschlag auf 221000000 Mark veranschlagt. Hierzu treten noch 2000000 Mark für Zwecke der Landesverteidigung. Die Beschaffung der Mittel soll im Anleihewege erfolgen. Die nach Vollendung der Kanalerweiterung eintretende Erhöhung der laufenden Betriebsausgaben wird nach überschlägiger Schätzung 400000 Mark nicht übersteigen. Als Bauzeit sind 7 bis 8 Jahre in Aussicht genommen.

In der Besprechung äußert im wesentlichen nur Leonhardt (Fr. Vp.): Die Vorlage wird für viele eine peinliche Überraschung sein, namentlich für jeden, der nicht weiß, daß bei uns Verkehrsanlagen gewohnheitsgemäß von vornherein zu klein angelegt werden. In diesem Falle war es ein großer Fehler, daß auch der Kanal in zuviel Kurven gebaut worden ist. Tatsache ist, daß der Kanal unsern preußischen Häfen Kiel, Flensburg, Stettin und Lübeck keine Vorteile gebracht hat, den Vorteil davon hat vielmehr nur Hamburg gehabt. Hamburg ist durch den Nordostseekanal gewissermaßen zu einem Ostseehafen geworden. Hamburg sollte daher eigentlich auch mit Kosten belastet werden. — Staatssekretär **Graf Posadowsky** gibt zu, es sei ein Fehler gewesen, daß man vor zwanzig Jahren einen Radius von 1200 statt von 1800 Meter genommen habe.

7. Mai. Zur zweiten Beratung empfiehlt Spethmann das Projekt eines andern Durchschnitts.

VI.

Dritter und vierter Nachtragsetat für 1907.

6. Mai. Beratung eines dritten und vierten Ergänzungsetats. Der dritte verlangt eine Ausgabe von 23151000 Mark zur Gewährung außerordentlicher einmaliger Beihilfen an alle etatsmäßigen und diätarisch beschäftigten Unterbeamten, deren tatsächliches Gehalt jährlich 4200 Mark nicht übersteigt. Es kommen dabei in Betracht 127846 Unterbeamte mit je 100 Mark und 80410 mittlere Beamte mit je 150 Mark. Dabei kommen die Beträge in Abzug, um die die Beamten für das Rechnungsjahr 1907 in ihrer Besoldung aufgebessert wurden. Hinzugefügt ist eine Änderung des Etatsgesetzes,

wonach die durch die Teurungszulagen erforderlichen Matrikularbeiträge, die aus den Einnahmen aus dem Etatsjahre 1907 keine Deckung finden, den ordentlichen Ausgaben im Etat für das Rechnungsjahr 1909 hinzutreten sollen.

Der vierte Ergänzungsetat enthält, abgesehen von einer Ausgabe von 25000 Mark wegen der Taifunschäden auf den Westkarolinen, die dauernden Ausgaben, die sich aus der Beendigung des Kriegszustandes in Südwestafrika ergeben. Gegenüber einer Verminderung der Anleihe um etwas über 31 Millionen Mark werden die dauernden Ausgaben um etwas über 17 Millionen Mark erhöht.

VII.

Abschluß des Reichsetats.

14. Mai. Nach dem Etatsabschluß betragen die Gesamteinnahmen und -Ausgaben je 2596391629 Mark; davon entfallen auf den ordentlichen Etat 2338890619 Mark und auf den außerordentlichen 257501010 Mark. Im ordentlichen Etat betragen die fortdauernden Ausgaben nach dem Etatsentwurf 2024380557 Mark und nach den Ergänzungsetats usw. 2026475818 Mark. Davon sind in der zweiten Beratung 33759 Mark gestrichen, 186548 Mark zugesetzt. Die fortdauernden Ausgaben betragen daher 2026628607 Mark. Von den einmaligen Ausgaben, für die im Etatsentwurf 272118860 Mark angesetzt waren, sind gestrichen worden 3924235 Mark. Nach der zweiten Beratung bleiben 312262012 Mark, die Summe der Ausgaben des ordentlichen Etats beträgt daher 2338890619 Mark. Die Einnahmen setzte der Etatsentwurf mit 2296499417 Mark an, durch die Ergänzungsetats erhöhte sich diese Summe auf 2342281325 Mark, und davon sind in der zweiten Beratung 32935926 Mark gestrichen (darunter 14,1 Millionen Fahrkartensteuer und 14,9 Millionen Mark Matrikularbeiträge) und 29545220 Mark zugesetzt (19,9 Millionen Mark Zölle usw.). Im außerordentlichen Etat, für den an Ausgabe und Einnahme im Entwurf je 268574010 Mark angesetzt waren, sind in den Ausgaben durch den zweiten und dritten Ergänzungsetat zusammen rund 22,5 Millionen Mark hinzugetreten, nach dem fünften aber 31,1 Millionen Mark gestrichen worden, und in den Einnahmen sind 10,8 Millionen Mark gestrichen. Ausgabe und Einnahme belaufen sich demnach auf 257501010 Mark. — Der Reichskanzler wird ermächtigt, zur Bestreitung einmaliger Ausgaben die Summe von 253890309 Mark im Wege des Kredits flüssig zu machen und zur vorübergehenden Verstärkung der ordentlichen Betriebsmittel der Reichshauptkasse den

Bedarf, jedoch nicht über 350 Millionen Mark hinaus, Schatzanweisungen auszugeben. (Gesetz vom 17. Mai 1907.)

VIII.

Verwaltung des Fonds für die Witwen- und Waisenversicherung.

14. März. Nach der Vorlage sollen die gemäß § 15 des Zolltarifgesetzes vom 25. Dezember 1902 zur Erleichterung der Durchführung einer Witwen- und Waisenversorgung anzusammelnden Korn-, Vieh- und Fleischzollmehrbeträge als „Hinterbliebnenversicherungsfonds" durch die Verwaltung des Reichsinvalidenfonds zinsbar angelegt und verwaltet werden.

16. März. Genehmigung in dritter Lesung. (Gesetz v. 8. April 1907.)

IX.

Reichsbeamtengesetz, Beamtenhinterbliebnen- und Militärhinterbliebnengesetz.

29. April. Erste Beratung eines Gesetzentwurfs, betreffend Änderung des Reichsbeamtengesetzes vom 31. März 1873 in Verbindung mit dem Entwurf eines Beamtenhinterbliebnengesetzes und eines Militärhinterbliebnengesetzes. Durch die Vorlage soll, entsprechend dem Gesetz über die Offizierpensionierung vom 31. Mai 1906, auch die Zivilpensionierung gestaltet werden derart, daß die Pensionierung nicht mehr nach Vierteln, sondern nach Dritteln des Gehalts berechnet werden soll. Das Witwengeld soll erhöht werden auf 300 Mark, und an Stelle des Gnadenmonats soll ein Gnadenquartal treten.

In der Begründung zum Hinterbliebnengesetz heißt es u. a.:

Durch den Entwurf eines Gesetzes, betreffend Änderung des Reichsbeamtengesetzes vom 31. März 1873, wird eine wesentliche Erhöhung der Witwen- und Waisengelder herbeigeführt werden. Die Hinaufsetzung der Anfangspension von $^{15}/_{60}$ auf $^{20}/_{60}$ wird eine Verbesserung auch des Anfangswitwengeldes um $^{1}/_{3}$ zur Folge haben, und in ähnlicher Weise wird die beantragte Erhöhung der Pensionsabstufung allgemein eine entsprechende Aufbesserung der Witwen- und Waisenbezüge bewirken, insbesondre für die Hinterbliebnen der Beamten, die weniger als dreißig Dienstjahre vollenden. Die dadurch verursachten Kosten sind im Höhepunkte der Belastung auf 1436000 Mark geschätzt, sofern die natürliche Steigerung der Pensions- und Hinterbliebnenfonds infolge von Gehaltserhöhungen und Beamtenvermehrung außer Betracht gelassen wird. Wird diese Steigerung mitberücksichtigt, so ist schon nach zehn Jahren mit einem Mehraufwande von 1900000 Mark zu rechnen.

Staatssekretär **v. Stengel** bemerkt, diese Vorlagen entsprächen einer Forderung der Gerechtigkeit und kämen, wenn auch Sparsamkeit

geübt werden müsse, den berechtigten Wünschen der Beamten und des Reichstages nach.

13. Mai. Genehmigung in zweiter Beratung, woran das Ersuchen geknüpft wird, dahin zu wirken, daß die Wohltaten des § 10 des Beamtenhinterbliebnengesetzes — die fakultative Pension für die Relikten der nicht etatsmäßig angestellten Beamten — tunlichst in den Versorgungsgesetzen aller Bundesstaaten den Hinterbliebnen ehemaliger nicht mit Pensionsberechtigung angestellt gewesner Militäranwärter in entsprechender Weise zugewendet werden. (Gesetz v. 17. Mai 1907.)

X.

Pensionsversicherung der Privatbeamten.

14. März. Von der nationalliberalen Fraktion wird die Anfrage gestellt, ob das Ergebnis der Bearbeitung vorliege, die 1904 und 1905 dem Reichstage zugesichert sei über die Verhältnisse der Privatbeamten als Grundlage einer staatlichen Pensions- und Hinterbliebnenversorgung.

Zur Begründung der Anfrage bemerkt **v. Heyl** im allgemeinen: Meine Fraktion hat mich beauftragt, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage ein Arbeitsprogramm über die Hauptpunkte, die bei der Sozialpolitik in Betracht kommen, vorzulegen. Die Sozialpolitik ist eine Politik der Vorbeugung. Hätten wir z. B. die Arbeitskammern schon vor drei Jahren bekommen, so brauchten die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände sich nicht Jahr für Jahr als zwei feindliche Armeen gegenüberzutreten, sondern sie könnten ihre Differenzen in den Arbeitskammern zum Ausdruck bringen. Der Staatssekretär hat vor wenigen Tagen erst erklärt, daß die verbündeten Regierungen mit dem zehnstündigen Arbeitstag für die weiblichen Arbeiter einverstanden sind. Schon seit Jahren haben wir ihn verlangt. Was soll diese Erklärung des Staatssekretärs jetzt bedeuten, wo wir am Rhein den $8^3/_4$ stündigen Arbeitstag für die männlichen Arbeiter schon fast durchweg haben? Das praktische Leben geht vorwärts, und die verbündeten Regierungen hinken mit ihren Vorschlägen immer nach. Die Privatbeamten beantragen die Ausdehnung der Zwangsversicherung auf ihre Kreise, Invaliden-, Alters- und Hinterbliebnenversicherung mit einem Reichszuschuß von 50 Mark auf den Kopf und gleicher Beitragsleistung von Arbeitnehmer und Arbeitgeber sowie die Ausdehnung der bisherigen freiwilligen Versicherung. Die verbündeten Regierungen sind sehr geneigt, gegenüber solchen Vorschlägen auf die Zusammenlegung der drei großen Versicherungsgesellschaften zu verweisen. Das kann aber noch

sehr lange dauern, zehn, fünfzehn Jahre. Die Privatbeamten bilden eine neue, eine Kerntruppe des Mittelstandes, und es ist durchaus erforderlich, diese Kräfte, die nicht selbständig sind, durch die Einführung der Versicherung zu stützen. Von einzelnen Seiten wird der Vorschlag gemacht, den Versicherungszwang auch auf weitere Kreise des Mittelstandes auszudehnen, den Handwerkerstand. Es kommt dabei aber doch in Betracht, daß bei den Privatbeamten ein Arbeitgeber vorhanden ist, der die Hälfte zahlt. Das Haus hat 1903 in seiner großen Mehrheit diese Pensionsversicherung für notwendig erklärt und erwartet nun eine Vorlage.

Staatssekretär **Graf Posadowsky** antwortet:

Die Erhebungen, die die Verbände der Privatbeamten über ihre wirtschaftliche Lage und über ihr Versicherungsbedürfnis auf Grund von Fragebogen angestellt haben, habe ich im Reichsstatistischen Amt wissenschaftlich verarbeiten lassen. 187000 Fragebogen sind eingegangen, davon waren 155000 zur Verarbeitung geeignet. Auf Grund der Tabellen ist im Reichsamt des Innern eine Denkschrift ausgearbeitet worden, worin Rechnungen über die Kosten einer Pensions- oder Hinterbliebenenversicherung aufgestellt werden. Der Staatssekretär zählt die einzelnen Gesichtspunkte auf, aus denen die Fragebogen in der Denkschrift behandelt worden sind. Benutzt man die Bezüge unter Grundlage der Pensionssätze für Reichsbeamte, so sind rund 14½ Prozent des Diensteinkommens erforderlich. Wenn man diesen Satz auf das durchschnittlich ermittelte Jahreseinkommen von rund 2100 Mark setzt, so würden im Durchschnitt als Jahresbeitrag 304,50 Mark zu zahlen sein. Unter diesen Voraussetzungen würde gezahlt werden können nach zehn Jahren eine Invalidenpension von 525 Mark, eine Witwenrente von 210 Mark und eine Waisenrente von 42 Mark, nach zwanzig Jahren eine Pension von 875 Mark, eine Witwenpension von 325 Mark und eine Waisenrente von 70 Mark, nach dreißig Jahren eine Invalidenpension von 1225 Mark, eine Witwenrente von 490 Mark und ein Waisengeld von 80 Mark und nach vierzig Jahren eine Pension von 1575 Mark, eine Witwenrente von 630 Mark und ein Waisengeld von 120 Mark. Würde man den Jahresbeitrag auf 150 Mark, also auf etwa die Hälfte des obigen Betrages festsetzen, so würden sich nach vierzig Jahren eine Pension von 520 Mark, eine Witwenrente von 215 Mark und ein Waisengeld von 63 Mark ergeben. Es wird zu prüfen sein, welchen Weg man bei der Versicherung der Privatbeamten, deren Notwendigkeit und wirtschaftliche Nützlichkeit ich ohne weiteres anerkenne, zu beschreiten hat. Es wird sich ferner darum handeln, ob man eine Erweiterung des Invalidengesetzes vorzieht, oder ob man auf gesetzlicher Grundlage für die Beamten eine besondre Zwangsversicherung gründet. Und ferner, zu welchem Maximalbetrag man die Privatbeamten zwangsversicherungspflichtig erklären soll, und bis zu welchem Maximalbetrage die Arbeitgeber zum Beitrag verpflichtet sein sollen. Es ist sehr traurig, wenn ein Privatbeamter lange Jahre treu gedient hat und dienstunfähig wird, daß er dann keine Stelle mehr findet — und solche Fälle sind nicht selten —, und daß er dann schließlich mit seinen Angehörigen der öffentlichen Wohltätigkeit verfällt. Besonders dringend ist die Hilfe auf dem Gebiete der Landwirtschaft.

An diese Antwort des Staatssekretärs knüpft sich eine Besprechung, in der namentlich Stresemann (natl.) hervorhebt, daß die

Erhaltung des neuen Mittelstandes der Privatangestellten im Interesse des Staates und im Interesse von Handel und Industrie liegt.

XI.

Maßnahmen gegen den Rückgang des Ertrags der Maischbottichsteuer.

16. März. Erste Beratung eines Gesetzentwurfs betreffend Maßnahmen gegen den Rückgang des Ertrags der Maischbottichsteuer in Verbindung mit der ersten Beratung eines Gesetzentwurfs betreffend die Bemessung des Kontingentsfußes für landwirtschaftliche Brennereien. Diese Vorlage bezweckt die allgemeine Herabsetzung des Kontingentierungsfußes für landwirtschaftliche Brennereien von 80000 auf 50000 Liter, während die ersterwähnte Vorlage die Maischbottichsteuervergütung von 0,16 Mark auf 0,12 Mark für das Liter reinen Alkohols herabsetzen will, andrerseits aber aus dem Ertrage der Maischbottichsteuer ein Fixum von $4^1/_2$ Millionen Mark zur Entschädigung der landwirtschaftlichen Brennereien vorsieht.

In der Beratung tritt die Linke für die Aufhebung der sogenannten Liebesgabe für die landwirtschaftlichen Brennereien ein, während die Konservativen unbedingt an dieser Liebesgabe festhalten. Das Zentrum erklärt sich grundsätzlich zwar gegen die Liebesgabe, hält aber deren Beseitigung augenblicklich nicht für tunlich und erwartet die Aufhebung erst bei einer größern Reform des Branntweinsteuergesetzes, die im Jahre 1912 vorgenommen werden soll. Die Verhandlung dreht sich in der Hauptsache lediglich um diese Frage. Die Konservativen erklären, daß ohne den Prämienfonds von $4^1/_2$ Millionen Mark die Vorlage für sie unannehmbar sein würde. Über die Neubemessung des Kontingentsfußes für landwirtschaftliche Brennereien herrscht Einmütigkeit.

19. März. Zweite Lesung. (Gesetz vom 8. April 1907.)

XII.

Gebührentarif für den Nordostseekanal.

10. April. Die Vorlage geht dahin: „Die nach dem Gesetze vom 20. Mai 1902 mit dem 30. September 1907 ablaufende Frist, binnen der die Festsetzung des Gebührentarifs für den Kanal dem Kaiser im Einvernehmen mit dem Bundesrat überlassen bleibt, wird bis zum 30. September 1912 erstreckt."

Staatssekretär **Graf Posadowsky**: Es seien zurzeit Verhandlungen mit dem Kanalamt dahin abgeschlossen, die Haftbarkeit für Schäden, die im Kanal passieren, dem Kanalamt aufzuerlegen. Der Wunsch nach Aufhebung des Schleppmonopols desselben sei aber unerfüllbar. Je mehr der Verkehr auf dem Kanal zunehme, um so notwendiger sei es, daß die Kanalverwaltung den Verkehr in der Hand behalte. Das Verlangen nach Übernahme des Kanals durch die Marineverwaltung würde er bei der Überlastung seines

Ressorts gern erfüllen. Die Marineverwaltung sei dazu aber nicht geneigt, und der Handel würde dabei auch zu kurz kommen. — **Hahn** äußert Wünsche in bezug auf eine Erweiterung der Frachtvergünstigungen der kleinen Schiffahrt bis zu 40 Registertonnen dahin, daß sie bis auf 65 Tonnen und auch auf den Verkehr zwischen einem inländischen und einem ausländischen Hafen ausgedehnt werden. — Annahme der Vorlage in erster und zweiter Lesung.

20. April. Dritte Lesung. (Gesetz vom 8. Mai 1907.)

Rechtsangelegenheiten.

Änderung der Strafprozeßordnung und des Gerichtsverfassungsgesetzes.

12. März. Anfrage von Hompesch und Genossen: „Ist der Herr Reichskanzler in der Lage, Auskunft darüber zu erteilen, ob und wann Gesetzentwürfe zu erwarten sind, die eine Revision der Strafprozeßordnung und der die Strafgerichte betreffenden Teile des Gerichtsverfassungsgesetzes betreffen, insbesondre darüber Auskunft zu geben, ob die Zuziehung von Schöffen zu den Strafkammern und die Zulassung der Berufung gegen die Urteile der Strafkammern beabsichtigt ist?“ in Verbindung mit der Anfrage von Bassermann und Genossen (natlib.): „Ist der Herr Reichskanzler bereit, über den Stand der gesetzgeberischen Vorarbeiten für eine Reform der Strafprozeßordnung Auskunft zu geben?“

Die erste Anfrage begründet **Gröber**, dessen Darlegungen die Forderung zugrunde liegt, daß die Revision nach bewährten deutschen Anschauungen, nicht aber nach dem englischen Rechtssystem durchgeführt werde. Die zweite Frage wird begründet vom Landgerichtsdirektor **von Heinze**: Die Revision müsse sich vorwiegend auf zwei Punkte erstrecken: Zuziehung des Laienelements auch bei der Jurisdiktion der Strafkammern und Einführung der Berufung gegen die Urteile der Strafkammern. — Staatssekretär **Nieberding** weist darauf hin, das Reichsjustizamt sei mit der Frage einer Strafprozeßreform schon seit langer Zeit so eng verbunden, daß es schon von selbst das Bedürfnis habe, möglichst bald zu einem Abschluß zu kommen. Wenn die Sache nicht so rasch vorwärts schreite, wie es wünschenwert wäre, so liege das zum großen Teil an den umfangreichen Vorarbeiten und Erhebungen, die notwendig seien; habe doch die Kommissionsberatung allein zwei Jahre erfordert. Die Arbeiten seien aber jetzt dem Abschluß nahe; insbesondre werde die Frage der Berufung und die Zuziehung des Laienelements eine den allgemeinen Wünschen des Hauses entsprechende Lösung finden.

13. März. (Forts.) Reden verschiedner Abgeordneter zeigen, daß im Reichstag eine übergroße Mehrheit für die Reform der Strafprozeßordnung vorhanden ist, und zwar in der vom Staatssekretär angedeuteten Richtung. Aus den Reden der Linken geht weiter hervor, daß man trotzdem noch an der Ansicht festhält, daß das Haupthindernis für eine gründliche Strafprozeßreform in fiskalischen Bedenken Preußens liege. Der Staatssekretär weist die Annahme nochmals zurück und bezeichnet es als seine Hauptaufgabe, dem Hause die Sicherheit zu bieten, daß die verbündeten Regierungen eine Reform der Strafprozeßordnung ernstlich anstrebten. Eine Sonderstellung nimmt der Redner der Polen ein, der ein Verbot der politischen Betätigung aller Richter fordert, damit diesen die Unabhängigkeit gewahrt werde, namentlich in politischen Prozessen. In der weitern Verhandlung spielt zunächst die Frage einer stärkern Heranziehung der Arbeiter als Schöffen und Geschworne eine hervorragende Rolle. — **Heckscher** weist dabei auf die Praxis hin, die in neuerer Zeit in Bayern und namentlich in Hamburg befolgt würde. — Der Staatssekretär **Nieberding** betont in seiner Erwiderung, daß in dem Gerichtsverfassungsgesetz ein Ausschluß von Arbeitern vom Schöffen- und Geschwornenamt keineswegs vorgesehen sei, daß vielmehr nur verlangt werde, daß die Arbeiter auf gleichem Fuße mit der andern Bevölkerung behandelt werde, indem eine genügende Vorbildung und eine gewisse wirtschaftliche Festigkeit als Voraussetzung für die Ausübung des Amts als Schöffe oder Geschworner verlangt werde. — Bahrenhorst bezeugt, daß Arbeiter oft als Schöffen verwandt werden. — Staatssekretär **Nieberding** weist den Vorwurf einiger Redner, daß von Behörden gesetzwidrig gehandelt werde, als ehrenrührig zurück. — **Wagner** (kons.): Überall in Sachsen, wo genügend gebildete Arbeiter sind, werden sie als Schöffen verwandt. Eine gesetzliche Aufforderung hierzu wäre ein Antasten der richterlichen Unabhängigkeit. Gerade die verhetzende Agitation der Sozialdemokratie hindert, genügend objektive Arbeiter zu finden. — **Müller** protestiert gegen die Zusammenschweißung von Sozialdemokratie und deutscher Arbeiterschaft.

Polnischer Schulstreik.

19. März. **Seyda** und polnische Genossen stellen eine Anfrage wegen Ausweisung von Schülern aus höhern Lehranstalten. — Staatssekretär **Graf Posadowsky:** Der Reichskanzler lehnt die Beantwortung der Interpellation ab, weil sie eine rein preußische Angelegenheit ist.

Seyda: Es ist unverständlich, wie der Reichskanzler die Antwort verweigern kann. Die Angelegenheit interessiert doch auch das Reich in hohem Maße. Redner geht auf die Entstehung des Schulstreiks ein. Nachdem

der polnische Religionsunterricht in den Schulen eingestellt worden ist, kann es den polnischen Eltern nicht verübelt werden, wenn sie die Kinder zum sogenannten Schulstreik veranlassen. Das ist keine künstliche Maßnahme, der Streik wurzelt vielmehr tief im Volke. Weil nun alle Gegenmittel versagt haben, werden jetzt Gymnasiasten, deren Eltern am Schulstreik beteiligt sind, von der Schule verwiesen. Dafür fehlt es an jeder gesetzlichen Handhabe. Die Maßregel ist geradezu barbarisch. — **Fritzen**: Meine Freunde mißbilligen durchaus die Schulverweisung der Gymnasiasten. Die Maßregel ist inhuman. — **Ortel**: Wir Deutsche sind noch viel zu gutmütig gegenüber dem fanatischen Haß der Polen gegen das Deutschtum. Wir müssen uns energischer auf uns selbst besinnen. Man kennt nur die Verhältnisse in den Ostmarken noch zu wenig, man sollte daher trachten, statt nach Afrika, Reisen nach unserm Osten zu machen. Ich will gern als Wegweiser dienen. Die preußische Regierung müßte ja mit dem Dämelsack geschlagen sein, wollte sie ruhig zusehen, wie besonders die zügellose polnische Presse den Haß schürt. — **Gyßling** (Frs. Vp.): Wir verurteilen den polnischen Schulstreik, denn er versündigt sich gegen Gesetz und Ordnung, er versündigt sich namentlich an den Seelen der Kinder. Deshalb verurteilen wir auch die polnischen Geistlichen, die den Schulstreik geschürt haben. Aber wir verurteilen andrerseits auch mit aller Schärfe die Ausweisungen der Kinder von Gymnasien, die an dem Schulstreik ganz unschuldig sind. — **Ledebour** (Soz.): Die Relegationen von Knaben aus den Gymnasien stellen sich lediglich als ein Racheakt dar. Aber eine solche Barbarei könne die drangsalierten Polen nur erst recht zum Widerstande aufreizen.

Soziale Angelegenheiten.

I.

Stand der sozialpolitischen Gesetzgebung.

9. März. Namens der Zentrumsfraktion stellt Trimborn eine Anfrage nach dem Stande der sozialpolitischen Gesetzgebung in folgenden fünf Punkten: Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, Einführung des sogenannten kleinen Befähigungsnachweises, Verschärfung des Gesetzes gegen den unlautern Wettbewerb (Ausverkaufswesen), Arbeitszeit für Fabrikarbeiterinnen und Einführung von Arbeitskammern. — Zur Begründung der Anfrage führt **Trimborn** aus: Durch Auflösung des Reichstags sei der sozialpolitische Arbeitsplan unterbrochen worden. Heute stehe man vor einer ganz neuen Lage, auch in sozialpolitischer Hinsicht. Man habe jetzt im Reichstage eine neue Mehrheit, deren Wirkung auf sozialpolitischem Gebiet noch nicht geklärt sei. Der Reichskanzler habe direkt die Fortführung einer vernünftigen Sozialpolitik angekündigt, habe aber in Aussicht gestellt, daß er diese Politik mit der am 25. Januar geschaffnen Mehrheit treiben werde; das mache den Eindruck, als ob der Reichskanzler auch eine sozialpolitische Absage an das Zentrum richten wolle, was auch eine Absage an die bisherige Sozialpolitik bedeuten könne. Redner fragt

sodann, welches die Grundlinien der vom Reichskanzler beabsichtigten Reformen seien. Mit einer Reform des Vereins- und Versammlungsrechts allein werde sich das Zentrum nicht abspeisen lassen. Aus dem Stadium der Zusage müsse man in das Stadium der konkreten Tatsachen kommen. Seine Partei werde an der bisherigen Sozialpolitik festhalten, auch bezüglich des Tempos. — Auf die Anfrage antwortet der Staatssekretär **Graf Posadowsky**: Der Reichskanzler habe in großen Zügen während des Wahlkampfes und in diesem Haus seinen sozialpolitischen Standpunkt entwickelt. Man könne nicht verlangen, daß er auf Einzelheiten der Gesetzgebung eingehe. Mit dem Gesetz über die Einführung der Arbeitskammern habe die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine nichts zu tun. Die Regierungen würden sich alsbald schlüssig machen, ob und welche Änderungen an der Vorlage vorgenommen werden können. Das Gesetz über die Arbeitskammern werde vorbereitet. Was den Entwurf über den unlautern Wettbewerb anlange, so habe er veranlaßt, daß eine eingehende Prüfung des Gesetzes durch Sachverständige stattfinde. Die Vernehmung habe sich zunächst auf die Frage einer Revision des Gesetzes im allgemeinen und auf die etwaige Einführung einer Generalklausel über den Begriff „unlauterer Wettbewerb" und auf die Frage der polizeilichen Reglementierung erstreckt. Die elfstündige Arbeitszeit der Frauen sei nicht länger aufrecht zu erhalten. Wenn der Reichskanzler erklärt habe, er denke an eine Reform des Vereins- und Versammlungsrechts, so habe er diese Erklärung mit der Vorsicht und der Zurückhaltung abgeben müssen, die er dem Bundesrat und der gesetzgebenden Versammlung des Reichs schuldig sei. Bei allen diesen Forderungen auf sozialpolitischem Gebiet sei vorauszusetzen, daß die Forderungen in wirtschaftlich und politisch möglichen Grenzen sich halten. Redner geht sodann auf die Klagen über den Weinhandel und die Klagen über das Ausverkaufswesen ein und sagt, die Gesetzgebung könne nicht allein gegen diese Übelstände eingreifen; jeder müsse in seinem Kreis dazu beitragen, solche Mißstände zu bekämpfen. — **Hieber** (natl.) meint, Trimborn habe bei seiner Begründung offne Türen eingerannt. Der Grundton der Rede sei dahin gegangen, die Sozialpolitik sei eine Domäne des Zentrums. Die Entwicklung der Arbeiterorganisationen habe sich unaufhaltsam vollzogen, und aus dieser Bewegung seien die Kampfesorganisationen hüben und drüben entstanden. Er hoffe, daß dem Reichstag möglichst bald der Gesetzesentwurf über eine einheitliche Regelung des Vereins- und Versammlungsrechts vorgelegt werde. — **Henning** (kons.) spricht sich für eine gesunde Weiterentwicklung der sozialen Reform aus, die stetig, ohne Überstürzung vor sich gehn müsse. Das Koalitionsrecht der Arbeiter müsse gesichert werden; für die Landarbeiter sei aber dieses Recht abzulehnen. — **Hué** (Soz.):

Volle siebzehn Jahre sind seit dem kaiserlichen Erlaß vorübergegangen, ohne daß etwas in der sozialpolitischen Gesetzgebung geschehen sei. Seine Partei bekämpfe nicht die Mittelstandspolitik als solche, die gemachten Vorschläge seien aber verfehlt. Von einem Automobiltempo in der sozialen Gesetzgebung könne keine Rede sein. Seine Partei verlange schon lange den Maximalarbeitstag für Frauen. Arbeiterkammern seien notwendiger als Arbeitskammern; ebenso sei eine freiheitliche Regelung des Vereins- und Versammlungsrechts notwendiger als die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine. Die Sozialdemokratie sei auch ferner bereit, an einer Gesundung der sozialen Zustände mitzuwirken, werde sich aber nicht mit bloßen Versprechungen begnügen.

11. März. (Fortf.) **Mugdan** (Frs. Vp.) führt aus, in den letzten drei Jahren, in denen das Zentrum eine ausschlaggebende Stellung eingenommen habe, sei in sozialpolitischer Hinsicht außerordentlich wenig geschehn. „Wir werden uns nicht begnügen mit papierner Sozialpolitik, sondern wir verlangen, daß die Klinke der sozialen Gesetzgebung ergriffen wird, um die Interessen der Arbeiter, des Handwerks und des Mittelstands zu wahren, die von allen Seiten als berechtigt anerkannt werden. Die Antwort des Staatssekretärs hat in dieser Beziehung Hoffnungen erweckt." — **Dirksen** (Rp.) meint, ein gewisses Gefühl der Befreiung gehe durch weite Kreise des Volks, daß die Vorherrschaft des Zentrums auch auf sozialpolitischem Gebiet gebrochen sei. Selbstverständlich werde seine Partei für eine verständige Sozialpolitik zu haben sein. Unbestreitbar sei, daß das Deutsche Reich in sozialpolitischer Hinsicht unerreichbar dastehe. — Hiermit ist die Besprechung der Angelegenheit beendet.

II.

Verhütung von Grubenunglück.

11. Mai. Wille aus Straßburg (Zentr.) und Heine (Soz.) stellen eine Anfrage betreffend das Grubenunglück in Kleinrosseln und über Maßnahmen zur Verhütung derartiger Vorgänge.

Giesberts (Zentr.) begründet die Anfrage, ob genügend Vorsichtsmaßregeln zur Verhütung von schlagenden Wettern und Kohlenstaubexplosionen in den lothringischen Gruben getroffen und welche Maßnahmen für die Zukunft geplant seien; weiter wird gefragt, ob der Reichskanzler bereit sei, die Bestimmungen des Berggesetzes für Elsaß-Lothringen betreffend die Knappschaftskassen zur vollen Durchführung zu bringen. Die letzten Unglücksfälle seien zurückzuführen auf zu lange Arbeitszeit und mangelnde Berieselung der Gruben. Die Kontrolle der Gruben sei unzureichend; nur Arbeiterkontrolleure können hier Wandel schaffen. Knappschaftskassen fehlen noch vollständig. Die Gesellschaften sollten den alten Bergleuten, die ohne Verschulden ihre Gesundheit eingebüßt haben, eine Unterstützung entsprechend den Dienstjahren gewähren, auch wenn sie noch nicht so lange der Kasse

angehörten. — Staatssekretär **Graf Posadowsky** erwidert, eine Verletzung der gesetzlichen Bestimmungen in jenem Falle sei nicht erbracht. Die Kontrolle werde auf den fiskalischen Gruben verschärft werden; dabei werden Arbeiter zugezogen werden. Die Verantwortung müsse bei den bergpolizeilichen Behörden bleiben. Was die Unfallversicherungsgesetzgebung betreffe, so würden die Bergleute in eine höhere Gefahrenklasse zu stellen sein.

III.

Berufs- und Betriebszählung im Jahre 1907.

16. März. Erste und zweite Lesung eines Gesetzentwurfs über die am 12. Juni d. J. vorzunehmende Berufs- und Betriebszählung. Diese wird gegen die vorige wesentliche Neuerungen bringen. So sollen besonders in der Landwirtschaft nicht wie bisher nur die Betriebe, sondern auch die in denselben beschäftigten Personen gezählt werden, ferner sollen die Verhältnisse auf dem Gebiete der Binnenwanderung der Arbeiterbevölkerung, wie dies bei der Industrie schon geschieht, weitgehende Berücksichtigung finden.

Von verschiednen Rednern werden Wünsche nach Erweiterung dieser Zählung vorgebracht; so wollen die Sozialdemokraten eine Zählung der Arbeitslosen damit verbinden. — Der Präsident des Kaiserlichen Statistischen Amts **van der Borght** rechtfertigt den Plan der Zählung im allgemeinen und in seinen Einzelheiten.

Die Vorlage wird angenommen samt den Anträgen der Kommission, den Reichskanzler zu ersuchen, a) Vorkehrungen zu treffen, daß für die Folge die Berufs- und Betriebszählung nach Ablauf von höchstens zehn Jahren vorgenommen werde, und b) in dem Gewerbeformular und Gewerbebogen die Angabe des Lebensalters zu unterscheiden zwischen solchen, die weniger als vierzehn Jahren, und solchen, die vierzehn bis sechzehn Jahre alt sind, c) Erhebungen über die Eigentumsverteilung der land- und forstwirtschaftlich benutzten Bodenfläche im Deutschen Reiche unter Berücksichtigung der Art der Bewirtschaftung, der Zahl und Größe der Betriebe usw. zu veranstalten.

18. März. In dritter Lesung wird beschlossen, daß auch die Frage nach der Religionsangehörigkeit in den Fragebogen aufgenommen werden soll. (Gesetz vom 25. März 1907.)

Gesetzgebung über Handel und Verkehr.

Änderung des Weingesetzes.

7. März. Eine von den Nationalliberalen eingebrachte Anfrage lautet: Ist dem Reichskanzler bekannt, daß in den beteiligten Kreisen des Winzerstandes wie des Weinhandels das Bedürfnis nach einer sachgemäßen Revision und bessern einheitlichen Ausführung des Weingesetzes vom Jahre 1901 in hohem Maße vorhanden ist, und ist der Reichskanzler bereit, diesen Wünschen zu entsprechen? — Roesicke (Bd. d. Landw.) stellt die Anfrage: Was gedenkt der Reichskanzler zu tun, um den Wünschen des Winzerstands

und des Weinhandels nach einer sachgemäßen Änderung der Weingesetze gerecht zu werden, nachdem den verbündeten Regierungen in den Beratungen der von diesen in der Zeit vom 8. bis 10. November 1906 einberufnen Weinsachverständigen diese Wünsche zur Kenntnis gekommen sind?

Staatssekretär **Graf Posadowsky** erwidert mit Bedenken gegen die feste Begrenzung der Zulässigkeit der Weinzuckerung, die nur an die Bestimmung gebunden ist, daß durch die Zuckerung die Menge des Weins nicht „erheblich vermehrt" werden darf. Er spricht sich weiter gegen eine von einigen Winzervereinen geforderte Deklaration für gezuckerte Weine aus, legt dagegen ein sehr starkes Gewicht auf die Herbeiführung einer reichsgesetzlichen geregelten Weinkontrolle, wenn möglich in Verbindung mit einer einheitlichen Nahrungsmittelkontrolle.

Verträge mit dem Auslande.

I.

Eisenbahnfrachtverkehr.

13. März. Beratung des am 19. September 1906 in Bern abgeschlossenen zweiten Zusatzübereinkommens zum Internationalen Übereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr vom 14. Oktober 1890 nebst dem Vollziehungsprotokoll.

Der Präsident des Eisenbahnamts, **Schulz**, bemerkt: Das internationale Übereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr ist nun schon seit vierzehn Jahren in Wirksamkeit. Es hat für den internationalen Güterverkehr einheitliches Recht geschaffen und umfaßt jetzt nahezu alle Staaten des europäischen Festlands. Wie gut es sich in der Praxis bewährt hat, geht daraus hervor, daß man sich bei diesem Zusatzübereinkommen auf die Ergänzung einiger Einzelheiten beschränkt hat. Es ist gelungen, die Anträge Deutschlands, die insbesondre Interessen der Forst- und Landwirtschaft betrafen, mit wenigen Ausnahmen zur Annahme zu bringen. In einem Punkte ist es nicht gelungen, der den deutschen Handel damals lebhaft interessierte. Es handelte sich um einen Antrag zu dem Artikel des Übereinkommens, wonach dem Absender das Recht zustehn sollte, die Zollbehandlung unterwegs selbst vorzunehmen oder Mittelspersonen damit zu beauftragen. In der zweiten Lesung der Konferenz wurde dieser Antrag mit noch größerer Mehrheit abgelehnt als in der ersten, nämlich mit allen Stimmen gegen die drei Deutschlands, Österreichs und Ungarns. Die Mehrheit ging davon aus, daß die einheitliche Abfertigung aller bei der Beförderung beteiligten Waren dadurch geschädigt und das sichere Einkommen der Zollgebühren in Frage gestellt werden könnte. Für unsern deutschen Handel kommt bei dieser Frage fast lediglich der Verkehr nach Rußland in Betracht. Das hat an Bedeutung wesentlich dadurch verloren, daß die Eisenbahnverwaltung auf Anregung des Reichseisenbahnamts den Übergang an den Grenzstationen auf der Grundlage des direkten Durchgangsverkehrs eingerichtet hat.

Das Zusatzübereinkommen wird in erster und zweiter Lesung genehmigt.

15. März. Dritte Lesung.

II.

Vertrag mit Luxemburg.

19. März. Ein Vertrag zwischen dem Deutschen Reiche und Luxemburg vom 2. März 1907 über den Beitritt Luxemburgs zur norddeutschen Brausteuergemeinschaft wird genehmigt. (Nachdem im Großherzogtum Luxemburg durch Gesetz vom 27. Juni 1906 eine mit dem deutschen Brausteuergesetz vom 3. Juni 1906 im wesentlichen übereinstimmende Besteuerung der Braustoffe eingeführt worden ist, hatte die großherzoglich luxemburgische Regierung den Wunsch zu erkennen gegeben, der norddeutschen Braustuergemeinschaft beizutreten.) (Veröff. im Reichsgesetzbl. den 2. Mai 1907.)

III.

Vertrag mit den Niederlanden.

24. April. Ein Vertrag zwischen dem Deutschen Reiche und den Niederlanden über die gegenseitige Anerkennung der Aktiengesellschaften und andrer kommerzieller, industrieller oder finanzieller Gesellschaften vom 11. Februar 1907 wird in dritter Beratung genehmigt.

IV.

Vertrag mit der Schweiz.

7. Mai. Genehmigung eines Vertrags über die Beglaubigung öffentlicher Urkunden betreffend Erleichterungen im Verkehr, wie sie bisher nur mit Österreich-Ungarn bestanden.

V.

Vertrag mit Frankreich.

11. Mai. Endgiltige Genehmigung eines Vertrags betreffend den Schutz an Werken der Literatur und Kunst sowie an Photographien.

VI.

Vertrag mit Norwegen.

14. Mai. Das Reich hat mit Norwegen zu dem am 19. Januar 1878 abgeschlossenen Auslieferungsvertrage ein Zusatzübereinkommen geschlossen, das durch Abänderungen der norwegischen Strafgesetze nötig geworden war. Neu sind zwei Artikel, die die Durchlieferung und den wechselseitigen Austausch von Mitteilungen über die in dem einen Lande gegen Angehörige des andern Landes ergangnen Strafurteile behandelt. Der Vertrag wird genehmigt. (Ratif. 25. Mai.)

VII.

Vertrag mit Griechenland.

14. Mai. Genehmigt wird ein Vertrag mit Griechenland, wonach gemeine aber nicht politische Verbrecher ausgeliefert werden sollen. Kein Deutscher darf an Griechenland, kein Grieche an Deutschland ausgeliefert werden.

VIII.

Zusatz zum Handelsvertrage mit der Türkei.

13. Mai. Dieser vorgelegte Zusatz zum Vertrage vom 26. August 1890 wird vom Staatssekretär **v. Tschirschky** empfohlen.

Die Frage der 3 Prozent Erhöhung der türkischen Eingangszölle bilde einen Teil und die finanzielle Unterlage des 1903 von Österreich und Rußland begonnenen und auch vom Deutschen Reiche behufs Aufrechterhaltung des Friedens in den Balkanländern und zur Hintanhaltung von diplomatischen Verwicklungen in Europa gebilligten, unter dem Namen „Mürzsteger Programm" bekannten mazedonischen Reformwerks.

Die Vorlage wird in dritter Lesung genehmigt.

IX.

Handelsvertrag mit Nordamerika.

7. Mai. Erste Beratung eines Abkommens, über dessen Entstehungsgeschichte und Inhalt im Anschluß an die beigegebne Denkschrift nachstehendes mitgeteilt ist:

Bis zum Inkrafttreten des neuen deutschen Zolltarifs waren die deutsch-amerikanischen Handelsbeziehungen durch das Abkommen vom 10. Juli 1900 geregelt. In diesem Abkommen hatten die Vereinigten Staaten Deutschland die ermäßigten Zollsätze der Sektion 3 des Dingleytarifs für rohen Weinstein, rohe Weinhefe, Branntweine, Kunstwerke, nicht schäumende Weine und Wermut zugesichert. Als Gegenleistung war deutscherseits der nordamerikanischen Union der Fortgenuß der schon früher auf ihre Erzeugnisse angewandten Vertragssätze gewährt worden, die Deutschland in den Jahren 1891 bis 1894 Belgien, Italien, Österreich-Ungarn, Rumänien, Rußland, der Schweiz und Serbien zugestanden hatte. Mit dem Inkrafttreten des neuen deutschen Zolltarifs und der auf Grund dessen mit den europäischen Staaten abgeschlossenen Verträge mußte das Abkommen außer Wirksamkeit gesetzt werden, es wurde daher von der deutschen Regierung zum 1. März 1906 gekündigt. Da die schon vorher eingeleiteten neuen Verhandlungen bis zum Ablaufe des alten Abkommens zu einer vertragsmäßigen Vereinbarung nicht geführt hatten, so entschlossen sich beide Regierungen, um für die Fortsetzung der Verhandlungen Zeit zu gewinnen, auf autonomem Wege vorläufig

einen modus vivendi zu schaffen. Demgemäß hat Deutschland vom 1. März 1906 ab durch einen Akt der Gesetzgebung den Vereinigten Staaten bis auf weiteres, jedoch nicht über den 30. Juni 1907 hinaus, die Zollsätze gewährt, die durch die in den Jahren 1904/05 zwischen dem Deutschen Reiche und den in dem Abkommen von 1900 genannten sieben Staaten abgeschlossenen Handelsverträge diesen Ländern eingeräumt worden sind. Amerikanischerseits konnten nur solche Zugeständnisse in Frage kommen, die der Präsident der Vereinigten Staaten ohne Zuziehung des Kongresses zu gewähren ermächtigt ist.

Die beiderseitigen Tarifkommissionen einigten sich über einen Entwurf, wonach die Vereinigten Staaten die ermäßigten Zollsätze der Sektion 3 des Dingleytarifs einschließlich der für Schaumweine einräumen und die Durchführung einer Reihe von im Verwaltungswege möglichen Reformen der Zoll- und Konsularverordnungen zusichern und wir als Gegenleistung den Amerikanern einen bedeutenden Teil unsrer Konventionalsätze gewähren. Dieser Entwurf hat die Zustimmung der beiden Regierungen gefunden und ist am 22. April in Washington von dem Staatssekretär Root und am 2. Mai in Levico von dem Botschafter Speck von Sternburg unterzeichnet worden, nachdem er vom Wirtschaftlichen Ausschuß gebilligt war.

Staatssekretär **Graf v. Posadowsky**: Manche Hoffnungen, die an dieses Abkommen geknüpft worden sind, konnten nicht erfüllt werden. Das liegt aber daran, daß Amerika Wertzölle, Deutschland aber das System der spezifischen Zölle besitzt. Manche Beschwerden unsrer Exporteure werden gemildert oder beseitigt werden, aber dieses Abkommen ist selbstverständlich nur ein Provisorium, abgeschlossen zwischen zwei Staaten, die auf wirtschaftlichem Gebiete aufs engste verbunden sind, abgeschlossen, um eine für beide Teile gleich nachteilige Unterbrechung oder Gefährdung ihrer Handelsbeziehungen zu verhindern. Seit 1906 sind die Vereinigten Staaten wiederum der Staat, der die größte und wertvollste Warenmenge nach Deutschland einführte, während unsre Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten nur an dritter Stelle unter den Staaten steht, nach denen wir ausführen. Auch die verbündeten Regierungen können dieses Abkommen nur als einen Schritt betrachten, um auf dieser Grundlage zu einem Abkommen mit den Vereinigten Staaten zu gelangen, das auf wesentlich breiterer Grundlage ruht. Die Zölle der Vereinigten Staaten sind gegenüber dem Durchschnittszoll in Deutschland ganz außerordentlich hoch, und für eine ganze Reihe von Warengattungen schließen sie die Einfuhr vollkommen aus. Wir müssen deshalb erwarten, daß die weitern Verhandlungen zu einem Abkommen führen, das unsern berechtigten Ansprüchen in größerm Umfange gerecht wird, und wir dürfen hoffen, daß sich die Vereinigten

Staaten dabei der Tatsache erinnern werden, daß Deutschland einer ihrer besten Kunden auf dem Weltmarkt ist.

13. Mai. In zweiter Lesung bedauert **Graf v. Kanitz**, daß die deutsche Industrie sich zu dem Vertrage nicht geäußert habe. Erfreulich sei der Vertrag nicht, er sei zustande gekommen unter dem Druck der Notwendigkeit. „Wir hoffen, daß wir von den Amerikanern lernen werden, was man durch eine rücksichtslose, zielbewußte Zollpolitik erreichen kann." — Andre Redner bezeichnen die Benachteiligung Deutschlands als immer noch recht groß. (Veröffentlicht im Reichsgesetzblatt vom 10. Juni 1907.)

X.

Zusatz zum Weltpostvertrage.

13. Mai. Dritte Beratung dieses auf dem Weltpostkongresse zu Rom 1905 beschlossenen Zusatzes und einiger damit verbundner Übereinkommen. Staatssekretär **Kraetke** empfiehlt den Vertrag zur Annahme. Der Weltpostverein umfasse 22 Staaten, 40 Millionen Quadratkilometer mit 250 Millionen Einwohnern; befördert werden, nachdem die ganze zivilisierte Welt mit Ausnahme des Innern von China, Marokko und einigen Gebieten Zentralasiens dem Verein angehöre, von ihm jährlich 31 Milliarden Briefsachen und 4 Milliarden andrer Sendungen. Betreffs der Brieftaxe sei es Deutschland gelungen, einige Erleichterungen durchzusetzen. Die Gewichtsstufe des Innenverkehrs Deutschlands von 20 Gramm sei auch für den Verein angenommen, für schwerere Briefe über 20 Gramm sei ein Mehrporto von 10 Pfennigen anstatt 20 Pfennigen vereinbart. Auch für die Postanweisungen und Geldbriefe seien manche Vorteile erreicht worden. Der Vertrag und die Übereinkommen werden in erster und zweiter Lesung angenommen.

Dritter Abschnitt.

Dritte Tagung des zwanzigsten preußischen Landtags.

(Vom 8. Januar bis 8. Juni.)

Eröffnung.

8. Januar. Der Ministerpräsident **v. Bülow** eröffnet die Tagung im Namen des Königs mit einer Rede, die im wesentlichen lautet:

Bei anhaltender Steigerung der Einnahmen aus den direkten und indirekten Steuern sowie aus den Erträgnissen der meisten Staatsbetriebe hat sich die Finanzlage des Staats fortgesetzt günstig gestaltet. Das Rechnungsjahr 1905 hat einen höhern Überschuß als das Vorjahr ergeben, und auch für das laufende Rechnungsjahr könnte

ein noch günstigerer Abschluß erwartet werden, wenn nicht der größte Teil der Mehreinnahmen im Verkehrsinteresse zu einer schleunigen außerordentlichen Verstärkung der Eisenbahnbetriebsmittel verwandt werden müßte.

Der Staatshaushalt für 1907 hält in Einnahmen und Ausgaben das Gleichgewicht. Entsprechend den gesteigerten Einnahmen sind für alle Zweige der Staatsverwaltung Mehraufwendungen in größerm Umfange in Aussicht genommen. Bei reichlicher Bemessung der Mittel zur Deckung dauernder Ausgaben haben die einmaligen und außerordentlichen öffentlichen Bedürfnisse eine weitgehende Berücksichtigung finden können. Gehaltsverbesserungen sind für mehrere Klassen von mittlern und untern Beamten des Außendienstes vorgesehen, bei denen die an ihre dienstliche Tätigkeit und Verantwortlichkeit zu stellenden höhern Anforderungen eine Steigerung der Gehaltssätze besonders dringlich machen. Die geringst besoldeten Unterbeamten sollen erhöhte einmalige und außerordentliche Unterstützungen erhalten, auch werden zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und gering besoldeten Beamten wie in den Vorjahren besondre Mittel von Ihnen erbeten werden. . . .

Die gegenwärtige Lage in den östlichen Provinzen zeigt deutlicher denn je, daß Preußens geschichtliche Aufgabe der Stärkung des Deutschtums in diesen Landesteilen zu ihrer Lösung die ernstesten Anstrengungen erfordert. Die Staatsregierung hält die kraftvolle und beharrliche Durchführung der zur Erfüllung dieser Aufgabe eingeleiteten staatlichen Maßnahmen für unbedingt notwendig. Sie wird dem Landtag eine entsprechende Gesetzesvorlage unterbreiten.

In ernster Zeit nimmt der Landtag seine Arbeiten wieder auf. Um so unerschütterlicher vertraut die königliche Staatsregierung darauf, daß ihre auf die Festigung und Entwicklung unsrer Verhältnisse gerichteten Bestrebungen bei Ihnen wie bisher eine hingebende und tatkräftige Unterstützung finden werden.

Finanzielle Angelegenheiten.

I.

Staatshaushaltsetat für 1907.

1.

Die Vorlage.

8. Januar. Für das Etatsjahr 1907 sind die Einnahmen des Staats auf 3187109250 Mark, die Ausgaben im Ordinarium auf 2903191640 Mark, im Extraordinarium auf 283917610 Mark,

zusammen mithin ebenfalls auf 3187109250 Mark veranschlagt. — Der Minister **v. Rheinbaben** begründet die Vorlage:

Der Gesamtüberschuß des Jahres 1905 betrug 41,6 Millionen. Im Jahre 1906 hat sich die Kohlen- und Koksproduktion ganz gewaltig gesteigert, ebenso die Roheisenproduktion. Infolgedessen wird auch das Jahr 1906 günstig abschließen. Die Entwicklung der Landwirtschaft zu fördern, halte ich für eine staatsmännische Pflicht. Der Entwicklung der Industrie, die sich so schwungweise entwickelte, haben wir mit unsern Beförderungsmitteln nicht standhalten können. Dazu kam die große Trockenheit der Ströme. Dadurch, daß ich dem Minister der öffentlichen Arbeiten 50 Millionen zur Verfügung gestellt habe, konnten Betriebsmittel angeschafft werden, bevor der Etat verabschiedet war. So sind in den Jahren 1905 und 1906 für 450 Millionen Mark Betriebsmittel angeschafft worden. Demgegenüber stehn 1906 36,5 Millionen Mehreinnahmen der Eisenbahnverwaltung. Es ist aber Hoffnung vorhanden, daß die andern Verwaltungszweige diese geringen Mehreinnahmen der Eisenbahnen wieder ausgleichen werden. Redner kommt zu dem Schlusse, daß insgesamt das Jahr 1906 einen Gesamtüberschuß von 53,6 Millionen geben dürfte.

Der Etat 1907 beziffert sich auf 3 Milliarden und 187 Millionen, er weist gegen 1906 Mehreinnahmen von 276 Millionen auf. Auch dieser Etat berücksichtigt die Ausgestaltung der Betriebsmittel der Eisenbahn in ganz erhöhtem Maße. Die Aufbesserung der Gehälter der Beamten findet auch in dem neuen Etat einen Platz, um Ungleichheiten und Schärfen namentlich bei Beamten des Außendienstes im Eisenbahn- und Zollverkehr auszugleichen. Zum erstenmal ist im Etat für 1907 wegen der allgemeinen Teuerung ein allgemeiner Unterstützungsfonds von 3 Millionen Mark eingeführt worden. Der Mindestbetrag der Witwenpension soll von 260 auf 300 Mark erhöht werden, und im Etat 1907 ist schon eine Summe von 1200000 Mark zur Unterstützung von Witwen und Waisen eingestellt worden. — Der Minister geht sodann des nähern auf die Einzeletats ein. Der Personenverkehr ist um 7 vom Hundert gestiegen, der Güterverkehr um 44 Millionen Mark. Die Einnahmen aus der Einkommensteuer sind von 140 auf 200 Millionen gestiegen. Die Zahl der Steuerfreien hat dagegen erheblich abgenommen. Im Kultusetat ist die Schaffung neuer Schulstellen zu verzeichnen. Ferner sind zur Unterstützung leistungsschwacher Gemeinden 2 Millionen Mark eingestellt worden.

2.

Erste Beratung im Abgeordnetenhause.

11. Januar. v. Erffa (kons.): Der Finanzminister hat recht, wenn er den Aufschwung unsers Wirtschaftslebens auf die Besserung der Lage der Landwirtschaft zurückführt. Welches glänzende Fiasko hat doch wieder der Freihandel mit seiner Theorie vom freien Spiel der Kräfte gemacht! Wir danken der Regierung für ihre Fürsorge für die Landwirtschaft. Sehr schlimm ist noch immer der Arbeitermangel auf dem Lande. Bittere Not, nicht Schmerz sprach aus dem Vorschlag der westpreußischen Landwirtschaftskammer, Kulis einzuführen. Das neue Einkommensteuergesetz hat den überraschenden Beweis geliefert, daß es Arbeiter gibt, die bisher keine Steuern

zahlten, aber 1600 bis 2000 Mark und mehr verdienen. Wir wollen daraus feststellen, daß es Arbeiter gibt, die sich besser stehn als viele Unterbeamte. — **Graf Praschma** (Zentr.): Die augenblickliche Finanzlage Preußens hat auf das glänzendste wüste Prophezeiungen und sogar Drohungen in das rechte Licht gestellt. Die Schwarzseher sind gründlich belehrt worden. Da muß erneut festgestellt werden, daß der Zolltarif unter unsrer Mitwirkung zustande gekommen ist. — **Friedberg** (natlib.) teilt nicht das Lob der Handelsverträge und wünscht eine Erklärung des Ministers darüber, wie er sich die Aufstellung der Arbeitgeberlisten für die Einkommensteuer denkt, da die Sache viel böses Blut gemacht habe. Für die Verbilligung der Gütertarife sei leider immer noch nichts geschehen. Dem Eisenbahnminister muß ich aber erklären, daß die Art und Weise, wie er die Personentarifkommission abgeschlossen hat, sich als eine schwere Rücksichtslosigkeit diesem hohen Hause gegenüber darstellt. Denn diese Tarifreform verteuert das Reisen ganz erheblich. Die Art und Weise, wie die Polizei den sogenannten „Hauptmann von Köpenick" ausgewiesen hat, ist auch zu bedauern. Der Wahlrechtsantrag seiner Partei solle zeigen, daß die Sache mit dem vorjährigen Wahlgesetze nicht abgetan sei. Redner fragt nach dem Lehrerbesoldungsgesetze und kommt auf den sogenannten „Bremserlaß" des Kultusministers zu sprechen, den er als vollkommen zweckwidrig bezeichnet. Weniger leistungsfähigen Gemeinden sei die Erlaubnis erteilt, die Jahresgehälter zu erhöhen, leistungsfähigern aber nicht. Der Kultusminister sei nicht gut beraten gewesen, als er sich zu diesem Erlaß verstanden habe, er sollte ihn möglichst schleunig zurückziehn. Große Beunruhigung in den beteiligten Kreisen hätten erregt die Entscheidungen des Oberkirchenrats in den Fällen Römer und César. Die Gärung über diese Eingriffe des Kirchenregiments in das Recht der Gemeinde, sich einen Pfarrer nach ihrem Herzen zu wählen, sei so groß, daß es hochangesehene Gemeindemitglieder eventuell vorziehn, aus der Kirchengemeinschaft auszutreten. Der Kultusminister werde gewiß erwidern, er habe keinen Einfluß auf innere kirchliche Angelegenheiten, er habe es aber versäumt, dahin zu wirken, daß nicht dieser Geist der Engherzigkeit in den Konsistorien herrscht. Derselbe Geist mache sich auch geltend bei der Besetzung akademischer Lehrstühle. Hier sollte lediglich die wissenschaftliche und die Befähigung für das Lehramt entscheiden. Auch auf dem Gebiete der Polenfrage mache sich dieser Geist bemerkbar. Wie könne der Minister die Gründung eines nationalpolnischen Wallfahrtsortes an der Grenze durch einen Franziskanerorden dulden, an dem die Nationalpolen aller Staaten Zusammenkünfte abhalten? Redner vermißt die Einheitlichkeit des Staatsministeriums. — **v. Zedlitz** stellt fest, daß mit der Genehmigung

der Niederlassung der Franziskaner in Groß-Bobrek das Gegenteil von dem erreicht sei, was die Regierung bezweckte. — Gegenüber Bemerkungen des Polen **Stychel** stellt der Minister **v. Studt** fest, daß der Schulstreik nicht aus religiösen, sondern aus politischen Gründen in Szene gesetzt sei. Derselbe wäre auf eine Kraftprobe hinausgegangen, die durch die ruhige Haltung der Staatsregierung mit einer Niederlage derer enden werde, die in frivoler Weise den Streik hervorgerufen hätten. Was die polnischen Agitatoren getan, müsse man als ein pädagogisches Verbrechen bezeichnen. Vorredner möge einen einzigen Grundsatz der katholischen Religion nennen, nach dem unter allen Umständen die Religion in der Muttersprache erteilt werden müsse. Es sei nur notwendig, daß der Schüler die andre Sprache versteht.

12. Januar. **Wiemer** (Fr. Vp.) sucht nachzuweisen, daß der Finanzminister sich bezüglich eines Jahres um 41,6 Millionen Mark verrechnet habe und unter anderm die Schuld an dem Wagenmangel auf die wirtschaftlichen Verhältnisse zu schieben suche. Redner ist auch für ein Eisenbahnzentralamt. Für die Beamten sei im Etat nicht in wünschenswerter Weise gesorgt, in die Justiz dürfe die Fiskalität nicht eingeführt werden. — Minister **v. Rheinbaben** antwortet, die Ursache der zu geringen Einschätzung der Einnahmen im Jahre 1905 sei nur in den Schätzungen der Eisenbahnen zu suchen, er habe aber die Zahlen nicht willkürlich erhöhen können. Eine empfohlne Aufhebung des § 23, Absatz 2 des neuen Einkommensteuergesetzes würde Erbitterung hervorrufen.

3.

Zweite Beratung im Abgeordnetenhause.

7. Februar. Zum Etat für die Landwirtschaft stellt sich der neue Minister **v. Arnim** mit einer Rede über die allgemeine Lage der Landwirtschaft vor. Er führt im wesentlichen folgendes aus:

Der erst seit einem Jahre in Wirksamkeit befindliche Zolltarif hat auf die Landwirtschaft zweifellos segensreich gewirkt. Ich kann mich aber dem Eindruck nicht verschließen, daß die Erhöhung der Arbeitslöhne und die durch die Steigerung sämtlicher Preise bedingte Erhöhung der Produktionskosten ein schwerwiegendes Gegengewicht bilden gegen die Vorteile der etwas höhern Preise der landwirtschaftlichen Produkte. Das zeigt sich sehr deutlich, wenn man die hohen Güterpreise betrachtet, die wir gegenwärtig haben. Diese finden in der gesteigerten Rentabilität eine genügende Stütze nicht. Ich halte das für ein höchst bedenkliches Moment, dessen Ursache namentlich in der erhöhten Nachfrage nach Grund und Boden liegt, die hervorgerufen ist durch die verschiednen Ankäufe des Staats und Privater zu Ansiedlungszwecken sowie durch die Ankäufe der Industrie. Die Leute werden geradezu gezwungen, Preise anzulegen, die sich nicht verzinsen können. Diese allgemeine Preissteigerung ist aber auch deshalb bedenklich, weil sie nicht nur beim Kauf, sondern auch bei der Vererbung in die Erscheinung tritt,

und das allerbedenklichste ist dabei, daß fast jeder Erbanfall zu einer Verschuldung führt. Die zunehmende Verschuldung ist einer der Hauptkrebsschäden, unter denen die Landwirtschaft heute leidet. Unsre ganze Zollgesetzgebung ist nur dann zu rechtfertigen, wenn wir Maßregeln ergreifen, um die nichtgewollten Begleiterscheinungen zu bekämpfen. Unsre Zollgesetzgebung gleicht in vieler Beziehung einem provisorischen Wall, hinter dem wir alle möglichen passiven Bauten aufrichten müssen, die imstande sind, der eindringenden Flut Widerstand zu leisten. Ich bin der Ansicht, daß die Entschuldung eine der wichtigsten, vielleicht die wichtigste Maßnahme auf dem Gebiete der innern Kolonisation ist, die der Staat zu lösen hat. Das Interesse des Staates ist nun das Interesse der jetzt lebenden Grundbesitzer. Die Früchte der Entschuldung kommen erst ihren Enkeln und Urenkeln zugute, während die Entschuldung, besonders die Eintragung der Verschuldungsgrenze, den jetzt lebenden Grundbesitzern manche Nachteile bringt. Der Staat muß daher im Interesse der jetzigen Grundbesitzer Opfer bringen. Es liegt im Interesse des Staates, möglichst schuldenfreie Grundbesitzer zu haben. In manchen Gegenden haben wir zu wenig Kleinbesitz, hier muß die innere Kolonisation einsetzen; in andern Gegenden, wie in der Eifel, hat man Domänen aus den vielen kleinen Besitztümern zusammenfassen müssen. Die Kolonisation wird infolge der teuern Preise des Grundbesitzes von Jahr zu Jahr immer schwieriger; die Landbanken schränken ihre Tätigkeit auf diesem Gebiete immer mehr ein. Der Arbeiteransiedlung, die in diesen Fällen durchaus möglich ist, standen sie bisher ablehnend gegenüber. Es ist deshalb vor kurzem eine Verfügung an die Generalkommission ergangen, in Zukunft derartigen kleinen Arbeiterstellen Rentenbankkredit zur Verfügung zu stellen. Diese Ansiedlung von Arbeitern ist im allgemeinen mehr als jedes andre Mittel geeignet, den Arbeitermangel zu decken. Die Zuckerproduktion wie das Brennereigewerbe sind beide durch die Steuergesetzgebung zu hoher Blüte gelangt; beide Gewerbe hat aber auch die Steuergesetzgebung zur Überproduktion veranlaßt und dadurch zum Teil ihre jetzige Notlage verschuldet. Insbesondre die Lage der Zuckerindustrie ist sehr ernst.

12. Februar. Beim Titel „Förderung der innern Kolonisation in Ostpreußen und Pommern" begründet **Glatzel** (natl.) einen Antrag, die Regierung zu ersuchen, durch geeignete Maßnahmen auf dem Gebiete der innern Kolonisation gegen die aus dem Landarbeitermangel sich ergebenden Notstände Abhilfe zu schaffen. Man dürfe nicht immer einen Gegensatz konstruieren zwischen Industrie und Landwirtschaft. Beide gingen Hand in Hand. Es sei auch bezeichnend, daß der Arbeitermangel dort am größten sei, wo es keine Industrie gäbe. Eine Bestrafung des Kontraktbruches der ländlichen Arbeiter sei verfehlt; man dürfe mit Strafandrohungen nicht wirtschaftliche Fragen lösen wollen. Man müsse den Arbeitern ein gesundes Heim auf dem Lande schaffen, dann würden gerade die intelligenten Arbeiter ein solches Heim und eine solche Arbeit dem Wohnen auf Höfen und in Kellern und der Arbeit in den Fabriken vorziehen. Eine Beschränkung der Freizügigkeit dürfe aber mit diesen Arbeiterwohnungen nicht verbunden werden. — Minister **v. Arnim**: Die Erfahrungen mit Ansiedlung von 50 Landarbeitern in Pommern sind außerordentlich

günstig. Was die Ansiedlung in den polnischen Gebieten betrifft, so haben die deutschen Arbeiter im allgemeinen weniger Neigung, sich in Gebieten anzusiedeln, in denen sie mit den billiger arbeitenden Polen zusammenwohnen. Wir können aber nicht erwarten, daß wir die jahrzehntelange Arbeiternot plötzlich beseitigen. Von den 10000 Arbeitern in Mecklenburg arbeitet heute der vierte Teil nicht mehr in der Landwirtschaft, sondern in der Industrie, Eisenbahn und dergleichen, aber ihre Frauen und Kinder sind doch sehr wertvolle Arbeitskräfte für die Landwirtschaft. Man darf vor allem den Arbeiter nicht in ein Abhängigkeitsverhältnis bringen; man gebe ihm Arbeitsgelegenheit, dann wird er auch arbeiten. — **Graf v. d. Groeben** (k.): Der Arbeitermangel auf dem Lande hat sich zu einer großen Kalamität herausgewachsen, der geradezu erschreckliche Verluste für unser Nationalvermögen zuzuschreiben sind. Die Felder können, wenn die Früchte reifen, aus Mangel an Arbeitern nicht abgeerntet werden. — Der obige Antrag wird angenommen.

13. Februar. Beim Etat der Forstverwaltung kommt ein Gesuch betreffend die Veräußerung und Vernichtung von Wäldern bei Berlin zur Sprache. **Fischbeck** (Frs. Vp.): Schon 1892 hat die Stadt Berlin den Landwirtschaftsminister aufgefordert, mit ihr wegen Ankauf des Grunewalds in Verbindung zu treten, doch wies er dieses Ansuchen zurück, weil die Stadt den Wald vielleicht zu Grundstücksspekulationen verwenden könnte. Auf eine hierüber aufklärende Antwort sei seitens des Ministeriums keine Entgegnung ergangen, und jetzt verkaufe der Fiskus selbst Teile des Grunewalds zu Spekulationszwecken! — Oberlandforstmeister **Wesener** erwidert, würde die Stadt Berlin jetzt mit einem Ersuchen wegen Ankaufs des Grunewalds an die Forstverwaltung herantreten, so würde sie keine Abweisung wie 1892 erfahren. Der Grunewald soll erhalten bleiben, nur einzelne Zipfel sollen zum Villenbau abgegeben werden, um mit dem Gelde jetzt im Lande Ländereien aufzuforsten.

15. Februar. Beratung des Justizetats. Zum Titel „Ministergehalt" liegt ein Antrag der Freikonservativen vor, zu ersuchen, dem Landtage alsbald eine Vorlage zu machen, durch die die Gehälter der Landrichter und Amtsrichter sowie der Staatsanwälte nach Dienstaltersstufen geregelt werden. — Dazu bemerkt der Minister **Beseler:** Es läßt sich nicht bestreiten, daß das System des Aufrückens erhebliche Unzuträglichkeiten mit sich bringt. Deshalb wollen wir das Dienstaltersstufensystem einführen. Es sollen acht Stufen geschaffen werden mit dem Höchstgehalt von 7200 Mark, das in 21 Jahren erreicht werden soll. Wir hoffen, das Gesetz noch in dieser Session vorzulegen, die Erhöhungen sollen dann 1908 in Kraft treten. Die Assessorendienstzeit soll bis zur Höchstdauer von zwei Jahren angerechnet werden. Das Mindestgehalt der Richter am Oberlandesgericht soll auf 6000 Mark erhöht werden. Über die Vorbildung der Juristen und die Änderung der Prüfungen der Juristen

sind mancherlei Vorarbeiten im Gange. Es sind mancherlei Verbesserungen in der Gerichtsorganisation nötig, aber nicht in der äußern Organisation, sondern in einer andern Begrenzung der Kompetenz, durch die eine bedeutende Verschiebung stattfinden kann. Englische Zustände können von uns aber nicht übernommen werden.

19. Februar. Bei der Beratung des Etats des Ministeriums des Innern wird von **Kreth** (kons.) darüber geklagt, daß durch die Reichstagsauflösung die Novelle zum Unterstützungswohnsitzgesetz nicht zustande gekommen sei. — **v. Zedlitz** (freikons.) tritt für eine kräftige Mittelstandspolitik des Staates ein. Die kleinen Gewerbetreibenden litten stark unter dem Druck und dem Terrorismus der Sozialdemokratie. Wenn auch bereits die letzten Reichstagswahlen den Beweis dafür erbracht hätten, daß ein großer Teil des Volkes sich auf sich selbst besonnen und der Sozialdemokratie die Gefolgschaft verweigert habe, so müsse doch noch mehr für eine Aufklärung der Arbeiter gesorgt werden. Auf der andern Seite sei aber auch dafür Sorge zu tragen, daß der einzelne Arbeiter nicht wider seinen Willen in die Arme der Sozialdemokratie getrieben werde. — **Friedberg** (natl.): Auch wir sind über den Ausfall der Wahlen erfreut; die Arbeiter kommen jetzt zur Erkenntnis, daß sie auf dem Boden unsers heutigen Rechts ihre wirtschaftliche Lage verbessern können; deshalb darf man aber auch jetzt nicht zu einer gesetzlichen Regelung schreiten, die in den Arbeiterkreisen nur Beunruhigung hervorrufen würde. Unser heutiges Wahlrecht ist außerordentlich reformbedürftig; sollte die Regierung nicht selbst die Initiative zu dieser dringenden Reform ergreifen, so wird auch die Wahlbewegung sich vielleicht bald unter dem Schlagwort der Wahlreform vollziehen. Unser Vereins- und Versammlungsrecht sowie die Gesindeordnung bedürfen unbedingt einer Neugestaltung. Das Gleiche gilt von der Kommunalsteuergesetzgebung. Es ist dankbar zu begrüßen, daß es bei den letzten Wahlen in bezug auf die Wahlbeeinflussungen durch die Landräte wesentlich besser geworden ist; es ist dies den energischen Anweisungen des jetzigen Ministers des Innern zu danken. — Minister **v. Bethmann-Hollweg:** Ich bin der Ansicht, daß der erfreuliche Ausfall der Reichstagswahlen die Verpflichtung auferlegt, mit erhöhten Kräften weiter zu arbeiten. Mit der Wahl selbst ist erst ein kleines Stückchen Arbeit geleistet, das meiste bleibt zu leisten übrig. Zur Wahlrechtsreform werde ich erst Stellung nehmen, wenn die Anträge der verschiednen Parteien zur Beratung kommen. Ich erkenne an, daß das Vereins- und Versammlungsrecht so viel Unstimmigkeiten aufweist, daß eine Reform dringend nötig ist.

20. Februar. **Wagner** (freik.) wünscht eine Abänderung der Städteordnung bezüglich der Vornahme der Wahlen der ersten

Klasse. — Minister **v. Bethmann-Hollweg**: Ich bin nicht in der Lage, den Polizeibehörden Vorschriften über die Anwendung der Polizeiverordnungen zu machen, da wir das unbegrenzte Loyalitätsprinzip haben. Die Verbüßung einer Arreststrafe ist für die Unterbeamten oft weniger empfindlich als eine hohe Geldstrafe; von der Verhängung der Arreststrafen wird ein so geringer Gebrauch gemacht, daß sich eine Aufhebung erübrigt. — **Graf Ballestrem** meint, die jetzige Polenpolitik der Regierung befördre nur ungesunde Zustände. Es sei aber Zeit, dafür zu sorgen, daß nicht noch die letzten polnisch sprechenden Deutschen dem Vaterlande verloren gehen. Leider habe bei den Wahlen die Regierung oft sogar in Oberschlesien die Parole ausgegeben, vor allem gegen das Zentrum zu stimmen. Es wurden Zettel herumgeschickt, auf denen es hieß: „Wählt keinen Polen, wählt keinen Sozialdemokraten! Vor allem wählt keinen Zentrumsmann!“ Wenn der Minister die kleinen deutschen Leute unterstützt, wird er am besten die Polen bekämpfen. — Minister **v. Bethmann-Hollweg** bestreitet jene Angabe und sagt, der Vorredner werde sich hoffentlich bald davon überzeugen, daß seine Annahme, als seien alle Millionen für die Ostmarkenpolitik ins Wasser geworfen, doch eine irrige sei. Der Minister wendet sich ferner gegen den Abgeordneten Marx, der gegen Landräte, die Vertrauenspersonen der Kreise, vor der Öffentlichkeit Klagen erhoben habe. — **v. Schuckmann** klagt über die unsittlichen Zustände in Berlin.

21. Februar. Auf dieses Thema geht der Minister **v. Bethmann-Hollweg** näher ein, indem er ausführt:

Es ist richtig, daß man in Berlin immer mehr beginnt, die Nacht zum Tage zu machen. Mit dem Vorschlage einer einheitlichen Polizeistunde kann man nicht zum Ziele kommen. Man muß auch dem Bildungshunger der Bevölkerung mehr Nahrung geben; alle derartigen Bestrebungen werden meine wärmste Unterstützung finden. Auch in der Pflege und Förderung des Sports kann gar nicht genug geschehen, um die überschüssige Kraft, die in der Jugend lebt, auf ein Gebiet zu lenken, wo sie der Stählung von Körper und Geist unmittelbar dient. Es ist eine sehr wichtige Aufgabe unsrer Kommunen, alle vorhandnen Bestrebungen im Volke auf das nachdrücklichste zu unterstützen durch die Beschaffung von Spielplätzen, Turnplätzen usw. Wird hier mit wirklicher Energie gearbeitet, so würden auch mittelbar auf jenem Gebiet tatsächlich bestehende Mißstände abgeschwächt. Zur Prostitutionsfrage wird es sich darum handeln, die körperliche und geistige Selbstachtung beider Geschlechter zu heben, und das zu tun liegt auf dem Gebiete der Schule, der Fortbildungsschule, des Sports und des Spiels. Wenn es gelingt, die freie Tätigkeit der Gesellschaft in den Dienst dieser Sache zu stellen und die Anschauung des Volkes in diesem Sinne mehr und mehr zu läutern, und wenn dann durch eine anderweitige Gesetzgebung diese Einrichtungen beseitigt werden können, unter denen wir jetzt leiden, dann wird es endlich gelingen, die bösesten, Körper und Geist vergiftenden Auswüchse einer Naturmacht zu beschränken, der wir am letzten Ende doch alles Leben, Kraft, Lust und Leid, Arbeits- und Schaffens-

freudigkeit verdanken. — **Broemel**: Die Änderung des Gesinderechts sollte endlich als dringlich anerkannt werden. Darin liegt die Ursache für diese Mißstände.

26. **Februar.** Bei der Beratung des Bergwerksetats wird eine Reihe von Anregungen zur Frage der Beamtenbesoldungen, Arbeiterlöhne und des Studiums der Bergbaubeflissenen vorgebracht. — Minister **Delbrück** betont, daß die Regierung es nicht verhindern könne, wenn Beamte, gelockt von dem höhern Gehalte, zur Privatindustrie übergingen. Ein unnötiger Wechsel der Beamten werde vermieden. Die Gehälter der mittlern und untern Beamten seien in diesem Etat erhöht worden. — **Brust** (Zentr.) verlangt höhere Zuschüsse für neue Schachtanlagen. Dann werde der Staat auch mehr in der Lage sein, auf die Kohlenpreise bestimmend einzuwirken.

27. **Februar.** Zum Etat der Handelskammern spricht sich **Malkewitz** (kons.) dahin aus: Der Reichskanzler hat von einer Paarung konservativen und liberalen Geistes gesprochen. Mit den Nationalliberalen wollen wir gern zusammengehen, aber nicht mit den Linksliberalen. Insofern wünschen wir nicht, daß das Steuer der Politik einige Grade nach links gelenkt wird. Ein Gesetz gegen den Terrorismus der Sozialdemokratie muß schnellstens von der Regierung vorgelegt werden, damit die Freiheit der Arbeiter und der Arbeitgeber geschützt wird. — **Trimborn** (Zentr.): Eine gesunde Mittelstandspolitik kann aber nur von den Konservativen und der Zentrumspartei getrieben werden. Dem Terrorismus sozialdemokratischer Organisationen kann schon auf Grund des § 158 der Gewerbeordnung entgegengetreten werden, dieser ist eine sehr scharfe Waffe. Das beste Mittel gegen den Terrorismus ist die Erstarkung der nichtsozialdemokratischen, namentlich der christlichen Arbeiterorganisationen. Ich bin gespannt, was aus der Paarung konservativen und liberalen Geistes wird, wenn mit scharfen Maßregeln gegen die Sozialdemokratie vorgegangen werden soll.

28. **Februar.** **v. Zedlitz** (Freikons.): Die Zentrumssozialpolitik wird im wesentlichen von Wahlrücksichten geleitet, sie hat den Klassengegensatz zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer verschärft und dadurch die Geschäfte der Sozialdemokratie besorgt. Wenn ein Gesetzentwurf verlangt ist, der die Arbeitswilligen gegen die Bedrückung durch die sozialdemokratische Organisation schützen soll, so glauben wir nicht, in der nächsten Zeit ein solches Gesetz erwarten zu dürfen. Man wird aber mit der schärfsten Anwendung des § 153 der Gewerbeordnung und des Erpressungsparagraphen schon viel erreichen können. Die Staatsregierung muß ihre Beamten anweisen, von diesen Mitteln den stärksten und energischsten Gebrauch zu machen. — **Trimborn** (Zentr.): Keine Partei hat die Sozialdemokratie bisher so energisch und wirklich bekämpft wie das Zentrum. In unsern Wahlkreisen hat die Sozialdemokratie lange nicht die Bedeutung als in Ihren Kreisen. Bebel hat uns selbst als seine Todfeinde

hingestellt. Uns wirft man vor, daß wir die Kluft zwischen Arbeitgebern und Arbeitern erweitern. Das ist ein ganz unberechtigter Vorwurf. Gerade wir haben das eifrigste Bestreben, auf sozialpolitischem Gebiete Organisationen zu schaffen, in denen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich im Interesse des Friedens zusammenfinden. Wir sind nicht übermütig und waren es auch nicht, aber wir sind eine selbstbewußte Partei. Wir waren selbstbewußt in der Minorität, in den Stürmen des Kulturkampfes, wir waren auch selbstbewußt als ausschlaggebende Partei. Wir sind es auch in der jetzigen Stellung, die viel günstiger für uns ist, als man glaubt. Wir sind selbstbewußt, weil wir wissen, daß wir auf dem Boden christlicher und echt deutscher Anschauungen stehen, und weil wir tiefe Wurzeln im Volke haben.

1. März. Beim Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung gelangt folgender Antrag des Grafen von Spee (Zentr.) und von Pappenheims (kons.) zur Annahme:

1. Die Anweisung zur Ausführung der Reichsgewerbeordnung dahin zu erweitern, daß bei der Prüfung der Vorlagen zu gewerblichen Anlagen nach Paragraph 16 der Reichsgewerbeordnung außer den Baugewerbeaufsichts- und Medizinalbeamten in gleicher Weise durch die Landwirtschaftskammern zu bezeichnende landwirtschaftliche Sachverständige beteiligt werden, sofern landwirtschaftliche Interessen durch die Genehmigung der Anlage berührt werden; 2. einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den dem Paragraphen 113, Satz 2 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 folgende Fassung gegeben wird: Sofern landwirtschaftliche Interessen in Betracht kommen, entscheidet der Minister für Handel und Gewerbe in Gemeinschaft mit dem Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

2. März. Hoheisel (Zentr.) hebt hervor, die gewerblichen Fortbildungsschulen müßten neben der fachlichen Fortbildung auch der sittlichen Erziehung der Jugend dienen, deshalb müsse in ihnen auch Religionsunterricht erteilt werden. Die jungen Mädchen müßten in Haushaltungsschulen für ihren Beruf als Hausfrauen vorbereitet werden. — Es folgt die Beratung des Etats der Zentralgenossenschaftskasse, die bestimmt ist, den Genossenschaften guten und billigen Kredit zu geben. Es sind besonders landwirtschaftliche und handwerkliche Genossenschaften, die sie in Anspruch nehmen, sodaß der Umsatz der Kasse im letzten Jahre 12 Milliarden betrug. Als sie vor zehn Jahren ihre Tätigkeit begann, bestanden 786 Genossenschaften, jetzt sind es 13912 Genossenschaften mit 1273000 Mitgliedern. Nur die kleinen Kaufleute haben noch keine Genossenschaften gebildet und können darum auch keinen Anteil an den Vorteilen der Genossenschaften haben. Auf eine Anregung, daß man das Kapital der Zentralgenossenschaftskasse erhöhen möchte, um auch zur Entschuldung des Grundbesitzes der Bauern mitwirken zu können, äußert sich der Finanzminister entgegenkommend. Die Genossenschaften sollten

sich in den Dienst der Entschuldung stellen, dann würde der Staat ihnen mit den Mitteln der Zentralgenossenschaftskasse zur Hand gehn. Das sei besser, als wenn der Staat selbst die Entschuldung in die Hand nehme, und es erscheine ihm deshalb eine Erhöhung des Kapitals der Preußenkasse sehr erwägenswert. Der Präsident der Zentralgenossenschaftskasse, **Heiligenstadt**, bestreitet, daß die Kasse in die Selbständigkeit der Genossenschaft eingegriffen und die Erhöhung des Reichsbankdiskonts beeinflußt habe.

5. März. Zum Eisenbahnetat im allgemeinen bemerkt der Minister **Breitenbach**: Wenn die Eisenbahnverwaltung nicht allen Anforderungen hat Genüge leisten können, so trifft hieran die Schuld in erster Linie die hocherfreuliche Hochkonjunktur. Seit der Neuorganisation der Eisenbahndirektionen im Jahre 1895 sind die Geschäfte der Eisenbahnpräsidenten ganz außerordentlich gewachsen, sie haben sich oft mehr als verdoppelt. Daher mußte für ihre Entlastung gesorgt werden durch Vermehrung der Oberräte und deren Assistenten. Zu ihrer weitern Entlastung wurde das Zentralamt geschaffen, das insbesondre technische Fragen erledigen soll. Besonders hat sich auch in diesem Jahre wieder der Wagenmangel bemerkbar gemacht. Der Verkehr ist in den letzten beiden Jahren um 18 Prozent gestiegen, im letzten Jahre allein um 10 Prozent. Dieser unerwarteten Zunahme war die Eisenbahnverwaltung nicht immer gewachsen. Wir werden unser möglichstes zur Verstärkung der Betriebsmittel tun, aber ich kann trotzdem keine Garantie übernehmen, daß wir nicht in diesem Jahre wieder mit einem vorübergehenden Wagenmangel zu kämpfen haben werden. Die Zahl der Unglücksfälle ist, auf die zurückgelegte Zahl von Kilometern berechnet, ständig zurückgegangen.

Auf anderweitige Anregungen erwidert der Minister: Was die Verkehrsgemeinschaft angeht, so erkenne ich als unbestrittenes Verdienst württembergischer Männer an, diese Frage in Fluß gebracht zu haben. Es wird jetzt noch über die Güterwagengemeinschaft mit Bayern verhandelt. Wie die weitern Verhandlungen aber auch ausfallen mögen, die preußische Staatsregierung wird sich ihrer nationalen Pflicht jederzeit bewußt sein und im Sinne des Artikels 45 der Reichsverfassung mit den andern Bundesstaaten wirken. Sie wird auch gern bereit sein, mit den Staaten, die dazu geneigt sind, ähnliche Verträge wie z. B. mit Oldenburg abzuschließen. Die Zentralstelle würde natürlich einen erhöhten Einfluß ausüben, daß aber eine politische Beeinflussung möglich wäre, halte ich für ausgeschlossen.

7. März. Die Beratung des Etats der Eisenbahnverwaltung wird mit der Besprechung der Reform des Personen- und Gepäcktarifs fortgesetzt. Nach längerer Beratung wird beschlossen: „Die Regierung zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß die im Reiche ein-

geführte Fahrkartensteuer in eine andre, die Einnahmen des Personenverkehrs minder schädigende Form gebracht werde."

9. März. Bei Fortsetzung des Eisenbahnetats spricht der Minister **Breitenbach** sich unter anderm also aus: Gegenüber den Arbeiterkoalitionen ist die Verwaltung außerordentlich weitherzig gewesen, soweit diese nicht ordnungsfeindliche Bestrebungen betätigen. Wenn ich gegen den süddeutschen Verband einschreiten mußte, so ist dies durch die Tatsachen gerechtfertigt. Herr Legien hat auf dem letzten sozialdemokratischen Parteitage gesagt: „Um das Getriebe des Staats lahmzulegen, bedürfen wir einer Organisation der Arbeiter, der Transportarbeiter und namentlich der Eisenbahnarbeiter. Und an dieser Organisation fehlt es zurzeit noch." Da soll nun der Chef einer Riesenverwaltung zuschauen, wie unsre Angestellten zur Sozialdemokratie herübergezogen und zur Störung der Ordnung verleitet werden. Es ist bekannt, welche ungeheure Kalamität Streiks der Eisenbahnangestellten gebracht haben. Der Chef würde unrecht tun, wenn er da Milde walten lassen würde. Wenn Sie den letzten Wahlaufruf des süddeutschen Eisenbahnarbeiterverbandes lesen, würden Sie nicht den mindesten Zweifel haben, daß ich recht gehandelt habe.

12. März. (Forts.) Hilbck meint, die Steigerung der Kohlenpreise beruhe zum großen Teile auch auf dem Wagenmangel, der durch die mangelhaften Bahnhöfe noch verstärkt werde. — Macco (natlib.) beschwert sich über die Unsicherheiten auf den Eisenbahnen. — Minister **Breitenbach** erwidert, aus Anlaß der Vorkommnisse des Vorjahres seien Untersuchungen angestellt, die ergeben haben, daß die Sicherheit in den D-Wagen größer ist als in den Abteilwagen, man werde deshalb eine Vermehrung der D-Wagen vornehmen und die Abteilwagen abändern müssen, indem man die Abteile untereinander in Verbindung bringt.

14. März. Die Beratung des Kultusetats beginnt mit der Besprechung des polnischen Schulstreiks. Hierzu liegt ein Antrag der Freikonservativen, Nationalliberalen und Freisinnigen vor, die Staatsregierung zu ersuchen, im Volksschulwesen auf die allgemeine Einführung der fachmännischen Schulaufsicht Bedacht zu nehmen. — **Stychel** (Pole): Die preußische Schulpraxis im Osten hat selbst einen Teil der als gut bezeichneten Bevölkerung mit Unwillen erfüllt. Die ganze zivilisierte Welt ist empört darüber. Der Schulstreik ist aus ethischen Motiven entstanden. Er ist eine Notwehr gegen die Gewaltakte der Regierung, ein Verzweiflungsakt des geknechteten polnischen Volks. Das Allpolentum ist nicht die Ursache der preußischen Polenpolitik. Im Gegenteil, die Regierung hat erst das Allpolentum gefördert. Man muß sich wundern, daß der

Schulstreik nicht schon früher begonnen hat, aber die Langmut des polnischen Volks ist bewundernswert. Uns werden bei diesem Kampfe um unsre Sprache politische Motive vorgeworfen. Wo sind diese? Sie liegen allein bei der preußischen Regierung. Der Staat hat die einfachsten pädagogischen Grundsätze mit Füßen getreten, selbst der biblische Geschichtsunterricht soll in der fremden deutschen Sprache den Kindern beigebracht werden. Die Kinder verstehn dann aber den Stoff gar nicht, und die Lehrer geben sich ganz vergebliche Mühe. Die Erbitterung der polnischen Bevölkerung habe sich die ganzen Jahre hindurch angesammelt, bis endlich durch die Einführung des deutschen Religionsunterrichts auch auf der Unterstufe das Maß voll wurde. Hier könnten die Geistlichen nicht mitmachen, sie müßten ja sonst gegen den häufig ausgesprochnen Grundsatz der katholischen Kirche verstoßen, daß die Kinder den Unterricht in der Muttersprache erhalten. Wir werden nicht eher ruhen, als bis die Gerechtigkeit auch bei uns in unsern Schulen gesiegt hat. — Minister **v. Studt:** Gerade vor 24 Jahren hat der damalige Abgeordnete Stablewski verlangt, daß nicht der Religionsunterricht, sondern überhaupt der ganze Volksschulunterricht in polnischer Sprache erteilt werde; der Antrag wurde damals mit großer Mehrheit abgelehnt. Die Polen nehmen gern die Millionen an, die wir jährlich für Meliorationen usw. verwenden, aber ihre staatsbürgerlichen Pflichten wollen sie nicht erfüllen. Der Vorredner hat die preußische Schulverwaltung als blödsinnig, barbarisch und roh bezeichnet. Demgegenüber legt der Minister die Grundsätze dar, nach denen die Verwaltung verfährt. Es ist mir leicht, Herrn Stychel gegenüber in der Rolle des Anklägers aufzutreten. Ich will meine Ausführung darüber verlesen, da es sich um die Wiedergabe amtlicher Feststellungen handelt. Der Religionsunterricht wird nur dort in deutscher Sprache gehalten, wo die Kinder ihm auch mit Erfolg in dieser Sprache folgen können. Es wird so dargestellt, als ob der Schulstreik von selbst aus den Herzen der Eltern und Kinder entsprungen sei. Das ist nicht der Fall, er ist künstlich durch die Agitatoren der großpolnischen Bewegung hineingetragen worden. Zuerst versuchten diese die polnische Bevölkerung in der Art gegen die bestehende Schulordnung aufzuhetzen, daß die Eltern ihre Kinder von dem Besuche der Religionsstunden zurückhalten sollten. Als man einsah, daß dies wegen der zu befürchtenden Versäumnisstrafen nicht zu erreichen sein würde, da kam man auf den Gedanken, die Eltern sollten ihren Kindern befehlen, in der Religionsstunde keine deutschen Antworten zu geben. Den Eltern wurde gesagt, sie müssen dieser Anordnung folgen, wenn sie nicht ihre Kinder dem Verluste des Seelenheils aussetzen wollten; überdies sollten sie in donnernden Protesten ihrem Unwillen über

die geltende Schulordnung Ausdruck geben. Zu solchen Protesten wurden gedruckte Formulare verteilt. In der polnischen Presse wurden die streikenden Kinder unter Namensnennung als Märtyrer der heiligen polnischen Sache verherrlicht, und es wurden ihnen Belohnungen versprochen; dagegen wurden Kinder, die nicht an dem Streik teilnahmen, als Verräter gebrandmarkt, und ihre Eltern wurden gesellschaftlich und wirtschaftlich boykottiert. In einer Form, die ich nur als widerliche Heuchelei bezeichnen kann, wurde die Religion vorgeschoben, um die Eltern aufzureizen, und eine wahre Flut von Verleumdungen wurde gegen die Regierung und gegen die Lehrer gerichtet. All die vielen Klagen über Mißhandlungen der Kinder haben sich als unwahr herausgestellt. Ein Wort noch an die polnische Fraktion: Über was beklagen Sie sich? — **v. Heydebrand** (kons.): Die preußische Schulverwaltung verlangt mit Recht, daß in der preußischen Volksschule im allgemeinen deutsch gesprochen wird. Der Standpunkt der Polen ist aber der, daß dies die Kinder und Eltern und dritte Faktoren entscheiden sollen. Das ist der Kern der Sache. Die Erklärungen des Ministers lassen es außer Zweifel, daß es sich hier nicht um die Forderung des Menschenrechts und der Religion, sondern um einen nationalen Kampf gegen das Deutsche handelt. Dadurch ist aber für uns von vornherein die Antwort gegeben, denn Sie stoßen mit Ihren nationalen Forderungen auf die Interessen eines nationalen Staats, und dieser muß Ihnen entgegentreten, wenn er sich nicht selbst aufgeben will. — **Dittrich** aus Braunsberg (Zentr.): Es müßte die Schulverwaltung im Einverständnis mit den kirchlichen Organen feststellen, wo der Gebrauch der Muttersprache für den Religionsunterricht angebracht ist. Die Kirche steht über den Nationalitäten; sie benutzt die Sprache, die das Volk versteht. Das wird in der Hauptsache die Muttersprache sein. Denn das Gemüt der Kinder läßt sich nur in der Muttersprache verstehn. Wenn Schule und Haus zusammen die Erziehung bewirken, so ist es unpädagogisch, die Kinder in einen Gewissenskonflikt zu bringen. — **v. Jazdzewski**: Die Frage, in welcher Sprache die Religionswahrheiten dem Volke mitgeteilt werden sollen, ist so alt wie das Christentum. Schon in der Apostelgeschichte ist darauf Antwort gegeben. Nur die Muttersprache kann es sein. Bis zum Jahre 1873 herrschten in der Schulverwaltung ganz andre Anschauungen als heute. Damals hielt man es für selbstverständlich, daß der Religionsunterricht in der Muttersprache erteilt wurde. — Minister **v. Studt** widerspricht der Behauptung, daß es ein unter allen Umständen zu befolgender Grundsatz der katholischen Kirche sei, daß der Religionsunterricht in der Muttersprache zu erteilen sei, und verliest zum Beweise Schrift-

stücke, worunter eine päpstliche Enzyklika in der böhmisch-mährischen Sprache: es sei dem Charakter der katholischen Kirche durchaus widersprechend, die Muttersprache eines einzelnen Volksstammes besonders zu pflegen. — **Friedberg** behauptet, Stychel habe ausdrücklich zugegeben, daß es in erster Linie politische Motive waren, die den Streik herbeigeführt haben. Zur Frage der religiösen Beweggründe sagt Redner: Wer sich die Beschlüsse des Tridentiner Konzils näher ansieht, der kann unmöglich zu der Behauptung gelangen, daß nach diesen Beschlüssen der Religionsunterricht nur in der Muttersprache erteilt werden dürfe. Dieser Grundsatz kann gar nicht in der katholischen Kirche vorhanden sein, denn er ist dauernd von ihr durchbrochen worden, in England, in Frankreich und anderwärts. Vom Standpunkte der Staatsautorität tut es aber überhaupt nichts zur Sache, welchen Grundsatz die katholische Kirche hier verficht. Die katholische Kirche oder sonst eine andre kann viele Grundsätze aufstellen — der Staat wird sie doch nicht alle respektieren können. Wenn der Staat das täte, dann würde die Staatstätigkeit als solche bald lahmgelegt sein. — **von Zedlitz:** Durch die planmäßige Verhetzung ist die ärgste Verwirrung in den Herzen der Kinder entstanden, und sie haben sicher dadurch Schaden an ihrer Seele für ihr ganzes Leben genommen. Angesichts dieser Tatsache gehört ein unglaubliches Maß von Kühnheit dazu, zu behaupten, daß der Streik aus edeln, ethischen Motiven hervorgegangen sei. Er beweist im Gegenteil einen Tiefstand sittlichen Empfindens, wie er niedriger zuvor nicht dagewesen ist, und parallel damit geht ein Tiefstand der Wahrheitsliebe und ein Höchststand der Lügenhaftigkeit. Er zeigt sich namentlich in den schmählichen Verleumdungen der preußischen Verwaltung durch die polnische Presse. Ganz besonders bedauerlich aber ist es, daß auch polnische katholische Geistliche die Religion in den Dienst der Agitation stellen.

15. März. (Forts.) **Kindler** (Frs. Vp.) ist gegen jedes Ausnahmegesetz, aber für Bekämpfung der großpolnischen Agitation mit allen Mitteln. — **Mizerski** (Pole): Wer uns vorwirft, daß wir durch den Schulstreik die Autorität der Lehrer erschütterten, dem entgegnen wir: „Man muß Gott mehr gehorchen denn den Menschen.“ Ein Unterricht, der nicht in der Muttersprache erteilt wird, ist immer minderwertig. — Minister **v. Studt:** Wer sich gegen die Gesetze auflehnt, verfällt der Strafe. Das Prinzip, daß lediglich der Wille der Eltern maßgebend sei, ist vom pädagogischen Standpunkt aus nicht zu rechtfertigen, es ist in seinen Endzielen revolutionär. Die Kinder als Avantgarde in einem solchen Kampfe vorzuschicken, ist ein Verbrechen. — **Rzesnizek** (freik.): Die polnische Agitation untergräbt auch die Hochachtung gegenüber der katholischen Geistlichkeit. Haben

sich doch polnische Blätter nicht gescheut, den Kardinal Kopp, weil er den Polen nicht zu Willen war, einen Knecht der Germanisation im Kardinalkleide zu nennen. Die Polen haben kein Recht, sich über Vertragsbruch zu beschweren. — **Strosser** (kons.): Wenn die Polen treue Staatsbürger wären, dann könnte man ihren Wünschen auch entgegenkommen. Bei ihrem jetzigen Verhalten ist das aber ganz unmöglich. — **Graf Praschma** (Zentr.): Die katholische Kirche verlangt nichts andres, als was jede gesunde Pädagogik fordert, die Erteilung des Religionsunterrichts in der dem Kinde verständlichen Sprache. Dem Wunsche, den Religionsunterricht der Kirche zu überweisen, können wir uns nicht anschließen. Der Religionsunterricht gehört in die Volksschule, damit diese ihren konfessionellen Charakter behält. — **Lusensky** (natlib.): Der Schulstreik ist nur aus politischen Motiven inszeniert worden, und die Regierung hat die Pflicht gehabt, sie mit aller Macht zu bekämpfen. Der Standpunkt der Regierung ist unanfechtbar, die Schuld liegt ganz bei den Polen.

Damit ist die Angelegenheit des polnischen Schulstreiks erledigt.

Es folgt eine Besprechung über den Antrag der Abgeordneten Hobrecht (natlib.), von Zedlitz (freik.), Fischbeck (Freis. Vp.), Broemel (Freis. Vgg.) und Gen.: „Die Staatsregierung zu ersuchen, im Volksschulwesen auf die allgemeine Einführung der fachmännischen Schulaufsicht Bedacht zu nehmen.“

Schiffer: Es ist eine Anomalie, daß ein Stand von Angehörigen eines andern Standes beaufsichtigt wird, die keine technische Ausbildung im Schulfache haben. Und doch ist mindestens seit Pestalozzi die Pädagogik eine eigne Wissenschaft. Jetzt wird ohne jede Rücksicht auf die schultechnische Ausbildung jeder beliebige Geistliche zum Schulaufsichtsbeamten bestimmt. Unser Antrag ist nur eine Rückkehr zur Norm. Denn warum macht man gerade mit den Lehrern eine Ausnahme? Die Geistlichkeit wird entgegen dem Geiste des Schulaufsichtsgesetzes von 1872 generell zur Schulaufsicht herangezogen. — Minister **v. Studt:** Maßgebend für die Beaufsichtigung ist das Gesetz von 1872. Das geltende Staatsrecht kennt nur eine staatliche Schule, und die staatliche Schulaufsicht wird von damit beauftragten Personen ausgeübt. Sie kann ohne weiteres auf andre Personen übertragen werden. Von geistlicher Schulaufsicht kann keine Rede sein, denn eine geistliche Schulaufsicht gibt es gesetzlich nicht. Daß wir lediglich den technischen Beamten die Schulaufsicht überlassen könnten, geht durchaus nicht. Das ist auch nie beabsichtigt worden. Schiffer hat es als eine Anomalie bezeichnet, daß Geistliche über Lehrer die Aufsicht führen. Dieses Wort setzt eine Gesetzwidrigkeit voraus oder einen Ausnahmestand gegenüber dem

Gesetz. Das ist nicht der Fall. Die ganze Einrichtung der geistlichen Schulaufsicht hat sich seit Jahrhunderten historisch entwickelt. Sie ist vielleicht landrechtlich festgelegt oder als selbstverständlich vorausgesetzt worden und ist immer geltenden Rechts geblieben. Der Lehrermangel hat mit der geistlichen Schulaufsicht nichts zu tun. Er ist ausschließlich auf die früher ungenügende Anzahl der Lehrerbildungsanstalten zurückzuführen, auf weiter nichts. Ich habe mit Sorgfalt geprüft, ob die Voraussetzungen vorliegen, unter denen eine hauptamtliche Schulaufsicht einzuführen sei. Zunächst muß doch einmal erst das neue Volksschulunterhaltungsgesetz durchgeführt sein.

16. März. (Forts.) **Funck** (Freis. Vp.): Der Minister habe zwar behauptet, daß er der Frage objektiv gegenüberstehe. Aber es sei doch nicht zu verkennen, daß die Tendenz immer mehr dahin strebe, statt der fachmännischen die geistliche Schulaufsicht einzuführen. Außerdem bemühe man sich, bei der Auswahl geistlicher Schulaufseher möglichst orthodoxe Geistliche auszusuchen — **Heckenroth** (kons.) kann in dem Antrage keine Paarung des konservativen mit dem liberalen Geiste erblicken. — **v. Zedlitz** weist darauf hin, daß diese Frage mit der Religion gar nichts zu tun habe. Auch seine Freunde wollten das Christentum erhalten wissen. Hier sprächen lediglich pädagogische Rücksichten mit. Es gelte, das Gebäude der Schulerziehung und -bildung mit einem krönenden Obergeschoß zu versehen. Es komme darauf an, den Bildungshunger weiter Kreise des Volks zu befriedigen und diese Aufgabe nicht länger den Sozialdemokraten zu überlassen. Außerdem stehe es doch fest, daß die Geistlichen meist viel zu sehr beschäftigt seien, um die Schulaufsicht pädagogisch zufriedenstellend ausüben zu können. Infolgedessen habe die Erklärung des Ministers nach keiner Richtung hin befriedigt. Es könne nichts Gutes geschaffen werden, wenn die Unterrichtsverwaltung im Nebenamte vom Kultusminister verwaltet werde. Durch die Annahme des Antrags müsse die Regierung endlich zu einer großzügigen Reform gedrängt werden, damit die preußische Volksschule wieder die erste werde in der ganzen Welt. — Ministerialdirektor **Schwartzkopff** hebt hervor, der Lehrermangel sei in letzter Linie die Folge der sprungweisen Entwicklung des Volks, die niemand habe voraussehen können. Trotzdem sei der Lehrermangel infolge der dankenswerten Tätigkeit des Kultusministers bedeutend zurückgegangen. — **v. Heydebrand** bemerkt, daß der Ton, den v. Zedlitz gegenüber dem Minister angeschlagen, ein Ton der Mißachtung, seinen Freunden sehr mißfallen habe; diese seien im wesentlichen mit dem Minister einverstanden. — **v. Zedlitz** erwidert, daß es für ihn eine schwere Pflicht gewesen sei, an der Tätigkeit des Ministers eine scharfe Kritik zu üben. Das Verdienst des Ministers erkenne er wohl

an, aber trotzdem und gerade darum verlange man Trennung von Kultus und Unterricht. Wir müssen einen Mann an der Spitze haben, der praktische Erfahrung auf dem Gebiete der Unterrichtsverwaltung hat. Weil wir Kulturaufgaben fördern wollen, müssen wir Stellung gegen die Unterrichtsverwaltung nehmen. — Minister **v. Studt** fühlt sich nunmehr verpflichtet, Rechenschaft über seine bisherige Tätigkeit zu geben. Er gibt eine Übersicht der Gesetze, die in seiner Amtszeit zum Abschluß gebracht sind, und fährt fort: Sie können daraus ersehen, daß mein Ministerium in den sieben Jahren seiner Tätigkeit treu und erfolgreich gearbeitet hat. Wir haben einen Erfolg erzielt, um den sich andre sieben Jahre vergeblich bemüht haben. — **Friedberg** (natlib.): Im Gegensatz zum Kultusminister verlangen wir, daß hier nicht ein Ressortministerstandpunkt vertreten wird, sondern eine einheitliche Politik. Wir verlangen, daß der Ministerpräsident sich mehr um die innern Verhältnisse Preußens kümmert. — Der Antrag wegen Einführung der weltlichen Schulaufsicht wird hierauf gegen die Stimmen der Freikonservativen, Nationalliberalen und Freisinnigen abgelehnt.

18. **März.** Auf Ausführungen des Abg. **v. Zedlitz** über das Schulunterhaltungsgesetz und das in Aussicht stehende Lehrerbesoldungsgesetz erwidert Ministerialdirektor **Schwartzkopff**, daß man sich bei ersterm an die vorhandnen Verhältnisse anlehne. Den geeigneten Mann für den Schulvorstand zu finden, sei Sache der Provinzialbehörden. Mit dem Lehrerbesoldungsgesetz auch die Rektorenfrage zu regeln, erscheine unpraktisch wegen der Schwierigkeit dieser Frage. — **Metzenthin** (kons.) nimmt die Konsistorien gegen den Vorwurf in Schutz, daß sie einseitig orthodox zusammengesetzt seien. — **Cassel** (Frs. Vp.) tritt auf für eine Abtrennung der Medizinalabteilung vom Kultusministerium und erhebt Beschwerde über die ungenügende Anstellung jüdischer Religionslehrer. — Minister **v. Studt:** Über die Abtrennung der Medizinalabteilung und ihre Überweisung an das Ministerium des Innern sind eingehende Verhandlungen gepflogen, die bei der Schwierigkeit der Materie die Frage noch nicht als spruchreif erscheinen lassen. — **Friedberg** verlangt, daß die theologischen Professoren nur nach ihrer Tüchtigkeit und Wissenschaftlichkeit und nach ihrer Befähigung für das Lehramt angestellt werden. Redner weist statistisch nach, daß die Theologen orthodoxer Richtung an den Universitäten rascher befördert werden als die andern. Am besten zeige sich das bei den Privatdozenten. Die kritischen Theologen müßten acht oder neun Jahre warten, während die orthodoxen schon nach fünf Jahren auf Beförderung rechnen konnten. Licht und Schatten würden ganz ungleichmäßig verteilt. Seit dem 1. April 1891 sind aus dem geistlichen Amt in die theologische Professur von

Orthodoxen etwa sieben eingetreten, von den Kritikern aber kein einziger. Seit derselben Zeit sind zwölf Orthodoxe und vier Kritiker Ordinaren geworden. Bezeichnend ist auch der Professorenaustausch mit dem Auslande. Von der kritischen Richtung hat man zehn an das Ausland abgegeben, von der orthodoxen Richtung aber nur drei. Die Folgerungen liegen auf der Hand. Preußen verliert Professoren von Ruf an das Ausland, bloß weil sie kritisch sind. Es ergibt sich schließlich, daß die positive Richtung weit besser befördert wird als die kritische. Ferner werden aus dem Pfarr- und Schulamt nur positive Theologen zum Professor berufen. Preußen nimmt endlich nur Orthodoxe aus dem Auslande auf und gibt kritische Theologen ans Ausland ab. — Minister **v. Studt** beklagt die Art der Statistik Friedbergs, der hier die einzelnen theologischen Professoren mit vollem Namen nach ihrer religiösen Richtung genannt habe. „Das ist ein unliberales Prinzip, das nach außen hin einen peinlichen Eindruck machen muß. Diese Verquickung von Religion und Politik ist bedauerlich. Den verschiednen Bekenntnissen wird an den Universitäten freie Entwicklung gelassen. Das ist immer unser Standpunkt gewesen. Eine einseitige Begünstigung der positiven Richtung findet in unangemessener Art nicht statt." — Ein Regierungskommissar teilt mit, daß zurzeit in Preußen 1300 Ordensniederlassungen der Franziskaner bestehn. Die Regierung wird einer zu weitgehenden Entwicklung des Ordenswesens entgegentreten und die richtigen Grenzen ziehn. — **v. Oldenburg** verlangt, daß auf allen Universitäten wieder die positive Richtung die Überhand gewinnt. Das sei die Richtung, die die überwiegende Zahl des preußischen Volks hinter sich hat. Vergleiche man die einzelnen Gruppen, so komme man zu dem Resultat, daß nur ganz wenige Menschen bei uns auf dem Boden der kritischen Richtung stehn. Daraus folge, daß die kritische Richtung auf den Universitäten gegenüber der positiven ganz enorm bevorzugt wird.

19. März. Beim Kapitel „Elementarunterrichtswesen" bringt Kreth (kons.) die ungerechte Verteilung der Schullasten zur Sprache, die seit dem Schulunterhaltungsgesetz besonders drückend geworden sei. Ministerialdirektor Schwartzkopff entschuldigt diesen Zustand mit der Übergangszeit. — **v. Kardorff** bedauert, daß der Unterricht in den Volksschulen nicht mehr und wirksamer zur Bekämpfung der Sozialdemokratie beitrage. Redner wünscht eine weltliche Schulaufsicht, wie ja auch nicht ein Marineoffizier, der sechs Wochen Reitunterricht genommen hat, eine Kavallerieschwadron inspizieren könne.

21. März. Ein Antrag von Resnitzek (freikons.) auf Einführung der Ostmarkenzulage auch für die gemischtsprachigen Teile Schlesiens wird angenommen.

10. April. Zum Kultusetatskapitel über die Universitäten regt **Trimborn** die Schaffung besondrer Lehrstühle für Sozialrecht an, und zwar für soziales Versicherungsrecht, Arbeiterversicherung und Arbeiterrecht. — Regierungskommissar Geheimrat **Elster** erwidert, daß diese Gegenstände schon sehr eingehend in den nationalökonomischen Vorlesungen behandelt würden. — **v. Arnim** (kons.) hebt hervor, daß auf den Universitäten die Zahl der studierenden Ausländer jährlich zunehme, in Berlin allein studierten fast ein Viertel sämtlicher Ausländer. Jedenfalls könne verlangt werden, daß Ausländer dieselbe Vorbildung besitzen wie die einheimischen Studierenden. Ferner müßte für die Ausländer ein späterer Annahmetermin festgesetzt werden, damit die Überfüllung dieser oder jener Universität durch Ausländer vermieden werden könne. — Minister **v. Studt** weist darauf hin, daß die Frage auch vom internationalen Standpunkt beurteilt werden müsse. In neuerer Zeit seien die Ausländer auch nicht politisch hervorgetreten. In Preußen studierten insgesamt nur 1047 Ausländer. — von Böhlendorff fordert von neuem ein Ordinariat für Kolonialrecht, dessen Errichtung allerdings erst eingehende Studien in den Kolonien vorangehn müßten. — Ein Abgeordneter wünscht Lehrstühle für soziale Medizin.

11. April. Die Beratung des Etats der Universitäten führt unter anderm zur Annahme eines Antrags von Fritsch, die Staatsregierung zu ersuchen, den Bestrebungen zur Vereinheitlichung der deutschen Stenographie tunlichste Förderung und Mitwirkung zuteil werden zu lassen.

13. April. Zum Unterrichtsetat wird ein Antrag angenommen, die Staatsregierung zu ersuchen, eine Gleichstellung der Oberlehrer an den höhern Lehranstalten im Gehalt mit den Verwaltungsbeamten und Richtern zu bewirken, und daß diese Gleichstellung „im Rahmen der demnächst bevorstehenden allgemeinen Neuordnung der Beamtengehälter" erfolgen solle.

15. April. Beim Kapitel Höhere Lehranstalten verliest der Minister **v. Studt** eine Darlegung über den gegenwärtigen Stand der Reform des höhern Mädchenschulwesens. In der höhern Mädchenschule solle ein größeres Gewicht auf den Verstandesunterricht gelegt, die Sprachen sollen mehr gepflegt, außer dem Rechnen solle jetzt auch Mathematik getrieben werden. Nach Abschluß der höhern Mädchenschule solle sich eine Fortbildungsschule einerseits für allgemeine Weiterbildung und andrerseits für Vorbereitung für die Frauenberufe und zum Studium anschließen, eine andre Fortbildungsschule (Lyzeum) solle die Mädchen für ihren spätern Beruf als Hausfrauen vorbereiten. Daneben sollten sogenannte Studienanstalten mit Gymnasialunterricht geschaffen werden.

18. April. Beim Etat der Staatsschuldenverwaltung geht Minister **v. Rheinbaben** auf die erfolgte Ausgabe von 400 Millionen 4prozentiger Schatzanweisungen des Reichs und Preußens und die ungünstigen Ergebnisse der vorjährigen Anleihe ein, die zahlreiche Verluste zur Folge gehabt und eine gewisse Abneigung gegen die Staatsanleihen hervorgerufen hätte, die im Ernstfalle von den

allerbedenklichsten Folgen sein könnte. England und Frankreich stünden in dieser Beziehung viel günstiger da, weil sie sich große Reservoirs zur Aufnahme ihrer Anleihen geschaffen hätten; solche Reservoirs würden bei uns die Sparkassen bilden können, die sich noch lange nicht hinreichend der Staatspapiere zur Anlage der Spareinlagen bedienten. Um nicht den Stand der Staatspapiere noch weiter zu drücken, und vor allem um keine Deroute in den Kommunalanleihen herbeizuführen, habe man von der Ausgabe von vierprozentigen Staatsanleihen abgesehen und vierprozentige Schatzanweisungen auf fünf Jahre ausgegeben.

Beim Etat der Bauverwaltung bringt **v. Pappenheim** die Frage der Erhebung von Schiffahrtsabgaben zur Sprache. — Minister **Breitenbach**: Diese Abgaben sollen die Ungerechtigkeit beseitigen, die dadurch entsteht, daß die Verbesserungen der Schiffahrtsstraßen den Interessenten auf Kosten aller Steuerzahlenden zugute kommen. Es ist falsch, daß die preußische Eisenbahnverwaltung im Interesse ihrer Eisenbahnfinanzen die Erhebung von Schiffahrtsabgaben wünscht; das hat sie gar nicht nötig. Außerdem wird mit der Erhebung der Schiffahrtsabgaben eine Verbesserung der Wasserstraßen Hand in Hand gehen, dadurch werden aber den Eisenbahnen wieder Güter entzogen. Hoffentlich werden sich die andern Bundesstaaten und die Interessenten von der Berechtigung der Einführung dieser Abgaben überzeugen lassen, zu diesem Zwecke werde ich eine authentische Auslegung des Art. 54 der Reichsverfassung durch den Bundesrat veranlassen.

20. April. Fritsch und Krause bezeichnen eine Trennung des Ministeriums für öffentliche Arbeiten in ein Verkehrsministerium und ein Wasserbauministerium für notwendig. Die öffentlichen Arbeiten seien bereits allzusehr angewachsen. Selbst der tüchtigste Mann könne allein diese Fülle von Arbeiten nicht bewältigen.

22. April. Die Beratung des Etats der Ansiedlungskommission für Westpreußen und Posen dreht sich besonders um die Denkschrift der Ansiedlungskommission, die, wie jährlich, über die Ausführung des Gesetzes vom 26. August 1886, betreffend die Beförderung deutscher Ansiedlungen in den Provinzen Westpreußen und Posen, für 1906 vorgelegt ist.

Über das Ankaufsgeschäft wird darin ausgeführt:

Das Güterangebot des Jahres 1906 bleibt hinter dem Güterangebot der Vorjahre hinsichtlich des Flächenumfanges nicht unerheblich zurück. Im Jahre 1906 sind 368 Güter mit zusammen 102464 ha Flächeninhalt (1905: 325 mit 115,053 ha) angeboten worden. Ebenso wie das der kleineren Güter ist auch das Angebot bäuerlicher Grundstücke unter 100 ha im Jahre 1906, selbst gegenüber dem starken Angebot des Vorjahres, in besorgniserregender Weise weiter gestiegen. Insgesamt hat der

Ansiedlungskommission im Jahre 1906 ein Landangebot von 130259 ha oder rund 23 Quadratmeilen neu vorgelegen gegen 136230 ha 1905, 216675 ha 1904, 245813 ha 1903. Angekauft wurden 1906: 21 Rittergüter, 50 teils größere, einen selbständigen Gutsbezirk bildende, teils kleinere Landgüter und 96 Bauernwirtschaften, und zwar sämtlich im freien Grundstücksverkehr, außerdem sind zwei Staatsdomänen gegen Entschädigung übernommen worden.

Graf Praschma (Ztr.): Die Denkschrift der Ansiedlungskommission zeugt vielfach von einem erfreulichen Fortschritt. Wir sind weit davon entfernt, zu leugnen, daß hier ein Werk von eminent kultureller Bedeutung geschaffen wird. Das ändert aber nichts an unsrer ablehnenden Haltung. Wir sind gegen jedes Ausnahmegesetz, damit die Bewohner der früher polnischen Landesteile sich als wirkliche Preußen fühlen. Das Ergebnis der Ansiedlungspolitik in den letzten Jahren ist vielfach doch recht bedenklich. Der Flächeninhalt des der Kommission angebotnen Grund und Bodens ist in den letzten vier Jahren um fünfzig Prozent gesunken, unter dem angebotnen Lande war nur zehn Prozent in den Händen von Polen. — **v. Skarzynski** (Pole): Durch die Tätigkeit der Ansiedlungskommission ist eine außerordentliche Steigerung der Güterpreise herbeigeführt worden, so 1905 bis 1906 von 1167 auf 1490 Mark. Hiervon habe der deutsche Grundbesitz den Hauptvorteil gehabt. Er sei jetzt schon in Posen überwiegend, in Westpreußen mehr als das Doppelte des polnischen Besitzes. Trotzdem wolle man der Ansiedlungskommission noch weitere Befugnisse geben. Man wolle nur die unbequeme Konkurrenz des polnischen Bauern beseitigen, den auf seiner Scholle alt gewordnen Arbeiter an seinem Lebensabend von dort vertreiben. Aber einst werde den Polen ein Rächer erstehen. — Minister **v. Arnim**: Die Staatsregierung ist zu ihrer heutigen Polenpolitik getrieben worden, nachdem sie jahrzehntelang durch Güte die Polen zu treuen preußischen Untertanen zu machen versucht hat. Daß die Verhältnisse dadurch zunächst noch schlimmer werden würden, war zu erwarten, mußte aber in Kauf genommen werden. Die preußische Regierung werde zu ihrer Haltung gedrängt, die Politik mache niemand Freude; aber die Regierung werde unbekümmert und ohne Schwanken diesen Weg weiter gehn. Man wolle nicht die Polen germanisieren, sondern in den polnischen Gebieten eine deutsche Bevölkerung schaffen, die der polnischen auf politischem Gebiete die Wage hält, und ein weiteres Vordringen der Polen verhindern.

Dritte Beratung im Abgeordnetenhause.

26. April. Zum Etat des Kultusministeriums führt **Friedberg** (natlib.) aus, daß die Niederlassung der Franziskaner in Oberschlesien in evangelischen Kreisen große Beunruhigung hervorgerufen habe. Die Regierung hätte daher vorsichtiger sein müssen.

Der Minister befinde sich anscheinend noch immer in der Stimmung, die er nicht los werden könne, daß man mit dem Zentrum gehen müsse. — Minister **v. Studt** antwortet, daß er auf die Ausführungen des Vorredners nicht mehr eingehen werde, da sie weiter nichts als eine Tendenz, ihn anzugreifen, darstellten. — **Friedberg** erwidert, daß das Verhalten des Ministers seinen sachlichen Ausführungen gegenüber illoyal sei. — Vizepräsident Krause ruft den Abgeordneten wegen dieses dem Minister gemachten Vorwurfes unter lautem Beifall des Zentrums zur Ordnung. — **Schiffer** (natl.) begründet den Antrag, die Staatsregierung zu ersuchen, in eine allgemeine Prüfung der Frage einzutreten, inwieweit der Volksschulunterricht den Anforderungen des Lebens genügt, und auf welche Gründe die etwa festzustellenden Mängel zurückzuführen sind, und die Ergebnisse dieser Prüfung in einer Denkschrift mitzuteilen.

27. April. Voltz weist auf die mit der großpolnischen Bewegung in Verbindung stehende Wirksamkeit der Niederlassung von Franziskanern in Oberschlesien, dicht an der österreichischen Grenze hin; er beklagt die Nachgiebigkeit der Regierung, die durch die Erlaubnis für diese Franziskanerniederlassung einen Mittelpunkt der großpolnischen Agitation geschaffen habe.

7. Mai. Nachträglich wird ein in der zweiten Etatsberatung aus Versehen abgelehnter Antrag genehmigt; es wird nämlich auf Antrag von Arendt (kons.) beschlossen:

Der Staatsregierung das lebhafte Bedauern auszusprechen, daß es nicht möglich gewesen ist, die in der Thronrede angekündigte Vorlage zum Schutze des Deutschtums in der laufenden Session einzubringen, und sie aufzufordern, durch die für die nächste Tagung in bestimmte Aussicht genommene Vorlage für eine kräftige und wirksame Fortführung der Bodenpolitik zum Schutze des Deutschtums in den Ostmarken zu sorgen und dabei insbesondre von folgenden Gesichtspunkten auszugehen: 1. der Schwerpunkt der Tätigkeit ist auf die Erhaltung des deutschen größern und kleinern Grundbesitzes zu legen, namentlich durch Gewährung billigen Kredits und durch Maßregeln, die geeignet sind, dem Übergange deutschen Grundbesitzes in polnische Hand entgegenzuwirken. Demzufolge ist auch der Landerwerb der Ansiedlungskommission so einzurichten, daß eine ungesunde Preissteigerung vermieden wird; 2. kräftiger und planmäßiger als bisher ist auf die Heranziehung und Ansiedlung deutscher Arbeiter auf dem Lande und in den Städten auch unter Mitwirkung der staatlichen Betriebsverwaltungen Bedacht zu nehmen; 3. die Organisation der Ansiedlungsbehörden ist zu vereinfachen.

5.

Beratung im Herrenhause.

6. Mai. Der Berichterstatter des Ausschusses, **Graf v. Keyserlingk**, weist darauf hin, daß der vorliegende Etat, dank dem neuen

Handelsvertrage, eine Erstarkung des wirtschaftlichen Lebens erkennen lasse; es sei zu hoffen, daß sich die Befriedigung der Ansprüche der Beamten ohne ein weiteres Anziehen der Einkommensteuerschraube durch größere Sparsamkeit auf andern Gebieten werde erreichen lassen. — **Graf v. Mirbach** verlangt eine Vereinfachung und Verbilligung der sozialen Gesetzgebung; es müsse vermieden werden, daß die Organisation der Sozialdemokratie zugute kommt. Deren Bekämpfung sei noch nicht erreicht worden; denn die berechtigte Fürsorge für die untern Volksklassen habe dahin geführt, daß ihnen auch Rechte anvertraut sind, auf die sie nicht die geringste Spur von Anspruch haben. — Minister **v. Rheinbaben**: Es ist das erfreuliche Kennzeichen unsrer wirtschaftlichen Lage, daß die Industrie nicht mehr so wie früher vom Auslande abhängig ist, sondern daß das Volk infolge der steigenden Kaufkraft selbst der beste Abnehmer für die Industrie ist. Darin erweist sich die Richtigkeit der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik. Alle Befürchtungen, die sich an die Handelsverträge knüpften, haben sich als irrig erwiesen, die Industrie ist nicht geschädigt, wohl aber ist die Kaufkraft der Landwirtschaft gesteigert worden, und davon hatte auch die Industrie Vorteil. Eine Regierung, die die Interessen des Landes kennt, wird von dem jetzt beschrittnen Wege niemals wieder abweichen. — **Graf Königsmarck** und **Fürst Hatzfeld** treten gegen eine Erhöhung der Einkommensteuer auf. — **v. Buch** hält die Art, wie jetzt die Frage der Beamtengehälter in den Parlamenten behandelt wird, für einen staatsgefährlichen Mißstand. Die Parteien wetteiferten um die Gunst der Beamten.

7. Mai. Auf Antrag v. Burgsdorffs wird beschlossen, die Regierung zu ersuchen, ihren Einfluß im Bundesrat dahin geltend zu machen, daß die Fahrkartensteuer, die zuzüglich der Personentarifreform den Verkehr, besonders auf weite Entfernungen, sehr bedeutend belastet, möglichst bald wieder aufgegeben werde, zumal weil diese Steuer die preußischen Finanzen erheblich schädige und dem Reich andre, umfassendere Steuerquellen zu Gebote stehn.

8. Mai. Über die Frage einer Justizreform bringt Adickes Pläne vor, auf die aber der Justizminister nicht eingeht; dagegen stellt er für den Reichstag einen Gesetzentwurf über das amtsgerichtliche Verfahren in Aussicht.

10. Mai. Zum Kultusetat wendet sich Professor Reinke aus Kiel gegen den von Professor Häckel in Jena gegründeten Monistenbund, der auf kirchlich-geistigem Gebiete umstürzlerisch wirken wolle ebenso wie die Sozialdemokratie auf wirtschaftlichem Gebiete. Der Monismus müsse mit Gewalt bekämpft werden, da er zur Propaganda der Tat übergehe. Der Monismus versuche außerdem, die

wahre Wissenschaft unter das kaudinische Joch der Unwissenschaftlichkeit zu beugen. Der Staat müsse dieser Bewegung und Lehre entgegentreten, am wirkungsvollsten durch Verbesserung des naturwissenschaftlichen Unterrichts in den Schulen. — Minister **v. Studt** erwidert, daß er in eine Prüfung eintreten werde, inwieweit und wodurch dem Einflusse des Monismus auf die lernende Jugend entgegengetreten werden könne. In erster Linie müsse aber im freien Kampfe der Geister die Gelehrtenwelt diese Lehre bekämpfen. Im übrigen sei eine Sachverständigenkommission einberufen worden, die die Frage des biologischen Unterrichts an den klassischen Gymnasien prüfen solle. — **Graf York v. Wartenburg** weist auf die großpolnische Agitation in Oberschlesien hin, die erschreckende Fortschritte gemacht habe. Schuld daran trage die katholische Geistlichkeit. Noch schlimmer sei die Agitation, die jenseits der Grenze von den geistlichen Orden getrieben werde. Der Franziskanerorden habe zu Wallfahrtszwecken zwei große Niederlassungen eingerichtet, die durch ihren Zuzug von jenseits der Grenze der polnischen Agitation Vorschub leisten. Von Staats wegen müsse gegen diese Gefahr eingeschritten werden. — Minister **v. Studt** erwidert, die Franziskanerniederlassungen seien genehmigt worden, nachdem bereits seit 1889 und 1895 alte Niederlassungen dieser Art in Oberschlesien bestanden haben, deren Tätigkeit als vollkommen einwandfrei anerkannt worden sei. Die Niederlassungen seien gerade deshalb gestattet worden, um den Einfluß einer Kette andrer Ordensniederlassungen jenseits der Grenze, deren nationalpolnische Tendenz nicht zu verkennen sei, auszugleichen.

11. Mai. Bei weiterer Beratung des Kultusetats stellt der Ministerialdirektor **Schwartzkopff** eine baldige Regelung des Lehrerbesoldungsgesetzes in Aussicht. — Sodann tritt der Feldmarschall **Graf v. Häseler** für eine weitere Ausbildung der Jugend auf dem Lande nach Beendigung der Schulzeit auf. — **v. Koscielski** kommt auf den polnischen Schulstreik zurück und sagt: Ich kenne keine großpolnische Bewegung, sondern nur eine berechtigt polnische Bewegung, die alle Polen umfaßt, und auf deren Fahne steht die Forderung der Gleichberechtigung. Der Schulstreik ist zurückzuführen auf die Freiheit, die der Minister seinen untergebnen Beamten gelassen hat. Man bestraft aber nicht nur die Eltern, deren Kinder am Schulstreik teilnehmen, sondern auch ihre Geschwister, die höhere Schulen besuchen. — **Fürst Radziwill** versichert, die polnische Fraktion des Reichstags habe niemals staatsfeindlich gehandelt, sondern durchaus berechtigte Interessen der Polen vertreten. — Minister **v. Studt** erwidert: Der Schulstreik kann nur als eine nationalpolnische Machtprobe angesehn werden. Er ist ein völlig unberechtigtes, ja sogar ein revolutionäres Mittel. Die Regierung wird von ihrem Wege, den sie als

richtig erkannt hat, nicht abweichen. Die Polonisierung der Deutschkatholiken wird eifrig betrieben. Darüber habe ich aktenmäßige Beweise. Mit den uns gegebnen Mitteln werden wir innerhalb der gesetzlichen Grenzen den Kampf mit aller Energie fortführen. — Oberbürgermeister **Wilms** aus Posen: Die politische Tätigkeit des Klerus ist zu verurteilen; sie entspricht nicht den geistlichen Aufgaben. Redner ist der Ansicht, daß der Schulstreik zwar aus religiösen Gründen entstanden sei, daß er jetzt aber vollständig politisch geworden wäre. Im Herzen vieler Polen ist der Wunsch lebendig, wieder die frühern Zustände zu schaffen. — **Graf Ballestrem** versichert, daß es in Oberschlesien keine Nationalpolen gebe. — **v. Durant** wendet sich gegen die kritischen Theologen und Professoren; Professor **Löning** aus Halle tritt für die liberale Richtung im Christentume ein.

6.

Feststellung des Staatshaushaltsetats für 1907.

13. Mai. Gesetz, wonach die Einnahmen und die Ausgaben, wie in der Vorlage, auf je 3187109250 Mark, jedoch, abweichend von der Vorlage, die fortdauernden Ausgaben auf 2902981840, die einmaligen und außerordentlichen Ausgaben auf 284127410 Mark festgestellt werden.

II.

Nachtrag zum Staatshaushaltsetat für 1907.

5. Juni. In dem Entwurf dieser Vorlage werden 7964680 Mark für Teuerungszulagen für die untern Beamten gefordert. Insgesamt sind für diesen Zweck 11 Millionen Mark vorgesehn, von denen 3 Millionen bereits im Etat stehn. Es werden, zum Unterschied von der Regelung im Reiche, nur die untern Beamten mit einer Teuerungszulage von 100 Mark bedacht. Die mittlern Beamten, für die die Anträge aus dem Hause dieselbe Berücksichtigung forderten wie im Reiche, nämlich mit 150 Mark, gehn nach der Vorlage leer aus. — Die Beratung wird verbunden mit der über die von den verschiednen Parteien gestellten Anträge auf Erhöhung der Beamtenbesoldungen. Die Budgetkommission beantragt, sämtliche Anträge und Beamtenpetitionen der Staatsregierung als Material zu überweisen. — **Gyßling** (Frs. Vp.) und **Brömel** (Frs. Vgg.) beantragen, die Staatsregierung zu ersuchen, noch in der laufenden Session einen Nachtragsetat vorzulegen, durch den allen etatsmäßigen und diätarisch beschäftigten mittlern Beamten, deren Gehalt den Betrag von 4200 Mark nicht übersteigt, je 150 Mark als außerordentliche einmalige Beihilfen gewährt werden.

Dazu bemerken: **v. Arnim:**

Es sei sehr bedauerlich, daß die Regierung nicht noch habe weiter gehen können, zumal da dieses im Reiche geschehen sei. Es würde besser gewesen sein, wenn man sich im Reiche vorher mit dem größten Bundesstaat verständigt hätte. Es sei aber doch besser, nicht über dasjenige hinauszugehen, was man aus seinen Mitteln leisten könne, und nicht, wie im Reiche, die Deckung erst in eine Zeit von drei Jahren später zu verlegen. Davor möge uns eine gesunde, verständige und solide Finanzpolitik nicht nur jetzt, sondern auch auf die Dauer bewahren. — **Schiffer** (natl.): Es muß für die mittlern Beamten auch etwas geschehen. Einen Vorwurf können wir dem Finanzminister nicht daraus machen, daß er dem Vorgehn des Reichs nicht gefolgt ist. Die Finanzverhältnisse des Reichs sind andre als die Preußens, wenn auch nicht bessere. Das Reich ist freigebig auf unsre Kosten. Wir müssen auf die Steuerzahler Rücksicht nehmen und hoffen, daß das in Aussicht gestellte Gesetz über die Umgestaltung der gesamten Beamtenverhältnisse zu einer innern und äußern Beruhigung der Beamten beitragen wird. — Minister **v. Rheinbaben**: Es ist im Leben sehr viel leichter, Wünsche zu äußern, als sie zu erfüllen, und ich habe manchmal die Abgeordneten darum beneidet, daß sie in der angenehmen Lage sind, Wünsche zu äußern und uns die Verantwortung zu überlassen. Ich würde mich sehr gern einmal auf ein Wechselgeschäft einlassen, wenn ich Ihnen die Verantwortung übertragen könnte. Es wäre mir in hohem Maße erwünscht, wenn ich meine Zustimmung zu dem Antrage geben könnte. Ich kann es aber nicht. Ich habe die Hand geboten zu einer erheblichen Aufbesserung der Beamten im Außendienst und zur Besserung der Pensions- und Relictenbezüge, und ich habe vor meinem Gewissen getan, was ich tun konnte. Wir können uns durch die Sympathie des Herzens nicht abbringen lassen von den strengen Grundsätzen einer gesunden Finanzgebarung, die wir in Preußen haben, während das Reich minder strenge Grundsätze hat. Die Gewährung einer Zulage von 150 Mark an die mittlern Beamten würde 18 Millionen Mark erfordern. Wo sollen wir diese im gegenwärtigen Moment hernehmen? Im neuen Etat sind die Eisenbahneinnahmen so hoch gespannt worden wie noch in keinem frühern Jahre. Wir haben sie um 12 vom Hundert höher angesetzt als in den beiden vorherliegenden Jahren, während wir sonst nur eine Steigerung von 8 vom Hundert vorgenommen haben. Die Eisenbahnverwaltung muß 70 Millionen Mark mehr herauswirtschaften gegen das vorhergehende Jahr. Das Ergebnis der direkten Steuern ist ja sehr günstig gewesen, aber von ihren Erträgen werden bereits 8 Millionen Mark durch den vorliegenden Nachtragsetat absorbiert. Die ungedeckten Matrikularbeiträge beliefen sich im diesjährigen Reichsetat auf 103 Millionen Mark. Man hat sie durch verschiedne Manipulationen, namentlich durch eine Erhöhung der Erträge der Zölle, auf 88 Millionen Mark herabgebracht. Zur Deckung der auf uns entfallenden Matrikularbeiträge müssen wir auf die Ergebnisse der Einkommensteuer zurückgreifen. Wir müssen auch daran denken, daß zu einer vorsichtigen Finanzwirtschaft auch eine mäßige Reserve für außeretatsmäßige Ausgaben gehört. Wir können jetzt nicht den mittlern Beamten die Zusage gewähren, um dann mit einem Defizit abzuschließen. Es kommt hinzu, daß wir auch die Lehrer an einer Aufbesserung der mittlern Beamten teilnehmen lassen müßten. Wir können nicht jetzt zur Erhöhung der Einkommensteuer schreiten und im nächsten Jahre wiederum.

v. Zedlitz: Mit Rücksicht auf die bevorstehende einheitliche Regelung der gesamten Beamtengehälter lehnen wir den Antrag der Freisinnigen ab.

Einer organischen Ausgestaltung der Vermögens- und Einkommensteuer werden wir auf die Dauer nicht entgehen können; wir werden die Einkommensteuer von 4 auf 5 für einige Jahre erhöhen müssen. — Minister **v. Rheinbaben** hat die ernstesten Bedenken gegen diese Vorschläge.

6. Juni. Es wird eine Reihe von Anträgen gestellt, jedoch wird nur der Antrag an die Kommission gewiesen, der dahin geht, in den vorliegenden Nachtragsetat einen neuen Titel einzufügen, durch den sofort 5 Millionen Mark zur einmaligen Verstärkung des Fonds für Unterstützungen von mittlern Beamten in allen Verwaltungen behufs Verwendung zugunsten der am geringsten besoldeten etatsmäßigen und diätarisch beschäftigten mittlern Beamten gefordert werden. — Minister **v. Rheinbaben** erklärt, daß er gegen den Kompromißantrag Bedenken nicht erheben wolle. Achtzehn Millionen aufzubringen, wäre ihm unmöglich gewesen, fünf Millionen aber werde er wohl aufbringen können. (Gesetz v. 22. Juni 1907.)

III.

Dienstbezüge der Staatsangestellten.

14. Februar. Beratung eines von der nationalliberalen Fraktion eingebrachten Antrags, für die laufende Session eine Kommission für Vorschläge zur Regelung der Dienstbezüge der Staatsangestellten einzusetzen, der die Vorberatung der einschlägigen Petitionen zu überweisen ist. Begründet wird der Antrag durch **Schiffer** (natl.): Es ist erneute Beunruhigung in die Beamtenschaft getragen. Immer neue Petitionen der Beamten kamen und bewiesen, daß die ganze Grundlage einer Revision unterzogen werden müsse. Die ganze Gesetzgebung der neuern Zeit ist auf Kosten der Beamtenschaft gemacht. Alle andern Stände konnten ihre eignen Preise erhöhen, die Beamten erhielten aber keine Gehaltserhöhungen. Unsre ganze Beamtenschaft ist in ihren Existenzbedingungen herabgegangen. Wenn uns die Regierung sofort eine Vorlage bringen wollte, würden wir den Antrag als erledigt angesehen haben. Diese Überzeugung haben wir aber leider nicht. Deshalb müssen wir selbst Hand anlegen, um Beruhigung in den ganzen riesigen Beamtenkörper zu tragen. Die Not der Zeit schreit dringend nach Abhilfe. — Minister **v. Rheinbaben** erwidert: Die Budgetkommission darf nicht ausgeschaltet werden schon wegen der Deckungsfrage. Eine allgemeine Revision der Gehälter würde zu einer Steigerung der Einkommensteuer führen. Aus den Überschüssen der Einzelressorts wäre der Mehrbedarf nicht zu decken. Wenn auch die Einnahmen der Eisenbahnverwaltung in diesem Etat auf 204 Millionen angesetzt sind, so steht diesen doch ein Mehrbedarf für die Ausgaben in Höhe von über 200 Millionen entgegen,

sodaß nur noch ein geringer Überschuß von 3,9 Millionen übrig bleibt. Die generelle Regelung der Gehaltsaufbesserungen würde etwa hundert Millionen kosten, das würde eine Erhöhung der Einkommensteuer um fünfzig Prozent bedeuten. Die Beamtenfürsorge darf nicht als Sache des Parlaments angesehen werden, sondern als Sache der Verwaltung. Die Einsetzung einer besondern Kommission würde die bedenklichste Rückwirkung auf andre Kategorien von Beamten haben. Anstatt eine Verminderung des Petitionssturmes zu erlangen, würde ein Signal gegeben werden zu einem noch verstärkten Ansturm der Beamten. Die Unzufriedenheit wird durch Annahme dieses Antrages unabsichtlich gefördert. Die Schürung der Unzufriedenheit wird bisher namentlich von gewissen Fachzeitschriften der Beamtenkreise betrieben; diese Tätigkeit würde noch gesteigert werden, und deshalb ist der Antrag der nationalliberalen Partei vom Standpunkte der Disziplin zu verwerfen. Wir werden auch in Zukunft dem Bedürfnis entsprechende Gehaltsverbesserungen vornehmen. — Nachdem sich mehrere Redner gegen den Antrag ausgesprochen haben, wird er abgelehnt.

15. Februar. Fünf Anträge verschiedner Fraktionen zur Frage der Erhöhung der Beamtenbesoldungen werden an die Budgetkommission gewiesen.

IV.

Änderung der Gesetze für Beamtenpension und betreffend die Fürsorge für Witwen und Waisen von Staatsbeamten.

14. März. Beratung des Herrenhauses 1. über einen Gesetzentwurf, der den Zivilbeamten die gleichen Wohltaten wie den Offizieren und Militärbeamten das Militärpensionsgesetz von 1906 gewährt.

Neben der Erhöhung der Pensionssätze haben die Reichsgesetze vom 31. Mai 1906 insbesondre eine Besserstellung der Hinterbliebnen der Militärpersonen herbeigeführt. Während früher den Hinterbliebnen von Militärpersonen gleich wie denen von Zivilbeamten die Pension nur noch für einen Monat nach dem Sterbemonate weiter gezahlt wurde, ist diese Gnadenzahlung nunmehr auf drei im voraus in einer Summe zu zahlende Monatsbeträge der Pension oder Rente erhöht worden. Diese Änderung soll der mißlichen Lage gerecht werden, in die die Hinterbliebnen unmittelbar nach dem Tode des Ernährers infolge der erheblichen, meist sofort zu deckenden Kosten für Beerdigung, Arzt, Heilmittel, für Auflösung des Mitverhältnisses, Umzug oft geraten. Die gleichen Gründe lassen es angezeigt erscheinen, auch den Hinterbliebnen der Zivilbeamten dieselbe Erhöhung der Gnadenbezüge zuzubilligen.

2. über einen Gesetzentwurf betreffend Fürsorge für Witwen und Waisen der unmittelbaren Staatsbeamten vom 20. Mai 1882 und des Gesetzes vom 1. Juni 1897.

Finanzminister Freiherr **v. Rheinbaben**: Die Vorlegung des Gesetzes ist mit größter Beschleunigung erfolgt, weil Rücksicht zu nehmen war auf das parallele Vorgehen im Reich. Das Gesetz soll an den Grundlagen der bestehenden Pensionsgesetze nichts ändern. Es sollen dadurch nur die Zivilbeamten die gleichen Wohltaten genießen, die den Offizieren durch die Reichsgesetze vom 31. Mai 1906 zu teil geworden sind. Die Pensionen werden dadurch um $^5/_{60}$ in allen Stufen erhöht. Auch ist an Stelle des sogenannten Gnadenmonats beim Tode des Ernährers ein volles Gnadenquartal des Gehalts an die Hinterbliebnen getreten. Eine rückwirkende Kraft des Gesetzes haben wir nur bei den Kriegsteilnehmern zugestehn können. Eine ebenso erhebliche Steigerung resultiert ja auch für die Witwen und Waisen, die Mindestpension für junge Witwen ist von 160 auf 300 Mark erhöht worden. Die Vorlagen erfordern insgesamt einen Aufwand von 16 Millionen. Das stellt also eine wesentliche Verbesserung der Pensionsverhältnisse dar; darüber hinaus aber können wir bei unsrer Finanzlage nicht gehen.

19. März. Das Herrenhaus nimmt die Vorlage an.

13. April. Erste Beratung im Abgeordnetenhause. Ein konservativer Redner erklärt, daß seine Partei mit Rücksicht auf die allgemeine Finanzlage für höhere Forderungen nicht zu haben sei; andre Redner tadeln, daß die Gesetze zuerst dem Herrenhause vorgelegt worden seien. Wieder ein andrer verlangt eine besondre Berücksichtigung der Beamten, die den Feldzug mitgemacht haben, und Anrechnung der kommunalen Dienstzeit bei den Staatsbeamten.

1. Mai. In zweiter Beratung wird zum erstern Gesetzentwurfe beschlossen, daß bei Zivilbeamten und Militärpersonen die Dienstzeit gleichmäßig vom achtzehnten Jahr an gerechnet wird, und daß den in den Ruhestand tretenden Schulaufsichtsbeamten im Hauptamte nach Maßgabe dieses Gesetzes die gesamte Zeit als Dienstzeit anzurechnen ist, während der sie im öffentlichen Schuldienste oder im Dienste als Pfarrer einer evangelischen Landeskirche oder der katholischen Kirche gestanden haben. — Der zweite Gesetzentwurf wird unverändert angenommen.

2. Mai. Dritte Beratung dieser beiden Vorlagen. (Gesetze vom 27. Mai 1907.)

V.

Pensionierung der Volksschullehrer.

2. Mai. Erste Beratung von Novellen zum Gesetze, betreffend die Pensionierung der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen und zu dem Gesetz, betreffend die Fürsorge für die Witwen und Waisen der Lehrer an den öffentlichen Volksschulen.

Kultusminister v. Studt: Die beiden Novellen wollen dem Lehrerstande dieselben Vorteile zuwenden, die in den Novellen für die Staatsbeamten vorgesehen sind. Sie sind auf denselben Grundlagen aufgebaut, wie die Novellen für die Pensionierung und Reliktenversorgung der Staatsbeamten. Was die finanzielle Tragweite anlangt, so ist die Staatsregierung bereit, um die Ruhegehaltskassen in den Stand zu setzen, die durch dieses Gesetz erforderlichen Mehrausgaben ohne wesentliche Mehrbelastung der Schulverbände zu decken, eine Erhöhung der aus der Staatskasse gezahlten Pensionen von 600 Mark eintreten zu lassen. (Gesetz vom 10. Juni 1907.)

VI.

Richterbesoldungsgesetz.

13. April. Erste Beratung des Abgeordnetenhauses über den Entwurf eines Richterbesoldungsgesetzes, das die Gehälter nach Dienstaltersstufen regelt. Es lauten die grundlegenden Bestimmungen:

§ 1. Die Gehälter der Richter werden, soweit sie nicht Einzelgehälter sind, nach Dienstaltersstufen geregelt. — § 2. Das für die Bemessung des Gehalts maßgebende Dienstalter beginnt in jeder Gehaltsklasse mit dem Tage der ersten etatsmäßigen Anstellung in einem zu dieser Gehaltsklasse gehörenden Richteramt. Als Tag der Anstellung gilt der Tag, von dem ab der Angestellte das Diensteinkommen der Stelle zu beziehen hat. Die Verleihung der Zulagen erfolgt von dem ersten Tage eines jeden Kalendervierteljahrs ab an die Beamten, die an diesem Tage das maßgebende Besoldungsdienstalter erreichen oder es im vorhergehenden Kalendervierteljahr erreicht haben. Das Besoldungsdienstalter hat auf die Bestimmung des in andern Beziehungen maßgebenden Dienstalters keinen Einfluß. — § 3. Bei de ersten etatsmäßigen Anstellung eines Gerichtsassessors als Landrichter oder Amtsrichter wird von dem Zeitraume, der zwischen dem Tage des Dienstalters als Gerichtsassessor und dem Tage der Anstellung liegt, der fünf Jahre übersteigende Teil bis zur Höchstdauer von zwei Jahren auf das Besoldungsdienstalter angerechnet.

Minister **Beseler** erklärt, der Gesetzentwurf sei die Ausgestaltung der Erklärungen der Regierung bei der zweiten Etatsberatung in Form eines Gesetzes; außerdem will der Gesetzentwurf die richterlichen Beamten mit den Verwaltungsbeamten gleichstellen. Eine Erhöhung des Anfangsgehalts der Richter auf 3600 Mark würde eine Mehrausgabe von $2^1/_2$ Millionen bedeuten; die Regierung wird aber diese Frage eingehend prüfen. Vielleicht wird es auch möglich sein, die Regelung der Gehaltsverhältnisse der Staatsanwalte auch in diesem Gesetze zum Ausdruck zu bringen.

1. Mai. In zweiter Beratung wird beschlossen, daß die Karenzzeit für die Assessoren von fünf auf vier Jahre verkürzt werde. Davon sollen zwei Jahre statt drei Jahre, wie die Vorlage vorsah, angerechnet werden. Ferner soll der Assessor gehört werden, bevor er ein Amt erhält.

2. Mai. Dritte Lesung.

VII.

Reform des Ruhegehalts der evangelischen Geistlichen.

5. März. Namens der konservativen Partei stellt Winkler im Abgeordnetenhause die Anfrage: 1. Gedenkt die Staatsregierung bei den evangelischen Landeskirchen der Monarchie unter Zusicherung erhöhter Staatszuschüsse eine vermittelnde Tätigkeit nach der Richtung eintreten zu lassen, daß durch weitern Ausbau der Pfarrerbesoldungsgesetze von 1898 und durch eine alle Landeskirchen umfassende Neuregelung des Ruhegehaltswesens den Geistlichen eine den Anforderungen der Zeit entsprechende Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage gewährleistet werde? 2. Gedenkt die Staatsregierung dahin zu wirken, daß diese Reform noch vor den nächsten ordentlichen Tagungen der obersten kirchlichen Vertretungen ihre kirchen- und landesgesetzliche Erledigung finde, und daß, wenn dies nicht tunlich, geeignete Maßnahmen ergriffen werden, um eine vorläufige Befriedigung der dringendsten Bedürfnisse zu sichern?

Kultusminister **v. Studt** erwidert: Wenn auch in den letzten Jahren in der Besserstellung der Pfarrer vieles geschehen ist, so erkennt die Regierung gleichwohl an, daß unter den heutigen Verhältnissen das gegenwärtige Einkommen der Geistlichen nicht mehr als ausreichend angesehen werden könne, und daß es einer Aufbesserung bedarf. Diese Auffassung wird auch von dem Finanzminister geteilt. Zur Beratung soll eine außerordentliche Generalsynode einberufen werden. — **Porsch** bemerkt, ähnliche Bedürfnisse bestünden auch bei den katholischen Geistlichen. — **Prietze** (natl.): Wie wenig die heutigen Gehaltsverhältnisse genügen, gehe auch aus dem außerordentlichen Rückgange der Studierenden der Theologie hervor. — **Graf Carmer** (kons.): Besonders herrscht unter den Geistlichen auf dem Lande ein Notstand in den mittlern Jahren; sie erhalten dann ein Gehalt von 3600 Mark, während an sie die Anforderung herantritt, ihre Söhne zur Erziehung aufs Gymnasium zu schicken.

VIII.

Änderung des Einkommensteuergesetzes.

3. Mai. Das Abgeordnetenhaus tritt ein für eine Erweiterung der im Einkommensteuergesetze vom 19. Juni 1906 enthaltnen Verpflichtung der Haushaltungsvorstände dahin, daß sie nicht nur die Personalien ihrer Mieter angeben müssen, sondern auch den Namen der Arbeitgeber und die Arbeitsstätte. Die Arbeitnehmer sollen verpflichtet sein, dem Haushaltungsvorstande die nötige Auskunft zu geben. Die Auskunfterteilung über das Einkommen soll fortfallen.

4. Mai. Dritte Lesung. (Gesetz vom 18. Juni 1907.)

IX.

Änderung des Kommunalabgabengesetzes.

3. Mai. Das Abgeordnetenhaus nimmt einen Antrag von Hammer (kons.) an, wonach das Gesetz dahin geändert werden solle, daß besonders die Konsumvereine zur Kommunalsteuer herangezogen werden.

4. Mai. Dritte Lesung.

X.

Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Arbeitern und niedern Staatsbeamten.

11. Mai. Erste und zweite Beratung eines Gesetzentwurfs betreffend die Bewilligung weiterer Staatsmittel zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Arbeitern, die in staatlichen Betrieben beschäftigt sind, und von gering besoldeten Staatsbeamten. Es werden hierfür 15 Millionen angefordert, die durch eine Anleihe gedeckt werden sollen. — Die Vorlage wird angenommen und die Denkschrift über die Verwendung der bisher für den gleichen Zweck ausgegebnen 89 Millionen Mark durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt.

13. Mai. Dritte Lesung im Abgeordnetenhause.

5. Juni. Zustimmung des Herrenhauses.

XI.

Eisenbahnanleihegesetz.

29. April. Erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes behufs Erweiterung, Vervollständigung und besserer Ausrüstung des Staatseisenbahnnetzes sowie behufs Beteiligung des Staates an dem Bau von Kleinbahnen. Es werden 222 Millionen Mark gefordert, und zwar 1. zur Herstellung von Eisenbahnen und zur Beschaffung der für diese erforderlichen Betriebsmittel 111204000 Mark, 2. zur Anlage des zweiten oder dritten, vierten und fünften Gleises auf verschiednen Strecken und zu den dadurch bedingten Ergänzungen und Gleisveränderungen auf den Bahnhöfen 71630000 Mark, 3. zu verschiednen Bauausführungen 24455000 Mark, 4. zur Beschaffung von Betriebsmitteln für im Bau befindliche neue Eisenbahnlinien 10000 Mark, 5. zur Förderung des Baues von neunzehn neuen Kleinbahnen 5000000 Mark. — Für die Provinzen Posen und Schlesien sind, entsprechend dem Vorgehen in den letzten Jahren, Mittel zum schleunigen Ausbau notwendiger Bahnen vorgesehen, um die Verbindungen mit dem deutschen Hinterlande zu verbessern und die deutschen Interessen nach Möglichkeit zu fördern. Hiervon wird eine weitere wirksame Unterstützung und Kräftigung des Deutschtums in diesen Provinzen erwartet.

Zur Begründung weist der Minister **Breitenbach** hin auf die große Steigerung des Ausbaues des Eisenbahnsystems seit Übernahme der Eisenbahnen durch den Staat, namentlich zu Meliorationszwecken und zur Hebung der Landeskultur. Es folgt eine Reihe von Wünschen verschiedner Redner. — Auf den Hinweis v. **Erffas** (kons.), daß von den thüringischen Staaten, besonders von Meiningen, viele Klagen gegen die preußische Eisenbahnverwaltung vorgebracht seien, antwortet der Minister **Breitenbach**, daß Preußen den Verkehrsbedürfnissen der thüringischen Staaten vollauf Rechnung getragen habe. In den letzten zehn Jahren wären für Thüringen mehr als achtzig Millionen Mark ausgegeben worden.

4. Mai. Zweite Beratung.

XII.

Steigerung der Kohlenpreise.

2. Mai. Graf v. Kanitz u. Gen. (kons.) stellen die Anfrage: „Was gedenkt die Königliche Staatsregierung zu tun, um den Unzuträglichkeiten zu begegnen, die sich aus den andauernden Steigerungen der Kohlenpreise ergeben? — Ist die Königliche Staatsregierung geneigt, in eine erneute Prüfung der Frage einzutreten, ob die ermäßigten Eisenbahntarife für den Export von Steinkohlen und Koks nach dem Auslande beizubehalten sind?"

Zur Begründung bemerkt **Graf Kanitz**: Seit Jahrzehnten hat es nicht eine solche Hochkonjunktur auf dem Montanmarkte gegeben wie heute, und wir wollen hoffen, daß sie anhält. Es hat sich aber infolgedessen vielfach eine empfindliche Kohlenknappheit bemerkbar gemacht, die störend auf Industrie und Landwirtschaft eingewirkt hat. Die meisten Kohlenzechen zeigen eine glänzende Lage, weniger glänzend ist das Bild, das sich aus den Rückwirkungen auf die Landwirtschaft infolge der Entziehung von Arbeitskräften ergibt. Ferner werde durch die große Kohlenausfuhr dem Inlande Kohle entzogen, das Ausland habe den Vorteil davon. Wenn nur die Hälfte der Kohlen im Lande verbliebe, würde es keine Kohlennot geben. Zur Beschränkung der Kohlenausfuhr wäre zunächst ein Kohlenausfuhrzoll von Wirkung und die Aufhebung von Ausnahmetarifen für den Versand der Kohlen nach dem Auslande. — Minister **Delbrück** entgegnet, daß die hohen Dividenden der Aktiengesellschaften allein noch nicht ausschlaggebend seien für hohe Kohlenpreise, diese würden vielmehr bedingt durch das Verhältnis von Angebot und Nachfrage. Die Geschichte ergebe, daß die Kohlenpreise seit jeher großen Schwankungen ausgesetzt gewesen seien. Bei uns sei aber in letzter Zeit in dem großen Schwanken der Kohlenpreise ein Stillstand eingetreten. Auch er müsse zugeben, daß die heutigen Kohlenpreise von übermäßiger Höhe wären. Gegen Einführung eines Kohlenausfuhrzolles habe er grundsätzliche Bedenken.

Der Kohlenausfuhrzoll würde doch nur von den Konsumenten im Inlande getragen werden, namentlich soweit diese vom Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat abhängig sind. — **Hirsch** aus Essen meint, die Steigerung der Lebensmittelpreise sei die Ursache der Verteuerung der Lebenshaltung der Arbeiter und damit der Steigerung der Kohlenpreise. — **Herold** hält dies für eine vollständige Täuschung. — **Münsterberg** wünscht, daß der legitime Einfluß des Staats auf die Preisgestaltung der Syndikate erhöht werde.

XIII.

Grunderwerb am Rhein-Weserkanal.

7. Juni. Das Abgeordnetenhaus genehmigt in dritter Lesung eine Gesetzvorlage, die, außer den durch das Wasserstraßengesetz vom 1. April 1905 bewilligten Mitteln, einen weitern Betrag von sechzehn Millionen Mark zum Erwerb von Grundstücken fordert, die an dem Schiffahrtskanal vom Rhein zur Weser liegen. Die öffentlichen Verbände, die in Betracht kommen, sollen sich mit 5170000 Mark an dem Grunderwerb beteiligen.

XIV.

Erweiterung des Nordostseekanals.

6. Juni. Das Abgeordnetenhaus nimmt, unter Zustimmung des Ministers Breitenbach, in dritter Lesung einen von Brütt (freik.) und Gen. beantragten Gesetzentwurf an, betreffend Erweiterung des Kaiser-Wilhelmkanals, wonach die §§ 11 bis 14 und 16 des Wasserstraßengesetzes vom 1. April 1905 auf die Erweiterung des Kaiser-Wilhelmkanals sinngemäße Anwendung finden sollen, und von dem im § 16 vorgesehenen Enteignungsrecht spätestens bis zum 1. Juli 1912 Gebrauch zu machen ist. (Diese Paragraphen bestimmen, daß in Verbindung mit den Kanalbauten eine Verbesserung der Landeskulturverhältnisse unter Mitwirkung der landwirtschaftlichen Verwaltung möglichst herbeizuführen ist, und der Staat zur Sicherheit der benachbarten Grundstücke gegen Nachteile die erforderlichen Anlagen zu machen oder Schadenersatz zu gewähren hat; § 16 sieht die Enteignung von Grundstücken für diesen Zweck vor.)

Unterrichtsangelegenheiten.

I.
Über den Ministerialerlaß wegen Erhöhung des Gehalts der Lehrer.

9. Februar. Namens der nationalliberalen Fraktion stellt Schiffer folgende Anfrage: Durch Verfügung vom 4. Mai 1906 hat der Herr Kultusminister die Königlichen Regierungen angewiesen, Beschlüsse der Schulverbände, insbesondre der Stadtgemeinden, auf Erhöhung des Gehalts ihrer Lehrer vor der Bestätigung sorgfältig daraufhin zu prüfen, ob dadurch das von der Staatsregierung verfolgte Ziel, auf dem Gebiete des Lehrerbesoldungswesens eine größere Gleichmäßigkeit und Stetigkeit herzustellen und der Landflucht der Lehrer entgegenzuwirken, etwa gefährdet werden würde. Wie verträgt sich die ausschließliche Hervorhebung und besondre Betonung dieses Gesichtspunktes mit den berechtigten Interessen: a) der Schulverbände, insbesondre der Stadtgemeinden, an der Hebung ihrer Volksschulen? b) der Lehrerschaft an der materiellen und ideellen Hebung ihres Standes?

Zur Begründung der Anfrage bemerkt der Redner: Noch zitterte die Erregung nach, die die Kämpfe um das Volksschulgesetz hervorgerufen hatte, als dieser Erlaß erschien. Gerade in diesem Moment hätte man doch alles vermeiden sollen, was die Erregung von neuem wecken konnte. Weit über die Kreise der Lehrer und Kommunen hinaus hat der Erlaß Erregung hervorgerufen. Von höchster Stelle des Reiches aus sucht man Fühlung mit dem Willen des Volkes, die Regierung appelliert an die Anschauung des Volkes; will da das Kultusministerium allein den Willen des Volkes ignorieren? Man sagt, der Erlaß sei nicht für die Öffentlichkeit bestimmt. Das mag sein, aber er muß vor der Öffentlichkeit bestehen können. Der Erlaß ist um so unberechtigter, weil man noch nicht weiß, wann die Reform des Lehrerbesoldungsgesetzes kommt. Jener Erlaß stellt einen Eingriff in die Bewegungsfreiheit der Gemeinden dar. Formal hat die Regierung recht, aber der privatrechtliche Satz: Wer von seinem Rechte Gebrauch macht, schädigt niemand, gilt hier nicht. An allen Ecken reichen die Lehrer für die Lernenden nicht aus. Da ist denn das Schlagwort „Landflucht“ erschienen. Wo die Lehrer fehlen, da stellt zur rechten Zeit das Wort sich ein! Mit der Errichtung von Seminaren allein kann nicht geholfen werden, wirklich helfen kann es nur, die Chancen des Berufs zu bessern. Von der Einführung der Staatsschule haben wir mit Bewußtsein abgesehen, weil

wir den freien Wettbewerb der Gemeinden nicht aufheben wollten. Hier wird nun das Gegenteil zum herrschenden Prinzip gemacht.

Minister **v. Studt** erwidert, er wünsche die Irrtümer zu beseitigen und die falschen Auslegungen, die dazu beigetragen hätten, dem Erlaß einen Stempel aufzudrücken, den er nur als gehässig bezeichnen könne. Bei dieser Frage habe sich eine Voreingenommenheit ohnegleichen gezeigt. Die Aufklärung, die er vielen Seiten gegenüber, besonders dem preußischen Lehrervereine in mündlicher Information zu geben versucht habe, hätte eine Änderung in dieser Stimmung nicht herbeigeführt. Daß die Übererregung auf einer unzutreffenden Auffassung des Erlasses fuße, könne er an der Geschichte des Erlasses nachweisen. In der Lehrerbesoldung bot die Monarchie nach Verabschiedung des Lehrerbesoldungsgesetzes ein sehr buntes Bild. Die preußische Schulverwaltung ist ein einheitlicher Organismus, da konnten wir keine Schraube ohne Ende dulden. Wir versuchten deshalb die Klinke der Gesetzgebung in Bewegung zu setzen. Das lehnte das Haus auf Anregung des Freiherrn v. Zedlitz ab, es stellte sich aber auf Anregung des Abgeordneten v. Schenkendorf auf den Standpunkt, daß die unsittlichen Ungleichheiten beseitigt werden müßten. Nur wollte man den Weg der Gesetzgebung nicht beschreiten. Nach Maßgabe dieser Vereinbarungen ist der Erlaß ergangen. Man redet von Einmischung. 2000 Gemeinden haben die Erhöhung der Gehälter abgelehnt und sind durch die Bezirksregierungen dazu gezwungen worden. Warum klagt man dort nicht über die Einmischung? Der Erlaß bringt auch nichts Neues, sondern schärft lediglich die bisher geübte Praxis ein. Ich erwidere also, daß ich mit dem Erlaß lediglich den eignen Wünschen der Anfragenden Rechnung getragen habe. Das neue Lehrerbesoldungsgesetz verspreche ich fest, baldtunlichst vorzulegen. — **Graf v. d. Gröben** (kons.) weist darauf hin, daß die Nationalliberalen dem Kultusminister diesen Erlaß geradezu aufgedrängt hätten. — **Cassel** (Fr. Vp.) bemerkt: Die Normalsätze des Erlasses wären wahrlich nicht geeignet, den preußischen Namen in der Welt zu heben. Der Eindruck des Erlasses auf die Betroffnen sei lähmend gewesen. Die Lehrer auf das Lehrerbesoldungsgesetz zu vertrösten, sei schlecht angebracht, denn dieses Gesetz habe noch gute Wege. Zweifellos stelle sich der Bremserlaß als eine Beeinträchtigung der Selbstverwaltung dar. — **Friedberg** (natl.): Dem Minister sei es nicht gelungen, den Nachweis für seine Behauptung zu erbringen, daß die Nationalliberalen den Anlaß zu dem Erlaß gegeben hätten. Diese Beweisführung des Ministers sei das Unerhörteste, was er je in diesem Hause erlebt habe. Im übrigen solle sich doch der Minister davor hüten, den Ton in den nationalliberalen Versammlungen zu tadeln; dieser Minister, der sich so wenig in der Gewalt habe, daß er

einmal von der Tribüne dieses Hauses eine Maßnahme der größten kommunalen Gemeinde einen Unfug genannt habe. — Minister **v. Rheinbaben** glaubt, daß die Rede Friedbergs nicht dazu beigetragen habe, die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Regierung und Parlament zu fördern. — **v. Zedlitz** (freikons.) meint, daß die Regierung mit dem Erlaß wenig Glück gehabt habe; es mußte auch wundernehmen, daß die Regierung nicht voll die Mittel, die ihr zur Verfügung gestanden, für die Lehrer verwandt habe, sondern nur die Hälfte. Dadurch habe die Regierung den Anschein erweckt, daß sie nicht das nötige Wohlwollen für die Lehrer hege. — Ministerialdirektor **Schwartzkopff** erklärt, daß die Regierung darum nicht voll die Mittel verwandt habe, weil bereits mit drei Millionen das Ziel erreicht werden konnte, das das Abgeordnetenhaus anstrebte.

II.

Ländliche Fortbildungsschulen.

3. Mai. Das Abgeordnetenhaus tritt ein für die Forderung der Unterlagen der Einrichtung und Unterhaltung von ländlichen Fortbildungsschulen mit obligatorischem Schulbesuch für die Provinzen Posen und Westpreußen und den Regierungsbezirk Oppeln, wie sie bereits für die gewerblichen Fortbildungsschulen bestehen.

Verwaltungsangelegenheiten.

Verunstaltung von Ortschaften und landschaftlich hervorragenden Gegenden.

18. Februar. Erste Beratung eines Gesetzentwurfs, der nach dem vorjährigen Beschlusse des Herrenhauses lautet:

§ 1. Die Ortspolizeibehörde ist befugt, Bauausführungen zu verbieten, die die Straßen und Plätze oder das Gesamtbild einer Ortschaft oder in landschaftlich hervorragenden Gegenden das Landschaftsbild verunstalten. § 2. Für eine geschlossene Ortschaft kann durch Ortsstatut bestimmt werden, daß an Straßen und Plätzen oder in der Nähe von Bauwerken von geschichtlicher oder künstlerischer Bedeutung die Errichtung von Bauten oder die Vornahme von Veränderungen an bestehenden Gebäuden, sofern durch sie die Eigenart des Orts- oder Straßenbildes beeinträchtigt werden würde, durch polizeiliche Verfügung verboten werden kann. Wenn durch die infolge des Verbots notwendig werdenden Änderungen des Bauentwurfs die Kosten der Ausführung wesentlich vermehrt werden, so kann von der Anwendung des Ortsstatuts abgesehen werden.

Minister **Breitenbach**: Wir wollen mit dem Gesetzentwurf einer kulturell fortgeschrittnen Zeit Rechnung tragen. Richtig ist ja, daß der Entwurf über das hinausgeht, was die Regierung seinerzeit aus-

gesprochen hat. Es war aber aus den Verhandlungen im Herrenhause zu erkennen, daß ein Bedürfnis zu weitergehenden Bestimmungen vorlag. Die meisten Einwendungen richteten sich gegen eine Erweiterung der Befugnisse der Polizeibehörden. Aber die Polizeibehörde hat ja nicht die Ermächtigung, Schönheitsförderer zu sein, sie hat lediglich zu verhindern, daß Unschönheiten entstehn. Es gibt viele Mittel und Wege, vor Übergriffen sich zu schützen. Dazu sind die Ausführungsbestimmungen da. Auch der Instanzenweg kann beschritten werden. Wenn dieser Entwurf Gesetz werden sollte, dann wird ein rechtlicher Zustand geschaffen, wie er in den meisten deutschen und auch den meisten außerdeutschen Staaten schon besteht. — **Becker** (Zentr.): Es sei ein Eingriff in das Privateigentum, ohne daß eine Entschädigung gegeben werde. Wie soll auch festgesetzt werden, was landschaftlich schön ist? Was der eine schön findet, findet der andre häßlich. Das sei reine Gefühlssache. Die Befugnisse der Ortspolizeibehörde gingen viel zu weit. — **Schmidt**-Warburg (Zentr.): Nach Artikel 9 der preußischen Verfassung ist das Eigentum unverletzlich. Nur in dringenden Fällen ist ein Eingriff zulässig. Diesen Artikel hat man in dem Entwurf gar nicht beachtet. Eine Entschädigung müßte denen gezahlt werden, die durch das Gesetz benachteiligt werden. Wer das Unglück hat, in landschaftlich schönen Gegenden zu wohnen, ist ja sonst übler dran, als wenn er in Myslowitz zu Hause wäre.

8. Mai. Zweite Beratung. Der Entwurf erfährt einige Änderungen. Die Befugnisse des Gemeindevorstands werden dadurch eingeschränkt, daß er vor jeder Entscheidung Sachverständige zu hören hat. Ferner soll durch Ortsstatut vorgeschrieben werden können, daß die Anbringung von Reklameschildern, Schaukästen, Aufschriften und Abbildungen der Genehmigung der Baupolizeibehörde bedarf. Diese ist unter den gleichen Voraussetzungen zu versagen, unter denen die Genehmigung zu Bauausführungen zu versagen ist. — Es wird ferner ein Paragraph beigefügt, der durch Landespolizeiverordnung für bestimmte landschaftlich hervorragende Gegenden die Versagung der baupolizeilichen Genehmigung zur Ausführung von Bauten und baulichen Änderungen aussprechen lassen will, wenn dadurch das Landschaftsbild gröblich verunstaltet werden würde und dies durch die Wahl eines andern Bauplatzes oder einer andern Baugestaltung vermieden werden kann. — Nach Genehmigung der Vorlage werden daran die Ersuchen an die Regierung geknüpft: 1. bei der Durchführung des Gesetzes enge Fühlung mit Sachverständigen zu nehmen, und soweit es sich um die Verwirklichung höherer ästhetischer Ziele handelt, Vertreter der Künstlerschaft zu beteiligen; 2. bei behördlichen Eingriffen schonende Rücksicht auf die dem einzelnen entstehenden Kosten und Nachteile zu nehmen; 3. baldigst ein Denkmalsschutzgesetz einzubringen.

13. Mai. Genehmigung seitens des Abgeordnetenhauses in dritter Lesung.

5. Juni. Zustimmung des Herrenhauses.

Soziale Angelegenheiten.

I.

Novelle zum Berggesetze.

25. Februar. Erste Beratung eines Gesetzentwurfs betreffend die Abänderung des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865. Dieses Gesetz behält die Aufsuchung und Gewinnung der Steinkohle sowie des Steinsalzes, der sogenannten Abraumsalze (Kali-, Magnesia- und Borsalze) und der Solquellen fortan dem Staate vor; für die übrigen Mineralien läßt er es bei der seitherigen Bergbaufreiheit bewenden.

Die Tatsache, daß unter dem Schutze der durch das allgemeine Berggesetz gegebnen Bergbaufreiheit die für den allgemeinen Bedarf unentbehrliche Steinkohle und die Salze Spekulationsobjekt in den Händen weniger großer Gesellschaften geworden sind, hat vor zwei Jahren zu einem Gesetz geführt, das vom Tage seiner Verkündigung bis zur anderweitigen gesetzlichen Regelung, längstens aber auf die Dauer von zwei Jahren, die Vornahme von Mutungen auf diese Mineralien nur noch in beschränktem Umfange gestattete. Für den Zweck dieses Gesetzes, dem schnellen Übergange der noch bergfreien Lagerstätten von Steinkohlen und Salzen in den Besitz weniger Privaten bis zu einer Verständigung über eine anderweitige gesetzliche Regelung Einhalt zu tun, hat sich die Bestimmung, daß neue Mutungen innerhalb der Schlagkreise noch schwebender Mutungen auch fernerhin vorgenommen werden dürfen, als ein wesentliches Hindernis erwiesen. Schwebende Mutungen auf Steinkohlen und Salze waren in großer Zahl vorhanden, und die Bohrindustrie hat sich mit der äußersten Anspannung ihrer Leistungsfähigkeit auf die Abbohrung ihrer Schlagkreise mit solchem Erfolge geworfen, daß weitere gewaltige Flächen der vorhandnen Lagerstätten an Steinkohle und Salzen in die Hände dieser wenigen privaten Unternehmer übergegangen sind; allein im Oberbergamtsbezirk Halle dürften es in diesen zwei Jahren tausend neue Mutungen sein. Der Gesetzentwurf stellt nun das Ergebnis der Erwägungen der Staatsregierung vor, wie den auf dem Gebiete des Mutungs- und Verleihungswesens hervorgetretnen Unzuträglichkeiten zu begegnen sei. In den Erläuterungen hierzu heißt es: „Die Erfahrung der letzten Jahre hat gelehrt, daß es erwünscht und notwendig ist, den Einfluß des Staats auf dem Gebiete des Steinkohlen- und Kalisalzbergbaues im Interesse der Sicherung einer regelmäßigen und stetigen Versorgung des Marktes unter Erhaltung angemessener Preise für die Verbraucher zu verstärken. Diesen verstärkten Einfluß kann der Staat aber nur gewinnen und behaupten durch eine angemessene Ausdehnung seiner eignen Produktion an Steinkohle und Kalisalzen, die mit der Entwicklung der Privatindustrie Schritt halten muß. Dieses Ziel hat der Staat in neuerer Zeit auf dem Wege zu erreichen gesucht, daß er unter Aufwendung erheblicher Mittel teils schon in Förderung stehende gut situierte Werke, teils auch noch unverritzte Felder aus privatem Besitz an sich gebracht oder zu erwerben versucht hat. Bekanntlich ist aber der Versuch des Staats, den gesamten Bergwerksbesitz der Bergbaugesellschaft Hibernia zu erwerben, auf den bisher nicht zu überwinden Widerstand der Privatindustrie und der mit ihr verbündeten Kapitalistenkreise gestoßen. Schon diese letztern Vorgänge lassen es geraten erscheinen, daß der Staat seinen Einfluß auf

dem Gebiete des Steinkohlen- und Kalisalzbergbaues an erster Stelle dadurch zu verstärken sucht, daß er sich die noch im Bergfreien liegenden Lagerstätten dieser Mineralien im Wege der Gesetzgebung vorbehält. Diese Art des Vorgehns entspricht auch den Grundsätzen einer gesunden Volkswirtschaftspolitik sicherlich besser, als wenn der Staat die fraglichen, für den Gemeinbedarf unentbehrlichen Mineralien zunächst unter Anwendung seiner berghoheitlichen Befugnisse unentgeltlich den Privaten überläßt, um sie dann hinterher zu hohen, zu den inzwischen erfolgten Aufwendungen der Privaten nicht im richtigen Verhältnis stehenden Preisen wieder zurückzuerwerben."

Minister **Delbrück** erläutert die Vorlage. Das Berggesetz habe das Ziel erstrebt, das Privatkapital in weitestem Maße zu Unternehmungen im Bergbau heranzuziehn; dieser Zweck sei auch vollkommen erreicht. Das Prinzip der Bergbaufreiheit habe aber bei der Kalisalz- und Steinkohlenförderung schließlich dahin geführt, daß diese nicht mehr im Interesse der Allgemeinheit erfolgt, sondern in Händen weniger fast zu einem Privatmonopol geworden ist. Daher mache die Regierung den Vorschlag, die noch mutungsfreien Kohlen- und Kalifelder dem Staate vorzubehalten, dagegen bei allen übrigen Mineralien die Mutungsfreiheit bestehn zu lassen, soweit sie nicht heute schon ausgeschlossen sei. Der Staat müsse im Interesse von Industrie und Landwirtschaft für eine regelmäßige und stetige Versorgung des Marktes Sorge tragen. — **Stackmann** (kons.): Die heutigen mißlichen Zustände sind entstanden durch die übermächtige Assoziation des Großkapitals; hier muß der Staat eingreifen, indem er sich selbst mehr beteiligt. An der jetzigen Lage ist vor allem die Berggesetzgebung schuld. Wir verhehlen uns nicht, daß wir damit eine außerordentliche Macht in die Hände der Regierung legen. Der Mißbrauch, der mit der Felderstreckung getrieben wurde, ist zuerst vom Staate erfolgt. Durch dieses Gesetz sollen diese Mißstände wieder beseitigt werden, das ist freudig zu begrüßen. Ich hoffe, Sie kehren wieder zu dem Prinzip der Bergbaufreiheit zurück und lehnen den Paragraphen 2, der das Staatsmonopol begründen will, ab. — **Hilbck:** Die einzige Folge des Gesetzes wird eine Preissteigerung der Kohlen sein. — **Crüger** (Freis. Vp.): Es ist dies ein tief einschneidendes Gesetz. Vor allem soll eine viel zu große Macht in die Hände des Fiskus gelegt werden. Die Regierung will kein Monopol bilden, aber sie will sich sichern, was noch vorhanden ist, um ihren Einfluß im Syndikat zu stärken; überhaupt trägt der ganze Entwurf den Charakter eines Kampfes gegen das Großkapital und das Syndikat, das die Regierung sonst immer in Schutz genommen hat. Das Ganze stellt aber einen Versuch mit untauglichen Mitteln dar. — Minister **Delbrück:** Vorredner behauptet, daß die Vorlage einen sozialistisch-kommunistischen Zug habe. Darin hat er nicht ganz unrecht. Die Entwicklung hat doch gezeigt, daß wir in der Veräußerung im vorigen Jahrhundert viel zu weit gegangen sind. Ich denke deshalb, wir

sollen jetzt vorsichtig sein, damit wir nicht später mit teuerm Gelde wieder kaufen müssen, was wir jetzt für ein Butterbrot fortgeben. Wenn jetzt nur noch wenig da ist, was für den Staat reserviert werden kann, so kann ich dafür nichts. Ich halte es für richtig, wenigstens das zu nehmen, was noch zu haben ist. Bei den Pachtverträgen werden wir darauf Rücksicht nehmen, daß wir uns einen ausgiebigen Einfluß auf den Markt und auf die Produktion sichern. Den Auswüchsen, die sich bei den gewaltigen Konzentrationen von Geld und Produktion zeigen, werden wir am besten die Spitze bieten, wenn wir uns an der Produktion beteiligen.

6. Mai. Zweite Beratung. § 2 wird in der Art angenommen, daß der Staat das Mutungsmonopol für Kali überhaupt und für Kohlen in den westlichen Provinzen erhält, während die Bohrgesellschaften in den östlichen Provinzen Mutungen erwerben können. Ein Abgeordneter meint, davon würden sie wenig Gebrauch machen, da dort keine Kohlen zu finden seien. Dies Gesetz wird von den Liberalen bekämpft, während es von der Rechten befürwortet wird; das Kali sei ein besondrer Schatz Deutschlands, da es sonst nirgends vorhanden ist, man dürfe es nicht durch Privatgesellschaften verschleudern lassen, sondern müsse es für unsre Landwirtschaft erhalten und es ihr zu erträglichen Preisen zugänglich machen; das aber sei nur möglich, wenn die Kaliwerke in der Hand des Staates sind. Was die Kohlen betrifft, so liege es ebenfalls im Interesse des deutschen Volks, daß der Staat möglichst viel Bergwerke habe, um dadurch die Kohlenpreise auf einer billigen Grenze halten zu können.

7. Mai. Ein Antrag, für den Betrieb der Bergwerke und für die Ausführung des allgemeinen Berggesetzes getrennte Behörden zu schaffen sowie eine wirksame Reichskontrolle gegen die Entscheidungen der Bergbehörden entsprechend der für die allgemeine Landesverwaltung bestehenden gesetzlichen Regelung einzuführen, wird angenommen.

10. Mai. Genehmigung der Vorlage in dritter Lesung.

5. Juni. Das Herrenhaus tritt diesen Beschlüssen bei.

II.

Quellenschutzgesetz.

8. Mai. Beratung des Herrenhauses. Die Hauptpunkte der Vorlage sind folgende: Natürliche oder künstlich erschlossene Mineral- und Thermalquellen, deren Erhaltung aus überwiegenden Gründen des öffentlichen Wohls notwendig erscheint, werden durch das Gesetz geschützt. Welche Quellen gemeinnützig sind, entscheiden die Minister des Handels, des Innern, der Landwirtschaft und der Medizinalangelegenheiten. Die Paragraphen 3 bis 18 setzen den Begriff des Schutzbezirks fest, regeln die Art der Festsetzung eines solchen und bestimmen die Instanzen, die diese Festsetzung vorzunehmen haben, sowie die Berufungswege gegen Entscheidungen dieser Instanzen. Es wird bestimmt, daß der Quelleneigentümer verpflichtet ist, solchen Grundbesitzern, denen auf Grund dieses Gesetzes Tiefarbeiten auf ihrem Besitztum verboten werden, und die darin eine Schädigung ihres Besitztums erblicken, eine Schädigung zu zahlen, die in Rente gewährt wird. Sie beträgt 5 Prozent der Wertminderung. Dem Oberbergamt wird das

Recht verliehen, Quellen zu enteignen, deren Besitzer die Quellen zu sehr ausnützen und dadurch ihren Weiterbestand gefährden oder die Quellen in sanitärer Hinsicht vernachlässigen.

Nach der Begründung besitzt Preußen 193 Mineral- und Thermalquellen, die zu Heilquellen oder zur Gewinnung von Tafelwasser in Benutzung stehn. (Aachen-Burtscheid, Ems, Fachingen, Homburg, Neuenahr, Niederselters, Wiesbaden.) Da viele Wasseradern, die diese Quellen speisen, nahe der Oberfläche liegen, so können sie durch Bohrungen (Brunnen- und Kelleranlagen) leicht gefährdet werden.

Die Vorlage wird angenommen, und es wird daran das Ersuchen um Vorlegung eines Gesetzes zum Trinkwasserschutz geknüpft.

7. Mai. Das Abgeordnetenhaus nimmt die Vorlage an.

III.

Gesetz über die Wanderarbeitsstätten.

11. Februar. Erste Beratung eines am 17. Mai 1906 vorgelegten Gesetzentwurfs, um den das Abgeordnetenhaus in Anschluß an einen Antrag des Abgeordneten Pastors von Bodelschwingh gebeten hatte, und dem auch das Herrenhaus in Anschluß an eine Bittschrift der Rheinisch-westfälischen Gefängnisgesellschaft beigetreten war. — Nach dem Gesetzentwurf soll der Provinziallandtag das Recht haben, Land- und Stadtkreise zur Anlage von Wanderarbeitsstätten zu verpflichten. Die Kosten soll die Provinz zu zwei Dritteln tragen, während das letzte Drittel der Kreis aufbringen soll.

Minister **v. Bethmann-Hollweg**: Einen Anteil der Kosten zu übernehmen, hat die Regierung sich nicht entschließen können, wohl aber ist sie bereit, mittelbar Beihilfen zu gewähren. Die Arbeitsstätten sollen grundsätzlich mit den Arbeitsnachweisen verbunden werden, die die Regierung unterstützt. Es war im Ersuchen des Abgeordnetenhauses angeregt worden, Tarifermäßigungen zu gewähren. Der Eisenbahnminister ist bereit, darin so weit zu gehn, daß er in eine Herabsetzung bis auf einen Pfennig pro Person und Kilometer willigen will. — Schröder: In jenem Ersuchen sei ein gemischtes System vorgesehen gewesen von Wanderarbeitsstätten und Verpflegungsstationen, während das Gesetz nur Arbeitsstätten errichten wolle. Früher sei man auch im Hause übereinstimmend der Ansicht gewesen, daß der Staat ein Drittel der Kosten übernehmen müsse. — **Brütt**: Es müsse sehr darauf gesehen werden, daß hier kein verfehlter sozialpolitischer Versuch gemacht werde. — Minister **v. Bethmann**: Dieses Gesetz ist kein sozialpolitisches; es steht auch gar nicht in Aussicht, die Wanderarmenfrage zu lösen. Es ist eigentlich nur eine Novelle zur Provinzialordnung, durch die Provinzen, in denen solche Wanderarbeitsstätten bestehn, die Möglichkeit gegeben werden soll, auf die ihnen angehörigen Kreise, die sich dieser Einrichtung nicht anschließen

wollen, einen Zwang auszuüben. Daß es sich nicht um ein sozialpolitisches Gesetz handelt, geht schon daraus hervor, daß nur Einrichtungen getroffen werden sollen für mittellose Wandernde. Daher kann auch von einer finanziellen Beihilfe des Staats keine Rede sein. Eine solche könnte nur in Frage kommen, wenn die Fürsorge für wandernde Arbeiter auf den ganzen Staat ausgedehnt würde nach ganz bestimmten Grundsätzen, die der Staat aufstellt. — **Gyßling:** Den großen Städten ist es sehr schwer, sich der vielen Obdachlosen zu erwehren. Die meisten würden gar nicht in das Obdach kommen, wenn man von ihnen Arbeit verlangte. Es ist auch sehr schwer, für die große Zahl der plötzlich anströmenden Menschen Arbeit zu finden. Es handelt sich hier nicht bloß um eine Sache der Armenpflege, sondern auch um eine sozialpolitische Maßnahme. Bedenken haben wir dagegen, daß die Entscheidung ganz allein den Provinziallandtagen zugewiesen wird, deren Zusammensetzung den Städten nicht genügend Garantie bietet.

8. Mai. In zweiter Beratung beantragt **Schmeling**, daß der Staat von den Kosten der mit den Wanderstätten verbundnen Arbeitsnachweise nach Vereinbarung mit den Provinzen einen angemessenen Bruchteil übernimmt. Die den Kreisen zu erstattenden Kosten soll der Provinzialausschuß festsetzen. Außerdem soll das Verwaltungsstreitverfahren gegen Festsetzungen des Provinzialausschusses zugelassen werden. — Minister **v. Bethmann-Hollweg** erklärt, daß die Regierung zur Verstärkung der etatsmäßigen Mittel bereit sein würde. Darauf werden Beschlüsse im Sinne des Antrags gefaßt.

10. Mai. Genehmignng in dritter Lesung.

5. Juni. Zustimmung des Herrenhauses.

IV.

Auffaugung des bäuerlichen Besitzes durch das Großkapital.

11. Mai. **Engelbrecht** (freikons.) und **Hahn** begründen einen Antrag auf ein Ersuchen an die Staatsregierung: In Erwägung, daß bei der ungünstigen Vermögenslage der überwiegenden Mehrheit der größern ländlichen Grundbesitzer das städtische Großkapital in vielen Teilen der Monarchie in wachsendem Umfange Rittergüter erwirbt und diese durch Hinzukauf benachbarten bürgerlichen Besitzes vergrößert, daß es daneben im Westen der Monarchie kleinbäuerlichen Grundbesitz in großer Ausdehnung zusammenkauft und den zerstreuten Besitz stellenweise schon in geschlossenen Großgrundbesitz zusammenfaßt, in fernerer Erwägung, daß hierdurch das Bestreben der Staatsregierung, unter Aufwendung sehr bedeutender Staatsmittel die Zunahme des klein- und mittelbäuerlichen Besitzes — innere Kolonisation — zu fördern, in seinem Erfolg in Frage gestellt wird, und daß

die Aufsaugung des bäuerlichen Grundbesitzes durch das Großkapital dem Staatsinteresse zuwiderläuft, gesetzliche Bestimmungen herbeizuführen, daß in den Landesteilen, die der Gefahr der Aufsaugung des bäuerlichen Besitzes durch das Großkapital ausgesetzt sind, der Erwerb bäuerlicher Besitzungen oder von Teilen solcher durch Großgrundbesitzer von einer Erklärung des Bezirksausschusses abhängig gemacht wird, daß der Erwerb im Interesse der Erhaltung des Bauernstandes unschädlich sei.

Minister **v. Arnim** erwidert: Im allgemeinen hat eine Abnahme des Großgrundbesitzes in der ganzen Monarchie und eine Zunahme des kleinen Grundbesitzes stattgefunden, und es ist nicht wahrscheinlich, daß diese Tendenz sich jetzt geändert hat. Ich würde es für erwünscht halten, wenn im Westen der Monarchie etwas mehr Großgrundbesitz entstünde, allerdings solcher Großgrundbesitz, der selbst seinen Grund und Boden bewirtschaftet. Ich bitte, mit dem Ersuchen um gesetzliche Maßnahmen so lange zu warten, bis wir auf Grund der diesjährigen Berufsstatistik die Berechtigung der Wünsche nachprüfen können. — Der Antrag wird zurückgezogen.

Justizangelegenheiten.

I.

Ausübung des Jagdrechts.

18. Februar. Erste Beratung eines Gesetzentwurfs, der schon in der vorigen Tagung vorgelegen hatte, aber damals nicht zur Erledigung gekommen war. Der Entwurf bestimmt einheitlich die Art und Größe der Eigenjagdbezirke, regelt das Eigentumsrecht und die Benutzung desselben sowie die Bestimmungen über Zusammenlegung mehrerer Bezirke. Der Grundgedanke des Entwurfs geht dahin, daß die Jagd nur auf Jagdbezirken (Eigenjagdbezirken oder gemeinschaftlichen Jagdbezirken) ausgeübt werden darf, das sind Flächen, die eine Mindestgröße von 75 Hektar im Zusammenhang haben. Soweit der einzelne Grundbesitz diesem Erfordernis entspricht, ist sein Eigentümer zur eignen Ausübung des Jagdrechts befugt. Im übrigen findet eine gemeinsame Ausübung der Jagd in gemeinschaftlichen Jagdbezirken statt. Das Gesetz soll für ganz Preußen gelten, abgesehen von der Provinz Hannover, den Hohenzollernschen Landen und der Insel Helgoland, wo die Verhältnisse schon geregelt sind.

13. Mai. In zweiter und dritter Beratung wird die Vorlage in einer von der Kommission völlig geänderten Form angenommen, um ein einheitliches Jagdrecht für Preußen zu schaffen.

3. Juni. Gegen die Vorlage erhebt sich im Herrenhause starke Opposition, namentlich gegen die Bestimmung, wonach das Recht zur Aufsuchung von Kleinkohle im einzelnen Falle durch Gesetz gewährt werden soll.

6. Juni. Das Herrenhaus genehmigt die öfter gescheiterte, dann vom Abgeordnetenhause zuwege gebrachte Kodifikation des Jagdrechts als Anlage zu dem Gesetze.

II.

Strafvollzug.

6. Juni. Viereck (kons.) begründet einen Antrag auf Beseitigung des Dualismus im Strafvollzuge. Der Antrag fordert, daß der gesamte Strafvollzug einem Ministerium unterstellt werde. Viereck weist darauf hin, daß die Unterstellung der Gefängnisse unter verschiedne Ministerien zu Mißständen führe und die Kosten erhöhe. Der bestehende Zustand, daß die Gefängnisse zum Teil dem Justizministerium, zum Teil dem Ministerium des Innern unterstehn, lasse sich auf die Dauer nicht aufrecht erhalten. Ein Reichsstrafvollzuggesetz fehle noch. Es müsse also von den Landesverwaltungen bestimmt werden, in welches Ressort die Gefängnisse gehören sollen. Grundsätzlich könne der Strafvollzug nur in das Gebiet der Justiz gerechnet werden; denn auch er dient der Wiederherstellung der Rechtsordnung. — Damit wird die Beratung schon abgebrochen.

Vierter Abschnitt.

Parteibewegung.

I.

Bund der Landwirte.

11. Februar. Die Haupt- und Jahresversammlung wird in Berlin von v. Wangenheim eröffnet, der folgendes ausführt.

Nach harten Kämpfen nähert sich das erste Jahr der neuen Handelsverträge seinem Ende. Welche düstern Prophezeiungen wurden als die Folgen dieser Handelsverträge von unsern Gegnern überall ausgesprochen! Prophezeiungen, die nichts weniger besagten, als daß die deutsche Industrie, nachdem das Volk zugunsten der Agrarier ausgepowert würde, ins Ausland wandern müßte. Eingetreten ist tatsächlich ein Aufschwung der Industrie, unerhört und noch nie dagewesen. Alle Werke sind in voller Arbeit, gesicherter, nicht vorübergehender. Die Lohnverhältnisse haben sich weit mehr gebessert, als die Steigerung einiger notwendigen Lebensmittel beträgt. Dankbar erkennen wir an, daß dieses erste Jahr der neuen Handelsverträge auch für die Landwirtschaft nach trüben Tagen ein Lichtblick war. Zwar die Getreidepreise stehn noch weit unter dem Maße, das wir beanspruchen dürfen und müssen, aber die Viehpreise sind wenigstens einige Zeit lang aufwärts gestiegen. Dagegen ist eine unsrer Voraussagungen mit unheimlicher Pünktlichkeit eingetreten: die vermehrte Beschäftigung der deutschen Industrie hat die Arbeiternot der Landwirtschaft vermehrt. Das ist die schwerste Gefahr für unsern Beruf, die wir vor uns sehen. Weiterhin führt der Redner aus, noch sei keine Zeit zum Schlafen und Ruhen. Wir können nur raten, nicht auf das Wohlwollen der uns bisher feindlich gegenübergestandnen Parteien zu rechnen. Es sei nur an den Fleischnotrummel des letzten Sommers erinnert. Wie groß ist in jenen Kreisen der Jubel, wenn es der Großindustrie gut geht, wenn der Grundstücksschwindel gedeiht, aber wenn der Landwirt angemessene Preise und noch einen kleinen Verdienst erstrebt, so ist es Fleisch- und Brotwucher. Wir danken dem Herrn Reichskanzler und Herrn von Podbielski,

daß sie fest geblieben gegenüber dem Geschrei der Hetzpresse und die Grenzen ungeöffnet gelassen haben. Für etwaige kleine Konzessionen würden die Herren keinen Dank ernten. Kein Volk ist besser gehaßt als das deutsche. Wir stehn einer Welt von Neidern gegenüber. Entsprach nun der Reichstag den Zeitanforderungen? Nun, Freude hat das deutsche Volk schon lange nicht mehr an seinem Reichstage gehabt! Aber als jetzt in Fragen der nationalen Ehre die Parteipolitik höher gestellt wurde, da war das Maß zum Überlaufen voll. Wie ein reinigender Sturmwind ist es durch das Volk gegangen, als es dem Reichskanzler wieder zum Bewußtsein kam, daß eine Hand nicht nur dazu da ist, eine andre Hand zu drücken, sondern unter Umständen einmal eine Faust zu machen und auf den Tisch oder auf die Köpfe der Gegner zu schlagen. Der Appell an das deutsche Volk ist nicht vergeblich gewesen. Aber auch hier wollen wir uns keinen Illusionen hingeben. Eins hoffe ich jedoch mit Bestimmtheit: die Kämpfe, die jetzt gemeinsam gegen den gemeinsamen Feind, die Sozialdemokratie, geführt worden sind, werden dahin führen, daß auch in den Kreisen eines verständigen nationalen Liberalismus die Anschauungen über die deutsche Landwirtschaft und die deutschen Agrarier einer kleinen Revision unterzogen werden. Wir wollen uns freuen, wenn man uns volle Gerechtigkeit widerfahren läßt. Von unsrer Seite ist in dem letzten Wahlkampf das menschenmöglichste an Selbstverleugnung bewiesen worden. Der deutsche Landwirt und der deutsche Handwerker haben vielfach Kandidaten unterstützt, die uns bis vor kurzem in der gehässigsten Weise bekämpft hatten. Der volle Erfolg ist aber erst erreicht, wenn die Regierung jetzt klar und deutlich das große Ziel zeigt: Zusammenfassung aller Kräfte in Stadt und Land, Schutz jeder ehrlichen Arbeit und keine falsche Rücksichtnahme auf die Feinde drinnen und draußen.

Reichstagsabgeordneter Dr. Roesicke: Die Handelsverträge haben nicht nur der Landwirtschaft, sondern auch der Industrie genutzt. Es sind heute nicht einmal genügend Arbeiter vorhanden, um dem Arbeitsbedürfnis zu genügen. Der Wahlkampf hat bewiesen, daß das deutsche Volk für eine gesunde Schutzpolitik ist, verbunden mit einer Fürsorge des Staats für die wirtschaftlich Schwachen und Leistungsunfähigen. Was hat denn die Sozialdemokratie bisher in dieser Beziehung geleistet? Nichts. Wir haben aber Positives geleistet, wir haben den deutschen Arbeitern Arbeitsgelegenheit verschafft. In einem harten Kampf hat der nationale Gedanke gesiegt. Und der Bund der Landwirte war der zuverlässigste Vertreter dieses Gedankens.

Bundesdirektor Hahn erstattet den Geschäftsbericht. Auch er beschäftigt sich eingehend mit dem Ergebnis der letzten Wahlen, bei denen die wirtschaftspolitischen Bestrebungen des Bundes sich als besondre Zugkräfte erwiesen hätten; „es ist gelungen, eine größere Zahl zuverlässig agrarisch gesinnter Männer in den Reichstag hineinzubekommen als 1903. Die wirtschaftliche Entwicklung hat uns recht gegeben. Auch unsre Warnung gegen eine übermäßige Förderung der Exportindustrie ist von der Wählerschaft als richtig bestätigt worden. Dessen können wir sicher sein: der Caprivismus wird nicht wieder erneuert werden. Aber verfehlt wäre es, sich schon jetzt in Sicherheit zu wiegen. Der Handelsvertrag mit Nordamerika steht vor der Tür, die Yankees klopfen in unheimlicher Weise an. Wie 1887 unter dem Fürsten Bismarck erst die nationale Parole auch das Verständnis für die nationale Wirtschaftspolitik weckte, so auch 1907. Und dann noch eins: es war eine Wahl im Winter. Der Landmann versäumte nichts! Und so haben wir gerade auf dem Lande die Sozialdemokratie zu Paaren getrieben. Auf dem Lande sind

die großen Reserven für einen spätern Kampf gegen die Sozialdemokratie. In der Unterstützung wirtschaftlicher Gegner hat der Bund der Landwirte ein Beispiel nationaler Selbstlosigkeit gegeben wie keine andre Partei. Wir haben dadurch das Zusammengehn von Stadt und Land gefördert und ein Zusammengehn gegen die Kräfte des Umsturzes angebahnt. Wenn die Rechte jetzt gestärkt in den Reichstag einziehn kann, so verdankt sie das der Unterstützung durch den Bund." — von Oldenburg-Januschau: Wenn so viele sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete geschlagen am Boden liegen, so kann man sagen: das „teure" Schwein hat sie erschlagen. Die Sozialdemokratie hat gegen alle kolonialen Forderungen gestimmt, sie hat gestimmt gegen Bestimmungen zur Unterdrückung des Sklavenhandels und der Sklavenjagden. Und jetzt haben sie wieder für die Händler und gegen unsre tapfern Soldaten gestimmt. Und da hat sich das brave Schwein gegen sie erhoben. Denn aus dieser Politik kann kein Schwein klug werden.

Es wird beschlossen: Die Generalversammlung des Bundes der Landwirte erwartet, daß 1. an der von den Regierungen durch den Staatssekretär Grafen von Posadowsky abgegebnen Erklärung rückhaltlos und unbedingt festgehalten wird, nach der weitere Abschwächungen des deutschen Zolltarifs als ausgeschlossen zu betrachten sind; daß 2. jedwede Verhandlung über den Abschluß eines Handelsvertrags nur unter Anerkennung dieses Grundsatzes geführt wird; daß 3. hiernach die Regierungen, insbesondre den Vereinigten Staaten von Amerika gegenüber, abwarten, welche Zugeständnisse diese für die weitere Gewährung der zurzeit provisorisch eingeräumten Vergünstigungen anzubieten gewillt sind; daß 4. die Regierungen angesichts verschiedner Preßmeldungen, die in die Kreise der Landwirte Beunruhigung und Mißtrauen zu tragen geeignet waren, unzweideutig ihre Entschlossenheit bekunden, an dem oben bezeichneten Grundsatze unverrückbar festzuhalten.

II.

Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer.

12. Februar. In Berlin wird die allgemeine Versammlung vom Herrenhausmitgliede von Manteuffel eröffnet, der in einer Ansprache auf den stattgehabten Reichstagswahlkampf hinweist. Die Konservativen seien daraus am meisten gestärkt hervorgegangen, sie dürften aber auf diesen Lorbeeren nicht ausruhen, denn die wirtschaftschaftlichen Verhältnisse seien noch sehr schlecht im Vaterlande. Vor allem sei es der unerhörte Bankdiskont von 7 vom Hundert. „Wir werfen dem Großkapital ungezählte Summen in den Rachen. Wenn Steuern kommen, da wird um Pfennige gerechnet. Aber einen solchen Schaden von Milliarden trägt das gute deutsche Volk ohne Murren. Sodann müssen wir eine Vereinfachung der sozialpolitischen Gesetze fordern. Sie lasten jetzt zu schwer auf der ländlichen Be-

völkerung. Erst wenn darauf Rücksicht genommen wird, wird die kaiserliche Botschaft zur rechten Erfüllung kommen." — Hiernach hält der Landtagsabgeordnete v. Kardorff einen Vortrag über „die wiederholten hohen Reichsbankzinssätze und die monetären Verhältnisse der Welt". Der Redner betont, daß wir jetzt einen Bankdiskont haben, wie er in gleicher Höhe nur in halbbarbarischen Ländern wie Bulgarien zu finden sei. Zivilisierte Länder hätten einen Bankdiskont von 3 bis 5 vom Hundert. Auf Antrag des Redners wird beschlossen:

„Unter Aufrechterhaltung der am 14. Februar 1906 gefaßten grundsätzlichen Beschlüsse (die die Forderungen der Wirtschaftsreformer enthalten) zur Umgestaltung des deutschen Bankwesens den Reichskanzler zu ersuchen: In Anbetracht der andauernd übermäßig hohen Diskontsätze der Reichsbank, die Handel und Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft schwer treffen und den Staatskredit beeinträchtigen, sowie in Anbetracht der offenbar unzureichenden Metallbestände der Reichsbank unverzüglich eine Untersuchungskommission einzusetzen, um bei der bevorstehenden Erneuerung des Privilegs der Reichsbank eine durchgreifende Besserung der unhaltbar gewordnen Verhältnisse der Reichsbank herbeizuführen."

Die Herrenhausmitglieder v. Burgsdorff und v. Kerckerinck halten hierauf Vorträge über „die Wirkungen unsrer sozialpolitischen Gesetzgebung, deren Vereinfachung, die Verteilung ihrer Kosten", worauf beschlossen wird:

Die deutsche sozialpolitische Gesetzgebung hat es nicht vermocht, Zufriedenheit in den Kreisen der arbeitenden Bevölkerung hervorzurufen und die Umsturzbewegungen einzuschränken. Die Generalversammlung erklärt daher: Es ist anzustreben: 1. die Verschmelzung der drei Arbeiterversicherungsgesetze (Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung), die Vereinheitlichung und die Verbilligung ihrer Verwaltung sowie die Vereinfachung des Streitverfahrens; 2. eine ausgiebige Erschließung der in der Botschaft vom 17. November 1881 indizierten indirekten Steuerquellen in Verbindung mit geeigneten Repressivmaßregeln gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie, ohne welche beiden Maßregeln die sozialpolitische Fürsorge, zumal in der Gestalt, die sie heute angenommen hat, als dem Sinne der Allerhöchsten Botschaft vom 17. November 1881 widersprechend und den Zwecken und Zielen derselben zuwiderlaufend angesehen werden muß. Da der bislang beschrittene Weg sich zum Teil als gangbar nicht erwiesen, vielmehr der größte Teil der sozialpolitischen Fürsorgemaßnahmen die Begehrlichkeit unter der Arbeiterschaft hervorgerufen und eine unter solchen Umständen nicht zu rechtfertigende weitgehende Belastung vieler Kreise und Erwerbszweige herbeigeführt hat, werden die verbündeten Regierungen ersucht, weitergehende Maßregeln so lange zurückzustellen, bis a) die Allerhöchste Botschaft von 1881 mit den dort angedeuteten und für unerläßlich erkannten Mitteln durchgeführt, und b) der Erfolg dieser Durchführung in dem von der Allerhöchsten Botschaft erhofften Sinne abgewartet worden ist; dagegen von einer Arbeitslosenversicherung aber Abstand nehmen zu wollen.

III.

Verband der christlichen Gewerkschaften.

15. Februar. Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften richtet an die christlich-nationale Arbeiterschaft Deutschlands einen Aufruf, in dem es heißt:

Die soeben beendeten Reichstagswahlen haben die bei Beginn des Winters eingeleitete gemeinsame Werbeaktion der christlichen Gewerkschaften und konfessionellen Arbeitervereine jäh unterbrochen. Entsprechend der politischen Situation und eingedenk des neutralen Charakters unsrer christlichen Gewerkschaften haben wir während der ganzen Wahlkampagne die Agitation ruhen lassen. Nachdem jedoch die Wahlen beendet sind, ist es Zeit, wieder mit voller Kraft die Gewerkschaftsarbeit zu beginnen und mit der Agitation neu einzusetzen. Kollegen! Die Schärfe des Wahlkampfes hat es nicht vermocht, das Vertrauen der christlichen Arbeiter zueinander, trotz verschiedenster Parteistellung, zu erschüttern. Vielmehr haben sich die christlichen Arbeiter gegenseitig unterstützt. Sieben Vertreter der christlich-nationalen Arbeiterbewegung ziehen in den neuen Reichstag ein! Das ist ein um so größerer Erfolg, als die Sozialdemokratie eine zerschmetternde Niederlage erlitt. Die Sozialdemokratie verdankt ihre Niederlage hauptsächlich ihrer unfruchtbaren Politik, der gehässigen Kampfesweise gegen die andern Stände, der innern Haltlosigkeit ihres Programms, der Unwahrhaftigkeit ihrer ganzen Agitation — und nicht zuletzt dem gegen die christlichen Arbeiter in steigendem Maße betriebnen Terrorismus. Es gilt nunmehr die durch die Wahl geschaffne Situation für unsre Bewegung kräftig auszunutzen! In großem Maße sind bei dieser Wahl die indifferenten Arbeiterkreise politisch aufgerüttelt. Sorgen wir dafür, daß sie auch sozial aufgerüttelt werden. Belehren wir sie dahin, daß die Sozialdemokratie in unserm Vaterlande nicht zuletzt durch die Lauheit und Gleichgiltigkeit der christlich- und national denkenden Arbeiter gegen ihre Standesinteressen so mächtig und stark geworden ist, und daß es deshalb Pflicht eines jeden deutschen Arbeiters ist, sich derjenigen Arbeiterbewegung anzuschließen, die im christlichen und vaterländischen Geiste die Lage der Arbeiter zu verbessern bestrebt ist. Also, deutsche Arbeiter! Auf zur Tat! Fort mit der revolutionären, klassenkämpferischen Sozialdemokratie, hinein in die christlichen Gewerkschaften und die Arbeitervereine!

24. März. In Essen sind die Mitglieder der evangelischen Arbeitervereine und die evangelischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften Rheinlands und Westfalens zu einer zweiten Westdeutschen Konferenz, etwa 400 Vertreter aus 150 Orten, versammelt. Diese erklärt:

Die Konferenz hält es im Interesse der Arbeiterschaft und des Vaterlandes für notwendig, daß die christlich-nationale Arbeiterbewegung sich machtvoll weiterentwickelt. In ihrem Interesse und des sozialen Friedens liegt es, die konfessionellen Gegensätze nicht zu verschärfen, sondern allen Versuchen und Maßnahmen, die geeignet sind, diese Gegensätze auch in die Arbeiterbewegung hineinzutragen, mit Entschiedenheit entgegenzutreten. Ferner liegt es im Interesse der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, daß die evangelische Arbeiterschaft in noch weit größerm Maße als bisher in die christlichen Gewerkschaften eintritt, und daß die evangelischen Arbeitervereine eine klare und bündige Stellung dahin einnehmen, ihren Mitgliedern

zu empfehlen, sich in den christlichen Gewerkvereinen zu organisieren. Zu beklagen ist, daß noch heute verschiedne evangelische Arbeitervereine Mitglieder der sozialdemokratischen Gewerkschaften in ihrer Mitte dulden, wodurch die Gefahr vorliegt, daß sie innerhalb der Vereine ihre Minierarbeit treiben. Auf Grund der Erfahrungen, die in der Arbeiterbewegung praktisch gemacht worden sind, hält die Konferenz es nicht im Interesse der evangelischen Arbeitervereine liegend, den Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften aus irgendwelchen Zweckmäßigkeitsgründen Konzessionen zu machen. Weiter verurteilt die Konferenz auf das entschiedenste die Versuche, nationale Gewerkschaften ins Leben zu rufen, um dadurch die christliche Gewerkschaftsbewegung in evangelischen Arbeiterkreisen zu hemmen, und bezeichnet diese Bestrebungen als solche, die nicht im wohlverstandnen vaterländischen Interesse liegen. In Erwägung des Gesagten fordert die Konferenz alle evangelischen Arbeitervereinsmitglieder, soweit sie Arbeiter sind, auf, den christlichen Gewerkschaften beizutreten. Von den evangelischen Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften wird erwartet, daß sie sich gemäß dem Beschluß des Vorstandes des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften den evangelischen Arbeitervereinen anschließen.

(Köln. Ztg. vom 27. März.)

IV.

Die Parteien über die Rede zur Eröffnung des Reichstags.

20. Februar. Der Inhalt der Thronrede wird, abgesehen von der sozialdemokratischen Presse und Organen des Zentrums, von den Blättern aller Parteirichtungen mit lebhafter Freude und Zustimmung aufgenommen. — Die „Kreuzzeitung" schreibt

Die Genugtuung über den Wahlausgang, die der Kaiser schon am Stichwahltage vor einer begeisterten Volksmenge ausgesprochen hat, verleiht auch der Thronrede einen zuversichtlichen und freudigen Grundton: „In der einigenden Kraft des Nationalgefühls ruhn des Vaterlands Geschicke wohlgeborgen"; möge das nationale Empfinden und der Wille zur Tat, aus dem dieser Reichstag hervorgegangen ist, auch über seinen Arbeiten walten, Deutschland zum Heil!" In diesen Empfindungen und in diesem Wunsche vereinigt sich heute die vaterlandstreue große Mehrheit des deutschen Volkes mit dem Kaiser und seinen hohen Verbündeten. Das soziale Werk Wilhelms I. soll fortgesetzt werden in demselben Geiste. Hierzu können wir den Wunsch nicht unterdrücken, daß die verbündeten Regierungen und der Reichstag sich wieder zu den sozialen Grundsätzen der Botschaft Kaiser Wilhelms I. in ihrem ganzen Umfange bekennen möchten, daß man vor allem dem Reiche die Lasten der sozialen Fürsorge durch die dort vorgesehenen indirekten Steuern zu tragen ermögliche, und daß man die Übergriffe des sozialdemokratischen Terrorismus in die persönliche Freiheit der Arbeiter durch Gesetze verhindere.

Die „Deutsche Tageszeitung" faßt ihre Ausführungen wie folgt zusammen:

Im großen und ganzen hat diese Thronrede uns so befriedigt wie kaum eine in den Jahren vorher. Es weht ein frischer nationaler

Hauch durch sie; es ist, als seien Fürst und Volk einander näher gerückt. Was sonst oft schmerzlich vermißt wurde, Klarheit und Deutlichkeit, ist diesmal zur Genüge vorhanden. Die nationalen Gesichtspunkte sind in den Vordergrund gerückt worden. Der Kampf gegen die Gewalten des Umsturzes steht im Mittelpunkte. Das entspricht durchaus der Sachlage.

Die freikonservative „Post" bemerkt:

Die Thronrede hebt gleich an mit einem in echt nationalem Tone gehaltnen Hinweise auf den Zwiespalt, der zur Auflösung des alten Reichstags führte, und angesichts dessen das deutsche Volk seinen Willen unzweideutig kundgab, Ehre und Gut der Nation, frei von allen kleinlichen Regungen des Parteihaders, treu und sicher gehütet zu sehen. Und wie die Mehrheit des Volkes sich treu und begeistert um den Thron scharte, um die kostbarsten nationalen Güter zu schützen, so vergilt nun auch die Krone Treue um Treue durch die Versicherung gewissenhafter Achtung aller verfassungsmäßigen Rechte und Befugnisse. Es zeigt sich hier wieder einmal deutlich, daß es keinen sichreren Schutz für die Rechte und Freiheiten des Volkes gibt als nationale Wahlen, durch die bewiesen wird, daß das deutsche Volk mündig genug ist. Wenn betont ist, daß die Sozialpolitik sich in dem Geiste Kaiser Wilhelms I. fortbewegen soll, so ist zu hoffen, daß es auch dabei bleibt und man sich nicht durch heißspornige Wettläufer mit der Sozialdemokratie in utopistische Bahnen drängen läßt.

Der „Reichsbote" erteilt folgende sozialpolitische Warnungen:

Soziale Politik ist Gesellschaftspolitik und nicht einseitige Arbeiterpolitik. Der Arbeiter muß sich bewußt sein, daß er ohne den Arbeitgeber nichts ist, und ebenso der Arbeitgeber, daß er ohne den Arbeiter nicht bestehen kann.

Die „Nationalzeitung" meint, daß aus der Thronrede wieder der Kaiser der Februarerlasse spreche:

So hat der Deutsche Kaiser schon lange nicht mehr zu den Erwählten seines Volkes gesprochen, wie in dieser Ansprache, die das Arbeitsprogramm für den neuen Reichstag aufstellt. Das Bekenntnis des Kaisers zur Reichsverfassung steht in vollster Harmonie mit dem Hinweis auf die Pflicht der Volksvertretung, dem Reiche seine weltpolitische Stellung zu wahren. Jenes Bekenntnis atmet ein wohltuendes Vertrauen zum allgemeinen gleichen Wahlrechte. Der Sozialdemokratie wird es schwer werden, ihren Anhängern auch jetzt noch mit dem Gespenste des drohenden Staatsstreiches graulich zu machen, zumal sich zu jenem Bekenntnisse noch der Grundsatz gesellt, der deutsche Arbeiter dürfe nicht unter der Torheit der Sozialdemokratie leiden.

In der „Deutschen Zeitung" heißt es:

Es ist noch nicht vorgekommen, daß die Thronrede so offen von dem „Zwiespalt" spricht, unter dem die verbündeten Regierungen und der Reichstag auseinandergegangen waren. Hier erklingt in den Kaiserlichen Begrüßungsworten ein gedämpftes Triumphlied; und auch die Wahlparole des Fürsten Bülow kehrt im Wortlaut wieder: „Für Ehr und Gut der Nation". Nun der Sieg errungen ist, an dem „Satan" hoffentlich nicht „neue List" üben wird, bekennt sich der Kaiser auch noch einmal ausdrücklich zur „gewissenhaften Achtung aller verfassungsmäßigen Rechte und Befugnisse". Auch bei diesem feierlichen Staatsakt, auch in dieser alsbald allgemein durchs Land verbreiteten Staatsakte erhält die Partei, die „alles

Gute und Lebenskräftige verneint", die sich als wahre Vertreterin der Arbeiterinteressen gab, aber gegen alle großen Gesetze zugunsten der wirtschaftlich Schwachen stimmte, einen gesunden Kammhieb. Das ist verständige Stimmungspolitik. Man muß den Augenblick nutzen.

Die „Tägliche Rundschau" äußert sich folgendermaßen:

Die Thronrede ist entgegen der Überlieferung, die diesen wichtigsten Auslassungen der Regierung von jeher ein feierlich-kaltes Gepräge aufdrückte, in einem Ton gehalten, dessen hochgemuter Klang die tiefe Befriedigung des Kaisers über den gewaltigen Umschwung der Dinge seit dem 13. Dezember zum Ausdruck bringt; eine Befriedigung, die noch jetzt auch im Herzen des Volkes lebendig ist. Man erwartet von dem neuen im Nationalbewußtsein verjüngten Reichstag Großes, und der Kaiser darf sich darum mit allen Aufrechten im Lande eins wissen, wenn er der Volksvertretung zuvorderst mit markigen Worten die Mahnung zuruft, daß es ihre heiligste Pflicht sei, das wieder gut zu machen, worin der vorige Reichstag sich versündigt und womit er sich das vorzeitige Grab grub.

Die „Vossische Zeitung" läßt sich folgendermaßen vernehmen:

Befremden wird vielleicht erregen, daß die Thronrede zwar ziemlich viel von der Sozialdemokratie, aber vom Zentrum besonders fast gar nichts sagt. Und doch ging der Konflikt nicht so sehr von der Sozialdemokratie wie von der klerikalen Partei aus. Nur summarisch wird am Anfang der Thronrede die frühere Mehrheit zusammengefaßt. Indessen hat der Reichskanzler in seinen neuerlichen Kundgebungen betont, daß „der vorläufig mit Erfolg beendete Kampf" sich nicht nur gegen die Sozialdemokratie richtete. Wie sich die Regierung fortan zum Zentrum stellen wird, das ist die Frage der Zukunft.

Die „Germania" (Zentr.) bespricht die Rede also:

An der Thronrede ist vor allem bemerkenswert, daß sie die Taktik fortsetzt, zu der der Reichskanzler sofort nach den Hauptwahlen griff: vom Zentrum ist nicht mehr die Rede, nur die Sozialdemokratie wird erwähnt. Es ist, als ob Fürst Bülow niemals zum Kampfe gegen das Zentrum aufgerufen hätte, sondern nur die Sozialdemokratie hat niederwerfen wollen. Wir haben das Manöver wiederholt so ausreichend gewürdigt, daß wir uns weiter nicht damit zu befassen brauchen. Vielleicht darf man aus dem Schweigen der Thronrede schließen, daß die Kriegserklärung gegen das Zentrum doch nicht überall als klug und siegverheißend angesehen wurde.

In demselben Sinne sagt die „Köln. Volksztg.":

Die Wiederholung der inhaltleeren Phrase von Ehr und Gut der Nation hätte unterbleiben können. Wertvoller sei die Versicherung, daß der Kaiser alle verfassungsmäßigen Rechte und Befugnisse achten wolle. Es komme dabei aber nicht lediglich auf den guten Willen, sondern auch auf die richtige Auffassung an. Diese zu fördern werde sich das Zentrum angelegen sein lassen.

Der Eingang der Rede steht, so sagen die „Hamb. Nachr.", ungefähr auf dem Niveau gutgemeinter Volksversammlungsphraseologie, sonst aber ist kein Wort in der ganzen Rede zu finden, das irgendwelche Stellungnahme der Regierung zu den veränderten Verhältnissen, wie sie durch die Wahlen herbeigeführt worden sind, erkennen

ließe. Im Gegenteil ist jede Anspielung darauf ängstlich vermieden. Die geübtesten Forscher des Zentrums werden in der Rede keinen Anlaß zum Ärgernis finden, und selbst die Sozialdemokratie kommt relativ gut weg. Sie wird vorsichtigerweise überhaupt nicht genannt, sondern es wird nur von einer Bewegung gesprochen, die alles Bestehende, Gute und Lebenskräftige verneine und sich gegen Staat und Gesellschaft in ihrer stetigen friedlichen Entwicklung richte. Also selbst der ausgesprochnen Revolutionspartei gegenüber wird die alte Leisetreterei fortgesetzt. Ähnlich wie zu Hohenlohes Zeiten wagt man es nicht einmal, das Kind beim rechten Namen zu nennen. Der anonym behandelten Sozialdemokratie wird auch nichts weiter zum Vorwurf gemacht, als daß sie sich den großen grundlegenden Gesetzen zum Schutze der wirtschaftlich Schwachen widersetzt und nichts für den Kulturfortschritt geleistet habe. Das ist alles, was die deutsche Thronrede der Sozialdemokratie nachzusagen weiß!

V.

Landwirtschafsrat und Rede des Reichskanzlers.

14. März. Beim Festmahle des Landwirtschaftsrats in Berlin hält der Reichskanzler Fürst v. Bülow, nachdem er vom Vorsitzenden, Grafen v. Schwerin-Löwitz, begrüßt worden, eine Rede im wesentlichen folgenden Inhalts: Ein ernster und schwerer politischer Kampf liegt hinter uns, der viel Aufregung hervorgerufen, aber auch gesunden Sinn, kräftiges Nationalgefühl im deutschen Volk von neuem hat hervortreten lassen. Denn der Kampf ist der Vater aller Dinge. Ein Band ist in diesem Kampfe erfreulicherweise nicht gelockert, sondern, wie ich hoffe, noch gefestigt worden: das Vertrauen zwischen dem deutschen Reichskanzler und der deutschen Landwirtschaft. Dieses Vertrauensverhältnis wird auch keinen Wandel erfahren, des bin ich sicher, wenn ich mich anschicke, Wünsche zu erfüllen, die bereits seit langer Zeit von den Parteien der bürgerlichen Linken gehegt werden. Wenn ich im Reichstage unter anderm meine Bereitwilligkeit erklärt habe, eine Reform des Vereins- und Versammlungsrechts, des Strafrechts und der Strafprozeßordnung durchzuführen, so leitet mich dabei die Überzeugung, daß ein führender und verantwortlicher Staatsmann nicht zögern soll, unzeitgemäße Zustände durch sachgemäße Reformen zu ändern. Ich gehöre nicht zu denen, die alles Fremde, weil es fremd ist, bewundern. Aber es war, wie mir scheint, eine große Weisheit der englischen Aristokratie, notwendige Konzessionen rechtzeitig zu machen. Als eine segensreiche Folge dieser Weisheit

sehe ich es an, daß England seit mehr als zweihundert Jahren von revolutionären Erschütterungen verschont geblieben ist, die namentlich die romanischen Länder in diesem Zeitraum so oft heimgesucht haben. Ich sehe hierin auch den Grund, daß in England die große Menge in den Städten, die kleinen Leute in Stadt und Land ganz überwiegend staatserhaltend gesonnen sind. Auch über die im Reichstag von mir angekündigte Reform des Börsengesetzes will ich mich hier ganz offen aussprechen. Wir werden bei dieser notwendigen und dringenden Reform nichts bringen, was die Interessen der Landwirtschaft schädigen könnte. Ich erwarte deshalb auch, daß die Vertreter der Landwirtschaft im Reichstage den Entwurf vorurteilslos prüfen werden. Die Landwirtschaft hat kein Interesse daran, daß durch die Börsengesetzgebung Treu und Glauben im Geschäftsverkehr erschüttert werden. Auch die Landwirtschaft hat ein Interesse daran, daß unsre Börse gegenüber den Börsen des Auslandes nicht in den Zustand der Inferiorität gerät, daß der hohe Bankdiskont, der mit eine Folge unsrer Börsengesetzgebung ist, erniedrigt wird. Auch die Landwirtschaft hat kein Interesse daran, daß die Börsen von Paris und London die Berliner Börse ganz überflügeln; kein Interesse, daß das deutsche Kapital in das Ausland wandert; kein Interesse, daß die kleinen Banken ganz aufgesogen werden durch die großen. Auch die Landwirtschaft hat ein Interesse daran, daß die Börse als hochwichtiges Wirtschaftsinstrument erhalten und leistungsfähig erhalten wird. Wir haben in Deutschland noch zu viel Vorurteile, in allen Lagern, bei allen Parteien, in allen Schichten der Bevölkerung. Wir haben zu viele vorgefaßte Meinungen, die als Scheuklappen den Blick einengen.

Wenn ich jene Reformen in Aussicht stelle, so bleibt unangetastet das Wirtschaftsprogramm, das ich seit bald sieben Jahren vertrete und durchführe: Schutz der nationalen Arbeit, Schutz unsrer Produktion, Schutz und Fürsorge insbesondre für die Landwirtschaft. Ich habe vor Ihnen einmal gesagt, daß ich die Bezeichnung als Agrarier als Ehrentitel ansehe, als rühmliche Anerkennung. Und wenn ich mich einmal aus dem öffentlichen Leben zurückziehe, so mag man nur auf meinen politischen Leichenstein schreiben: „Dieser ist ein agrarischer Reichskanzler gewesen.“ Und warum war ich das, und bin es, und werde es bleiben? Weil eine vernünftige agrarische Politik meiner vollen Überzeugung entspricht, weil sie sich wirtschaftlich und politisch wohl bewährt hat. Ich sage politisch auch im Rückblick auf die Wahlen. Mit Recht hat Herr v. Oldenburg darauf hingewiesen, daß wir dem braven Schwein Dank schulden. Gar manchen Abgeordneten hat es durch den reißenden Wahlstrom getragen. Schon darum gebe ich es nicht preis, sondern

schütze es vor Pestilenz. Daß aber diese meine Politik sich auch wirtschaftlich bewährt hat, beweist die gegenwärtige wirtschaftliche Lage. Die Landwirtschaft fängt an, sich endlich zu erholen, die Industrie blüht. Das Gedeihen des einen Erwerbszweiges ist aber kein Schaden für den andern. Die Industrie kann um so gewisser auf eine ruhige und stetige Entwicklung rechnen, je mehr sie sich den innern Markt sichert. Die Landwirtschaft kann eine blühende Industrie vertragen, denn sie hat in der Industrie einen hervorragenden Konsumenten. Ich weiß wohl, daß eine industrielle Hochkonjunktur Nachteile für die Landwirtschaft mit sich bringt infolge des Arbeitermangels. Da ist es die Aufgabe der Staatskunst und der berufnen Organe der Landwirtschaft, durch planmäßige Ansiedlungen und Seßhaftmachung der Arbeiter Wandel zu schaffen. Die Landwirtschaft möge überzeugt sein, daß ihre wirtschaftliche, sozialpolitische und politische Bedeutung von den verbündeten Regierungen verstanden und gewürdigt wird. (Nordd. A. Z. v. 16. März.)

VI.

Die freisinnigen Parteien.

Mitte Februar. Da aus den Reichstagswahlen 28 Abgeordnete der „Freisinnigen Volkspartei", 14 von der „Freisinnigen Vereinigung" und 7 süddeutsche Demokraten hervorgegangen sind, so taucht mehrfach der Wunsch nach einer Vereinigung dieser 49 Reichstagsabgeordneten auf. So richtet die Vereinigung aller liberalen und demokratischen Parteigruppen Münchens an die sämtlichen liberalen und demokratischen Fraktionen des Reichstags die dringende Aufforderung, die im letzten Wahlkampfe hervorgetretne Einigkeit der liberalen Parteien zu einem taktischen und programmatischen Zusammenschluß der liberalen Parteien auszugestalten. Und in Neumünster findet eine Vertrauensmännerversammlung der Freisinnigen Volkspartei, der Deutschfreisinnigen Partei in Schleswig-Holstein und des Liberalen Vereins zu Hamburg statt, in der einstimmig beschlossen wird, einen organischen Zusammenschluß der Freisinnigen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei und der Freisinnigen Vereinigung zu erstreben.

22. Februar. Verhandlungen unter den drei freisinnigen Parteien führen zu der Vereinbarung, auf die schleunige Durchführung der am 23. September 1905 in Frankfurt (Bd. 2 v. 1905 S. 35) gefaßten Beschlüsse hinzuwirken. Die Übereinstimmung ergibt sich dahin, daß die Selbständigkeit der einzelnen Parteien und ihrer

Organisationen aufrecht zu erhalten ist. Das Zusammenwirken der Fraktionen im Reichstag soll durch geeignete Maßnahmen gefördert werden. Entsprechend den einhellig beschlossenen Vorschlägen der Freisinnigen Volkspartei werden etwa folgende Beschlüsse vereinbart:

1. Die drei freisinnigen Fraktionen des Reichstags beschließen, über die Vorlagen der verbündeten Regierungen und die von Mitgliedern des Hauses eingebrachten Anträge und Interpellationen sowie über Petitionen und Wahlprüfungen gemeinsam zu beraten und, soweit eine Übereinstimmung erzielt wird, über ihre Vertretung im Plenum durch einen oder mehrere Redner Bestimmung zu treffen. 2. Den Vorsitz in den gemeinsamen Fraktionssitzungen führt einer der drei Vorsitzenden der Freisinnigen Volkspartei. Die Bestimmung der Stellvertretung steht der Freisinnigen Vereinigung und der Deutschen Volkspartei zu. Zur Vorbereitung der gemeinschaftlichen Geschäfte und zur Ausführung der gefaßten Beschlüsse wird ein Ausschuß bestellt, dem zwei Vorstandsmitglieder der Fraktion der Freisinnigen Volkspartei und je ein Vorstandsmitglied der beiden andern Fraktionen angehören. Für jedes Ausschußmitglied wird ein Stellvertreter bestellt. Den Vorsitz führt die Freisinnige Volkspartei. 3. Für die Stellung von Initiativanträgen und die Einbringung von Interpellationen, für die Besetzung der Kommissionen und für die Wahlen zum Vorstand des Reichstags treten die drei Fraktionen als Fraktionsgemeinschaft auf. Die Besetzung der Kommissionen erfolgt auf der Grundlage der nach der Geschäftsordnung üblichen Berechnung. 4. Die Fraktionen vereinbaren, auf schleunige Durchführung der Frankfurter Beschlüsse vom 11. November 1906 (Wahl des Ausschusses, gemeinsamer Aufruf) hinzuwirken.

2. März. Auf Grund dieser Vereinbarung vereinigen sich auch im Abgeordnetenhause die Fraktionen der Freisinnigen Volkspartei und der Freisinnigen Vereinigung zu gemeinsamer parlamentarischer Arbeit.

9. März. In der Frage der freisinnigen Einigungsbestrebungen erklärt der freisinnige Zentralausschuß „seine einmütige Zustimmung zu den Vereinbarungen der Frankfurter Konferenz vom 11. November 1906 und zu den Beschlüssen der drei linksliberalen Fraktionen des Reichstags, durch die unter voller Aufrechterhaltung der Selbständigkeit der Partei ein gemeinsames Zusammenarbeiten im Interesse der liberalen Sache ermöglicht wird."

10. März. In derselben Frage „empfiehlt der Zentralausschuß den Parteigenossen im Lande, freundnachbarliche Beziehungen zu andern linksliberalen Organisationen zu pflegen und auch in Zukunft auf eine Verständigung mit andern liberalen Parteien zu bestimmten politischen Zwecken, insbesondre bei den Wahlen hinzuwirken, erachtet aber als unabweisbare Voraussetzung die Wahrung der politischen Selbständigkeit der Freisinnigen Volkspartei, sowohl in ihren parlamentarischen Vertretungen wie in ihren Organisationen im Lande. Der Zentralausschuß betont die Notwendigkeit der Festigung und des Ausbaus der Parteiorganisation und verweist

auf die Bestimmung des Organisationsstatuts, wonach nur solche Vereine und Vereinigungen als zur Partei gehörig angesehen werden, die ihren Anschluß an die Partei erklären oder in ihren Statuten auf das Parteiprogramm ausdrücklich Bezug nehmen."

6. April. Ein Vertretertag der „Freisinnigen Vereinigung" in Berlin beschließt auf Vorschlag des Reichstagsabgeordneten Schrader folgende Erklärung:

Der Delegiertentag stellt mit Befriedigung fest, daß die Einigung des Liberalismus in letzter Zeit erfreuliche Fortschritte gemacht hat. Er fordert alle Parteifreunde auf, auch weiterhin unermüdlich tätig zu sein, um aus der jetzigen Arbeitsgemeinschaft der liberalen Fraktionen im Reichstage und im preußischen Abgeordnetenhaus sowie der liberalen Organisationen im Lande allmählich eine Organisationseinheit zu schaffen. Um dies Endziel sichrer erreichen zu können, erscheint die Festigung und Erweiterung unsers gegenwärtigen Parteibestandes sowie der Ausbau unsrer Organisationen dringend erforderlich, damit bei allen künftigen Einigungsverhandlungen unsre Bundesgenossenschaft erwünscht und wertvoll bleibt.

Zuvor hatte der Abgeordnete Schrader in einer Ansprache hervorgehoben: Mit der Vereinigung der Konservativen und Liberalen wird es wahrscheinlich herzlich wenig auf sich haben. Bei den vom Reichskanzler für den Liberalismus in Aussicht gestellten Reformen kommt es nicht darauf an, daß reformiert wird, sondern wie reformiert wird. Man wird ja sehen, ob es möglich sein wird, zum Beispiel die Börsenreform und die Reform des Vereinsrechts so zu gestalten, daß sie für die Liberalen und für die Konservativen annehmbar erscheinen. Wir werden trotzdem freilich keine größern Erfolge erzielen als früher, da die Linke infolge der Schwächung der Sozialdemokratie nicht stärker, sondern schwächer geworden ist.

7. April. Die Versammlung beschließt ferner folgende Erklärung:

Der Delegiertentag ist der Überzeugung, daß das Staatsinteresse eine energische Fürsorge für die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse aller geistigen Arbeiter, das heißt der öffentlichen Beamten und Privatangestellten erfordert. Eine wichtige Aufgabe des Liberalismus ist es, die Bestrebungen der Beamten und Angestellten auf Hebung ihrer Lage durch Organisation zu unterstützen und ihnen die Koalitionsfreiheit zu sichern. Der Delegiertentag ersucht den Vorstand, Leitsätze für eine liberale Beamten- und Angestelltenpolitik auszuarbeiten und bei der nächsten Tagung vorzulegen.

Dr. Naumann spricht sich über die nächsten Aufgaben des entschiednen Liberalismus aus. Er meint, die Sozialdemokratie sei in einen Zustand politischer Verzweiflung geraten, der Grundsatz, gegen alles zu protestieren, was innerhalb der heutigen Gesellschaftsordnung liegt, habe die Sozialdemokratie in einen Zustand der Verödung und geistigen Verarmung geführt. Und die Gefahr liege nahe, daß die Linksliberalen den Folgeerscheinungen dieses Zustandes erliegen. — Dr. Barth sagt, der Reichskanzler komme ihm vor wie

ein Mann, der eine vorzüglich zusammengestellte Menükarte herumzeigt und sagt: ich will versuchen, diese Gerichte in der Staatsküche kochen zu lassen. Es sei aber sehr zweifelhaft, ob der Reichskanzler diese Gerichte in der Staatsküche kochen lassen will oder auch nur kann. Daß die Konservativen den Liberalen jemals Konzessionen machen werden, hält er für ausgeschlossen.

18. Mai. In einem gemeinsamen Aufrufe der Freisinnigen Vereinigung und der Deutschen Volkspartei werden im Hinblick auf die bevorstehenden Landtagswahlen in Bayern und Sachsen und die demnächst in Preußen auszufechtenden schweren Kämpfe auf dem Boden des Dreiklassenwahlrechts alle liberalen und demokratischen Kreise in Stadt und Land zur Mitarbeit aufgefordert. Der Aufruf sagt, daß es sich vor allem darum handle, auf dem geistigen Gebiete in den großen Kulturfragen des Schulwesens eine liberale Staatsauffassung zur Geltung zu bringen. Die Parteien treten für die Hebung der Volksbildung, für eine gesunde Sozialreform und wirtschaftliche Wohlfahrt aller Volksschichten ein. Sie lehnen eine einseitige Interessen- und Klassenpolitik ab und bekämpfen die Zoll- und Steuergesetzgebung, die eine Verteuerung und Erschwerung der Lebenshaltung, besonders der minderbemittelten Volkskreise, zur Folge habe.

VII.

Die nationalliberale Partei.

28. Februar. Die nationalliberalen Fraktionen des Reichstags und des Abgeordnetenhauses feiern im Gebäude des Reichstags das vierzigjährige Bestehen der Partei. Die Festrede hält Geheimer Rat Professor Dr. Friedberg, der u. a. ausführt:

Ich will zeigen, wie eine Partei, die ihrer ganzen Natur nach darauf angelegt ist, die Ideale des nationalen und liberalen Bürgertums zu pflegen, einem fortwährenden Umbildungsprozeß unterworfen werden mußte, einfach durch die Wucht der politischen Umgestaltung in unserm Vaterlande. Blicken wir zurück in ihren ersten Anfang, so steht vor uns das Bild der Gründung des Deutschen Reiches, die kraftvolle Persönlichkeit Kaiser Wilhelms I., umgeben von seinen Paladinen, der eiserne Kanzler, der die Machtmittel des preußischen Staates in den Dienst der Einheitsbewegung stellte und mit überraschender Sicherheit und Schnelligkeit den Traum der Väter verwirklichte. Möglich wurde ihm dies durch die Umbildung unsrer Parteiverhältnisse, dadurch, daß das deutsche Volk zu seinen Vertretern Männer bestellte, die gleich ihm durchdrungen waren von dem Berufe des preußischen Staates zur einigenden Führerschaft in Deutschland, die mit ihm bereit waren, allen Groll und Hader des Parteizwiespalts zu vergessen und unter Festhaltung ihrer liberalen Ideale die Brücke zu schlagen zwischen den Anforderungen einer freiheitlichen Staats-

auffassung und der geschichtlich überlieferten Monarchie des preußischen Staates. Vor allem leuchtet hell die Persönlichkeit von Bennigsens hervor. Als Ausdruck der damaligen politischen Stimmung des deutschen Volkes dürfen wir es betrachten, daß die nationalliberale Partei die herrschende Fraktion in der neuen Vertretung des geeinten Vaterlandes wurde. Der politischen Blüte Deutschlands folgte in Übereinstimmung mit aller geschichtlichen Erfahrung die wirtschaftliche auf dem Fuße. Aber nur zu bald waren die wirtschaftlichen Kräfte der Nation überspannt, und es trat ein Rückschlag ein, der die verschiedensten Gegensätze auf wirtschaftlichem Gebiete zeitigte und es notwendig machte, den bezüglichen Problemen eine größere Aufmerksamkeit zuzuwenden. So trieb die Wirtschaftspolitik zunächst den Keil in unsre Reihen, führte zur Absplitterung größerer Teile unsrer Partei und brachte dem Liberalismus eine wesentliche Schwächung seines politischen Einflusses. Die nationalliberale Partei mußte sich durchringen zu der Überzeugung, daß eine einheitliche Auffassung des Wirtschaftslebens, gebunden durch ein parteipolitisches Programm, nicht möglich erschien, und daß nur die Freigabe der ökonomischen Überzeugung imstande war, auch den Kern der Partei zusammen zu halten. Man mußte sich frei machen von den Vorurteilen, daß politischer Liberalismus und sogenannter wirtschaftlicher Hand in Hand gehen müsse, und mit vielen Opfern mußte die Überzeugung erkauft werden, daß man auch liberal sein könne, wenn man im übrigen den Schutz der nationalen Arbeit als eine Notwendigkeit erachtete. Dann führte die weitere wirtschaftliche Entwicklung zu einer Machtentfaltung auf industriellem Gebiete. Sie schob mit einemmale eine Klasse der Bevölkerung in den Vordergrund, der die politischen Parteien bisher zu wenig Beachtung geschenkt hatten. Die arbeitenden Klassen wandten sich in immer steigendem Maße der Sozialdemokratie zu, und die Kritik, die der Sozialismus ausübte, führte dazu, die Sozialpolitik in den Vordergrund zu stellen. Daß man auch innerhalb der nationalliberalen Partei nur langsam von liebgewordnen Anschauungen sich losmachte, daß man nur langsam die Auffassung aufgab, wonach der wirtschaftliche Organismus ein freies Spiel sich anziehender und abstoßender Kräfte darstellt, das man durch keine staatlichen Eingriffe regulieren könne, ist leicht erklärlich und entschuldbar. Deshalb war es eine Tat allerersten Ranges, als wiederum Bennigsen mit Miquel in dem Heidelberger Programm von 1884 der Partei die neue Bahn der Sozialpolitik wies und ihr damit neue Aufgaben und neuen Lebensinhalt gab. Dann entstanden die Probleme der Mittelstandspolitik, die uns noch heute lebhaft beschäftigen. Und nun kommt als neuestes Kind der Entwicklung die Kolonialpolitik, der die Partei von Anfang an ihr lebhaftes Interesse zuwandte. Die nationalliberale Partei wird leben trotz aller Anfeindungen, mit denen sie von den Gegnern von rechts und links bedacht wird. Sie verdankt diese Zähigkeit, wie jedes Lebewesen, dem Vermögen der Anpassung an die gegebnen Verhältnisse, und solange sie den Grundsatz festhält, daß sie jede neue Aufgabe, die die veränderten sozialen Bedingungen mit sich bringen, sich zu eigen macht und ihrer Lösung entgegen zu führen sucht. Deshalb können wir heute das Fest unsers Geburtstagskindes mit frohem Mute und dankbarem Herzen feiern. Möge die Partei das bleiben, was sie in der Vergangenheit war: ein weiter Rahmen für alle liberal denkenden Männer, tolerant auch gegenüber in Einzelheiten abweichenden Meinungen, lernbegierig und schaffensfreudig, sich stets umbildend an den wechselnden Bedürfnissen, ein unentbehrlicher Faktor für das nationale und wirtschaftliche Gedeihen unsers Vaterlandes!

Die Versammlung erhält und erwidert ein Begrüßungstelegramm des Reichskanzlers und gedenkt mit herzlicher Kundgebung des Seniors der Partei, des Ministers a. D. Hobrecht. (Kölnische Zeitung vom 1. März.) — Die Begrüßung seitens des Reichskanzlers lautet: „Zur heutigen Feier des vierzigjährigen Bestehens der nationalliberalen Partei bitte ich Sie und Ihre Herren Parteigenossen des Reichstages wie des Landtages, meine Glückwünsche entgegenzunehmen. Die Nationalliberalen können ihrer ehrenvollen Vergangenheit jetzt in lichter gewordner Gegenwart gedenken. Möge es der Partei beschieden sein, auch an den großen Aufgaben der Zukunft zum Besten des Vaterlandes einen hervorragenden Anteil zu nehmen."

15. März. Eine von bayrischen Liberalen aller Parteirichtungen einberufne und von zahlreichen Vertretern liberaler Vereinigungen Süddeutschlands besuchte Versammlung in München beschließt die Gründung eines Nationalvereins für das Deutsche Reich und sagt in einem Aufrufe:

In weiten Kreisen des Volkes lebt eine tiefe Sehnsucht nach Verjüngung und Einigung des Liberalismus. Für den Liberalismus ist jetzt der historische Augenblick gekommen, den zu nützen er mit allen seinen Kräften versuchen muß. Er muß den alten liberalen Grundgedanken der unlöslichen Verknüpfung von vaterländischer Macht und Größe mit der Freiheit und Tüchtigkeit aller Staatsbürger aufs neue erfassen und auf die Bedürfnisse der Gegenwart anwenden. Noch ist die Zeit für eine einzige liberale Partei nicht gekommen. Die bestehenden Parteikörper können nicht einfach verschmolzen oder aufgelöst werden. Es gilt, neben ihnen eine große gemeindeutsche Organisation zu schaffen, die der gemeinsamen Aufgabe dient und die Einigung vorbereitet. Wir sind einig in der Pflege nationaler Gemeinschaft. Im Zusammenhang mit der großen Kulturgemeinschaft aller Nationen wollen wir dem Deutschtum seine Stellung in der Welt behaupten. Wir fordern, daß die Sicherung des Reiches und unsrer nationalen Interessen nicht abhängig gemacht werde von Erwägungen parlamentarischer Taktik und von der Stellung der Fraktionen zur Regierung. Wir brauchen einen neuen Nationalverein. Der alte Nationalverein war eine Organisation des deutschen Liberalismus, er hat die Einigung Deutschlands auf freiheitlicher Grundlage erstrebt und mächtig gefördert. Der neue Nationalverein soll auf der heute gewonnenen nationalen Grundlage die Einigung des deutschen Liberalismus organisieren, des Liberalismus der sozialen und Erziehungsarbeit. Wer sich mit uns eins fühlt, schließe sich uns an und arbeite mit an dem Werk der innerlichen und äußerlichen Kräftigung und Einigung des deutschen Liberalismus. — Unterschrieben ist dieser Aufruf von der Ortsgruppe München des Nationalvereins; in ihrem Auftrag von Professor Dr. Siegmund Günther.

17. März. In der Hauptversammlung des sächsischen nationalliberalen Landesvereins ergreift Bassermann das Wort zu einer Betrachtung über die politische Lage.

Mit dem Wahlsiege über die Sozialdemokraten verbunden sei das erfreuliche Hervortreten des nationalen und kolonialen Gedankens, in dessen Zeichen das deutsche Volk sich aus seiner Gleichgiltigkeit erhob. Der

Vormarsch der Sozialdemokratie sei in das Gegenteil verkehrt, das Vertrauen in das Dogma erschüttert. Nichts wird sich ändern auch im Ton. Gerade dieser Ton wird aber nicht nur die Intellektuellen in ihrer Kritik bestärken, er wird vor allem die gebildete Jugend, die sich zeitweilig von dem Siegeszug der Sozialdemokratie imponieren ließ, abschrecken; er wird auch manchen Arbeiter, der noch ehrlich empfindet, abstoßen. Was haben wir zu tun, um den Erfolg zu festigen? Nichts Besseres, als daß wir eine ehrliche, kräftige Sozialpolitik treiben, die den Arbeiter wieder mit Vertrauen auf die Staatsordnung und die bürgerlichen Parteien erfüllt. Nicht so einfach zu beurteilen ist das Ergebnis der Reichstagswahl, soweit es das Zentrum angeht. Scheinbar hat es seine Machtstellung bewahrt. Dennoch ist ein großer Wandel eingetreten. Die wichtigste Tatsache ist: Es ist aus mit dem ruhmredigen Wort: „Zentrum ist Trumpf". Mag das Zentrum heute noch auf seine Stellung pochen — mit wem war es verbündet? Mit der Sozialdemokratie! Nun, wer die Prügel bekommt, ist ja unter Kameraden ganz egal. Den Kampf gegen das Zentrum werden und müssen wir weiterführen. Wo fassen wir an? Vor allem auf dem Gebiet der Schulpolitik. Die geistliche Schulaufsicht ist die nicht mehr in die Zeit passende Einrichtung, deren Beseitigung unsre Partei entschlossen anstrebt. Nicht rasten und nicht rosten, sei unsre Losung. Wir sind wieder voll Vertrauen auf unsre Sache, und wir wissen, daß wir vorankommen werden.

19. März. Die Berliner Vereinigung der nationalliberalen Jugend, auch Jungliberale genannt, hält eine gesellige Zusammenkunft mit den Mitgliedern aller liberalen Reichstagsfraktionen. Regierungsrat Poensgen führt in seiner Rede aus:

Indem der Liberalismus die Freiheit und Vorurteilslosigkeit des Denkens auf seine Fahne schreibt, verzichtet er damit auch darauf, eine engbegrenzte politische Richtung zum unwandelbaren Dogma zu machen, wie dies andre Parteien tun durch Mißbrauch religiöser Gefühle oder durch bedingungslose Einschwörung auf ein Zukunftsstaatsideal. Die Folge eines solchen freien Denkens ist, daß über die Mittel und Wege, wie die gemeinsame liberale Grundanschauung zur Durchführung gelangen soll, eine Verschiedenheit der Anschauungen entsteht, die tatsächlich zur Bildung verschiedner liberaler Parteien geführt hat. Als Vertreter einer jüngern Generation glauben wir dem Bewußtsein der Gemeinsamkeit der liberalen Grundanschauung um so klarer Ausdruck geben zu können, als uns die Erinnerung an die Kämpfe und Uneinigkeiten im liberalen Lager selbst weniger anhaftet und uns daher nicht den Blick trübt für die Notwendigkeit, daß diese Gemeinsamkeit mehr als früher vielleicht auch in der praktischen Politik in den Vordergrund gerückt wird, und so dem liberalen Bürgertum die Stellung im Staatsleben erobert wird, auf die es mit Fug und Recht Anspruch machen darf. Denn darin sind alle liberalen Parteien einig: Ein moderner Staat kann nicht aufgebaut werden auf den mittelalterlichen Ideen einer internationalen Hierarchie, er kann nicht aufgebaut werden auf den Geburtsvorurteilen eines Feudalsystems, er muß sich aber ebenso sehr fernhalten von den Hirngespinsten des sozialdemokratischen unnationalen, kulturzerstörenden Zwangsstaates. Zumal Deutschland, das auf seinem geistigen und wirtschaftlichen Siegeszuge durch die Welt begriffen ist, muß auch in Gesetzgebung und Verwaltung von unserm modernen liberalen Geiste durchtränkt sein!

26. März. Zu Köln wird in einer gemeinsamen Versammlung des Vereins der nationalen Jugend und des nationalliberalen Vereins

des Kölner Lehrerverbandes in der Frage der geistlichen Schulaufsicht die Erklärung beschlossen, daß in der Einführung einer fachmännischen Schulaufsicht ein wesentliches Erfordernis für die gedeihliche Weiterentwicklung unsrer Volksschule und für die Vertiefung der Volksbildung zu sehen ist, daß die bestehende geistliche Schulaufsicht weder dem Charakter der Schule als einer staatlichen Einrichtung noch der Würde und Selbständigkeit unsers Lehrerstandes entspricht. Die Ablehnung des entsprechenden Antrages im Landtage durch die konservativ-ultramontane Mehrheit sei daher auf das tiefste zu bedauern.

16. April. Der nationalliberale Führer Bassermann behandelt in einer Rede zu Magdeburg die auswärtige Lage.

Er stellt mit Bedauern fest, daß die politische Lage jetzt von England beherrscht werde, und erklärt: Der Dreibund ist altersschwach geworden, durch Reden und durch die Beteuerung, daß er fest und doch eine sehr wichtige Sache ist, lackiert man ihn auch nicht auf. Der Glaube ist dahin. Wir vertrauen der Bundestreue Österreichs, sehen aber mit einem gewissen Gefühl der Unsicherheit doch auf diesen Staat, der im Innern zerrissen ist durch seine Stammeskämpfe, seine Völkerkämpfe, von denen wir nicht wissen, wie es wird, wenn der alte bundestreue Kaiser einmal die Augen geschlossen haben wird. Wir sehen seit Algeciras mit unendlichem Mißtrauen auf Italien und haben nicht die Überzeugung, daß es im Kriegsfalle die Voraussetzungen des Bundesvertrags als gegeben erachten wird. Eine Politik stolzer Zurückhaltung, aber auch tatkräftiger Entschlossenheit, das ist die Politik, die wir in Deutschland haben müssen. Von diesem Gesichtspunkt aus begrüßen wir es auch, daß nach und nach die Periode der vielen Reden in den Hintergrund getreten ist. Mit vielem Reden macht man heute gar nichts; da sind große nationale Entwicklungsgesetze, große wirtschaftliche Entwicklungen, die die Reibungen vermehren, aber durch Reden wird das nur verschlimmert. Ich meine auch, daß das Telegraphieren immer mehr eingeschränkt werden muß. Wenn zum Beispiel der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes telegraphiert, daß die Annäherung zwischen Deutschland und England Fortschritte macht, so haben andre Leute von dieser Tatsache nichts bemerkt.

VIII.

Die Frage der konservativ-liberalen Paarung.

22. Februar. Die Hauptvertreterin der strengkonservativen Richtung, die „Kreuzzeitung", sagt zu dem vom Reichskanzler nach den neusten Reichstagswahlen empfohlenen Plane einer Paarung von Konservatismus und Liberalismus: „Wir hoffen und wünschen, daß in den Parteien zwischen von Heydebrand und Payer ein modus vivendi hergestellt wird, aber auf eine Mischung von konservativem und liberalem Geiste wird die Welt und mit ihr Fürst Bülow wohl für immer verzichten müssen."

11. März. Die „Kreuzzeitung" fährt fort, den Plan einer konservativ-liberalen Paarung, wie ihn der Reichskanzler vorgeschlagen hatte, ungünstig zu behandeln. Sie bedauert, daß es unter den Konservativen Optimisten zu geben scheine, die dem Bestreben, liberale Politik zu machen, stillschweigend zusähen. Der Reichskanzler habe zwar dem Deutschen Landwirtschaftsrate das feierliche Versprechen gegeben, agrarisch zu bleiben bis zum Tode, aber die Verteidigung der Landwirtschafts- und Mittelstandsinteressen mache nur einen Teil des konservativen Programms aus, und wir könnten es uns nicht erlauben, die Angriffe der Liberalen auf die Schule, das Wahlrecht und andre Kardinalpunkte der preußischen Verfassung, auf konservative Minister und die ganze konservative Partei mit kühler Gelassenheit zu beobachten, nur weil wirtschaftspolitische Zugeständnisse an den Linksliberalismus in Frage kommen. Es scheine, daß der diplomatische Trick des Reichskanzlers bei einigen weniger „staatsmännisch" als agrarisch veranlagten agrarischen Politikern seinen Zweck nur allzu vollkommen erreiche.

18. März. Als die erste Probe auf eine konservativ-liberale Mehrheit nach dem Plane des Reichskanzlers wird allgemein das Schicksal des im preußischen Abgeordnetenhause verhandelten Antrags auf Einführung der obligatorischen Fachschulaufsicht angesehen.

Die „Hamburger Nachrichten" sagen darüber: Dieser Antrag hatte eine über seinen eigentlichen Zweck hinausgehende grundsätzliche Bedeutung: er wollte zurückerobern, was im preußischen Schulwesen unter dem Druck der konservativ-klerikalen Herrschaft allmählich verloren gegangen war. Er wollte den Einfluß der Kirche auf die Schule nicht brechen, aber doch in seine berechtigten Grenzen zurückdrängen. Es dürfte als ein erfreuliches Zeichen begrüßt werden, daß auch die Freikonservativen ebenso wie die Freisinnigen einstimmig den Antrag unterzeichneten. Um so größer muß die Enttäuschung darüber sein, daß er, wenn auch nur mit ganz knapper Majorität, abgelehnt worden ist. Abgesehen davon, daß die fachmännische Schulaufsicht wiederum in weite Ferne gerückt ist, stehen wir vor der bedauerlichen Tatsache daß bei der Beratung innerhalb der Parteien, auf deren gemeinsame Mitwirkung Fürst Bülow zur Durchführung seiner Politik rechnet, das Gefühl der Bitterkeit gegeneinander zum Ausdruck gelangt ist. Die Konservativen haben es abgelehnt, Reichs- und Landtagspolitik zu verbinden, sie haben ferner ausdrücklich betonen lassen, daß die Tendenz des nationalliberalen Antrags für sie unannehmbar sei. Daraus ergibt sich die Lage, daß die Regierung sich im preußischen Abgeordnetenhaus auf eine konservativ-klerikale Mehrheit stützt, zur selben Zeit, wo sie im Reichstage mit einer konservativ-liberalen Mehrheit gegen oder doch ohne das Zentrum zu regieren entschlossen ist!

Unter der Überschrift „Das Eingreifen des Kultusministers im Abgeordneterhause" schreibt die freikonservative Post:

Der freikonservativ-liberale Antrag auf allgemeine Einführung der fachmännischen Schulaufsicht war, was seine allgemeinpolitische Seite anlangt,

als eine Aktion zur Unterstützung der Reichspolitik gedacht. Diese Absicht konnte aber nur durch ein sachgemäßes Eingehen der Regierung auf sie erreicht werden, und zwar durch eine Erklärung, die die Liberalen einigermaßen befriedigte, ohne die Konservativen vor den Kopf zu stoßen. Die Gelegenheit zu einer solchen Erklärung war durch die Anfrage geboten, die Freiherr v. Zedlitz in der Budgetkommission angekündigt hatte. Für den mit Sicherheit zu erwartenden Fall einer solchen Zusage war vereinbart, daß nicht nur jede Schärfe in der Diskussion vermieden, sondern auch wenigstens zurzeit auf die weitere Verfolgung des Antrags verzichtet werden sollte, um so jede Möglichkeit eines Zusammenstoßes mit der Rechten oder der Regierung auszuschließen. Trotz dieser klaren und einfachen Sachlage versagte aber der Unterrichtsminister. Seine Erklärung war so unbestimmt und mit Polemik gegen den Antrag so durchsetzt, daß sie eher den Eindruck einer höflichen Ablehnung als einer bestimmten, wenn auch befristeten Zusage machte. Selten ist eine gut eingeleitete politische Aktion zur Unterstützung der Regierung so völlig durch das Verhalten gerade des Vertreters der Regierung selbst zum Scheitern gebracht worden, wie diese.

In gleichem Sinne spricht sich die „Kölnische Zeitung" u. a. also aus:

Die konservativ-liberale Paarung ist im preußischen Abgeordnetenhause in die Brüche gegangen. Eine konservativ-ultramontane Mehrheit, zu der der preußische Kultusminister v. Studt im Namen des Ministerpräsidenten Gevatter gestanden, desselben Fürsten Bülow, der im Reiche konservativ-liberale Parteigeschäfte machen möchte, hat die Anregung der Liberalen und Freikonservativen, die geistliche Schulaufsicht in Preußen durch eine fachmännische zu ersetzen, zu Fall gebracht. Da der Ministerpräsident Fürst Bülow im Abgeordnetenhause nicht erschien, um die tags zuvor vom Kultusminister abgegebne Erklärung zu berichtigen, so muß angenommen werden, daß er mit ihr einverstanden war, daß es seine Meinung ist, er könne in Preußen mit dem Ultramontanismus, im Reich gegen den Ultramontanismus regieren. Eine solche Amphibienpolitik ist ein Unding und eine innere Unwahrheit. Das kann und wird sich der Liberalismus, der in dieser Frage gegen die Regierung das nationale Interesse vertritt, nicht bieten lassen. Die Schule ist ein Kleinod, das wir ohne Fehl und Makel unsern Nachkommen überliefern wollen. Das weiß, wie gesagt, Fürst Bülow, er muß es wissen. Wenn er darum durch Herrn von Studt dem Verlangen nach einer höchst dringenden Reform eine derartige Antwort zuteil werden ließ, so ist das eine offne Herausforderung aller drei antragstellenden Parteien und eine Absage an das eigne bisher so laut verkündete Programm. Wir denken, daß die Konsequenzen aus dieser neuen Lage unverzüglich gezogen werden müssen.

25. März. Gegen obige Auslassung vom 11. März wendet sich das konservative sächsische „Vaterland" als gegen eine „bedauerliche Verkennung" dessen, was gerade der konservativen Partei jetzt nötig sei.

10. April. Wie wenig auf der andern Seite auch ein Teil der Liberalen, nämlich die Freisinnige Vereinigung, auf die Paarung einzugehen gewillt sei, wird in den „Hamburger Nachrichten" unter Hinweis auf den Parteitag vom 6. April hervorgehoben in den Worten:

Kann man sich einen ausgesprochnern Gegensatz denken, als den zwischen dieser Stellungnahme der Freisinnigen Vereinigung und der regierungsseitigen Auffassung der durch die Reichstagswahlen geschaffnen Lage? Fürst Bülow erblickt in dem Wahlausfall vor allem eine Auflehnung des nationalen Gewissens gegen das verderbliche Treiben der Sozialdemokratie, und er ist überzeugt, daß das deutsche Bürgertum bei den nächsten Wahlen das vermeintliche Vernichtungswerk vollenden werde. Die Redner der Freisinnigen Vereinigung dagegen bedauern die Niederlage der Sozialdemokratie und haben den lebhaften Wunsch, daß diese Scharte das nächstemal wieder ausgewetzt werde. Und was soll man dazu sagen, wenn eine bürgerliche Partei mit der Sozialdemokratie so unverhohlen liebäugelt, während weite Kreise des Bürgertums unter einem bis an die Grenze anarchistischer Freveltaten gesteigerten sozialdemokratischen Streikterrorismus zu leiden haben? Zum mindesten eine heillose Begriffsverwirrung in der deutschen öffentlichen Meinung muß dadurch gefördert werden.

IX.

Die Zentrumspartei.

9. Februar. In der halbamtlichen „Nordd. A. Z." wird festgestellt, daß die Sozialdemokraten mit aktiver oder passiver Hilfe des Zentrums in den zwölf Wahlkreisen: Bielefeld, Bochum, Dortmund, Duisburg, Hanau, München II, Durlach, Speyer, Karlsruhe, Offenbach, Straßburg, Wiesbaden in der Reichstagsstichwahl gesiegt haben.

10. Februar. Der Erzbischof von Bamberg Dr. v. Abert erklärt in der „Augsb. Postztg.", man möge mit den Verunglimpfungen, die gegen den Erzbischof v. Stein von München wegen ihrer beider am 3. Februar in der Reichstagsstichwahl gegen die Leitung der Zentrumspartei erlassenen Erklärung und ihrer Warnung vor Abgabe sozialdemokratischer Stimmzettel gerichtet würden, den ehrwürdigen Dr. v. Stein verschonen; er selbst nehme die ganze Verantwortlichkeit auf sich.

11. Februar. Die „Germania" äußert zu dem Schreiben des Reichskanzlers an den Zentralverband deutscher Industrieller:

Wie der Kanzler mit dem „Geiste der Nation" fährt, das werden wir bald sehen. Vielleicht erlebt er eine schwere Enttäuschung. Was dann? Will er den Kampf gegen das Zentrum tapfer fortsetzen? Anerkennenswert ist jedenfalls, daß er auf den Versuch verzichten zu wollen scheint, dem Zentrum gegenüber zu tun, als wäre nichts geschehn. So klug ist er also, scheint es, doch noch, daß er sich sagt, das Zentrum werde den ihm erteilten Fußtritt nicht ruhig hinnehmen, und das Vertrauen des Zentrums und seiner Wähler werde er schwerlich wieder gewinnen. Das weitere können wir in Geduld abwarten.

14. Februar. Zu München wird in einer Versammlung der Zentrumspartei den Mitgliedern derselben, die dem Stich-

wahlbündnis des Zentrums mit der Sozialdemokratie in Bayern entgegentraten, unversöhnliche Feindschaft angekündigt. Ebenso wendet sich besonders der „Bayrische Kurier" gegen v. Hertling.

15. Februar. In Berlin findet eine große Zentrumsversammlung statt, in der der Abgeordnete Erzberger ausführt:

Das Zentrum ist keine Oppositionspartei in dem Sinne, wie es die Sozialdemokraten und Polen sind. Was das Volk braucht zur Aufrechterhaltung seiner Machtstellung und zur Entwicklung der Volkskräfte, wird das Zentrum wie in der Vergangenheit stets bewilligen. Wir wollen eine glimpfliche, saubere, christliche Kolonialpolitik. Wir werden mitarbeiten, doch ist das Zentrumspferd kein Aushilfspferd. Es hat vom Hafer der Opposition zu sich genommen, und der ist ihm sehr gut bekommen! Die Paarung von konservativem und liberalem Geist ergibt den Maulesel. Der ist aber nicht fortpflanzungsfähig; was die Regierung will, ist aber nicht einmal lebensfähig. Der Zentrumsturm erscheine in der bengalischen Beleuchtung der Wahlergebnisse glänzender als je!

20. Februar. Unter dem Titel „Reichstagsabgeordneter Richard Müller-Fulda, Mitglied der Zentrumspartei, der Vorkämpfer der Sozialdemokratie" hat der Vorstand des nationalliberalen Wahlvereins eine aktenmäßige Darstellung der Rolle herausgegeben, die der genannte Abgeordnete in dem Wahlkampf gespielt habe.

Es ergibt sich daraus, daß Müller-Fulda, nachdem er selbst an die Nationalliberalen in Hessen und Nassau mit der Anregung zu Verhandlungen über ein Stichwahlabkommen gegen die Sozialdemokratie herangetreten war, das von den Nationalliberalen bezeigte Entgegenkommen auf seine Anregung damit beantwortet hat, daß er im Wahlkreise Wiesbaden-Rheingau persönlich mit der Parole: „Nieder mit den Liberalen!" in den Wahlkampf zugunsten der Sozialdemokratie eingriff. Die Schrift des nationalliberalen Wahlvereins behauptet auch nach Mitteilungen von Augenzeugen, daß katholische Geistliche in den verschiednen Orten des Rheingaues die Stimmzettel für den sozialdemokratischen Kandidaten hätten verteilen lassen. Aus dreizehn vorwiegend katholischen Orten werden als Beweis des Erfolges der Agitation unter den Zentrumswählern die Stimmenzahlen aus der Haupt- und Stichwahl mitgeteilt. Es ergibt sich daraus, daß in diesen Orten der Sozialdemokrat einen Stimmenzuwachs von 3134 Stimmen erhielt. Die Schrift kommt zu dem Schluß, daß „der Wahlkreis Wiesbaden-Rheingau, der das Nationaldenkmal auf dem Niederwald bei Rüdesheim in seiner Obhut hat, durch die von Müller-Fulda verführten Zentrumsstimmen an die Sozialdemokratie ausgeliefert worden ist".

25. Februar. Bischof Benzlers „Lothringer Volksstimme" stellt folgende Grundsätze bezüglich der Beteiligung der katholischen Geistlichen an den Wahlen auf:

Der Wahlagitation des Geistlichen ist keine andre Grenze gesetzt als die Bestimmungen des Strafgesetzbuches. Solange derselbe also nicht in Konflikt gerät mit dem Gesetz, hat der Staat kein Recht, gegen den Geistlichen einzuschreiten. Ob er die Männer über die Wahlpflicht belehre in der Kirche, ob er es tue in oder außer der Wahlzeit, ist seinem Takt überlassen. Läßt er es an Klugheit fehlen, dann ist es Sache

des Bischofs, einzuschreiten, und nicht Sache des Staates. Der Geistliche hat zweifelsohne das Recht, auf der Kanzel allgemeine staatsbürgerliche Pflichten zu behandeln, zum Beispiel die Notwendigkeit, zu wählen, die Belehrung, nur solchen Männern die Stimme zu geben, deren Person oder Programm die Garantie bieten, daß sie für keine Gesetze eintreten, die die Moral oder Kirche gefährden. Selbstverständlich werden hierbei keine Parteien und keine Namen genannt. Dem Priester dieses Recht abzusprechen, ist nichts andres als ein Übergriff des Staates.

28. Februar. Die „Köln. Volksztg." (Zentr.) wiederholt ihre Versicherung, daß der nächste Wahlkampf einen großen Kulturkampf bringen werde:

Es ist unsre Überzeugung, daß wir im Deutschen Reiche durch einen zweiten Kulturkampf hindurch müssen, der noch verhängnisvoller werden wird als derjenige der siebziger Jahre. Man muß diese Eventualität klar und fest ins Auge fassen und sich rechtzeitig danach einrichten. Die konfessionelle Hetze im Deutschen Reich ist in den letzten Jahren so gewissenlos betrieben worden, der systematisch geschürte furor protestanticus hat schon zu weite Kreise erfaßt, auch solche Kreise, die das eigne Bekenntnis als solches geringschätzen, deren Religion fast nur noch der Haß des Katholizismus ist. Die kirchenpolitische Spannung, die sich im deutschen Volke dank der unheilvollen Hetzarbeit wieder angesammelt hat, verlangt nach einer Auslösung. Wir sagen nicht, daß die Regierung den neuen Kampf unter antikatholischer Parole führen wird. Das hat sie auch nicht zu Beginn des sogenannten großen Kulturkampfes der siebziger Jahre getan, und doch kam er dazu; erst ließ die Regierung es geschehn, dann machte sie mit. Sie wird es, vielleicht unter allerhand Verwahrungen, auch bei dem künftigen Kampfe geschehn lassen. Aus vollster Überzeugung angesichts bestimmter Anzeichen sagen wir daher nicht nur den Parteigenossen, sondern wir sagen es auch den katholischen Glaubensgenossen: Seid auf eurer Hut!

1. März. Die „Augsb. Postztg." (Zentr.) entnimmt Äußerungen von Jesuiten folgendes:

Die Moralisten stimmen überein, daß ein Katholik einem Sozialdemokraten gegen Liberale die Stimme geben darf, wenn er den Sozialdemokraten als das kleinere Übel für Kirche und Staat ansieht. Ja manche Theologen verpflichten dazu, man müsse den Sozialdemokraten wählen, andre, man dürfe ihn wählen, und kein Moralist ist, der in diesem Falle es nicht für erlaubt hält, einem Sozialdemokraten die Stimme zu geben.

4. März. Auf dem Parteitage des bayrischen Zentrums zu München hebt der Vorstand der Zentrumsfraktion im bayrischen Landtag, Prälat Daller, ausdrücklich hervor, unter den gegenwärtigen Verhältnissen sei die Sozialdemokratie das kleinere Übel gegenüber dem Liberalismus: sie sei gegen Ausnahmegesetze, für die Erhaltung des ungeschmälerten Reichstagswahlrechts, und sie habe stets den bayrischen Standpunkt gegenüber dem Preußentum vertreten. Auf Dallers Antrag einigt man sich zu folgender Erklärung: 1. Die Delegiertenversammlung erblickt in der nach den Hauptwahlen zum deutschen Reichstage für die Stichwahlen im rechtsrheinischen Bayern ausgegebnen Parole ein politisch taktisches Vorgehn, zum

Zweck, um die Stärkung der liberalen Partei, welche nach ihrer Ansicht gegenüber der sozialdemokratischen Partei als der zurzeit gefährlichere Gegner zu erachten ist, hintanzuhalten. 2. Der Delegiertentag beharrt in der Auffassung, daß die Zentrumspartei als eine politische, nicht konfessionelle Partei in rein politischen Angelegenheiten unabhängig von der Beurteilung der kirchlichen Oberen ist, und sieht in dieser Unabhängigkeit die Voraussetzung ersprießlichen Wirkens, im politischen Leben wie insbesondre in den Parlamenten. — Fürst Karl zu Löwenstein, Reichsrat, spricht sich noch ganz ausdrücklich für das Zentrum aus.

Der „Bayrische Kurier" bringt einen Aufsatz unter der Überschrift: „Wünscht der Kaiser einen neuen Kulturkampf?" Er gipfelt in der Behauptung, daß in der Vorstandssitzung des Deutschen Frauenvereins für Krankenpflege in den Kolonien vom 16. November vorigen Jahres folgendes auf der Tagesordnung gestanden habe:

Es wird die Frage der Gestellung von Vereinsschwestern für das Zwillazarett in Windhuk, an dem zurzeit katholische Ordensschwestern pflegen, erörtert... Es besteht Aussicht, daß nach Beendigung der Unruhen wieder ausschließlich Vereinsschwestern zur Pflege in Deutsch-Südwestafrika verwendet werden. — Daran knüpft das Blatt folgende Bemerkungen: „Der preußische Kriegsminister v. Kameke hat einmal gesagt: »Ohne Barmherzige Schwestern kann ich keinen Krieg führen.« Ganz recht, solange in Südwestafrika Krieg geführt wurde, solange schreckliche Typhusepidemien herrschten, waren katholische Ordensschwestern gut genug. Sobald aber der Krieg beendet sein wird, wirft man die katholischen Ordensschwestern aus Südwestafrika hinaus. Das ist die neue Politik, die der Reichskanzler auf Wunsch des Kaisers betreibt. Katholiken, paßt auf!"

11. März. Aus München geht dem „Schwäbischen Merkur" folgende Auslassung zu:

Es ist der Öffentlichkeit in Bayern noch immer nicht der Protest der beiden Erzbischöfe gegen die Verbrüderung mit der Sozialdemokratie geschwunden, ein Zeichen, wie sehr aus dem Herzen gerade katholischer Leute die beiden Kirchenhäupter gehandelt. Über alle Maßen groß ist aber das Machtbewußtsein der augenblicklichen Wortführer der Zentrumspartei und ihrer Masse, die in dem schroffsten Ton, den sie von Anfang an gegen die beiden Herren eingeschlagen, nicht nur verharrt sind, sondern auch nachträglich noch sich beeifert haben, alle jene verletzenden Worte von neuem zu bekräftigen. Wie sicher müssen diese Leute überzeugt sein, daß die Worte der Bischöfe gar nichts, die ihrigen jedoch alles gelten, wie richtig rechnen sie aber auch, daß man mit einem radikalen Vorgehn stets die Massen für sich gewinnt. Gerade weil sich solche Stimmen wie die der Erzbischöfe, des Frhrn. v. Hertling, der Nationalkatholischen erheben, gebärden sich die Parteimächtigen erst recht radikal. Damit schüchtern sie jene ein, schmeicheln aber andrerseits dem groben Geschmack der Massen.

13. März. Gegen den Erzbischof Abert von Bamberg wendet sich der Geistliche Rat Wacker in Baden mit der öffentlichen

Behauptung, daß Abert, wenn es in der Kirche eine Einrichtung wie in konstitutionell regierten Staaten gebe, wegen seines gegen die Wahlverbindung des Zentrums mit Sozialdemokraten gerichteten Erlasses (S. 30) kassiert werden müsse; der Erzbischof habe mit seinem Vorgehen das Zentrum der Gefahr ausgesetzt, kompromitiert dazustehn, in seiner Geltung und Wirksamkeit beeinträchtigt und geschädigt zu werden, der Fortbestand des Zentrums sei aber von der allergrößten Bedeutung für Staat und Kirche.

15. März. Der Oberpräsident der Rheinprovinz, v. Schorlemer, Sohn des frühern Zentrumsführers, tritt in einer politischen Rede auf dem Ständeessen des Provinziallandtags gegen die Schmähungen und Angriffe auf, denen er mit den übrigen rheinischen „nationalen Katholiken“ wegen ihrer Haltung im Wahlkampf vom Zentrum ausgesetzt gewesen ist. Es liege System in solchen Angriffen, das Bestreben nämlich, jeden in seiner religiösen Überzeugung bei der Bevölkerung zu verdächtigen, der in politischen und nationalen Fragen eine von dem Parteiprogramm abweichende Meinung zu haben und zu äußern wagt. Presse und Redner hätten sich in dieser Weise vielfach versündigt. Gegen solches Gebaren, das unser politisches Leben vergiftet, wende er sich. — Die „Köln. Volksztg.“ nennt dieses Auftreten des katholischen Oberpräsidenten „eine Taktlosigkeit ersten Ranges“.

19. März. Von dieser Absage des Oberpräsidenten sagt die „Köln. Z.“, sie beweise, daß die Bewegung der nationalen Katholiken, die in der Wahlzeit im Rheinland und in Süddeutschland eingesetzt hat, keine Wahlepisode war, sondern der Ausdruck einer tiefgehenden, nachhaltigen Stimmung, die noch fortwährend andaure und zur gegebnen Stunde neue Wirkungen erwarten lasse. Übrigens sei festgestellt, daß, entgegen der Angabe der Zentrumspresse, die Zahl der nationalen katholischen Stimmen im Wahlkampfe nicht so geringfügig war. Während das Zentrum im Rheinlande 167000 Stimmen aufbrachte, seien auf die Kandidaten der nationalen Katholiken mehr als 18000 Stimmen gekommen, ein Beweis, daß die Bewegung nicht künstlich in die Rheinprovinz hineingetragen worden, sondern mit Naturgewalt im sichersten Herrschaftsbereich des Zentrums entstanden sei.

Die „Historisch-politischen Blätter“ in München veröffentlichen eine Art von Verrufserklärung des Zentrums gegen den Reichskanzler. Das Zentrum habe auch die gesellschaftlichen Beziehungen zum Reichskanzler abgebrochen und sich der Kartenabgabe enthalten. „Fürst Bülow hat das Zentrum in einer Weise brüskiert, daß an ein Zusammenarbeiten nicht mehr gedacht werden kann, das gebietet die Ehre der Partei und die der Wähler.“

23. März. Das „Zwanzigste Jahrhundert", Wochenschrift der Reformkatholiken, veröffentlicht einen Offnen Brief, den die aus Katholiken zusammengesetzte Münchner Kraus-Gesellschaft an die deutschen Bischöfe gerichtet hat. Der Brief beschäftigt sich mit der zu einem öffentlichen Übel gewordnen „leidenschaftlichen Parteiorganisation der Geistlichen", in der die Briefschreiber ein „großes Unheil für Religion und Vaterland" erblicken. Es heißt darin:

Die Geistlichen, die sich dem Dienste einer Partei gewidmet haben, werden vielfach selbst von jener Leidenschaftlichkeit ergriffen, die der politische Kampf so leicht erzeugt. Und dann wird der Wahlkampf durch jene traurigen Vorgänge vergiftet, in denen der Bürger und der Bauer seinen Seelsorger, das ganze Volk die katholischen Geistlichen öffentlich in leidenschaftlichen Reden sich ergehen sieht und die von Geistlichen redigierten Zeitungen von ebensolchen Artikeln voll sind, in denen es mit der Wahrheit nicht genau genommen wird, in denen politische Gegner verunglimpft und in den Kot gezogen werden. Unzählig sind die eines Priesters unwürdigen Agitationsreden, die bei Wahlkämpfen aus Priestermunde gehört werden.

Ende März. Der bisher zentrumsfreundliche Katholik Professor der Rechte Leo v. Savigny in Münster gibt unter dem Titel „Des Zentrums Wandlung und Ende" eine Schrift heraus, in der er sich an die bisherigen Anhänger der Zentrumspartei wendet, die zu zweifeln begonnen haben, ob die jüngsten Irrungen des Zentrums bloß zufällige und vorübergehende, ob sie nicht innerlich notwendige sind, denen schlimmere zu folgen versprechen, die nach politischen Möglichkeiten Umschau halten, wie die ihnen bisher im Zentrum verkörperten Werte in andrer Form zu bewahren wären, die sich einem Ersatz des Zentrums durch neue Bildungen umsehen. Savigny sucht nachzuweisen, daß das Zentrum eine konfessionelle Partei ist, die alle politischen Fragen entweder nach rein konfessionellen Maßstäben beurteilt oder sich durch Zufall und Willkür leiten läßt. Die Gefahren dieser rein konfessionellen Partei, die sich als Selbstzweck betrachte, bestehen nach Savigny in einer bedenklichen Grundsatzlosigkeit in den weltlich-politischen Dingen. Die Parteidoktrin und -disziplin sei beim Zentrum ein gefährliches Surrogat für rein politische Grundsätze. Die Partei erscheine gegenüber allen sachlichen Entscheidungen auf weltpolitischem Gebiet als Selbstzweck. Das sei in erschreckender Weise bei den letzten Reichstagswahlen zutage getreten, wo „sogar die deutlichen Fingerzeige, die die katholisch-christlichen Grundsätze der Partei in diesem Falle mit Sicherheit gaben, frech mißachtet wurden. Ich meine das tief unsittliche Stichwahlbündnis mit der Sozialdemokratie, das von der Zentrumspresse in eklem Zynismus mit dem bei Stichwahlen allein entscheidenden »Rechenstift« gerechtfertigt wurde." Savigny gibt übrigens zu, daß die Stellung der katholischen Kirche in Preußen eine

glänzende sei. Savigny zur Seite tritt der katholische Theolog Dr. Jos. Müller in München, der in einer Versammlung folgendes auseinandersetzt:

Das heutige Zentrum sei von dem frühern sehr verschieden, die heutigen Führer der Partei seien mit den Gründern wie Reichensperger, Mallinckrodt, Jörg, Windthorst nicht mehr zu vergleichen. Die Ursache des Niedergangs der Zentrumspartei liege darin, daß sie alles vom konfessionellen Gesichtspunkt aus betrachte. Die katholische Kirche müsse nur zu oft für die Sünden dieser politischen Partei büßen. Die konfessionelle Abschließung sei eine große Einbuße für das gesamte Kulturleben. Das Zentrum habe seine Herrschaft in übermütiger Art geführt, es habe sich durch seine Unehrlichkeit und Unduldsamkeit bei allen Parteien verhaßt gemacht. Es sei aber auch mit der kirchlichen Gewalt in Konflikt geraten und verlange, daß die kirchlichen Führer sich nicht in die Politik mischen sollten. Das Bündnis mit ausgesprochnen Atheisten und Revolutionären hätten aber die Bischöfe doch nie und nimmer gutheißen können.

Müller regt die Gründung einer rechtsliberalen Partei an, die sich aus dem linken Flügel des Zentrums und dem rechten der nationalliberalen Partei bilden könnte. Es gebe unter den Katholiken eine sehr große Anzahl von Laien und Geistlichen, die der Zentrumstyrannei überdrüssig seien und die Unehrlichkeit einer Gesellschaft, die sich bei der Wahl als die „alleinkatholische Partei“ ausgebe und dann in ihrer Kirchenpolitik sich als unabhängig von der rechtmäßigen kirchlichen Gewalt erkläre, verabscheuten.

8. April. Gegen das Zentrum läßt sich die „Nordd. Allg. Ztg.“ also vernehmen:

Ein frommer Wunsch ist dieser Tage von dem bayrischen Zentrumsführer, Domkapitular Schädler, auf einer Versammlung des Bamberger Zentrumswahlvereins ausgesprochen worden. Mit dem ihm eignen Takt, der sich jüngst im Reichstag in den noch in frischer Erinnerung befindlichen Ausfällen gegen seinen Oberhirten bekundete, erging sich Schädler hierbei über die politische Lage, in der er nichts wie einen Irrgarten sieht, weil jetzt die ausschlaggebende Macht des Zentrums darin gebrochen ist. Eine Rettung aus diesen heillosen politischen Verhältnissen erblickt er nur in der Möglichkeit, daß der Reichskanzler im Sommer krank werde, und beim Wiederzusammentritt des Reichstags ein andrer Kanzler im Amte sei. Im übrigen operierte Schädler mit den üblichen Entstellungen über die Wahlagitation der Regierung, mit den krampfhaften Versuchen, die Zentrumsabgeordneten als Märtyrer ihrer politischen Überzeugnng hinzustellen, und mit frivolen Hinweisen auf einen angeblich bevorstehenden Kulturkampf. Diese Krankbetung des Reichskanzlers aber muß doch wohl als Zeichen eines besonders christlichen Gemüts und einer einen führenden Politiker zierenden hochgesinnten Denkungsart angesehen werden!

X.

Antiultramontaner Reichsverband.

26. Mai. Der erste Vertretertag findet unter Vorsitz des Konsuls a. D. v. Münchhausen in Eisenach statt, der ausführt: Der Reichsverband solle keine Konkurrenz des Evangelischen Bundes bilden, sondern eine Ergänzung. Beide seien zwei Kolonnen, die auf verschiednen Straßen gegen einen gemeinsamen Feind marschierten, um diesen vereint zu schlagen. Die Kolonnen könnten sich auf dem Marsche begrüßen, sich ermutigen und sich gegenseitig dienen, aber sie seien getrennte Truppen, die nicht zusammenkommen könnten, da die Grundlage ihres Wirkens eine andre sei. Besonders in diesen Tagen, da die dumpfe Mutlosigkeit, die auf der antiultramontan gesinnten Bevölkerung lastete, durch die Reichstagsauflösung vom 13. Dezember gebannt sei, käme für den Verband die Zeit einer breitern und erfolgreichen Wirksamkeit. Sodann spricht Graf Hoensbroech über die Aufklärungstätigkeit des Verbandes und seine Einflußnahme auf Regierung, Parlament und Presse.

Immer mehr breche sich die Überzeugung Bahn, daß der Ultramontanismus die kulturelle Gefahr sei. Kultur ist das Ergebnis der freien Betätigung der menschlichen Geisteskräfte auf allen Gebieten. Dieser freien Betätigung stellt sich der Ultramontanismus entgegen auf politischem, wirtschaftlichem und wissenschaftlichem Gebiet. Seine Gefährlichkeit beruht nicht nur in seinem Wollen, sondern auch in seinem Können; denn der Ultramontanismus ist eine uralte Macht mit Millionen von Anhängern, die einem antikulturellen System folgen, weil es für sie mit ihrer Religion verbunden ist. Hier liegt die Gefahr, hier aber auch die Stärke des A. U. R. Denn der Reichsverband bekämpfe nicht das den Ultramontanismus umhüllende Gewand, sondern seinen politischen und antikulturellen Kern. Wie ist von uns nun der Kampf zu führen? Wir sind keine politische Partei, sondern wollen Ferment aller Parteien sein, da wir kein eignes festes politisches Programm haben. Unser Mittel ist die Aufklärung, die gerade dem Ultramontanismus gegenüber die Waffe ist; denn man kennt den Ultramontanismus nicht. Um den Ultramontanismus zu kennen, muß man auch die katholische Religion kennen, und da sieht es geradezu jammervoll aus, da selbst berufne Bekämpfer des Ultramontanismus eine bedauerliche Unwissenheit verraten. Den Ultramontanismus kennen und bekämpfen ist ein und dasselbe! Darum müssen gerade die Mitglieder des A. U. R., die ihrem Volke Führer in diesem Kampfe sein wollen, das Studium des Ultramontanismus als ernste Pflicht betrachten. Die Aufklärung muß durch Wort und Schrift verbreitet werden. Es muß das Bewußtsein geweckt werden von der Notwendigkeit eines systematischen Kampfes. Wir brauchen ein kirchenpolitisches Programm.

Professor Fischer-Karlsruhe schildert, wie sich in Baden unter dem Drucke der Verhältnisse die antiultramontane Bewegung aus kleinen Anfängen zu einem geachteten Machtfaktor entwickelt habe. Die Furcht vor dem Ultramontanismus sei ein Haupthemmnis im Kampf

gegen ihn. Man wage es an vielen Orten nicht, seine antiultramontane Gesinnung zu zeigen, weil man berufliche, geschäftliche und gesellschaftliche Schädigung befürchte und Scheu davor habe, sich von der ultramontanen Presse mit Kot bewerfen zu lassen. Selbst die liberalen Führer hätten es nicht gewagt, sich offen am Kampfe zu beteiligen. Heute sei das anders geworden, und der Verband hätte bei den Wahlen seinen Eifer und seine Macht so sehr gezeigt, daß man nunmehr mit ihm rechne. Jetzt habe der Landesverband Baden Mitglieder in allen Schichten der Bevölkerung und in allen antiklerikalen Parteien und namentlich auch in den Arbeiterkreisen und den Gewerkschaften. Insbesondre beteilige sich auch die studierende Jugend mit erfreulichem Eifer an dem Kampfe durch Verbreitung von Flugschriften und durch regen Besuch der Versammlungen. Redner beleuchtet sodann noch das Schnüffelsystem, dem der Ultramontanismus mit Vorliebe huldige, und durch das auch das Verhältnis in den Lehrerkollegien mannigfach getrübt worden sei, da der früher vertrauensvolle, freie Verkehr auch politischer Gegner einem tiefgehenden Mißtrauen gewichen sei.

XI.

Deutsch-hannoversche Partei.

3. Februar. Veröffentlichung des Testaments der am 9. Januar in Gmunden verstorbnen frühern Königin Marie von Hannover, Witwe des 1878 in Paris gestorbnen Königs Georg V. Daraus geht hervor, daß sie in gleicher Weise wie ihr Sohn, der Herzog von Cumberland, an dem unversöhnlichen Standpunkte bis zuletzt festgehalten hat.

Sie sagt letztwillig „Lebewohl und treuen Segen meinem geliebten schönen Hannoverland, das sich so herrlich bewährte und an seinem angestammten Herrscherhause in allen Anfechtungen und Gefahren festhielt, und das unsre geheiligte Sache meinem im Herrn selig entschlafnen König und heißgeliebten Gemahl aufrecht zu erhalten half. Der Herr wolle all unsern so treubewährten Landeskindern vergelten, daß sie im Unglück immer standhafter trotz der bittersten Verfolgung mutig das Banner unsers heiligen Rechtes hochgehalten. Gottes gnadenreicher Segen ruhe auf solchem Lande, das mit unerschütterlicher Zuversicht zu Ihm hinaufblickt und auf den Alliebenden seine Hoffnung setzt! Dem wird geholfen werden!“

5. Februar. Bei den Reichstagswahlen sinkt die Zahl der welfischen Abgeordneten, die es bisher nie auf mehr als elf gebracht und zuletzt sechs Mandate gezählt hatten, auf nur einen hinab, zum Nachteil der Zentrumspartei, deren Organ, die „Kölnische Volksztg.“, den Welfen rät, fortan mehr den „zersetzenden Tendenzen des Libe-

ralismus entgegenzutreten", auch dürfe der Adel nicht immer in der Partei an der Spitze stehn.

15. März. Mitglieder der deutsch-hannoverschen Partei erlassen in dem hannoverschen Welfenblatt eine „Bekanntmachung" für alle die, „die von jetzt ab mit Hannovers treuer Bevölkerung geschäftliche Beziehungen zu unterhalten wünschen". In dieser Bekanntmachung heißt es wörtlich:

Wir sind uns der großen wirtschaftlichen Macht bewußt, die eine Partei auszuüben imstande ist. Deshalb haben wir uns fest entschlossen, unsre beträchtlichen Einkäufe in denjenigen Geschäften vorzunehmen, die uns aus unsrer Parteipresse bekannt geworden sind. Wir fordern also alle Geschäftsleute, denen an einem nennenswerten Umsatz ihrer Waren unter dem kaufkräftigen Stamm des Landes Hannover gelegen ist, desgleichen alle Hotelwirte, Restaurateure und Unternehmer irgendwelcher Art hiermit öffentlich auf, durch regelmäßige Anzeigen in unsern Parteiblättern .. unsern Konsum sich zuzuziehen.

4. April. Die braunschweigische Halbmonatsschrift „Brunonia" fordert die Wiederherstellung des Königreichs Hannover. Lange genug habe man in dem Wahne gelebt, die Hohenzollern und Welfen versöhnen zu können.

Dieser Versuch der Versöhnung ist mißlungen, schärfer als je sind die Gegensätze zwischen beiden Geschlechtern zutage getreten; jede Annäherung innerhalb absehbarer Zeit ist ausgeschlossen. Um eine Aussöhnung möglich zu machen, hatte sich die „Brunonia" völlig auf den Boden der historisch gewordnen Tatsachen gestellt, hatte, wenn auch schweren Herzens, die 1866 in Deutschland gewaltsam herbeigeführten Gebietsveränderungen frei und offen anerkannt. Diese Stellung war falsch. Unsre Kampfesweise war unrichtig: die Ereignisse der letzten Wochen haben es unwiderleglich bewiesen. Man hat nicht nur die Gelegenheit zur Versöhnung in leichtherzigster Weise vorübergehen lassen, man ist auch den einmütigen Kundgebungen eines treuen, echt deutschen Volksstammes mit verletzender Mißachtung begegnet. Wir müssen deshalb unsre Taktik ändern. Es hat sich gezeigt, daß aus einer ursprünglichen Rechtsverletzung nie etwas der göttlichen Rechtsordnung Entsprechendes hervorgehen kann, das Bestand hat. Nach diesen Erwägungen sehen wir die Bedingung für Deutschlands gedeihliche Weiterentwicklung, ja für Preußens wahren Nutzen, nachdem eine Versöhnung mißlungen, einzig und allein darin, daß die gewaltsamen Gebietsveränderungen von 1866 rückgängig gemacht werden, insonderheit in einer Wiederherstellung des Königreichs Hannover.

Dann erzählt das Blatt, daß es von nun an „offen" für diese Ziele eintreten werde, „allerdings lediglich für eine Wiederherstellung mit gesetzlichen Mitteln, also wesentlich durch Belehrung; hier, wie in jeder Beziehung, treu den Befehlen unsers Herzogs". Bezüglich der Regentenfrage spricht die „Brunonia" Zweifel aus, ob ein Prinz aus deutschem Fürstengeschlechte ohne direkten Zwang sich auf den braunschweigischen Thron setzen werde, und erklärt: „Tut er das doch,

so verliert er damit jeden Anspruch auf unser Vertrauen, auf unsre Liebe.“ „Wir sehen in der Erledigung unsrer Thronfolgefrage eine dem Deutschen Reiche gewährte Gnadenfrist, eine ihm auferlegte Probe. Diese hat das Reich nicht bestanden. Es wird uns gesagt, man könne jetzt »nicht reichstreu genug« sein. Wir haben schon früher ausgeführt, daß das Reich lediglich gesetzlichen Bestand für uns habe, von »Treue« kann da keine Rede mehr sein.“

XII.

Deutsche Reformpartei.

Anfang März. Die Deutsche Reformpartei, von der einige Mitglieder bisher in losem Kartellverhältnisse mit der Wirtschaftlichen Vereinigung standen, vollzieht aus dieser Gruppe korporativ ihren Austritt und schließt sich, um in den Reichstagskommissionen Vertretung zu finden, der Reichspartei an. Die „Deutsche Reform“ begründet diesen Entschluß also:

Ein Anschluß an die sogenannte Wirtschaftliche Vereinigung war von vornherein ausgeschlossen, weil die Mitglieder dieser „Wirtschaftlichen Vereinigung“ in allen nationalen und wirtschaftlichen Fragen bisher stets untereinander uneins waren und gegeneinander gestimmt haben. Die Reformpartei, die immer geschlossen aufgetreten ist, verspürt keine Lust, einer solchen „Vereinignng“ der verschiedensten Richtungen auch nur einen Teil ihrer Selbständigkeit zu opfern. Im letzten Wahlkampfe haben wir es von den Gegnern bis zum Überfluß hören können, wie sie das Gegeneinanderstimmen der Mitglieder der Wirtschaftlichen Vereinigung, durch das diese zur politischen Ohnmacht verurteilt war, mit Hohn und Spott überschütteten und wider die bessere Wahrheit auch die stets einigen Reformer als daran mitschuldig zu verdächtigen suchten.

XIII.

Die polnische und die gegenpolnische Partei.

6. Januar. In Posen findet eine aus 1500 Personen bestehende, aus den Provinzen Posen, Westpreußen, Ostpreußen, Schlesien und Brandenburg besuchte Vertreterversammlung des „Deutschen Ostmarkenvereins“ statt, die sich zu einer größern Kundgebung deutsch-nationalen Geistes gegenüber einer großen polnischen Kundgebungsversammlung vom 17. Dezember v. J. gestaltet. Der Begründer des Vereins, v. Tiedemann aus Seeheim, eröffnet die Versammlung. Die Hauptrede hält Professor Hötzsch von der Posener

Akademie, der an der Hand der ganzen Entwicklung des polnischen Schulstreiks nachzuweisen sucht, daß es sich hierbei keineswegs um eine religiöse, sondern um eine reine politische Bewegung handle, deren Ziele klar vor Augen liegen. Nicht aus dem Volke heraus sei diese Bewegung entstanden, sondern sie sei künstlich von der polnischen Geistlichkeit mit dem verstorbnen Erzbischof an der Spitze und der polnischen Presse hervorgerufen worden. Die Versammlung vom 17. Dezember sei eine Musterung der polnischen Heerschar gewesen, man habe auf polnischer Seite zeigen wollen, wie weit man gehn wolle. „Der Schulstreik ist kein Kampf um Religion und Sprache, er ist ein Kampf um die Schule als Waffe in dem Kampfe der beiden Nationalitäten. Deutschland ist ein einheitlicher, geschlossener Nationalstaat, darum muß auch seine Schule deutsch bleiben. Die Möglichkeit einer Erfüllung der großpolnischen Hoffnungen ist für uns Deutsche völlig indiskutabel." Redner schließt mit einer Aufforderung an die Regierung, festzuhalten an der bisherigen Politik im Interesse der Autorität des Staats. „Ein Nachgeben würde dessen Fortbestand gefährden. Darum zu den Waffen! Für das Deutschtum, die deutsche Schule, das deutsche Vaterland!"

Der Gesandte z. D. Raschdau schildert den Geist der Aufsässigkeit und Unwahrhaftigkeit, den die polnischen Drahtzieher bei dem Schulstreik gezeigt haben. Niemals habe sich die Tätigkeit des Ostmarkenvereins gegen die katholische Konfession gerichtet, wie von polnischer Seite behauptet wird. Die Ziele des Ostmarkenvereins kann jeder deutsche Katholik gutheißen. Redner unterzieht das Verhalten des verstorbnen Erzbischofs v. Stablewski bei dem Schulstreik einer kritischen Beleuchtung. Stablewski sei von dem polnischen Klerus zu seiner Stellungnahme geradezu gezwungen worden. Bei den Polen gelte aber das Wort: „Unser Bischof absolut, wenn er unsern Willen tut." Den polnischen Klerus allein treffe die volle Schuld am Schulstreik, von Rechts wegen gehöre er auf die Anklagebank. Die polnische Nationalliga habe die Bewegung angeregt, die polnische Geistlichkeit und die Presse sie fortgeführt. Die Regierung müßte von allen guten Geistern verlassen sein, wenn sie diesen Kampf nicht aufnehmen wollte. Sie darf nicht einen Fuß breit vom bisherigen Wege abweichen. Redner schließt mit einem Appell an den Volksschullehrerstand, in diesem schweren Kampfe das deutsche Panier hochzuhalten, da dann auch der endliche Sieg nicht ausbleiben werde.

Justizrat Wagner erörtert die staatsrechtliche Stellung der Polen im Königreich Preußen auf Grund der historischen Ereignisse der Teilung Polens, den Wiener Schlußakten. Er erinnert daran, was die Hohenzollern für die polnischen Landesteile getan, wie alles, was dort heute an Kultur vorhanden, deutschem Recht, deutscher Ordnung, deutschem Fleiße zu verdanken sei. Unser Land ist deutsch, auch seine Schule muß deutsch sein und bleiben. Im Deutschen Reiche muß überall die deutsche Zunge klingen. Professor Heidenhain-Marienburg zeigt an der Hand von Beispielen, welch eine

Komödie der Schulstreik sei, welch ein frevelhaftes Spiel mit der Religion von der polnischen Geistlichkeit hierbei getrieben werde. An zahlreichen Beispielen schildert er das deutschfeindliche, aufreizende Treiben der polnischen Presse. Der Religionsunterricht muß in allen Schulen in deutscher Sprache erteilt werden; wo dies noch nicht durchgeführt sei, müsse es durchgeführt werden. Auf Antrag v. Tiedemanns wird einstimmig eine Entschließung angenommen, in der die gesetzliche Festlegung einer Bestimmung folgenden Inhalts für unerläßlich erklärt wird: Ebenso wie die Amtssprache ist die Unterrichtssprache deutsch, und in öffentlichen Versammlungen darf nur in deutscher Sprache verhandelt werden.

9. Februar. Über die Erfolge der Ostmarkenpolitik spricht sich die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" also aus: Bei der Volkszählung des Jahres 1905 haben sich seit der Volkszählung von 1900 vermehrt: die Deutschen um rund 43000 Köpfe gleich 5,97 Prozent, die Polen um rund 59000 Köpfe gleich 5,08 Prozent, sodaß die Vermehrungsgeschwindigkeit der Deutschen die der polnischen Bevölkerung um 0,89 Prozent übersteigt. Der Anteil der deutschen Bevölkerung ist infolgedessen von 38,07 Prozent auf 38,32 Prozent gestiegen, der polnische hat sich von 61,32 Prozent auf 61,21 Prozent vermindert. Es ergibt sich hieraus, daß die mit dem Jahre 1867 begonnene und noch in den neunziger Jahren anhaltende stetige ziffermäßige Verschiebung des Nationalitätenverhältnisses zuungunsten des Deutschtums endlich zum Stillstande gekommen ist und eine Wendung zum Bessern zu nehmen beginnt. Diese für die gesamte Entwicklung der beiden Nationalitäten innerhalb des nationalen Kampfgebiets hochbedeutsame Erscheinung beruht unzweifelhaft in erster Linie auf der ausgedehnten Besiedlungstätigkeit der Ansiedlungkommission. Sie wird begreiflich, wenn man erwägt, daß die Ansiedlungskommission bis jetzt schon 32 Quadratmeilen Landes neu besiedelt und darauf nicht weniger als 12415 neue Bauernhöfe in 315 neuen Dörfern geschaffen hat, und daß diese Dörfer einschließlich der auf den bäuerlichen Stellen und Ansiedlungsgutsbetrieben beschäftigten rund 5000 deutschen Arbeiterfamilien eine deutsche Bevölkerung von rund 96900 Seelen enthalten, die dem Deutschtum als Gewinn zuzurechnen sind. Es befinden sich zurzeit von der rund 2750000 Hektar großen landwirtschaftlich genutzten Bodenfläche der Provinz trotz der erheblichen Verluste der vorangegangnen Zeitperioden noch immer rund 1140000 Hektar in dem deutschen Privatbesitz, rund 157000 Hektar im Besitz der Ansiedlungskommission und 296000 Hektar im Besitz des Domänen- und Forstfiskus, also im ganzen rund 1593000 Hektar in deutscher Hand, wogegen die polnische Hand über rund 1100000 Hektar

einschließlich 38000 Hektar Kirchenbesitzes verfügt. Der Rest von rund 43000 Hektar befindet sich in der Hand öffentlicher Korporationen, deren Charakter überwiegend deutsch ist.

14. Februar. Näheres über einen polnischen Geheimbund in Schlesien, den Verein zur Förderung der moralischen Interessen der polnischen Bevölkerung in Preußisch-Schlesien wird der „Schlesischen Zeitung" mitgeteilt. In den umfangreichen Statuten wird gesagt, „die Vereinsmitglieder haben die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die von ihnen abhängige Jugend vor allem niemals vergesse, daß sie polnisch sei, und daß das schließliche Ziel aller unsrer Bestrebungen die Unabhängigkeit Polens sei".

21. Februar. Die Strafkammer in Posen verurteilt vierzehn Mitglieder des Hauptvorstandes des polnischen Vereins „Straz", den sie für einen politischen Verein mit staatsfeindlichen Tendenzen erklärt, zu Geldstrafen. Das Verfahren gegen die Reichs- und Landtagsabgeordneten v. Koscielski, Stychel, Dziembowski und andre wird einstweilen eingestellt.

26. Februar. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" veröffentlicht einen Aufsatz über „das Vordrängen des gewerblichen polnischen Mittelstandes" und kommt zu dem Schlusse:

So entsteht in allen Städten ein polnischer Laden, eine polnische Werkstatt nach der andern, immer mehr schieben sich die kleinen polnischen Geschäfte nach dem Zentrum und den Hauptverkehrsadern vor und verdrängen einen Deutschen nach dem andern. Je kleiner die Stadt, um so weniger kann sich unter solchen Verhältnissen der Deutsche halten. Das Polentum ist in unaufhaltsamem Vordringen, das Deutschtum aber in eine Defensive gedrängt, die je länger, je mehr unerträglich wird, wenn alle Kreise des ostmärkischen Deutschtums nicht endlich allgemein einsehen, was auf dem Spiele steht.

Anfang März. Der Sokolverein zu Posen bedauert in seinem Jahresberichte, daß die Entwicklung des Sokoltums fortwährend zurückgehe, weil der überwiegende Teil der Mitglieder die Ziele des Sokoltums nicht zu erfassen vermöge und die preußische Polizei viele Mitglieder zum Austritt veranlasse. Dann heißt es weiter:

Drum ans Werk, Kameraden! Laßt uns endlich ein positiver Faktor in unsrer bedrückten Volksgesamtheit sein, tragen auch wir einen Baustein zum Bau unsrer nationalen Wiedergeburt bei! Eine Neubelebung wird das Sokoltum in Deutschland durch den vom 28. Juni bis 1. Juli in Prag stattfindenden slawischen Allsokoltag erfahren, zu dem das Prager Festkomitee unter der Devise „Für unsre und für eure Freiheit und für die ruhmvolle Zukunft des Slawentums" einladet.

12. März. Das Reichsgericht spricht zur Angelegenheit des polnischen Schulstreiks Grundsätze von politischer und staatsrechtlicher Bedeutung aus:

Es kann nicht die Rede davon sein, daß für die Entscheidung der Frage, welche Unterrichtssprache im katholischen Religionsunterricht anzuwenden ist, die Zuständigkeit der katholischen Kirche begründet oder auch nur eine Mitwirkung oder Genehmigung ihrer Organe erforderlich wäre. Nach den Bestimmungen des Allgemeinen Landrechts für die Königlich Preußischen Staaten sind sämtliche Schulen, soweit es sich nicht um Privaterziehungsanstalten handelt, Veranstaltungen des Staats. Sie unterliegen der staatlichen Aufsicht. Auch der Religionsunterricht ist ein Teil des Schulunterrichts. Es kann weder die staatliche Anordnung über die Unterrichtssprache die in letzterer Hinsicht durch Artikel 12 der Verfassungsurkunde gewährleisteten Rechte beeinträchtigen, noch kann es Beachtung seitens des Staats beanspruchen, wenn eine Religionsgesellschaft ihre Anschauung über die nach dem Gesetz allein dem Staat gebührende Wahl der Unterrichtssprache zu einem Glaubenssatze erheben wollte.

17. März. Die Polen in Berlin veranstalten eine Protestkundgebung gegen den Kardinal Kopp in Breslau an Stelle einer Feier seines Jubiläums.

24. März. Der polnische Verein „Straz" hält in Posen behufs seiner Reorganisation eine vom Herrenhausmitgliede v. Koscielski geleitete Versammlung, in der er ausführt:

Der Strazverein bezwecke lediglich die Verteidigung der konstitutionellen Rechte der preußischen Polen auf legalem Wege und sei nur ein Abwehrverein gegen die hakatistischen Bestrebungen. „Als eine Nation mit einer tausendjährigen Kultur und Geschichte müssen wir darüber wachen, daß unsre nationalen Eigenarten in dem germanischen Meer nicht verschwinden. Die polnische Gesamtheit leidet sowohl an innern als auch an äußern Krankheiten. Wir kennen zu genau unsre äußern Feinde, die unsern Untergang wünschen. Aber fast denselben Nachteil ergaben für die polnische Gesamtheit die innern Krankheiten, nämlich die innern Zerwürfnisse, der parteipolitische Hader sowie der persönliche Antagonismus. Darum müßten sich alle Polen um das Banner des »Straz« scharen, und die Devise: »Wache, Geist« müßte in allen polnischen Herzen einen Widerhall finden."

26. März. Auf einem allpolnischen Tage spricht Koscielski über die innere Organisation des Straz, der gegenwärtig 22894 Mitglieder, mehrere Hunderte von Kommissaren sowie 34 Bezirkshauptleute in der Provinz Posen, 9 in Westpreußen, 35 in Oberschlesien zähle. Es seien im vergangnen Jahre gegen hundert öffentliche polnische Agitationsversammlungen abgehalten, in denen aktuelle politische Fragen erörtert wurden. Der Verein unterstütze die Agitation bei den politischen und kommunalen Wahlen. Die mustergiltigste Organisation sei in Berlin.

31. März. Der Parteitag der polnisch-sozialdemokratischen Partei in Zabrze beschließt gegen die polnische Reichstags- und Landtagsfraktion folgendes:

Wir erklären: Gegenüber der Politik der preußischen Regierung werden wir mit allen erlaubten Mitteln kämpfen. Wir werden in diesem Kampfe

auch nicht eher aufhören, bis alle staatlichen Rechte demokratisiert sind. Sie allein werden uns die rechte bürgerliche Freiheit garantieren können, durch die wir polnische Schulen, polnische Gerichte und polnische Verwaltung erlangen. Die Germanisationspolitik hat es den verfolgten Politikern ermöglicht, der preußischen Regierung gegenüber einen oppositionellen Standpunkt einzunehmen. Hauptsächlich sind es die sogenannten Nationalpolen. Die Regierung hat auf diese Weise dazu beigetragen, eine Lage zu schaffen, die es ihnen ermöglicht, mit Hilfe radikaler Phrasen breite Massen des polnischen Proletariats vom Wesen des Klassenkampfes hinwegzuziehn. Die Tätigkeit der polnischen Abgeordneten im Reichstage und im öffentlichen Leben gibt uns zu gute Beispiele dafür, daß sie einzig und allein nur in der Verteidigung der polnischen Großgrundbesitzer besteht. Wir fordern alle unsre Genossen auf, immer und überall die sogenannten Nationalpolen zu entlarven, ständig darauf hinzuweisen, daß sie mit dem polnischen Volke nichts gemein haben, und die Nachricht zu verbreiten, daß die Befreiung der Arbeiter nur eine Tat der Arbeiter selbst sei.

19. April. Der frühere Oberbürgermeister Witting von Posen führt im nationalliberalen Vereine zu Berlin aus, daß die Ostmarkenpolitik keine provinzielle oder lokale Politik sei, sondern ein integrierender Bestandteil unsrer preußisch-deutschen Gesamtpolitik.

Da es keinem Zweifel unterliegen könne, daß die Polen auf die wirtschaftliche und nationale Wiedergeburt ihres Reiches hinarbeiten, so müsse für die Bekämpfung dieser deutsch-feindlichen Bestrebungen ein einheitlicher Mittelpunkt der antipolnischen Maßnahmen geschaffen werden. Den jetzigen Mittelpunkt bilde eine Unzahl von Verwaltungsstellen, wie der Reichskanzler, die Ressortminister, drei Oberpräsidenten, ferner die Parlamente. Sie alle sollen zusammenwirken, um Ostmarkenpolitik zu treiben. Bei einer derartigen Organisation fehle aber die Stoßkraft. Es sei ein Übel, daß die Träger der Verwaltung nicht aus den schaffenden, produktiven Ständen genommen werden. Die gesamte deutsche Bevölkerung in den Ostmarken würde sofort ein großes, wirkliches Interesse zeigen, wenn ein bis zwei Dutzend Männer mitten aus dem schaffenden Leben heraus auf führende Stellungen in der Ostmarkenverwaltung berufen würden.

Anfang Juni. Stand des polnischen Schulstreiks:

Der Streik entwickelt insbesondre in der Provinz Posen eine größere Hartnäckigkeit, als bisher vermutet wurde, wenn auch die Ruhe und Festigkeit der Regierung in der Rückdämmung des Streiks stetigen Erfolg erzielt und in Westpreußen den Streik schon beinahe zum Erlöschen gebracht hat. Ende Mai streikten im Regierungsbezirk Danzig noch 900, im Regierungsbezirk Marienwerder noch 100 Kinder, während im Regierungsbezirk Posen 9600 und im Regierungsbezirk Bromberg 6800 streikende Kinder gezählt worden sind. In Westpreußen wurden schon seit längerer Zeit Exekutivstrafen gegen die Eltern der streikenden Kinder zur Anwendung gebracht. Man entschloß sich, auch der Verwaltung der Provinz Posen die Ermächtigung zur Verhängung von Exekutivstrafen zu erteilen.

XIV.

Anarchistenpartei.

Ende Februar. Die Partei erläßt im „Freien Arbeiter“ einen Aufruf an die Gestellungspflichtigen. Darin heißt es:

Du bist zwanzig Jahre. Es ist das das Alter, in dem du die Blutsteuer bezahlen mußt. Du weißt es ja übrigens, junger Mann, daß dir als Arbeitersohn die Pflicht, zu zahlen, immer und alles zu zahlen, obliegt. Du hast eine elende und ungenügende Schulbildung erhalten, damit der Sohn des Bourgeois die Universitäten besuchen kann. Mit dreizehn Jahren begann dann das Golgatha deiner modernen Sklaverei, während die Jugend der Fabrikanten von dem Raub an den Erträgen deiner Arbeit ein üppiges, ausschweifendes Leben führt, deine schönen Schwestern zu ihren Huren und die häßlichen zu Fabrikslavinnen macht.... Sei Mensch und bleibe auch als Soldat Mensch ... Das mußt du bleiben auch als Soldat. In diesem Sinne und Geiste mußt du wirken auch in der Kaserne. Und solltest du Opfer derer werden, die dich verbrutalisieren wollen — werde es, ehe du auch nur ein Jota deines Menschentums aufgibst. Du wirst leuchtendes Vorbild sein für Tausende, ein Kämpfer für die große Menschheitserlösung! Thron und Altar — Instrumente deiner geistigen und materiellen Unterdrückung! Vaterland, Heimatsherd — hast du beides? Dein Vaterland und dein Heimatsherd liegen hinter den Toren deiner Fabrik und deiner Werkstelle, wo du dein Mark und deine Knochen der Aussaugung durch andre zur Verfügung stellen mußt. Hinter all diesen Worten steht nichts andres als der scheußliche und gesellschaftsvernichtende Götze: Eigentum. Ihn sollst du erhalten, schützen und verteidigen und seine Raubzüge führen auf Kosten deines Lebens und deiner Gesundheit.

1. April. In einer von der „Geschäftsleitung der Föderation“ nach Offenbach berufnen Versammlung hält der Redakteur des „Anarchist“, Lange, eine Rede.

Er wendet sich gegen die Sozialdemokratie, weil diese durch Beteiligung an den Wahlen politische Macht zu erringen suche. Der Anarchismus halte das für aussichtslos, solange die jetzige Staats- und Wirtschaftsform bestehe. Deshalb empfehle er den Generalstreik, um die herrschenden Klassen zu zwingen, die Forderungen des Proletariats zu erfüllen. Dann verbreitet er sich über die Notwendigkeit einer antimilitaristischen Propaganda, wie sie in Frankreich schon eifrig betrieben werde. Die nächsten Jahrzehnte würden in Deutschland schwerlich friedlich verlaufen, und die herrschenden Klassen würden dann ihre Stütze beim Militarismus suchen. „Wir sind gegen jedes Blutvergießen. Aber wenn unsre Rechte mit Füßen getreten werden, dann weiß ich nicht, ob wir noch verpflichtet sind, die Gesetze zu halten. Ich halte mich überhaupt nicht für verpflichtet, Gesetze zu halten.“

Hierauf wird die Versammlung polizeilich aufgelöst.

XV.

Sozialdemokratische Partei.

8. **Februar.** Die Niederlage dieser Partei in den Reichstagswahlen ruft vielfach den Gedanken an eine mindere Gefährlichkeit derselben hervor. In einer solchen Betrachtung sagt die „Vossische Zeitung“:

Wer redet jetzt noch von einer Änderung des Wahlrechts, von einer Umgestaltung des Reichstags, von Staatsstreich und Verfassungsbruch? Kein Mensch wird ernstlich daran denken; auch mit Ausnahmegesetzen gegen die sozialdemokratische Hochflut beschäftigt sich niemand mehr. Denn der Wahn, daß die Bevölkerung dem Vordringen der Sozialdemokratie machtlos gegenüberstehe, ist zerstört worden, das Gespenst der einstmaligen „roten“ Mehrheit im Parlament ist in dem Augenblick, wo man ihm beherzt auf den Leib ging, verschwunden, und man hat das richtige Heilmittel gegen die Schäden des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts gefunden; es heißt: das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht! Es wirkt, wenn es nur richtig angewandt wird. Dadurch ist der 13. Dezember, der Tag der Auflösung des Reichstags, ein Wendepunkt in der Entwicklung der politischen Anschauungen weiter Kreise und vermutlich auch mancher einflußreicher Persönlichkeiten geworden. Die Tatsache ist handgreiflich, daß es gegen die Sozialdemokratie bessere Waffen gibt als die der Gewalt, des Ausnahmerechts, der Verfassungsverletzung, der Staatsrettung.

Dieser Auffassung treten vor allem die „Hamburger Nachrichten“ entgegen; sie sei so gedankenlos wie möglich. Die Gefahr bestehe nicht sowohl in der Reichstagsfraktion als in den sozialistischen Massen des Volks. „Wenn diese immer weiter anwachsen und verhetzt werden, ist eine Katastophe unvermeidlich, einerlei ob zwanzig oder hundert Sozialdemokraten im Reichstage sitzen. Das weitere Anwachsen der sozialistischen Massen ist aber — wie auch die diesmalige Wahl gezeigt hat — nicht durch das allgemeine Wahlrecht aufzuhalten, sondern nur durch Zerstörung der Organisation und Agitation der Sozialdemokratie, sowie dadurch, daß durch Gesetze die auf Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichteten gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie unserm Volke — auch den Arbeiterklassen — wieder als etwas Verbotnes und Strafbares zum Bewußtsein gebracht werden. Dieses Bewußtsein ist leider ganz verloren gegangen, und zwar durch langjähriges Verschulden der Regierung wie der bürgerlichen Parteien, die die Sozialdemokratie als gleichberechtigt mit andern Parteien anerkannt und sie dementsprechend behandelt haben“.

In den „Sozialistischen Monatsheften“ beschäftigen sich die frühern sozialdemokratischen Abgeordneten Calwer und Bernstein mit der sozialdemokratischen Niederlage. Calwer faßt seine Ausführungen in folgenden Sätzen zusammen:

In der Abwendung von der Wirklichkeit, in dem Festhalten überkommner, aber heute nicht mehr zutreffender Auffassungen, in der unfruchtbaren, rein negativen Kritik und damit in dem Mangel praktischer und positiver Tätigkeit sehe ich, kurz zusammengefaßt, die wesentlichsten Ursachen, die die Niederlage der Sozialdemokratie am 25. Januar verursacht haben. Wir verknöchern trotz aller organisatorischen und agitatorischen Arbeit, wenn wir, die stärkste Partei Deutschlands, nicht aufhören, mit fertigen Rezepten die Welt einmal kurieren zu wollen. — Bernstein meint, daß etwas faul im sozialdemokratischen Staate sein müsse. Nach seiner Meinung ist die Niederlage verschuldet worden durch die ganz falsche Behandlung, die der Kolonialpolitik von der Sozialdemokratie zuteil geworden sei, ferner dadurch, daß die Partei im Laufe der letzten Jahre ungeheuer an ihrem Nimbus eingebüßt habe, daß sie verflacht sei und deshalb auf die außenstehenden Kreise nicht mehr wirken könne.

11. Februar. Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei erläßt einen Aufruf, in dessen Eingange es heißt:

Wir sind geschlagen, aber nicht besiegt. Wir haben einen großen Teil der früher innegehabten Wahlkreise verloren, und ein Teil unsrer besten Mandatträger ist unterlegen. Aber trotz des gewaltigen Sturmlaufs, den die Staatsgewalten im Verein mit den gesamten bürgerlichen Parteien wider uns unternahmen, hat die Armee unsrer Wähler nicht nur stand gehalten, sie hat sich um eine Viertelmillion Männer vermehrt. Die deutsche Sozialdemokratie wurde also nicht niedergeritten, wie der Kaiser in der Nacht vom 5. auf den 6. Februar seinen Zuhörern auf dem Berliner Schloßplatz siegesfroh verkündete. Niedergeritten wurden nur die Mehrheiten in einer Anzahl von Wahlkreisen, die wir zum Teil eben erst mit knappen Majoritäten erobert hatten. Aber drei und eine Viertel Million über fünfundzwanzig Jahre alte Männer marschieren trotzig und eisenfest hinter dem roten Banner. Die Sozialdemokratie ist und bleibt die weitaus stärkste Partei in Deutschland, und ging es im Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte nach Recht und Gerechtigkeit, wir zögen nicht mit 43, sondern mit mindestens 115 Abgeordneten in den Reichstag ein. Aber was die Hauptsache ist, unsre Partei ist eine Partei aus einem Guß, die weiß, was sie will, eine Phalanx, in der es keine Halben und Viertelsmänner sowie charakterlose Streber und politische Waschlappen gibt, wie sie in den Reihen unsrer Gegner massenhaft vorhanden sind.

Sodann folgt in dem sozialistischen Aufrufe eine Erörterung der Ursachen, auf die die Mandatniederlage der Sozialdemokratie zurückzuführen sei: die Verärgerung der Handwerker, die bessere Lage der Kleinbauern, der Druck auf die untern Beamten, der begeisternde „Kolonialschwindel" usw. Hieran schließt sich folgendes Bekenntnis:

Es soll nicht verschwiegen werden, daß wir selbst auch einen Teil der Schuld an unsern Niederlagen tragen. Ein großer Teil unter uns gab sich selbst dann noch einer fast unglaublichen Vertrauensseligkeit hin, als ein aufmerksamer Beobachter über die Tätigkeit unsrer Gegner erkennen mußte, daß diese nie dagewesne Vorbereitungen trafen, um uns den Sieg zu entreißen. Warnungen waren vergeblich. Viele unter uns sahen erst, wie die Gegner gearbeitet hatten, als der Sieg in deren Hand war. Zweifellos hat sich die Partei im großen und ganzen wundervoll geschlagen und ihre Unüberwindlichkeit dokumentiert. Aber

wenn der Optimismus für jede kämpfende Partei eine Tugend ist, so darf er doch nicht übertrieben werden. Es soll ferner auch nicht verschwiegen werden, daß die vielfachen Meinungsdifferenzen, die wir in den letzten Jahren hatten, in der Presse und in Zusammenkünften aller Art oftmals in einer Weise ausgetragen wurden, die unsern Gegnern Stoff zu Angriffen lieferte, namentlich weil die Ausschlachtung in der üblichen tendenziös entstellten Weise geschah. Hier haben wir künftig, ohne Ausnahme, uns die größte Reserve aufzuerlegen. Müssen Meinungsverschiedenheiten im Interesse der Partei ausgetragen werden, so darf dieses nur in der streng sachlichsten Weise geschehn. Wir dürfen keinen Augenblick vergessen, daß wir Parteigenossen sind und jeder von uns das Recht hat, zu verlangen, daß seine abweichende Meinung als ehrlich gemeint und im Interesse der Partei geltend gemacht angesehen wird. Man unterlasse aber auch den Kampf für Kleinliches und Nebensächliches. Der Ausgang des jetzigen Wahlkampfes zeigt uns, daß wir unsre ganzen Kräfte und Fähigkeiten im Kampfe gegen die Gegner aufzuwenden haben und wir uns nicht als Feinde behandeln dürfen, wenn theoretische oder taktische Meinungsverschiedenheiten vorhanden sind. Die Ursachen unsrer Niederlagen zu erkennen, heißt, sie künftig nach Möglichkeit vermeiden, heißt, neuen Siegen die Bahn brechen. Der Liberalismus hat trostlos abgeschnitten. Das war nach seiner Wahltaktik vorauszusehen. Der Liberalismus hat durch eignes Verschulden seine Zukunft verloren. Was in diesem Wahlkampf die bürgerlichen Massen an die Wahlurne trieb, war die Angst vor einem großen Sieg der Sozialdemokratie, der nach ihrer Ansicht russisch-revolutionäre Zustände über Deutschland bringen könnte. Das Fazit der diesmaligen Reichstagswahlen ist: das Agrariertum und die Reaktion haben mit Hilfe der Liberalen auf der ganzen Linie gesiegt. Deutschland geht schweren Zeiten entgegen. Dem deutschen Volke wird eine Rechnung präsentiert werden, daß ihm die Augen übergehn. Sei es. Wer nicht hört, muß fühlen. Die Völker werden nur durch harte Schläge vorwärts geschoben.

Der Aufruf schließt mit den Worten: Die Zeit braucht tapfere Männer und Frauen, keine Memmen! Parteigenossen! Schließt die Reihen! Geht aufs neue mutig und unverdrossen an die Arbeit! Bietet Trotz denen, die euch höhnen und verspotten! Weist denen die Zähne, die glauben, euch entmutigt zu sehen! Verachtet jene, die euch mit dem Gift der Verleumdung besudeln und die eigne Erbärmlichkeit und Ehrlosigkeit nicht empfinden! Hinein in den Kampf wider die Lügenbrut, wider alle, die die unterdrücken, ausbeuten, mißhandeln, die in ihrer Gewalt sich befinden.

5. März. Die demokratische „Frankfurter Zeitung" läßt sich aus über den Ausspruch des Reichskanzlers in seiner Reichstagsrede vom 26. Februar: solange sich die Sozialdemokratie in gewissen Punkten nicht wandle, sei kein Paktieren und Verständigen mit ihr möglich.

Die „Frankfurter Zeitung" bemerkt hierzu, diese Äußerung sei bemerkenswert, sie zeige, daß Fürst Bülow der Sozialdemokratie gegenüber doch einen ganz andern Standpunkt einnehme als Fürst Bismarck. Zwar habe man das schon gewußt, aber so deutlich habe

Bülow selber es noch nicht gesagt. Der heutige Kanzler beurteile die Sozialdemokratie „objektiver", als dies Fürst Bismarck getan habe. Der Altreichskanzler sei gegen die Sozialdemokraten in schärfster Weise vorgegangen, wie das seiner Beurteilung der Sozialdemokratie, die für ihn der Feind schlechthin gewesen sei, mit dem es überhaupt kein Paktieren und Verständigen geben könne, entsprochen habe. Der Standpunkt des jetzigen Reichskanzlers sei denn doch ein andrer und moderner. Aus der zitierten Äußerung Bülows lasse sich nichts andres herauslesen, als daß eine Verständigung mit der Sozialdemokratie nicht grundsätzlich jenseits aller Möglichkeit liege. Fürst Bülow habe Hoffnungen auf den Revisionismus gesetzt gehabt. Das könne nur bedeuten, er sei der Meinung gewesen, die Sozialdemokratie werde unter dem Einflusse der Revisionisten eine Partei werden, mit der sich reden lasse. Und er habe dann hinzugefügt, wenn sie sich nicht wandle, sei keine Verständigung möglich.

6. März. Dagegen sprechen die „Hamburger Nachrichten" sich also aus:

Man will mit der bisherigen Sozialpolitik fortfahren, um Kämpfe und Krisen zu vermeiden, die sonst vielleicht unausbleiblich wären, deren Durchfechtung aber zur Gesundung des Staatswesens führen würde. Deshalb hat man zum Dogma erhoben, es sei Pflicht des Staats, unbekümmert um Dank und Undank der Arbeiter, diese Fürsorge für sie fortzusetzen. Dieses Dogma steht jedoch zu allen Vernunftgründen, nach denen doch schließlich der Staat regiert werden muß, im Widerspruch. Nach dem Satze, daß man von Bekanntem auf Unbekanntes schließen muß, ist von der Fortführung der Arbeiterfürsorge in der bisherigen Weise kein andres Ergebnis zu erwarten als das, das die frühern Leistungen auf diesem Gebiete aufzuweisen gehabt haben. Dieses Ergebnis besteht aber nicht in einer Zufriedenstellung der Arbeiter und ihrer Lossagung von der Sozialdemokratie, sondern umgekehrt in festerm Anschluß derselben an diese. Das kann auch psychologisch nicht anders sein. Die Arbeiter glauben nun einmal nicht an die selbstlosen, rein humanitären Motive zur Sozialreform auf seiten von Staat und Gesellschaft, sondern suchen dieselben lediglich in dem „schlechten Gewissen" beider sowie in der Furcht vor der sozialistischen Revolution. Sie lassen sich die Wohltaten der Sozialreform natürlich gleichwohl gern gefallen, denken aber nicht daran, sich dadurch entwaffnen zu lassen, sondern sehen darin nur Zugeständnisse, die dem Staat und den herrschenden Klassen durch die Furcht vor der Sozialdemokratie abgepreßt worden seien. Wir würden raten, das Schwergewicht der künftigen Sozialpolitik nicht mehr wie bisher einseitig in die Fürsorge für die Arbeiter zu legen, sondern sich auch der übrigen notleidenden Klassen und Stände zu erinnern.

12. März. In der „Neuen Gesellschaft", dem revisionistischen Organ des Dr. Braun, tritt der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Südekum den Genossen von der scharfen Tonart entschieden entgegen.

20. März. Dem Wunsche nach Ausnahmegesetzen gegen die Sozialdemokratie tritt die „Südd. Reichsk." halbamtlich entgegen:

In der Behandlung der Sozialdemokratie braucht der Reichskanzler keinen Vergleich zu scheuen. Die Partei als solche ist innerlich mehr, als der oberflächliche Anschein verrät, geschwächt worden. Die noch sehr

große Zahl der sozialistischen Stimmzettel bedeutet an sich keine Gefahr, wenn auf jedes Arbeiterbataillon ein Regiment nationalgesinnter Wähler kommt. Daraus folgt nicht etwa, daß man die Massen sich selbst, der Sozialdemokratie, überläßt. Sie können und sollen vielmehr zurückgewonnen werden für eine national-politische Weltanschauung. Aber der Gedanke an Ausnahmegesetze ist in diesem Zusammenhange abzulehnen.

15. April. Im „Vorwärts" veröffentlicht der sozialdemokratische Parteivorstand zur Maifeier einen Aufruf an die „Genossen", in dem es heißt:

Der Satz in der Resolution des Mannheimer Parteitages, daß die allgemeine Arbeitsruhe dort eintreten soll, „wo die Möglichkeit der Arbeitsruhe vorhanden ist", zeigt, daß der Parteitag der Meinung war, daß die Arbeitsruhe keine unter allen Umständen durchzuführende Forderung ist. Parteigenossen! Wir vertrauen auf eure Einsicht und Klugheit! Wir erwarten, daß ihr die Verhältnisse genau prüft und eine Entscheidung trefft, die ihr vertreten könnt. Mögen immerhin dort, wo ihr einem ungleichen Kampfe oder einem Kampfe, dessen Opfer den Erfolg nicht lohnen, aus dem Wege geht, eure Feinde euch höhnen. Bewahrt eure Kaltblütigkeit. Ihr Höhnen ist nur der Ausdruck ihres Ärgers darüber, daß eure Klugheit der Anwendung ihrer Brutalität keine Gelegenheit bietet.

Dieser Aufruf wird in sozialdemokratischen Versammlungen mehrfach angefochten.

1. Mai. Die sozialdemokratischen Versammlungen in Berlin stellen auf die Forderung einer wirksamen Arbeiterschutzgesetzgebung, insbesondre des Achtstundenarbeitstags und einer mindestens 36 Stunden dauernden Ruhepause für jeden Arbeiter in jeder Woche. Ferner wird das Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter vierzehn Jahren, die rechtliche Gleichstellung aller Arbeiter, die Erweiterung aller politischen und wirtschaftlichen Rechte, das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht mit geheimer Stimmabgabe für alle über zwanzig Jahre alten Personen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen, Sicherstellung des Koalitionsrechts usw. gefordert.

XVI.

Deutscher Handelstag.

9. April. In dem zu Berlin tagenden deutschen Handelstage hält der Staatssekretär des Innern, Graf Posadowsky, etwa folgende Ansprache:

Der Zeitpunkt, in welchem Ihre gegenwärtige Tagung stattfindet, zeigt ein durchaus befriedigendes Bild der Lage unsrer Industrie und unsers Handels. Noch schwimmt das Kauffahrteischiff des deutschen Handels auf der Höhe der Wogen. Gehen wir auf einen längern Zeitraum zurück, so hat sich in keinem europäischen Staate seit 1886 die durchschnittliche Zunahme der Ein- und Ausfuhr so gesteigert wie innerhalb des deutschen Wirtschaftsgebietes. Von außereuropäischen Staaten weisen im gleichen

Zeitraume nur die Vereinigten Staaten, Kanada und Japan eine stärkere prozentuale Vermehrung ihres internationalen Güterverkehrs auf. Mit dieser glücklichen Entwicklung unsers Güteraustausches hat sich das Schwergewicht unsrer Verbindungen und Interessen in der ganzen Welt vermehrt und sind uns damit auch Verpflichtungen auferlegt und neue Aufgaben gestellt, die wir unbedingt erfüllen müssen, wenn wir unsre wirtschaftliche Stellung, die schließlich auch die Grundlage unsrer politischen Stellung in der Welt ist, dauernd aufrecht erhalten wollen. Dieser Aufschwung hat indes zwei weitere Folgeerscheinungen ursächlich gezeitigt: den Mangel an heimischen Arbeitskräften und die stärkere Nachfrage nach Barmitteln. Der gesteigerte Bedarf an Arbeitskräften hat Deutschland genötigt, zahlreiche Arbeiter vom Auslande heranzuziehen. Mit dieser gesteigerten Nachfrage sind aber auch gesteigerte Forderungen der Arbeiter hervorgetreten, und es entwickeln sich hieraus auf dem Arbeitsmarkte fortgesetzt Kämpfe, die am Ende der Rechnung sich den Arbeitnehmern und Arbeitgebern meist gleich schädlich erweisen. Wissenschaft und Praxis erwerben sich deshalb ein Verdienst, wenn sie Wege ausfindig machen, um die vielfach nur scheinbar widerstreitenden Interessen beider Vertragsparteien im friedlichen Verfahren auszugleichen. Unsre hochgespannte wirtschaftliche Tätigkeit hat aber auch den Bedarf nach baren Umlaufsmitteln in bisher nicht dagewesner Weise vermehrt. Geld ist schließlich eine Ware wie jede andre Ware, und mit der gesteigerten Nachfrage pflegt sich auch der Preis derselben zu erhöhen. Gleiche Erscheinungen haben auch andre Staaten bei aufsteigender wirtschaftlicher Entwicklung gezeigt, und es ist nicht zutreffend, für den gegenwärtigen hohen Diskont die gesetzlichen Grundlagen unsrer Reichsbank oder die Anwendung dieser gesetzlichen Grundlagen in ihrem Geschäftsgebaren verantwortlich zu machen. Wenn die verbündeten Regierungen fortgesetzt bemüht sind, für Leben und Gesundheit der Arbeiter in wirksamer Weise einzutreten, so ist das nicht der Ausfluß sentimentaler Theorien, sondern die Erfüllung einer staatlichen Pflicht zur Erhaltung unsrer Volkskraft. Mit dem Prozentsatz der Invalidität der Arbeiter wachsen automatisch auch die sozialpolitischen Lasten, und es haben deshalb alle Arbeitgeber das gleiche Interesse, in ihren Betrieben die Vorsichtsmaßregeln gegen chronische und akute Invalidität der Arbeiter anzuwenden, die Wissenschaft und Erfahrung lehren. Die verbündeten Regierungen glauben, bei Verfolgung dieses Ziels auf die willige und verständnisvolle Mitwirkung aller Arbeitgeber rechnen zu dürfen. Aus der Gestaltung unsrer Handelsverträge hat man vielfach Befürchtungen für die Zukunft hergeleitet und sogar von einer eventuellen Auswanderung einzelner Industriezweige gesprochen. Die bisherigen amtlichen Feststellungen geben keine sachliche Begründung solcher Befürchtungen; die weitere Entwicklung der Verhältnisse wird von den beteiligten amtlichen Stellen mit Aufmerksamkeit verfolgt werden. In unsern wirtschaftlichen Kämpfen ist häufig ein Gegensatz zwischen den Interessen der Landwirtschaft einerseits und von Handel und Industrie andrerseits hervorgetreten. Bei der gegenwärtigen technischen Entwicklung der Landwirtschaft ist indes bisweilen die Grenzlinie zwischen jenen großen Gebieten unsers Erwerbslebens kaum mehr erkennbar. Die rege Beschäftigung, deren sich gegenwärtig unsre Industrie erfreut, beruht zum Teil sicherlich auf dem Wiedererstarken der Landwirtschaft, wie es sich namentlich in ihrer erhöhten Bautätigkeit und verstärkten Verwendung von Maschinen zeigt. Wenn gleichzeitig gewisse Lebensmittel eine Preissteigerung aufweisen, so haben hierauf die günstigen Lohnverhältnisse und die hierdurch ermöglichten Ansprüche unsrer schnell wachsenden Bevölkerung auf verbesserte Lebenshaltung einen wesentlichen

Einfluß geübt; in der steigenden Nachfrage nach landwirtschaftlichen Erzeugnissen liegt indes wiederum ein starker Anreiz zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Technik und damit zur Hebung der gesamten Landeskultur.

Der Handelstag faßt u. a. folgende Beschlüsse: 1. Ein Ersuchen an den Reichskanzler, dahin zu wirken, daß unter möglichster Herabsetzung des Portos im innern deutschen Verkehr, für Briefe auf acht, für Postkarten auf vier Pfennig, Verträge geschlossen werden, nach denen zunächst im Verkehr zwischen Deutschland und den Nachbarländern die für den innern Verkehr geltenden Portosätze Anwendung finden und diese Herabsetzung künftig innerhalb des gesamten Weltpostvereins eingeführt wird. — 2. Die Erwartung, daß die vom Ausschuß am 3. Dezember 1906 gefaßten Beschlüsse, die sich beispielsweise auf die Haftung der Eisenbahn, die Verwägung durch die Eisenbahn, die Bemessung der Fristen, das Wagenstandgeld und die Frachtzuschläge beziehen, bei der Aufstellung eines neuen Entwurfs eine angemessene Beachtung erfahren. — 3. Die Erwartung, daß die Regierung die von ihr ausgesprochne Absicht, im Interesse unsers ganzen Wirtschaftslebens und des Staatskredits auf eine umfassende Änderung des Börsengesetzes hinzuwirken, mit tunlichster Beschleunigung zur Ausführung bringt. Es ist jedoch unbedingt notwendig, das Börsenregister zu beseitigen und die Untersagung des Börsenterminhandels in Anteilen von Bergwerks- und Fabrikunternehmungen sowie in Getreide- und Mühlenfabrikaten wieder aufzunehmen. — 4. Die Haftung des Staates und andrer juristischen Personen des öffentlichen Rechts für den von ihren Beamten in Ausübung der diesen anvertrauten öffentlichen Gewalt zugefügten Schaden ermangelt zurzeit in Deutschland der einheitlichen Regelung. Dieser Zustand steht mit der Einheit des Deutschen Reiches und den Forderungen des Rechtsbewußtseins im Widerspruch. Zur Änderung bedarf es eines Reichsgesetzes. — 5. Überzeugt von der großen Wichtigkeit des deutschen Kolonialbesitzes für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands sowie für die Stärkung seiner handelspolitischen Stellung, tritt der Deutsche Handelstag warm ein für eine zielbewußte und kraftvolle wirtschaftliche Entwicklung unsrer Kolonien, insbesondre durch einen planmäßigen Eisenbahnbau. Der Deutsche Handelstag empfiehlt deshalb auch allen Kreisen von Handel und Industrie im Vertrauen auf eine großzügige Leitung der Kolonialverwaltung die tatkräftige Mitarbeit an den Vorarbeiten für die Schaffung volkswirtschaftlich wichtiger Rohstoffe und Produkte sowie zur Förderung des Absatzes deutscher Industrieerzeugnisse in den Kolonien.

XVII.

Deutscher Flottenverein.

12. Mai. In Köln findet die aus 250 Vertretern bestehende Hauptversammlung unter dem Vorsitze des Fürsten v. Salm-Horstmar statt. Als Vertreter des Kaisers erklärt der Generalfeldmarschall v. Hahnke: Der Kaiser sieht in dem Flottenverein die Verkörperung des idealen Gedankens, in dem deutschen Volke das Verständnis für die Bedeutung und die Aufgaben der deutschen Flotte zu wecken, zu hegen und zu stärken. Was deutscher Geist und deutscher Fleiß und deutscher Wagemut zu Nutz und Frommen der deutschen Flotte zu leisten vermag, das hat der Deutsche Flottenverein mit seinem umsichtigen Präsidium an der Spitze in erfreulicher Weise gezeigt. Unser allergnädigster Kaiser und König ist daher erfüllt von Freude und Stolz über den Flottenverein und seine Landes- und Provinzialverbände. Möchten Sie Ihre innern Schwierigkeiten nach dem altbewährten Grundsatze „Einigkeit macht stark" überwinden! — Der Vorsitzende Fürst v. Salm führt aus: Es ist behauptet worden, der Flottenverein habe die katholische Kirche und die katholischen Mitbürger bekämpft. Ich muß diese Behauptung mit aller Entschiedenheit als unwahr zurückweisen. Der Deutsche Flottenverein treibt keinerlei Parteipolitik. Im Deutschen Flottenverein ist jeder und jede Deutsche ohne Unterschied der Partei oder der Konfession willkommen, wenn er sich bereit erklärt, die Bestrebungen des Vereins zu unterstützen. Der Flottenverein treibt lediglich nationale Politik. Wenn er angegriffen wird, erachtet er es nicht nur für sein Recht, sondern auch für seine Pflicht, diese Angriffe zurückzuweisen. Der Deutsche Flottenverein hat kein anders Interesse, als die Ehre des deutschen Vaterlandes zu wahren. — Generalmajor Keim spricht sich also aus:

In letzter Zeit sei von einer gewissen Hetzpresse der Verein mit Schmutz beworfen worden. Da diese Angriffe keinen Erfolg hatten, habe man zum Einbruch seine Zuflucht genommen. Es sei festgestellt worden, daß in den Räumen des Flottenvereins ein Einbruchsdiebstahl begangen worden sei. In falscher und verleumderischer Weise sei behauptet worden, der Flottenverein wolle die katholischen Mitbürger bekämpfen. Er müsse diese Behauptung als Verleumdung und elende Lüge zurückweisen. Der Flottenverein will lediglich dafür sorgen, daß möglichst bald eine starke deutsche Flotte geschaffen wird. Wenn der Reichskanzler auch noch so schöne Noten ins Ausland schicke, so frage dieses doch immer nur, welche Flotte und welche Heeresmacht hinter ihm stehen. Wenn der Flottenverein seine Agitation zwanzig Jahre früher begonnen hätte, so würde es besser um Deutschlands Weltmachtstellung stehen. Die Zustimmung zu einem etwaigen Beschluß der Haager Konferenz, mit dem Bau von Kriegsschiffen aufzuhören, würde er für ein schweres nationales Unglück für Deutschland halten. Er sei der Meinung, die Flotte müsse schneller ausgebaut werden. Wir sind eine große Familie, und in jeder Familie, auch in der feinsten, kommt es einmal zum

Zwist. Dieser sei aber jetzt glücklich beigelegt worden. Man sagt, Deutschland solle nicht so nervös sein. Wenn man sich aber in einer Gesellschaft befinde, in der man einem nicht wohlwolle, und in der sich zwei Leute mit starken Knütteln befinden, während man selbst nur einen dünnen Spazierstock habe, so könne man schon nervös werden. Wir wollen nichts weiter, als daß Deutschland eine starke Wehrmacht besitzt zur Ehre Deutschlands und zum Trutz der Gegner.

Die Versammlung beschließt folgende Erklärung: In der Erkenntnis, daß andre Nationen ihre Rüstungen zur See im Laufe der letzten Jahre unaufhörlich fortgesetzt haben, und zwar in einem Tempo, das das Stärkeverhältnis zu unsern Ungunsten verschiebt, weist der Deutsche Flottenverein auf die ernste Gefahr hin, die sich daraus für unser Vaterland ergibt, und spricht die Erwartung aus, daß auf Grund der Flottengesetze von 1900 und 1906 der Bau der deutschen Flotte in beschleunigtem Tempo fortgesetzt wird. Der Verein erblickt seine vornehmste Aufgabe darin, das Verständnis für die deutsche Flotte zu fördern, er wird in dieser aufklärenden Tätigkeit fortfahren und hält an dem Gedanken fest, daß der Flottenverein ein nationaler und unpolitischer Verein ist.

XVIII.

Nationalverein für das liberale Deutschland.

23. Juni. In Heidelberg beschließt der neue Nationalverein: 1. Der Nationalverein ist der Überzeugung, daß die führende Mitwirkung an der Lösung der Arbeiterfrage eine Hauptaufgabe des Liberalismus, ist und erwartet, daß der Nationalverein in der Arbeiterfrage ein wesentliches Feld seiner Betätigung erblickt. 2. Die Hauptversammlung ist überzeugt, daß die führende Mitwirkung bei der Lösung der Arbeiterfrage zurzeit eine Hauptaufgabe des Liberalismus ist. Sie erwartet, daß der Nationalverein in dieser Richtung seine Betätigung erblickt und dafür sorgt, daß den bestehenden mißlichen Zuständen ein Ende gemacht wird.

Fünfter Abschnitt.

Der Kaiser.

27. Januar. Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht folgenden Erlaß des Königs von Preußen an den preußischen Ministerpräsidenten und an den preußischen Justizminister: Es entspricht Meinem Wunsche, daß wegen Majestätsbeleidigung oder Beleidigung eines Mitgliedes Meines königlichen Hauses nur solche Personen die gesetzliche

Strafe erleiden, welche sich jener Vergehen mit Vorbedacht und in böser Absicht und nicht bloß aus Unverstand, Unbesonnenheit, Übereilung oder sonst ohne bösen Willen schuldig gemacht haben. Ich beauftrage daher Sie, den Justizminister, Mir, so lange nicht das Gesetz eine entsprechende Einschränkung der Strafbarkeit enthält, fortlaufend von Amts wegen über alle nach dem Angeführten berücksichtigenswerten Verurteilungen behufs Meiner Entschließung über Ausübung des Begnadigungsrechts zu berichten.

Der Kaiser erläßt folgenden Kabinettsbefehl: Ich will von den Mir anläßlich Unsrer Silberhochzeit von Schülern und Schülerinnen höherer Schulen für Marinezwecke gesammelten Geldmitteln den Betrag von 100000 Mark zu einer bei dem Reichsmarineamt zu verwaltenden Stiftung für die Schiffsjungen Meiner Marine vereinigen, deren Zinsen zu Unterstützungen und zur Förderung von Berufsfreudigkeit und gesundem Sportsinn verwendet werden sollen. Ich bin überzeugt, daß Ich mit einer solchen, in erster Linie der Marinejugend aus den unbemittelten Schichten des Volkes zugute kommenden Stiftung, die als eine Hebung des so wichtigen Unteroffiziersatzes der Marine wirken wird, im Sinne der freundlichen Spender der Geldmittel handle.

29. Januar. Der Stettiner Maschinenbau-Aktiengesellschaft „Vulkan“ in Stettin-Bredow läßt der König einen Glückwunsch zu ihrem fünfzigjährigen Bestehen zugehen. In dem Schreiben sagt er: Aus kleinen Anfängen erwachsen, hat sich der Vulkan in rastlosem und zielbewußtem Vorwärtsstreben unter den gleichartigen Werken der Welt eine achtunggebietende Stellung errungen, insbesondre hat die Werft, eng verbunden mit der Entwicklung der deutschen Schiffahrt und Meiner Marine, der Kriegs- und der Handelsflotte eine große Zahl trefflicher Schiffe und Fahrzeuge geliefert und in erheblichem Maße dazu beigetragen, den deutschen Schnelldampfern den ersten Platz auf dem Ozean zu erringen. Indem Ich dem Vulkan erneut Meine warme Anerkennung ausspreche, gebe Ich zugleich dem Wunsche Ausdruck, daß das Werk auch ferner kräftig vorwärts schreiten und sich allezeit bewähren möge als eine Musterstätte deutscher Arbeit und deutschen Fleißes, tüchtiger Wirtschaftsführung und tatkräftiger Förderung der Arbeiterwohlfahrt.

30. Januar. Erlaß des Kaisers und Königs an den Reichskanzler: Das Lebensjahr, das Ich an Meinem diesjährigen Geburtstage vollenden durfte, brachte neben den ernsten Gedenktagen des vor hundert Jahren auf dem Vaterlande lastenden Unglücks viele freudige und glückverheißende Ereignisse in Meinem Familienkreise. Das Fest Meiner Silbernen Hochzeit, die Vermählung Meines Sohnes, des Prinzen Eitel-Friedrich, die Geburt Meines ersten Enkels, des künftigen

Thronerben, und die Verlobung des Prinzen August Wilhelm — welche Fülle göttlicher Gnade und wieviel Ursache zu demutvollem Danke für des Allmächtigen Führung! — Wie aber alle diese festlichen Begebenheiten durch die freudige und herzliche Anteilnahme des deutschen Volkes einen besondern Glanz und eine besondre Weihe erhalten haben, so ist auch die Feier Meines Geburtstages verschönt und erhöht worden durch die zahlreichen Glück- und Segenswünsche, die Mir aus treuem deutschen Herzen dargebracht worden sind. Aus der Menge der Zuschriften und Telegramme habe Ich es wiederum erfahren, daß an diesem Tage überall im Deutschen Reiche und auch im Auslande Meiner in treuer Liebe und Anhänglichkeit gedacht worden ist. Die Mir zugegangnen Kundgebungen waren getragen von der begeisterten Freude über die nationale Haltung der deutschen Wählerschaft, die in ihrer großen Mehrzahl soeben ein glänzendes Zeugnis von dem gesunden und patriotischen Sinn des deutschen Volkes, seinem Verständnis für die großen Kulturaufgaben der Zeit, seinem Vertrauen in die Zukunft des Vaterlandes und seiner unerschütterlichen Anhänglichkeit an Kaiser und Reich vor aller Welt abgelegt hat. Mögen alle die, die durch patriotische Gesinnung und Zuneigung an Meinem Geburtstage zur Teilnahme an festlichen Veranstaltungen und Vereinigungen, zu freundlichen Glückwünschen, Grüßen und Aufmerksamkeiten oder zu frommer Fürbitte für Mich gedrängt worden sind, Meinen wärmsten Dank auf diesem Wege entgegennehmen, da Ich bei der großen Zahl der Beteiligten nicht jedem einzeln zu danken vermag. — Ich ersuche Sie, diesen Erlaß alsbald zur öffentlichen Kenntnis zu bringen.

Wolffs Telegraphenbureau teilt mit, der Präsident der französischen Republik, Fallières, habe auf seine Kundgebung des Beileids zu dem Grubenunglück im Saarrevier folgendes Telegramm des Kaisers erhalten: „Sehr gerührt von der warmen Sympathiekundgebung, die Sie Mir soeben aus Anlaß der furchtbaren Katastrophe zum Ausdruck gebracht haben, die unter Unsern braven Bergleuten so viele Opfer gefordert hat, bitte Ich Sie, Herr Präsident, Meinen tiefen und aufrichtigen Dank dafür entgegenzunehmen und überzeugt zu sein, daß die Bergbevölkerung des Saarreviers, die diese Katastrophe in tiefe Trauer versetzte, und die ganze deutsche Nation Ihre sympathische Beileidsbezeigung zu schätzen wissen."

5. **Februar.** Die Massen, die Nachts, nach Verkündigung des Reichstagswahlsiegs der nationalen Parteien, vor das Königliche Schloß gezogen sind, um dem Kaiser eine Huldigung darzubringen, werden von ihm vom Schloßbalkon aus also angeredet: Meine Herren, Ich danke Ihnen von ganzem Herzen für die schöne Huldigung, die Sie Uns dargebracht haben. Sie entspringt dem Gefühl, daß Sie

stolz sind, Ihre Pflicht gegenüber dem Vaterlande getan zu haben. Nach dem Worte unsers Kanzlers können Sie reiten, und Sie werden niederreiten, was uns entgegensteht; zumal wenn alle Stände und alle Konfessionen fest und einmütig zusammenhalten. Lassen Sie diese Feierstunde nicht als eine vorübergehende Welle patriotischer Begeisterung verrauschen, sondern bleiben Sie fest bei der eingeschlagnen Bahn. Ich schließe mit dem Dichterwort unsers großen Kleist aus seinem Prinzen von Homburg, wo der alte Kottwitz zum Großen Kurfürsten etwa sagt: „Was kümmert Dich die Regel, nach der der Feind sich schlägt, wenn er nur geschlagen wird." „Die Kunst jetzt lernten wir, ihn zu besiegen, und sind voll Lust, sie fürder noch zu üben."

6. Februar. Das „Dresdner Journal" schreibt, der König Friedrich August von Sachsen habe auf ein Telegramm an den Kaiser, enthaltend den Ausdruck seiner Freude über den Ausfall der Reichstagswahlen in Sachsen, vom Kaiser folgende Antwort erhalten: „Ich danke Dir von Herzen für Deine treue Gesinnung, die aus Deinen Worten spricht. Mit lebhafter Genugtuung habe ich den Ausfall der Wahlen begrüßt und bin besonders dankbar, daß die Bevölkerung Deines Landes gesunde vaterländische Gesinnung im Geiste der verewigten Herrscher Sachsens, meiner verehrten väterlichen Freunde, gezeigt hat. Unsrer gemeinsamen Arbeit für das deutsche Vaterland gebe Gott weiter seinen Segen."

14. Februar. Nach Angabe der halbamtlichen „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" empfängt der Kaiser „die Präsidenten und eine Abordnung hervorragender Mitglieder des schlesischen und des rheinländisch-westfälischen Vereins des souveränen Malteserritterordens, um die Ernennungsbulle nebst den Insignien eines Großkreuzes und Ehrenbaillis des Ordens entgegenzunehmen". Der Vorsitzende des Vereins der schlesischen Malteser, Ehrenbailli Graf Praschma, habe die Abzeichen mit einer Ansprache überreicht, auf die der Kaiser erwidert habe:

Ich nehme aus Ihren Händen die Insignien des Großkreuzes und die Würde als Ehrenbailli des souveränen Malteserordens mit besondrer Freude entgegen und bin Seiner Eminenz dem Fürsten-Großmeister des Hohen Ordens für diese freundliche Aufmerksamkeit sehr dankbar. Auch Ihnen, meine Herren, als den Vertretern der in Meinen Landen bestehenden beiden Malteser-Ordensgenossenschaften danke Ich herzlich für die Mir bei dieser Gelegenheit dargebrachte Huldigung. — Als Protektor der Ballei Brandenburg des Ritterlichen Ordens von St. Johannis vom Spital zu Jerusalem mit dem evangelischen Zweige des Ordens aufs engste verbunden, erfüllt es Mich mit Befriedigung, durch die Mir übertragne Würde nun auch zu der katholischen Ordensritterschaft in nähere Beziehung zu treten. Wenn auch im Wandel der Zeiten die Tätigkeit und der Wirkungskreis des altehrwürdigen Ordens eine Einschränkung erfahren haben, die alten

Rittertugenden behalten immer ihre Bedeutung, und gerade in unsern Tagen ist jeder einzelne ritterlich gesinnte Mann von unschätzbarem Werte für die Allgemeinheit. Ihr Gelübde bürgt Mir dafür, daß Sie alle auch in dem Kampfe gegen den menschenfeindlichen Geist des Unglaubens und des Umsturzes sich als wahre Ordensritter erweisen werden. Ein vorbildlicher christlicher Wandel, barmherzige Nächstenliebe zu den kranken und notleidenden Brüdern, Gottesfurcht, Königstreue und Vaterlandsliebe, das ist der Boden, auf dem beide Zweige des Ordens in Einmütigkeit nebeneinander segensreich wirken können, das sind die Waffen, denen Gott der Herr den Sieg verleihen wird.

20. Februar. Bei einer Vereidigung von Seerekruten in Wilhelmshaven richtet der Kaiser an sie eine Ansprache, über die den „Hamburger Nachrichten" gemeldet wird: „Der Kaiser ermahnte die Rekruten zur Vaterlandsliebe und Opferfreudigkeit und wies auf das Beispiel der vaterländischen Geschichte hin. Er gedachte namentlich dabei der Helden von Südwestafrika und empfahl den jungen Soldaten, sich ein Beispiel an den Taten und der Vaterlandsliebe derselben zu nehmen. Aus den Schriften des Divisionspfarrers Schmidt könnten sie ersehen, wie deutsche Soldaten zu kämpfen wissen, und Peter Mohrs Fahrt nach Südwestafrika sollte ihnen vorbildlich sein, wenn die ernste Soldatenpflicht an sie herantrete. Sie sollten die Schriften mit Liebe und Verständnis lesen und aus ihnen lernen."

23. Februar. Das am 20. Febr. gewählte Präsidium des neuen Reichstags stellt sich dem Kaiser vor. Darüber berichtet der „Berliner Lokalanzeiger" folgendermaßen: „Aus den Worten des Kaisers klang immer aufs neue die freudige Genugtuung durch, daß durch die jüngsten Reichstagswahlen dem nationalen Gedanken der Sieg beschieden gewesen sei. Auch die Wirkung dieses Sieges gegenüber dem Auslande betonte der Monarch. Das Ausland müsse den Ausfall der letzten Wahlen nach der Stimmung bewerten, die in nationalen Dingen die Mehrheit des deutschen Volkes beherrsche, und eine solche Wahrnehmung könne nicht anders als eine rückwirkende Kraft ausüben auf die Stellung der andern Mächte Deutschland gegenüber. Dabei nahm der Kaiser Gelegenheit, über das allgemeine Wahlrecht zu sprechen, und er gelangte zu dem Schluß, „daß dieses so vielfach angefeindete Wahlrecht sich durchaus bewährt habe". — Mit besondrer Lebhaftigkeit beschäftigte sich der Monarch mit dem Ausfall der Wahlen im Königreich Sachsen. Er sprach über sie in dem Sinne der Telegramme, die er und König Friedrich August voller Genugtuung über das endgiltige sächsische Wahlergebnis miteinander ausgetauscht hatten. Aber gleich nach der Hauptwahl, so erzählte der Kaiser, habe er mit dem König, als dieser zum 27. Januar nach Berlin gekommen war, über die Wahlen in Sachsen sich ausgesprochen, und da sei es ihm interessant gewesen, zu bemerken, wie

gut sich der König über die Persönlichkeiten der Abgeordneten und der Kandidaten unterrichtet gezeigt habe. Eines sei jedenfalls festgestellt und festzuhalten als das lehrreiche Ergebnis der letzten Wahlen, und dieses eine sei die Tatsache, daß der Anprall der Sozialdemokratie zerschelle, sobald die bürgerlichen Parteien sich zusammenschließen. — Bezüglich des Zentrums ließ der Kaiser durchblicken, daß ihm die Verschiedenheit zwischen der regierungsfreundlichen Haltung des Episkopats und der der Zentrumspartei nicht entgangen sei. Auf diese Verschiedenheit stützte der Monarch die Hoffnung auf eine künftige ersprießliche Politik des Zentrums. Die weltpolitische Lage berührte der Kaiser ebenfalls. Er zeichnete in großen Umrissen die Konstellation der Mächte, wie sie nach den Ereignissen im fernen Osten und durch diese sich ergeben habe. Das Fazit seiner Betrachtungen zog er in einem für die Erhaltung des Friedens höchst günstigen Sinne. Auch die Entwicklung unsrer Kolonien wurde von ihm erörtert." — Über diesen Vorgang berichtet nur noch die für „offiziös" geltende „Süddeutsche Reichskorrespondenz" wie folgt: „Der Bericht über Äußerungen des Kaisers beim Empfang des Reichstagspräsidiums, worin auch auf die Bewährung des »so vielfach angefeindeten Wahlrechts« bei den letzten Reichstagswahlen hingewiesen wurde, ist von berufenster Seite als zutreffend bezeichnet worden."

5. März. Die „Deutsche Tageszeitung" in Berlin meldet, es sei ihr mitgeteilt, der Kaiser habe sich beim Empfange des Reichstagspräsidiums anders als oben erwähnt über das Reichstagswahlrecht geäußert: er habe gesagt, das jetzige Reichstagswahlrecht sei scharf angegriffen worden, die letzten Wahlen hätten aber doch bewiesen, daß damit auszukommen sei.

14. März. Der deutsche Botschafter in Paris, Fürst Radolin, begibt sich in das Ministerium des Äußern, um dem Minister mitzuteilen, daß der Kaiser ihn damit beauftragt habe, der französischen Regierung und der Familie Casimir Périers sein und der deutschen Regierung Beileid zu dem Tode des ehemaligen Präsidenten der französischen Republik auszusprechen. Der Minister des Äußern in Paris bitte den deutschen Botschafter, dem Kaiser und der Regierung in Berlin den Dank der Regierung der Republik für diesen Schritt übermitteln zu wollen, der ganz besonders gewürdigt werden würde, und den zur Kenntnis des Präsidenten der Republik und der Familie Casimir Périers zu bringen er sich beeilen würde.

15. März. Dem Pariser Blatte „Petit Parisien" zufolge sendet der Kaiser aus Anlaß des Unglücks, von dem das französische Kriegsschiff „Jena" im Hafen von Toulon betroffen ist, an den Präsidenten

der französischen Republik, Fallières, folgendes Telegramm: „Tief bewegt durch die Katastrophe, die sich im Hafen von Toulon ereignet und so viele Opfer unter Ihren braven Seeleuten gefordert hat, sende Ich Ihnen, Herr Präsident, den Ausdruck des lebhaftesten Anteils, den Ich an der Trauer der französischen Nation nehme.“ — An den Marineattaché Admiral Siegel in Paris sendet der Kaiser, nach der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, folgendes Telegramm: „Sprechen Sie in Meinem Namen dem französischen Marineminister das tiefste Mitgefühl aus aus Anlaß der fürchterlichen Katastrophe an Bord der Jena. Möge der Herr die armen Anverwandten trösten. Admiral Manceron ist Mir persönlich bekannt.“

9. April. Der neue französische Botschafter Cambon hält an den Kaiser folgende Ansprache:

Majestät! Ich habe die Ehre, Eurer Majestät das Schreiben zu überreichen, wodurch mich der Präsident der französischen Republik bei Eurer Majestät als außerordentlichen Botschafter beglaubigt. Ich bin tief durchdrungen von dem Wert dieser Ehre, da sie mir erlaubt, mich der Person Eurer Majestät zu nähern. — Ich werde den Gefühlen des Herrn Präsidenten ebenso wie denen der Regierung der Republik gemäß handeln, wenn ich an der Entwicklung der guten Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich arbeite, und ich wage zu hoffen, daß die Erfüllung meiner Aufgabe mir durch das hohe Wohlwollen Eurer Majestät erleichtert werde.

Der Kaiser erwidert: Herr Botschafter! Ich heiße Sie willkommen. Das Werk, das Sie vollbringen wollen, nämlich die Arbeit an der Entwicklung der guten Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich, wird Meine ganze Sympathie haben. Meine Regierung ebenso wie Ich wird sich angelegen sein lassen, Ihre Aufgabe nach Möglichkeit zu erleichtern. Die Verständigung zwischen zwei großen Nationen, die beide fähig und bestimmt sind, Gesittung und Fortschritt unter den Völkern der Erde zu verbreiten, ist ein Ziel, dessen Erreichung der gemeinsamen Arbeit aller hochsinnigen Geister würdig ist, über die Frankreich und Deutschland verfügen.

(„Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 10. April.)

1. Juni. Der Kaiser empfängt in Potsdam englische Redakteure. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ berichtet darüber: In den Gesprächen mit ihnen drückte der Kaiser seine Befriedigung aus, daß die Reise der Engländer durch Deutschland so genußreich sei. Er freue sich sehr, die leitenden Herren der englischen Presse hier zu begrüßen, und er glaube auch, daß ein solcher Besuch gute Folgen haben werde. Ich möchte aber wünschen, daß nicht nur die englischen Journalisten, sondern auch einflußreiche und politische Persönlichkeiten Englands nach Deutschland kommen, um die deutschen Verhältnisse kennen zu lernen. Von der gegenwärtigen englischen Regierung, sagte der Kaiser, kenne er nur den Kriegsminister Haldane.

Ferner äußerte Seine Majestät mit Bezug auf seinen Besuch bei Lord Lonsdale und Sir John Dunn, er billige sehr das System des kleinen Landeigentümers in Yorkshire und Westmoreland, und sei bestrebt, dies System in Deutschland zu fördern. Solche Leute gäben gute Soldaten. Der Kaiser kam ferner auf den Aufenthalt der englischen Journalisten in Hamburg zu sprechen, der wohl sehr interessant gewesen sein müsse. Es wurde ihm erwidert, die Engländer seien sehr erfreut gewesen über diesen wundervollen Hafen, und sie hätten den großen Strom und die glänzenden Kaianlagen auf das höchste bewundert. Von diesem Hafen könnten die Engländer sehr viel lernen. Kurz vor seinem Wegreiten richtete der Kaiser an alle Herren die Worte: I am pleased to meet you. You are welcome in my country and you are welcome to my house.

Sechster Abschnitt.

Soziale Angelegenheiten.

I.

Konferenz zur Förderung der Arbeiterinneninteressen.

1. März. In Berlin findet die erste Konferenz dieser Art statt, in der das Reichsversicherungsamt vertreten ist. Fräulein Friedenthal eröffnet die Versammlung mit einer längern Programmrede über Zwecke und Ziele der Konferenz:

Sie solle die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die unter den ungünstigsten Verhältnissen den harten Kampf ums Dasein führenden großen Schichten der gewerblich tätigen Frauen lenken, denen trotz härtester Arbeit nie ein Anteil an den Errungenschaften der Kunst, Wissenschaft, Bildung usw. zuteil werde. Die Konferenz wolle hineinleuchten in die einer Verbesserung bedürftigen Verhältnisse und Reformen vorbereiten. Der Aufschwung der Arbeiterschaft wird gehemmt durch die Rückständigkeit der Arbeiterin, die in Staat und Familie eine rechtlich untergeordnete Stellung einnimmt, die unter einer mangelhaften Berufsausbildung leidet. Weiter soll die männliche Arbeiterschaft für eine tatkräftige Unterstützung dieser Bestrebungen herangezogen werden, im allgemeinen wie im eignen Interesse. Schließlich aber soll das gebildete Publikum von der sozialen Notwendigkeit einer selbstlosen Mitarbeit überzeugt werden.

Nach Erörterungen über die Lohnfrage der gewerblichen Arbeiterinnen wird folgende Erklärung beschlossen:

Als demnächstige praktische Forderung zur Hebung der Lohnlage und Lebenshaltung der Arbeiterinnen fordert die Konferenz: 1. Staatshilfe: a) Kürzung der Arbeitszeit. Zunächst den Zehnstundentag. b) Erweiterung des Schwangeren- und Wöchnerinnenschutzes mit entsprechend ausgedehnter

Krankenkassenunterstützung. c) Schutz der Arbeiterinnen in Hausindustrie und Heimarbeit. — 2. Selbsthilfe: Die Konferenz tritt für die gewerkschaftliche und genossenschaftliche Organisation der Frauen ein. a) Als Vorbedingung der Selbsthilfe fordert die Konferenz vom Staate die Gewährung und Sicherung der Koalitionsfreiheit. b) Zur Förderung der Selbsthilfe verlangt die Konferenz die gesetzliche Regelung des Tarifvertrags. — 3. Vorbildung. Die Konferenz hält es ferner für nötig, den Mädchen, ganz unabhängig davon, ob sie vorübergehend oder dauernd beruflich tätig sind, eine den Anforderungen des Berufslebens entsprechende, der männlichen gleichwerte Vorbildung zu gewähren. Auf diesem Wege kann erreicht werden, daß die Arbeiterinnen nicht mehr auf Grund allgemein geringerer Leistungen in ihrer Eigenschaft als Frau niedriger entlohnt werden als der Mann. Unter diesem Gesichtspunkte fordert die Konferenz auch von Staat und Gemeinde obligatorischen weiblichen Fortbildungsunterricht. Auch fordert die Konferenz, unabhängig davon, ob das Mädchen später Hausfrau und Mutter wird oder nicht, einen obligatorischen hauswirtschaftlichen Unterricht, damit die Arbeiterin in jeder Lebenslage ihren Lohn in wirtschaftlicher Weise anzuwenden imstande ist.

2. März. Verhandlungen über „das Wahlrecht der Frau" enden mit folgendem Beschlusse:

Die Konferenz fordert zur Sicherung und Hebung der Rechtslage der Arbeiterinnen 1. bei den Krankenkassen: daß bei der bevorstehenden Reform der Versicherungsgesetzgebung die Selbstverwaltung der Krankenkassen ihrer kulturfördernden Wirkung wegen im vollen Umfang aufrecht erhalten bleibt, und daß bei den beiden andern Versicherungszweigen gleiche Rechte für Arbeiter und Arbeiterinnen vorgesehen werden; 2. bei den Gewerbegerichten: daß den Arbeiterinnen das aktive und passive Wahlrecht zuerkannt wird nach Maßgabe der den Arbeitern zustehenden Rechte; 3. bei den Arbeitskammern: a) die baldige Errichtung von gesetzlichen Interessenvertretungen für die lohnarbeitenden Klassen. Diese Interessenvertretungen (Arbeitskammern) sollen sich aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern in gleicher Zahl zusammensetzen; b) daß den Arbeiterinnen für die Arbeitskammern auf der Basis voller Gleichberechtigung mit den Arbeitern das aktive und passive Wahlrecht eingeräumt wird; c) daß die Arbeitskammern als selbständige Organisationen ins Leben gerufen werden, da beim Anschluß an die Gewerbegerichte das Wahlrecht der Frauen nach den zurzeit herrschenden Auffassungen nicht durchführbar wäre.

II.

Bund vaterländischer Arbeitervereine.

21. Mai. In Hamburg wird von 37 Arbeitervereinen aus allen Teilen Deutschlands ein solcher Verein gegründet, der folgende Leitsätze aufstellt:

1. Mit Bezug auf die Gesetzgebung erstrebt der Bund gemeinsames Vorgehn aller nichtsozialdemokratischen Arbeiterorganisationen 2. Auf dem Gebiete der Sozialpolitik will er ein Zusammenarbeiten mit allen Körperschaften, die sich sozialpolitisch, aber unparteiisch, und ohne Parteipolitik zu treiben, betätigen. 3. Auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik wird der Bund seine jeweilige Stellungnahme gegenüber Streit-

punkten nach Lage der Verhältnisse einrichten. Nach den Erfahrungen erachtet der Bund die leichtfertigen Arbeitseinstellungen für ebenso zwecklos wie das gesamte Wirtschaftsleben schädigend. Der Bund wird deshalb die oft geübte Taktik andrer Berufsvereine, bei den von der Sozialdemokratie angezettelten Ausständen mitzustreiken, nicht mitmachen, im Gegenteil wird er auf die Verhältnisse so einzuwirken suchen, daß der grassierenden Streiklust Abbruch getan wird. Mit den konfessionellen und andern nichtsozialdemokratischen Arbeitervereinen will der Bund ein friedliches Verhältnis anbahnen und unterhalten. 4. Als obersten Grundsatz verfolgt der Bund das Ziel, neben der Wahrung und energischen Vertretung der Arbeiterinteressen auch das Wohl der Gesamtheit zu berücksichtigen und danach zu handeln, national gesinnte, dem Bunde nicht angehörende Arbeitervereine und Organisationen nicht zu bekämpfen, als einigendes Moment zwischen Arbeitgeber und -nehmer die Gemeinsamkeit der Interessen aller zu betonen und das nationale Empfinden unsers Volks, vornehmlich der Arbeiterschaft, zu stärken. Die Bestrebungen zur Bildung von Kartellverbänden aller nichtsozialdemokratischen Organisationen der Arbeiter müssen vorläufig nach lokalen Verhältnissen entschieden werden.

III.

Versammlung der evangelischen Arbeitervereine Deutschlands.

22. Mai. Die in Dortmund tagende Vertreterversammlung schickt an den Kaiser folgendes Telegramm: „Eurer Majestät senden von der Jubelfeier der evangelischen Arbeitervereinssache die Vertreter von 175 Vereinen mit 92000 Mitgliedern in alter Treue ehrerbietigsten Huldigungsgruß. Wir sind immer und überall für des Vaterlandes Macht und Ehre eingetreten, aber wir halten die Zukunft Deutschlands ebenso für abhängig von dem Fortschritte der sozialen Reformen und von der Einwirkung der Erhaltung des innern Friedens; möge Eurer Majestät Regierung auch in dieser Beziehung gesegnet sein."

Der Reichskanzler erwidert auf eine Begrüßung: „Möchte als bester Lohn gelungner Arbeit den Arbeitervereinen neuer Mut und neue Kraft beschieden sein, um ihre hohe Aufgabe um das Wohl der Arbeiter und das Gedeihen des großen Vaterlands zu begründen."

Lic. Weber führt in einer Ansprache folgendes aus:

Er war eine Gottesstunde, als vor 25 Jahren unsre evangelischen Arbeitervereine entstanden. Gott gab es den Männern ins Herz, die sie stifteten. Sie wollten zuerst und vor allem das evangelische Glaubensbewußtsein wecken und beleben, pflegen und fördern. Und das ist auch heute noch unser höchstes Ziel. Den Materialismus der Sozialdemokratie bekämpft man nur mit dem vollen und ganzen Evangelium. Das Zerrbild des Sozialismus in der Sozialdemokratie will eine Freiheit, aber nicht die von der Sünde, sondern die in und mit der Sünde, eine Gleichheit, aber nicht vor Gott und Gesetz, sondern nach der Willkür des Proletariats, eine Brüderlichkeit, aber nicht die der Opfer in gegenseitig dienender

Liebe, sondern die des Anspruchs. Darum schart euch zusammen, um gegen rohe Gottes- und Geistesleugnung das Evangelium zu verteidigen. Bekenner des Evangeliums, christliche Charaktere müssen wir in unsern evangelischen Arbeitervereinen heranbilden. Das ist unser höchstes Ziel, und diese Frucht reift hinein in die Ewigkeit. Die zweite Aufgabe der evangelischen Arbeitervereine aber war: Vaterlandsliebe und Treue gegen Kaiser und Reich zu wecken und zu stärken. Die von Stein, Gneist, Treitschke, Wagner, Stöcker aufgestellte Lehre vom Beruf des sozialen Königtums hat Wurzel geschlagen. Wir treten ein für die Gleichberechtigung des Arbeiterstandes mit andern Ständen, für Kompetenzerweiterung und Verhältniswahl bei den Gewerbegerichten, für Ablehnung jeder Beschränkung der Koalitionsfreiheit, für Ausstattung der Berufsvereine mit Rechtsfähigkeit, für Arbeitskammern, für ein Reichsarbeitsamt.

Mit Rücksicht auf neue Bestrebungen zur Zusammenfassung der vaterländisch gesinnten Arbeiter beschließt die Versammlung: Die evangelischen Arbeitervereine halten ihre evangelische Eigenart und ihre soziale Unabhängigkeit mit größter Entschiedenheit fest und glauben, durch positive soziale Arbeit dem Wohle des Vaterlandes am besten zu dienen.

IV.

Freie kirchlich-soziale Konferenz.

3. April. In Karlsruhe tagt die vom Hofprediger Stöcker nach seinem Austritte aus dem Evangelisch-sozialen Kongresse gegründete Konferenz unter dem Vorsitze v. Örtzens aus Zehlendorf, der in einer Ansprache ausführt, diese über ganz Deutschland sich erstreckende Organisation gehe von der Überzeugung aus, daß es Hindernisse des kirchlichen Lebens gebe, die auf sozialem Gebiete liegen:

Im Zentrum aller bessernden Arbeit stehe die Verkündigung des Evangeliums, zunächst die kirchliche, dann aber auch die evangelistische, wenn und wo an die sozial Entfremdeten nicht anders heranzukommen sei. Dann folge das praktische Christentum, die innere Mission. Endlich erscheine es aber auch unentbehrlich, gewisse Arbeitslinien der innern Mission und Kirche in die Politik hinein zu verlängern, wenn nur das Gesetz die Hindernisse aus dem Wege räumen kann, die sich aus gewissen sozialen Mißständen für das kirchliche Leben ergeben. Mit der eigentlichen Parteipolitik habe diese politische Arbeit nur lose Berührungen. Die christliche Arbeiterbewegung, die jetzt eine Million Arbeiter umfaßt, wäre nicht das, was sie ist, ohne die Kirchlich-soziale Konferenz. Die äußere Zurückdrängung der Sozialdemokratie, wie man sie bei den Wahlen erlebte, sei gut. Aber die innere Überwindung durch christliche Arbeiterorganisationen sei besser. Spanne einmal diese Interessenvertretung ihre Forderungen zu hoch, so möge man übertriebnen Ansprüchen von Fall zu Fall energisch entgegentreten, aber man möge aufhören, die christlichen Arbeiter allgemein zu verdächtigen und mit der Sozialdemokratie in einen Topf zu werfen. Das sei unklug und ungerecht, denn an der Spitze ihres Programms stünden Christentum und Monarchie!

Professor Seeberg aus Berlin hält einen Vortrag über „die Aufgabe der Theologie in der sozialen Frage". In den Kommissionen werden Vorträge gehalten von v. Oertzen über die fehlerhaften Grundlagen unsers kirchlichen Verfassungslebens und von Professor Weber aus Wesel über die Frage: Wie ist der Religionsunterricht in der Schule fruchtbarer zu erteilen?

4. April. Oberlehrer Dennert-Godesberg behandelt den Kampf gegen Haeckels Monismus. Er fordert, die christliche Apologetik müsse in erster Linie naturwissenschaftlich werden und dadurch erst die für den modernen Menschen nötige Grundlage schaffen, auf der Ethiker, Pfarrer usw. weiterarbeiten können. Direktor Stuhrmann-Barmen redet über die besondre Aufgabe der kirchlich-sozialen Frauen in der modernen Frauenbewegung. Die Abhängigkeit der Presse von den Annoncen erörtert Pastor Swierczewski. Der als Verfasser der Schrift: „Wider Schmutz und Schwindel im Inseratenwesen" bekannt gewordne Redner legt eingehend dar, wie das Inserat, das früher als nebensächlich geduldet wurde, heute die entscheidende Hausherrenrolle in der Zeitung spiele. Natürlich leide die Zeitung materiell unter dieser großen Verschiebung ihrer eigentlichen Aufgabe als Übermittlerin des täglichen Weltbildes im großen und kleinen und als gelegentliche Erzieherin zu allem Edeln. Redner empfiehlt daher den Beschluß des 1873er Hamburger Journalistentages, in dem es als eine Ehrenpflicht der Presse bezeichnet wird, die Aufnahme von Schwindelannoncen usw. zu verweigern. Pastor Mumm aus Berlin hält einen Vortrag über „die Notwendigkeit einer sozialpolitischen Theorie für die christlich-nationale Arbeiterbewegung".

V.

Evangelisch-sozialer Kongreß.

22. Mai. Die achtzehnte Hauptversammlung findet in Straßburg statt. Prof. Harnack aus Berlin sagt in einer Ansprache:

Im vorigen Jahre ist in sozialer Hinsicht das wichtigste Ereignis der Wechsel der Majorität im deutschen Reichstage und die Zurückdrängung der Sozialdemokratie. Die sogenannten Blockparteien haben das Erbe des Zentrums angetreten cum beneficio inventarii. Zu diesem Inventar gehört vor allem die Förderung der sozialen Gesetzgebung, die weitergeführt werden muß. Trotz der Erschwerungen, die die Sozialdemokratie durch maßlose Forderungen der Arbeiter, wie wir sie eben wieder erleben, der Förderung der sozialen Gesetzgebung bereitet, muß die soziale Gesetzgebung weitergeführt werden. Gern erkennen wir an, eben weil uns sonst die Partei nicht nahe steht, daß das Zentrum sich um die soziale Gesetzgebung verdient gemacht hat, und daß nunmehr den vereinigten Blockparteien eine Aufgabe zugefallen ist, für die nicht alle in gleicher Weise vorbereitet waren. Aber wir dürfen auch anerkennen, daß sie wirklich in ihren Reden

ein ernstes Pflichtgefühl in bezug auf die Forderungen der sozialen Gesetzgebung bekundet haben. Mögen den Reden die Taten folgen. An gutem Willen fehlt es gewiß nicht, aber an der rechten Einsicht fehlt es noch. Dazu scheint der Apparat, der zu den Gesetzen führen soll, bei uns immer langsamer zu arbeiten, sodaß vor lauter Gründlichkeit die richtige Stunde verpaßt zu werden droht. Freilich, es gibt auch Patrioten, denen die Sache noch immer zu schnell geht, die der Regierung und dem Parlament ein Langsamer! Langsamer! zurufen. Ich habe mich vergeblich gefragt, auf welche Tatsachen sich diese Stimmung, wir seien in einer wilden sozialpolitischen Hast begriffen, denn eigentlich begründen könne. Keine der gegebnen Antworten begründet den Vorwurf übertriebner Schnelligkeit in der Gegenwart. Sie alle wissen diese Schwierigkeiten zu würdigen und wissen auch, daß sie in ganz andern Richtungen liegen. Da ist 1. der Unterschied zwischen Ost und West und die ungeheuern Schwierigkeiten, die in den ganz verschiednen Verhältnissen dieser Provinzen liegen, und die durch eine heilsame Gesetzgebung zu umspannen sind. Manches von dem, was für den Westen unbedingt nötig ist, ist für den Osten verfrüht. Das gilt selbst von den Industrieverhältnissen. Da ist: 2. der große Unterschied in den Industrie- und Landarbeiterverhältnissen. Selbst eine so entscheidende Hauptsache, wie die Koalitionsfreiheit, ist in Hinsicht auf die Landarbeiter eine sehr subtile und keineswegs einfach zu lösende Frage. Da ist: 3. das große Problem, wie wir mit der sozialen Fürsorge an die Stellen herankommen, die nicht zur Klasse der Industriearbeiter gehören, nämlich die Heimarbeiter. Aber auch der kleine Mittelstand befindet sich vielfach in einer gedrücktern Lage, als die Industriearbeiter. Hier einzugreifen ist ungleich schwerer. Da ist endlich die Frage aller Fragen: Welche Mittel und Wege lassen sich finden, um inmitten eines sich stets verwickelnden Systems sozialer Assoziation, von Fürsorge und Unterordnung, vom Opfern eignen Willens, der eignen Selbstbestimmung den notwendigen Spielraum zu lassen und die Tatkraft und die Eigenart des Einzelnen offen zu erhalten? Die Vereinigung dieser Gegensätze ist ein wahrhaft soziales Werk, das allein dem Einzelnen wahre Lebensfreude zu geben vermag. Alle diese Schwierigkeiten stehn uns vor der Seele, aber wir ziehn aus ihnen doch nicht den Schluß laisser aller! Wir streben vielmehr danach, die Bedingungen der sozialen Weisheit zu schaffen, die die Freiheit nicht niederhalten und eine Ordnung der sozialen Gleichheit aufbauen, die die verschiednen Werte der Individuen respektiert. Indem wir auf dem Boden unsrer Gesellschaftsordnung stehn, lehnen wir ab, ausschließlich für einen bestimmten Berufsstand einzutreteten. Der leitende Gesichtspunkt unsrer ganzen Tätigkeit ist: Einheit, Gesundheit, Kraft des ganzen Volkes und seines Staats!

Hierauf führt Professor Curtius aus: Wir wollen hier nur religiöse Fragen in Betracht ziehn. Eine Sozialpolitik sei nur auf christlichem Boden möglich. Die Freiheit in der Gegenwart sei nur möglich durch die Vereinigung von Evangelium und Sozialismus. Die evangelischen Geistlichen seien besonders berufen, Sozialpolitik zu treiben, weil sie keiner politischen Partei zugeschworen seien. — Es folgen Vorträge des Professors v. Schulze aus Freiburg i. B. über Kultur und Wirtschaft, die neudeutsche Wirtschaftspolitik im Dienste der neudeutschen Kultur und des Dr. Leoni aus Straßburg über die Aufgaben der Städte als Arbeitgeber.

23. Mai. Es folgen weiter ausführliche Vorträge von Pfarrer Wegener aus Mörs und Frau Weber aus Heidelberg über die Bekämpfung der Unsittlichkeit mit besondrer Beziehung auf den Schutz der Jugend. Frau Weber führt aus, es handle sich um eine neue Gesinnung. Man müsse unterscheiden zwischen Ursachen, wie Mangel an Erziehung, Wohnungsnot, Über- und Unterernährung, und zu bekämpfenden Begleiterscheinungen.

Siebenter Abschnitt.

Evangelische Kirche.

I.

Erlaß des Evangelischen Oberkirchenrats.

22. Februar. Erlaß des Evangelischen Oberkirchenrats an die Konsistorien:

Eine von 147 Geistlichen unsrer Landeskirche unterzeichnete „gemeinschaftliche Erklärung nach der Entscheidung im Falle César" ist bei uns am 7. Januar d. J. eingegangen. Sie ist uns in der Form einer für die breiteste Öffentlichkeit bestimmten Drucksache eingereicht. Dem entspricht, daß der Text der Erklärung in den Zeitungen veröffentlicht war, ehe sie uns amtlich zur Kenntnis gebracht wurde. Im wesentlichen ist die Kundgebung hiernach als eine Demonstration in der Öffentlichkeit gemeint. Aus Motiven, die vorwiegend jedenfalls auch mit dem auf die öffentliche Meinung hervorzurufenden Eindruck zusammenhängen, hat sie die Adresse an den Oberkirchenrat erhalten. Diese Verwischung der Grenzen zwischen öffentlicher Demonstration und amtlichem Verkehr ist uns auch sonst in neuerer Zeit wiederholt bei Geistlichen und Gemeindeorganen entgegengetreten. Sobald sie ein Interesse ihrer Richtung oder Partei berührt glauben, vergessen sie nicht selten, daß sie Mitarbeiter und Helfer des Kirchenregimenis im Dienst an einem gemeinsamen großen Ganzen sein sollten, fühlen sich ihm gegenüber als Partei und üben ihre amtlichen Funktionen in der Form eines vor der Öffentlichkeit durchzufechtenden Kampfes aus. Das ist ein Mißbrauch, der, wenn er um sich greift, zu einer schweren Schädigung unsrer Landeskirche führen kann. Was ihm wiederum zugrunde liegt, ist eine der bedenklichsten Erscheinungen des kirchlichen Lebens der Gegenwart, die Übertragung auch der maßlosen Formen des politischen Parteikampfs auf den Boden der Kirche. An und für sich schon unerfreulich genug, führen sie in der Kirche, in der sich zuletzt alles auf das innere Leben und die höchsten Güter der Menschenseele bezieht, unvermeidlich zu einer abstoßenden Veräußerlichung und Verflachung, ja Verzerrung und Entwürdigung des Christentums. Die so handeln, schädigen, was sie zu fördern glauben. In der Meinung, unveräußerliche Güter der Christenheit, sei es nun den von den Vätern ererbten Glauben oder den Charakter dieses Glaubens als freie persönliche Überzeugung zu wahren, untergraben sie den Boden, auf dem diese Güter allein gedeihen können. Dahin gehören auch die Versuche, die neuerdings wieder gemacht

worden sind, durch Erklärungen und Resolutionen einen Einfluß auf die Entscheidungen des Kirchenregiments auszuüben, Versuche, die wir, wie es schon im Jahre 1873 geschehen ist, auch jetzt wieder auf das bestimmteste zurückweisen müssen. Sie sind zwecklos, da es für die kirchlichen wie für alle Behörden eine selbstverständliche Pflicht ist, die Sachlichkeit und Unabhängigkeit des Urteils den Parteien gegenüber zu wahren. Aber nicht bloß das, sie sind verderblich als Symptome eines Parteitreibens, das schließlich dahin führen muß, die Landeskirche zu gefährden. Wer daher weiß, daß die Landeskirche, soweit Menschen zu urteilen vermögen, die einzig mögliche Form ist, in der dem evangelischen Christentum seine Stellung und sein Einfluß im Ganzen unsers Volkslebens erhalten bleiben kann, der soll dem Parteitreiben, das solche Auswüchse zeitigt, nach Kräften wehren, statt sich daran zu beteiligen. Abgesehen aber auch von übeln Folgen für die Landeskirche — mag doch wohl jeder zusehn, ob er nicht durch die Rückwirkung, die die Gewöhnung an solche Formen kirchlicher Betätigung unabweisbar auf das innere Leben ausübt, am eignen Glauben Schaden leidet. Insbesondre richten wir diese Warnung an die Geistlichen und Gemeindeorgane der Landeskirche. Nicht als wollten wir ihnen, was auch nicht in unsrer Befugnis liegt, die freie Meinungsäußerung beschränken. Wir müssen sie aber an die Pflicht erinnern, die sie kraft ihres Amtes in der Landeskirche haben, über dem Einzelnen das Ganze nicht zu vergessen und in ihrer Beteiligung an den kirchlichen Kämpfen der Gegenwart mäßigend auf sie einzuwirken. Wenn sie statt dessen dem Parteigeist sogar eine weitgehende Einwirkung auf die Ausübung ihres Amtes gestatten, sich in die vorderste Reihe derer stellen, die den Streit schüren, und das für eine Erfüllung ihrer Pflicht halten, so sind sie in schwerer Selbsttäuschung befangen. Mögen sie doch bedenken, wozu sie gesetzt sind, und nie vergessen, daß sie nicht ihren Parteigenossen, sondern dem Herrn der Kirche für ihren Dienst an ihr verantwortlich sind. Die an uns adressierte Erklärung der Geistlichen, die uns den nächsten Anlaß zu dieser Erklärung gegeben hat, zeigt deutlicher als alles andre, daß die geschilderte Verwirrung wie ein Bann auf den Gemütern liegt und die Klarheit des Urteils trübt. Sie wissen es schon nicht mehr anders, als daß die Kirche eine Arena für den Kampf der Parteien und Richtungen ist. Auch die von der obersten Kirchenbehörde getroffnen Entscheidungen glauben sie unter dem damit gegebnen Gesichtspunkt auffassen und sie, obwohl unbeteiligt, im Interesse ihrer Richtung beantworten zu dürfen. In Wahrheit kommt es jedoch in der Kirche nicht auf die Parteirichtung an, sondern ausschließlich auf die Verkündigung des Wortes Gottes im Sinne der Glaubensbekenntnisse unsrer Väter, durch welche das evangelische Christentum kirchlichen Bestand in der Geschichte gewonnen hat. Das ist die Pflicht, die allen denen obliegt, täglich und immer, die der evangelischen Gemeinde am Wort zu dienen haben. Wie nichts von ihr entbindet, so kann auch niemand sich mit seiner theologischen Richtung entschuldigen, wenn er es daran fehlen läßt. Auf die Stellung zu dieser Pflicht und nicht auf den theologischen Standpunkt kommt es daher an. Wenn trotzdem die unterzeichneten Geistlichen es als Gewissenspflicht empfunden haben, die vorliegende ganz allgemein gehaltne und darum nichtssagende Erklärung über ihren theologischen Standpunkt abzugeben, so ist das nur ein Beweis dafür, daß die Verwirrung des Urteils schon in die Gewissen einzudringen beginnt. Jeder Kundige sollte und kann es bei hinreichender Überlegung wissen, daß Gewissenskundgebungen anders aussehen als Massenerklärungen, die durch die Zahl der Unterschriften wirken wollen, und wenn überhaupt, nur die eine Wirkung haben

können, in der Landeskirche die Spannung zu verschärfen, für deren Lösung wir alle täglich beten und was in unsern Kräften steht, tun sollten. Das Königliche Konsistorium veranlassen wir, den vorstehenden Erlaß in der ihm geeignet erscheinenden Weise zur Kenntnis der Geistlichen und Gemeinden seines Aufsichtsbezirks zu bringen.

II.

Königlicher Erlaß zugunsten der Auslanddeutschen.

22. April. Durch königlichen Erlaß wird bestimmt, daß zur Erfüllung der Aufgaben, die der preußischen Landeskirche in bezug auf die kirchliche Versorgung der evangelischen Deutschen außerhalb Deutschlands obliegenden, jährlich $^1/_4$ Prozent der von den Mitgliedern der evangelischen Landeskirche der ältern Provinzen zu zahlenden Staatseinkommensteuer erhoben werden sollen.

III.

Evangelische Vereinigung.

1. Mai. In der zu Brandenburg tagenden Versammlung hält Professor Scholz aus Berlin einen Vortrag über „Streiflichter auf die kirchliche Lage der Gegenwart". Er führt u. a. aus:

Die Erklärung der 147 Geistlichen ist vom Oberkirchenrat scharf gemißbilligt, der sich um des Bestehens der Landeskirche willen gegen eine derartige Kundgebung aussprach. Es sei schwer, bei einem öffentlichen Vorgehen stets eine unanfechtbare Form zu finden. Andrerseits stehe es fest, daß der Oberkirchenrat auch andre Adressen gemeint hat. Aber mit der Richtung des Erlasses sind wir einverstanden, daß nicht auf den kirchlichen Parteistandpunkt Wert gelegt werde.

Professor Kahl aus Berlin redet über „Brennende Fragen auf dem Gebiete des Wahlrechts" und sodann über das Frauenstimmrecht. Die von ihm hierüber aufgestellten Sätze eignet sich die Versammlung an. Darin heißt es:

Die Vereinigung tritt mit allen Kräften für eine gerechtere Berücksichtigung der Minoritäten auf allen Stufen des synodalen Lebens ein, damit auf den Synoden wahrhaftig das zum Ausdruck komme, was in den Gemeinden lebendig ist. Es ist eine gesetzliche Ergänzung der Kirchenverfassung dahin anzustreben, daß, wo nach den Verhältnissen der Einzelgemeinde ein Bedürfnis hierzu vorliegt, durch die vereinigten Gemeindeorgane geeignete Frauen in den Gemeindekirchenrat in amtlicher Stellung berufen werden können, die mit vollem Sitz- und Stimmrecht an der Ausübung der für Frauenarbeit geeigneten kirchenverfassungsmäßigen Zuständigkeiten der Gemeinde beteiligt sind.

IV.

Deutscher Protestantentag.

22. Mai. Die 23. Versammlung wird in Wiesbaden vom Reichstagsabgeordneten Schrader eröffnet. Pfarrer Fischer führt etwa folgendes aus über „die politische Lage in Deutschland und die nächsten Aufgaben für den kirchlichen Liberalismus“:

Überall ertönt die Frage: Was hat die Kirche dem Volke zu geben? Sie hat nicht nur einzelne Ratschläge aufzustellen, sondern sie muß ihre Grundsätze in das Volk hineintragen. Das ist die Aufgabe des Protestantenvereins. An Angriffen der Gegner gegen uns fehlt es ja nicht. Besonders hat der kirchliche Liberalismus gegen die Orthodoxie zu kämpfen. Mit der Orthodoxie können wir uns nicht verständigen. Hier gibt es keine Konzessionen. Die Orthodoxie hat sich zu wenig um die Laien gekümmert, dadurch ist die Achtung der Kirche durch die Laien herabgedrückt. Die Laien sind von der Kirchenleitung so gut wie ganz ausgeschlossen. Daher fragen sie auch nicht mehr nach dem kirchlichen Wesen. So ist die Gleichgiltigkeit in den evangelischen Kreisen entstanden. Die evangelische Kirche braucht mehr Luft und Bewegungsfreiheit. Auch wir dürfen nicht immer warten, bis irgend ein „Fall“ kommt. Wer sonst schläft, wird auch dann nicht viel leisten. Wir sind nicht für uns da, sondern wir sind da für das Volk, die Kirche und die Menschheit. Die Taktik der Orthodoxie ist eigentümlich. Sie spekuliert auf die weltliche Macht. Ich erinnere nur an die Vorgänge im Elsaß, in Koburg und in Bremen. Überall sucht die Orthodoxie Männer ihrer Richtung in die leitenden Stellen zu schieben. Der Redner greift dann die Berliner Stadtmission an. Von Nächstenliebe und Förderung des kirchlichen Glaubens sei in dieser Synode nichts zu spüren. Es wird ja behauptet, in der Berliner Stadtmission werde keine politische Agitation getrieben. Aber Stöcker selbst habe das zugeben müssen. Überall trete die Orthodoxie sehr anmaßend auf. Sie maßt sich an, nicht eine kirchliche Richtung, sondern die Kirche selbst zu sein und das allein richtige Bekenntnis fest zu haben. Dabei arbeite die Orthodoxie aber fortwährend an einem neuen Bekenntnis, und schließlich wird auch in ihren Reihen einmal Zwietracht darüber entstehn, wer von ihnen denn eigentlich rechtgläubig ist; denn innerlich herrscht keine Einigkeit. Uns Liberalen wirft die Orthodoxie den Faustschlag ins Gesicht, daß wir dem Volke nicht die ganze Wahrheit sagen. Ja man geht sogar so weit, zu behaupten, daß wir am Ende alle Religion leugnen. Dagegen müssen wir uns energisch wehren, und bei den verschiednen „Fällen“ gilt es für uns, rücksichtslos für den einzutreten, der weiter kommen will. Wir haben jetzt eine große Pfarrernot, aber auch eine große Kandidatennot, weil heutzutage ein großer sittlicher Mut dazu gehört, wenn ein Pfarrer seine Überzeugung offen und ehrlich aussprechen will. Aber wir dürfen keine Konzessionen machen.

Dagegen tritt Pfarrer Braun aus Berlin für die angegriffne Berliner Stadtmission ein. — Der vom Straßburger Protestantisch-liberalen Verein entsandte Konsistorialpräsident Gerold beginnt seine Begrüßung mit der Mitteilung, daß der Verein seinen Beitritt zum Deutschen Protestantenverein beschlossen habe, da durch

die Fälle in Preußen die Kirche der Reformation im allgemeinen bedroht erscheine.

Der Straßburger Verein, 1872 begründet, als man die elsässische Kirche in das preußische Muster zwängen wollte, nach Beseitigung der Gefahr zurückgegangen, solle jetzt mit einem Hauptverein Straßburg und sieben Zweigvereinen reorganisiert werden. Zwar gebe es im Elsaß keine kirchliche Partei oder juristische Gesetzeswirtschaft, keine Verpflichtung auf Bekenntnisse oder gottesdienstliche Gebundenheit an das Apostolikum, keine Bevormundung der Gemeinden bei Pfarrwahlen und keine Glaubensgerichte, auch habe der Liberalismus im Kirchenregiment die Mehrheit, und es blühen seine Liebeswerke. Aber ernste Bedenken habe es erweckt, daß man den Präsidenten Curtius, dem alle Parteien ihr Vertrauen kundgegeben, schon vor einem Jahre aus dem Amte drängen und jetzt zum Aufgeben des Amtes zwingen wolle. Nachdem Redner die Einzelheiten erzählt hat, teilt er mit, daß jetzt das Ministerium Umfrage halte, wer von den Mitgliedern die Eingabe an den Statthalter unterschrieben und wer für ihre Veröffentlichung in der Presse gestimmt habe. Er selbst habe eine Vorladung auf das Ministerium in dieser Angelegenheit erhalten.

23. Mai. Dem Vorstand wird zur weitern Erwägung folgender Beschlußantrag überwiesen: „Der 23. Protestantentag tritt um des Wesens, der Würde und des Ansehns, um seiner Religion und der Kirche willen mit Entschiedenheit dafür ein, daß der sogenannte Gotteslästerungsparagraph (§ 166 des Strafgesetzbuchs) sobald als möglich aufgehoben werde. Er beauftragt den Vorstand, diesen Beschluß mit näherer Begründung zur Kenntnis der gesetzgebenden Körperschaften des Reichs zu bringen." — Darauf spricht Pfarrer Emde-Bremen über das Interesse der Familie am Religionsunterricht in der Schule.

24. Mai. Emde aus Bremen und Schulrat Scherer aus Büdingen sprechen sich für eine Reform des Religionsunterrichts aus.

Beide wollen namentlich den Katechismus aus dem Religionsunterricht hinauswerfen. Scherer führt aus: Eine Beseitigung des Religionsunterrichts geht nicht an, denn die Religion ist ein nationales Kulturgut, das zum eisernen Bestande des Unterrichts gehört. Auch der Moralunterricht, der an die Stelle des Religionsunterrichts gesetzt werden soll, ist unmöglich, denn eine Moral ohne Beziehung zum Religiösen ist keine Moral. Aber auch die Beibehaltung des heutigen Religionsunterrichts kann nicht geschehn, denn er widerspricht dem modernen Leben. Man spreche einmal mit einem Primaner über seinen Religionsunterricht, und man wird Erschreckendes zu hören bekommen. Der heutige Religionsunterricht hat die große Gruppe von Menschen geschaffen, die für die Religion kein Interesse haben, er hat die Leute aus der Kirche hinausgetrieben. Der heutige Religionsunterricht ist aber auch aus pädagogischen Gründen verwerflich. Er bringt Stoffe und Begriffe, die das Kind nicht erfaßt und nicht erfassen kann. — Manchot-Hamburg: Ohne den so viel geschmähten Katechismus kann ich mir keinen Religionsunterricht denken, denn jeder Religionsunterricht muß mit der Erklärung der zehn Gebote anfangen. Man sollte das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. Was nicht in die Schule gehört, ist das Dogma; aber der Katechismus gehört hinein.

Pfarrer Traub-Dortmund spricht über protestantisches Christentum und christliche Gewerkschaften. Hierzu beschließt die Versammlung folgende Erklärung: „Wir erklären uns im Sinne des recht verstandnen Protestantismus gegen jede Bestrebung, die sozialen Standesvertretungen der arbeitenden Klassen kirchenpolitisch auszunützen, zugleich aber für jede Bestrebung auf soziale Hebung der Masse durch rechtlich anerkannte Gewerkvereine, die sich grundsätzlich auf Vertretung ihrer Standesinteressen beschränken." — Direktor Schmidt-Berlin hält einen Vortrag über „Volkskirche und Bekenntniskirche", dem folgende Gedanken zugrunde liegen:

Die Reformation bedeutet die Vergeistigung der Religion im kirchlichen Christentum. Der neuen Zeit ist die Vergeistigung der sittlichen Berufsgemeinschaft in der Arbeit aller für alle als neues Ideal aufgeleuchtet. Statt aber im Geiste dieses Ideals die eigne Erneuerung zu erstreben, hat sich die offizielle protestantische Kirche mit wenigen rühmlichen Ausnahmen zum mittelalterlichen Bekenntniskirchentum zurückgewandt. Dieser reaktionären Strömung gegenüber gilt es, die kirchliche Glaubensgemeinschaft zu einer das ganze Leben umfassenden religiös-sittlichen Berufsgemeinschaft fortzubilden, sie aus einer Bekenntniskirche, die die Individualitäten nicht zu ihrem Recht kommen läßt, zur wahrhaft protestantischen Volkskirche auszugestalten, in der sich das Ideal der Religion des Geistes und der Gotteskindschaft: der Geistesmensch oder „Gottmensch" in den Völkerindividuen wie in jedem einzelnen Volksgliede verwirklicht. Was in der Bekenntniskirche zu Eis erstarrt ist, das muß die Volkskirche mit warmem Frühlingshauche zu neuem Leben erwecken. Neue Bekenntnisbildung ist dazu nicht nötig. Aber auch nicht Abschaffung der alten Bekenntnisse. Vielmehr Erhaltung und fruchtbare Verwertung ihres geistigen Gehalts durch Deutung und Anwendung ihrer Aussagen vom Christus des Glaubens auf jeden einzelnen gläubigen Christenmenschen. Es gilt also eine Vergeistigung und Vermenschlichung des christologischen Dogmas durchzuführen. Nur auf diesem Wege wird das ideale Ziel der sittlichen Arbeit aller für alle erreicht werden und die große reformatorische Idee vom allgemeinen Priestertum realisiert. In und mit dieser Volkskirche kommt das Reich Gottes auf Erden.

Achter Abschnitt.

Koloniale Angelegenheiten.

I.

Allgemeines.

8. Januar. In Berlin findet eine größere Versammlung statt, die vom Geheimrat Professor Schmoller im Namen des provisorischen kolonialpolitischen Aktionskomitees eröffnet wird, das aus den Kreisen von Vertretern der Kunst, Wissenschaft und Literatur hervorgegangen

ist. Indem er das Unternehmen rechtfertigt, neben den politischen Parteien zu einer solchen Aktion aufgefordert zu haben, sagt er: Ich bin der Überzeugung, daß gerade diese Kreise berufen sind, an der Aufklärung des Volkes mitzuarbeiten. — Nach mehreren Ansprachen von Mitgliedern der Versammlung beschließt diese einstimmig, ein Komitee einzusetzen mit dem Auftrage, ohne unmittelbares Eingreifen in das Parteigetriebe das Verständnis für die Kolonial- und Weltpolitik in den Kreisen der Wählerschaft zu erweitern und zu vertiefen.

13. März. Der Deutsche Landwirtschaftsrat beschließt folgende Erklärungen:

1. Es liegt sowohl im Interesse des deutschen Volkstums wie der heimischen Volkswirtschaft, daß die deutschen Auswandrer nicht im fremden Volkstum untergehn und das Ausland wirtschaftlich stärken, sondern sich in den Kolonien des Mutterlandes einen neuen Wirkungskreis suchen. Deshalb muß zunächst eine tatkräftige und zielbewußte Entwicklung der Landwirtschaft in den dafür geeigneten Kolonien herbeigeführt und daselbst ein möglichst großer Viehstand beschafft oder herangezüchtet werden. 2. Es ist eine hohe nationale und volkswirtschaftliche Aufgabe der deutschen Reichsregierung, die Kolonien durch die Verbesserung aller Verkehrsmittel, insbesondre durch den Bau von Eisenbahnen, aufzuschließen sowie die Bildung von aufnahmefähigen Märkten in jeder Beziehung zu fördern. Die Einwandrer sind durch Erleichterungen weitestgehender Art bei dem Erwerbe von Land und bei Beschaffung von Vieh und Material zu unterstützen.

15. März. Auf Einladung des Präsidenten der Deutschen Kolonialgesellschaft, des Herzogs Johann Albrecht von Mecklenburg, findet sich in Berlin eine Anzahl von Kolonialfreunden ein, um dem Vortrag des französischen Abgeordneten Lucien Hubert über Französisch-Westafrika zuzuhören. Der Herzog führt in einer Ansprache aus:

Das seit den letzten Monaten in der Kolonialpolitik in Deutschland sich regende frische Leben habe bei dem französischen Kolonialverein lauten Widerhall gefunden. Gerade nach den jetzigen Erfahrungen dürfe man der Hoffnung sein, daß eine Verständigung und ein Zusammenarbeiten auf kolonialem Gebiet zwischen uns und dem französischen Volke eine Brücke zu gegenseitiger Verständigung schlagen werde. Redner begrüßt alsdann den Abgeordneten Hubert, der nicht nur der Urheber des Gedankens der französisch-deutschen Annäherung auf kolonialem Gebiete sei, sondern auch einer der besten Kenner der französischen Kolonie in Westafrika. — Hubert erinnert zunächst daran, daß man gewiß ein sehr guter Deutscher und auch ein sehr guter Franzose sein und doch beklagen könne, daß die Fügung der Umstände die Beziehungen zwischen den beiden so großen Völkern getrübt habe. Jedenfalls könne man sich auf dem kolonialen Gebiete begegnen und sich frei und offen über das gewaltige Werk unterhalten, an das sich die weiße Rasse in Afrika gemacht habe. Der Redner geht auf das Thema über: „Die Tätigkeit Frankreichs in Westafrika" und führt dabei aus, der Grundsatz Frankreichs sei, in der Kolonie Eisenbahnen bis an den Niger zu führen und die Schienenwege untereinander

zu verbinden. Die schon bestehenden Schienenwege rentierten sich vollauf. Sie hätten ein neues Leben geschaffen und den Handel sehr gesteigert. Zum Schluß entwirft der Redner ein Zukunftsbild von Französisch-Westafrika, das er die Besiegelung des segensreichen Bündnisses zweier Rassen nennt, und das zur Wirklichkeit geworden sei durch das Werk menschlicher Brüderlichkeit, wie es in der Kolonialbetätigung sein solle.

Im April. Der deutsche Staatssekretär des Innern richtet an den Deutschen Handelstag ein Schreiben, worin es heißt:

Die Erschließung neuer Gebiete für den Baumwollanbau, insbesondre die Förderung dieser Kultur in den Kolonien, ist nicht nur für die Baumwollindustrie von Bedeutung, sondern auch geeignet, der deutschen Maschinenindustrie und allen am Ausbau der Verkehrswege in den Kolonien interessierten Industriezweigen neue Gebiete der Tätigkeit zu eröffnen und den Handel und Verkehr mit den Kolonien im allgemeinen zu heben. Vor allen Dingen aber würde die Möglichkeit, unsern Bedarf an Baumwolle zum Teil aus den Kolonien und andern neuen Baumwollgebieten zu decken, eine erhebliche Kräftigung unsrer gesamten handelspolitischen Lage zur Folge haben. Diese Umstände dürften es rechtfertigen, wenn auch weitere Kreise, die nicht unmittelbar an dem Bezuge von Baumwolle interessiert sind, diesen Bestrebungen ihre Aufmerksamkeit und ihre tätige Mithilfe zuwendeten. Da der Deutsche Handelstag die Frage der Kolonien auf die Tagesordnung seiner nächsten Vollversammlung gestellt hat, würde ich es mit Genugtuung begrüßen, wenn auch der Handelstag bei dieser Gelegenheit dafür einträte, daß nicht nur der Beschluß der Vertreter der Textilindustrie durchgeführt wird, sondern auch weitere Kreise des Handels und der Industrie dazu angeregt werden, diese Bestrebungen finanziell zu unterstützen.

17. Mai. Der Kaiser bestimmt, daß die bisher mit dem Auswärtigen Amte verbundne Kolonialabteilung nebst dem Oberkommando der Schutztruppen fortan eine besondre, dem Reichskanzler unmittelbar unterstellte Zentralbehörde unter der Benennung „Reichskolonialamt“ zu bilden hat.

22. Mai. Die Hauptversammlung der „Deutschen Kolonialgesellschaft“ wird in Worms vom Herzoge Johann Albrecht von Mecklenburg eröffnet, der in einer Ansprache zur Einigkeit mahnt und darin erinnert, daß die Gesellschaft mit politischen Vereinen nichts zu tun habe. Aus dem Geschäftsbericht ergibt sich, daß die Zahl der Mitglieder 32787 beträgt, 628 mehr als im Vorjahre. — Bezüglich der Haltung der Kolonialzeitung wird beschlossen: „Es ist erwünscht, daß das Vereinsorgan einen frischern, nationalen Zug erhält, der es geeignet macht, mehr als bisher der gesamten deutschen Presse Anregungen zu geben. Der Inhalt der Deutschen Kolonialzeitung muß sie geeignet machen, auch außerhalb der Kreise der Mitglieder der Gesellschaft gelesen zu werden.“ — Ferner erklärt die Versammlung, sie halte es für notwendig, „daß im Interesse des Reichs und der Kolonien der Eisenbahnbau in den Kolonien in größerm Umfange in Angriff genommen werde, und daß in erster

Reihe in Deutsch-Ostafrika Eisenbahnverbindungen von der Küste bis zu den drei großen Seen hergestellt werden". Auch wird für die Zukunft verlangt, „daß die Werbetätigkeit der Kolonialgesellschaft dadurch erhöht werde, daß mehr unentgeltliche öffentliche Vorträge über koloniale Fragen gehalten werden, als das bisher der Fall gewesen ist".

23. Mai. Die Versammlung faßt ferner folgende Beschlüsse:

1. Sie hält es für wünschenswert, daß das Gouvernement von Deutsch-Ostafrika Verordnungen erläßt oder Vorkehrungen trifft, durch die die kleinen deutschen Händler und Ansiedler mehr als bisher gegen die Inder geschützt, und daß für Deutsch-Ostafrika das deutsche Maß- und Gewichtssystem baldigst eingeführt werde. 2. Der Reichskanzler ist zu ersuchen, „den Ausbau des Hafens von Tanga in Ostafrika in einer den Erfordernissen des steigenden Verkehrs entsprechenden Weise baldigst ins Auge zu fassen und die Vorarbeiten für die auszuführenden Bauten so zu fördern, daß schon in den nächsten Reichsetat Mittel dafür eingestellt werden können". 3. Sie spricht den Wunsch aus, daß in den Schutzgebieten, insbesondre in Deutsch-Südwestafrika, auf die Reinhaltung der deutschen Schrift und Sprache mehr Sorgfalt verwandt werde, und ersucht die Regierung, auch ihrerseits, wie bisher, in geeigneter Weise dafür Sorge zu tragen. 4. Sie richtet an die beteiligten Regierungen das Ersuchen, zu veranlassen, daß an den deutschen Universitäten, Postakademien, technischen, landwirtschaftlichen und Handelshochschulen Vorlesungen über kolonialwirtschaftliche und kolonialwissenschaftliche Themata in größerm Umfange als bisher gehalten werden, und daß, wo es irgend angängig ist, koloniale Ferienkurse für Lehrer und Lehrerinnen eingerichtet werden; ferner, daß in dem Unterricht über Geographie und Völkerkunde in den Lehrerseminaren sowie in sämtlichen höhern, mittlern und Volksschulen einschließlich der technischen Fortbildungsanstalten mehr als bisher unsre überseeischen und kolonialen Interessen berücksichtigt werden; endlich, daß auch besondre Lehrstühle für Kolonialwissenschaft an den Universitäten angestrebt werden.

II.

Kamerun.

13. Mai. Die halbamtliche „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt: „Sowohl in der Budgetkommission als auch im Reichstage ist auf die Zustände in der Kolonie Kamerun hingewiesen und die Notwendigkeit der definitiven Regelung der seit über Jahresfrist kommissarisch verwalteten Gouverneurstelle betont worden. Diesem Wunsche ist inzwischen in zweifacher Richtung Rechnung getragen worden. Es ist zunächst unter Versetzung des bisherigen Gouverneurs v. Puttkamer in den einstweiligen Ruhestand der Wirkliche Legationsrat Dr. Seitz, bisher Dirigent der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes, zum Gouverneur von Kamerun bestellt worden. Er hatte bereits 1895—96 und 1898 die Geschäfte des Gouverneurs vertretungsweise geführt. Bei ihrem Vorschlage ist die Verwaltung von der Erwartung ausgegangen, daß der neue Gouverneur in der wirtschaftlichen Erschließung und der Befriedung des Schutzgebietes Ersprieß-

liches leisten und durch eine zielbewußte und sparsame, den jeweiligen zur Verfügung stehenden Mitteln Rechnung tragende Verwaltung die Hoffnungen rechtfertigen wird, die das deutsche Volk an dieses aussichtsreiche Schutzgebiet zu stellen berechtigt ist. Ebenso ist die Kolonialverwaltung mit Rücksicht auf die besondern Verhältnisse des Südbezirkes in Kamerun in Verhandlungen getreten, um die Wiederentsendung des Hauptmanns Dominik dorthin in die Wege zu leiten.

III.

Togo.

27. Januar. Eröffnung der 125 Kilometer langen Eisenbahnlinie Lome—Palime in Togo.

11. Februar. Der Gouverneur Graf Zech erläßt einen Runderlaß über „die Bestrafung der Straftaten der Eingeborenen".

Er macht darauf aufmerksam, daß, obwohl die Paragraphen des Reichsstrafgesetzbuchs nicht ohne weiteres auf die Eingebornen angewandt werden können, sie doch immerhin für die Bestrafung der Eingebornen Anhalt geben und die Bezirksämter und Stationen es sich angelegen sein lassen müssen, die in den deutschen Strafbestimmungen niedergelegten Rechtsanschauungen allmählich auch bei den Eingebornen großzuziehn. Bei der Festsetzung der Strafen aber soll berücksichtigt werden, daß den Eingebornen in vielen Fällen der nach dem deutschen Strafrecht erforderliche verbrecherische Wille fehlen wird, und daß deshalb auch keineswegs das in den deutschen Strafparagraphen festgesetzte hohe Strafmaß zur Anwendung kommen kann. Unter Berücksichtigung aller Tatbestandmomente soll die erkennende Behörde ein richtiges Strafmaß finden und durch richtige Strafen unter Schonung des Rechtsgefühls der Eingebornen allmählich zivilisierten Rechtsanschauungen bei den Eingebornen zum Siege verhelfen.

IV.

Südwestafrika.

Anfang Januar. Das Gouvernement stellt ein Programm über die Besiedlung der Kolonie auf:

Die wichtigste Aufgabe für die Verwaltung ist die Anziehung der deutschen Auswanderung nach der Kolonie, weitere Schaffung günstiger Lebensbedingungen, die die Natur versagt hat, so Wassererschließung und Verkehrswege. Direkt in die Besiedlungstätigkeit einzugreifen, kann nicht Sache der Verwaltung sein, sie muß sich darauf beschränken, Selbständigkeit und Selbsttätigkeit des Ansiedlers zu wecken und zu fördern. — Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Landesvermessung, denn sie ist die Voraussetzung einer zweckmäßigen Verfügung über das Land. Es darf kein Land verkauft werden, das nicht vermessen ist, weil sonst Unsicherheit der Eigentumsgrenzen entsteht. Die Tätigkeit der Landgesellschaften bedarf dringend einer erneuten Prüfung, sie bilden ein Hindernis der Besiedlungspolitik, da sie wertvolles Land brach liegen lassen und die Preise hochtreiben.

23. Februar. Amtliche Veröffentlichung des zwischen Oberstleutnant von Estorff und den Bondelswart-Hottentotten mit Zustimmung des Obersten v. Deimling abgeschlossenen Unterwerfungsabkommens vom 23. September 1906. Die Hauptbestimmungen lauten:

1. Die Bondelswart-Hottentotten unterwerfen sich der deutschen Regierung und erkennen deren Herrschaft an. Sie geben das Versprechen ab, fortan treue und gehorsame Untertanen zu sein; — 2. die Bondelswart-Hottentotten liefern alle Gewehre und die noch in ihren Händen befindliche Munition ab. In Zukunft dürfen sie weder Gewehre noch Munition führen. Zu Jagdzwecken können ihnen jedoch auf einige Tage von den Aufsichtsorganen einige Gewehre leihweise überlassen werden; — 3. die Bondelswarts erhalten zur Ansiedlung die Plätze Warmbad, Haib, Gobis Draihuk und Wortel. Die Bondelswarts sollen auf ihren Plätzen als freie Männer leben. Freie Bewegung innerhalb der Plätze ist ihnen gestattet; nach außerhalb dürfen sie nur mit Paß gehn. Von den ihnen überwiesnen Plätzen dürfen sie ohne Genehmigung weder etwas verkaufen noch verpachten; — 4. zum Lebensunterhalt erhalten die Bondelswarts 1500 Bockies (Ziegen und Schafe), hauptsächlich Muttervieh, das bei Gestellung von Zurückkehrenden entsprechend nachzuliefern ist. Der Kapitän der Bondelswarts erhält etwa 300 Stück Kleinvieh und ein Gespann Ochsen. Die 1500 Bockies bleiben Eigentum der Regierung; der Nachwuchs gehört den Bondelswarts.

(Das am 21. August 1890 mit den Bondelswarts getroffne Abkommen war nur ein Schutzvertrag, in dem der Volksstamm seine Unabhängigkeit fast ganz erhalten und nur die Schutzherrschaft des Kaisers anerkannt hatte.)

1. März. Für Südwestafrika tritt ein neuer Zolltarif in Kraft.

3. März. Der Kapitän der Franzmann-Hottentotten, Simon Copper, unterwirft sich und seinen Volksstamm gegen Zusage von Leben und Freiheit. (Er war früher an den verschiednen Aufständen der Khauashottentotten beteiligt und ein Bundesgenosse des Kapitäns Hendrik Witboi in seinen mehrmaligen Aufständen.)

6. März. Durch kaiserlichen Befehl wird der Kriegszustand über Südwestafrika zum 31. März aufgehoben und wird der Chef des Generalstabs der Armee von der ihm übertragnen Leitung der Operationen enthoben. Mit dem 1. April d. J. treten unter Aufhebung aller für die Dauer des Kriegszustandes ergangnen entgegenstehenden Erlasse die „organisatorischen Bestimmungen für die kaiserlichen Schutztruppen in Afrika“ mit bestimmten Einschränkungen wieder in Kraft.

Anfang April. Simon Copper hält sein Versprechen nicht, sondern kehrt mit seiner gesamten Werft in die Kalahari-Wüste zurück.

Neunter Abschnitt.

Auswärtige Angelegenheiten.

I.

Die deutsche Politik im allgemeinen.

17. Februar. Eine Reihe von deutschen Blättern bringt folgende unwidersprochen gebliebne Mitteilung:

In Erwiderung einer Anfrage, ob die Meldungen richtig seien, daß der Sieg der nationalen Parteien bei den Wahlen die deutsche Regierung ermutigen werde, eine aggressive auswärtige Politik einzuleiten, ließ Reichskanzler Fürst Bülow der „Publishers' Preß Association" in Newyork, einer Vereinigung von 530 amerikanischen Zeitungen, folgende Antwort zukommen: „Die Annahme, als bedeute der Ausfall der neuen Reichstagswahlen eine Wendung zu einer aggressiven Weltpolitik, ist gänzlich irrig. Wenn sich die Regierung mit derartigen Ansichten trüge, so hätte sie doch den Etat gleich entsprechend abändern müssen. Der Etat wird aber im wesentlichen unverändert vorgelegt. Der Kaiser ist nicht kriegerisch gesinnt, wie man im Auslande hier und da annimmt. Er hat selbst das Wort von der ›öden Weltpolitik, die überall dabei sein muß‹, gesprochen. Er hat seinen Willen noch immer im Sinne des Friedens geltend gemacht. Dem Reichskanzler Fürsten von Bülow kann man ebensowenig abenteuerliche Tendenzen nachsagen. Er hat während seiner ganzen Amtsführung in Wort und Tat gezeigt, daß ihm solche fern liegen. Man irrt sich sehr, wenn man die nationale Stimmung, aus der heraus der neue Reichstag gewählt ist, nicht für national, sondern für nationalistisch und chauvinistisch hält. Er ist gewählt gegen die antinationale Arroganz einer widernatürlichen Parteikonstellation. Diese Arroganz hat das nationale Empfinden des Volkes empört. Die Frage lautete: Behauptung oder Aufgabe der Kolonie Deutsch-Südwestafrika. Wenn man behaupten will, was man hat, so ist das kein aggressiver Imperialismus. Dieselbe Mehrheit, die Südwestafrika behaupten will, würde sich gegen phantastische Pläne aussprechen. Der Reichstag wird aber gar nicht dazu kommen, zu zeigen, daß er nicht chauvinistisch, sondern nur national ist, weil ihm kein Vorschlag im Sinne eines aggressiven und abenteuerlichen Imperialismus gemacht werden wird."

II.

Verhältnis zu Großbritannien.

8. Februar. Gegenüber der in einem Teile der britischen Presse laut gewordnen Meinung, daß der weitere Ausbau der deutschen Kriegsmarine infolge der Ergebnisse der deutschen Reichstagswahlen rascher vorwärts gehn und damit eine für den Weltfrieden bedrohliche Lage könne geschaffen werden, veröffentlicht der „Graphic" eine Unterredung eines englischen Journalisten mit dem Staatssekretär des Reichs-

marineamts v. Tirpitz, nach dem sich dieser wie folgt über die Lage ausgesprochen haben soll: „Ich kann mir nicht denken, daß das englische Volk im Ernst glaubt, das Reichsmarineamt bereite einen Angriffskrieg gegen England vor. Ich kann nur wiederholen, daß ich diese Beschuldigung für zu närrisch halte, als daß sie einer ausdrücklichen Widerlegung wert wäre. Wir haben zu der englischen Flotte immer nur emporgesehen, und als wir uns entschlossen, unsre eigne Marine zu verstärken, um in den Besitz einer unsrer Großmachtstellung würdigen, im Notfalle zur Verteidigung unsers überseeischen Handels und unsrer Kolonien ausreichenden Flotte zu gelangen, hat weder der Kaiser noch habe ich jemals auch nur im entferntesten einen Angriffskrieg im Auge gehabt. In der ganzen Welt gibt es doch keine einzige Frage, die den Grund zu einer Angriffsaktion speziell gegen England für uns abgeben könnte! Andernfalls hätten wir uns bewogen gesehen, 1906 eine Flottenvorlage von ganz anderm Umfange einzubringen. Daß Deutschland zu jenen Mächten gehört, die dem Abrüstungsgedanken einigermaßen skeptisch gegenüberstehn, kann niemand überraschen. Denn für eine Macht mit einer kleinen Flotte wie Deutschland ist eine Einschränkung der Rüstungen natürlich viel bedenklicher, als sie es etwa für England sein würde, dessen Marine der jeder andern Macht so außerordentlich überlegen ist. Wenn ferner über die enorme Vermehrung der Ausgaben für Marinezwecke geklagt wird, so sollte nicht vergessen werden, daß England diesen Weg zuerst eingeschlagen und dadurch die übrigen Mächte genötigt hat, ihm darauf zu folgen."

15. Februar. Auf einem Bankett der Handelskammer in Newcastle-on-Tyne hält der deutsche Botschafter Graf Wolff-Metternich eine Rede, in der er folgendes ausführt:

Ich betrachte es als eines der erfreulichsten Zeichen der Zeit, daß große Handels- und Industriezentren wie Newcastle in nicht mißzuverstehender Weise ihren festen Glauben an die Notwendigkeit guter und freundschaftlicher Beziehungen zu ihren Stammesverwandten jenseits der Nordsee zeigen. Sie werden sich des freundschaftlichen Geistes erinnern, von dem die großen und einflußreichen Versammlungen durchweht waren, die im letzten Sommer in den meisten größern Städten Deutschlands stattfanden. Da die Vertreter des Handels und der Industrie in beiden Ländern mehrfach den sehnlichsten Wunsch nach guten Beziehungen kundgegeben haben, so hat sich in mir die Überzeugung mehr und mehr befestigt, daß die wirtschaftliche Entwicklung in beiden Ländern nicht notwendig der gegenseitigen Freundschaft im Wege steht, oder mit andern Worten, daß der Wettbewerb auf dem Gebiete des Handels nicht die wesentliche Ursache einer etwa bestehenden Entfremdung ist. Sehr viel wird an dem Tage gewonnen sein, an dem die Irrlehre beseitigt ist, daß Handelsrivalität ein Hindernis für freundschaftliche Beziehungen zwischen verschiednen Ländern sei, zumal wenn der Nachweis der Täuschung von der Handelswelt selbst erfolgt.

8. April. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" sieht sich veranlaßt, sich wieder gegen die Verdächtigungen zu wenden, die andauernd von englischer Seite gegen Deutschland ins Werk gesetzt werden, insbesondre gegen den „Standard", demzufolge Deutschland sich zum Ziel gesetzt habe, mit Hilfe der Orientbank Persien wirtschaftlich zu unterjochen und gleichzeitig durch die Bagdadbahn die englische Stellung in Indien zu bedrohen.

17. April. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" bringt folgende Mitteilungen: Eine englische Anfrage des Herausgebers der Tribune Mr. Pryor ging dahin: Die Meldung der Pariser Temps, daß Deutschland sich weigern werde, die Haager Konferenz zu beschicken, wenn die britischen Vorschläge in der Rüstungsfrage erörtert würden, rufe sehr unfreundliche Kommentare in England hervor. Die Redaktion der Tribune bittet um die Erlaubnis, zu sagen, daß die Haltung der deutschen Regierung falsch dargestellt worden sei. Die telegraphische Anfrage schloß mit dem Wunsche, daß sich die Beziehungen zwischen Deutschland und Großbritannien fortdauernd verbessern möchten. Die Antwortdepesche des Staatssekretärs Tschirschky lautete: „Berlin, 30. März. An den Herausgeber der Tribune, London. Mit Dank für Ihr Telegramm ermächtige ich Sie, zu sagen, daß die Äußerung im Pariser Temps, daß Deutschland sich weigern werde, die Haager Konferenz zu beschicken, wenn England vorschlägt, die Rüstungsfrage zu erörtern, ohne Begründung ist. Ich hoffe, daß trotz aller Entstellungen der Haltung Deutschlands ein engeres Verhältnis zwischen Deutschland und Großbritannien Fortschritte machen wird."

In anscheinend halbamtlicher Weise wendet sich die „Kölnische Zeitung" gegen Betrachtungen, die in der Wiener „Neuen Freien Presse" über die bevorstehende Begegnung der Könige von England und Italien angestellt sind. In dem Wiener Blatte war gesagt:

Wer hätte nicht den Eindruck, daß hier vor der ganzen Welt ein diplomatisches Gefecht zwischen England und Deutschland stattfindet? Man glaubt förmlich Stoß und Gegenstoß zu sehen, Ausfall und Abwehr. Es klingt durch die Luft wie ein Aufeinanderschlagen von Rapieren. Noch handelt es sich um diplomatische Degen, um Waffen, die an goldgeschmücktem Gehänge zu Paradeuniformen getragen werden. Aber dem König von England ist es bei diesem Gefechte sehr ernst, und er scheut gar nicht mehr den Eindruck, überall dort mit dem ganzen Einfluß seiner Persönlichkeit hervorzutreten, wo es sich darum handelt, die Ziele der deutschen Regierung zu durchkreuzen. Überall wird bereits die bange Frage aufgeworfen: Was soll diese mit offner Rücksichtslosigkeit fortgesetzte politische Arbeit, die den Zweck hat, Deutschland gänzlich einzukreisen, es in einem Netz einzuschließen und gänzlich zu isolieren? Was sollen diese ewigen Reizungen, für die jeder sichtliche Anlaß fehlt, da niemand an den friedlichen Absichten der deutschen Politik zweifelt? Was die englische Diplomatie jetzt tut, kann nur zu einer Steigerung der Rüstungen, aber nicht zu einem Vertrag über die Abrüstung führen.

Die gegen diese Betrachtung gerichtete Auslassung in der „Köln. Zeitung“ lautet: Die Auslassungen des österreichischen Blattes sind ein neuer Beleg dafür, daß die vielen Kundgebungen, in deren Mittelpunkt König Eduard steht, und bei denen die Erhaltung des Weltfriedens für die Außenwelt das Stichwort ist, nicht geeignet sind, das Mißtrauen gegen solche Friedensveranstaltungen bei jenen Mächten zu verscheuchen, die zu ihnen nicht zugezogen werden. Wenn zwei Staaten, wie Österreich-Ungarn und Deutschland, ihre Friedensliebe länger als ein Menschenalter hindurch dadurch praktisch bekundet haben, daß sie jeder Versuchung, unter günstigen Umständen Krieg zu führen, aus dem Wege gegangen sind, so ist es verständlich, daß diese Art, herzliche Einvernehmen zur angeblichen Sicherung des Friedens ohne sie abzuschließen, bei ihnen den Verdacht erregt, es möge sich dabei viel mehr um eine Verschiebung des europäischen Gleichgewichts handeln, bei der ihre Wage bedenklich in die Höhe schnellt. Die Rückwirkung allein schon dient nicht dazu, das Vertrauen in die Friedenserhaltung zu festigen, denn sie wird zur Folge haben, daß jene Mächte ihre Rüstung verstärken, um für den Fall, daß die englische Allerweltsentente sich doch nicht um eitel Friedensliebe drehen sollte, gewappnet zu sein. Das sind durchaus logische Schlußfolgerungen aus ganz natürlichen Empfindungen, die noch verstärkt und gekräftigt werden, wenn dieses selbe Mächtesyndikat als Probe auf die allgemeine Friedfertigkeit die Abrüstung vorschlägt, die ihm die nicht im Syndikat einbegriffnen Staaten auf Gnade und Ungnade ausliefern würde. Noch ist Deutschland glücklicherweise dank seiner eignen Kraft in der Lage, leidenschaftslos jeder Möglichkeit mit kühler Berechnung entgegenzusehn, daß ein Krieg für jeden Gegner und für jede Koalition von Gegnern ein recht gefährliches Unternehmen wäre, und so lange Deutschland dafür sorgt, daß diese Rechnung richtig bleibt, werden solche Einkreisungsbestrebungen nicht in der Lage sein, die friedlichen Bahnen zu verlassen, in denen sie sich angeblich bewegen. Es gibt zweifellos Lagen, die angenehmer und vorteilhafter sind als die, in der Deutschland sich gegenwärtig befindet. Aber je ruhiger die öffentliche Meinung eine solche Lage auffaßt und beurteilt, um so ferner rückt die Gefahr, daß sie zu unserm Nachteil ausgebeutet wird. Daß aber die politische Vereinsamung schließlich nicht das größte Übel ist, hat Englands Beispiel vor nicht langer Zeit gelehrt. Die Zusammenkunft der Könige von Italien und England war übrigens schon vor vier Wochen in den englischen Hofnachrichten angekündigt. Man darf sich daher darauf verlassen, daß der deutschen Regierung aus ihrem Ergebnis keine Überraschung bereitet werden kann.

19. April. Der Stimmung in weiten Kreisen des gebildeten Bürgertums wird u. a. im „Berliner Reichsboten“ Ausdruck gegeben wie folgt:

Nach gelegentlichen Kundgebungen sogenannter „leitender“ Staatsmänner leben wir wieder einmal in der besten aller Welten, die Reibungen zwischen den Weltmächten sind nahezu ausgeglichen, und die Koalitionen der fremden Staaten sind als Unterpfand des ewigen Friedens gerade von Deutschland freudig zu begrüßen. Aus diesem idyllischen Stillleben werden wir plötzlich unsanft aufgerüttelt. Die seit Jahren mit unermüdlichem Eifer betriebne Minierarbeit gegen das Deutsche Reich, die bereits in Algeciras so unerfreulich in die Erscheinung trat und unsre Diplomatie völlig unvorbereitet fand, hat seit dem damaligen Echec der deutschen Politik an Intensität und Rücksichtslosigkeit nur noch gewonnen. Der Abrüstungsantrag Englands, die unverhüllten Versuche König Eduards, ganz Europa gegen Deutschland zusammenzuschmelzen, zeigen diese deutschfeindliche Richtung ebenso deutlich wie die der Algecirasakte direkt widersprechende Besetzung Udjdas durch Frankreich und die unmißverständlichen Kriegsdrohungen, in denen sich der französische Ministerpräsident Clemenceau und der Kriegsminister Picquart in der französischen Kammer ergangen hat. Kaum jemals hat ein großes, waffenmächtiges Volk solche Provokationen hingenommen, und es muß wiederum als ein höchst unerfreuliches Zeichen betrachtet werden, daß nach den Anrempelungen in der französischen Kammer die bekannten Beschwichtigungsräte ihren besänftigenden Einfluß auf die deutsche Presse mit Erfolg ausübten. So sieht die ganze übrige Welt hohnlachend zu, wie die leitenden Kreise des mächtigen Deutschen Reiches hinter dem Ausland herlaufen und gerade solchen Staaten ihre Gunst aufdrängen, die seit Jahren keine Gelegenheit unbenutzt gelassen haben, an Deutschland ihr Mütchen zu kühlen. Wohin steuern wir, was ist das Ziel?

In der halbamtlichen „Süddeutschen Reichskorrespondenz“ wird dagegen gesagt: „Deutschland kann durch Vorgänge, wie in Cartagena und Gaeta nicht geschwächt werden und ist nach der Mittelmeerfahrt König Eduards so wenig »isoliert« wie vorher.“

26. Mai. Ein englisches Komitee zum Studium der deutschen Städte trifft in München ein, wo der bayrische Ministerpräsident von Podewils in einer Ansprache betont, daß zwei Völker, die die Volkserziehung auf die Grundlage der Wahrheitsliebe, des Gerechtigkeitssinnes und der selbständigen Charakterentwicklung stellen, den weltgeschichtlichen Ruf hätten, nebeneinander weiterzukämpfen für die Fortschritte der sittlichen und materiellen Hebung der Menschheit. Der beste Weg zum Sichverstehen sei das gegenseitige Sichkennen.

27. Mai. Zur Erwiderung des im vorigen Jahre von deutschen Journalisten in England abgestatteten Besuches treffen englische Journalisten in Deutschland ein. Bei einem Festmahle in Bremen werden sie von Fitger, Chefredakteur der „Weserzeitung“, mit den Worten begrüßt: In ihrer innern und äußern Entwicklung seien die englischen Zeitungen denen aller andern Völker vorangegangen, sie

seien es gewesen, die sich als eine vollständige und unabhängige Großmacht bewiesen hätten; heute hätten auch die andern Länder ähnliche Blüten erzeugt, aber immer noch stehe die englische Presse mit ihrer Unabhängigkeit und Schnelligkeit auf der allerersten Stelle. Die Gefühle der Freundschaft für die englischen Kollegen würden alle Bremer Bürger mit ihm teilen. „Möge die englische Presse nur den Eindruck aus meinen Worten entnehmen, daß die Presse schon in der ersten deutschen Stadt, die Sie betreten haben, Ihnen einen warmen und herzlichen Ausdruck aufrichtiger Sympathie entgegengebracht hat". Chefredakteur Davidson-Glasgow führt in deutscher Sprache aus:

Er habe Grund, als erster der britischen Journalisten das Wort auf deutschem Boden zu ergreifen, denn er sei Vertreter einer Zeitung, die unter allen Umständen ihrer Deutschfreundlichkeit treu geblieben sei. Böse Leute gebe es überall, er könne sich aber rühmen, niemals das deutsche und britische Volk zu Zwistigkeiten gedrängt zu haben, wenn er auch dann und wann ein boshaftes Wort über die deutsche Weltpolitik geschrieben oder gedruckt habe. Ehrlich könne er aber beteuern, daß er jahrelang das Gute erstrebt habe. Er habe die Motive und Gründe der Deutschen seinen Lesern stets vom deutschen Gesichtspunkt gezeigt. Wenn die Interessen entgegengesetzte wären, so sei er selbstverständlich britisch, wie Deutsche deutsch seien. Aber trotz alledem habe er sich bemüht, die Freundschaft beider Nationen zu erhalten und sein Volk vor Mißverständnissen in deutschen Angelegenheiten zu bewahren.

28. Mai. Die englischen Redakteure besuchen Hamburg, wo die Versuche weiterer Anfreundung mit deutschen Redakteuren unter mancherlei Festlichkeiten fortgesetzt werden.

29. Mai. Solche Festlichkeiten wiederholen sich in Berlin, wo u. a. der Unterstaatssekretär v. Mühlberg von „dem Märchen der Beunruhigung und Bedrohung des Weltfriedens durch Deutschland" redet. Er sagt, mit Unrecht werde das deutsche Heer im Auslande mit mißtrauischen Augen angesehen, während die Kraft dieses Heeres doch niemals mißbraucht worden sei; auch sei es nicht wahr, daß unser Flottenprogramm verheimlicht werde; ein Vergleich mit dem Bestande der englischen Kriegsflotte lasse keinen Zweifel darüber, daß unsre Seestreitkräfte nur dem Schutze der Küsten und des Seehandels dienen. Das Reich bedürfe zu seiner Sicherheit kostspieliger Vorkehrungen, denn die Geschichte unsers Volkes habe uns furchtbare, unvergeßliche Lehren erteilt, da sei kein Volk in Europa, das unter den Tritten fremder Kriegsvölker so gelitten hätte wie das deutsche. Für ein solches Volk sei die Rüstung eine geschichtliche Notwendigkeit. Endlich möge das bedeutende Sinken der Auswanderungsziffer beweisen, „daß wir einer territorialen Expansion nicht bedürfen". — Der englische Botschafter in Berlin Sir Frank Lascelles hält eine Rede für ein besseres Verständnis zwischen beiden Völkern. Diese Ver-

hältnisse hätten sich zwar verbessert, aber die Mißverständnisse seien noch nicht aus der Welt geschafft.

30. Mai. Von dieser Rede sagt die „Nationalliberale Korrespondenz“:

Offen, fest und männlich, machte sie nicht nur einen für den Augenblick haftenden tiefen Eindruck auf die Anwesenden, sondern sie wird in ihrer würdigen, ungeschminkten Sprache auch ein bleibendes Dokument für die geschichtliche Notwendigkeit der Waffenbereitschaft Deutschlands bilden. Neidlos erkannte Unterstaatssekretär v. Mühlberg Englands Verdienste um Kultur und Zivilisation an. Hier berührte er Saiten, die sympathisch in England nachklingen und eine Harmonie mit dem gleichen, ernsten Streben Deutschlands erwecken müssen. Daß diese Auffassung sich zur Anerkennung in England durchringt, dazu kann die offenherzige Darlegung des Unterstaatssekretärs v. Mühlberg viel beitragen; denn gerade ein solcher Freimut findet bei dem historisch und realpolitisch geschulten Sinn der Engländer besseres Verständnis als manche überschwengliche Phrase von der nationalen Blutsverwandtschaft zwischen den anglo-germanischen Völkerstämmen.

31. Mai. In demselben Sinne bemerkt der Londoner „Morning Leader“ über die Rede v. Mühlbergs:

Ein vorzügliches Beruhigungsmittel gegen die wilden Alarmgerüchte, mit denen die gelbe Presse in England und Deutschland nervöse Patrioten zu schrecken liebt, ist die Rede, die Staatssekretär v. Mühlberg vorgestern gehalten hat. Um so bedauerlicher ist es, daß in den Kreisen, die deren Nutzanwendung am meisten benötigen, sich so wenig Raum zu ihrer Wiedergabe gefunden hat. Wir mögen mit den Zielen der deutschen auswärtigen Politik einverstanden sein oder nicht, aber gegen die freimütige Darlegung derselben durch Mühlberg läßt sich in keiner Weise etwas einwenden. Die hochherzige Würdigung, die Herr v. Mühlberg der britischen Kolonialpolitik und besonders Lord Cromer zuteil werden ließ, mag als Beweis für die Aufrichtigkeit aufgefaßt werden. Es mögen sich Leute finden, die dies nicht als volle Darlegung der deutschen Politik ansehen wollen, aber sicher ist es möglich, solche Meinungsverschiedenheiten mit Takt und Anstand zum Ausdruck zu bringen. Deutschland hat das Recht, seine eigne auswärtige Politik zu haben, selbst wenn diese von der unsrigen abweicht.

1. Juni. Die englischen Journalisten werden in Dresden von seiten der Stadt und in Pillnitz vom Könige Friedrich August mit großen Ehrungen empfangen.

2. Juni. Dasselbe vollzieht sich in München beim Prinzregenten, im Künstlerhause und im Rathause..

3. Juni. In Frankfurt a. M. bittet der Oberbürgermeister Adickes in einer Begrüßungsansprache die englischen Gäste, den auch in liberalen Kreisen verbreiteten Vorurteilen entgegenzutreten, daß man hier in Deutschland in einer Art von Tyrannei schmachte. Man erfreue sich großer geistiger Freiheit und habe in sozialer Beziehung große Fortschritte gemacht.

14. Juni. Auch der Lordmayor von London wird in Berlin glänzend empfangen, insbesondre durch Reden des Staatssekretärs Grafen Posadowsky und des Oberbürgermeisters Kirschner.

IV.

Beziehungen zu Dänemark.

11. Januar. Zwischen dem Deutschen Reiche und Dänemark wird ein Vertrag zur Beseitigung langjähriger Verstimmungen geschlossen.

Ihren Ursprung hatten diese Reibungen in Artikel 19 des Wiener Friedens vom 30. Oktober 1864. Dort ist den Bewohnern der von Dänemark an Preußen und Österreich gemeinsam abgetretnen Gebiete die Möglichkeit eingeräumt worden, sich die dänische Staatsangehörigkeit durch sogenannte Option unter gewissen Maßgaben zu erhalten. Die Verschiedenheit der Auslegung dieser Bestimmungen zwischen preußischen und dänischen Behörden führte zu dem unerwünschten Ergebnis der Entstehung der Kategorie der „staatenlosen" Optantenkinder, die von Preußen nicht als preußische, von Dänemark nicht als dänische Staatsangehörige anerkannt wurden. Eine weitere Quelle von Unzuträglichkeiten war die Schlußbestimmung von Artikel V des Prager Friedens zwischen Preußen und Österreich vom 23. August 1866, worin die Möglichkeit eines Plebiszits über die Wiedervereinigung der nördlichen Distrikte Schleswigs mit Dänemark offen gehalten worden war. Diese beiden Bestimmungen wurden benutzt, um in Nordschleswig fortdauernd Beunruhigung zu erhalten, wobei man vorgab, daß die zwischen Preußen und Österreich im Jahre 1878 getroffne Vereinbarung, durch die diese Bestimmung in Artikel V des Prager Friedens als aufgehoben erklärt wurde, für Dänemark keine bindende Wirkung haben könne.

In dem neuen Vertrage verpflichtet sich nun die preußische Regierung, den im preußischen Staatsgebiet wohnhaften staatenlosen Optantenkindern auf ihren Antrag beim Vorhandensein der allgemeinen gesetzlichen Voraussetzungen die preußische Staatsangehörigkeit zu verleihen, während die dänische Regierung den Optantenkindern, die nicht preußische Staatsangehörige werden, den Aufenthalt in Dänemark — wiederum beim Vorhandensein der allgemeinen gesetzlichen Voraussetzungen des dänischen Rechts — nicht verschränken wird. Die Lage der staatenlosen Optantenkinder ist bekanntlich in der Presse wie in den Parlamenten beider Länder vielfach erörtert worden. Infolge der Verschiedenheit der preußischen Auffassung, wonach sie als Kinder von Optanten Dänen sind, und der dänischen, die sie, weil außerhalb Dänemarks geboren, nicht als Dänen anerkennt, war die staatsrechtliche Stellung dieses Teiles der nordschleswigschen Bevölkerung in der Tat unsicher. Dänemark hat zwar durch das neue Staatsangehörigkeitsgesetz vom 19. März 1898 seine Anschauung dahin gemildert, daß die später gebornen Optantenkinder als

Dänen behandelt werden sollen; die ältern blieben aber nach wie vor in ihrer schiefen Stellung. In diese Verhältnisse bringt der neue Vertrag Klärung und Ordnung, wie es den beiderseitigen Interessen entspricht. Durch die Einleitung des Vertrages wird die Rechtsgiltigkeit des bestehenden Besitzstandes, der auf dem Wiener Frieden, dem Prager Frieden und der deutsch-österreichischen Vereinbarung von 1878 beruht, auch von Dänemark ohne Vorbehalt ausdrücklich anerkannt. Überdies aber machen beide Teile in der Erwartung, durch den Vertrag die in gewissen Bevölkerungskreisen insbesondre wegen ihrer Staatsangehörigkeitsverhältnisse herrschende Beunruhigung beseitigt zu sehen, sich anheischig, zu diesem Ziele in ihrem Staatsgebiet und im Rahmen der Landesgesetze in jeder Weise zu wirken.

Die Auswechslung der Ratifikationen dieses Vertrags und sodann die Veröffentlichung im „Reichsanzeiger" erfolgt in Berlin am 22 Januar 1907. - Nr 20. -

V.

Diplomatische Besuche.

1. April. Zusammenkunft des Reichskanzlers Fürsten v. Bülow mit dem italienischen Minister des Äußern, Tittoni, in Rapallo.

Anfang April. Der neue Gesandte Frankreichs in Berlin, Cambon, stellt sich dem Kaiser vor.

1. Mai. Der neue österreichisch-ungarische Minister des Äußern v. Ährenthal besucht den Kaiser und den Reichskanzler in Berlin.

VI.

Beziehungen zu Marokko.

22. Januar. Der Staatssekretär v. Tschirschky nimmt die Noten der französischen und der spanischen Regierung entgegen, in denen die Zurückziehung der Kriegsschiffe aus den marokkanischen Gewässern angezeigt wird. Er nimmt die Mitteilung mit dem Hinzufügen zur Kenntnis, die deutsche Regierung werde das ihrige tun, um die Einführung der Polizei zu beschleunigen.

21. März. Die „Grenzboten" bringen eine kritische Beleuchtung eines Artikels von Tardieu in der „Revue des deux mondes" über die Konferenz von Algeciras.

Der Grenzbotenartikel geht auf die Angaben Tardieus über das Aktenstück ein, das die Legende von der Isolierung Frankreichs aufgebracht haben soll. Danach wären die deutschen Botschafter in Wien, London, Rom, Petersburg und Washington am 12. März durch eine Berliner Zirkulardepesche beauftragt worden, ein Telegramm des deutschen Delegierten

v. Radowitz den Regierungen mitzuteilen, nach dem die Mehrheit der Delegierten auf die deutsche Seite getreten wäre, und fast alle Frankreich geraten hätten, die neutrale Polizei in Casablanca anzunehmen. Hierzu gibt das Leipziger Blatt nähere Mitteilung bezüglich der wichtigern Abschnitte der Arbeiten der Konferenz zu Algeciras und bemerkt: „Wir können uns nicht der Hoffnung hingeben, daß eine unbefangne, auch dem Widerpart in der Marokkofrage gerecht werdende Würdigung der Ereignisse in und um Algeciras Eingang in die französische Presse finde. Man darf schon zufrieden sein, wenn dieser Rückblick unsre eignen kritischen Landsleute davon abhält, einem mit dem Schein zuverlässiger Aktenkenntnis auftretenden französischen Beurteiler mehr Glauben zu schenken, als er nach dem Maße seines Übelwollens und seiner Wichtigtuerei verdient."

26. März. Der französische Geschäftsträger macht auf dem deutschen Auswärtigen Amte über Veranlassung und Zweck der zeitweiligen Besetzung von Udschda in Marokko Mitteilung, worauf der Staatssekretär v. Tschirschky erwidert, daß es sich um eine Angelegenheit handle, die zunächst lediglich Frankreich und Marokko angehe. Frankreich habe den Fall nach Maßgabe seiner Interessen zu beurteilen, es läge selbstverständlich im allgemeinen Interesse, Ausschreitungen gegenüber den Fremden in Marokko für die Zukunft vorzubeugen.

3. April. Die „Kölnische Zeitung" schreibt zu der „Times"-Meldung, Frankreich und Deutschland möchten sich offen über ihre Interessen in Marokko verständigen, daß gegen den Kern der Ausführungen, einer Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich, in Deutschland niemand, vermutlich auch nicht die deutsche Regierung Einspruch erheben wird:

Was die „Times" jetzt befürwortet und wir für empfehlenswert sowie notwendig halten, ist eben das, was Deutschland durch sein Eingreifen in die marokkanischen Angelegenheiten bezweckte, als England den Maghrab mit Übergehung der Interessen aller übrigen Mächte durch sein Abkommen mit Frankreich der Republik zur alleinigen Nutznießung ausliefern wollte. Eine offne Tür, ein freier Wettbewerb aller ist es, was Deutschland in Algerien erstrebt und erreicht hat. Daß die marokkanische Regierung Deutschland einen größern Einfluß einräumte, nachdem dieses in Wahrung seiner eignen Interessen und der aller beteiligten Mächte für die Integrität Marokkos eingetreten war, ist eine natürliche Folge der Verschiebung der Lage. Niemand wird Deutschland daraus einen Vorwurf machen können, daß es auf sein Wachsen stets im Sinne der Algeciras-Akte und im Interesse der Zivilisation gewirkt habe.

VII.

Beziehungen zu Nordamerika.

29. Januar. Ende der in Berlin stattgehabten Verhandlungen der deutschen und der amerikanischen Tarifkommissare. Sie bestanden hauptsächlich im Austausch von Mitteilungen über das handelspolitische System beider Länder und über dessen Ursachen.

Ein Handelsvertrag ist nicht vereinbart worden, weil die amerikanischen Unterhändler keine Vollmacht zum Abschluß eines solchen Vertrags besaßen. Jedoch hat man sich im Laufe der Verhandlungen über eine Grundlage verständigt, auf der eventuell mit Zustimmung des Reichstags und des Kongresses ein Handelsvertrag abgeschlossen werden könnte. Keine der beiden Regierungen hat sich gebunden; jedoch haben die Kommissare die Arbeiten so weit gefördert, daß, wenn die beiden Regierungen zu dem Entschluß gelangen sollten, einen Handelsvertrag abzuschließen, die nötigen Vorarbeiten dazu vorhanden sind. Die Mitglieder der amerikanischen und der deutschen Kommission sind überzeugt, daß, selbst wenn schließlich kein Handelsvertrag die Folge der Verhandlungen sein sollte, doch der Austausch der Ansichten und die gegenseitigen Mitteilungen von größtem Werte gewesen sind, um eine Fortdauer freundschaftlicher Handelsbeziehungen zwischen den beiden Nationen herbeiführen zu helfen.

23. Februar. Der erste Inhaber der sogenannten Rooseveltprofessur, der amerikanische Gelehrte Professor Burgeß, hält seine letzte Vorlesung in der Berliner Universität. In einer Rede bei einem von ihm gegebnen Mahle sagt er u. a.:

Ja, wir Deutsche und Amerikaner gehören zusammen als zwei große, kulturfähige, fortschreitende Nationen der Gegenwart und Zukunft. Wir haben dieselbe Gewissenhaftigkeit, denselben Gerechtigkeitssinn, den gleichen Geist der Selbstbeherrschung, denselben Idealismus mit dem gesund Praktischen verbunden, dieselbe herzliche Gegenseitigkeit und dieselbe jugendliche Frische und hoffnungsvolle Unternehmungskraft. Ich halte es für zweifellos, daß das Wohl der beiden Hemisphären in höherm Grade mit dem Schicksal unsrer beiden Nationen verbunden ist als mit allen andern, und ich halte es für das Heil der Welt unbedingt erforderlich, daß wir zusammen gehen und zusammen wirken. Und ich verspreche Ihnen den Rest meines Lebens, sei er kurz oder lang, zum großen Teil der Aufgabe zu widmen, uns immer freundlicher und innerlicher zu binden.

3. April. Bei einem Festmahle, das der Generalkonsul Bünz in Newyork den deutschen Delegierten für die Carnegiefeier gibt, legt der frühere Minister Möller dar, wie sehr den deutschen Kaufmann das zögernde Eingehn Amerikas auf die Wünsche bezüglich des Handelsvertrags verstimmen müsse, um so sehr, da dieser Kaufmann weniger die Beseitigung des Dingleytarifs als jene ungerechtfertigte Handhabung des Tarifs wünsche, die es ihm unmöglich mache, die Kosten seiner Exportware genau und somit reell zu berechnen.

Zehnter Abschnitt.

Veränderungen im höhern Beamtentum.

Im Januar. Der bisherige Gesandte in Guatemala, Freiherr v. Seefried auf Buttenheim, wird in den Ruhestand versetzt. Zu seinem Nachfolger wird Legationsrat Graf von Schwerin ernannt, der bisher Botschaftsrat in Wien war. Dieser wird in Wien durch

den ersten Sekretär bei der Gesandtschaft im Haag, Legationsrat Dr. Grafen Brockdorff-Rantzau, ersetzt. Die Stelle des Gesandten in Christiania, die Dr. Stuebel innehatte, wird dem bisherigen Gesandten in Rio de Janeiro, v. Treutler, übertragen. An dessen Stelle in Rio tritt der Gesandte in Santiago (Chile), v. Reichenau, der in der Person des ersten Sekretärs bei der Botschaft in Konstantinopel, Botschaftsrats Freiherrn von und zu Bodman, einen Nachfolger erhält.

Im März. Der Geheime Oberregierungsrat Dr. v. Sandt im Ministerium des Innern wird zum Regierungspräsidenten in Aachen ernannt. — Zum Oberpräsidenten der Provinz Schleswig-Holstein wird an Stelle des wegen Krankheit zurücktretenden v. Dewitz der Landrat a. D. Detlew v. Bülow auf Bossee im Kreise Rendsburg ernannt.

Im Mai. Im Kolonialamte wird der stellvertretende Kolonialdirektor Dernburg zum Staatssekretär, der bisherige Gouverneur von Südwestafrika, v. Lindequist, zum Unterstaatssekretär, zum Direktor des Kolonialamts wird der Geheime Oberfinanzrat Dr. Conze, zum Gouverneur von Südwestafrika wird der Geh. Legationsrat v. Schuckmann, der Vortragende Rat in der Reichskanzlei, Wirklicher Geh. Oberregierungsrat v. Loebell, wird zum Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei und der bisherige Abteilungsdirigent im Auswärtigen Amt, Wirklicher Geheimer Legationsrat Dr. v. Schwartzkoppen, wird zum Direktor im Auswärtigen Amt ernannt.

26. Juni. Der „Reichsanzeiger" gibt bekannt: Der Kaiser haben geruht, dem Staatssekretär des Innern, Staatsminister Dr. Grafen v. Posadowsky-Wehner die nachgesuchte Dienstentlassung zu erteilen und denselben von der allgemeinen Stellvertretung des Reichskanzlers zu entbinden sowie den Staatsminister Dr. v. Bethmann-Hollweg zum Staatssekretär des Innern zu ernennen. — Der „Staatsanzeiger" gibt bekannt: Der König haben geruht, dem Staatsminister Dr. Grafen v. Posadowsky-Wehner und dem Staatsminister und Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten Dr. v. Studt unter Belassung des Titels und Ranges eines Staatsministers die nachgesuchte Dienstentlassung zu erteilen und den letztern zugleich aus besonderm Allerhöchsten Vertrauen auf Lebenszeit in das Herrenhaus zu berufen, ferner den Staatsminister Dr. v. Bethmann-Hollweg unter Entbindung von der Verwaltung des Ministeriums des Innern zum Vizepräsidenten des Staatsministeriums, den bisherigen Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen, v. Moltke, zum Staatsminister und Minister des Innern und den bisherigen Unterstaatssekretär im Ministerium der öffentlichen Arbeiten,

Dr. Holle, zum Staatsminister und Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten zu ernennen.

27. Juni. Das Wolffsche Telegraphenbureau teilt mit: Wie wir hören, wird der Oberpräsident der Provinz Hessen-Nassau, v. Windheim, als Nachfolger des zum Staatsminister und Minister des Innern ernannten bisherigen Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen, v. Moltke, ferner Unterstaatssekretär im Staatsministerium Hengstenberg zum Oberpräsidenten von Hessen-Nassau und der Geheime Oberregierungsrat und Vortragende Rat in der Reichskanzlei Dr. v. Guenther zum Unterstaatssekretär im Staatsministerium ernannt werden.

28. Juni. Nach Mitteilung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" hat der Kaiser in einem Handschreiben an den Grafen Posadowsky vom 24. gesagt: „Ich kann es Mir nicht versagen, Ihnen für die treuen und erfolgreichen Dienste, die Sie mit unermüdlicher Hingebung an die Ihnen gestellten großen und schwierigen Aufgaben Mir und dem Vaterlande geleistet haben, Meinen wärmsten Dank noch besonders auszusprechen. Als Zeichen Meines unveränderten Wohlwollens verleihe Ich Ihnen Meine Büste in Marmor, die Ihnen zugehn wird." — In einem Handschreiben vom 24. aus Kiel an v. Studt habe der König gesagt: „Nachdem Ich Ihnen durch Erlaß vom heutigen Tage die nachgesuchte Dienstentlassung in Gnaden erteilt habe, drängt es Mich, Ihnen Meinen besten Dank für die treuen Dienste auszusprechen, die Sie in den langen Jahren Ihrer ehrenvollen Laufbahn Mir und dem Vaterlande geleistet haben. Um aber Ihre reichen Erfahrungen und Ihre staatsmännische Einsicht dem Staate auch ferner zu erhalten und Ihnen ein Zeichen Meines besondern Vertrauens zu geben, habe Ich Sie auf Lebenszeit in das Herrenhaus berufen."

Elfter Abschnitt.

Totenliste.

4. Februar. Der Wirkl. Geh. Oberregierungsrat Dr. Bödiker, 1884 bis 1897 Präsident des Reichsversicherungsamts, stirbt in Berlin.

14. Februar. Tod des Dr. Franz v. Rottenburg, Kurators der Universität Bonn, 1881 bis zum Rücktritt des Fürsten Bismarck Vorstandes der Reichskanzlei, 1890 bis 1895 Unterstaatssekretärs im Reichsamte des Innern, zu Bonn im 62. Jahre.

15. Februar. L. Brefeld, der im Mai 1901, nach dem Scheitern der Kanalvorlage, seine Entlassung von der seit Juni 1896 bekleideten Stelle eines preußischen Handelsministers nahm, stirbt 70 Jahre alt in Freiburg i. Br.

6. März. In Naumburg stirbt, 75 Jahre alt, der im Juni 1906 zurückgetretne Oberpräsident der preußischen Provinz Sachsen, der frühere Staatssekretär des Reichsamts des Innern und Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums, H. v. Boetticher.

19. März. General Bernhard v. Werder, der 1869 bis 1886 Militärbevollmächtigter in Petersburg, Generaladjutant der ersten beiden Kaiser, 1892 bis 1895 Botschafter in Petersburg, seit 1901 Chef des reitenden Feldjägerkorps war, stirbt in Berlin im 86. Jahre. In einem vom Armeeverordnungsblatte veröffentlichten Nachrufe des Kaisers heißt es von ihm: „Vier Königen von Preußen war er ein stets treuer, hingebender Diener!“

25. März. In Krefeld stirbt der Prinz von Arenberg, Zentrumsabgeordneter für Schleiden-Malmedy im Reichstag und für den ersten Wahlkreis des Bezirks Aachen im Abgeordnetenhause.

10. April. Tod des sozialdemokratischen Abgeordneten Auer, Mitglieds des Reichstags seit siebzehn Jahren.

24. Mai. Zu Freiburg i. Br. stirbt der frühere erste Kurator der neuen Universität zu Straßburg, Freiherr Franz v. Roggenbach, 1861 bis 1865 badischer Ministerpräsident, 82 Jahre alt, dessen Name aufs engste mit der nationalen Bewegung, namentlich in Baden, verknüpft war, und der 1863 durch R. v. Mohl als Bundestagsgesandten mutig für die kurhessische Verfassung und das Recht Schleswig-Holsteins auftrat, dessen Behandlung durch Preußen er jedoch nicht zu billigen vermochte. Er war Vertrauter des Kaisers Friedrich und 1871 bis 1873 Reichstagsabgeordneter.

31. Mai. In London stirbt im 87. Jahre der Politiker und Schriftsteller Karl Blind, der 1848 und 1849 in Baden eine politische Rolle gespielt hatte, namentlich Gesandter der von Struve geleiteten provisorischen Regierung in Paris gewesen war.

12. Juni. Der Bundesratsbevollmächtigte für das Fürstentum Waldeck und Pyrmont, Landesdirektor v. Saldern, stirbt in Arolsen.

Österreich-Ungarn.

A.

Österreich.

I.

Reichsrat.

1.

Änderung des Grundgesetzes über die Reichsvertretung.

10. Januar. Das Abgeordnetenhaus berät über den Gesetzentwurf wegen Einführung einer bestimmten, geschlossenen Zahl von Mitgliedern des Herrenhauses. Mehrere Redner sprechen sich für eine einschneidende Reform oder für Abschaffung des Herrenhauses aus. Ministerpräsident **v. Beck** spricht die Überzeugung aus, daß zukünftig beiden Häusern eine bestimmte, klar umschriebne politische Funktion zugewiesen und hiermit auch deren politisches Ansehen wesentlich erhöht werde, sodaß sie sich mehr als bisher im Einklange mit den Grundlagen des Konstitutionalismus befinden würden. — Die Vorlage wird angenommen.

21. Januar. Im Herrenhause legt **Fürst Schwarzenberg** seinen ablehnenden Standpunkt gegenüber dem allgemeinen Wahlrechte dar, indem er betont, daß ein demokratisches Parlament mit dem Prinzip der Monarchie unvereinbar sei. Der Ministerpräsident **v. Beck** verweist auf die wertvollen Wirkungen, die die Wahlreform, noch ehe sie Gesetz geworden, erzielt habe, und insbesondre auf die glückliche Lösung der schwierigsten und heikelsten Streitfragen bei den Verhandlungen über die Wahlreform und auf die Beseitigung der Obstruktion. Er erklärt ferner, er schöpfe gegenüber den geäußerten Besorgnissen bezüglich des Vordringens des Radikalismus Beruhigung aus der Tatsache, daß in den Massen ein stark konservativer Sinn lebe, daß insbesondre die Landbevölkerung mit ihrer Liebe zur Scholle und mit ihrem zähen Festhalten an den überlieferten Vorstellungen eine starke Wehr gegen umstürzende Bestrebungen bilden werde. Er spricht sodann die feste Überzeugung aus, daß das auf dem Grundsatze der Rechtsgleichheit aufgebaute, das Volk als Einheit darstellende Abgeordnetenhaus zusammen mit dem neugekräftigten Herrenhause der Regierung eine feste Stütze und einen sichern Rückhalt bieten werde, nicht nur für die ernsten Bemühungen, mit Ungarn in Freundschaft und in Frieden zu einer

dauerhaften, alle zwischen beiden Staaten schwebenden Fragen umfassenden, gutgefügten Verständigung zu gelangen, sondern auch für den gewiß beklagenswerten Fall, daß Österreich genötigt sein sollte, selbstbestimmend sein Schicksal zu gestalten. — Sodann nimmt das Herrenhaus in allen Lesungen die Abänderung des Grundgesetzes über die Reichsvertretung unverändert an, womit die Wahlreform vollständig erledigt ist.

2.

Rekrutierungsgesetz.

25. Januar. Das Abgeordnetenhaus berät eine Vorlage, in der für 1907 dasselbe Rekrutenkontingent wie im Vorjahre gefordert wird; hinzugefügt ist besonders, daß dem Hause demnächst eine Vorlage betreffend das Rekrutenkontingent für 1908 werde unterbreitet werden.

Im Laufe der Beratung spricht der Landesverteidigungsminister Latscher von Lauendorf seine Entrüstung über die vom Präsidenten schon zurückgewiesnen Äußerungen Steins aus, worin dieser den Erzherzog Franz Ferdinand der Verwendung von Mannschaften zu Privatzwecken zieh. Der Minister teilt ferner mit, daß die Duelle und Soldatenmißhandlungen eine fallende Tendenz aufweisen und eine Reform des ehrenrätlichen Verfahrens im Zuge sei. Das Reichskriegsministerium werde über die volle quotenmäßige Beteiligung der österreichischen Reichshälfte an den Heereslieferungen industrieller, gewerblicher und landwirtschaftlicher Art nächstens neue Verhandlungen mit den beiderseitigen Regierungen einleiten müssen. Die endgiltige gesetzliche Regelung werde erst durch das neue Wehrgesetz möglich, wenn die schon unabweislich notwendige Erhöhung des Rekrutenkontingents Gesetzeskraft erlangt haben werde.

Die Vorlage wird genehmigt.

3.

Aufbesserung der Staatsbediensteten.

9. Januar. Im Abgeordnetenhause bringt der Finanzminister zwei Gesetzentwürfe zugunsten der Staatsbediensteten ein. Der erste verlangt einen Kredit von 20 Millionen Kronen für einmalige Zuwendungen im Jahre 1907, der zweite einen Mehraufwand von $15^1/_2$ und 13 Millionen Kronen für endgiltige Maßnahmen zur Besserstellung verschiedner Beamtenklassen mit Wirksamkeit vom Jahre 1908 an.

22. Januar. Die Gesetze betreffend Aufbesserung der Bezüge der Staatsbeamten und des Lehrerpersonals in staatlichen Schulen werden in allen Lesungen unverändert vom Abgeordnetenhause angenommen.

24. Januar. Vom Herrenhause wird das Gesetz über die Bezüge der Staatsbeamten angenommen, nachdem Graf Auersperg und Traun sich gegen das Protektionswesen gewandt hatten, das namentlich in letzter Zeit bei Beförderungen in Stellungen der Wiener Zentralverwaltung sowie bei der Berufung von Beamten in solche Stellungen Platz gegriffen habe. — Das Gesetz wegen Regelung der Gehälter für das staatliche Lehrpersonal wird angenommen mit einer Aufforderung an die Regierung, mit Rücksicht auf die Teuerungsverhältnisse schnellstens für entsprechende Aufbesserung der Bezüge der Offiziere und Beamten in der gemeinsamen Armee und der Landwehr zu sorgen.

4.

Preissteigerung der Waren.

28. Januar. Im Abgeordnetenhause stellt in Beantwortung einer Anfrage der Ministerpräsident **v. Beck** fest, daß der Preissteigerung für viele Waren erfreulicherweise eine Besserung der Erwerbsverhältnisse gegenüberstehe. Die Regierung verabsäume es nicht, den einzelnen Ursachen der Teuerung entgegenzuwirken, und er weist auf die eingetretnen Frachtermäßigungen für die Zufuhr von Schlachtvieh und Fleisch sowie auf das in der letzten Zeit eingetretne merkliche Sinken der Viehpreise hin. Er kündigt ein Gesetz betreffend die Reform der Hauszinssteuer an und erklärt bezüglich des Kartellwesens, die Regierung habe schon vor Jahren die Notwendigkeit der Regelung des Kartellwesens erkannt, die nicht ohne Rücksicht auf die Verhältnisse der ausländischen Industrie und Produktion und nicht ohne Förderung der zweckentsprechenden Organisationen der Produktionszweige erfolgen dürfe. Die Regierung werde, da dieses Ziel nur schrittweise zu erreichen sei, nebenher die zweckdienlichen Maßnahmen aufmerksam erwägen.

II.

Parteibewegung.

14. Januar. Der „Deutsche Volkstag", an dem die Minister Derschatta und Prade teilnehmen, beschließt in Leoben folgendes:

Der alpenländische deutsche Volkstag in Leoben richtet an alle deutsch und freiheitlich gesinnten Bewohner der Alpenländer die Aufforderung, mit aller Tatkraft und Opferwilligkeit in den Wahlkampf auf dem Boden des allgemeinen Wahlrechts einzutreten. Die Versammlung spricht ihre Überzeugung aus, daß sowohl den Interessen des deutschen Volkes in Österreich als den wirtschaftlichen Interessen der deutschen Alpenländer nur durch eine große, alle deutsch und freiheitlich gesinnten Abgeordneten

umfassende Parteigruppierung gedient wird. Von den Abgeordneten aber erwartet die Versammlung, daß sie im neuen Parlament eintreten werden für die bürgerliche Freiheit, für die wirtschaftliche Wohlfahrt und kulturelle Entwicklung unsers Volkes, und daß sie in allem und jedem die deutsche Gemeinbürgschaft treu bewahren werden.

23. Januar. Nachdem die ruthenischen Studenten bei der Immatrikulation an der Universität Lemberg sich geweigert haben, das Gelöbnis in polnischer Sprache zu leisten, begehn sie die gröbsten Ausschreitungen.

28. Januar. Nach Schluß der Tagung des Reichsrats erläßt die Regierung eine Kundgebung, in der sie die Verantwortung dafür ablehnt, wenn das Parlament auch in Zukunft nicht arbeitsfähig sein wird. Sie will sich der Öffentlichkeit als frei von Schuld in der Sache hinstellen, falls der Versuch nicht glücken sollte, und das allgemeine Wahlrecht nur weiter an der Untergrabung aller Fundamente des Kaiserstaates arbeitet.

30. Januar. Die Genehmigung des Wahlreformgesetzes wird von der Regierung im nichtamtlichen Teile der „Wiener Zeitung" mit einer Ansprache an die Wähler begleitet, in der sie auf die besondre Bedeutung der kommenden Wahlen aufmerksam macht und ausführt:

Mögen die Wähler eingedenk sein, daß heute die wirtschaftliche Wohlfahrt und die soziale Fürsorge den eigentlichen Kern der Politik bilden müssen. Immer mehr werden die Beziehungen der Völker zueinander durch den Handel und die wirtschaftlichen Fragen bestimmt, immer mehr tritt die wirtschaftliche Interessenpolitik in den Vordergrund. Hinter dieser Entwicklung dürfen wir nicht zurückbleiben. Die reichen Naturschätze Österreichs sind noch nicht nutzbar gemacht, unsre Landwirtschaft will sich gegen den mächtigen Wettbewerb behaupten, unsre erstarkende Industrie fördert ihren Anteil an dem glänzenden Aufschwunge der Weltwirtschaft, unser hochentwickeltes Gewerbe will sich die Grundlage eines ehrenvolles Bestandes sichern. Die Entfaltung einer von einheitlichem Geiste geleiteten Wirtschafts- und Sozialpolitik wird darum zu der obersten Aufgabe des kommenden Reichsrats gehören. Diese Aufgabe verlangt Männer, die ihr mit Eifer dienen wollen, mit Sachkunde dienen können. Sie fordert Männer von besonnener und gerechter Denkungsart, die bei aller Liebe zum eignen Volksstamme gewillt sind, an der Herstellung des nationalen Friedenszustandes mitzuwirken, der alle Kräfte unsers reichgesegneten Vaterlandes erst völlig freimachen würde. Die Beratung der Wahlreform zeitigte bereits erfreuliche Ansätze der Ausgleichung; sie werden weiter verfolgt.

3. Februar. Auf einem zahlreich besuchten deutschfortschrittlichen Parteitage in Brünn betont der Vorsitzende, die nächste Wahlparole müsse sein: „eine einzige große deutsche Partei im neuen Parlament". Abgeordneter Groß tritt ebenfalls dafür ein und erklärt, die drei Vertreter der deutsch-freiheitlichen Parteien, die dem gegenwärtigen Kabinett angehören, könnten nur dann Einfluß haben, wenn sie von den deutsch-freiheitlichen Parteien unterstützt

würden. Die bürgerlichen Parteien müßten gegen die Sozialdemokraten geschlossen vorgehn wie in Deutschland. Redner sagt in seinem Vortrage u. a.:

Die Hauptgefahr der Sozialdemokratie liegt in ihrem internationalen Charakter. Die Abwehr der sozialdemokratischen Gefahr wird nur möglich sein, wenn die bürgerlichen Parteien im Wahlkampfe gegen die Sozialdemokratie unbedingt zusammenstehen. Wir müssen uns auch davor hüten, daß die notwendigen, so dankenswerten Bestrebungen zur Besserung der Lage der untern Klassen von der Sozialdemokratie für ihre Zwecke ausgebeutet werden. Auf diese Weise hat sich in der letzten Zeit gerade unter den Besten und Gebildeten unsers Volkes eine Salon-Sozialdemokratie gebildet, die in der edeln Absicht, das Los der wirschaftlich Schwachen zu bessern, der sozialdemokratischen Agitation unbewußt in die Hände arbeitet. Trotz der Stärke der Sozialdemokratie dürfen wir nach den Erfahrungen der letzten Landtagswahlen mit einer gewissen Zuversicht in den Kampf eintreten. Wir dürfen dies um so mehr nach dem Ausgange der großen Wahlschlacht, die in der vorigen Woche im Deutschen Reiche geschlagen wurde. Die Wahlen vom 25. Januar haben bewiesen, daß im deutschen Volke noch wahrhaft nationaler Sinn liegt, und es wäre traurig, wenn die Deutschen innerhalb der schwarzgelben Grenzpfähle nicht ebensoviel Volksbewußtsein hätten als ihre glücklicheren Stammesgenossen im Reiche.

10. Februar. Der deutsche Landsmannminister Prade erstattet in Reichenberg vor seinen Wählern einen Rechenschaftsbericht, in dem er sich mit der deutsch-tschechischen Verständigung und mit dem Ausgleich mit Ungarn beschäftigt. Zur Wahrung der wirtschaftlichen und nationalen Interessen der Deutschen erklärt der Minister die nationale Zweiteilung Böhmens für unerläßlich. Bezüglich Ungarns führt er aus, dem unsichern Zustande, der hinsichtlich sämtlicher Ausgleichsangelegenheiten zwischen beiden Teilen der Monarchie bestehe, müsse ein Ausgleich folgen, der eine dauernde, von störenden Einflüssen freie Sicherung der wirtschaftlichen Interessen Österreichs innerhalb eines einheitlichen Zollgebietes gewährleistet. Einer Ordnung der Dinge, die diesem Grundsatze widerspricht, sei die Trennung vorzuziehen. Die Versammlung nimmt den Bericht des Ministers mit stürmischen Kundgebungen auf und faßt den Beschluß, Prade neuerdings das Mandat für den Reichsrat anzubieten unter Hinweis auf die Notwendigkeit des Zusammenschlusses sämtlicher nationaler deutscher freiheitlicher Parteien und mit der Aufforderung an den deutschen Minister, jederzeit mit aller Energie für die deutschen Interessen einzutreten.

14. Februar. Die Egerer Stadtvertretung sowie die Bevölkerung von Eger und des Egerlandes richten an die Rgierung eine mit vielen tausenden Unterschriften versehene Denkschrift mit einer Rechtsverwahrung gegen die jüngsten tschechischen Gerichtsverhandlungen in Eger.

Die Denkschrift betont, daß der rein deutsche Charakter des Egerlandes wiederholt auch durch Herrscher aus dem Hause Habsburg verbrieft wurde, und daß die Pragmatische Sanktion gleichfalls das Egerland als ein von Böhmen unabhängiges Gebiet mit sprachlichen Sonderrechten anerkenne. Im Egerlande sei ausschließlich die deutsche Sprache die innere und äußere Amtssprache aller öffentlichen Ämter. Aber auch auf Grund einer Entscheidung des obersten Gerichtshofes aus der jüngsten Zeit sei beim Egerer Kreisgerichte der Gebrauch einer andern als der deutschen Sprache unbedingt unzulässig. Schließlich wird die Regierung aufgefordert, die Anwendung der tschechischen Sprache bei den Egerer Behörden zu untersagen.

18. Februar. Der Jungtschechenführer Kramař sagt in einer Rede zu Deutschbrod u. a.:

Er sei stets gegen die vollständige Trennung beider Reichshälften gewesen wegen der Gefahr für den Bestand und der Selbständigkeit der Monarchie, aber auch das tschechische Volk könne nicht alles von den Ungarn vertragen. Gegen die Ungarn gebe es nur die Politik der absoluten Rücksichtslosigkeit. Die Tschechen hätten in den Ungarn lange ihren natürlichen Verbündeten gegen den „Pangermanismus" gesehen, aber die Magyaren wollten die Gefahr nicht sehen, und dann hätten sie die Slawen zu Hause so behandelt, daß wärmere Gefühle für sie unmöglich seien. Deswegen müssen wir vor allem unsre wirtschaftlichen Interessen wahrnehmen, aber auch nicht außer acht lassen, daß die vollständige Trennung Wasser auf die Mühle der großdeutschen Bewegung ist. Jetzt sei übrigens furchtlose Entschiedenheit die beste Waffe gegen die Trennung.

3. März. Der österreichische Nationalitätenstreit tritt bezüglich der Universität zu Lemberg hervor. Nachdem dort im Januar ruthenische Studenten eine Kundgebung veranstaltet hatten, findet in Lemberg eine große polnische Protestversammlung gegen die milde Behandlung jener Studenten statt. Hundert Professoren der Lemberger Universität veröffentlichen eine Erklärung, worin sie sich nachdrücklich gegen die Zweisprachigkeit der Lemberger Universität aussprechen. Die polnische Nation habe sich diesen Mittelpunkt wissenschaftlicher Forschungen durch ihre eigne Kraft, Kultur und wissenschaftliche Arbeit geschaffen. Für die Unterrichtsbedürfnisse der ruthenischen Nation habe die kaiserliche Entschließung vom 4. Juli 1871 die Errichtung ruthenischer Lehrkanzeln und die Anwendung der ruthenischen Verkehrsprache, insoweit dies ohne Antastung des Grundsatzes der polnischen Amtssprache möglich sei, vorgesehen. Bedingungen für ein einträchtiges Zusammenwirken beider Nationalitäten seien nicht vorhanden. — Die polnischen Studenten fordern die ruthenischen Studenten, die am Universitätssturm vom 23. Januar teilgenommen haben, auf, die Universität zu verlassen. Da sich ein Teil weigert, entsteht ein Handgemenge. Danach erklären die ruthenischen Studenten die polnischen Mitglieder des akademischen Senats für die geistigen Urheber der Kundgebungen, gegen die daher eine Untersuchung stattfinden müsse.

Ende März. Die böhmischen Bischöfe erklären in einem Hirtenbriefe zu den Reichsratswahlen:

Wir schätzen die politische Freiheit eines jeden Staatsbürgers. Die Politik ist an und für sich kein kirchliches Fach, aber sie greift oft in kirchliche Angelegenheiten ein, und deshalb müssen die Bischöfe in die Wahlen eingreifen; im Reichsrate werden nicht nur die sogenannten bürgerlichen, sondern auch kirchliche Angelegenheiten, wie z. B. das Eherecht und die Schulreform behandelt werden, und da ist es notwendig, daß dabei katholisch gesinnte Männer zugegen sind. Deshalb sei der Kandidat zu befragen, wie er sich zu den Fragen des Eherechts, der Schul- und Sozialreform verhalte, und wie er sich zu dem Kampfe wider die Kirche und das Vaterland stelle. Nur jene, die darauf eine befriedigende Antwort zu erteilen vermögen, seien zu wählen.

4. April. Der freialldeutsche „Deutschnationale Verein für Österreich" veranstaltet in Wien eine Bismarckfeier.

III.

Der Kaiser.

11. April. Der Kaiser versichert in einem Telegramme dem Könige Karl von Rumänien als seinem treuen langjährigen Freunde, daß er während der letzten schmerzlichen Ereignisse fortwährend im Geiste bei dem Könige geweilt habe. Er beglückwünscht den König zu den weisen, energischen Maßregeln, zur Unterdrückung der Unruhen und Wiederherstellung der Ruhe und er erkennt besonders das ausgezeichnete Verhalten und den Mut der Truppen an. König Karl dankt für das unschätzbare Zeichen der Freundschaft, das für ihn ein großer Trost, und für das Lob der Armee, worauf er stolz sei. Er hoffe, daß die moralischen und materiellen Wunden Rumäniens bald geheilt werden möchten, und sehe der Zukunft mit Vertrauen entgegen.

15. April. Einzug des Kaisers in Prag, wo er den Dank für die Begrüßung mit den Worten schließt: „Möge auch hier der Friede und die Eintracht beider mein geliebtes Königreich Böhmen bewohnenden Stämme, begründet auf der Achtung vor dem Rechte und der Wertschätzung der Vorzüge des andern, den Ausgangspunkt einer glücklichen Zukunft bilden."

29. April. Bei seinem Abschiede von Prag erläßt der Kaiser an den Statthalter Grafen Coudenhove ein Handschreiben, in dem er der vielen Kundgebungen loyaler Gesinnung der beiden Nationalitäten in tiefer Rührung gedenkt und die Genugtuung über den allgemeinen Aufschwung und seine Freude über das Aufblühen der Stadt Prag ausdrückt. Das Schreiben fährt dann fort: „Nun

aber glaube ich die Stunde gekommen, wo die beiden Volksstämme, in ihrer nationalen Kraft und Eigenart erstarkt, sich ohne Rückhalt die Hand zur Verständigung reichen und dann ohne Sorge um die Bewahrung ihres Volkstums in gemeinschaftlichem Wirken und Schaffen vorgehn können. Mit der Durchführung der staatsbürgerlichen Gleichheit auf dem Gebiete des Wahlrechts ist unter erfolgreicher Mitwirkung einer von mir aus Vertretern verschiedner Nationalitäten berufnen Regierung zugleich auch das verheißungsvolle Werk der Ausgleichung der nationalen Gegensätze begonnen worden, das mit aller Kraft gefördert und über alle Hindernisse hinweg der Vollendung zugeführt werden muß. Auch diese Mauern, die die Völker noch trennen und die volle Entfaltung ihrer reichen natürlichen Anlagen wie auch der Macht des Staates hemmen, fallen zu sehen, wäre mein höchster Wunsch. Ich würde es als mein größtes Glück betrachten, wenn ich, der ich alle Leiden des Kampfes mitgefühlt habe, nun auch die Freude des nationalen Friedens mitempfinden könnte."

IV.

Neuwahlen zum Abgeordnetenhause.

14. Mai. Zum erstenmal finden in Österreich die Wahlen zum Abgeordnetenhause des Reichsrats nach dem allgemeinen gleichen Wahlrechte statt. Es werden gewählt: 82 Sozialdemokraten, 66 Christlichsoziale, 24 Deutschfreisinnige, 25 Deutsche Volkspartei, 18 deutsche Agrarier, 14 Freialldeutsche, 4 Alldeutsche, 1 Deutschradikaler, 83 Tschechen verschiedner Richtung, 26 Slowenen, 9 Kroaten, 2 Serben, 1 Pole, 5 Ruthenen, 14 Italiener, 5 Rumänen. Die Stichwahlen bringen noch keine Übersicht.

Ende Mai. Dazu werden in Galizien noch 65 Abgeordnete gewählt.

V.

Der neue Reichsrat.

4. Juni. Angesichts der Aussichtslosigkeit, alle deutschfreiheitlichen Abgeordneten in einem einheitlichen Parteiverbande zusammenzufassen, beschließen die Deutsche Volkspartei und die Deutsche Agrarpartei, sich zu einem Deutschnationalen Verbande zu vereinigen, der fünfzig Mitglieder zählt. Die provisorische Leitung des Verbandes übernehmen Chiari und Sylvester von der Deutschen Volkspartei, Peschka und Waldner von der Deutschen Agrarpartei. — Die Altklerikalen schließen sich dem christlich-sozialen Verbande an.

15. Juni. In das Herrenhaus werden dreißig lebenslängliche und achtzehn erbliche Mitglieder berufen.

Unter den lebenslänglichen Mitgliedern befinden sich Ministerpräsident v. Beck, die Minister Graf Auersperg, v. Bienerth und Marchet, die ehemaligen Minister Baernreither, v. Jedrzejowicz, Pientak, von den böhmischen Landtagsabgeordneten der Deutsche Eppinger und die Tschechen Adamek und Skarda, von frühern Reichsratsabgeordneten v. Grabmayr, Kathrein, v. Mettal, Ruß, Fürst Friedrich Schwarzenberg, Freiherr v. Schwegel, v. Skene, Graf Stuergkh, Graf Sylva-Taronca, der Rektor der tschechischen Universität Prag Hlava, der Rektor der Universität Krakau Morawski.

19. Juni. Der neue Reichsrat wird vom Kaiser mit einer Thronrede etwa folgenden Inhalts eröffnet:

Die Wahlreform, die durch Beseitigung jeglichen Vorrechts im Wahlrecht alle Staatsbürger mündig gesprochen und jedem den gleichen Einfluß auf die öffentlichen Angelegenheiten eingeräumt hat, ist gegründet auf das Vertrauen, das ich in die Staatstreue meiner Völker setze. Es wird die besondre Aufgabe des neugewählten Abgeordnetenhauses sein, dieses Vertrauen zu rechtfertigen und zu erweisen, daß die umfassende Erweiterung der politischen Rechtsgrundlagen Hand in Hand geht mit einer Zusammenfassung und Steigerung der politischen Kräfte des Staates; denn das Recht der Mitbestimmung begründet die Pflicht der Mitverantwortung für das Schicksal des Ganzen. Darum erwarte ich, daß die aus dem allgemeinen Stimmrecht hervorgegangne Volksvertretung, erfüllt von dem Bewußtsein ihrer Pflichten gegen den Staat, bereit sein wird, mit meiner Regierung für die Befriedigung der staatlichen Lebensbedürfnisse zu sorgen und fruchtbringende Arbeit zum Besten des Vaterlandes zu leisten. Ebenso erwarte ich, daß das Herrenhaus, für dessen hohe Bedeutung durch wichtige Gesetzesbestimmungen eine neue Gewähr geschaffen wurde, seinen rühmlichen Überlieferungen getreu, wie bisher, so auch in Zukunft eine Stätte gerechter Einsicht bleiben werde. — Die Thronrede betont vor allem die Notwendigkeit eines Wiederauflebens des parlamentarischen Budgetbewilligungs- und Kontrollrechtes durch rechtzeitige Erledigung des Voranschlages und Anpassung der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses an die seit ihrer Schaffung vielfach geänderten Verhältnisse. Die Regierung werde Anträge unterbreiten, die darauf abzielen, bei parlamentarischen Verhandlungen Freiheit mit Ordnung zu paaren, die Arbeiten zu beschleunigen und so der Tätigkeit der Gesetzgebung Erfolg zu sichern. — Die Thronrede fährt hierauf fort: Die volle Entfaltung der reichen Begabungen meiner Völker wird gehemmt durch nationale Gegensätze, die seit langem das öffentliche Leben erfüllen. Den stärksten Ausdruck finden diese in der Sprachenfrage, deren dauernde Ordnung bisher noch nicht gelungen ist. Gleichwohl darf die österreichische Staatskunst daran nicht erlahmen, sie muß vielmehr die stete Umgestaltung der nationalen Kräfte in Staatskräfte als Ziel im Auge behalten. Die Lösung kann aber nur gefunden werden durch den redlichen Willen aller Beteiligten, sich im Rahmen der Staatsgrundgesetze und der staatlichen Bedürfnisse zu verstehn und zu verständigen, sowie durch wechselseitiges Entgegenkommen, das in der neugeschaffnen politischen Rechtsgleichheit eine günstige Voraussetzung findet. Eine solche Lösung würde zugleich ein ungestörtes Zusammenwirken der Parteien an den gemeinsamen staatlichen Aufgaben und die notwendige Einheit der staatlichen Verwaltungszwecke

gewährleisten. Es ist mein Wunsch, meinen Völkern als gesichertes Erbe den gesicherten Bestand ihrer nationalen Güter zu hinterlassen und hierdurch der Gesamtheit den nationalen Frieden zu verbürgen, der ein Gemeinbesitz aller Vaterlandsfreunde wäre. ...

Die auf dauernde Erhaltung des unschätzbaren Gutes des Friedens gerichteten Bemühungen finden bei mir und meinen Regierungen bereitwilligste Förderung. Unsre Beziehungen zu den auswärtigen Mächten sind andauernd freundschaftlichste. In unveränderter Herzlichkeit besteht das Verhältnis zu unsern Verbündeten fort. Das gute und vertrauensvolle Einvernehmen mit allen Mächten setzt uns in den Stand, jederzeit im Sinne der Ausgleichung auftauchender Gegensätze zu wirken. So hoffe ich, daß die Arbeit und der Erwerb auch weiterhin unter dem Schutze des Friedens gedeihen werden. Die Monarchie wird ihren Einfluß in dieser Richtung um so erfolgreicher zur Geltung bringen, je gesicherter die Beziehungen zwischen beiden Teilen und je gefestigter ihre eignen Machtmittel sind. Gegenwärtig werden von meinen Regierungen Verhandlungen über die Gestaltung dieser Beziehungen geführt. Wenngleich hierfür bis zum Ablauf der Handelsvertragsperiode gewisse unverrückbare Stützpunkte gegeben sind, so schien es doch politisch und wirtschaftlich vom größten Werte, das Verhältnis zwischen beiden Staatsgebieten mit möglichster Anpassung an die überlieferten Formen zu gestalten, zu regeln und auf eine feste Grundlage zu stellen. Unter allen Umständen wird als leitender Gedanke gelten müssen, das durch jahrhundertlange gemeinsame Schicksale geheiligte und von der Pragmatischen Sanktion festgefügte und bewährte politische Band zwischen beiden Staaten den spätern Geschlechtern unversehrt zu erhalten. Deshalb muß auch in wirtschaftlicher Beziehung, unbeschadet des beiden Teilen gewährleisteten Selbstbestimmungsrechtes, solche Lockerung vermieden werden, die sich einer zukünftigen pragmatischen Gemeinsamkeit als bedenklich erweisen könnte. Je nach dem Ergebnisse der schwebenden Verhandlungen werden die entsprechenden Vorlagen unterbreitet werden.

Soll aber die Monarchie auch fürderhin eine Stütze des Weltfriedens sein, dann darf die Ausgestaltung der Verteidigungsmittel nicht länger stille stehn. Die bewaffnete Macht ist die stärkste Schutzwehr der gesamten Produktion und der beste Bürge und Wächter des Friedens. Schon darum ist die Vervollkommnung der Wehrmacht und die Fürsorge für ihre Angehörigen ein allen Nationen und Volksstämmen gemeinsames Interesse. Im Zusammenhange mit der sachlich gebotnen, unabweislich gewordnen Steigerung der Wehrkraft wird meine Regierung darauf bedacht sein, das Heer der allgemeinen Wehrpflicht im Einklange zu erhalten mit den Wünschen der Bevölkerung. In dieser Hinsicht sind insbesondre in Aussicht genommen weitere Erleichterungen bei Erfüllung der Wehrpflicht. Durch die Gnade der Vorsehung war es mir beschieden, zwei Generationen meiner Völker zu führen. Die Mühen meines fürstlichen Amtes sah ich gelohnt durch die in allen Wechselfällen des Schicksals erprobte Liebe und Treue meiner Völker, durch ihre Fortschritte in Wohlfahrt und Gesittung. Diese zu fördern und das Erbe der ruhmvollen Geschichte unsrer Väter getreulich zu verwalten, das ist die Aufgabe, der ich mein ganzes Leben gewidmet habe.

25. Juni. Der vom Abgeordnetenhause zum Präsidenten gewählte Abgeordnete Weißkirchner (christlich-sozial) hebt in einer Ansprache hervor, alle Völker der Monarchie knüpften an das erste

wirkliche österreichische Volkshaus die größten Hoffnungen und erwarteten von ihm positive soziale Reformen. Erst durch Erfüllung dieser Hoffnungen werde die Wahlreform die Weihe des Erfolges erhalten. Seine Treue und Zugehörigkeit zum deutschen Volke werde ihn nicht hindern, Gerechtigkeit gegenüber andern Nationen zu üben.

26. Juni. Die deutschfortschrittlichen Abgeordneten bilden einen taktischen Verband unter dem Namen Deutschfortschrittliche Vereinigung bis zur Konstituierung einer großen deutschen Einheitspartei, der die Deutschfortschrittlichen unter ungeschmälerter Aufrechterhaltung der bisherigen Parteigrundsätze jederzeit beizutreten und zu ihrer Begründung loyal beizutragen sich bereit erklären.

27. Juni. Anläßlich der Unterbreitung eines fünfmonatigen Budgetprovisoriums ergreift Ministerpräsident **v. Beck** das Wort und bespricht zunächst das Werk der Wahlreform in Österreich.

Die Antwort, ob die Hoffnungen oder Befürchtungen, die an diese Reform geknüpft worden seien, sich erfüllen werden, vermöge nur das Haus zu geben. Das Haus des allgemeinen Stimmrechts, in dem die arbeitenden Schichten zur vollen Mitwirkung herangezogen werden, müsse die wesentlichste Funktion in einer positiven Arbeit sehen, durch die es dem Staate und den Völkern gebe, was ihnen schon lange vorenthalten geblieben: die ruhige, stetige und zielbewußte Fortentwicklung auf allen Gebieten des politischen und wirtschaftlichen Lebens. Der Ministerpräsident weist sodann auf gewisse unzweifelhafte Vorteile hin, die die Wahlreform gezeitigt habe, insbesondre darauf, daß der den staatlichen Lebensbedingungen widerstreitende Radikalismus bei den Wählern ein weit schwächeres Echo gefunden habe. In unsrer an sozialen Problemen so überreichen Zeit könne eine Politik der extremen Mittel und der extremen Ziele nicht ungestraft verfolgt werden. Redner konstatiert als das Urteil der Wähler, daß diese die Kontinuität des Volkslebens und den aufrechten Bestand des Parlamentarismus sowie die Austragung aller Gegensätze auf parlamentarischem Boden wünschen, nicht aber dessen Aufwühlung und Zerstörung. Der Ministerpräsident begrüßt die Bildung von großen taktischen Einheiten, die zeigen, daß man die Lehren aus den Wahlen beherzige und gesonnen sei, zu fruchtbringender Arbeit zurückzukehren. Ein weiteres Verdienst der Wahlreform sei, daß die Sozialdemokraten aus dem Zwielicht der fünften Kurie in das helle Tageslicht der parlamentarischen Rechtsgleichheit gerückt seien. Redner sehe die Sozialdemokraten lieber im Hause als außerhalb des Hauses. Die Sozialdemokraten würden zu erweisen haben, welche schöpferische Kraft ihren Ideen und welche Arbeitstugenden ihren Vertretern innewohnen; wenn ihn auch eine weite Kluft von der Sozialdemokratie trenne, so werde doch die Regierung den nicht geringen schöpferischen sozialreformatorischen Gehalt ihres Programms zu verwirklichen bemüht sein. Der sozialreformatorische Gedanke müsse Gemeingut aller werden. — Die erste praktische Wirkung des allgemeinen Wahlrechts für die bürgerlichen Parteien bestehe in der nachdrücklichen Warnung, daß die Politik der Besitzenden einen mit dem Volkswohle enger als bisher verknüpften Inhalt gewinnen müsse, und daß die bisher in den Vordergrund gestellten Fragen zurückgestellt werden müßten. Der Ausfall der Wahlen zeuge weit mehr gegen das Kuriensystem als gegen die neugeschaffne Rechtsgleichheit.

Zur Entmutigung liege kein Anlaß vor; fürchten werden wir uns nicht. Die Vertreter des Mittelstandes müßten angesichts des Ergebnisses der Wahlen von der Überzeugung durchdrungen sein, daß sie nur durch ein energisches und positives Schaffen das Versäumte nachholen und die verlornen Positionen wieder erobern können. Jede einseitige und engherzige Klassenpolitik müsse zurückgedrängt werden und die angekündigte Sozialreform im Rahmen der allgemeinen Interessen unter sorgfältiger Schonung der Existenzbedingungen der Produktion angestrebt werden. Alle Kräfte müßten zum äußersten angespannt werden. Redner fordert darauf die Parteien auf, sich um die Regierung und um deren Programm zu scharen. Was sie von ihm, dem Ministerpräsidenten, zu erwarten hätten, wüßten sie, es sei eine Politik der ehrlichen Ziele, der ehrlichen Mittel und der geraden Linie. Vor allem müsse die Grundlage des staatlichen Lebens erhalten werden, dazu gehöre die unbedingte Achtung vor der Majestät des Gesetzes, die Gleichheit aller Personen vor dem Gesetz ohne Unterschied des nationalen, religiösen oder politischen Bekenntnisses.

B.

Ungarn.

I.

Programm der Regierung.

1. Januar. Der Ministerpräsident Wekerle stellt beim Empfange der Vertreter der Koalitionsparteien folgendes Arbeitsprogramm der Regierung auf:

Trotz vorhandner Schwierigkeiten dürfe in den Arbeiten für die nationale Entwicklung kein Stillstand eintreten. Es sei unwahr, daß das Kabinett bezüglich der Erhöhung des Rekrutenkontingents oder der wirtschaftlichen Verhandlungen mit Österreich seinen Standpunkt geändert habe; die Regierung werde das unveränderte Kontingent gleichwie im Vorjahre fordern. Sie gehe mit Mäßigung und Vorsicht vor ohne unlautere Nebenabsicht und ohne Popularitätshascherei. Der Ministerpräsident gibt die bestimmte Erklärung ab, daß die Regierung baldigst, vielleicht schon in der nächsten Herbsttagung, eine Wahlreformvorlage auf der Grundlage des allgemeinen Stimmrechts im Reichstage einbringen werde, und diese durch den fortschrittlichen Geist der Zeit geforderte Reform werde die Regierung nicht mehr von der Tagesordnung absetzen.

II.

Reichstag.

1.

Zu den Etatsfragen.

16. Januar. In der allgemeinen Beratung des Abgeordnetenhauses über das Unterrichtsbudget führt der Unterrichtsminister **Graf Apponyi** aus:

Das Unterrichtsbudget sei gegen das vorige Jahr um 20 Millionen Kronen erhöht worden. Auf die Verbesserung der Lehrergehälter kämen 6 Millionen, sodaß die Lehrergehälter Ungarns hinter denen keines europäischen Staates zurückstehn. Gegenüber der Behauptung, daß die obligatorische Einführung der magyarischen Sprache als Lehrgegenstand in den Schulen mit rumänischer und deutscher Unterrichtssprache das Ergebnis des Unterrichts gefährde, sagt Apponyi: Ich finde es unbegreiflich, daß man diese Anordnung der Unterrichtsverwaltung als einen Akt der Tyrannei und Unterdrückung der Volksstämme denunziert. Ein Unterrichtsminister würde sich gegen die Interessen des Staates und die Interessen der fremdsprachlichen Volksstämme versündigen, wenn er sie der Möglichkeit berauben würde, neben ihrer Muttersprache ungarisch zu lernen, weil dies gleichbedeutend wäre mit künstlicher Isolierung und tatsächlicher Ausschließung von der Teilnahme an dem Staatsleben, in dem die magyarische Sprache dominiert. Man versuche seinen Ausspruch: „Der Ungar ist Herr in diesem Lande!“ in gehässiger Weise zu mißdeuten. Der Ausspruch enthalte keine Spitze gegen andre Nationalitäten, da an der Herrschaft des Ungartums jeder Angehörige irgendwelcher Nationalität teilnehmen könne, der ohne Verleugnung seines Volkstums rückhaltlos und ohne Hintergedanken sich dem ungarischen Staate anschließe.

Bei Besprechung der Mittelschulfrage regt Graf Apponyi den Gedanken an, ob es nicht möglich wäre, eine Überbürdung durch internationale Vereinbarungen bezüglich des Schulplans auszuschließen, wie es bezüglich der Arbeiterfragen schon geschehen sei.

28. Januar. Im Abgeordnetenhause erklärt bei der Verhandlung des Berichts über das gemeinsame Budget der Ministerpräsident **Wekerle**, er müsse die Gelegenheit ergreifen, um die Anklage zu widerlegen, daß die Monarchie das europäische Mandat, betreffend Bosnien, nicht würdig vollstrecke. Allerdings gäbe es noch gewisse Mißstände in der Verwaltung, aber man könne mit vollem Recht sagen, die Regierung leiteten nicht egoistische Beweggründe, sie erfülle dort eine wahrhaft zivilisatorische Sendung. Der Minister weist auf die bedeutenden Leistungen der Verwaltung hinsichtlich der Agrarreform und der kirchlichen Autonomie hin, die demnächst auch auf die Mohammedaner ausgedehnt werde; ferner sei das Schulwesen geordnet worden, auch werde demnächst dem kulturellen Zustande des Landes entsprechend ein liberales Preßgesetz geschaffen werden. Die Interessen der Regierung in Bosnien seien zweierlei, nämlich, daß kein fremder Einfluß dort zur Geltung gelange, und ferner, daß die Bosnier allmählich eine selbständige Verwaltung erlangen.

31. Januar. Der Justizminister **Polonyi** zeigt dem Abgeordnetenhause seinen Rücktritt an, nachdem eine ihn betreffende Angelegenheit längere Zeit die Öffentlichkeit beschäftigt hatte.

2.
Schulwesen.

Anfang März. Der Kultusminister **Graf Apponyi** legt dem Abgeordnetenhause einen gegen das nichtmagyarische Element gerichteten Gesetzentwurf über das Schulwesen vor.

Die in erster Linie gegen die Deutschen gerichtete Bestimmung geht dahin, daß in den Schulen, in denen die magyarische Sprache als Unterrichtssprache eingeführt ist, „dieser Zustand nicht mehr geändert werden kann". Versuche, die deutsche Unterrichtssprache in ihren Schulen wieder einzuführen, hatten eben, gestützt auf das Nationalitätengesetz, die Schwaben im Banate gemacht. Auch gegen das Schulwesen der Siebenbürger Sachsen richtet sich der Gesetzentwurf; denn er verlangt, daß der Unterricht in den Volksschulen derart sein müsse, „daß die Kinder ihre Gedanken, ihren Lebenszwecken entsprechend, in der magyarischen Sprache verständlich auszudrücken vermögen". Bei den Siebenbürger Sachsen handelt es sich hauptsächlich um Landschulen, deren Kinder mit magyarischer Bevölkerung nicht die geringste Berührung haben. Wird in den Schulen das magyarische Ziel nicht erreicht, so soll der Minister den schuldigen Lehrer absetzen, ja die Schule sperren können. In diesem Falle erlischt das Recht der betreffenden Schulerhalter, in den betreffenden Gemeinden Schulen zu errichten. Der Lehrer kann aber auch diszipliniert und seines Amtes entsetzt werden, wenn er sich gegen den „nationalen Charakter des Staates" vergeht; auch in diesem Falle kann die betreffende Schule vom Minister aufgehoben und an ihrer Stelle eine staatliche (magyarische) errichtet werden. Schließlich dürfen in allen Volksschulen nur solche Lehrmittel angebracht werden, „die keine Beziehung auf fremde Geschichte und Geographie enthalten und heimische Fabrikate sind".

12. März. Bei der Beratung über das Lehrerbesoldungsgesetz befaßt sich der Unterrichtsminister **Graf Apponyi** mit der Beschwerde der rumänischen Abgeordneten, die den Zwang zur Erlernung der magyarischen Sprache beklagten. Er weist auf die Freiheit aller Nationalitäten hin, Volksschulen mit ihrer Mutterspruche als Unterrichtssprache zu errichten.

12. April. Zur Vertretung des Standpunktes der ungarischen Deutschen erklärt der sächsische Abgeordnete **Melzer** im Abgeordnetenhause bei Beratung des Volksschulgesetzentwurfs, er erkenne an, daß die Erlernung der ungarischen Sprache nützlich und notwendig sei. In den Schulen der Sachsen werde dieser Pflicht auch entsprochen, wenngleich nicht immer mit entschiednem Erfolge. Die Anordnung in der Vorlage bezüglich der Erlernung der magyarischen Sprache, über die disziplinarische Bestrafung der Vernachlässigung des magyarischen Unterrichts erscheine ihm jedoch als zu weitgehend, sie könne von den Regierungsorganen zu Willkürakten mißbraucht werden. Es werde nicht immer an der Spitze der Unterrichtsverwaltung ein Mann stehn wie der gegenwärtige Minister, in den er volles Vertrauen setze. Infolge dieser Bedenken gegen die Gesetzesvorlage, die vom

Standpunkte der Pädagogik, der Schulautonomie und der einzelnen Konfessionen zu vielen Einwendungen Anlaß biete, müsse er namens der Sachsen die Vorlage ablehnen. — Der Unterrichtsminister **Graf Apponyi** verteidigt hierauf die Vorlage.

Er weist darauf hin, daß es sich gegenwärtig darum handle, das Volksschulgesetz mit einer größern Wirksamkeit auszustatten, da die ältern Anordnungen bezüglich der magyarischen Sprache als Lehrgegenstand keinen Erfolg hatten. Man müsse den nichtmagyarischen Volksgenossen die Gelegenheit zur Erlernung der magyarischen Sprache bieten, damit die einzelnen Volksstämme nicht hermetisch voneinander abgeschlossen seien. Man dürfe die nichtmagyarischen Staatsbürger nicht in einer künstlichen Unkenntnis der magyarischen Staatssprache erhalten, da sie dadurch auch von der politischen Betätigung ausgeschlossen würden. Was die angebliche pädagogische Schwierigkeit betreffe, so verweist der Unterrichtsminister auf die Volksschulen der Schweiz und Belgiens, wo zweisprachiger Unterricht erfolgreich erteilt werde. Was die Ausübung des Disziplinarrechts betreffe, so bleibe sie in jeder Beziehung den bisherigen Schulunterhaltern vorbehalten. Nur im Falle einer staatsfeindlichen Agitation schreite die Staatsbehörde ein, und dann, wenn das konfessionelle Aufsichtsorgan es unterlasse, einzugreifen. Das staatliche Oberaufsichtsrecht werde nirgends in Europa mit größerer Zurückhaltung und Bescheidenheit und mit mehr Achtung vor der Selbstverwaltung geübt. Der vorliegende Gesetzentwurf greife nirgends in den Wirkungskreis einzelner Konfessionen oder Nationalitäten ein.

Der den Deutschen ungünstige Teil der Schulvorlage wird von der magyarischen Mehrheit des Abgeordnetenhauses noch bedeutend verschärft. Es werden unter anderm folgende Bestimmungen aufgenommen: 1. Wenn zwanzig Prozent der eingeschriebnen Schüler magyarisch als Muttersprache angeben oder magyarisch sprechen können, so ist zum Teil magyarische Unterrichtssprache einzuführen. 2. Wenn die Hälfte der Kinder magyarisch sprechen kann, so muß ausschließlich in magyarischer Sprache unterrichtet werden. 3. Ist einmal magyarische Unterrichtssprache eingeführt, so kann dies nie mehr rückgängig gemacht werden. Bei den Wiederholungskursen sämtlicher Volksschulen ist die Unterrichtssprache ausschließlich magyarisch.

3.

Über die Orientfrage.

13. April. Im Abgeordnetenhause wird eine Anfrage bezüglich des Mürzsteger Übereinkommens gestellt. Sie geht dahin, ob das Abkommen noch bestehe, wie Österreich-Ungarn und Rußland sich gegenüber den mazedonischen Ausschreitungen sowie England gegenüber verhielten, das bereit sei, die Bestrebungen nach einer Autonomie Mazedoniens zu unterstützen, und ob Österreich-Ungarn bereit sei, das transbalkanische Bahnprojekt zu unterstützen, das die Donau mit der Adria verbinden soll. Darauf erwidert Ministerpräsident **Wekerle:**

Die Wirkungen dieses Übereinkommens sind in jeder Hinsicht ersprießlich. Sein Zweck ist bekanntlich, die Sicherheitszustände zu verbessern, Mißbräuche bei der Steuererhebung zu beseitigen, ferner Reformen bezüglich der Agrarverhältnisse und der Rechtspflege einzuführen. In allen diesen Beziehungen kann ein erheblicher Fortschritt gegenüber den früheren Zuständen festgestellt werden. Da durch die Reformaktion bestimmt wurde, daß die Einkünfte der mazedonischen Wilajets künftighin für deren Zwecke verwandt werden sollen, wurde auf Wunsch der Pforte zur Entschädigung für den Einnahmeausfall eine dreiprozentige Erhöhung der Zölle für sieben Jahre bewilligt. Dieser Maßregel hat England, das bisher gezögert hat, nun zugestimmt. Was die Bandenumtriebe betrifft, so ist eine entschiedne Besserung in diesen Verhältnissen festzustellen. Bulgarien hat die bestimmte Zusicherung gegeben, alles aufzubieten, daß die einzelnen bulgarischen Banden aus dem Innern des Landes keinen Zuzug erhalten. Der Minister des Äußern Freiherr von Ahrenthal hat im Einvernehmen mit Rußland und mit Unterstützung der andern Mächte an Serbien und Griechenland eine Note gerichtet, damit diese ebenso wie Bulgarien bezüglich der Banden eine Zusicherung leisten. Die Politik der Monarchie sei auf Erhaltung des status quo auf dem Balkan und der Integrität der Türkei gerichtet, sie unterstütze nicht eine Politik, die auf eine Aufteilung Mazedoniens gerichtet ist. Darüber bestehe mit allen Mächten, auch mit England, volles Einvernehmen. Die Agitation der englischen Balkanliga und andrer humanitärer englischer Vereine gebe nicht der amtlichen englischen Politik Ausdruck; das wirtschaftliche Projekt der transatlantischen Eisenbahn zu bekämpfen, wäre weder zweckmäßig noch würdig.

4.

Bahnbeamtengesetz.

13. Mai. Im Abgeordnetenhause legt der Handelsminister **Kossuth** einen Gesetzentwurf über die Regelung der Bezüge der Beamten der Staatsbahnen sowie eine Dienstordnung vor. Nach diesem Entwurf erhalten die Angestellten eine anfängliche Bezahlung von 1600 Kronen sowie eine Wohnungszulage mit der Zusicherung einer aller zwei Jahre erfolgenden Beförderung. Die Teilnahme an Ausständen und an passiver Resistenz zieht sofortige Entlassung ohne Einleitung eines Disziplinarverfahrens nach sich. Vereine von Bahnangestellten können nur mit vorheriger Genehmigung des Handelsministers gebildet werden. Die Beamten der Staatsbahnen können nicht Mitglieder eines solchen Vereins sein, dessen Tendenz mit dem Interesse des Dienstes der Staatsbahnen nicht vereinbar ist. Die jährliche Mehrbelastung des Staates infolge dieser Gehaltsregelung beträgt 14,4 Millionen Kronen.

21. Mai. Handelsminister **Kossuth** erklärt bei der Verhandlung der Eisenbahnvorlage in der Kommission des Reichstages, er müsse dem Antrag des kroatischen Abgeordneten Tuskan, wonach die Kenntnis der ungarischen Sprache von den Beamten der ungarischen Staats-

bahnen auf der kroatischen Strecke nicht gefordert werden sollte, trotz seiner freundschaftlichen Gefühle für Kroatien und seines lebhaften Wunsches, daß das friedliche Einvernehmen zwischen Ungarn und Kroatien gewahrt werde, entschieden entgegentreten. Es seien den Kroaten die größten Zugeständnisse bezüglich der kroatischen Sprache gemacht worden.

5.

Über die österreichische Thronrede.

22. Juni. Im Abgeordnetenhause wird die Regierung bezüglich der österreichischen Thronrede vom 19. Juni befragt, die Erklärungen enthalte, die das ungarische Staatsrecht verletzten und mit dem Programm der ungarischen Regierung in Widerspruch stünden. Ministerpräsident **Wekerle** antwortet, die Thronrede enthalte nach parlamentarischer Auffassung das Programm jener Regierung, die dafür verantwortlich sei. Er könne sich daher als ungarischer Ministerpräsident über die österreichische Thronrede nur insofern äußern, als er den Standpunkt Ungarns gegenüber dieser Thronrede darlege. Ungarns Standpunkt, betreffend den Ausgleich, der in der Thronrede berührt worden sei, gehe dahin, daß Ungarn einen Ausgleich nur in Form eines Vertrages und ferner nur bis 1917 schließen werde. Für den Zeitpunkt jenseits 1917 werde Ungarn sich nur binden, indem es die tatsächliche Errichtung von Zollschranken vereinbare. Was die Armeefrage betreffe, so erkenne das Kabinett die Notwendigkeit der Erhöhung des Präsenzstandes an, jedoch nur in dem Maße der unvermeidlichen Notwendigkeit. Es müßten jedoch gewisse nationale Konzessionen geboten werden. Indem die Thronrede das wirtschaftliche Selbstbestimmungsrecht beider Staaten betone, trotzdem in dem österreichischen Ausgleichsgesetz nichts davon enthalten sei, sei der Auffassung des ungarischen Staatsrechts Genüge geleistet. Ebenso sei eine Annäherung an den ungarischen Standpunkt darin zu erblicken, daß die Erhöhung des Rekrutenkontingents mit Beschränkung auf das unbedingt notwendige Maß angekündigt sei. Die österreichische Thronrede berühre weder die Rechte Ungarns noch beeinflusse sie dessen Standpunkt.

III.

Parteibewegung.

Mitte März. Unter den Deutschen in Südungarn entsteht eine lebhafte Bewegung gegen den obigen, dem Abgeordnetenhause vorgelegten Schulgesetzentwurf. Die Erbitterung gegen diesen wird

noch gesteigert durch das Verbot deutscher Volksversammlungen, die gegen den Gesetzentwurf protestieren wollten. Darauf wird in andern deutschen Versammlungen einhellig beschlossen, das schon seit Beginn dieses Jahres verbreitete Programm der neugegründeten „Ungarländischen deutschen Volkspartei" zu veröffentlichen. Die Partei zählt schon etwa fünftausend Mitglieder. Zu Obmännern der Partei werden der Weißkirchener Rechtsanwalt Kremling und der Landmann Röser gewählt, die geistigen Führer der deutschen Bewegung in Ungarn. In dem Programm dieser Partei heißt es: „Die im deutschen Bauern- und Bürgerstande Südungarns bereits nach Tausenden zählenden Anhänger der Ungarländischen deutschen Volkspartei streben lediglich danach, die vielfach in den Hintergrund gedrängten politischen Rechte und wirtschaftlichen Kulturinteressen ihrer heimischen Stammesgenossen streng im Rahmen der bestehenden Gesetze zu wahren. Durch die Verleumdungen, die sich gegen die Partei richten, werde sich die Partei nicht beirren lassen und auf dem betretenen Wege fortschreitend dem gestellten Ziele nicht untreu werden." Dagegen wird in einer Konferenz der Kossuth-Partei von verschiednen magyarischen Rednern in heftiger Weise gegen „die Seuche der alldeutschen Agitation" gesprochen.

18. März. In der ungarischen Katholikenversammlung zu Pest gibt Bischof Kohl dem Schmerze über die kirchenpolitischen Kämpfe in Frankreich Ausdruck. Die französische Kirche sei beraubt, erniedrigt, geschändet, die ganze katholische Welt verhülle ihr Haupt in Trauer. Ein Abgeordneter erklärt, der Katholizismus werde in Ungarn nur dann groß, stark und siegreich sein, wenn die Politik mit der Religion vereint werde, wenn die Politik in die Religion, das religiöse Gefühl in die Politik hineingetragen würde.

Die vermehrten Klagen über den Druck des magyarischen Elements führen zu umfassenden Auswanderungen, namentlich aus der Batschka, dem Lande zwischen dem rechten Ufer der untern Theiß und der Donau, wo 190000 Schwaben wohnen, zieht vor allem der intelligentere Teil der bürgerlichen Bevölkerung fort. Am größten ist die Auswanderung aus Oberungarn.

Anfang April. Der Widerstand gegen das Volksschulgesetz wird unter den nichtmagyarischen Nationalitäten Ungarns immer stärker. Besonders bemerkenswert ist die Regsamkeit der Schwaben im Banat. Hier werden immer aufs neue Versammlungen von der Leitung der Ungarländischen deutschen Volkspartei einberufen, gegen die sich die ungarischen Behörden nur durch das einfache Verbot der Versammlungen zu helfen wissen. Nicht minder lebhaft ist der Widerstand der siebenbürgischen Sachsen gegen das Gesetz. Ihre Kreisausschüsse fordern der Reihe nach die Abge-

ordneten auf, den Kampf gegen die Vorlage des Grafen Apponyi „mit aller Kraft“ aufzunehmen. Die Bewegung wird auch von rumänischer Seite nach Kräften unterstützt, und es bahnt sich so ein freundschaftliches Verhältnis zwischen den beiden Nationalitäten an. — Gesteigert wird die Erbitterung durch einen Erlaß des Kultusministeriums, in dem den deutschen Seminaren in Hermannstadt und Schäßburg die Benutzung von Lehrbüchern verboten wurde, die im Auslande gedruckt sind.

Anfang Juni. Gegen die südungarisch-deutsche Bewegung findet eine Volksversammlung statt, in der Graf Apponyi davor warnt, sich von unpatriotischen Agitatoren zum besten haben zu lassen; er fordert die südungarischen Deutschen auf, neben der Pflege ihrer Muttersprache bei der nationalen ungarischen Staatsidee auszuharren; denn die patriotische Würdigung der Staatssprache und die Anhänglichkeit an die Muttersprache seien miteinander völlig vereinbar.

C.

Gemeinsame Angelegenheiten.

I.

Die Delegationen.

3. Januar. Die Delegationen beider Reichshälften nehmen ihre Verhandlungen wieder auf. In der österreichischen Delegation beginnen die Verhandlungen über den ordentlichen Heeresetat. Hierbei kommt es zwischen Madeyski, der den Schulstreit in Posen hineinzuziehen versucht, und dem Alldeutschen Stein zu heftigem Streit, in dessen Verlauf dieser Verwahrung dagegen einlegt, daß Angriffe gegen einen auswärtigen Staat und dessen innern Politik gemacht würden. Man wisse die Klagen der Polen, die noch viel zu milde behandelt würden, in Preußen richtig einzuschätzen.

4. Januar. In der Fortsetzung dieser Beratung sprechen sich fast sämtliche Redner auf das entschiedenste gegen die den Ungarn auf allen Gebieten des Heereswesens fortgesetzt gewährten Zugeständnisse aus.

5. Januar. In weiterer Fortsetzung dieser Verhandlung tritt **Graf Schönborn** der Behauptung Lechers entgegen, daß die Abschaffung der Delegation notwendig sei. Der Graf weist darauf hin, daß die Aufhebung gemeinsamer Einrichtungen zur Lösung der Personalunion führen und gleichbedeutend mit dem Aufhören der Monarchie als Großmacht sein würde. — Der Kriegsminister **Schönaich** erklärt, die sprachlichen

Konzessionen an Ungarn, wo eine gesetzlich festgelegte Staatssprache existiere, berührten in keiner Weise die Einheitlichkeit in der Führung und Leitung der Armee. Die Notwendigkeit einer einheitlichen Dienstsprache werde auch in Ungarn anerkannt. Die Behauptungen, daß die Gemeinsamkeit durch die getroffnen Anordnungen leide oder gar nicht mehr bestehe, seien nicht stichhaltig und verfolgten eine bestimmte Tendenz. Der Geist des Heeres habe sich nicht geändert, und die Armee werde sich nicht ändern, weder in ihrem Geiste noch in ihrer Hingebung für Kaiser und Vaterland. Die Delegation nimmt darauf das Heeresordinarium an, spricht aber ihr Bedauern darüber aus, daß die Kriegsverwaltung früher mit Ungarn über das Lieferungswesen unter Preisgabe wichtiger Interessen Österreichs Vereinbarungen abgeschlossen habe.

7. Januar. Dieselbe Delegation nimmt, unter Zustimmung des Ministers von Ährenthal, den Antrag an, daß den österreichischen Ministern das Recht erteilt werden soll, in den Plenarsitzungen der Delegationen zu erscheinen.

8. Januar. In der Schlußsitzung der ungarischen Delegation gibt **Graf Zichy** die Erklärung ab, die nationalen Bestrebungen Ungarns würden vielfach verkannt, mißdeutet und im Auslande in falschem Lichte dargestellt. Eine Tatsache müsse vor Augen gehalten werden: „Wo es sich um die Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Nation, um die volle Parität mit Österreich handelt, da verschwindet der Unterschied zwischen der 1867er und der 1848er Partei, und ganz Ungarn bildet ein Lager."

II.

Der handelspolitische Ausgleich der Reichshälften.

20. April. Über die in Wien stattgehabten Verhandlungen zwischen den beiderseitigen Regierungen spricht sich der Ministerpräsident von Beck also aus:

Die Regierung habe den Standpunkt vertreten, daß ein Abkommen von langer Dauer im gegenseitigen Interesse gelegen sei, doch sei die lange Dauer nur ein Gesichtspunkt, über den der Inhalt des Vertrags nicht vergessen werden dürfe. Jedenfalls könne indes ein Ausgleich für einen kürzern Zeitraum nur dann in Betracht kommen, wenn dafür entsprechende sachliche Verbesserungen erzielt würden. Bisher sei die Regierung vollkommen frei und weder bezüglich der Zeit noch bezüglich des Inhalts des Abkommens irgendwie gebunden. Die ungarische Regierung habe sich gegen niemand einer Vereinbarung über das Jahr 1917 hinaus ablehnend verhalten, und tatsächlich liege ein Vorschlag der ungarischen Regierung vor, der auch noch für eine weitere als die laufende Handelsvertragsperiode vorsorgen wolle. Dieses Projekt beruhe auf dem Gedanken, daß, wenn schon nach dem Jahre 1917 der

Grundsatz des freien Warenverkehrs nicht vollkommen aufrecht erhalten werden könne, er doch jedenfalls nur durch ein in der Praxis von diesem Prinzip nicht allzuweit sich entfernendes Zwischenzollregime abgelöst werden könne. Es seien Verhältnisse ganz gut denkbar, wo es auch im österreichischen Interesse gelegen wäre, den Grundsatz des freien Verkehrs gewissen Einschränkungen zu unterwerfen. Man könne natürlich heute nicht sagen, ob der Ausgleich zustande komme, geschweige denn auf welche Zeit und mit welchem Inhalt. Jedenfalls sei ein Vertrag, der unter der Form eines Ausgleichs Gegensätze unausgeglichen lasse und eigentlich nur die Trennung vorbereite, nicht möglich, viel eher könne man einer Vereinbarung zustimmen, die beiden Staatsgebieten zwar ein größeres Maß wirtschaftlicher Freiheit lasse, dafür aber die Gemeinsamkeit in den wesentlichsten Punkten auf eine dauernde Grundlage stelle. Klar und sicher sei, daß, wenn es trotz aller redlichen Bemühungen zu keinem Ausgleich käme, Österreich der weitern Entwicklung der Dinge furchtlos entgegensehen könne.

14. Juni. In Wien wird folgende amtliche Notiz veröffentlicht:

In den neuerlichen dreitägigen Beratungen ist in den Ausgleichsverhandlungen zwischen Österreich und Ungarn, die diesmal aus politischen und sachlichen Gründen einen besondern Charakter aufweisen, ein gutes Stück Weges zurückgelegt worden. Vielfach war es auch geboten, neue Wege aufzusuchen, um die Schlichtung der vorhandnen, zu Beginn der Beratungen in der Tat tiefgehenden Differenzen zu ermöglichen. Die bisher geleistete Arbeit gestattete es, die in Betracht kommenden Fragen in allen konkreten und praktischen Einzelheiten klarzustellen. Das Gesamtergebnis trägt den Charakter einer Abschwächung der bisherigen Gegensätze an sich. In einigen Materien, so in der Frage des ungarischen Staatsschuldenbeitrags, in der Veterinär- und Verzehrungssteuerfrage ist eine Annäherung erzielt worden, die eine schließliche Übereinstimmung erwarten läßt.

III.

Auswärtige Angelegenheiten.

1. Mai. Über die Reichstagsrede des Fürsten Bülow vom 30. April schreibt das „Wiener Fremdenblatt“:

Es war eine Rede, die durch ihren Ton ernster Offenheit einen sympathischen Eindruck machen muß. Bedeutsam wird sie durch ihre kurz gefaßten Charakteristiken der auswärtigen Verhältnisse und durch das schlichte Vertrauen auf die staatliche und nationale Kraft, von dem die sachliche Darlegung getragen ist. Seine Ausführungen über die Abrüstungsfrage konnten einer fast ungeteilten Zustimmung sicher sein. Es hat sich ein offenkundiger Wandel in der Vertretung der Nation vollzogen. Das Verständnis für politische Notwendigkeiten hat sich verallgemeinert. Der unfruchtbare Parteidoktrinarismus hat an seinem früher zahlreichen Anhang eingebüßt. Von der internationalen Lage entwarf der Reichskanzler eine Schilderung, der eine optimistische Übermalung ferngeblieben ist. Die treffliche Stimmung, die die Mehrheit im Reichstag den großen staatlichen Forderungen zugänglich erscheinen läßt, gestattet dem Kanzler, darauf zu rechnen, daß er für seine konstante auswärtige Politik jede parlamentarische Unterstützung finden werde, die nach außen hin eine starke, achtunggebietende Stellung verleiht.

Die „Neue Freie Presse“ schreibt über die Rede des Reichskanzlers Fürsten Bülow:

Die Rede war von einem Ernst erfüllt, der nichts von Pessimismus hat. Der Vorschlag, die Abrüstungen zu begrenzen, ist außer in seiner englischen Heimat nirgends von einem erwähnenswerten Teil der politischen Welt unterstützt worden. Die Regierungen Österreich-Ungarns, Deutschlands und Rußlands haben sich dafür entschieden, wenngleich nicht den Ausschluß der Beratung der Abrüstungsfrage vom Haager Programm zu verlangen, doch aber selbst nicht mitzuberaten, und Fürst Bülow hat diesen Standpunkt, der jedenfalls den Vorzug der Offenheit und des Mutes der eignen Meinung hat, im Namen Deutschlands klargelegt. Übrigens hat sich der deutsche Reichskanzler jedes unfreundlichen Kommentars zu dem Antrag der englischen Regierung enthalten und überhaupt die vielbesprochnen Beziehungen zu England allerdings nicht mit übertriebner Liebenswürdigkeit besprochen, aber auch nicht in solcher Weise, daß irgendwelche Besorgnis entstehen könnte.

Das „Wiener Tageblatt“ erklärt:

Die Rede hat einen nachhaltigen Eindruck gemacht. Es war eine Rede voll Festigkeit, Vertrauen und Kraftgefühl, eine Rede ohne jede Drohung, eine Rede voll Nüchternheit sozusagen. Aber unter dieser Nüchternheit stand eine Kraft, das fühlt man.

In Besprechung des Besuchs des neuen gemeinsamen Ministers des Äußern, Freiherrn von Ährenthal, in Berlin hebt das „Neue Wiener Tagblatt“ hervor:

Wenn je, so wird in diesem Augenblick der friedliche Charakter des österreichischen Verhältnisses offenbar. So wie dieser Bund immer die größte Bürgschaft des Friedens bietet, so wird bei den heutigen Besprechungen des Freiherrn von Ährenthal in Berlin die Erhaltung des Friedens die leitende Melodie sein. Wenn von Ährenthal sich dem Könige von Italien vorstellen wird, so wird sich darin gleichwie in der Fahrt nach Berlin die Tatsache bekunden, daß der Dreibund trotz aller Ausstreuungen nach wie vor die sicherste Friedensbürgschaft ist. Es wird sich zeigen, daß ebenso wie Italien der Bündnistreue Österreich-Ungarns gewiß sein darf, umgekehrt auch der Leiter der auswärtigen Politik des Königreichs nicht zu Akten zu haben sein wird, die sich gegen das Interesse eines der Verbündeten richten.

Das „Fremdenblatt“ verweist gleichfalls darauf, daß das deutsch-österreichische Bündnis zur festen Stütze des europäischen Gleichgewichtssystems geworden ist, von dessen Aufrechterhaltung der Weltfrieden abhänge:

Unter dem Schutze eines konservativen Bundes entfaltetet sich der kulturelle und wirtschaftliche Fortschritt auf dem ganzen Kontinent. Das sind die Resultate, die die Staatslenker Österreich-Ungarns und Deutschlands mit dem stolzen Bewußtsein erfüllen können, daß die Zwecke des Bündnisses in der Vergangenheit voll erreicht sind, und daß daher auch für die Zukunft jede Änderung der Allianzpolitik ausgeschlossen sein soll. Augenblickserscheinungen verlieren an Belang, wenn man sich daran erinnert, daß seit dem Jahre 1879 das Verhältnis zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland unwandelbar blieb, während die Beziehungen

aller andern europäischen Mächte mannigfachem Wandel unterworfen waren. Eben das unerschütterliche Einvernehmen der beiden Kaisermächte hat nachteilige Folgen der Schwankungen verhütet und auch sonst deren Bedeutung eingeschränkt. Alle Impulse von außen können daher die Regierungen Österreich-Ungarns und Deutschlands nur in dem Beharren bei einer Politik bestärken, die den Völkern beider Reiche und ganz Europas ihre Wohlfahrt verbürgt. Diesen Entschluß wird von Ahrenthal als Vertreter eines Staatswesens, das immer seine historische Mission als Stütze der europäischen Regierungen erfüllte, in Berlin zum Ausdruck bringen. Dieser Besuch ist eine Huldigung für die Kontinuität einer in der Geschichte beispiellosen Gemeinsamkeit zweier großer Mächte, für die Kontinuität der Bestrebungen dieser Mächte und endlich einer Anerkennung der Vorteile, die sich aus dem schon zur Gepflogenheit gewordnen persönlichen Verkehr der Männer ergeben, deren Händen die Geschicke beider Reiche anvertraut sind.

Rußland.

I.

Fortsetzung der revolutionären Bewegung.

3. Januar. Die Anarchisten beginnen im neuen Jahre mit der Ermordung des Generals von der Launitz, Stadthauptmanns von Petersburg.

9. Januar. Der Obermilitärprokurator Generalleutnant Pawlow, der im vorigen Jahre dem Verlangen der Duma nach Aufhebung der Todesstrafe namens der Kriegsverwaltung entgegentrat, wird in Petersburg ermordet. Darauf erläßt die Petersburger fliegende Abteilung der Kampforganisation die Bekanntmachung, daß der Schöpfer der „blutigen Feldkriegsgerichte, der mehr als tausend Todesurteile auf dem Gewissen habe", selbst zum Tode verurteilt und nun auch „hingerichtet" worden sei.

12. Januar. Ermordung des Polizeimeisters Brshesniowski zu Petrows in Daghestan.

13. Januar. Der Ministerrat stellt das Staatsbudget für 1907 also auf:

Die ordentlichen Einnahmen sind auf 2175 Mill. Rubel veranschlagt (147 Mill. Rubel mehr als 1906). Für die ordentlichen Ausgaben sollen 2173 Mill. Rubel (mehr 141 Mill.) angewiesen werden. Die bedeutendste Erhöhung der Ausgaben weist die Zinszahlung für die Staatsanleihen auf, nämlich 46 Millionen. Für die Einführung des allgemeinen Schulbesuchs wird ein Kredit von $5^1/_2$ Mill., für die Agrarorganisation ein solcher von $4^1/_2$ Mill. beantragt. Die ordentlichen Einnahmen decken vollständig die ordentlichen Ausgaben, wobei sogar noch ein Überschuß von 1,6 Millionen verbleibt. Eine wichtige Rolle bei der Deckung der Ausgaben fällt dem Branntweinmonopol zu, von dem eine Mehreinnahme von über 104 Mill.

Rubel erwartet wird. Unter den außerordentlichen Ausgaben zur Deckung der Kosten des letzten Krieges sind 124 Millionen Rubel eingestellt, was gegen 1906 eine Verringerung von 266 Millionen Rubel ergibt. Zur Unterstützung der Bevölkerung in den Notstandsgebieten sind 61 Mill. Rubel bestimmt, zur Tilgung der in Deutschland Ende 1906 emittierten kurzfristigen Verpflichtungen 53 Millionen Rubel. Insgesamt betragen die außerordentlichen Ausgaben 298,6 Millionen Rubel.

14. Januar. Der Zar richtet ein Schreiben an den Ministerpräsidenten Stolypin, in dem er des Zeitpunkts seiner Ernennung und der schweren ihm zugefallnen Aufgabe gedenkt, die durch revolutionäre Umtriebe gestörte öffentliche Ordnung wiederherzustellen.

Im Laufe von fünfeinhalb Monaten habe es das Kabinett Stolypin verstanden, durch energisches Auftreten eine deutliche Besserung hinsichtlich der öffentlichen Ordnung herbeizuführen trotz tollkühnen Auftretens der Revolutionäre und wiederholter Übeltaten, die begangen wurden zu dem Zweck, die regierenden Kreise in Verwirrung zu setzen. Der Kaiser erwähnt die Gesetzentwürfe, die das Ministerium für die Dumatagung vorbereitet, und die Maßnahmen, die von ihm als unumgänglich nötig noch vor dem Zusammentreten der Duma verwirklicht worden sind. Der Kaiser spricht sodann Stolypin und dem gesamten Ministerium seinen Dank aus und gibt der Zuversicht Ausdruck, daß nach dem bevorstehenden Anfang der Tagung der neuen Duma und des Reichsrats das von Stolypin geleitete Ministerium dieselben Dienste zur Ausführung der kaiserlichen Pläne leisten werde wie bisher, denn nur im Zusammenwirken der neuen gesetzgebenden Organe mit der vom Kaiser ernannten Regierung sehe er ein Pfand für gesetzliche Ordnung und Stärkung der Kräfte des Staates gemäß den Bedürfnissen des zu neuem Leben berufnen Rußland.

Auch an den Finanzminister Kokowzow richtet der Kaiser ein Schreiben, in dem er dessen Verdienste um die Regelung der Zahlungsmittel des Landes gedenkt und besonders die erfolgreiche Ausführung des Budgetvoranschlages vom Jahre 1906 lobt. Die russischen Werte würden im Auslande gegenwärtig wieder viel mehr begehrt werden und die Sparkassen wieder großen Zufluß aus den Ersparnissen des Volkes erhalten. Beides zeuge von der Erstarkung des Vertrauens zu den Finanzverhältnissen des Reiches.

17. Januar. Die kurländische monarchistisch-konstitutionelle Partei veröffentlicht in Mitau eine Ansprache in deutscher und lettischer Sprache, in der die Tätigkeit der ersten Duma in einer sehr scharfen Kritik verurteilt wird, besonders was die Forderung der Amnestie und gewaltsamen Enteignung von Eigentum anbetrifft.

22. Januar. Mordanfall auf den Polizeimeister in Mohilew.

23. Januar. Der Ministerrat stimmt einem Vorschlag des Ministeriums für Volksaufklärung zu, betreffend die Zulässigkeit der deutschen Sprache als Unterrichtssprache in den Elementar- und Privatschulen des Warschauer Lehrbezirks, ausgenommen für den Unterricht in der russischen Sprache, in Geographie und Geschichte.

30. Januar. In Petersburg wird der Direktor eines Gefängnisses, in dem sich hauptsächlich politische Gefangne befinden, ermordet.

31. Januar. Der Präsident des Ministerrates sendet an die Generalgouverneure, Gouverneure, Präfekten und an den Kaiserlichen Statthalter des Kaukasus ein Rundschreiben, in dem darauf hingewiesen wird, daß seit Beginn der Wahlen gewisse politische Parteien die Propaganda für ihre Ideen mit Hilfe der Presse betreiben, indem sie bemüht seien, die Handlungen und Absichten der Regierung falsch auszulegen, um den Erfolg der oppositionellen Kandidaten zu sichern. Der Präsident des Ministerrats stellt mit Bezug hierauf fest, daß die Vertreter der Regierungsgewalt sich nicht in den Kampf der Parteien mischen und die Wahlen nicht beeinflussen dürfen und erklärt zu wiederholten malen, daß die Generalgouverneure und Gouverneure die volle Freiheit bei den Wahlen sichern, stets nur gegen die revolutionäre Propaganda einschreiten und alle falschen Gerüchte über Handlungen und Pläne der Regierung dementieren sollen. Weiter heißt es in dem Rundschreiben:

Die Regierung gibt die Versicherung, daß die Reichsduma, die der Hauptfaktor der Regeneration der Staatsordnung und der Staatsprinzipien sei, und die das Recht der Initiative auf dem Gebiete der Gesetzgebung habe, in der Regierung einen aufrichtigen Mitarbeiter an ihrer fruchtbaren, schöpferischen und versöhnlichen Arbeit finden werde. Die Regierung ist sich der ungeheuern Schwierigkeit bewußt, die die Lösung der mit der Umwandlung der politischen und sozialen Ordnung verbundnen Fragen unter den gegenwärtigen ungewöhnlichen Umständen bietet; deshalb ist die Regierung sicher, daß die Umwandlung des Reiches nur gelingen wird, wenn ihre Absichten in der Duma einer Kritik unterzogen werden und ihre Vorlagen dort eine eingehende praktische Erörterung erfahren. Unter voller Berücksichtigung der Rechte der Reichsduma bezüglich der Gesetzgebung, der Budgetbewilligung und der Interpellation wird sich die Regierung bei allen ihren Handlungen unwandelbar an die bestehenden Gesetze halten. Die strenge Beobachtung der Gesetze bietet die einzige Möglichkeit, das Vertrauen des Monarchen in die Regierung sowohl wie in die Reichsduma zu bewahren, sie ist daher die einzige Bedingung einer gemeinsamen Arbeit. Es ist notwendig, auf die Falschheit der Gerüchte hinzuweisen, nach denen die Regierung beabsichtige, die Reichsduma zusammenzuberufen, nur um sie aufzulösen und zu dem vom Kaiser verworfnen Regierungssystem zurückzukehren. Die Regierung verfolgt das Ziel, die Selbstregierung der Semstwos zu entwickeln und die Mittel der Semstwos und der Gemeinwesen vermittels finanzieller Reformen zu vermehren. Ihr Hauptziel ist die Besserung der Lage der Bauern nicht nur durch Schaffung von Bodenfonds, sondern auch dadurch, daß sie für jeden energischen und fleißigen Arbeiter die Möglichkeit einer eignen Wirtschaftsführung schafft, ohne daß das Recht von andern verletzt wird. Die Regierung bereitet ferner Gesetzentwürfe zur Lösung der Arbeiterfragen, zur Regelung der Schulverhältnisse und der Lokalverwaltung vor. Hieraus ist ersichtlich, welch großes Werk der Reichsduma, dem Reichsrat und der Regierung bevorsteht. Die Umgestaltung des Reiches

wird sich auf der Grundlage der Sicherung der Prinzipien der wahren Freiheit vollziehen, wie sie von dem Monarchen verheißen worden ist. Deshalb wird die Regierung alle verfolgen, die Rechte antasten, wird Unruhen mit Strenge unterdrücken und über die Ruhe des Landes wachen. Sie wird zu diesem Zweck bis zur vollkommnen Beruhigung alle gesetzlichen Mittel anwenden, die ihr zu Gebote stehen.

Anfang Februar. Der Marineminister Admiral Birilew wird seiner Stelle enthoben. Nachfolger ist Admiral Dikow.

8. Februar. Gouverneur Alexandrowski, Generalbevollmächtigter des Roten Kreuzes im Kriege mit Japan, wird in Pensa (südlich der Wolga) ermordet.

10. Februar. Die deutsche Gruppe des „Vereins vom 17. Oktober" erläßt einen Aufruf zum Zusammenhalten aller Gemäßigten, um der neuen Duma eine sichre Grundlage zu verschaffen und sie vor den Utopien der Sozialdemokraten und Revolutionäre zu bewahren.

12. Februar. Ein gegen den frühern Minister Witte unternommener Mordanfall wird vereitelt.

22. Februar. Der Vorstand der Polizei in Odessa wird durch Bombenwurf schwer verletzt.

23. Februar. Der in Aussicht genommene altrussische Kongreß der Partei der Volksfreiheit wird vom Minister des Innern verboten.

26. Februar. Durch zeitige Auffindung einer Bombe auf der Zarskoje-Sselo-Bahn wird der Großfürst Nikolaus Nikolajewitsch gerettet.

28. Februar. Ermordung des Stadtkommandanten von Krasnojarsk.

1. März. Auf Befehl des Kaisers beginnen die Truppen die Räumung der Mandschurei, indem sie sich aus der seit dem Jahre 1900 besetzten Stadt Zizikar zurückziehen. Es geschieht dies in Gemäßheit des russisch-japanischen Friedensvertrags von Portsmouth, wodurch beide Mächte sich verpflichten, die von ihren Truppen besetzten Teile der Mandschurei allmählich zu räumen und die Provinz an China zurückzugeben. Den Japanern war als den Siegern weiter das Recht zugestanden worden, die Zurückziehung ihrer Besatzungstruppen erst dann zu bewirken, wenn die Russen die okkupierten Distrikte verlassen hätten. Der Abzug erfolgt nach einer gemeinsamen Parade der russischen und der chinesischen Truppen und nach einem Gastmahl, bei dem der russische General die Überzeugung ausspricht, die Chinesen würden ebenso genau den Verpflichtungen des Vertrages nachkommen, wie Rußland seinem Versprechen nachgekommen sei und die Provinz der chinesischen Regierung zurückgegeben habe.

2. März. Der ehemalige estländische Ritterschaftshauptmann Baron Budberg, Mitglied des Reichsrats, wird in Reval getötet.

Anfang April. Die Studenten an der Universität Moskau beharren auf politischen Rechten. Die Universität in Kiew ist in eine Art von politischem, von der Regierung unterhaltnem Klub umgewandelt. — Eine Versammlung adlicher Grundbesitzer in Petersburg verlangt von der Regierung Ersatz des ihnen durch aufständische Bauern zugefügten Schadens und vereinigt sich zum Kampfe gegen die Revolution.

10. April. Unruhen mit Blutvergießen in Lodz.

19. April. Kundgebungen zugunsten der politischen Gefangnen in Petersburg.

20. April. Der Zar hält eine Parade über das Garde-Kosakenregiment ab und richtet an die Kosaken eine Ansprache, in der er ausführt, es gereiche ihm zur großen Freude, seinen Wunsch, in der Garde Vertreter sämtlicher Kosakentruppen zu haben, verwirklicht zu sehen. Er danke allen Kosaken für ihre treuen Dienste und besonders auch denen, die an dem Kriege mit teilgenommen hätten, für ihre Leistungen in den ruhmreichen Schlachten. Der Kaiser spricht den Offizieren seinen Dank aus für die glänzende Parade und trinkt auf den Ruhm des Regiments und die Gesundheit der Kosaken. — Die militärmedizinische Akademie in Petersburg wird wegen unerlaubter Versammlungen geschlossen.

27. April. Der Zar empfängt bäuerliche Abgeordnete, die den rechtsstehenden Parteien angehören. Sie überreichen eine Adresse, in der den Gefühlen der Treue Ausdruck gegeben wird und Dank für das hohe Vertrauen und die Wohltaten, die den Bauern erwiesen seien, sowie für die Zulassung ihrer Vertreter in die Duma. Sie stellen fest, daß ihre wirtschaftliche Lage aus Mangel an Land und wegen des Fehlens von Kredit beklagenswert, und sprechen die Hoffnung aus, daß nur ein Wort des Zaren notwendig sei, damit die Lage der Bauern gebessert werde. Die Adresse schließt mit den Worten: „Wir sind entschlossen, unser Leben für die Verteidigung der kaiserlichen Autokratie zu opfern." Der Zar erwidert: „Übermittelt allen, die euch gesandt haben, meinen und der Kaiserin herzlichen Dank für die von euch ausgesprochnen Gefühle der Treue und Ergebenheit, auf denen stets die Festigkeit und Stärke unsers rechtgläubigen Rußlands beruhten. Seid unbesorgt und vertrauet, daß ich alles tun werde, was ich kann, und was ich für nötig befinden werde, um euern Wohlstand zu bessern. Ich hoffe, daß mir dies gelingen wird durch euer Mitwirken und durch das Mitwirken aller andern dem Vaterland und mir treuen Mitglieder der Duma, die jetzt in

ihr sitzen nnd fernerhin in ihr sitzen werden. Ich freue mich sehr, euch zu sehen, und danke euch für euern Wunsch, mich und die Kaiserin zu besuchen. Ich freue mich, daß ich Gelegenheit gehabt habe, euch den Thronfolger zu zeigen. Übermittelt allen, die euch sandten, meinen Dank für die aufrichtigen Gefühle, die ihr mir ausgesprochen habt."

9. Mai. In Kiew hält die Partei für Gesetz und Ordnung eine Versammlung ab. Es werden mehrere Reden gehalten, unter anderm auch von den Dumaabgeordneten Bischof Platon und Schulgin, in denen der Meinung Ausdruck gegeben wird, die Duma sei revolutionär und unfähig zur Arbeit. Schulgin betont, die Mitglieder der Rechten müßten alle Kraft aufwenden, um die Auflösung der Duma herbeizuführen. Der Vorsitzende der Partei greift die Regierung an, die bereit sei, gemeinsam mit der Duma zu arbeiten, und ihre zerstörende Tätigkeit dulde.

20. Mai. In Odessa werden Schutzleute durch Bombenwurf getötet.

22. Mai. Der Kongreß der Semstwo-Mitglieder in Moskau zur Beratung der von der Regierung ausgearbeiteten Projekte für die Reform der lokalen Selbstverwaltung sendet ein Telegramm an den Kaiser, in dem er ihn seiner Treue in der jetzigen bewegten Zeit versichert und die Überzeugung ausspricht, daß die Semstwo dem Kaiser bei dem Werke der Wiederherstellung des Friedens und des Wohlergehens des Vaterlandes Hilfe leisten werden.

24. Mai. Nach der Entdeckung eines Mordplans gegen den Kaiser richtet der Reichsrat an ihn eine Ergebenheitsadresse, auf die der Kaiser antwortet: „Ich danke dem Reichsrat von Herzen für den Ausdruck seiner Gefühle. Ich bin überzeugt, daß er mir eine getreue und feste Hilfe bei allen Werken sein wird. Was mein Leben betrifft, so ist es mir nicht teuer, wenn nur Rußland in Ruhm, Frieden und Gedeihen lebt."

1. Juni. Ermordung des Grafen Kayserling auf seinem Gute durch Bauern.

II.

Die Volksvertretung (Duma).

5. März. Die zweite Reichs-Duma wird eröffnet. Von den 524 Abgeordneten sind 493 erschienen. Etwa ein Drittel gehört zur radikalen Revolutionspartei, zu der Leute etwa wie Bebel gehören; die zweitgrößte Gruppe bilden die sogenannten Kadetten,

deren politische Stellung etwa den Revisionisten der deutschen Sozialdemokratie, wie sie sich um Bernstein, v. Vollmar usw. gruppieren, entspricht. Sie umfassen voraussichtlich ein Viertel der gesamten Abgeordnetenzahl. Eine etwa gleiche Zahl umfassen die Vertreter der verschiednen Nationalitäten, einschließlich einer Gruppe demokratischer Russen, die der süddeutschen Volkspartei entspricht. Eine starke Gruppe derselben besteht aus Polen und Letten. Die übrigen etwa 90 Köpfe gehören zu den rechts stehenden Parteien, von denen aber nur die ungefähr 60 Oktobristen auf dem Boden des Regierungsprogramms stehen, während die übrigen 30 Abgeordneten als Ultrareaktionäre die gegenwärtige Entwicklung des russischen Staatswesens in der Richtung des Parlamentarismus als schädlich oder wenigstens zurzeit unzweckmäßig verwerfen. — Das Programm der sozialrevolutionären Arbeitsgruppe ist: Das Land gehört dem Bauer, der es bearbeitet, und jede Nationalität hat im Rahmen der Forderungen des Sozialismus das Recht, über sich selbst zu bestimmen.

In dem Voranschlag des Staatsbudgets für 1907, der mit 2471684872 Rubel balanciert, sind für den Dienst der Anleihen 380 Millionen Rubel gegen 335 Millionen im Vorjahre vorgesehen. Gegen die Vorjahre erhöht sind die Ausgaben für Volksbildung um 6 Millionen, für die Agrarorganisation um 10 Millionen; die außerordentlichen Ausgaben betragen 298 Millionen gegen 478 Millionen im Vorjahre. Zur Deckung derselben sind außer dem Erlös aus der Realisation von 4 v. H. Staatsrente in Höhe von 47 Millionen ewige Einlagen in die Staatsbank im Betrage von 2 Millionen und der erwartete Überschuß der ordentlichen Einnahmen im Betrage von 2 Millionen vorhanden; dazu kommen dann noch die Restbeträge vom Vorjahre in Höhe von $60^1/_2$ Millionen, insgesamt also $111^1/_2$ Millionen Rubel. Der Fehlbetrag soll durch Kreditoperationen aufgebracht werden, deren Höhe und Zeitpunkt vorläufig nicht zu bestimmen sind. Eine Handhabe zur Bestimmung ihrer Höhe wird erst der Bericht der Reichskontrolle für 1906 liefern. In dieser Erwägung ersucht der Finanzminister um die Genehmigung, zur Ausführung des Budgets von 1907 die Kreditoperationen auszuführen, deren Höhe der erwähnte Bericht und der Eingang der Staatseinnahmen bestimmen werde. Neue Steuern einzuführen, beabsichtige die Regierung nicht. Die direkten Kriegsausgaben betrugen vom Jahre 1904 bis 1906 2131818000 Rubel. Die emittierten kurzfristigen Schatzwechsel im Betrage von 459932603 Rubel sind getilgt; die Emissionskosten für diese sowie für die 5 v. H. Anleihe von 1906 betrugen 6906052, die Gesamtkriegskosten 2598716745 Rubel. Zu decken sind noch Schatzwechsel im Betrage von 32978905 Rubel.

Nachdem die Abgeordneten die Nationalhymne gesungen haben, verliest der Vizepräsident des Reichsrats, **Golubew**, ein Schreiben, wonach ihm der Auftrag erteilt worden sei, im Namen des Zaren die Duma zu begrüßen und ihr Glück in der Arbeit zum Heile Rußlands zu wünschen. — Die Wahl des Präsidenten fällt mit 356 Stimmen auf **Golowin**, der in einer Ansprache sagt:

Wie groß auch die Verschiedenheiten der Meinungen sein mögen, die die Dumaabgeordneten trennen, die Duma ist durch den einen Beweggrund geeint, für das Wohl der Nation zu arbeiten, die ungeduldig den Zusammentritt der zweiten Duma erwartet hat. Die neue Duma wird arbeiten, und sie hofft, daß es ihr gelingen wird, im Verein mit dem Monarchen die Wohltaten der Verfassung und der sozialen Gesetzgebung auf den durch die erste Duma vorgezeichneten Wegen zu verwirklichen. Die Einrichtung der Volksvertretung wird niemals verschwinden; nachdem sie einmal ins Leben gerufen ist, wird sie nicht aufhören, zu bestehen.

6. März. Präsident **Golowin** wird vom Zaren empfangen, der auf die der Duma bevorstehende schwierige Aufgabe hinweist, die um so schwieriger sei, als in der Duma zahlreiche politische Parteien vertreten seien. Golowin spricht die Hoffnung aus, daß in allen für das Wohl des Landes bedeutsamen Fragen eine Einigung der verschiedenartigsten politischen Fraktionen erzielt werden würde, die geeint dem gleichen Ziele zustreben würden, das Wohl des Landes zu fördern. Einer solchen Einigung verdanke auch er die auf ihn gefallne Wahl zum Präsidenten. Der Zar tut hierauf der großen vorbereitenden Arbeit des Ministeriums Erwähnung sowie der zahlreichen der Duma vorgelegten Gesetzvorlagen, die das Resultat dieser Arbeit seien, und spricht die Zuversicht aus, daß die Duma die gesetzgeberische Arbeit aufnehmen werde. Präsident Golowin teilt dem Zaren mit, daß die Mitglieder der Duma ganz von dem Bestreben erfüllt seien, das Vertrauen des Monarchen zu rechtfertigen. Die Duma werde diese Arbeit sofort, nachdem ihre innere Organisation beendet sei, aufnehmen.

7. März. Die Wahl des Advokaten **Posnanski** zum Vizepräsidenten der Duma gilt als Zeichen des festen Zusammenhaltens zwischen den Sozialisten und den übrigen Gruppen der Linken gegenüber der Kadettenpartei.

19. März. In der seit dem 15. durch Einsturz der Decke des Beratungssaals unterbrochnen Sitzung der Duma verliest der Ministerpräsident **Stolypin** eine ministerielle Erklärung.

Darin weist er zunächst auf die Notwendigkeit hin, ein allgemeines Bild der von der Regierung ausgearbeiteten Regierungsvorlagen zu geben. Denn während bei den Staaten, die seit langem eine Landesvertretung besäßen, neue Gesetze die Ergebnisse einer regelmäßigen Entwicklung seien, spiegle bei einem Lande im Zustande der Wiedergeburt jedes neue Gesetz das ganze Leben des Volkes wieder, da der Gedanke der Ausbildung des Staates die Grundlage bilde. Deshalb habe auch die Regierung die der Reichsduma vorgelegten Gesetze auf dem allgemeinen Gedanken aufgebaut, feste Grundsätze zur Verwirklichung der neuen, aus den jüngsten Reformen sich ergebenden Rechtsverhältnisse zu schaffen. Rußland müsse in einen Verfassungsstaat umgewandelt werden. Es müßten Grundlagen geschaffen werden, um die Rechte des Staats und der Einzelpersonen genau festzustellen, und die Widersprüche zwischen den alten und den neuen Gesetzen müßten beseitigt werden, um willkürlichen Auslegungen

durch Beamte und Privatpersonen vorzubeugen. Nachdem Stolypin die Gesetze aufgeführt hat, die wegen ihrer Wichtigkeit bereits vor dem Zusammentritt der Reichsduma veröffentlicht waren, und die der Reichsduma zur Beratung überwiesen würden, weist er auf die Notwendigkeit einer bäuerlichen Gesetzgebung hin, um der Landnot ein Ende zu machen, unter der der größte Teil der Bevölkerung leide. Die Regierung habe die sittliche Pflicht, den Bauern gesetzmäßige Wege zu weisen, um ihnen aus dieser Not herauszuhelfen. Deshalb seien Gesetze erlassen worden, wodurch den Bauern kaiserliche und Staatsdomänen überlassen und auch sonst Maßregeln getroffen werden, um eine Besserung des Loses der Bauern sicherzustellen. Ferner seien Maßnahmen getroffen worden für die Emanzipierung der Bauern. Mehrere andre Vorlagen beträfen die Verwirklichung des Manifestes vom 30. Oktober, namentlich die Regelung der Steuerfreiheit, der Freiheit des Großhandels, die Unverletzlichkeit der Person. Zur Sicherung der religiösen Duldung solle die Gesetzgebung im Einklange mit dem Oktobermanifest revidiert werden. Die Grundlage der Regelung aber bleibe das Prinzip des christlichen Staates, in dem die orthodoxe Religion die privilegierte ist. Die orthodoxe Kirche, Rußlands Ruhm und Stärke, müsse besonders geschützt werden, ohne die Rechte der übrigen Religionen zu beeinträchtigen. In der Erklärung wird auch eine Vorlage angekündigt, die die Interessen Rußlands im fernen Osten durch Abschaffung des Freihafens Wladiwostok wahren will.

Sodann hält der sozialdemokratische Abgeordnete **Cereteli** eine Rede gegen die Regierung, in der er die Politik des Kabinetts und die Auflösung der Duma im vorigen Jahre kritisiert. Er wirft dem Ministerpräsidenten die Einführung der Feldgerichte vor, die Knebelung der Presse und die sogenannte Verbesserung des Loses der Bauern, deren wahrer Zweck nur sei, den Appetit der Grundbesitzer zu befriedigen. Cereteli wiederholt die Worte des Abgeordneten Nabokow, die dieser im Jahre 1906 nach der Erklärung des damaligen Ministerpräsidenten Goremjkin äußerte, daß die Exekutivgewalt sich der gesetzgebenden Gewalt unterzuordnen habe. Cereteli meint, es sei zweifellos, daß diese Hoffnung sich erfüllen werde, aber dessen sei er gewiß, daß die ganze Nation sich gegen die Unterdrücker und die Veranstalter der Pogrome erheben werde. Die Duma wisse bereits, daß die Regierung sich dem Willen des Volkes nur unterwerfen werde, wenn sie dazu gewungen werde. Folglich müsse das Volk organisiert werden, um die Exekutivgewalt gewaltsam zu unterwerfen. Er verliest namens der sozialdemokratischen Partei eine Erklärung, die besagt, daß die Partei als einzigen Zweck erstrebe, dem Volk über die wahren Absichten der Regierung die Augen zu öffnen und es für den Entscheidungskampf gegen das Willkürsystem zu organisieren. Zahlreiche Redner der Rechten fordern die Duma auf, mit dem Kabinett Stolypin zu arbeiten und von den revolutionären Ideen abzulassen, andernfalls würden Unterdrückungsmaßregeln von neuem unerläßlich sein. Hierauf ergreift Ministerpräsident **Stolypin** nochmals das Wort und wendet sich an das Zentrum und die Linke, indem er ausführt,

daß die Regierung niemals solche Töne des Hasses anschlagen werde wie die äußerste Linke. Die Regierung halte es für nötig, zu erklären, daß nach dem Gesetze die Duma nicht aus Richtern und die Ministerbank nicht aus Angeklagten bestehe, diese sei vielmehr im Besitze der Macht. Die gegenwärtige Regierung habe ihr Amt übernommen, als die Flammen der Revolution im ganzen Lande wüteten, sie wußte, welche große Verantwortlichkeit sie übernahm, welchen Angriffen sie ausgesetzt sein werde, aber sie sei bereit, für die Beruhigung des Landes zu arbeiten. Die Regierung wisse auch, daß Behörden bisweilen geneigt sind, ihre Macht zu mißbrauchen, und sie werde sich freuen, wenn die Duma solche Übergriffe aufdecke. Die Regierung fliehe die Verantwortlichkeit nicht; wenn man aber ihre Absichten und ihren Willen lähmen wolle und ihr zurufe: „Hände hoch", so sage sie: „Sie können uns keine Furcht einjagen!" Hierauf wird die einfache Tagesordnung mit großer Mehrheit angenommen.

22. März. Die Duma berät wiederholt über einen Antrag von **Roditschew** auf Ernennung einer Kommission für die Organisation der Hilfeleistung in den Notstandsgebieten. Roditschew legt ausführlich dar, daß die Ausübung der exekutiven Funktionen für die Duma unmöglich sei, und betont die Notwendigkeit einer Beschränkung der Tätigkeit auf Überwachung und Nachprüfung der Handlungen des Ministeriums des Innern vom Juli 1906 an. Mehrere Sozialdemokraten greifen die Regierung an und verlangen, daß eine Kommission der Duma nach den Hungergebieten geschickt werde, um dem Volke die Augen zu öffnen über die unheilvolle Politik der Regierung. Alexinski wirft den Kadetten und der Rechten ihr Zusammengehen in dieser Frage vor und behauptet, daß in bezug auf die materielle Wohlfahrt nach historischem Gesetz ein unüberbrückbarer Gegensatz zwischen der Bourgeoisie und dem Volke bestehe. **Hessen** von der Kadettenpartei erklärt, die wahre Absicht der Sozialdemokraten bei ihrem Vorschlag der Entsendung einer Kommission sei nur, das Volk aufzuwiegeln, und fragt, wer denn die Verantwortung übernehmen wolle für die als Folge neuer Erhebungen zu erwartenden neuen Repressalien. Ministerpräsident **Stolypin** gibt nunmehr Erklärungen ab über die der Duma gesetzlich zustehenden Rechte. Er gibt zu, daß die Gesetzgebung über die Organisation des Hilfsdienstes zur Bekämpfung der Hungersnot mangelhaft sei, und erklärt sich bereit, in bezug auf diese Hilfeleistung jede gewünschte Auskunft zu erteilen. Über diesen Gegenstand werde die Regierung einen Bericht, betreffend die bis jetzt ergriffnen Maßnahmen, veröffentlichen. Mit dem Antrag Roditschews sei die Regierung einverstanden. Dieser wird sodann mit 287 gegen 168 Stimmen angenommen. — Die Regierung legt der Duma das Budget und noch

54 Gesetzentwürfe vor. — Ein von 87 Abgeordneten eingebrachter Antrag, betreffend die Bildung einer Kommission zur Beratung einer Amnestie-Vorlage, ruft einen Beschluß der vereinigten Gruppen der Gemäßigten und der Rechten hervor, durch den die Gewährung einer allgemeinen und auch einer teilweisen Amnestie für in diesem Augenblick nicht zeitgemäß erklärt wird, weil sie als Schwäche der Regierung gedeutet werden könne.

25. März. Die Redner der Polen, Muselmanen und Oktobristen schließen sich dem Antrage der Kadetten auf Abschaffung der Feldkriegsgerichte an. Ein Priester bittet die zwei der Duma angehörige Bischöfe, die Todesstrafe zu verdammen. Bischof **Eulogius** erklärt darauf, er verdamme jeden Mord, und spricht sich gegen die Todesstrafe aus, bittet aber die Duma, auch die Taten der Terroristen zu verdammen.

26. März. Die Redner der Kadetten und der Linken halten zum Antrage auf Abschaffung der Feldkriegsgerichte heftige Ansprachen. Darauf spricht sich der Ministerpräsident **Stolypin** dahin aus, das Gesetz über diese Gerichte sei ein zeitweiliges und könne nicht eher als einen Monat nach der Einbringung des Antrages bei dem Dumapräsidenten abgeschafft werden. Aber abgesehen von diesen formellen Erwägungen sei es klar, daß die Duma von der Regierung eine gerade Antwort erwarte. Er könne sich mit Juristen von Fach wie Maklakoff nicht in eine Polemik einlassen, der Staat müsse aber die außergewöhnlichsten und energischsten Maßregeln ergreifen, wenn er in Gefahr sei. Es gebe keine Gesetzgebung, die der Regierung verbiete, die normale Ordnung der Dinge zu unterbrechen, wenn der Organismus des Staates bis in seine Grundfesten erschüttert werde. Es gebe im Leben des Staates verhängnisvolle Augenblicke, wo die Notwendigkeit gebieterischer sei als das Recht, wo man zu wählen habe zwischen der Richtigkeit der Theorien und der Sicherheit des Vaterlandes. Provisorische Maßnahmen wie das Gesetz über die Kriegs- und Feldgerichte könnten nicht den Charakter dauernder Einrichtungen annehmen, sie seien dazu bestimmt, die Flut des Verbrechens zu brechen und dann zu verschwinden. Die Regierung könne aber noch nicht die Ruhe gewährleisten, ohne zu außergewöhnlichen Maßnahmen zu greifen. Stolypin weist darauf hin, daß die auf dem Kongreß der Sozialrevolutionäre gefaßten Beschlüsse die Massen des Volks aufrufen zu einer bewaffneten Erhebung, und daß deren endliches Ziel die demokratische Republik sei. Stolypin fährt fort: Ich frage Sie, darf die Regierung unter derartigen Umständen der revolutionären Bewegung nachgeben? Die Regierung hat die Überzeugung, daß das Land von ihr nicht einen Beweis der Schwäche, sondern einen Beweis des Vertrauens erwartet. Wir wollen glauben,

daß Sie dem blutigen Wahn Einhalt tun werden, daß Sie das Wort aussprechen werden, das uns alle zwingen wird, an der Wiederherstellung und der Herrlichkeit Rußlands mitzuarbeiten. Inzwischen wird die Regierung die Zuständigkeit der Kriegs- und Feldgerichte auf außergewöhnliche Fälle und auf die verwegensten Verbrechen beschränken, und wenn die Reichsduma Rußland auf der Bahn ruhiger Arbeit vorwärts gebracht haben wird, wird das Gesetz über jene Gerichte schon durch die Tatsache, daß es nicht den gesetzgebenden Körperschaften vorgelegt wird, außer Kraft treten. Die Beruhigung Rußlands ist in Ihren Händen. Rußland wird das von Henkershand vergossene Blut von dem Blut zu unterscheiden wissen, das durch die Hand der gewissenhaften Ärzte vergossen wird, die außerordentliche Maßnahmen anwenden, die die einzige Hoffnung zur Heilung des Kranken bieten. — Hiernach setzt die Duma eine Kommission ein zur Prüfung des Antrags auf Abschaffung der Kriegsgerichte.

28. März. Die Duma ehrt das Andenken an Jollos, das am Tage vorher in Moskau ermordete Mitglied der frühern Duma. — Über die beschäftigungslosen Arbeiter entsteht in der Duma eine lebhafte Verhandlung. Der Führer der Sozialdemokraten beschuldigt die Regierung und den Verband wahrhaft russischer Leute, daß sie an allen Leiden des Landes schuld seien. Das Heil Rußlands liege in der Ausbreitung der Revolution. Redner fordert die Duma auf, die ausübende Gewalt an sich zu reißen. Die Duma beschließt nun die Einsetzung einer Kommission für die Arbeitslosen, mit der Aufgabe, Mittel zur Unterstützung dieser Arbeitslosen ausfindig zu machen und Informationen über die Frage zu sammeln. Der Handelsminister **Philossoffow** erklärt, die Regierung halte die Einsetzung einer Dumakommission für die Frage der beschäftigungslosen Arbeiter für nützlich, aber sie sei gegen gesetzwidrige Untersuchungen von Dumamitgliedern an Ort und Stelle. Die Regierung sei bereit, die Arbeiter, die Opfer wirtschaftlicher Krisen geworden, zu unterstützen, aber man könne nicht verlangen, daß sie denen helfe, die den politischen Streik predigen und die Arbeiterklasse desorganisieren.

1. April. Die Duma verhandelt über die Agrarfrage. **Fürst Mirski** stellt den Satz obenan: „Das Recht des Privatbesitzes ist heilig.“ Die Regierung müsse unbedingt den Großgrundbesitz schützen, der der Agrarfrage keinesfalls zum Opfer fallen dürfe. „Stirbt der Gutsbesitzer, so führt Redner aus, so stirbt auch die Kultur. Der Bauernstand ist die weidende Herde, die sich um den Gutsbesitzer als den Hirten scharen muß.“ — Der Sozialdemokrat **Cereteli** weist auf die Entstehung der großen Besitzflächen hin. Die meisten Großgrundbesitzer hätten ihr Land von der Regierung geschenkt erhalten.

Die Regierung habe damals über allem Recht gestanden und müsse es heute ebenfalls tun, um gerecht zu sein, also das damals verschenkte Land seinen gegenwärtigen Besitzern wieder abnehmen und es der landarmen Bevölkerung übermitteln, der es ursprünglich gehörte. — **Karawajew** von der Arbeitergruppe entwickelt den Plan der „Nationalisation". Jeder, der arbeiten will, soll nach den Ausführungen des Redners so viel Land erhalten, wie er bedarf, und zwar unentgeltlich nach gesetzlich bestimmter Abmessung, da das Land der gesamten Nation gehöre. — Der frühere Minister **Kutler** spricht sich zugunsten einer Zwangsenteignung des Grundbesitzes mit einer billigen Entschädigung aus und widerlegt die Utopien der äußersten Linken, die unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen unausführbar seien. — **Dmovsky** (Pole) besteht auf einer vollständigen Neugestaltung des politischen Regimes vor der Agrarreform, die insbesondre in Polen nur durch einen nationalen Landtag eingeführt werden könnte. Fürst Wassiltschikow erklärt, die Regierung sei überzeugt, daß das Elend des Volkes aufhören werde, nachdem die Landwirtschaft an die Spitze aller wirtschaftlichen Fragen im Staate gestellt worden sein werde. Das Prinzip des unverletzlichen Grundeigentums werde von der Regierung bewahrt werden, weil das Grundeigentum die einzige Grundlage fruchtbarer Arbeit des Ackerbaues bilde.

2. April. Der Finanzminister **Kokowzew** bemerkt zur Begründung des vorgelegten Budgets: Mäßigung habe die Grundlage für die Aufstellung des Regierungsbudgets gebildet. Man werde vielleicht einwenden, er habe nicht genügend die bedrängte Lage des Landes berücksichtigt; aber kritisieren sei leicht. Was bei der privaten Sparsamkeit schwierig sei, das sei es auch bei der staatlichen Sparsamkeit. Rußland könne gewisse Ausgaben nicht herabsetzen; so z. B. die Rückzahlung der Anleihen und andre Ausgaben wirtschaftlicher Natur, weil sonst auch ein Rückgang der Einnahmen eintreten würde. Eine Herabsetzung der Hauptausgaben sei auch nur möglich bei entsprechender Änderung der Gesetze. Andre Länder haben die Periode durchgemacht, an der Rußland krankt, man hörte dort dieselben Klagen, man beantragte die Abschaffung von Steuern und deren Ersetzung durch andre, die nur die besitzenden Klassen treffen sollten, aber versprechen und erfüllen sei zweierlei. Der schlimmste Fehler würde sein, die Einnahmen zu groß in das Budget einzustellen. Nach großen Bemühungen sei es ihm gelungen, für 1907 mit den bestehenden Einnahmen auszukommen und die gewöhnlichen Einnahmen aus den bestehenden Steuern zu decken. Das ordentliche Budget balanciere ohne Defizit, und nur das außerordentliche Budget weise ein Defizit auf; das sei aber kein Grund zum Erschrecken. Die ordentlichen Einnahmen dürften nicht regelmäßig zur Deckung der außerordentlichen Ausgaben verwendet

werden. Man solle nicht mit Besorgnis in die Zukunft blicken. Jeder Staat habe in gleicher Lage zu Anleihen Zuflucht genommen. Der Minister erinnert an den Ausspruch Thiers', daß kein Defizit vorhanden sei, wenn der Staat zu außerordentlichen Ausgaben gezwungen sei, vorausgesetzt, daß er eine Anleihe aufnehmen und die Zinsen bezahlen könne. Der Minister führt weiter aus, der Staat kehre zu normalem Leben zurück, wenn das Budget sich den Staatserfordernissen anpasse und die Regierung nicht in die Notwendigkeit versetze, ungeheure Ausgaben außerbudgetmäßig zu decken. Die Hoffnung auf schleunige Wiederkehr normalen Lebens werde dann zur Gewißheit. Der Minister fährt fort: „Die Unruhen müssen aufhören, die unser Vaterland zu Boden drücken, und es muß wieder Ruhe eintreten, damit jeder weiß, daß er wieder ruhig arbeiten und die Früchte seiner Arbeit genießen könne. Sie werden dann eine schnellere Wiederherstellung unsers Kredits und unsrer Finanzlage sehen, wie sie den Finanzen von Rechts wegen gebührt, als denen eines großen Landes, das unerschöpfbare Reichtümer und eine Bevölkerung von 150 Mill. besitzt." Der frühere Landwirtschaftsminister **Kutler** wirft dem Budget Mangel an Klarheit vor. Es weise große Lücken auf. Die Staatseinnahmen kämen aus indirekten Steuern, die eine unerträgliche Last für die armen Klassen bildeten, während die besitzenden Klassen nicht getroffen würden. Die Staatseinnahmen hingen in erster Linie von dem Alkoholmonopol ab, weil der Fiskus viel mehr Alkohol hergestellt habe, als es früher der Fall gewesen sei. Redner greift die Eisenbahnen sowie andre staatliche Unternehmungen und führt Beispiele von gänzlich überflüssigen Einrichtungen an. Rußland leide unter dem Anwachsen der Zinsen seiner Anleihen. Das Heer von Beamten sei zahlreich, und es gebe viele überflüssige. Die Duma müsse ihre Rechte als gesetzgebende Versammlung in die Tat umsetzen und ihr Möglichstes tun, um eine Finanzreform durchzuführen.

Hierauf erwidert der Finanzminister **Kokowzew**: Die Ausführungen über veraltete Gesetze dienten zu nichts, denn solange sie bestünden, müßten sie beobachtet werden. Die Angabe, daß 1300 Millionen der Staatseinnahmen von den armen Klassen aufgebracht würden, sei richtig; Rußland habe eben wenig besitzende und viel arme Klassen, dagegen könne man nichts machen. Die innern Unruhen seien die alleinige Ursache der enormen Zinsen, aber auch Frankreich und England hätten Steuern zahlen müssen nach den durch Kriege hervorgerufnen Krisen, und wenn Rußland eine Schuld habe, für die es 381 Millionen Zinsen zahle, so sei das weniger, als Frankreich zahle, das nur eine Bevölkerung von 40 Millionen habe. — Die Redner der äußersten Linken greifen das Budget in heftigen Ausdrücken an.

4. April. Karachewsky sagt namens der Sozialdemokraten, die Rechte der Duma bezüglich des Budgets seien unbedeutend; sie werde das Budget nicht bewilligen. — **Stezky** (Pole) spricht von der allgemeinen Politik der Regierung und sagt, diese sei der Feind des russischen Volkes. Im Budget fänden sich keine Angaben über die bürgerliche Freiheit. Die Polen würden nicht aufhören, gegen die Bureaukratie anzukämpfen, solange ihre Rechte beschränkt seien. Das Budget sei ungenügend für die Polen, die nur ein Budget bewilligen würden, das von einem autonomen polnischen Landtage geprüft sei. Die Regierung müsse jedenfalls vor allen Dingen die lokale Selbstverwaltung verwirklichen, damit die Bevölkerung überall sich über ihre dringendsten Bedürfnisse selbst äußern könne, für die die Regierung dann Abhilfe schaffen müsse.

Finanzminister **Kokowzew** erwidert: Es gibt hier keine Feinde des russischen Volkes. Hier gibt es Vertreter des Volkes, die durch den Willen des Monarchen berufen sind, um die Wünsche des Volkes vorzubringen, und hier gibt es Minister, die durch den Willen des Monarchen berufen sind, um aufmerksam zuzuhören, was in der Duma vorgeht, um die Wünsche des Volkes in Übereinstimmung mit dem Gesetze und den Mitteln, die die Regierung besitzt, zu erfüllen; eine schwere Aufgabe, die der Monarch der Regierung übertragen hat. Das russische Volk beziehe aus Polen keine Einnahmen, und die Ausgaben für Polen wären viel größer als die dorther stammenden Einkünfte. Das russische Volk sei zu diesen Ausgaben gezwungen, weil Polen nicht nur ein kultiviertes Land, sondern auch ein Land der Morde und der Revolution sei. Das russische Volk unterhalte in Polen eine Armee, weil Polen eine der äußersten Grenzen des Landes bilde. Das russische Volk habe viel zu der Entwicklung Polens beigetragen; es habe dort z. B. eine große Industrie geschaffen.

Der Sozialdemokrat **Alexinski** greift die Regierung an, der er vorwirft, daß sie nur Vertreterin gewisser reicher und vornehmer Kreise sei. Er behauptet, die budgetären Rechte der Duma seien nur scheinbare, in Wahrheit sei die Duma eine vollständige Null. Wenn die Regierung die Duma um ihre Genehmigung bitte, so geschehe es, weil sie das Bedürfnis habe, Fehler vor Rußland, ja vor der ganzen Welt zu decken, und weil sie eine neue Anleihe machen müsse. Redner liest aus der englischen Zeitschrift „Economist" vor, die ausgeführt hat, daß die russische Regierung in Zukunft keine Anleihe ohne die Duma aufnehmen würde, und die nach der Auflösung der ersten Duma gesagt hat, die Auflösung wäre ein Treubruch. Redner verliest einen Antrag der Sozialdemokraten, der darauf hinausgeht, daß die Duma sich weigere, das Budget zu genehmigen und es auch nicht an die Budgetkommission überweise. Das sei das einzige, was die Duma tun könne; sie werde dem Volke sagen, daß sie nichts gegen die Mißbräuche der Bureaukratie auszurichten vermöge. Redner legt Verwahrung ein gegen das Verhalten der Kadetten, die

die Interessen der Demokratie dem Bestreben, sich mit der Regierung zu verständigen, zum Opfer brächten. — Die polnische Fraktion tritt heftig gegen die Regierung auf. **Stezky** nennt die Regierung den Feind des russischen Volkes und erklärt, daß seine Partei nur ein von einem autonomen polnischen Landtage geprüftes Budget bewilligen würde. Finanzminister **Kokowzew** weist diese Äußerungen scharf zurück und erinnert daran, daß die Ausgaben für Polen viel größer seien als die dorther stammenden Einkünfte.

5. April. Ministerpräsident **Stolypin** teilt dem Präsidenten der Reichsduma mit, die Regierung werde unmittelbare Beziehungen zwischen der Duma und den Semstwos, weil sie ungesetzlich seien, unter keinen Umständen zulassen.

9. April. Die Duma beschäftigt sich wieder mit der Agrarfrage. Mehrere Redner erörtern sie in langen Reden. **Schulguin** wendet sich gegen die sozialistischen Lehren über die Abschaffung der Besitztitel am Grundeigentum und kündigt einen Antrag an, nach dem die Abschaffung aller Rechte an materiellem und geistigem Eigentum verlangt wird. Ein bäuerlicher Abgeordneter macht sich darüber lustig, daß das Grundeigentum unverletzlich und geheiligt sein solle, und schließt mit der Drohung, daß das gereizte Volk, wenn es seine Feinde angreifen würde, nichts übrig lassen und schließlich der einzige Herr sein werde. — Das Budget wird an die Kommission gewiesen.

11. April. Der Vizepräsident des Verbandes wahrhaft russischer Leute **Purischkewitsch** fordert die Dumamitglieder auf, sich zu Ehren der von Revolutionären Ermordeten von ihren Sitzen zu erheben. Die Duma nimmt den Vorschlag mit großer Mehrheit an.

12. April. Der Landwirtschaftsminister legt einen Gesetzentwurf vor zur Erleichterung der Auswanderung nach dem fernen Osten. — Nach den Feststellungen der Kommission gruppieren sich die Mitglieder der Duma endgiltig wie folgt: Sozialdemokraten 64, revolutionäre Sozialisten 34, Volkssozialisten 14, Arbeiterpartei 100, Mohammedaner 30, Kosaken 17, Kadetten 91, Polen 46, Partei der demokratischen Reformen 1, Parteilose 50, Gemäßigte und Oktobristen 32, Monarchisten 22. — Nach heftigen Beratungen weist die Duma an die Kommission einen Vorschlag des Justizministers, einige Dumamitglieder von der Duma auszuschließen, die auf Grund des § 126 des Strafgesetzbuches unter Anklage gestellt sind, der die Zugehörigkeit zu Gesellschaften betrifft, die den Umsturz des bestehenden Regiments zum Zwecke haben.

17. April. Heftige Verhandlungen in der Duma über die Ereignisse in Riga, wo bei einem Fluchtversuche am 13. d. M. 7 Ge-

fangne getötet und 17 verwundet wurden, während die übrigen 74 vor das Feldkriegsgericht gestellt werden.

19. April. Bei der Besprechung eines Antrags auf Ungiltigerklärung der Wahlen im Gouvernement Tambow greift **Roditscheff** die Regierung an, die er der Wahlfälschung beschuldigt. Die Duma beschließt aber, die Wahlen für giltig zu erklären. Präsident **Golowin** verliest Proteste der Budgetkommission gegen die Haltung des Ministerrats, der sich weigerte, der Kommission Aktenstücke vorzulegen, die sich auf die interne Geschäftsführung der Ministerien bei der Aufstellung ihrer Budgets beziehen. — Ferner wird eine von dreißig Dumamitgliedern unterschriebne Anfrage über die grausame Behandlung der Staatsgefangnen in dem sibirischen Gefängnis von Akatu verhandelt.

23. April. Der Gehilfe des Ministers des Innern **Makarow** gibt die Richtigkeit der meisten Fälle in Riga in bezug auf die Geheimpolizei zu und erklärt, daß der Minister des Innern eine Untersuchung zur Bestrafung der Schuldigen angeordnet habe; das Ergebnis dieser Untersuchung müsse abgewartet werden. Der Gehilfe des Ministers der Justiz **Lutze** erklärt den Bericht, soweit er sich auf die Staatsanwaltschaft bezieht, für übertrieben. Der Präsident macht darauf Mitteilung, daß 45 Abgeordnete einen Antrag betreffend die Autonomie Polens eingebracht haben. Dieser fordert:

Einen besondern Landtag, eine besondre Finanzgesetzgebung und eine besondre administrative Verwaltung mit einem Statthalter in Warschau an der Spitze. Ferner fordert der Antrag besondre Justizeinrichtungen mit einem Senat in Warschau für das Königreich Polen und die Schaffung eines Ministers für die Angelegenheiten Russisch-Polens, der im russischen Ministerrate Sitz und Stimme hat. Von der Kompetenz des polnischen Landtages sollen ausgeschlossen bleiben: Die Angelegenheiten des Ministeriums des Auswärtigen, der Armee und Flotte sowie der Verkehrsmittel, des Münzwesens und die allgemeinen Reichsangelegenheiten. In die Zuständigkeit des polnischen Landtags würden die übrigen Angelegenheiten fallen, so die Steuergesetzgebung und die Aufstellung des Budgets für das Königreich Polen. Die durch den polnischen Landtag in Warschau beschlossenen Gesetze sind der kaiserlichen Genehmigung zu unterbreiten und vom Statthalter für Polen gegenzuzeichnen. Der polnische Landtag soll alljährlich in Warschau zusammentreten und mindestens drei Monate versammelt bleiben.

24. April. Der Dumapräsident **Golowin** wird vom Kaiser in Audienz empfangen und berichtet ihm über die bisherige Tätigkeit der Duma.

25. April. Ein von der Rechten eingebrachter Antrag, einen Tag nach den Osterfeiertagen festzusetzen, an dem über die Mißbilligung politischer Verbrechen verhandelt werden soll, wird abgelehnt. Im Laufe der Verhandlung darüber waren die Redner der Rechten unter Hinweis auf die sich mehrenden politischen

Morde für baldige Verhandlung des Antrags eingetreten und hatten gebeten, ihnen Gelegenheit zu geben, nachzuweisen, daß, wenn das Haus seiner Mißbilligung politischer Verbrechen Ausdruck gäbe, viele Menschenleben gerettet werden könnten.

Über die Agrarfrage halten wiederum mehrere bäuerliche Abgeordnete heftige Reden, in denen sie die Grundeigentümer, die Regierung und selbst die konstitutionell-demokratische Partei angreifen, die den Ankauf der Ländereien vorschlage, die doch von den Bauern mit deren hartnäckiger Arbeit bereits mehrmals bezahlt seien. Der Bauer Moroz erklärt: Wir stehn vor verschlossener Tür und verlangen Brot, um nicht vor Hunger zu sterben. Wir klopfen leise an, aber man ist still. Wir klopfen stärker, aber man will uns nicht hören. Sollen denn wir, hundert Millionen ausgehungerter Menschen, die Tür mit Gewalt brechen? Seid auf eurer Hut, meine Herren Grundbesitzer, noch ist es Zeit, aber bald wird es zu spät sein. Der Tambower Bauerndeputierte Kiszelow meint, wenn die Regierung und die Rechte nicht durch die mit dem Feldgericht und den Straferpeditionen erreichten Erfolge verblendet wären, würden sie die Stimme des Volkes hören, solange es noch nicht zu spät ist. Wir sind nicht gekommen, um zu drohen, wir wollen vielmehr die Frage auf friedlichem Wege lösen, solange dies noch möglich ist; wir befürchten aber, daß selbst eine Verspätung von wenigen Tagen und Stunden gefahrbringend werden kann. Der Bauer Kalukow erklärt, er wolle nicht mehr viel Worte machen, weil die Frage für ihn sehr einfach liege. Wenn die Regierung die Stimme des Volkes nicht hören wolle, so würden die Bauern einfach das ganze Land nehmen und aufteilen, ohne noch viel zu reden.

29. April. Zur Rekrutierungsvorlage erklärt der Kriegsminister, nach dem Kriege mit Japan sei es besonders notwendig, das militärische Prestige Rußlands aufrecht zu erhalten. „Wollen Sie uns das erforderlich erachtete Rekrutenkontinent nicht bewilligen, sagt er, so werden wir es ohne Sie ausheben auf Grund des Paragraphen 119 der Staatsgrundgesetze.“ Hierauf verliest der Kriegsminister diesen Paragraphen. „Sie müssen uns die verlangten Soldaten bewilligen.“ — **Hessen** fordert das Haus auf, angesichts eines so ernsten Augenblicks die Ruhe zu bewahren und sagt: „Als der Kriegsminister in solchem Tone sprach, vergaß er, daß er zu Vertretern des ganzen russischen Volkes sprach.“ Hessen fordert dann die Duma auf, die Worte des Ministers zu ignorieren und die sachliche Debatte zu eröffnen. Es kommt nun zu heftigen Lärmszenen, als der Sozialdemokrat **Surabow** ruft, solange das gegenwärtige autokratische Regime fortbestehe und die Armee zum Polizeidienst im Innern verwandt werde, würden ihr immer die moralischen Eigenschaften fehlen, gegen einen äußern Feind zu kämpfen. Nach weitern Angriffen gegen den Thron und die Armee vergrößert sich der Lärm.

30. April. Die Duma nimmt die Rekrutierungsvorlage an, wonach der Rekrutenbestand 462950 Mann betragen soll. Vierzig Abgeordnete bringen einen Gesetzentwurf ein zur Aufhebung der Feld-

gerichte wie Revision aller Prozesse während der Tätigkeit der Feldgerichte durch die ordentlichen zuständigen Gerichtshöfe. Der Antrag wird angenommen. — Das Haus bewilligt sodann fünf Millionen Rubel zur Beihilfe für die von der Hungersnot betroffnen Gebiete.

14. Mai. Bei der Beratung des Budgets der Kanzlei der Duma erklärt ein Gehilfe des Ministers des Innern, die Regierung wolle die Etatsberatung beschleunigen. Sie bestehe nicht darauf, daß auf technische Erwägungen eingegangen werde, aber sie verlange Beachtung des Gesetzes, das für die höchsten Beamten der Dumakanzlei höhere Bildung fordert. Nach heftigen Verhandlungen werden die Etatsforderungen genehmigt.

15. Mai. Der Reichsrat lehnt den von der Duma ausgearbeiteten Gesetzentwurf betreffend die Aufhebung der Feldgerichte und auf Revision der von diesen gefällten Urteile ab. Der Justizminister weist nach, daß dieser Gesetzentwurf unannehmbar sei, da er von der Duma ohne Beobachtung der gesetzlichen Formalitäten ausgearbeitet worden wäre.

17. Mai. Die Duma verhandelt über den Antrag von 168 Abgeordneten, eine Kommission zu wählen, die die vom Unterrichtsminister eingebrachten Gesetzentwürfe betreffend den öffentlichen Unterricht prüfen soll. Der Unterrichtsminister ergreift das Wort:

Er dankt der Duma für die Beachtung, die sie seinen Entwürfen geschenkt habe, betont die Notwendigkeit des öffentlichen Unterrichts, da Rußland das einzige Land sei, wo die Zahl der des Schreibens Unkundigen so groß sei. Die letzten statistischen Feststellungen hätten ergeben, daß nur 29 Prozent Männer und 13 Prozent Frauen lesen und schreiben können. Die Russen, sagte der Minister, stehen hinter allen Nationen zurück, man müsse sie aus der Unwissenheit herausführen und dem Prinzip zum Siege verhelfen, das von Peter dem Großen proklamiert worden sei, nämlich, daß der öffentliche Unterricht nicht das Privilegium einzelner, sondern ein Bedürfnis für das ganze Volk sei. Man werde zwar ungeheure Opfer bringen müssen für diesen Zweck und man werde das Budget des Unterrichtsministeriums, das jetzt 16 Millionen betrage, versiebenfachen müssen, aber man dürfe an Geld nicht sparen; dies würde die beste Verwendung des Nationalvermögens seit der Gründung Rußlands sein. Acht Millionen Kinder könnten keinen Unterricht erhalten, weil Rußland 250000 Schulen nötig habe, während nur 90000 vorhanden seien. Der Minister bittet, die Vorlagen einer Kommission zu überweisen, und schließt seine Rede damit, daß die Gesellschaft den politischen Umtrieben in den Schulen ein Ende bereiten müsse. Die Regierung allein könne dieses Übel ohne die Hilfe der Eltern und der Allgemeinheit nicht bekämpfen.

20. Mai. Der Ministerpräsident **Stolypin** macht in Beantwortung einer von Mitgliedern der Rechten eingebrachten Anfrage über die Attentatspläne gegen den Kaiser folgende Mitteilungen: Im Februar hätten die Sicherheitsbehörden erfahren, daß sich in Petersburg eine geheime Gesellschaft gebildet habe zu dem Zweck, eine Reihe

terroristischer Akte zur Ausführung zu bringen. Am 13. April habe man 28 Personen, die dieser Gesellschaft angehörten, verhaftet. Durch die bisherige Untersuchung sei festgestellt, daß viele der verhafteten Personen in die Partei der Sozialrevolutionäre eingetreten seien, um einen Anschlag gegen den Kaiser ins Werk zu setzen und Gewalttaten gegen den Großfürsten Nikolaus Nikolajewitsch und den Ministerpräsidenten zu verüben. Die Mitglieder der Vereinigung hätten versucht, in das kaiserliche Palais einzudringen, doch seien diese Versuche nicht gelungen. Die Duma nimmt darauf einstimmig folgende Tagesordnung an: „Von lebhafter Freude über die glückliche Rettung des Kaisers aus der Gefahr, die ihn bedrohte, erfüllt und voll tiefer Entrüstung über den verbrecherischen Anschlag geht die Duma zur Tagesordnung über."

23. Mai. Ministerpräsident **Stolypin** gibt die Absicht der Regierung kund, selbst in großen Zügen ein Agrarprojekt zur Vorlage zu bringen, weil die Agrarkommission wenig Aussicht habe, die im Laufe der Verhandlungen entwickelten Ansichten in Übereinstimmung zu bringen. Stolypin kritisiert dann die Entwürfe der verschiednen Parteien der Linken. Es würde sich daraus ein wirklicher Staatsstreich und eine soziale Umwälzung ergeben. Die Redner der Linken hätten das auch selbst bemerkt.

Es sei ersichtlich, daß die Verteilung aller Ländereien unter alle nicht der Landarmut in verschiednen Provinzen steuern werde. Es werde also nötig sein, auf das Mittel zurückzugreifen, das die Regierung selbst vorschlage, nämlich die Auswandrung. Die Bevölkerung des europäischen Rußlands allein nehme jährlich um 1625000 Seelen zu, und es würden, wenn man zehn Desjätinen auf die Familie rechne, jährlich $3^1/_2$ Millionen Desjätinen allein für diese Bevölkerungszunahme nötig sein. Alles würde in Rußland gleich gemacht, der Trieb zur Arbeit würde gebrochen und das Kulturniveau herabgesetzt werden. Das Endergebnis werde ein neuer Staatsstreich sein, da starke und geschickte Männer sich ihr Eigentumsrecht mit Gewalt wieder verschaffen würden. Man mache der Regierung den Vorschlag, Rußland in eine Ruine zu verwandeln und darauf ein neues Vaterland aufzubauen. Ich denke, Rußland wird nicht an der Schwelle seines zweiten Millenniums zusammenbrechen, ich glaube vielmehr, es wird sich wieder erholen und vorwärts gehn. Stolypin kritisiert sodann das Programm der konstitutionell-demokratischen Partei, das voller Widersprüche und unklar sei. Einmal anerkannt, zerstöre das Prinzip der gewaltsamen Enteignung den Begriff des Eigentums. Die Regierung schließe sich einem andern Gedanken der Partei an, nämlich dem der wirtschaftlichen Freiheit der Bauern. Die Partei proklamiere den Grundsatz der Staatshilfe für die Bevölkerung, aber dieser Grundsatz stehe in krassem Widerspruch zu der Maßnahme einer gewaltsamen Enteignung. Der Minister weist sodann auf die Agitation unter den Bauern hin. Die Regierung schließe sich den Kreisen des Publikums an, die das Leben der Bauern auf gesetzlichem Wege verbessern wollen. Zu dem Zwecke müsse der Bauer in den Besitz der Früchte seiner Arbeit kommen. Allen Bauern müsse das nötige Land gegeben werden. Man

habe gesagt, daß zu diesem Zweck 57 Millionen Desjätinen notwendig seien, während die Regierung nur 10 Millionen besitze; aber die Regierung habe soeben erst ihr Werk begonnen. Man habe die Landbank angegriffen. Man sage, man solle alles unterlassen. Die Regierung glaube dagegen, daß man nichts unterlassen, sondern verbessern solle, was man begonnen habe. — Der Minister geht dann zu der staatlichen Hilfeleistung über. Der Staat sei krank, und sein kränkster Teil seien die Bauern. Deshalb müsse man ihnen helfen. Es sei vorgeschlagen, 130000 Domänen unter die Bauern zu verteilen, aber man könne einen kranken Körper nicht wieder zu Kräften bringen, indem man ihn mit Stücken seines eignen Fleisches nähre. Man müsse den Organismus aufrütteln, ihn wieder in Fluß bringen, dann würde er selbst die Krankheit überwinden.

Alle Parteien des Staates müßten daran teilnehmen; das wäre vielleicht Sozialismus, aber Staatssozialismus. Der Staat könne Privatländereien kaufen, die mit den staatlichen und kaiserlichen Domänen einen Ländereifonds bilden würden. Die Preise würden nicht steigen, da das Angebot an Ländereien beträchtlich sei. Die Bauern, die großen Mangel an Ländereien hätten, könnten solche unter günstigen Bedingungen aus diesem Fonds erhalten. Die Bauern seien zurzeit arm und könnten die hohen Prozente, die der Staat fordre, nicht zahlen. Dieser könnte jedoch die Differenz zwischen dem Prozentsatz der zu emittierenden Obligationen und dem Prozentsatz, der für die Bauern als normal anerkannt würde, übernehmen, und die Differenz könnte in das Budget eingestellt werden. So würden alle Klassen dazu herangezogen, den Bauern zu helfen, Land zu erwerben, dessen sie benötigten. Die Zwangsenteignung würde in dem ruinierten Rußland noch eine Klasse ruinierter Grundeigentümer schaffen. Die Zwangsenteignung könne nötig sein, aber nur in Ausnahmefällen.

Stolypin schließt: „Meine Erfahrung von zehn Jahren hat mich überzeugt, daß man an der Agrarfrage ständig arbeiten muß, daß es unmöglich ist, sie sofort zu lösen. Wir schlagen einen bescheidnen, aber wirklichen Weg vor, die Staatsfeinde dagegen möchten den Weg des Radikalismus, den Weg der Vernichtung der Geschichte Rußlands und der Loslösung von seinen Kulturtraditionen wählen. Sie wollen große Umwälzungen, wir wollen ein großes Rußland."

28. Mai. Die Duma lehnt mit 215 gegen 146 Stimmen einen Antrag auf Verurteilung der politischen Verbrechen ab.

30. Mai. Beratung über die Ereignisse in Riga, wo Folterungen in den Gefängnissen vorgekommen sein sollen. Von seiten der Regierung werden Erläuterungen zugegeben, aber die Duma beschließt: „In Erwägung, daß die Erklärungen der Regierung nicht befriedigend sind und Beamte der öffentlichen Gewalt sich in den baltischen Provinzen Gesetzwidrigkeiten haben zuschulden kommen lassen, geht das Haus zur Tagesordnung über."

12. Juni. Ministerpräsident **Stolypin** richtet an den Präsidenten der Duma ein Schreiben mit der Bitte, die Duma möge bald über die Auslieferung der acht Abgeordneten beraten, die wegen Verbrechen angeklagt sind, auf denen der Verlust der bürgerlichen

Ehrenrechte steht. Der Ministerpräsident weist auf die Erschwerung der Untersuchung hin, die darin liege, daß die Duma bisher diese Angelegenheit nicht hat prüfen wollen, sowie darauf, daß mit geringer Mehrheit gefaßte Beschlüsse bei einer Verurteilung der angeklagten Abgeordneten für hinfällig erklärt werden könnten. — Die Sozialdemokraten bringen einen Gesetzentwurf ein, betreffend die Versammlungsfreiheit. Nach ihm sollen alle russischen Bürger ohne Unterschied des Alters und Geschlechts das Recht haben, an beliebigem Orte, unter freiem Himmel oder in geschlossenen Räumen Versammlungen abzuhalten, ohne daß polizeiliche Genehmigung erforderlich ist. Beamte, die solche Versammlungen stören wollen, sollen mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft werden.

14. Juni. Präsident Golowin erhält ein Schreiben des Ministerpräsidenten Stolypin, das besagt, er habe der Duma Mitteilungen zu machen, die keinen Aufschub dulden, und ersuche, ihm sofort bei Eröffnung der Sitzung der Reichsduma das Wort zu erteilen und auf Grund des Artikels 44 die Öffentlichkeit der Sitzung aufzuheben wegen Zugehörigkeit von Abgeordneten zur revolutionären Kampforganisation sowie Vorbereitung eines bewaffneten Volksaufstandes. — In der Sitzung erklärt der Ministerpräsident **Stolypin**, die von ihm gestellte Frage müsse sofort in der Duma entschieden werden. Wenn das Haus sich weigere, die angeklagten 16 Abgeordneten sofort abführen zu lassen, fasse die Regierung dies als eine Erklärung auf, daß es mit der Regierung nicht weiterarbeiten wolle. Die Regierung lehne jede Verantwortung für die Sicherheit des Staates ab, wenn die Angeklagten nicht sofort festgenommen würden.

16. Juni. Durch Ukas an den Senat ordnet der Kaiser an, 1. die Duma aufzulösen, 2. neue Wahlen vom 14. September d. J. ab anzusetzen, 3. als Zeitpunkt der Einberufung der Duma den 14. November d. J. festzusetzen. Außerdem werden auch ein Kaiserliches Manifest und ein neues Wahlgesetz veröffentlicht.

Das Kaiserliche Manifest.

In dem Manifest, das mit den Worten beginnt: „Wir Nikolaus II., von Gottes Gnaden Kaiser und Selbstherrscher aller Reußen, Zar von Polen, Großfürst von Finnland usw.", tut der Kaiser zunächst seinen getreuen Untertanen kund und zu wissen, daß gemäß seinem Befehle und seinen seit Auflösung der ersten Reichsduma gemachten Verheißungen die russische Regierung eine Reihe von Maßnahmen ergriffen habe, um das Land zu beruhigen und eine regelmäßige Abwicklung der Staatsgeschäfte herbeizuführen. Die zweite von

uns einberufne Reichsduma, heißt es in dem Kaiserlichen Erlaß weiter, ist zusammenberufen worden gemäß unserm souveränen Willen, um zu der Beruhigung Rußlands beizutragen hauptsächlich durch gesetzgeberisches Wirken, ohne das das Bestehen eines Staates und die Ausgestaltung seiner Verwaltung unmöglich ist, ferner durch eine Prüfung der Budgeteinnahmen und -ausgaben, durch die die Regelmäßigkeit der nationalen Wirtschaft bestimmt wird, und endlich durch weisen Gebrauch des Rechtes der Interpellation an die Regierung zu dem Zwecke, die Wahrheit und die Gerechtigkeit überall zu befestigen. Diese von uns den Erwählten der Nation anvertrauten Pflichten legten diesen die schwere Verantwortlichkeit und die heilige Verpflichtung auf, ihre Rechte zu gebrauchen für eine vernünftige und fruchtbringende Arbeit zum Wohle und zur Befestigung des russischen Staates. Dies war unser Gedanke und unser Wille, seitdem wir dem Volke die neuen Grundlagen für das Staatsleben gegeben haben. Zu unserm Kummer hat ein beträchtlicher Teil der Mitglieder der zweiten Reichsduma unsre Erwartungen nicht gerechtfertigt. Nicht mit reinem Herzen, nicht mit dem Wunsche, Rußland wieder zu befestigen und seine Verwaltung zu vervollkommnen, haben sich viele der Abgesandten des Volkes an die Arbeit gemacht, sondern in der ausgesprochnen Absicht, die Unruhen zu vermehren und zur Zersetzung des Staates beizutragen. Infolge der Tätigkeit dieser Personen hat die Reichsduma ein unüberwindliches Hindernis für eine fruchtbare Arbeit gebildet. Ein feindseliger Geist wurde in die Duma selbst hineingetragen und verhinderte dort den Zusammenschluß einer genügenden Anzahl von Mitgliedern, die gewillt gewesen wären, für die Interessen des Vaterlandes zu arbeiten. Aus diesem Grunde hat die Reichsduma über die weitgehenden, von unsrer Regierung ausgearbeiteten Maßnahmen entweder gar nicht verhandelt, ihre Diskussion verzögert oder sie verworfen, wobei sie nicht einmal vor der Zurückweisung von Gesetzen zurückscheute, die die offne Verherrlichung von Verbrechen mit Strafen belegten und insbesondre diejenigen mit Strafen bedrohten, die Beunruhigung in die Armee hineintrugen. Indem die Reichsduma so sich weigerte, Morde und Gewalttaten zu mißbilligen, hat sie auch der Regierung bei der Wiederherstellung der Ordnung die moralische Unterstützung nicht geleistet, und Rußland leidet nach wie vor unter der Schmach einer verbrecherischen Zeitperiode und unter großem Mißgeschick. Die Prüfung des Budgets seitens der Duma brachte Verwirrung in die notwendige Befriedigung vieler ein Lebensinteresse des Volkes bildenden Forderungen. Das Recht, Interpellationen an die Regierung zu richten, wurde von einem beträchtlichen Teile der Duma in ein

Mittel zur Bekämpfung der Regierung und zur Erregung von Mißtrauen gegen sie in weiten Schichten des Volkes umgewandelt. Endlich wurde ein in den Annalen der Geschichte unerhörter Akt begangen. Die Gerichtsbehörden entdeckten eine Verschwörung eines Teiles der Duma gegen den Staat und die Kaiserliche Gewalt. Aber als unsre Regierung die zeitweilige Ausschließung bis zum endgiltigen Urteilsspruch von 55 des Verbrechens angeschuldigten Dumamitgliedern und die Verhaftung der am meisten Verdächtigen von ihr forderte, erfüllte die Duma nicht unverzüglich die gesetzmäßige Forderung der Behörden, die einen Aufschub nicht zuließ.

Alle diese Umstände zwangen uns, durch Erlaß vom 16. d. M. an den Senat die zweite Duma aufzulösen und als Tag der Zusammenberufung der neuen Duma den 14. November festzusetzen. Im Vertrauen auf die Vaterlandsliebe und den politischen Sinn unsers Volkes sehen wir jedoch die Ursache des zweimaligen Mißerfolges der Tätigkeit der Reichsduma darin, daß wegen der Unvollkommenheit des Wahlgesetzes diese gesetzgeberische Einrichtung sich aus Mitgliedern zusammensetzte, die nicht die wahren Vertreter der Bedürfnisse und Wünsche des Volkes waren. Infolgedessen haben wir, indem wir alle durch das Manifest vom 30. Oktober 1905 unsern Untertanen erteilten Rechte und die Grundgesetze in Kraft lassen, den Entschluß gefaßt, das Verfahren für die Berufung der Volksvertreter in die Reichsduma abzuändern, damit jeder Teil unsers Volkes in ihr seine Vertreter habe. Die Duma, die berufen ist, den russischen Staat zu festigen, muß russisch sein, auch ihrem Geiste nach. Die andern Nationalitäten, die unserm Reiche angehören, sollen in der Reichsduma ebenfalls Vertreter ihrer Bedürfnisse haben, aber sie dürfen und werden nicht in einer Zahl in Erscheinung treten, die ihnen die Möglichkeit gibt, in rein russischen Fragen zu entscheiden. In den Staatsgebieten, wo die Bevölkerung noch keine genügende Stufe der bürgerlichen Entwicklung erreicht hat, müssen die Reichsdumawahlen einstweilen ausgesetzt werden. Auf dem gewöhnlichen gesetzgeberischen Wege durch die Reichsduma, deren Zusammensetzung von uns wegen der Unvollkommenheit des Verfahrens zur Wahl ihrer Mitglieder als unzulänglich erkannt worden ist, würden alle diese Abänderungen der Wahlordnung nicht eingeführt werden können. Das Recht, dieses Gesetz abzuändern und es durch ein neues zu ersetzen, kann nur der Macht zukommen, die das erste Wahlgesetz gegeben hat, nämlich der historischen Macht des russischen Kaisers. Unsre Kaiserliche Macht über unser Volk hat uns Gott verliehen. Vor seinem Altar werden wir die Verantwortung zu tragen haben wegen des Geschickes des russischen Staates. Aus dem Vertrauen hierauf

schöpfen wir den festen Entschluß, das von uns begonnene Werk zu Ende zu führen, das Werk der Reformation Rußlands, dem wir ein neues Wahlgesetz geben, mit dessen Veröffentlichung wir den Senat beauftragen. Von unsern getreuen Untertanen erwarten wir einmütigen, kraftvollen Dienst in der von uns angegebnen Richtung für das Vaterland, dessen Söhne zu jeder Zeit die feste Stütze seiner Macht, seiner Größe und seines Ruhmes gewesen sind. Gegeben Peterhof am 16. Juni 1907. Nikolaus.

Das neue Wahlgesetz läßt die allgemeinen Grundlagen des bisherigen fortbestehen. In den Gouvernements werden die Wahlen wie bisher durch besondre Versammlungen der Wähler der Bevölkerungsklassen bewerkstelligt werden, die auch früher wählten. Nicht eine Klasse, nicht eine Person, die das Wahlrecht bisher besaß, verliert es, und alle werden an der Wahl der Dumamitglieder in der bisherigen Ordnung teilnehmen. Die Verschiedenheit des neuen von dem alten Wahlgesetz besteht darin, daß durch das neue Wahlgesetz jeder Bevölkerungsklasse, nämlich den Grundbesitzern, den Bauern, den Städtern und den Arbeiten eine bestimmte Mindestzahl in der Volksvertretung gesichert wird. Andrerseits gibt es den intelligenten und in sozialer Hinsicht widerstandsfähigen Klassen einen Vorzug bei den Wahlen, indem es die Zahl ihrer Wähler in den Wahlversammlungen im Vergleich mit den Vertretern der nichtintelligenten Klassen vergrößert. Das Überwiegen dieser bei der ersten und bei der zweiten Wahl hatte eine Überfüllung der Duma mit Abgeordneten zur Folge, denen jegliche Vorbereitung für das Verständnis der Angelegenheiten der Staatsverwaltung abging, und von denen ein bedeutender Teil selbst der elementaren Bildung bar war. Schließlich setzt das neue Wahlgesetz die Zahl der Vertreter der Grenzmarken Rußlands — Polens und des Kaukasus — herab, die mit dem Reiche noch nicht bis zu einem solchen Grade verwachsen sind, daß ihre Vertreter von Verständnis für die Gemeinsamkeit ihrer Interessen mit denen der echt russischen Bevölkerung durchdrungen sein könnten. In den Grenzmarken, wo die bürgerlichen Beziehungen noch gänzlich unentwickelt sind, so in Turkestan, in den Steppengebieten und im Jakutskgebiet, werden die Wahlen zeitweilig eingestellt werden. Indem das neue Wahlgesetz den extremen Charakter des frühern beseitigt, verspricht es eine Reichsduma zu schaffen mit einem Bestande von Vertretern, die bereits in der lokalen Selbstverwaltung Erfahrung haben und an friedliche, ruhige Arbeit gewöhnt sind.

19. Juni. Der Vorsitzende des Verbandes echt russischer Leute richtet an den Kaiser folgendes Telegramm:

„Tränen der Rührung und Freude hindern uns, Dir, Kaiser, die Gefühle auszudrücken, die wir beim Lesen deines Manifestes empfanden. Dein Machtwort hat der Existenz der verbrecherischen Duma ein Ende gemacht. Wir bitten Gott, dir und deiner Familie die Gesundheit zu erhalten. Wir sind überzeugt, daß unter deiner mächtigen Führerschaft Rußland siegreich aus allem Unglück hervorgehn wird, daß alle Ränke innerer und äußerer Feinde nicht zu fürchten sind, solange das russische Volk gesichert wird durch einen von Gott eingesetzten unumschränkten Selbstherrscher.

Der Kaiser antwortet dem Vorsitzenden des Verbandes:

Übermitteln Sie den Vorsitzenden aller Abteilungen des Verbandes und allen Mitgliedern des Verbandes der wahrhaft russischen Leute, die mir ihre Ergebenheit ausgedrückt haben, meinen herzlichen Dank. Ich bin überzeugt, daß jetzt alle wahrhaft treuen Söhne des russischen Volks, die ihr Vaterland unerschütterlich lieben, ihre Reihen noch enger zusammenschließen und mir helfen werden bei der Erneuerung unsers großen heiligen Rußlands und bei der Vervollkommnung der Grundlagen des mächtigen Volkes. Möge mir der Verband der wahrhaft russischen Leute hierbei eine eine feste Stütze sein und allen in jeder Hinsicht als Beispiel der Gerechtigkeit und der Ordnung dienen.

III.

Finnland.

15. März. Unter sehr großer Beteiligung finden zum erstenmale die Wahlen der Landtagsabgeordneten auf Grund des im vorigen Jahre eingeführten Wahlgesetzes (Bd. 1 von 1906, S. 263), also des Proportionalsystems, des allgemeinen geheimen und gleichen Stimmrechts statt. An Stelle des Ständelandtags soll eine Kammer treten. Während der Ständelandtage befanden sich in der gegen 2800000 Menschen starken Bevölkerung nur etwa 145000 Wähler, wovon etwas über 100000 auf den Bauernstand entfielen. Jetzt sind ungefähr die Hälfte der Einwohnerschaft oder 1400000 Männer und Frauen berechtigt zur Wahl von 200 Abgeordneten. Die große Beteiligung ist eine Folge des aktiven und passiven Wahlrechts der mindestens 21 Jahre alten Frauen. Die meisten Stimmen, nämlich 293021, werden für die Kandidaten der Sozialdemokraten abgegeben, 212235 für die altfinnische Partei, 104732 für die jungfinnische Richtung, deren Anhänger während der beiden letzten Ständelandtage mit den Schweden zusammenwirkten und mit diesen für Beseitigung der Russifizierungsmaßregeln arbeiteten, jetzt aber ihre eignen Wege gehn. Auf die schwedische Partei entfallen 97712, auf die Agrarier etwa 41000 Stimmen. Die Altfinnen wollen von einer Gleichberechtigung des Schwedischen mit dem Finnischen im amtlichen Verkehr nichts wissen.

7. April. Die Landtagswahlen fallen auf 80 Sozialdemokraten, 58 Altfinnen, 25 Jungfinnen, 25 Mitglieder der schwedischen

Volkspartei, 11 Agrarier und 2 Mitglieder der christlichen Arbeiterpartei. Von den gewählten 19 Frauen gehören 9 der sozialdemokratischen Partei an.

24. Mai. In Helsingfors findet die feierliche Eröffnung des finnländischen Landtags durch den Generalgouverneur statt, der folgende Rede des Kaisers und Großfürsten von Finnland verliest: „Ich begrüße Sie als Vertreter des finnischen Volkes und erwarte von Ihnen fruchtbringende Arbeit und standhafte Erfüllung Ihrer Obliegenheiten. Möge Ihre erfolgreiche Tätigkeit zur Festigung der Grundlagen der verwirklichten Reform beitragen. Neue Gesetzentwürfe, die die verschiedensten Seiten des Volkslebens berühren, werden Ihnen zum Teil jetzt, zum Teil im Laufe der Tagung zur Beratung vorgelegt werden. Indem ich den Segen des Allerhöchsten auf Sie und Ihre Arbeiten herabflehe, erkläre ich den Landtag für eröffnet."

Der Talman antwortet in finnischer Sprache: Meinungsverschiedenheiten auszugleichen und die Bürger zu gegenseitigem Verständnis zu bringen, sei die Absicht der auf Hebung des materiellen Wohlstandes und der geistigen Entwicklung unbemittelter Volksklassen gerichteten Maßnahmen; darin sehe die gegenwärtige Volksvertretung eine ihrer ersten Aufgaben. Die sehnsüchtigsten Wünsche des finnischen Volkes seien darauf gerichtet, sich der Erfüllung seiner Kulturaufgaben widmen und seine Existenz als Nation aufrecht erhalten zu können. Die beste Grundlage für diese Tätigkeit sehe das Volk in der innern Selbständigkeit Finnlands. Zum Schluß bittet der Talman den Generalgouverneur, dem Kaiser die ehrfurchtsvollste Ergebenheit des Landtags auszudrücken.

25. Mai. In der ersten Sitzung des Landtags sitzen die zu Abgeordneten gewählten Frauen innerhalb ihrer Parteien. Es wird eine Begrüßungsdepesche der Präsidentin des russischen Frauenverbandes verlesen. Eine Antwort an die Reichsduma wird besprochen und eine Fassung angenommen, in der Dank sowie Wünsche für eine fruchtbare Tätigkeit auf dem Wege zur Freiheit und zur wirtschaftlichen Wohlfahrt ausgedrückt werden.

IV.

Auswärtige Angelegenheiten.

28. Januar. Der Zar teilt dem Kaiser von China telegraphisch den Beschluß der russischen Regierung mit, die Mandschurei schon vor dem festgesetzten Termin des 15. April zu räumen, und spricht dabei den Wunsch nach weiterer Befestigung der gegenseitigen Freundschaft und die Hoffnung aus, daß die Interessen Rußlands in der

Mandschurei geschützt bleiben werden. Der Kaiser von China drückt in seiner Antwort seine Freude über den Beschluß aus und teilt mit, daß an die Obrigkeit in der Mandschurei der Befehl ergangen sei, die gesetzlichen Interessen der Russen in der Mandschurei zu wahren.

21. März. Die Räumung der Mandschurei von den russischen Truppen ist beendet.

21. April. Russische Zirkularnote über die zweite Friedenskonferenz.

Anfang Mai. Abschluß eines Vertrags mit Japan über die Ausübung der Fischerei in den sibirischen Gewässern.

V.

Todesfälle.

19. März. Tod des frühern Ministers des Äußern Grafen Lamsdorff in San Remo.

23. März. Tod des frühern Oberprokurators des Heiligen Synods Pobjedonoszew in Petersburg.

Frankreich.

I.

Die Kirchenpolitik.

6. Januar. Die französischen Bischöfe erhalten ein Rundschreiben des Papstes Pius X.

In diesem Rundschreiben sagt der Papst, er schreibe, um die Kirche Frankreichs zu stärken und zu trösten, deren Leiden, die einen schmerzlichen Widerhall in der ganzen Kirche erwecken, er auf das lebhafteste mitempfinde. Der Allmächtige habe allerdings für diesen Schmerz einen tiefen Trost gespendet, nämlich den, den der Papst empfunden habe durch die starke und tiefe Einigkeit der französischen Katholiken. Für diese Einigkeit, die er niemals in Zweifel gezogen habe, lobe er die französischen Katholiken sehr und danke Gott dafür. Nicht nur dem christlichen Glauben, sondern der ganzen Idee des Übernatürlichen habe man den Krieg erklärt. In der Zuversicht, daß sie schließlich doch den Sieg erringen würden, müßten die französischen Katholiken sich auf jede Prüfung vorbereiten, die ihnen aufzuerlegen Gott gefallen würde. Dazu müßten sie aber unter sich und auch mit dem Heiligen Stuhle fest geeinigt bleiben. Es gäbe keinen bessern Beweis für die Wichtigkeit dieser doppelten Einigkeit als die fortwährenden Anstrengungen, die seitens der Feinde der Kirche gemacht würden, um sie zu zerstören. Der Papst erinnert an die Anklagen, die gegen den päpstlichen Stuhl gerichtet würden, um den französischen Katholiken das Vertrauen, das sie ihm gewidmet haben, zu

rauben und sie von ihm zu trennen. Man sage, die Kirche wünsche einen Religionskrieg und eine heftige Verfolgung. Darauf sei zu antworten, daß die Kirche, die Friedensbotin, ihrer irdischen Aufgabe treu bleibe; jedermann wisse, daß in Frankreich gegen sie Krieg geführt werde, daß sie selbst aber dort nicht Krieg führe. Und was die heftige Verfolgung betreffe, so wolle die Kirche diese ebensowenig als den Krieg, weil Verfolgung an sich ein Übel sei und Leiden mit sich bringe, und weil die Kirche eine zu gute Mutter sei, um ihren Kindern Verfolgung zu wünschen. Was die Frage der Kirchengüter betreffe, die im Stich gelassen zu haben der Papst beschuldigt werde, so sei daran zu erinnern, daß der französische Staat, indem er der Kirche für die Erhaltung der Kirchengüter eine Organisation aufzwingen wollte, die sie keinenfalls annehmen konnte, wenn sie nicht ihre von Gott verordnete Verfassung zerstören lassen wollte, die Kirche in die Zwangslage versetzt habe, die ungerechte Beraubung nicht verhindern zu können. Denn eine Beraubung begehe das französische Gesetz, indem es Kultusvereinigungen organisieren wolle im Gegensatz zu der von Gott stammenden kirchlichen Hierarchie, und diese Kultusvereinigungen habe der Papst verdammen müssen trotz der materiellen Opfer, die sich aus seiner Entscheidung ergaben. Wenn man sage, die französische Regierung habe einfach über Güter Verfügung getroffen, die die Kirche aufgegeben habe, so heiße das, zu der Beraubung noch den Spott hinzufügen. Überdies sei die Behauptung nicht wahr, daß der Papst sich geweigert hätte, dasselbe in Frankreich zu billigen, was in Deutschland bereits von ihm gebilligt worden sei. Die Verhältnisse lägen verschieden, denn die deutschen Kultusvereinigungen, die übrigens lediglich geduldet würden, erkennten die katholische Hierarchie an, was das französische Gesetz nicht tue. Was die Forderung der alljährlich abzugebenden Erklärung bezüglich der Ausübung des Gottesdienstes angehe, so würde der Papst sich damit abgefunden haben, obwohl sie kaum eine gesetzliche Sicherheit biete, wenn nicht durch das ministerielle Rundschreiben für die Pfarrer in ihren Kirchen eine Lage geschaffen worden wäre, die man auf keinen Fall habe annehmen können. Die Enzyklika erklärt im weitern, daß das neue Gesetz, betreffend die Kultusausübung ein reines Konfiskationsgesetz sei, soweit es die Kirchengüter betreffe, und im Hinblick auf die Kultusübung ein Gesetz der Anarchie darstelle, durch das Unsicherheit und Willkür im ganzen Lande herbeigeführt würden. Dieses neue Gesetz vom 3. Januar erschwere noch die durch das Trennungsgesetz geschaffne Lage. Deshalb habe der Papst nicht anders gekonnt, als es zu mißbilligen. Das Rundschreiben weist sodann auf den Eifer hin, mit dem die Gegner der Kirche bemüht seien, auf diese die Verantwortung für die gegenwärtige Lage fallen zu lassen, und folgert daraus einen Grund zu der Feststellung, daß diese Gegner, da sie so handelten, doch das Bewußtsein haben müßten, eine Tätigkeit zu entfalten, die mit den Wünschen des Landes in keiner Weise übereinstimme. Zuletzt ruft der Papst die Entscheidung der Geschichte an; sie werde eines Tages sagen, daß der Papst, indem er so gehandelt habe, wie es der Fall gewesen sei, nicht so sehr die weltliche Macht habe erniedrigen und die Form der Regierung bekämpfen wollen, als vielmehr das Werk seines göttlichen Stifters Jesus Christus bewahren, ferner daß er die Kirche mit aller Macht verteidigt habe, indem er für sie die Achtung ihrer Diener, die Unverletzlichkeit ihrer Güter und die Freiheit forderte; endlich, daß er die Welt daran erinnern wollte, daß der Mensch hienieden größere Sorgen kennen müßte als die der vergänglichen Zufälligkeiten dieses Lebens, und daß der höchste Genuß des Menschen auf dieser Erde darin bestünde, unter

allen Umständen im vollsten Maße seine Schuldigkeit getan und gerade dadurch Gott trotz allem geehrt, ihm gedient und ihn geliebt zu haben.

14. Januar. Die in der Pariser Nunziatur beschlagnahmten Schriftstücke werden veröffentlicht.

Eine dieser Enthüllungen bezieht sich darauf, daß die in Paris beglaubigten Botschaften nach Abbruch der französischen Beziehungen zum Vatikan einzeln ersucht wurden, die Nunziatur offiziell zu beschützen. Alle sahen sich genötigt, abzulehnen; nur die Ablehnung des deutschen Botschafters Radolin erfolgte erst nach Anfrage in Berlin. Als davon die Rede war, daß König Humbert einer Truppenrevue in Straßburg beiwohnen sollte, forderte der damalige Pariser Nunzius den Bischof Stumpf auf, den durch das Zeremoniell gebotnen offiziellen Besuch beim König zu unterlassen. Dieses Faktum wird angeführt, um die politische Bedeutung der Pariser Nunziatur hervorzuheben. Ferner liegen Beweise dafür vor, daß die Deputierten Graf Mun, Boni Castellane und andre Monarchisten ihre Reden vom Nunzius korrigieren ließen, bevor sie sich auf die Kammertribüne begaben. Als Loubet seinen Besuch in Italien machte, richtete der Vatikan ein vertrauliches Zirkular an die katholischen Mächte. Damals hieß es, der Fürst von Monaco habe den Inhalt des Zirkulars der französischen Regierung preisgegeben; jetzt steht aber fest, daß es Portugal getan hat.

15. Januar. In Paris versammeln sich unter dem Vorsitze des Kardinal-Erzbischofs Lecot die meisten französischen Bischöfe. Sie sprechen in einer Adresse dem Papste ihre Anerkennung aus für obiges Rundschreiben vom 6. Januar, und sie versichern ihn ihrer einmütigen Zustimmung zu dem Urteil über das Kultusgesetz. Sie sagen:

Wir halten unerschütterlich den allgemeinen Einspruch gegen das Trennungsgesetz vom 6. Dezember 1905 und die andern darauf bezüglichen Bestimmungen aufrecht. Gemeinsam mit dem Heiligen Vater verlangen wir für die Kirche Frankreichs Achtung ihrer Hierarchie, Unverletzlichkeit ihrer Güter und ihrer Freiheit. Die kirchlichen Güter, deren wir in unwürdiger Weise beraubt wurden, werden unaufhörlich von ihren rechtmäßigen Besitzern beansprucht werden, an deren Stelle ohne besondre Ermächtigung des Papstes niemand auch nur vorübergehend treten kann. In dem gegenwärtigen Kampfe wollen wir alles aufbieten, um bis zum letzten Augenblick die Ausübung des öffentlichen Gottesdienstes in unsern Kirchen zu ermöglichen und die geweihten Orte gegen jede Profanierung zu verteidigen. Ausschließlich zu diesem Behufe werden wir uns herbeilassen, einen Versuch zur Organisation des öffentlichen Gottesdienstes zu machen, wenn die Unklarheiten gewisser Bestimmungen des Gesetzes von 1907 beseitigt werden. Ein zwischen den Präfekten oder Bürgermeistern einerseits und den Bischöfen oder Pfarrern anderseits abgeschlossener Vertrag wird entsprechend dem Wortlaut des Gesetzes den Geistlichen den Nießbrauch der gottesdienstlichen Gebäude sichern können. Bezüglich dieses Vertrags legt das Gesetz den zivilen Parteien nur die Bedingung auf, daß der Nießbrauch unentgeltlich sei. Wir erklären, daß der Nießbrauchvertrag entweder überall angenommen werden wird, oder daß wir ihn nirgends annehmen. Diese Verträge werden erst von dem Augenblick an in Geltung treten, in dem die Klauseln einstimmig von den Vertretern

der Gemeinde oder sonstigen Behörden genehmigt sein werden. Das ganze Land wird unsre Bedingungen zu würdigen wissen; es wird sehen, daß wir nur das Heil der uns anvertrauten Seelen im Auge hatten.

Der Erklärung liegt das Schema eines solchen zwischen den Geistlichen und den Bürgermeistern abzuschließenden Vertrages bei, wonach den Pfarrern unter anderm die Kirchenpolizei überlassen wird, abgesehn von solchen Pfarreien, wo der Bürgermeister zur Wiederherstellung der gestörten Ordnung einzuschreiten genötigt sein würde. Fast alle Bischöfe sind darüber einig, daß sie nur im äußersten Notfall zu den privaten Gottesdiensten ihre Zuflucht nehmen wollen. Darüber, was als äußerster Notfall anzusehen sei, entspinnt sich eine sehr lebhafte Verhandlung. Ein Teil der Bischöfe meint, daß schon eine Reihe von Strafprotokollen wegen Unterlassung der Erklärung genügen sollte, die Einführung des privaten Gottesdienstes zu rechtfertigen; die andern halten dafür, daß nur bei Gewaltanwendung seitens der Regierung der öffentliche Gottesdienst aufgegeben werden soll. — In einer Adresse an die ausländischen Bischöfe sprechen die französischen Bischöfe diesen für die Zustimmungserklärung ihren Dank aus. Sie protestieren gegen den Gedanken, daß ihr Widerstand politische Meinungen zum Grund hatte, und sind überzeugt, daß die fremden Prälaten, welches auch immer die Form ihrer staatlichen Regierung sein möge, für die französischen Katholiken den Frieden fordern, dessen sie sich selbst erfreuen. Die Adresse schließt mit der Versicherung, daß die Kirche Frankreichs, getröstet und gestärkt durch die fremden Prälaten, für sie und ihre Gläubigen noch heißere Gebete zum Himmel sende.

3. Februar. In der gemäß dem Trennungsgesetze gegründeten katholisch-apostolischen Kirche Frankreichs wird durch den amerikanischen Erzbischof Vilatte im ehemaligen Barnabitenkloster Gottesdienst gehalten. — Der Kultusminister Briand führt in einem Schreiben an die Präfekten aus, daß die Bürgermeister die Kirchennutznießungsverträge nicht aus eigner Machtvollkommenheit, sondern nur in Durchführung einer Entscheidung des Gemeinderats abschließen könnten. Die Genehmigung des Präfekten sei nur dann notwendig, wenn die Pachtverträge die Dauer von achtzehn Jahren überschreiten. Es sei auch möglich, die Nutznießung der Kirchen einer Reihe von Geistlichen, die einander folgen sollten, im voraus zu gewähren; doch sei zu beachten, daß die Pachtverträge mit einer Vereinigung abgeschlossen werden. Die kirchliche Hierarchie könne in dem Pachtvertrage durch die Bemerkung anerkannt werden, daß der betreffende Geistliche mit der Genehmigung seiner Vorgesetzten handle. Der Bischof selbst dürfe jedoch den Pachtvertrag nicht mitunterzeichnen. — Das Rundschreiben enthält ferner Bestimmungen betreffend

die Kündigung der Pachtverträge, Ausbesserung der Kirchen usw. Vier Vertragsentwürfe betreffen die zwischen dem Präfekten oder dem Bürgermeister entweder mit dem Pfarrer oder mit den Vereinigungen abzuschließenden Verträge. Sie unterscheiden sich von dem von den Bischöfen vorgeschriebnen Entwurf insbesondere durch die Aufstellung der Kündigungsbedingungen, in denen es unter anderm heißt, daß der Vertrag gekündigt werden kann, wenn für die Erhaltung der Kirche und der Einrichtungsstücke nicht genügend gesorgt wird, wenn die Kirche ihrer Bestimmung abwendig gemacht wird, und wenn ein Geistlicher den ihm durch die im Vertrage aufgeführten Bestimmungen des Gesetzes von 1905 und des Gesetzes von 1907 auferlegten Verpflichtungen nicht entspricht.

9. Februar. Der Erzbischof von Paris, Kardinal Richard, erhält aus dem Vatikan zur Weitergabe an alle französischen Bischöfe die amtliche Mitteilung, daß der päpstliche Stuhl die vom Kultusminister Briand in seinem letzten Rundschreiben vorgeschlagne Vertragsformel zwischen Bürgermeistern und Geistlichen nicht annimmt. Die den Präfekten von Briand bezüglich der Bewilligung des Nutznießungsrechtes an den Kirchen erteilten Anweisungen und die von ihm für die Erwerbung des Nutznießungsrechtes vorgeschriebnen Vertragsentwürfe enthielten einen die kirchliche Hierarchie verletzenden Hinterhalt und seien deshalb unannehmbar. Besondre Zurückweisung erfährt die Tatsache, daß jede Versetzung eines Pfarrers einen neuen Vertrag notwendig machen würde, sodaß die Pfarrer einer Art Exequatur von seiten der wechselnden Majoritäten in den Gemeinderäten unterworfen werden müßten. Der Papst will, daß die von den Bischöfen vorgeschlagne Formel unverändert beibehalten werde.

21. Februar. Der Präfekt des Seinedepartements überreicht dem Minister Briand den Entwurf eines vom Erzbischof von Paris ausgearbeiteten Vertrages, betreffend die Verpachtung der Kirchen. Briand erwidert, der Entwurf sei für ihn unannehmbar, weil derselbe seine in der Deputiertenkammer abgegebnen Erklärungen nicht berücksichtige. Er sei aber gern bereit, einen Vertragsentwurf zu prüfen, der seine Erklärungen berücksichtige. Damit gelten die Verhandlungen über den Kirchenpachtvertrag als gescheitert. Die Punkte, bezüglich deren Uneinigkeit zwischen der Regierung und der Kirche besteht, sind also folgende:

Die Kirche will nicht nur die kleinen, sondern auch die großen Reparaturen in den Kirchen übernehmen, aber erst von dem Tage an, an dem der Nutznießungsvertrag mit der Geistlichkeit in Kraft tritt. Der Staat und die Gemeinden hätten also die Pflicht, die Kirchen in gutem Zustande zu überlassen. Die Kirche will weiterhin nicht zugeben, daß der Geistliche

persönlich für die Unterhaltung der Kirche und die Ausführung der Reparaturen haftbar sein soll. Die Kirche will nur zugestehen, daß der Nutznießungsvertrag von der Gemeinde gelöst werden kann, falls ein Geistlicher nicht direkt imstande ist, seiner Pflicht bezüglich der Unterhaltung der Kirche nachzukommen. Schließlich will die Kirche keine Klausel annehmen, wodurch Ordensgeistliche und Ausländer ausdrücklich von der Nutznießung der Kirchen ausgeschlossen werden. Auch wird von Rom die Verwendung ehemaliger Kongreganisten in der Seelsorge als unentbehrlich bezeichnet.

27. Februar. Die im ehemaligen Nunziaturgebäude zu Paris polizeilich beschlagnahmten Papiere des Archivs der Nunziatur werden vom französischen Ministerium des Äußern der österreichisch-ungarischen Botschaft in Paris behufs Ablieferung an den Vatikan übergeben.

22. März. Dem „Figaro" zufolge geht aus den beim päpstlichen Nunzius Montagnini in Paris gefundnen Papieren hervor, daß der Papst vor Veröffentlichung der Enzyklika Gravissimi die Meinung des konservativen Deputierten und Professors der Rechte Grousseau eingeholt habe. Grousseau habe ein sehr ausführlich begründetes Gutachten abgegeben, in dem er sich mit aller Entschiedenheit für das Verbot der Kultusvereinigungen aussprach, und der Papst, der früher nicht abgeneigt gewesen sei, die Kultusvereinigungen zu gestatten, habe sich der Ansicht Grousseaus angeschlossen. Ferner befinde sich unter dem Material eine Depesche des Kardinals Merry de Val, betreffend die Kircheninventaraufnahme. In dieser Depesche werde den Geistlichen nicht aufgetragen, Widerstand zu leisten, sondern lediglich empfohlen, Katholiken, die sich dem Eindringen der Finanzbeamten widersetzen sollten, freie Hand zu lassen, weil von dieser Haltung ein gutes Resultat zu erwarten sei.

3. April. „Figaro" und andre Pariser Blätter veröffentlichen mehrere der beschlagnahmten Schriftstücke, die jedoch ohne wesentliche Bedeutung sind.

14. April. Der Ackerbauminister Ruau führt in einer Rede zu Toulon aus, die Veröffentlichung der Montagninipapiere habe das Vorhandensein einer Partei erwiesen, die in den Unruhen ein Mittel zum Umsturz der Republik zu finden hoffte. Die Republik sei aber nicht erschüttert, und die Beziehungen zu den fremden Mächten seien herzlich geblieben. Frankreich sei überdies stark genug, um seinen Absichten, die loyal genug seien, um nicht verdächtig zu werden, Achtung zu verschaffen. — Ministerpräsident Clemenceau untersagt den Behörden und den Truppen, sich an dem Festzuge zu beteiligen, der alle Jahre am 8. Mai in Orleans stattfindet zur Erinnerung an die Befreiung der Stadt 1429; in diesem Festzug, der allerdings auch gewöhnlich als „Prozession" bezeichnet wird, erblickt Clemenceau eine „religiöse Zeremonie", und er ist der Meinung, daß es nicht

mehr angeht, seit die bürgerliche Gesellschaft von der Kirche getrennt ist, die Vertreter des Staates und die republikanische Armee hinter Kirchenfahnen, Weihrauchfässern, Reliquien herziehen zu lassen vor den Bischöfen im Ornat; und erst recht unmöglich erscheint es ihm, ihnen die Teilnahme an der Feier in der Kathedrale zu gestatten. — Durch dieses Verbot entsteht in Orleans große Aufregung, denn es ist dadurch an einem alten, lokalen Brauch gerührt. Die Bewohner von Orleans sind nicht klerikal. Sie wählen radikal, sie sehen den Festzug nicht als religiöse Zeremonie an, sie halten sich aber gerade für sehr patriotisch, weil bei dem Andenken an die Jungfrau alle Schichten der Bevölkerung, alle Stände, alle Parteien, die Beamten, die Richter, das Militär, die Geistlichkeit zusammenhielten, alle Zwistigkeiten vergessen wurden, alles vor dem Patriotismus und dem Lokalpatriotismus zurücktrat. Außerdem pflegte das Fest viele Freunde anzuziehen.

29. April. Der Gemeinderat von Orleans beschließt, einer Abordnung der Freimaurer die Teilnahme an dem aus Anlaß der Jeanne-d'Arcfeier am 8. Mai stattfindenden Festzuge zu gestatten; die Geistlichkeit wird infolgedessen an dem Festzuge nicht teilnehmen.

II.

Nationalversammlung.

1.

Präsidentenwahlen.

10. Januar. Zum Vorsitzenden der am 8. Januar eröffneten Nationalversammlung werden gewählt: im Senate **Dubost**, in der Deputiertenkammer **Brisson**, der alsdann die Kammer auffordert, alle ihre Kräfte der Verwirklichung demokratischer und sozialer Reformen zu widmen. Dubost erklärt in seiner Antrittsrede, daß man die Achtung vor den Glaubensbekenntnissen mit der endgiltigen Herstellung der Neutralität des Staates in Einklang bringen und eine ruhige Toleranz üben müsse.

2.

Budget.

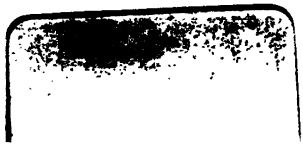
11. Januar. Im Senate spricht sich **Poincaré** dahin aus, er würde in der Beratung des Budgets für 1907 prüfen, ob die Republik wählen müsse zwischen einer klugen und fruchtbaren oder einer verhängnisvollen Finanzpolitik.

Er sucht nachzuweisen, daß das von der republikanischen Partei unternommne Werk, das die außerordentlichen Budgets fallen lassen will, nahezu

vollendet sei, und stellt die Frage, ob es richtig sei, in diesem Augenblick durch eine entgegengesetzte Politik alles wieder aufs Spiel zu setzen. Weiterhin legt er dar, daß die Budgets der Jahre 1906 und 1907 nur mit Mühe ins Gleichgewicht gebracht werden konnten, daß es aber unmöglich sei, ohne Defizit zu wirtschaften, da die Einnahmen des Staats nicht mit derselben Schnelligkeit wüchsen wie die Ausgaben. Der Betrag der neuen Steuern bleibe hinter den notwendigen Ausgaben zurück, und man werde zu einer versteckten Anleihe seine Zuflucht nehmen müssen. Redner kritisiert das Verhalten der Kammer, das früher oder später doch zu einer Anleihe führen werde, und verteidigt eine auf ein fest fundiertes Budget gestützte selbsttätige Tilgung. Um das Gleichgewicht im Budget herzustellen, bleibe nur übrig, neue Steuern zu schaffen und für Ersparnisse zu sorgen. Diese dürften aber nicht auf Kosten der nationalen Verteidigung gemacht werden, denn Frankreich müsse eine große Militär- und Seemacht bleiben.

12. Januar. In der fortgesetzten Beratung des Senats über das Budget gibt der Berichterstatter **Gauthier** zu, daß die Balancierung des Budgets für 1907 mit ganz besondern Schwierigkeiten verbunden sei, die besonders auf unerwartete militärische Ausgaben zurückzuführen wären. Redner legt im einzelnen dar, daß die Vermehrung der Ausgaben produktiver Art sei. Die allgemeine Lage Frankreichs könne der Englands, Italiens, Deutschlands und Rußlands gleichgestellt werden. Man müsse neue Hilfsquellen und neue Einnahmen schaffen. Das Land könne eine Erhöhung der Steuern tragen, vorausgesetzt, daß man bei einer solchen Reform der Steuern Gerechtigkeit walten lasse. Die Einkommensteuer müsse nicht den Charakter des Ersatzes von andern Steuern tragen, sondern einer Mehrleistung zu diesen, damit man die sozialen Reformen durchführen könne. — Der Finanzminister **Caillaux** ergeht sich ebenfalls in Vorschlägen zur Balancierung des Budgets und bemerkt, Frankreich sei zwar eine Großmacht auf militärischem, maritimen und kolonialem Gebiete, müsse aber gleichzeitig große soziale Reformen verwirklichen und dieser Aufgabe, so schwer sie auch sei, in strenger Pflichterfüllung gerecht werden.

14. Januar. Bei der Beratung des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten im Senate spricht **Perrier** über die französischen Eisenbahnen und bemerkt, Frankreich habe nur zwei Zufahrtslinien nach Italien, während Deutschland deren acht besitze; dem müsse nicht nur aus wirtschaftlichen, sondern auch aus politischen Gründen abgeholfen werden. Er fragt, ob die italienische Regierung ihre Einwilligung zu dem Bau eines zweiten Gleises von Modane nach Susa auf der Strecke Paris—Turin erteilt habe. — Minister **Barthou** erwidert, er hoffe bestimmt, daß die Linie von Modane weiter ausgebaut werde. Es sei die Zeit gekommen, wo die Frage der Zufahrtslinien nach Italien im nationalen Interesse ihre Lösung finden müsse; die Regierung werde ihre Entscheidung beschleunigen.



15. Januar. Bei der Beratung des Budgets des Äußern im Senate gibt der Berichterstatter **Dupuy** einen Rückblick über die hauptsächlichsten politischen Ereignisse des Jahres 1906.

Er nennt zunächst das Abkommen mit England, das die Folge eines glücklichen, herzlichen Einvernehmens bilde, und erklärt dann, daß die internationale Gendarmerie in Mazedonien voraussichtlich noch lange ihr Regiment ausüben werde. Bei Besprechung der Lage in Marokko sagt er, sobald der Sultan spanische und französische Schiffe vor Tanger gesehen habe, sei er zu dem Entschluß gekommen, die Ordnung wiederherzustellen. Man müsse hoffen, daß er dazu fest entschlossen sei und damit Erfolg haben werde. „Lassen Sie uns kaltes Blut behalten und die Augen offen halten." Frankreich habe seiner Meinung nach von Europa das Mandat erhalten, aus Marokko für Europa das zu machen, was Frankreich vielleicht berechtigt gewesen sei, für sich selbst daraus zu machen. Dupuy bespricht sodann die Bewaffnungsfrage und sagt, er sei betroffen über die andauernden Bestrebungen aller Länder für ihre Sicherheit. England, von dem man sage, es habe sein Kriegs- und Marinebudget herabgesetzt, sei doch noch sehr für seine nationale Verteidigung besorgt. Er bedaure die Bestrebungen jenseits des Kanals, den Tunnelbau zu verhindern, der England und Frankreich miteinander vereinigen solle. Er habe kein großes Vertrauen zu dem Schiedsgerichtshof im Haag; man müsse die moralischen und materiellen Verteidigungsmittel festigen, die Bündnisse und Übereinkommen pflegen und sich nicht in fremde Politik einmischen.

Destournelle tritt für den Gedanken des Schiedsgerichtes ein, mit dessen Hilfe man die Zwischenfälle an der Doggerbank geschlichtet und damit einen Weltbrand verhindert habe. — Der Minister des Äußern **Pichon** verteidigt die Politik der Regierung gegenüber französischen Unterrichtsanstalten im Orient, die die Regierung bekämpfen, den Unterricht in französischer Sprache vernachlässigen und Akte der Unduldsamkeit verüben; die Regierung werde sie nicht weiter unterstützen.

18. Januar. Die Beratung des Senats über das Kriegsbudget führt zu Erklärungen des Generals **Langlois**: Bezüglich der Kavallerie bestehe zu Unrecht eine Strömung, sich in der Defensive zu halten. Ferner sei es viel notwendiger, recht schnelle Artillerie zu verwenden als zahlreiche. Man dürfe bei der Kavallerie keine Abstriche machen, um die Artillerie zu vermehren. Bei dieser befinde sich Deutschland in derselben Lage wie Frankreich. Für die Infanterie fehle besonders ein abwechslungsreiches Gelände, das Manöverübungen gestatte, wie namentlich das Heranschleichen an die Stellung des Feindes. Langlois beklagt, daß der Generalstab aus stumpf gewordnen Bureaumenschen bestehe. Man müsse gut ausgerüstete Kavallerie und Feldartillerie beibehalten und den Generalstab einer Änderung unterziehen. Der Berichterstatter **Waddington** sagt dagegen, die Verwaltung des Heeres liege in guten Händen. Der französische Infanteriesoldat koste 100 Franks weniger als der deutsche, die neuen

Fortschritte erforderten aber auch neue Ausgaben für die Kavallerie. Deutschland vermehre fortwährend seine Kavallerie und werde demnächst 72000 Mann haben, während Frankreich nur 61000 Mann Kavallerie besitze. Nur in Algerien seien gewisse Ersparnisse bei der Kavallerie möglich, sobald die marokkanische Frage geregelt sei; in Algerien stünden 9000 Mann Kavallerie, das sei zuviel. — Der Kriegsminister **Picquart** führt aus, infolge des Gesetzes betreffend die zweijährige Dienstzeit werde die aus der Nation hervorgegangne Armee mindestens ebenso stark sein als die frühern. Das Land könne Vertrauen haben.

22. Januar. Der Senat berät das Budget des öffentlichen Unterrichts, wobei der Kultusminister **Briand** mehreren Rednern der Rechten bezüglich des Gesetzes von 1904, das den kongreganistischen Unterricht verbietet, erwidert, die Regierung habe mit so großer Sanftmut als nur möglich den Fehdehandschuh aufgenommen, der ihr von den Katholiken hingeworfen worden sei. Diese hätten mit Unversöhnlichkeit geantwortet, die ihnen verhängnisvoll werden würde. Es werde ihnen nicht gelingen, das Land zu täuschen. Die Verweltlichung werde gegen ihren Willen zur Durchführung gelangen. — Zur Beratung des Marinebudgets sagt der Marineminister **Thomson** im Senate, die Ausführung des Flottenprogramms werde eine Zunahme der Ausgaben mit sich führen. — **Monis** äußert Bedenken über die Armierung und die Konstruktion der neuen Panzerschiffe; er wünscht Beseitigung des Schiffsporns der Panzerschiffe, wie dies bereits in England geschehen sei, und meint, in den Rechnungslegungen der Marineverwaltungen herrsche großer Schlendrian und seien viele Unregelmäßigkeiten vorgekommen.

31. Januar. Die Deputiertenkammer berät das vom Senat zurückgekommene Budget und hält ihren vom Senat abgelehnten Beschluß, betreffend Bewilligung eines Kredits von 50000 Franken für Arbeiterproduktionsgesellschaften, aufrecht. Bezüglich der Besteuerung von Versicherungsgesellschaften nimmt das Haus die vom Senat beschlossene Taxe (18 Franken für jede Million) an, bleibt aber, im Gegensatz zum Senat, bei seinem Beschluß, betreffend Verbot der Abwälzbarkeit der Taxe auf die Versicherten. Hierauf wird das gesamte Budget angenommen.

11. Mai. Der Finanzminister **Caillaux** bringt das Budget für 1908 ein. Es geht von dem Bestreben aus, die öffentlichen Ausgaben lediglich durch den Ertrag der Steuern zu decken. Durch den Bedarf für die Tilgung der dreiprozentigen Rente und der chinesischen Anleihe für das Betriebsjahr 1907 ist ein ungedeckter Betrag von 247 Millionen geblieben, und infolgedessen ergab sich bei

Aufstellung des Budgets für 1908 zunächst ein Defizit von 141 Millionen. Dieses Defizit wurde indessen beseitigt und das Budgetgleichgewicht hergestellt, indem die zu fordernden Ausgabenerhöhungen gekürzt wurden.

3.

Über die französische Rente.

7. Februar. In der Deputiertenkammer stellt **Rouannet** an den Finanzminister Caillaux eine Frage bezüglich der Maßregeln, die der Minister gegen die Finanzleute zu treffen gedenke, die Besitzer französischer Rente auffordern, ausländische Werte dafür zu kaufen. Rouannet führt aus, die Baisse der russischen Fonds habe den französischen Sparern einen Verlust von vorläufig nahezu einer Milliarde verursacht, und beschuldigt den Credit Lyonnais dadurch, daß er heimlich 874 Millionen Obligationen der „Russischen Adels-Agrarbank" untergebracht habe, schuld daran zu sein, daß die französischen Sparer einen Verlust von 269 Millionen erlitten hätten. Rußland sei ein Land der Hohlheit und der Fäulnis. — Der Finanzminister **Caillaux** erwidert, er behalte sich seine Antwort für den Augenblick vor, wo sich eine neue Gelegenheit bieten werde, nochmals darzulegen, wie angelegen die Regierung es sich sein lasse, die französischen Interessen zu schützen. Rouannet könne, wenn er von Ländern spreche, die ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, sich dabei nicht auf Rußland beziehn. — **Rouannet** erwidert, der russische Wechselkurs habe sich erst befestigt, seitdem von den 30 Milliarden ausländischer Werte 12 Milliarden russische Fonds seien. Bei der letzten russischen Anleihe sei einem Unbekannten eine Kommission von 12 Millionen bezahlt worden. Während des russisch-japanischen Krieges habe man für russische Fonds einen willkürlichen Kurs aufrechterhalten können. Redner spricht sodann von neuen Börsenmanövern gelegentlich der letzten russischen Anleihe und von der Hinrichtung des Großfürsten Sergius. — Der Minister des Äußern **Pichon** unterbricht den Redner und sagt, das sei ein Mord, nicht die Ausführung eines Urteils gewesen, ein verabscheuungswürdiger, von dem öffentlichen Gewissen aller Länder verdammter Mord. — Weiter führt **Rouannet** das Sinken der französischen Rente auf Börsenmanöver zurück und sagt, wenn es nicht vorher zu furchtbarem Krach komme, würde das französische Kapital nach Frankreich zurückkehren, aber eine Stunde der Schwäche könne die französische Industrie und die Republik verderben, noch sei es Zeit, die Gefahr zu beschwören. Redner fordert den Finanzminister auf, auf den Schrei der Unterdrückten in Rußland zu hören, die die Finanzleute ins Verderben stürzen wollten. — Nachdem

Meslier (Soz.) sich ebenfalls in heftigen Angriffen gegen die Finanzvermittler ergangen, erhebt der Minister des Äußern, **Pichon**, energischen Widerspruch gegen die Äußerungen Rouannets über die Beziehungen Frankreichs zu Rußland. Nichts in der Lage des russischen Kredits noch in der des russischen Handels und der russischen Industrie berechtige zu solchen Angriffen. Er, der Minister, freue sich zu sehen, daß die russische Regierung den für die Anleihen gegebnen Garantien die bekannten konstitutionellen Garantien hinzufüge. Pichon erklärt weiter, die französische und die russische Regierung unterstützten sich gegenseitig täglich in der auswärtigen Politik. Die französische Regierung sei entschlossen, bei ihrem Friedenswerke zu verharren und dem russischen Bündnis treu zu bleiben.

8. **Februar.** (Fortsetzung dieser Beratung.) Der Sozialist **Willm** behauptet, Rußland biete seinen Gläubigern keinerlei Sicherheit, und spricht von der Regierungsweise in Rußland. Darauf erhebt der Minister **Pichon** Einspruch dagegen, daß das Parlament sich in die innere Politik eines andern Landes mische. Aber **Willm** behauptet, die neue russische Anleihe sei eine wahre Gefahr für die französischen Sparer. — **Jaurès** (Soz.) führt aus, man brauche sich über den Rückgang der französischen Rente nicht zu beunruhigen. Er seinerseits bekämpfe nicht systematisch die Anlage von Kapital im Auslande, er billige Pichons Einspruch gegen eine offizielle Einmischung in die Angelegenheiten eines fremden Landes, halte es aber für ein gutes Recht aller Parteien, sich frei über die Zustände eines Landes zu äußern, in dem Frankreich Interessen habe.

Jaurès fährt fort: Er wolle nicht sagen, daß Rußland eine lebensgefährliche Krisis durchmache, Rußland werde aber untergehn, wenn es nicht eine vom Volke kontrollierte Regierung habe. „Die Verantwortung wird auf die Selbstherrschaft und auf Sie fallen.“ Sodann greift Jaurès insbesondre die Kredit- und Finanzinstitute an, die sich in die innern Angelegenheiten Rußlands mischten. Er spricht von der russischen Industrie, die sich zu der größten der Welt entwickeln könnte, und von der nichtkontrollierten Aktion der russischen Regierung und der Staatsbank. Er wirft der russischen Regierung vor, daß sie sich durch allerlei Machenschaften Geldmittel verschaffe, und greift die französisch-russische Bank an, die angeblich gegründet worden sei, um russische Eisenbahnen mit französischem Kapital zu bauen, in Wahrheit aber, um der russischen Regierung, die die Bank beherrsche, Geld vorzustrecken. Jaurès erwähnt eine Bank, die am 10. November 1906 für den Bau von Eisenbahnmaterial gegründet worden sei, nachdem die betreffenden Verhandlungen zwischen dem Moskauer Finanzier Biskra und einem französischen Finanzmann geführt waren. Diese Gesellschaft werde nach der Ausgabe von Fonds eine ausländische werden und ihre Fonds der russischen Regierung zur Verfügung stellen können; er wolle kein Mitglied der Kammer bloßstellen (es handelt sich um Rouvier), bedaure aber, daß der betreffende heimlich eine Anleihe für die russische Reaktion vorbereite und dabei seinen politischen Einfluß geltend mache. Jaurès wünscht, daß ein freies Rußland der treu

ergebne Freund Frankreichs sei, man möge die französischen Finanzleute warnen, damit eine Katastrophe vermieden werde.

Minister **Caillaux** bedauert, daß man es manchmal an der nötigen Zurückhaltung gegenüber einem großen Volke habe fehlen lassen, das immer seinen Verpflichtungen nachgekommen sei und Frankreich oft seine wertvolle Hilfe habe zuteil werden lassen. Der von Rouannet erwähnte X sei mit Unrecht beschuldigt worden, für die letzte Anleihe eine große Kommissionsgebühr erhalten zu haben.

Die Kammer habe ihrerseits die Verantwortung für die Anlegung französischen Kapitals im Auslande. Übrigens habe Frankreich nur 40 Milliarden fremder Werte, von denen 20 Milliarden Staatsfonds seien. Caillaux geht sodann auf die von Jaurès erwähnten Gesellschaften ein und sagt, die Regierung stehe Gesellschaften, deren Ziel ist, französische Kapitalien für solche industrielle Werke nutzbar zu machen, die die heimische Industrie fördern, wohlwollend gegenüber. Die Regierung übe alle Rechte der Kontrolle aus. Er werde niemals für einen finanziellen Nationalismus eintreten, sei vielmehr der Meinung, daß die Unterbringung französischen Kapitals im Auslande Frankreich eine überlegne Stellung in diplomatischer Beziehung gebe.

Aynard meint, die Bemerkungen Jaurès seien bedenklich, weil sie die Beziehungen zum Auslande und den Kredit Frankreichs in das Spiel zögen. Er legt dar, aus welchen Gründen das französische Kapital im Auslande einträglichere Zinssätze zu erlangen suchen müsse, als es in Frankreich bekommen könne. — Hierauf wird die einfache, von der Regierung gebilligte Tagesordnung angenommen.

4.

Einkommensteuer.

7. Februar. In der Deputiertenkammer legt der Finanzminister **Caillaux** einen Gesetzentwurf betreffend die Einkommensteuer vor.

In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß alle Nationen ihr Steuersystem zu dem Zwecke, wirkliche Einkommen zu treffen, einer Erneuerung unterzogen hätten. Der Minister habe nicht das deutsche und englische System einfach nachahmen wollen, sondern sich bemüht, eine den Überlieferungen und Gewohnheiten sowie der Vermögensverteilung in Frankreich entsprechende Besteuerung zu schaffen. In dem Entwurf stellt der Minister den bestehenden Realsteuern auf alle Einkommensarten eine allgemeine Einkommensteuer, die eine Personalsteuer ist, an die Seite. Diese belegt mit 4 Prozent Einkommen aus beweglichem und unbeweglichem Besitz, mit $3^1/_2$ Prozent das Einkommen aus Industrie und Handel und mit 3 Prozent Einkommen aus Arbeitsleistungen. Die gegenwärtige Art der Besteuerung französischer beweglicher Werte soll aufrechterhalten bleiben. Der Ertrag dieser Besteuerung soll um fünf Millionen erhöht werden, ohne daß jedoch die im Besitz von Familienvätern mit einem kleinen Einkommen befindlichen französischen Werte höher als bisher besteuert werden. Alle ausländischen Werte sollen freien Zutritt zum französischen Markt haben gegen eine Stempelabgabe von 2 Prozent des

Nennwertes und eine Steuer von 5 Prozent auf das aus ihnen fließende Einkommen. Die französische Rente bleibt von der Steuer frei, jedoch bleiben die aus den Staatswerten fließenden Einkommen nicht von der allgemeinen Einkommensteuer befreit, vielmehr sollen diese Einkommen, sobald sie 5000 Franks übersteigen, nach der fortschreitenden Skala getroffen werden, die mit 20 Centimes beginnt und bis zu 4 Prozent des Einkommens geht. Auf diese Weise sollen 120 Millionen aufgebracht werden können. Die Steuererklärungen der Steuerpflichtigen sollen, sofern sie sich nicht als falsch erweisen, als Grundlage der Besteuerung angenommen werden. Willkürliche Nachforschungen seitens der Behörden finden nicht statt. Die Verwaltung wird über die Banken und Kreditinstitute eine Kontrolle ausüben; Unterschleife sollen mit strengen Geldstrafen belegt werden.

Das Haus verweist den Entwurf an den Steuerreformausschuß.

18. Februar. In der Deputiertenkammer gibt **Guillement** (Radikaler) der Befürchtung Ausdruck, daß die Einkommensteuer Unzuträglichkeiten hervorrufen werde. Man müsse erst die ausländischen Wertpapiere zur Besteuerung heranziehn, bevor man eine Einkommensteuer einführe, um eine Auswanderung des Kapitals zu vermeiden. Dagegen ist der Finanzminister **Caillaux** nicht der Meinung, daß eine Steuer auf ausländische Papiere die Auswanderung des Kapitals verhindern würde, die übrigens nach seiner Auffassung überhaupt nicht zu befürchten sei. Es sei überhaupt kein Anlaß zum Pessimismus; die Deputierten sollten nur vorsichtig, vorausseh end und wirtschaftlich sein.

23. Mai. Der Finanzminister **Caillaux** macht die Kommission darauf aufmerksam, daß der Entwurf der Einkommensteuer in liberalerem Sinne aufgefaßt sei als die entsprechenden Gesetze andrer Staaten, und glaubt mit der Kommission, daß es übertrieben sein würde, die in Frankreich sich vorübergehend aufhaltenden Ausländer mit ihrem ganzen Einkommen zur Steuer heranzuziehn.

5.

Über die Kirchenpolitik.

28. Januar. Die Deputiertenkammer berät den Entwurf eines Gesetzes, das die im Jahre 1881 eingeführte Anmeldepflicht für Versammlungen aufhebt und den Katholiken das Recht läßt, den Kultus auszuüben. **Pelletan** beantragt, daß die Aufhebung des bisherigen Anmeldezwangs erst einen Monat nach dem Erscheinen im Amtsblatte in Kraft treten soll. Die Kammer nimmt einen Antrag an, nach dem die Bürgermeister angewiesen werden, den Veranstaltern von Versammlungen ein Lokal zur Verfügung zu stellen, falls ein solches vorhanden ist. Ein Antrag, das Inkrafttreten des Gesetzes zu vertagen, wird vom Minister **Briand** bekämpft. **Jaurès** meint, daß die veröffentlichte Erklärung der Bischöfe unverschämt sei. Minister-

präsident **Clemenceau** erklärt: Ich habe mich nicht zu meinem Posten gedrängt, aber nun bin ich, nun bleibe ich hier. Die Bischöfe werden nichts erreichen, aber die Schlacht ist noch nicht zu Ende. — Die bedingungslose Versammlungsfreiheit wird angenommen.

14. Februar. Auch der Senat berät über den Gesetzentwurf betreffend Aufhebung der Vorschrift, daß öffentliche Versammlungen anzumelden sind. Maurice **Faure** erklärt sich im Namen der demokratischen und der sozialradikalen Linken für die Aufhebung dieser Bestimmung, aber für Beibehaltung der übrigen Vorschriften des Gesetzes von 1881, die bis jetzt die öffentliche Ordnung gesichert hätten. — Minister **Briand** erklärt, die Vorlage atme den Geist der Versöhnung und Beruhigung. Er werde nicht von dem Grundsatz abweichen, daß der Zwang der Anmeldung der Versammlungen abgeschafft werde.

15. Februar. In der Deputiertenkammer macht **Lasies** (Antis.) der Regierung den Vorwurf, daß sie rücksichtsloserweise die Seminaristen zerstreue und sich ohne Recht der Diözesankassen bemächtige, die, wie er sagt, mit der Religion gar nichts zu tun hätten. Redner spricht die Erwartung aus, daß Minister Briand, den er als Jakobiner bezeichnet, zu gesundern Anschauungen gelangen werde. Der christlich-demokratische Abbé **Lemire** sucht ebenfalls den Nachweis zu führen, daß die Diözesankassen keinen religiösen Charakter tragen und lediglich dazu bestimmt sind, alten Leuten einen Bissen Brot zu sichern. Er fordert die Regierung auf, den Priestern zu erlauben, die Diözesankassen in Unterstützungskassen auf Gegenseitigkeit umzuwandeln. — Minister **Briand** erinnert daran, daß zugunsten der Geistlichkeit vom Staate Pensionen und Geldzuwendungen vorgesehen seien, und erklärt, daß die Diözesankassen öffentliche Unternehmungen seien und unter die Bestimmungen der Lex Briand fallen. Die Kirche sei es, die ihre Greise im Stich lasse, und der Papst sei sich dessen so bewußt, daß er sich den Katholiken gegenüber entschuldige. Redner schließt mit der Versicherung, daß das Gut der Greise nicht werde konfisziert werden. — Die Kammer geht zur Tagesordnung über.

19. Februar. In der Deputiertenkammer befragt **Mennier** (radikaler Republikaner) die Regierung über die Kirchenpolitik; er weist auf die Beunruhigung hin, die unter den Republikanern herrsche, seitdem der Senat die Vorlage betreffend die über die Veranstaltung öffentlicher Kultusversammlungen abzugebenden Erklärungen an einen Ausschuß verwiesen habe. Redner wendet sich gegen die Politik der Aushilfsmittel, die Minister Briand verfolge; dessen jüngster Runderlaß an die Bürgermeister zeige das Bestreben, dem Ultimatum der Bischöfe Genüge zu tun. Auch tadelt er, daß nichts über die

Unterhandlungen bekannt gegeben worden sei, die zwischen dem Seinepräfekten und dem Erzbischof von Paris geführt wurden; er sagt, der Pachtvertragsentwurf erkenne die katholische Hierarchie an, verweist auf mehrere Artikel Clemenceaus vom Jahre 1905, in denen dieser die Kirchenpolitik Briands bekämpft habe, und schließt mit der Bemerkung, eine Versöhnung der Regierung mit Rom sei unmöglich. In Beantwortung der Anfrage Meuniers gibt der Minister **Briand** dem Wunsche Ausdruck, daß diese Beratung entscheidend sein möge. Seine Entschlüsse seien immer einstimmig durch den Ministerrat gebilligt worden. Die Regierung wolle in keiner Weise der Gewissensfreiheit zu nahe treten. Er erinnert an die durch die Regierung übernommne Verpflichtung, die Kirchen für die Ausübung des katholischen Gottesdienstes offen zu lassen, und fügt hinzu, daß die Regierung die Abfassung von Gesetzen und den Erfolg von Rundschreiben auf das Mindestmaß beschränkt habe. Briand wird vom Ministerpräsidenten **Clemenceau** unterbrochen, der erklärt, daß er die Verantwortlichkeit mit Briand teile. Minister **Briand** rechtfertigt sodann seine Unterhandlungen mit dem Erzbischof von Paris und führt aus, die Regierung werde jeden vernünftigen Vorschlag annehmen, werde aber jeden Vertrag verwerfen, der streitsüchtigen ausländischen Mönchen oder Mitgliedern der aufgelösten Kongregationen ein Wiedererscheinen gestatten würde. Die Mehrheit solle ohne jeden Hintergedanken sagen, ob sie Vertrauen zu dem Kabinett habe. Hierauf wird die mit 390 gegen 34 Stimmen von der Regierung genehmigte Tagesordnung angenommen, in der es heißt: Die Kammer hat Vertrauen zu der Regierung, billigt die von ihr abgegebnen Erklärungen, weist jeden Zusatz zurück und geht zur Tagesordnung über. — Zur Minderheit gehören unter andern 29 gemäßigte Sozialisten und 3 Sozialistisch-Radikale, die Mehrheit besteht aus den radikalen Gruppen der demokratischen und republikanischen Vereinigungen, 7 Sozialisten, 44 gemäßigten Republikanern, 28 Monarchisten und Nationalisten.

21. Februar. In der Deputiertenkammer beantragt **Jaurès** die Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung der politischen Tragweite der beschlagnahmten Papiere des bisherigen päpstlichen Nunzius Montagnini. Der Antragsteller wünscht die sofortige Veröffentlichung der gesamten Papiere, um tendenziösen Veröffentlichungen vorzubeugen und die herausfordernde Haltung Roms klarzustellen. — **Castelnau** bezeichnet den Antrag als Frankreichs unwürdig und als ungesetzlich. — **Denys Cochin** erinnert an die Intervention Österreich-Ungarns, er spricht von der Erregung, die sich der europäischen Diplomatie bemächtigt habe, bestreitet, daß die beschlagnahmten Papiere wichtig seien, und wirft der Regierung eine Tyrannei über die Gewissen vor. — Minister **Pichon** bestreitet, daß eine Erregung der

europäischen Diplomatie stattgefunden habe. Der österreichisch-ungarische Botschafter habe, ohne sich in Frankreichs Streit mit dem Vatikan einmischen zu wollen, angefragt, ob es für Frankreich in irgendwelcher Hinsicht nicht genehm wäre, wenn seine Regierung sich erbiete, um die Papiere der ehemaligen Nunziatur dem Vatikan auszuhändigen. Die Regierung habe kein Bedenken dagegen gehabt, die diplomatischen Papiere dem Botschafter auszuhändigen. Alle in den ehemaligen Gemächern des Nunzius Lorenzelli untergebrachten oder von Montagnini als aus der Zeit vor dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen stammend bezeichneten Schriftstücke seien der österreichisch-ungarischen Botschaft ausgehändigt worden, ohne daß von ihrem Inhalt seitens der Regierung Kenntnis genommen worden sei. Die Regierung sei zur Ausweisung des Monsignore Montagnini berechtigt gewesen, da er keinerlei amtliche Eigenschaften besessen habe, und ein Recht des Papstes auf Gerichtsbarkeit über die Katholiken in Frankreich der Verfassung des Staats direkt zuwiderlaufe. Es sei unzulässig, daß ein Fremder sich mit den Privilegien eines Diplomaten decke, um eine dauernde Verschwörung zu organisieren. Ministerpräsident **Clemenceau** betont, man habe durchaus keinen Grund, den Urheber von Komplotten zu schonen, bloß weil er ein Priester sei, und schildert die Vorgänge bei der Beschlagnahme der Papiere, die die Einmischung Montagninis in die Politik bewiesen. **Pichon** stellt in Abrede, daß das diplomatische Korps das Vorgehn der Regierung gemißbilligt und fügt hinzu, daß der Vatikan keine Antwort erhalten habe auf seinen bei den Mächten erhobnen Einspruch. — Die Kammer nimmt darauf den Antrag Jaurès an und wählt die Kommission.

26. Februar. Unter Streichung der von der Deputiertenkammer beschlossenen Einfügungen nimmt der Senat die obige Vorlage bezüglich der 1881 eingeführten Anmeldepflicht an.

6.

Beamtengesetz.

11. März. Die Regierung legt der Deputiertenkammer den Entwurf eines Gesetzes über das Koalitionsrecht der Beamten vor.

Der Entwurf legt die Beamteneigenschaft jedem bei, der als Beauftragter der öffentlichen Gewalt dem vom Staate ausgehenden, für die Verrichtung des öffentlichen Dienstes organisierten Beamtensystem angehört. Die Beamten, mit Ausnahme der Gerichts- und Polizeibeamten, dürfen sich zur Wahrnehmung ihrer beruflichen Interessen beliebig zusammenschließen. Diese Vereinigungen dürfen sich untereinander verbinden nach den im Gesetze vom Jahre 1884 angegebnen Grundsätzen. Die Vorlage erkennt den Vereinen die Befugnis zu, ihre Wünsche unmittelbar

dem Chef ihres Dienstzweiges oder dem Minister vorzutragen, ohne Ermächtigung vor Gericht zu gehn und vor der zuständigen Gerichtsbarkeit die Annullierung der Gesetze oder Maßnahmen, die den geltenden Verordnungen widersprechen, zu verfolgen sowie Vermögen zu erwerben und zu verwalten. Dagegen untersagt die Vorlage und bestraft mit Dienstentlassung jede mit andern unternommne Weigerung, der Aufforderung der Behörde zur Ausübung des Dienstes nachzukommen, versagt also den Beamten das Streikrecht. Auch der Versuch, andre Beamte zum Streik zu veranlassen, wird bestraft, und zwar mit Gefängnis von sechs Tagen bis sechs Monaten, unter Umständen sogar bis zu einem Jahre.

7.

Wöchentlicher Ruhetag.

1. März. In der Deputiertenkammer wird eine Anfrage zu dem Gesetze vom 13. Juli 1906 über den wöchentlichen Ruhetag (Bd. 2 von 1906, S. 202) eingebracht und verhandelt. **Berry** wendet sich gegen die völlige Sonntagsruhe, führt Beschwerde darüber, daß die Arbeitersyndikate bedrückt würden, und wünscht, es werde gestattet, daß am Sonntag die dienstfreien Arbeiter durch andre Arbeiter ersetzt werden. — **Laferre** verlangt schärfere Handhabung des Gesetzes, das er als unantastbar betrachtet. Die Linke läßt durch **Delcassé** die Aufforderung beantragen, das Gesetz in sehr liberaler Weise anzuwenden und etwaige Abänderungen, die sich als notwendig erweisen sollten, vornehmen.

23. März. Bei Fortsetzung der Beratung sagt der Minister **Viviani** in Erwiderung auf mehrere Redner, wenn das Gesetz eine Änderung erfahren soll, so werde die Regierung den ersten Schritt tun. Bisher sei das Gesetz im liberalen Geiste zur Anwendung gekommen, und man werde es weiter in demselben Sinne anwenden. Mit etwas gutem Willen werde man zur Durchführung des Gesetzes über den wöchentlichen Ruhetag gelangen. Der Minister stellt die Vertrauensfrage und fügt hinzu, das Gesetz müsse angewandt werden; es dürfe nicht zu einem Mittel für den unlautern Wettbewerb werden. Wenn es in der republikanischen Partei Leute gebe, die das Gesetz abschaffen wollen, so sollten sie das offen aussprechen. „Wir alle müssen mitarbeiten an der sozialen Reform, müssen der Zukunft vorarbeiten, indem wir die Demokratie ausbauen." — Die Regierung kommt den Radikalen mit dem Zugeständnis entgegen, daß sie ihrer Kritik des Gesetzes Beachtung schenken will, aber sie lehnt es ab, die in der Tagesordnung Delcassés schon jetzt als erwiesen bezeichnete Notwendigkeit seiner Änderung anzuerkennen, wie sie anderseits auch die von der sozialistischen Partei geforderte unveränderte Aufrechthaltung des Gesetzes ablehnt. — Es wird eine Tagesordnung Sarrien angenommen, die dem Entschlusse der Kammer Ausdruck gibt, die

wesentlichen Grundsätze des Gesetzes, betreffend den wöchentlichen Ruhetag, unberührt aufrecht zu erhalten, und die der Regierung das Vertrauen ausspricht, daß sie noch vor Schluß der Tagung die Vorschläge wegen der vorzunehmenden Änderungen machen werde.

8.

Über das Verhalten gegen streikende Arbeiter.

11. März. In der Deputiertenkammer gelangt eine Anfrage von Jaurès über den Eingriff der Regierung in den Ausstand der Elektrizitätsarbeiter zur Besprechung. Dieser Ausstand ist zwar bereits, und zwar zugunsten der Arbeiter, beigelegt; es handelt sich vielmehr um eine von den Sozialdemokraten unternommene rückschauende Kritik der Haltung der Regierung, um eine grundsätzliche Auseinandersetzung von allgemeiner Bedeutung. Die Regierung hatte beschlossen, die streikenden Arbeiter durch Genietruppen zu ersetzen. Es ist dazu nicht erst gekommen; aber die Verwendung der Armee gegen streikende Arbeiter, aus welchem Grunde und in welcher Form es auch sei, gilt der Sozialdemokratie als Verbrechen an dem Koalitionsrechte.

Jaurès beruft sich nur auf den Entschluß Clemenceaus, als Ersatz für die Ausständigen Soldaten heranzuziehen. Die Ausständigen hätten keine Gewalttätigkeiten begangen und hätten, indem sie die Arbeit einstellten, gezeigt, welch eine Macht die Arbeit sei. Wenn die Regierung für die Ausständigen Ersatz schaffe, so leugne sie das Recht des Ausstands und biete somit den Kapitalisten unzulässige Rechte. Jaurès verlangt, daß Clemenceau und seine Mitarbeiter die Verantwortlichkeit übernehmen sollten. Wenn die Regierung folgerichtig sei, so müsse sie auch den Bäckern, den Grubenarbeitern und den Eisenbahn- und Straßenbahnangestellten das Recht auf den Ausstand absprechen, aber dann würden die Arbeiter eine Umwandlung dieser Betriebe auf sozialistischer Grundlage verlangen. Jaurès erklärt weiter, die Ingenieure der Elektrizitätswerke würden ihre Zustimmung zur Beschäftigung von Soldaten in den Werken nicht gegeben haben. Übrigens würden die Soldaten ähnlichen Anordnungen bald passiven Widerstand entgegensetzen. Jaurès bittet Clemenceau, sich mit dem republikanischen Empfinden des ganzen Landes in Einklang zu setzen. In seiner Entgegnung führt **Clemenceau** aus, die klare Logik spreche für ihn und gegen Jaurès. Ein Ausstand könne seine Berechtigung haben, dürfe aber nicht auf Kosten der Außenstehenden geführt werden. Die Regierung habe die Soldaten verwendet auf Grund des Anspruchs auf Selbsterhaltung, den die menschliche Gesellschaft habe, Pflicht der Regierung sei, diesen Anspruch zu wahren. Das, was Jaurès als Freiheit bezeichne, sei die Vergewaltigung der ganzen menschlichen Gesellschaft durch einige Individuen. Man dürfe die Arbeiter nicht zu Sklaven, aber ebensowenig zu Tyrannen machen. Die Elektrizitätsarbeiter hätten den Ausstand ohne nennenswerten Grund begonnen und den andern armen Arbeitern geschadet. Die Regierung habe seinen, Clemenceaus, Entschluß, die Genietruppen heranzuziehen, einmütig gebilligt. Ob Jaurès auf seiten des Arbeiterbunds stehe, der den Generalstreik vorbereite? Die Sozialisten wollten doch nicht Anarchisten sein,

sie dürfen also nicht die Radikalen und die Regierung in dem Augenblick angreifen, wo sie wichtige soziale Reformen durchführen.

Jaurès erwidert: er spreche für ein Recht der Arbeiter auf das Leben. Clemenceau erniedrige die Soldaten, indem er sie die Rolle von Streikbrechern spielen lasse.

Jaurès schlägt sodann folgende Tagesordnung vor: „Die Kammer ist überzeugt, daß das Zurückgreifen auf militärische Hilfsarbeiter mit dem Zweck, die ausständigen Arbeiter der Elektrizitätswerke zu ersetzen, eine Beeinträchtigung des Streikrechts und ein Mißbrauch der Kommandogewalt gegenüber den Soldaten ist, und geht zur Tagesordnung über." Dagegen wird beschlossen: „Die Kammer billigt das Vorgehen der Regierung, lehnt jeden Zusatzantrag ab und geht zur Tagesordnung über."

9.

Volksschulunterricht.

24. Januar. Der Unterrichtsminister **Briand** legt der Deputiertenkammer einen Gesetzentwurf betreffend der obligatorischen Volksschulunterricht vor, der die Schulgesetze vom Jahre 1882 zu ergänzen bestimmt ist.

Diese Gesetze haben zwar, wie es in den Motiven zu dem jetzigen Entwurf heißt, schätzenswerte Erfolge gezeitigt. Vor fünfundzwanzig Jahren gab es 14,6 Prozent männliche und 22,6 Prozent weibliche Analphabeten; 1900 belief sich das Verhältnis auf 4,3 Prozent für die Männer und 6,3 Prozent für die Frauen. Doch dürfe man sich bei diesen Zahlen nicht der Täuschung hingeben, daß alle Nichtanalphabeten ordentlich lesen und schreiben können. Die Statistik beruht auf dem Eintritte der Rekruten ins Regiment und der Unterschrift der neuen Eheleute und der Trauzeugen auf den Mairien, wo man sich damit begnügt, wenn die Leute ihren Namen mühsam malen können. Danach würde man kaum irre gehn, wenn man die Zahl derer, die nur ungenügend lesen und schreiben können, auf 25 Prozent ansetzte. Der Gesetzgeber von 1882 war zu nachsichtig und vielleicht auch zu optimistisch gestimmt. Er glaubte, die Unentgeltlichkeit des Schulunterrichts würde mehr Eltern veranlassen, ihre Kinder zum regelmäßigen Schulbesuch anzuhalten, und er versprach sich auch mehr von den vorgeschriebnen Schulkommissionen, die überall gebildet werden und über den regelmäßigen Schulbesuch wachen sollten. Solcher Kommissionen kamen nur vierzehntausend statt sechsunddreißigtausend (nach der Zahl der Gemeinden) zustande, und diese tun aus allerlei Ursachen so gut wie nichts. Das Gleiche gilt von der Tätigkeit der Schulkassen, deren Einrichtung zugunsten armer Schulkinder angeordnet war. Der Staat, der den Bestand der Kasse wenigstens in armen Gemeinden hätte verdoppeln sollen, tat nichts, und die Gemeinden befolgten sein Beispiel. Um aus der Volksschule zu machen, was sie sein soll, will man nun das Beispiel andrer Länder, namentlich der Schweiz und Deutschlands, befolgen, wo dank einer strengen Anwendung der Gesetze die Zahl der Analphabeten auf 0,50 Prozent herabgesunken ist, und es für eine Schande gilt, die Kinder nicht zum Schulbesuch anzuhalten. Die sieben Artikel der Vorlage handeln von den Mitteln, die Schulpflicht zu verwirklichen, indem Vorsteher und Vorsteherinnen Listen über die fehlenden Kinder

führen und jeden Monat dem zuständigen Inspektor einen Auszug des Registers mit den Gründen der jedesmaligen Abwesenheit zustellen müssen. Hat ein Kind sechsmal im gleichen Monat ohne genügende Entschuldigung die Schule geschwänzt, so zieht der Friedensrichter die Eltern zur Rechenschaft und kann sie zu einer Buße von 5 Franken verurteilen. Eine Wiederholung zieht Polizeistrafen nach sich. Das Abgangszeugnis, das jetzt manchmal vor dem elften Altersjahr der Schüler erteilt wird, ist fortan erst nach dem zwölften Jahre zu erhalten; doch werden Ausnahmen in besondern Fällen zugelassen.

10.

Militärisches.

18. Januar. Mehrere Abgeordnete der äußersten Linken bringen in der Deputiertenkammer den Antrag ein, die von Napoleon III. geschaffnen Vertrauensposten der Militärgouverneure von Paris und Lyon abzuschaffen, weil deren Fortbestand zwecklos geworden sei.

21. Januar. In der Deputiertenkammer wird vom Kriegsminister **Picquart** ein die Aufhebung der Kriegsgerichte betreffender Gesetzentwurf vorgelegt.

Die Vorlage bestimmt, daß die Kriegsgerichte des Heeres und der Flotte aufgehoben werden, und daß die Aburteilung aller von Angehörigen des Heeres oder der Flotte begangnen Verbrechen, Vergehen und Übertretungen den gewöhnlichen Gerichten, also den Schwurgerichten, den Zuchtpolizei- oder den einfachen Polizeigerichten zugewiesen wird. Die Strafbestimmungen des Militär- und Marinestrafgesetzbuches sollen in das Strafgesetzbuch eingefügt werden. In Friedenszeiten wird es also nur noch ein einziges Strafgesetzbuch für alle Franzosen geben. Die Eigenschaft als Angehöriger des Heeres oder der Flotte wird bei gewissen Straffällen einen erschwerenden Umstand bilden, doch werden die Strafbestimmungen gegenüber denen des bisherigen Militärstrafgesetzbuches bedeutend gemildert, die Todesstrafe und die Strafe der Zwangsarbeit, die von diesem Strafgesetzbuch für gewisse Fälle vorgesehen sind, werden aufgehoben. Für die Staatsanwaltschaft und den Untersuchungsrichter gelten die Bestimmungen des gemeinen Rechts, nur einige Abweichungen sind im Interesse der Disziplin vorgesehen. Bei gewissen Vergehen, wie Verlassen des Postens, Insubordination, Aufruhr, Desertion, tätliches Angreifen der Vorgesetzten oder Untergebnen und Beleidigung des Vorgesetzten wird die Zusammensetzung des Zuchtpolizeigerichts insoweit abgeändert, als dem Präsidenten zwei militärische Beisitzer beigegeben werden. Auch die Appellationskammern werden, wenn sie über Berufungen gegen Urteile der Zuchtpolizeigerichte in den genannten Straffällen verhandeln, aus einem Zivilrichter als Vorsitzendem und aus militärischen Beisitzern gebildet. Wenn das Schwurgericht als Verbrechen zu qualifizierender Tätlichkeiten gegen Vorgesetzte oder Untergebne oder wegen gemeinsamen Aufruhrs mehrerer Militärs gegen die bewaffnete Macht zu erkennen hat, wird die Geschwornenbank von Militärs gebildet; diese Jury gibt ihren Spruch über die Schuldfrage ab, während die Straffestsetzung durch den Gerichtshof erfolgt. Die militärischen Strafanstalten werden aufgehoben, die Ordnung der Disziplinargewalt bei den Truppenkörpern wird der Regelung im Verordnungswege vorbehalten.

5. Februar. Die Deputiertenkammer beschließt die Deklassierung der befestigten Plätze und der Verteidigungswerke an der Pyrenäengrenze.

14. März. In der Deputiertenkammer hält der Präsident **Brisson** eine Ansprache aus Anlaß des Vorgangs vom 12. d. M. im Hafen von Toulon, wo das Panzerschiff „Jena" in die Luft flog. Redner sagt u. a.: „Hier bietet sich uns im Verlaufe weniger Wochen abermals das Schauspiel, daß ein Gefühl der Teilnahme, fast hätte ich gesagt, der gegenseitigen Liebe, des tiefen Empfindens der Solidarität und Brüderlichkeit der Menschheit, Völker bewegt, Völker, die gleichwohl — aber lassen wir diese betrübenden Gegensätze beiseite; lassen Sie uns in diesem Aufwallen der Gefühle die ersten Keime eines zukünftigen bessern Menschentums begrüßen, das vor allem in höherm Maße über sich selbst und seine Bestimmung Herr bleibt."

21. März. In der Deputiertenkammer legt der Kriegsminister **Picquart** einen Gesetzentwurf betreffend die Aufhebung der Disziplinarkompagnie vor.

25. März. In der Deputiertenkammer wird über eine Anfrage des sozialistischen Radikalen **Colliard** über die Entlassung der Soldaten aus dem Jahre 1903 verhandelt. Der Kriegsminister **Picquart** spricht sich im Interesse der nationalen Verteidigung gegen die Entlassung dieser Altersklasse aus, die erst im September erfolgen könne. Darauf wird jedoch die von der Regierung angenommene einfache Tagesordnung abgelehnt. Der Sozialist **Gérault-Richard** bringt sodann eine neue Tagesordnung ein, worin ausgesprochen wird, die Kammer vertraue darauf, daß die Regierung die Entlassung der Altersklasse von 1903 sobald als möglich veranlassen werde. **Clemenceau** nimmt dies mit der Erklärung an, er stelle die Vertrauensfrage. Die Unterstellung, daß diese Tagesordnung kriegerisch sei, weise er zurück; er erkenne aber an, daß die Lage in Europa, ohne verwickelt zu sein, eine aufmerksame Beobachtung verdiene. Darauf wird die Tagesordnung Gérault-Richard angenommen.

27. März. In der Deputiertenkammer bringt der Sozialist **Constans** Revanchekundgebungen zur Sprache, die in einem Tagesbefehle des Generals Bailloud gefunden werden (s. S. 298). Redner führt aus, die Offiziere seien zum Handeln da, nicht zum Reden. Die Armee solle eine defensive Kraft sein, nicht eine aggressive. In der Sprache des Generals Bailloud liege eine Art von Herausforderung, denn sie richte sich gegen ein bestimmtes Land. **Barrès:** Die Regierung, die den General Bailloud maßregelte, wisse selbst gut, daß dessen Gesinnung Achtung verdiene. Solche Maßregeln beein-

trächtigten den militärischen Geist. Redner rühmt den Patriotismus der Bevölkerung von Lothringen und schließt: Wir werden nichts aufgeben von allen unsern Hoffnungen! Kriegsminister **Picquart** erwidert, der wahre Patriotismus bestehe nicht in lärmenden Kundgebungen. Er fürchte sich nicht, wenn jemand die Augenbrauen wegen der von ihm verfügten Maßregeln runzle. General Bailloud habe seine Befugnisse nicht in der in privater Versammlung von ihm gehaltnen Ansprache, sondern in seinem an die Truppen gerichteten Tagesbefehl überschritten. Der Minister verliest dann ein Telegramm des Generals Bailloud, in dem dieser erklärt, er habe gesagt: „Es ist eine Notwendigkeit für uns, uns bereit zu halten." Picquart fährt fort: „Ich zweifle nicht, daß Bailloud bereit sein wird, wenn es nötig ist. Dieser Ausspruch gereicht ihm zur Ehre. In seinem Tagesbefehl an die Truppen aber spricht der General von Dingen, für die er nicht zuständig ist. Die gegen ihn getroffne Maßregel hat nicht den Charakter einer Ungnade, der General ist nur auf einen Posten versetzt, der besser für ihn paßt. Er wird weniger Gelegenheit als in Nancy haben, nervös zu sein." — Schließlich spricht die Kammer ihr Vertrauen aus. — Hiernach beantragt **Deschanel**, das Bedauern des Hauses über die Reaktivierung des Leutnants Tisserand auszusprechen, der in Uniform politische Reden in der Arbeiterbörse gehalten hatte. Ministerpräsident **Clemenceau** erklärt, die Regierung habe sich bezüglich Baillouds in einer schwierigen Lage befunden. „Wenn Sie gehört hätten", sagt er, mit welchen Worten ich den General Bailloud empfangen habe, dann würden Sie wissen, daß dieselben Gefühle, die das Herz des Generals Bailloud bewegen, auch in meinem Herzen bestehen. Aber wir können nicht zugeben, daß ein General einen Krieg mit einem bestimmten Lande ankündigt, das ist ausschließlich Sache des Parlaments." Bezüglich des Leutnants Tisserand führt der Ministerpräsident aus, daß er dessen Reaktivierung nicht bedauern könne.

28. März. Bei Besprechung einer Anfrage in der Deputiertenkammer über die Explosion auf der „Jena" beklagt sich Admiral **Bienaimé** darüber, daß man nicht nach der Verantwortlichkeit bei den verschiednen Unfällen der französischen Marine nachforsche, über die er ein ungünstiges Urteil abgibt. Die Desorganisation sei überall anzutreffen. Die Offiziere wagten nicht mehr, den Minister auf dem laufenden zu erhalten; die Kabinettschefs des Ministers seien unbefähigt. Mehrere Redner kritisieren gleichfalls die Organisation der Marine; Marineminister **Thomson** erwidert, daß er auch die im aktiven Dienst befindlichen Offiziere befragt habe, und weist nach, daß die Zentralverwaltung durchaus nicht verantwortlich sei für die verschiednen angegebnen Unglücksfälle.

31. Mai. In der Deputiertenkammer stellt **Klotz** eine Anfrage, betreffend die Entlassung der Jahresklasse 1904. Dabei spricht er die Ansicht aus, daß man während der Übergangsperiode von der dreijährigen zur zweijährigen Dienstzeit umfassendere liberalere Maßnahmen treffen müsse. Kriegsminister **Picquart** erwidert, daß er, falls nicht außergewöhnliche Ereignisse einträten, genötigt sein werde, im nächsten September den größten Teil der Jahresklasse 1904 zu entlassen sowie in gleicher Weise die Entlassung gewisser anfänglich Zurückgestellter anzuordnen, wenn ihre Verhältnisse es erfordern sollten, obgleich diese erst ein Jahr Dienst getan hätten. — **Ribot** (Republikaner) befürchtet, daß bei der Entlassung des ganzen Jahrganges 1904 am 25. September von der Armee nur das Gerippe übrig bleiben würde. Es sei vorzuziehen, hier in zwei Stufen vorzugehen. Redner schließt: Wenn wir Gefühlspolitik treiben wollen, dann werden wir sicherlich nicht unsre Stellung in der Welt behaupten können! — Kriegsminister **Picquart** erwidert, daß der Stand der freiwilligen Gestellungen und der Kapitulationen sehr zufriedenstellend sei, in erster Linie bei der Kavallerie. Er fügt hinzu, es sei selbstverständlich sei, daß, wenn die in dem Gesetz 1905 vorgesehenen Verhältnisse sich nicht verwirklichen sollten, die Entlassungen des Jahrgangs 1904 eingeschränkt werden. Die Kammer spricht der Regierung ihr Vertrauen aus.

11.

Über die Syndikate der Beamten und die allgemeine Politik.

7. Mai. In der Deputiertenkammer tritt **Blanc** (Soz.) für das Zurechtbestehen des Lehrersyndikats ein. **Pullan** (Republikaner) wirft der Regierung vor, daß es ihrer Politik an innerm Zusammenhange fehle, und daß sie in den sozialen Reformen keinen Fortschritt erreicht habe. Redner tadelt die Neigung der Regierung, dem Arbeiterstande angehörende Personen verhaften zu lassen. **Gauthier** (Nationalist) erklärt, die Regierung habe noch nichts getan. Auf das Thema der nationalen Verteidigung übergehend, sagt er: Während Sie den General Bailloud bestraft haben, hat der preußische Kriegsminister auf die Eventualität eines deutsch-französischen Krieges angespielt. (Ministerpräsident **Clemenceau** bemerkt hierzu, General von Einem sei als Minister hierzu berechtigt gewesen.) **Gauthier** fortfahrend: Er glaube nicht, daß Frankreich im Falle eines deutsch-englischen Konflikts neutral bleiben könne, sondern auf dem Schlachtfelde noch seinen Mann stehen werde, trotzdem dürfe man bezüglich des Antimilitarismus nicht zu optimistisch sein. (Kriegsminister **Picquart**

unterbricht den Redner mit den Worten: Es ist noch nichts davon in das Heer eingedrungen.) **Gauthier** erwidert, die Tatsachen seien zahlreich genug vorhanden, um die öffentliche Meinung zu beunruhigen. Die Regierung müßte einen energischen Entschluß gegen die Revolutionäre fassen. — **Rozier** (Soz.) wirft der Regierung die Entlassung von Beamten vor, die sich an der Syndikatsbildung beteiligt hätten. — Minister **Barthou** wendet sich entschieden gegen die Ansicht, daß das Recht der Syndikatsbildung auf die Staatsbeamten auszudehnen sei.

8. Mai. Vaillant (Soz.) wirft der Regierung vor, sie verletze das Koalitionsrecht der Arbeiter und Beamten. **Steeg** (Soz.) verlangt, daß die Beamten gegen willkürliche Maßregeln der Regierung geschützt werden, und fordert die Regierung auf, die erfolgte Entlassung von Beamten rückgängig zu machen. **Massabuau** (liberal) tritt für Aufhebung des allgemeinen Arbeitsverbandes ein, was den Beamten gestatten würde, sich ohne nachteilige Folgen in Syndikaten zu organisieren. **Deschanel** verweist auf den zwischen den gesetzlichen und den revolutionären Syndikatsbestrebungen entbrannten Kampf. Letztere wollen den allgemeinen Ausstand organisieren und sich dabei des Antimilitarismus bedienen. Zur Zeit des Marokkozwischenfalles habe der allgemeine Arbeitsverband Griffulhes nach Berlin geschickt, um eine Verbindung mit den deutschen Syndikaten herzustellen und eine Protestbewegung gegen die Kriege zu veranlassen; Griffulhes habe dabei eine formelle Abweisung erfahren. Deschanel führt weiter aus, er glaube, daß der Arbeiterverband gesetzlich sei in seiner Zusammensetzung, ungesetzlich aber in seinen Zielen und den von ihm angewandten Mitteln. — **Allemane** (Soz.) nimmt für die Arbeiter das Recht in Anspruch, sich in nationalen und in internationalen Verbänden zu organisieren.

10. Mai. Willm stellt eine Frage über die am 1. Mai und an den Tagen vor- und nachher wegen Mißbrauchs der Redefreiheit vorgenommenen Präventivverhaftungen und tritt für die wegen ihrer Teilnahme an Agitationen abgesetzten Beamten ein, greift die gesamte Politik des Kabinetts an und wirft namentlich dem Ministerpräsidenten Clemenceau vor, daß er die individuelle Freiheit nicht anerkennen wolle. — **Jaurès** meint, die Regierung habe einen schweren Fehler begangen, indem sie, ihrer Zusage entgegen, Beamte wegen Teilnahme an Syndikaten gemaßregelt habe. Die Vorenthaltung des Koalitionsrechtes könne nicht verhindern, daß die Beamten an dem Tage, an dem sie wollten, in Ausstand treten. Repressivmaßregeln würden erfolglos sein. Übrigens forderten die Minister die Agitation unter ihnen heraus, indem sie ihnen die Bürgschaften gegen Willkürlichkeiten nähmen. Lassen Sie uns arbeiten, um den Beamten

und Arbeitern die Freiheit mit der Sicherheit zu gewähren, anstatt Beamte und Arbeiter voneinander zu trennen.

11. Mai. **Jaurès** setzt ferner auseinander, daß die Bestrebungen des Arbeitsverbandes dahin gingen, die Welt den Arbeitern zu organisieren. Die weinbautreibende Bevölkerung des Südens rechne nicht mehr auf Gesetzlichkeit und drohe mit einem Ausstande der Steuerpflichtigen. Die soziale Bewegung habe mit der antimilitaristischen Propaganda nichts zu tun. Wenn das Vaterland bedroht werde, würden unzählige Streitkräfte aus dem Proletariat aufstehen, um zu verhindern, daß das Ausland das Schwert gegen das Herz Frankreichs zücke. So schwarz übrigens auch das Bild der Welt sich gestalten möge, die eine Ungeheuerlichkeit werde man niemals sehen, „den Tod Frankreichs". Jaurès verlangt, daß alle Syndikate, das der Beamten eingeschlossen, dem Arbeitsverbande beitreten. Eine solche Fusion würde zur nationalen Entwicklung beitragen. Jaurès wirft Clemenceau dessen Argwohn gegenüber den Arbeitern vor und erklärt Clemenceaus Politik für unmoralisch. Er wirft ferner dem Minister Barthou vor, er habe die Beamten in dem Glauben gelassen, daß sie berechtigt seien, sich in Syndikaten zusammenzutun. Die bisherige Politik der Regierung müsse aufhören, oder die Sozialisten Briand und Viviani dürften dem Kabinett nicht länger angehören.

13. Mai. In Beantwortung der Anfrage übernimmt der Minister **Briand** die volle Verantwortlichkeit. Die übrigen Minister seien solidarisch mit ihm. Er habe niemals die Arbeiter angestachelt, vielmehr sich immer bemüht, sie zu vernünftigem Verhalten zu bewegen. Die Sozialisten wollten nicht mehr haben, daß sich im Kabinett Mitglieder der reformatorischen Partei befinden, denn das würde die Partei von ihren Anhängern im Lande isolieren. Der Arbeitsbund, der in den Händen der Anarchisten sei, vertrete nicht die Arbeitersyndikate. Die Arbeiter hätten kein Interesse daran, mit den Beamten ein Syndikat zu bilden. Dem Syndikat der Lehrer gehörten von 118000 Lehrern kaum 800 an. Der Arbeitsbund wolle dadurch, daß er die Beamten an sich ziehe, Verwirrung und Unruhe stiften, wodurch weder den Arbeitern noch den Beamten genützt werde. Die Regierung versage den Lehrern kategorisch die Erlaubnis, sich zu einem Syndikat zusammenzuschließen. Das Manifest der Lehrer enthalte den Ruf: Nieder mit dem Staat! und habe als Ausgangspunkt für eine Reihe von Insubordinationen und Auflehnungen gedient. Es bedarf der Ordnung und der Zucht, um die Anarchie zu besiegen. Der Ministerpräsident **Clemenceau** spricht sich dahin aus: Die Majorität wird sich darüber aussprechen, ob die Regierung recht gehabt hat, daß sie gegen Leute vorgegangen ist, die die Revolution nähren. Wenn wir unsre

Posten verlassen müssen, werden wir es heiter tun. Der heftige Ton des Manifestes des Arbeiterverbandes rechtfertigt das für die Lehrer ergangne Verbot, in den Arbeitsverband einzutreten. Es würde unpolitisch sein, den Verband aufzulösen, denn es gehören ihm viele Syndikate an, die nicht die Ansichten der Leitung des Verbandes teilen. Ich habe nicht die Absicht, gegen 3000 Syndikate vorzugehn oder an dem Gesetz von 1884, betreffend die Syndikate, zu rühren. Die Mehrheit wird sich darüber aussprechen, ob sie mit uns im sozialistischen Sinne regieren will. Clemenceau verlangt, daß man dem Kabinett, das verstehn werde, die Ordnung aufrecht zu erhalten, Vertrauen entgegenbringe, und daß eine, wenn auch kleine, so doch sichre Mehrheit die Regierung in ihrem Streben nach der Verwirklichung der Reformprojekte unterstütze. Die Regierung weise eine Politik übertriebner Unterdrückung zurück, denn sie könnte Unruhen hervorrufen, und diesen würde die Reaktion folgen. — Schließlich spricht die Kammer der Regierung mit 460 gegen 75 Stimmen ihr Vertrauen aus.

2.

Über auswärtige Angelegenheiten.

26. März. In der Deputiertenkammer bringt **Chaussier** die in Marrakesch stattgehabte Ermordung des französischen Arztes Mauchamp zur Sprache: Es ist notwendig, daß wir erfahren, ob Maßnahmen ergriffen sind, um die Sicherheit in Marokko zu gewährleisten. Die Regierung muß die Erklärung abgeben, daß die Verantwortung völlig auf die marokkanische Regierung zurückfällt, wenn der Pascha von Marrakesch über die unter den Eingebornen herrschende Stimmung nicht unterrichtet war.

Der Minister des Äußern **Pichon** erwidert, Mauchamp habe in Marokko nicht ganz die erforderliche Voraussicht bewiesen. Es sei richtig, daß der Gouverneur von Marrakesch nicht die erforderlichen Maßnahmen ergriffen habe. Das Verbrechen sei die Folge einer Reihe von Vorgängen, die Frankreich in eine demütigende Lage versetzen würden, wenn dieses Verbrechen nicht Bestrafung fände. „Unsre Stellung in Algier, unsre besondern Abmachungen sind mißachtet worden.“ Pichon verliest die Reihe der Beschwerden Frankreichs. Auf die verschiednen Forderungen habe der Machsen keine Genugtuung gegeben. Es sei zu wünschen, daß die Feindseligkeiten unter den Fremden in Marokko aufhören, denn sie sollten Genossen bei dem gemeinsamen Werke sein. Der übermäßige Wettbewerb, der eine Gefahr für Europa sei, müsse aufhören. Dann hätte der Tod unsers Landsmannes der Einigung der Rassen, der Zivilisation, dem Frieden und der Verbrüderung der Völker einen Dienst geleistet. Die Regierung verlange als Genugtuung Bestrafung der Mörder, Absetzung und Bestrafung des Gouverneurs von Marrakesch, Geldentschädigung für die Familie Mauchamps, Bürgschaften für die Sicherheit der französischen Staatsangehörigen in Marokko, Durchführung der vom Machsen durch Spezialverträge mit

Frankreich sowie durch die Akte von Algeciras übernommenen Verpflichtungen und schließlich Hintanhaltung von Unruhen, Räubereien und Einfällen in Mauretanien. — **Ribot**: Man müsse mit dem Fanatismus der Mohammedaner rechnen, die seit einem Jahre Zeugen der Spaltungen Europas gewesen seien. Dieser im Dunkeln geführte Kampf der Fremden in Marokko sei eine Schädigung der Zivilisation. Die Europäer müßten auf diese Politik der Spaltungen verzichten. Das Ultimatum Frankreichs sei so maßvoll, daß seine Absichten nicht beargwöhnt werden könnten. Ribot wünscht, daß die Besetzung von Udschda nicht lange aufrecht erhalten zu werden brauche, Frankreich wolle in Marokko keine Eroberungspolitik beginnen.

Darauf wird einstimmig beschlossen: „Die Kammer billigt die Erklärungen der Regierung, vertraut auf ihre Festigkeit, um die Sicherheit unsrer Mitbürger in Marokko zu gewährleisten, und geht zur Tagesordnung über."

III.

Wirtschaftspolitik.

24. März. Der Finanzminister **Caillaux** legt in einer Rede zu Lyon die leitenden Gedanken seiner Wirtschaftspolitik dar.

Er führt aus, daß die Staatsschuld Frankreichs seit dem Jahre 1890 trotz des Übermaßes an Ausgaben und des Fehlens eines elastischen Steuersystems abgenommen habe. Das fast ausschließliche Übergewicht der indirekten Steuern bedeute eine große Gefahr; diese Abgaben stünden im umgekehrten Verhältnis zu dem Reichtum. Man müsse daher stufenweise die indirekten Steuern vermindern und die direkten Steuern befestigen. Man müsse sie der Familie jedes Bürgers entsprechend berechnen und ihnen den Charakter von Progressivsteuern geben. Er wünsche einen Umschwung der öffentlichen Meinung zugunsten eines liberaleren Wirtschaftsregimes, als das gegenwärtige sei. Der Minister spricht die Hoffnung aus, daß die Völker wegen der Ausschreitungen der Trusts und Kartelle, die sich fortdauernd zum Schaden der Konsumenten vermehrten, auf wirtschaftlichen Nationalismus verzichten werden, um die Zollabgaben vermittels internationaler Abkommen herabzusetzen, gleich dem, wie es in Brüssel betreffend die Abgaben auf Zucker getroffen worden sei. Der Minister bespricht die Lage jeder einzelnen Kategorie von Steuerpflichtigen und fährt fort: „Dem Privilegium von Besitzern von französischen oder ausländischen Staatsfonds, keine Einkommensteuer zu bezahlen, muß ein Ende gemacht werden. Nicht nur Preußen und die übrigen deutschen Staaten, sondern alle großen Völker Europas wandeln seit dreißig Jahren ihr Steuersystem im Sinne der Einkommensteuer um. Der Einkommensteuerentwurf der Regierung ahmt die Systeme des Auslandes nicht sklavisch nach, sondern trägt den französischen Überlieferungen und Gesinnungen Rechnung." Caillaux erklärt, er sei bereit, Einzelheiten des Entwurfs gemeinsam mit der Kammer einer Revision zu unterziehen. Die Einkommensteuer werde die Armen entlasten und die Reichen treffen, sie sei also eine gerechte und logische Reform.

IV.

Sozialistenkongreß.

31. März. Der nationale Kongreß der französischen Sozialistenpartei tagt in Lyon. Sie besteht aus den Unabhängigen, Gegnern der geeinten Sozialisten und Gegnern des Arbeiterbundes. An ihrer Spitze stehen die Abgeordneten Gérault-Richard und andre, während Jaurès, Baillant und andre an der Spitze der Geeinten stehn. In den Verhandlungen zu Lyon wird die „direkte Aktion" verworfen. Als ebenso gefährlich für den Arbeiter hält der Kongreß nach den gemachten Erfahrungen den Generalstreik. Er ist der Meinung, das französische Proletariat besitze in der vereinigten politischen und wirtschaftlichen Tätigkeit das rascheste und wirksamste Mittel seiner Emanzipierung. Auch den Antipatriotismus verwirft die französische Sozialistenpartei, obwohl sie in dem Internationalismus die Grundbedingung des Sozialismus sieht. Sie will den Frieden zwischen den Nationen, aber die internationale Solidarität gegen die Herrschaft des Kapitalismus soll dem Rechte und der Pflicht, sich gegen einen Angriff von außen zu verteidigen, nicht hinderlich sein dürfen. Während die geeinigten Sozialisten die Politik der radikalen Gruppen der Deputiertenkammer bekämpfen, wird in Lyon ein Antrag des sozialistisch-radikalen Abgeordneten Buisson genehmigt, wonach die Sozialisten der Kammer, die allein nichts auszurichten vermögen, mit den radikalen Gruppen zusammengehn müssen, die die notwendigen sozialen und wirtschaftlichen Reformen anstreben.

V.

Militärische Angelegenheiten.

19. März. In Nancy nimmt der Oberst Goepp vom 26. Linienregiment seinen Abschied. Dem Brauche gemäß versammelt der Kommandeur des 20. Armeekorps, General Bailloud, die Offiziere des Regiments zur Abschiedsfeier. Der Oberst sagt ihnen Lebewohl, indem er nach einem Berichte der „Petite République" mit den Worten schließt:

„Am Ende meiner Laufbahn und in dem Augenblicke, wo ich mein Regiment verlasse, ist mein großer Kummer nur der, nach 35 Dienstjahren nicht den Revanchekrieg gesehn zu haben, den wir immer erwarteten. Vor zwei Jahren glaubte ich, daß dieser Augenblick kommen werde. Leider verwirklichte sich mein Traum nicht. Dieser Krieg muß aber kommen. Ich versichre Ihnen, daß alsdann die Eigenschaften und die Tüchtigkeit des 26. Regiments den Deutschen zeigen werde, daß es auf der Höhe seiner Aufgabe ist."

General Bailloud erwidert: „Sie haben mit Recht daran erinnert, daß wir im Jahre 1905 um Haaresbreite dem Kriege nahe waren. Dieselben Ursachen oder neue Vorwände können dieselbe Lage wieder herbeiführen. Der Krieg wird kommen. Wünschen wir, daß das 26. Regiment mit den andern Bataillonen dazu beitragen wird, die verlornen Provinzen uns zurückzugeben."

Alsdann gibt der Oberstleutnant Wirbel den Gefühlen des Offizierkorps Ausdruck, indem auch er die Hoffnung ausspricht, daß eines Tages das 26. Regiment die Freude haben werde, die ihm bis jetzt verweigert sei, Frankreich die Heimat seines scheidenden Obersten (Goepp ist Elsässer von Geburt) zurückzugeben. — Ferner heißt es in dem Tagesbefehl, womit der Korpskommandeur dem Armeekorps den Rücktritt des Obersten vom Dienste zur Kenntnis bringt:

„Gebürtig aus der Umgegend von Saargemünd, begann Oberst Goepp seine Laufbahn, indem er mit der ganzen Kraft seiner Jugend dafür kämpfte, Frankreich diesen schönen Teil seines alten Gebietes zu erhalten. Nach dem Kriege widmete er seine ganze Zeit, seine ganze Intelligenz, sein ganzes Herz der Aufgabe, Männer und Cadres heranzubilden, die, wenn der Augenblick gekommen, in der Lage seien, mutig den Kampf aufzunehmen, der Frankreich seine verlornen Provinzen und ihm den heimatlichen Herd zurückgeben wird. Er rechnete mit berechtigtem Stolze darauf, an der Spitze des schönen, von ihm so gut vorbereiteten Regiments, das die harten Lehren der Geschichte nicht vergessen hat, an dieser edeln Aufgabe teilzunehmen. Umstände, die von seinem Willen unabhängig sind, zwingen ihn, vor der Stunde zu gehn.

Der Oberst selbst erklärt in einem an sein bisheriges Regiment zum Abschied gerichteten Tagesbefehl:

Ein Sohn des annektierten Lothringens lebte ich im Frühling 1905 einige Wochen in der Hoffnung, daß ich am Ende meiner Laufbahn noch die höchste Ehre haben würde, mein Dorf an den Ufern der Saar an der Spitze des tapfern 26. Regiments wiederzusehn, es sich mit Ruhmeslorbeeren bedecken zu sehn für die Wiedereroberung der elsaß-lothringischen Erde, die ein unbarmherziger Sieger dem Mutterlande im Namen des barbarischen Grundsatzes „Gewalt geht vor Recht" entrissen hat. Es war leider nur ein Traum für euern alten Oberst! Ihr aber, junge Leute, ihr werdet diese Ehre eines Tages haben, und alsdann, dessen bin ich sicher, werdet ihr gute Arbeit verrichten und eure Vorgänger von 1870 für die Ehre der Fahne und den Ruhm Frankreichs zu rächen wissen.

22. April. Die antimilitaristische Liga und der allgemeine Arbeitsverband erlassen einen Aufruf, in dem das Militär aufgefordert wird, im Fall eines Gesamtausstandes, der das Vorspiel der Revolution bilden würde, den Offizieren den Gehorsam zu verweigern und zu noch energischeren Mitteln zu greifen.

28. April. Der Kriegsminister Piquart erklärt, im Heere bestehe kein Antimilitarismus, sondern mache vor den Toren der Kasernen Halt. Er sei überzeugt, daß man nicht einen einzigen

Fall von Disziplinlosigkeit, Dienstverweigerung oder Rebellion anführen könne. Seit zwei Jahren habe die Armee bisweilen peinliche und heikle Aufgaben erfüllen müssen; sie mußte an verschiednen Punkten Frankreichs einschreiten, um die Ordnung wiederherzustellen. Bald war die Ruhe von rechts gestört, wie bei den Inventaraufnahmen, bald von links, wie bei den Ausständen. Niemals sei dabei unter den Soldaten ein Fall von Pflichtvergessenheit oder Disziplinlosigkeit vorgekommen; dagegen habe es leider diese unter den Offizieren gegeben.

VI.

Auswärtige Angelegenheiten.

1.

Über Fragen wegen Marokkos.

13. Januar. Der Sozialistenführer Jaurès, der im vorigen Monat in der Deputiertenkammer gegen eine weit ausgedehnte Einmischung Frankreichs in Marokko aufgetreten ist, wiederholt jetzt, nach der Besiegung Raisulis durch die marokkanischen Regierungstruppen, seine Mahnung zur Zurückhaltung und bekämpft zugleich entschieden die Verdächtigungen der Politik Deutschlands in Nordafrika.

Jaurès wendet sich in der „Humanité“ gegen die englische Jingopresse, insbesondre gegen den „Daily Telegraph“, der in unverhohlen hetzerischer Weise Deutschland beschuldige, daß es in Marokko neuerdings Ränke anzettle. Man müsse hoffen, daß die Regierungen Frankreichs und Spaniens sowie die Befehlshaber der Geschwader diesen Hetzereien kein Gehör schenken würden. Aber die durch die voreilige Einmischung Frankreichs und Spaniens hervorgerufne zweideutige Lage könne, wenn sie sich noch länger hinziehe, gefährlich werden. Schon trete in einem Teile der öffentlichen Meinung Spaniens Ungeduld und Nervosität zutage. Erst dann werde jede Gefahr verschwunden sein, wenn Frankreich und Spanien zu der ehrlichen Auslegung der Algecirasakte zurückgekehrt sein würden. Da die Sicherheit in Tanger durch den Machsen wiederhergestellt sei, möchten sich Frankreich und Spanien beeilen, im Einvernehmen mit dem Sultan die Polizei zu organisieren und ihre Geschwader zurückzuziehen. Wenn behufs Herstellung einer für die Handelsbeziehungen aller Länder günstigen Ordnung der Dinge eines Tages ausgedehntere Maßnahmen notwendig sein sollten, dann müßten alle Vertragsmächte gemeinsam diese Verantwortung übernehmen, sonst könnte durch unlautere Machenschaften französischer Freibeuter und englischer Jingos sowie durch die Winkelzüge der Chauvinisten nur ein allgemeiner Zustand der Gereiztheit und Konfliktgefahr heraufbeschworen werden.

22. Januar. Der französische und der spanische Botschafter überreichen den Mächten, die die Algecirasakte unterzeichnet haben, eine gleichlautende Mitteilung, worin die baldige Zurückziehung der

französischen und der spanischen Kriegsschiffe aus den marokkanischen Gewässern angekündigt wird. Die Meldung stellt mit Befriedigung fest, daß neuerdings die marokkanische Regierung selbst für die Besserung der Lage in Tanger und der nähern Umgebung Sorge getragen hat. Sie weist sodann auf die Notwendigkeit hin, die in der Akte von Algeciras vorgesehene Polizei mit Beschleunigung einzurichten, und zählt die Schritte auf, die zu diesem Zweck von Frankreich und Spanien in Gemäßheit des diesen Mächten übertragnen Mandats bei der marokkanischen Regierung wie auch bei der Schweiz gemacht worden sind. Die Mitteilung erwartet, daß die Regierung des Sultans auch ihrerseits den ihr für die Einrichtung der Polizei obliegenden Pflichten nachkommen wird, und schließt damit, daß nach der Auffassung Frankreichs und Spaniens die Interessen der scherifischen Regierung und die der in Marokko lebenden Fremden erst hinreichend gewährleistet sein werden, nachdem ohne Verzögerung, unter bereitwilliger Mithilfe der Regierung des Sultans die in Algeciras grundsätzlich vereinbarte Polizei organisiert ist.

29. März. Die französische Regierung läßt als Genugtuung für die zu Marrakesch in Marokko erfolgte Ermordung des französischen Arztes Mauchamp, insbesondre wegen Nichterfüllung der Übereinkommen von 1901 und 1902, durch den General Liautey, Kommandanten des militärischen Gebietes vom Südoran, die etwa 80 Kilometer vom Mittelländischen Meere, dicht an der Grenze Algeriens liegende marokkanische Stadt Udscheda mit etwa 3000 Mann besetzen.

22. April. Der Minister Pichon spricht halbamtlich seine Befriedigung darüber aus, daß deutsch-französische Meinungsverschiedenheiten über den Kanalbau in Tanger und die Larascher Hafenarbeiten gütlich beigelegt seien. Sollten neue deutsch-französische Interessenfragen zu lösen sein, so würde anzunehmen sein, daß sie im beiderseitigen Einvernehmen dem gesamten diplomatischen Korps zur Entscheidung vorgelegt werden. Man könne also außer Sorge sein über die volle loyale Anwendung der Bestimmungen der Algecirasakte.

15. Mai. Die marokkanische Regierung erteilt eine in allem wesentlichen zufriedenstellende Antwort auf die anläßlich der Ermordung eines französischen Arztes gestellten Forderungen der französischen Regierung.

27. Mai. Die französischen Kriegsschiffe Lalande und Jeanne d'Arc treffen vor Tetuan ein und landen ohne jede Förmlichkeit bewaffnete Truppen.

2.

Verhältnis zum Deutschen Reiche.

8. Februar. Die französische Presse nimmt von dem Ausfalle der Wahlen zum deutschen Reichstage mit vielem Interesse Notiz.

Der Pariser „Matin" spricht sich also aus: Die Deutschen haben durch ihre Abstimmungen bewiesen, wie stark und lebendig in ihnen das nationale Gefühl auf Kosten der politischen Einsicht entwickelt ist. Das wußte man aber eigentlich auch schon vor den Wahlen. Das Geschick des Kanzlers und sein gutes Glück haben sich noch einmal bewährt. Seine Stellung, die zahlreiche heftige Anstrengungen zu erschüttern suchten, ist ist heute fester als je. — Das „Journal des Débats" sagt: Soll man den kriegerischen Vergleich tragisch nehmen, den Wilhelm II. von der Höhe seines Balkons der loyalen Menge zurief? Wir glauben es nicht, wollen es auch nicht glauben. Aber aus dem Resultat der Wahlen wird man doch einiges für das Ausland nicht Unwichtige registrieren müssen, besonders die Stärke der nationalen Idee im deutschen Kaiserreich. Während in Frankreich und England radikale Ideen für die Regierung maßgebend sind, während selbst Rußland den Versuch macht, sich zu parlamentarisieren, beharrt Deutschland noch mehr als früher auf dem Wege der ultrakonservativen Politik. Sicherlich darf man sich Glück wünschen, daß die Macht der Sozialdemokratie gebrochen ist. Aber ein Reichstag, der weniger reaktionär wäre, dürfte für die internationale Politik doch wohl bessere Aussichten bieten! — Ebenso spricht sich der „Temps" aus: Es scheint, daß in Deutschland der Sozialismus seine beste Zeit gehabt hat, sein Niedergang ist nicht zufällig, er war unvermeidlich. Der wahre Sieger und der Meister der Situation ist der Zentrumsmann. Der Ausgang der Wahlen ist mehr als national: er ist nationalistisch; es hat genügt, mit dem Fuß auf den Boden zu stampfen, um Legionen Wähler hervorgehn zu lassen. Man rief: „Das Reich ist in Gefahr!" — und die Deutschen strömten zusammen, um das Reich zu retten. Auf diesen Boden hat sich der Kaiser in seiner Anrede an das Volk gestellt, und er hat recht gehabt. Der nationalistische Charakter dieser Wahl gibt ihr die Größe und die Bedeutung. Ohne übertreiben zu wollen, müssen wir doch die Folgen dieser deutschen Wahl ernsthaft ins Auge fassen. Seit zwei Jahren hat uns die kaiserliche Regierung bewiesen, daß aggressive Stimmungen bei ihr nicht unmöglich sind. Der neue Reichstag wird solchen Stimmungen weniger Widerstand entgegensetzen als der alte. — „Messidor" schreibt: Es wäre gefährlich, zu verkennen, daß die Wahlen die Ideen der Weltpolitik unterstützen.

10. Februar. Der frühere Minister des Äußern Hanotaux veröffentlicht eine Betrachtung, aus der eine dem Frieden überaus förderliche Achtung vor Deutschland spricht:

Es gibt inmitten unsers Kontinents einen Staatskörper von sechzig Millionen Menschen, von einer Disziplin geeint, zu einer Arbeit verbunden, in einen Gedanken an Haupt und Gliedern fest geschlossen. Man hat oft an einem kapriziösen persönlichen Willen geglaubt, dessen Pläne in der Luft schwebten. Jetzt weiß man, daß in ernster Stunde hinter diesem einzelnen die größte Masse ernster Menschen steht, die zurzeit in Europa

existiert. Das ist wirklich ein Block! Wenn das deutsche Volk sich bedroht fühlt, wird es sich auf ein Wort erheben. Was es will, und was es verteidigen will, ist seine Einheit und seine Größe, trotz alles innern Streites. In einer Stunde, die in andern Ländern das Volksempfinden wanken sieht, setzt sich hier der nationale Gedanke stolz und entschieden durch. Denn man darf darüber nicht im Zweifel sein, daß im Notfalle auch das störrische Zentrum keinen Militärkredit verweigern wird.

9. März. An Stelle von Bihourd wird Jules Cambon zum französischen Botschafter in Berlin ernannt.

16. März. Präsident Fallières drückt von Toulon dem Kaiser Wilhelm telegraphisch sein Beileid zu dem Grubenunglück in Klein-Rosseln aus.

10. April. Das „Journal des Débats" schreibt über die bei der Überreichung des Beglaubigungsschreibens des Botschafters Cambon in Berlin gewechselten Ansprachen: Es ist nicht zweifelhaft, daß Kaiser Wilhelm absichtlich die liebenswürdige Note angeschlagen hat. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen muß diese Absicht gewürdigt werden, da sie sich zu Beginn der Mission eines Botschafters kundgibt, der fähig ist, die Elemente guten Willens, die sich in den französisch-deutschen Beziehungen vorfinden, zur möglichsten Geltung zu bringen. Die Worte des deutschen Kaisers haben zum mindesten das Verdienst, daß sie eine freundliche Atmosphäre schaffen, die die moralische Vorbedingung für jede Besprechung und Verhandlung bildet, wenn man eine so weitgehende Hoffnung hegen darf. Noch einige andre Blätter erblicken in den ausgetauschten Ansprachen ein Anzeichen für den beiderseits bestehenden Wunsch nach guten Beziehungen.

27. April. Der Verhandlung des deutschen Reichstags über den Heeresetat widmet der Pariser „Temps" folgende Betrachtung:

Es ist gewiß, daß in Deutschland eine Erhebung des Nationalgefühls sich vollzieht, und gewisse Zeitungsartikel enthüllen sogar kriegerische Stimmungen, die man gewöhnlich sich zu verbergen bemüht. Es läßt sich erkennen, daß bei unsern Nachbarn das patriotische Hochgefühl seit 1871 niemals mehr so lebendig war wie jetzt. Das beweist genugsam die Unruhe, die durch die Ereignisse des internationalen Lebens bei ihnen hervorgerufen wird. In Deutschland gedeiht der Antipatriotismus nicht.

31. Mai. In der französischen Presse wird der englische Journalistenbesuch in Deutschland mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Während einige Zeitungen sich bemüht zeigen, der Reise einen berufsmäßigen Charakter beizulegen, verhehlen die andern nicht die Wichtigkeit des Meinungsaustausches. So schreibt der „Temps" über die Rede von Mühlbergs:

Die Rede ist nach Form und Inhalt vorzüglich, sie ist bemerkenswert durch ihr Maß, ihren Ernst und ihre Würde. Herr von Mühlberg

hat darauf verzichtet, sein Vaterland besser zu schildern, als es ist. So wird uns erlaubt sein, zu bemerken, daß niemals das deutsche Volk in seiner Gesamtheit im Auslande schlecht beurteilt worden ist. Man verkennt in Frankreich und England sicherlich auch nicht die arbeitsame Größe Deutschlands, seinen tiefen und ernsten Geist, seine Methode und fruchtbare Tätigkeit, die im Frieden die Erfolge des Krieges zu nützen wußte, und wir verkennen ebensowenig die hohen Vorzüge des deutschen Charakters und das, was man in Berlin als einen kulturellen Wert bezeichnet.

3.

Vertrag mit Siam.

23. März. Seitens der französischen Regierung wird in Bangkok mit dem Königreiche Siam ein Vertrag geschlossen.

Er betrifft die endgiltige Regelung aller trotz des Vertrags von 1902 zwischen den beiden Ländern schwebenden Schwierigkeiten; insbesondre geht sie dahin: Frankreich gibt an Siam die Gebiete Kratié und Dansai zurück; die Konzession der vier Frankreich auf dem rechten Ufer des Mekong überlassenen Ausfuhrplätze wird in eine Erbpacht umgewandelt; Frankreich stimmt verschiednen Änderungen in der siamesischen Gerichtsbarkeit zu, die Stellung der siamesischen Regierung in ihren Verhandlungen mit den andern Mächten zu stärken. Siam tritt seinerseits an Frankreich die Provinzen Battambang, Angkor und Sisophon ab. Diese ehemals zu Kambodscha gehörenden Provinzen umfassen etwa 20000 Quadratkilometer mit gegen 250000 Einwohnern. Frankreich wird sie seinem indochinesischen Protektorat einverleiben. Siam bewilligt ferner allen französischen Bürgern und Schutzangehörigen das Recht des Erwerbs von Grundeigentum im ganzen Gebiete des Königreichs.

7. Juni. Genehmigung seitens der Deputiertenkammer.

VII.

Todesfälle.

12. März. Tod Casimir-Periers, der von Juni 1894 bis 15. Januar 1895 Präsident der Republik war.

5. April. Tod des Obersten Baron Stoffel, der 1866 bis 1870 als Militärattaché bei der Botschaft in Berlin eingehende Berichte zum Beweise der Überlegenheit des deutschen Heeres lieferte, die in den Tuilerien uneröffnet gefunden wurden.

Großbritannien und Irland.

I.

Parlament.

1.

Eröffnung durch Thronrede.

12. Februar. König Eduard eröffnet das Parlament mit einer Thronrede, in der er sagt:

Ich freue mich, sagen zu können, daß die Beziehungen zu den fremden Mächten andauernd freundliche sind. Ich habe keinen Anlaß, zu der eingehenden, dem Parlament im Dezember gemachten Mitteilung, in der die in letzter Zeit abgeschlossenen befriedigenden Abkommen aufgezählt werden, etwas hinzuzufügen. Was das Erdbeben in Kingston betrifft, so beklage ich den Verlust an Menschenleben und die Zerstörung von Eigentum. Ich habe mit Befriedigung von dem Mute vernommen, den der Gouverneur und seine Offiziere bei dieser Gelegenheit bezeigt haben, und von der Selbstbeherrschung der Bevölkerung von Kingston. Mit aufrichtiger Dankbarkeit erkenne ich die Sympathie an, die die Bevölkerung der Vereinigten Staaten bei dieser Gelegenheit bekundet hat, und die prompte Hilfe, die ihre Marinebehörden geleistet haben. Der erste Besuch des Emirs von Afghanistan in Indien seit zwanzig Jahren und der Umstand, daß er sich persönlich mit den charakteristischen Zügen des indischen Lebens bekannt gemacht hat, sind für mich und, soviel ich weiß, auch für den Emir selbst eine Quelle großer Genugtuung gewesen, da sie geeignet sind, ein richtiges Verständnis zu fördern, was in Indien viel wichtiger ist als der Abschluß formeller Verträge. Wenn auch die Stärke und Einheit der Regierungsgewalt ungeschwächt bleiben soll, so vertraue ich doch darauf, daß kräftige Anstrengungen gemacht werden, um Mittel und Wege zu finden, die Grundlage für Friede, Ordnung und eine gute Regierung unter den großen Volksgenossenschaften, die meiner Fürsorge anvertraut sind, zu erweitern. Das Budget des neuen Finanzjahres ist mit dem Ziele aufgestellt worden, Ersparnisse zu bewirken, die mit einer wirksamen Aufrechterhaltung des öffentlichen Dienstes vereinbar sind. Ernste Fragen, die das Funktionieren unsers parlamentarischen Systems berühren, sind aus den unglücklichen Meinungsverschiedenheiten der beiden Häuser entstanden. Meine Minister erwägen jetzt diese wichtige Frage und suchen nach einer Lösung der Schwierigkeit. — Es folgt die Aufzählung mehrerer Maßnahmen.

2.

Adreßberatungen.

Im Unterhause beginnt alsbald die Verhandlung über die auf die Thronrede zu erteilende Antwort. **Balfour** nennt die Liste der in der Thronrede erwähnten Maßnahmen einen Katalog der Bestrebungen der Regierung und zweifelt daran, ob viele der Maßnahmen während der gegenwärtigen Tagung auch nur im Unterhause

erledigt werden würden. Bezüglich der Oberhausfrage sagt er, der Gedanke, daß irgendeine Umgestaltung der zweiten Kammer gelegentliche Meinungsverschiedenheiten mit der ersten Kammer verhindern würde, sei töricht. Alles, was man tun könne, sei, dafür Sorge zu tragen, daß auf die Dauer das Volk darüber entscheide, unter was für Gesetzen es leben will. Premierminister **Campbell-Bannerman** erwidert, der wichtigste Teil der Thronrede sei die Stelle, die sich auf die Streitigkeiten zwischen beiden Häusern des Parlaments beziehe. Er erkenne vollkommen die ernste Natur der Aufgabe an, der sich zu widmen das Haus, wenn die Zeit dazu gekommen, von der Regierung aufgefordert werden solle. Es sei nicht mit den Gefühlen verletzter Eitelkeit, der Gereiztheit oder des Verdrusses, daß die Regierung diese große Frage in Angriff zu nehmen gedenke. Die Frage der Beziehung zwischen den beiden Häusern sei schon dadurch im vollen Umfang aufgeworfen worden, daß in der letzten Tagung zwei große Maßnahmen, die das Volk verlangt hatte, zunichte gemacht worden sind.

In der Adreßverhandlung des Oberhauses bemerkt Lord Lansdowne: Wenn die Regierung ihren Angriff gegen das Haus der Lords auf die Haltung desselben während der letzten Tagung zu gründen beabsichtigt, so sind wir vollkommen bereit, der Regierung wegen dieses Angriffs innerhalb und außerhalb des Hauses entgegenzutreten.

13. Februar. In Fortsetzung der Adreßverhandlung des Unterhauses erklärt der Staatssekretär des Auswärtigen, Sir Edward **Grey**, in Erwiderung von Kritiken, die sich gegen die englisch-französische Konvention über die Neuen-Hebriden richten, daß die Konvention die beste Abmachung sei, die unter den obwaltenden Umständen möglich gewesen wäre, und behauptet, daß England sogar ein gutes Geschäft dabei gemacht habe. **Long** kommt auf die irische Frage zu sprechen. Der Staatssekretär für Irland **Birrell** erklärt, er und der Premierminister seien sich darin vollkommen einig, daß die einzige Lösung des irischen Problems, die die große Mehrheit des irischen Volks befriedigen würde, die Gewährung von Homerule und eines eignen Parlaments sei. Er würde deshalb nicht die Verantwortung für irgendeine andre Maßregel übernehmen, die in irgendwelcher Weise die Erfüllung der irischen Hoffnungen zunichte machen würde; er hoffe, daß bald die Zeit kommen werde, wo Irland eine starke und wirkliche Erhöhung der Macht Großbritanniens sein werde, der Stolz des britischen Herzens und die Freude der irischen Bevölkerung selbst. — Der Schatzkanzler **Esquith** erklärt auf Anträge wegen Schaffung einer Altersversorgung, die praktische Lösung dieser Frage sei nur möglich durch Sparsamkeit bei den

öffentlichen Ausgaben und Verbesserung des derzeitigen Steuersystems. Aber man könne nur schrittweise vorgehn, und wenn er auch den dringenden Wunsch habe, einen Anfang zu machen, so sei es doch unmöglich, den Überschuß des nächsten Haushaltsetats oder dessen Verwendung vorher festzulegen. Die Regierung wünsche ernstlich, eine wirksame Altersversorgung zu schaffen, wenn auch anfangs nur in beschränktem Maßstabe.

15. Februar. Lebhafte Erörterung ruft im Unterhause die Frage hervor, ob es wünschenswert sei, die Kolonien in höherm Maße als bisher zu Beiträgen für die Kosten der Reichsverteidigung heranzuziehn. Unterstaatssekretär der Kolonien **Churchill** warnt vor geizigem geschäftsmäßigem Abrechnen mit den Kolonien oder gehässigen Vergleichen der gegenseitigen Vorteile. Das Reich sei nach den Grundsätzen einer Familie, nicht nach den Grundsätzen eines Syndikats aufgebaut. Immerhin sei es die Pflicht der Kolonien, wenn sich die Gelegenheit ergebe, zu den gemeinsamen Verteidigungsmitteln des Reichs beizutragen. Churchill betont, daß die von den Kolonien geleisteten Beiträge im Wachsen seien, und setzt hinzu, die Regierung beabsichtige nicht, die Kolonien zur Teilnahme an dem Rüstungswettbewerb aufzufordern, in den viele Nationen zu treten bereit seien. Was immer die Kolonien gegeben haben, hätten sie aus freien Stücken gegeben, und die Regierung habe es mit Freuden angenommen.

20. Februar. Das Unterhaus nimmt die Adresse an den König an.

3.

Über auswärtige Angelegenheiten.

28. Februar. Im Unterhause wird an die Regierung die Anfrage gestellt, wann das Handelsabkommen zwischen England und Deutschland, das England die Meistbegünstigung gewähre, ablaufe, und welche Schritte zu dessen Erneuerung geschehen würden. Sir Edward **Grey** erwidert, er nehme an, daß das Abkommen so lange in Kraft bleibe, als England seinerseits Deutschland das Meistbegünstigungsrecht einräume, und daß deshalb weitere Schritte überhaupt nicht erforderlich seien.

7. März. Auf eine Anfrage im Unterhause, ob bei dem jüngsten Besuche des Emirs von Afghanistan in Indien politische Besprechungen stattgefunden hätten, erwidert der Staatssekretär für Indien, **Morley**, es hätten keine politischen oder militärischen Besprechungen stattgefunden, es seien weder von der einen noch von der

andern Seite Vorschläge politischen Charakters gemacht, und keinerlei Änderung der Beziehungen, wie sie zwischen Großbritannien und Afghanistan auf Grund des Vertrags von 1905 bestehn, sei angeregt worden.

14. März. Im Unterhause bittet Thomson um Schritte, damit irgendein Handelsabkommen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten den britischen Handel nicht ungünstig beeinflusse. Staatssekretär **Grey** erwidert, wenn irgendein den britischen Handel berührendes Abkommen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten getroffen werde, werde die britische Regierung mit den Vereinigten Staaten so in Verbindung treten, wie es erforderlich werden könne. — Eine andre Frage beantwortet **Campbell-Bannerman** dahin, daß die von dem Deutschen Kaiser geschenkte Statue Wilhelms III. vor dem Kensingtonpalast aufgestellt werden soll.

8. April. Der Unterstaatssekretär Runciman erwidert im Unterhause auf eine Anfrage, das gute Vernehmen mit Frankreich habe durch die englische Ablehnung des Plans eines Tunnels unter dem Kanal La Manche nicht gelitten.

25. April. Im Unterhause gibt Sir Edward Grey die Auskunft, dem britischen Gesandten in Teheran seien Nachrichten über deutsche Beihilfe bei der Errichtung einer Nationalbank für Persien zugegangen, sie seien jedoch bisher nicht bestätigt worden. — Byles bittet um Mitteilung, wie die anfängliche Haltung der britischen Regierung im Haag zu der vorgeschlagnen Begrenzung der Rüstungen sein werde. Der Staatssekretär erwidert, es würde nur zu Verwirrungen führen, wenn die Erwägungen mitgeteilt würden, die soeben überall darüber stattfänden.

30. April. Im Unterhause macht Sir Vincent darauf aufmerksam, daß die Regierung ihr Augenmerk auf die beiden deutschen Dampferlinien richte, die bestrebt seien, den britischen Schiffsverkehr zwischen Newyork und Australien zu verdrängen, und daß sie mit den Kolonialministern über die besten Mittel verhandle, um diesem Unternehmen entgegenzuwirken.

6. Mai. Auf eine Anfrage im Unterhause, ob mit Rücksicht auf die kürzlich abgegebnen Erklärungen des Fürsten Bülow in bezug auf die Abrüstungsfrage die britische Regierung sofort den Bau eines dritten Schiffes der „Dreadnought"-Klasse im diesjährigen Flottenbauprogramm in Angriff zu nehmen beabsichtige, erwidert **Campbell-Bannerman**, daß die Regierung sich der Wichtigkeit der Erklärung des Fürsten Bülow voll bewußt sei. Aus dem Tone der Erklärung ginge aber auch klar hervor, daß die deutsche Regierung unter Wahrung ihres eignen Standpunktes zu vermeiden wünsche,

den andern in dieser Frage interessierten Mächte Schwierigkeiten oder Unannehmlichkeiten zu bereiten. Die britische Regierung wünsche ihrerseits die Frage in demselben Geiste zu behandeln und jeden Streit zu vermeiden, der etwa andern Mächten Ungelegenheiten verursachen könne, sie erkenne auch an, daß die Frage der Ausgaben für die Kriegsausrüstung nur in Übereinstimmung und mit Zustimmung des Hauses behandelt werden könne, sie befinde sich aber zurzeit nicht in der Lage, weitere Angaben über das Schiffsbauprogramm und die damit verbundnen Ausgaben zu machen.

15. Mai. Im Unterhause erklärt der Staatssekretär Sir Edward **Grey** eine Änderung des Systems der Kongoregierung für nötig und sagt:

Die Änderung würde in der natürlichsten Weise stattfinden durch den Übergang der Kongoregierung an die belgische Regierung. Er glaube, dieser liege sehr daran, an die Frage mit dem Wunsche heranzutreten, eine befriedigende Lösung herbeizuführen. Wenn das belgische Parlament so handeln wird, wie wir es gern handeln sehen würden, muß es dies ohne Einmischung von außen tun. Wenn Belgien die Empfindung hat, daß die ihm gestellte Aufgabe eine Last für es ist, und den Wunsch hegt, an die Unterzeichner der Berliner Akte zu dem Zwecke heranzutreten, eine Unterstützung ausfindig zu machen, die ihm seine Aufgabe weniger drückend macht, so werden wir sehr gern auf jeden Vorschlag hören, den Belgien machen will. Wenn die belgische Lösung der Frage sich als undurchführbar erweist, wird sie zu einer internationalen Frage. Wenn eine Änderung in der Regierung des Kongostaats stattfinden und der Staat in andre Hände übergehn soll, so wird die britische Regierung allein die Verantwortung auf sich zu nehmen nicht bereit sein. Wir sind bereit, die politische und diplomatische Verantwortlichkeit mit den andern Mächten zu teilen. Wir streben aber nicht danach, unsre Lasten durch Erwerbung eines weitern Gebiets vermehrt zu sehen.

4.

Reform des Oberhauses.

21. Februar. Im Oberhause bringt **Lord Newton** einen Gesetzentwurf betreffend die Reform des Oberhauses ein. In der Absicht, den übermäßigen Einfluß des erblichen Elements zu beseitigen, sieht der Entwurf vor, daß kein erblicher Pair im Oberhause sitzen soll, außer wenn er ein hohes Amt bekleidet hat, oder wenn er zweimal ins Unterhaus gewählt worden ist, ehe er Pair wurde, oder wenn er als Wahlpair gewählt worden ist. Die erblichen Pairs sollen Vollmacht erhalten, ein Viertel aus ihrer Zahl zu gewählten Pairs zu wählen. Die Krone soll Vollmacht haben, hundert Pairs auf Lebenszeit zu ernennen, um eine Vertretung aller Interessen zu sichern; die Zahl der Bischöfe im Oberhause soll herabgesetzt werden.

6. Mai. In der Beratung des Oberhauses hierüber stellt der Earl of Cawdor einen Antrag, der auf Beiseitelegung jenes Vorschlags auf unbestimmte Zeit hinausläuft.

7. Mai. Nach Annahme dieses Antrags wird obiger Vorschlag zurückgezogen. Lord **Rosebery** bedauert, daß die Regierung zögere, ihre Absichten bezüglich des Oberhauses bekanntzugeben; der Premierminister habe am 2. September v. J. erklärt, es müsse ein Weg gefunden werden, um den Willen des Volkes ausschlaggebend zu machen, aber Monate seien verstrichen ohne jede Erklärung.

5.

Zur irischen Frage.

14. Februar. Minister **Birrel** läßt an das Unterhaus die amtliche Mitteilung gelangen, daß er eine Bill einzubringen beabsichtige, die die Bezeichnung trägt: Bill zur Einsetzung eines irischen Rats.

14. März. Im Unterhause gelangt eine vom Nationalisten **Hogan** eingebrachte Beschlußerklärung zur Verhandlung, in der gefordert wird, daß die unter dem Namen Coercion Act bekannten Ausnahmegesetze gegen Irland aufgehoben würden. Der irische Attorneygeneral Cherry erklärt dazu, daß die jetzige Regierung, als sie ans Ruder kam, beschlossen habe, die Anwendung dieser Akte aufzuheben und sich auf das allgemeine Gesetz zu verlassen. Unter dessen Herrschaft habe sich die Zahl der Fälle von agrarischen Ausschreitungen in Irland verringert, und die Polizeiberichte zeigten, daß mit einer Ausnahme alle Distrikte Irlands sich in friedlicher und befriedigender Lage befänden. Der Staatssekretär für Irland, **Birrell,** heißt den Antrag willkommen und erklärt, solange die jetzige Regierung im Amte sei, werde die Coercion Act tot und begraben sein. Die Regierung werde die Akte bei der früheſt sich darbietenden Gelegenheit abschaffen, aber er glaube, die Zeit der gegenwärtigen Tagung werde besser der Ausführung der Reformen in der irischen Verwaltung gewidmet, die schon im Programm der Regierung angekündigt worden seien. Der Antrag wird angenommen.

7. Mai. Im Unterhause bringt der Chefsekretär für Irland, **Birrell,** die Vorlage zur Errichtung eines administrativen Rats für Irland ein.

Er führt zur Begründung aus, daß die Vorlage keine Spur eines Vorschlags auf Begründung einer neuen gesetzgebenden Gewalt enthalte und nicht zur Erhebung auch nur einer einzigen Steuer oder Abgabe ermächtigen werde, während die irischen Mitglieder nach wie vor ihre Sitze im Unterhause einnehmen werden. Obgleich die Vorlage sonach in ihrer Tragweise begrenzt sei, so sei ihr Ziel doch das, die öffentliche Meinung des

irischen Volks als Ganzes in engere Beziehung zu der Verwaltung der Gesetze und den Verordnungen zu bringen, die die Leitung der rein irischen Angelegenheiten betreffen. Niemand glaube, daß das gegenwärtige System der Verwaltung Irlands gesund, vernünftig oder wirtschaftlich sei; kein Pulsschlag des wirklichen Lebens sei in ihm zu spüren. Die Vorlage bestimme, daß acht der Verwaltungsdepartements, darunter die der Lokalverwaltung, der Landwirtschaft, der öffentlichen Arbeiten, des Unterrichts, aber nicht das der Gendarmerieverwaltung, unter die Kontrolle eines repräsentativen Administrativrats gestellt werden sollen, der aus 82 gewählten und 24 ernannten Mitgliedern bestehn solle. Die Wahlmitglieder sollten auf drei Jahre gewählt werden, und die Wahlbezirke im ganzen mit den Parlamentsbezirken übereinstimmen. Der Rat solle die Kontrolle der Verwaltung der acht bezeichneten Departements durch Resolutionen ausüben, und die Oberhoheit des Reichsparlaments dadurch gewahrt bleiben, daß dem Vizekönig die Befugnis erteilt wird, für jede von dem Rate gefaßte Resolution den Vorbehalt der Genehmigung durch die Regierung zu machen. Birrell erklärt weiter, was die Finanzverwaltung angehe, so solle ein unter der Kontrolle des Administrativrats stehender irischer Fonds begründet werden und in diesem die schon bisher für den Dienst der acht Verwaltungsdepartements überwiesnen Summen eingezahlt, außerdem aber noch 650000 Pfd. Sterl. jährlich mehr bewilligt werden. Von diesen sollten 300000 Pfund für öffentliche Arbeiten und zur Förderung der Landeskultur verwandt werden.

Über diesen Vorschlag spricht sich **Balfour** dahin aus, eine verkehrtere Art, die Verwaltung von Irland zu ordnen, sei niemals ersonnen worden, der gesamte Plan werde unabwendbar zusammenbrechen; er befriedige die öffentliche Meinung nicht und werde die Verwaltung in Irland in einen chaotischen Zustand versetzen. Die Vorlage wird jedoch in erster Lesung angenommen.

6.

Landbill für Schottland.

21. März. Die Regierung bringt im Unterhause die von der liberalen Partei schon seit langer Zeit versprochne Landbill für Schottland ein, die, wenn sie angenommen werden sollte, die Grundbesitzverhältnisse vollständig umstoßen würde. Die Opposition gegen die Vorlage ist um so größer, als man befürchtet, daß die Regierung, im Fall die Bill für Schottland angenommen werden sollte, eine ähnliche auch für England und Wales durchzubringen suchen wird. Die Bill will den Großgrundbesitz beseitigen und das Land in kleinere Parzellen für die Landarbeiter teilen. Jeder Grundbesitz von mehr als 150 Morgen soll nach dem Vorschlag der Regierung zwangsweise aufgeteilt werden können; es handelt sich also um einen ganz ähnlichen Vorschlag wie der, der zur Zeit der französischen Revolution in Frankreich gemacht wurde. — **Balfour** wendet sich namens der Opposition gegen die Maßregel, die er als revolutionär nach jeder Richtung hin bezeichnet. Er sagt, die Bill würde

die landwirtschaftlichen Interessen Englands und Schottlands außerordentlich gefährden. Die Großgrundbesitzer würden sofort aufhören, irgendwelches Geld in ihr Land zu stecken, weil sie sich sagen müßten, daß am nächsten Tage schon die Landkommission kommen und ihnen ihr Land aufteilen könne.

7.

Soziales.

22. Februar. Das Unterhaus nimmt in zweiter Lesung das Gesetz an, wonach dem Witwer die Ehe mit der Schwester seiner verstorbnen Frau gestattet wird. (Bisher ist dies an dem hartnäckigen Widerstande besonders der hochkirchlichen Richtung gescheitert, und man war so streng seit Heinrich VIII., dessen erste Gemahlin Katharina von Aragonien mit seinem verstorbnen ältern Bruder verheiratet gewesen war, darob nachträglich schwere Gewissensbedenken empfand, weil ihm Anna Boleyn begehrenswerter erschien.)

8. März. Im Unterhause beantragt Dickinson die zweite Lesung der Bill, durch die das Wahlrecht zum Parlament den Frauen in allen den Fällen verliehen wird, in denen sie zum Wählen berechtigt wären, falls sie Männer wären. Premierminister **Campbell-Bannerman** erklärt, die Regierung wolle dem Hause die Entscheidung der Frage völlig überlassen, aber er sei persönlich für Annahme der Bill, womit er seine Meinung dahin aussprechen würde, daß der Ausschluß der Frauen vom Wahlrecht weder ratsam noch gerechtfertigt oder politisch richtig sei. Whitehead (lib.) beantragt Ablehnung der Bill. Die Besprechung wird auf unbestimmte Zeit vertagt.

12. April. Die im Unterhause eingebrachte Bill, die die Einführung des achtstündigen Arbeitstages für Grubenarbeiter vorsieht, wird in zweiter Lesung angenommen.

8.

Finanzen.

18. April. Der Kanzler der Schatzkammer, **Asquith**, setzt im Unterhause die Lage der Finanzen auseinander. Er sagt im wesentlichen:

Das abgelaufne Finanzjahr sei denkwürdig. Der inländische wie der Auslandshandel sei lebhaft und blühend gewesen, obwohl auf dem Fondsmarkte Geldknappheit geherrscht habe. Die Ausgaben im Finanzjahr 1907 und 1908 würden auf 140 957 000 Pfund Sterling geschätzt, also 1 664 000 Pfund weniger als im Jahre 1906/07; er hoffe, dieser Rückgang werde anhalten und sich noch steigern. Die Einnahmen im Jahre 1907/08 auf Grundlage der bestehenden Besteuerung würden auf 144 190 000 Pfund Sterling geschätzt. Während des Finanzjahres 1906/07 sei die Staatsschuld um 13 714 000 Pfund Sterling verringert worden. Der Überschuß des Finanzjahres 1907/08 auf Grundlage der bestehenden Besteuerung würde sich auf 3 233 000 Pfund Sterling stellen. Er schlage nun vor, die Einkommensteuer auf Arbeitseinkommen, das 2000 Pfund Sterling jährlich nicht übersteigt, von 1 Schilling pro Pfund auf 9 Pence herab-

zusetzen. Andrerseits solle die Erbschaftssteuer bei Vermögensobjekten von mehr als 150000 Pfund Sterling Wert erhöht werden. Die erstere Maßnahme bringe einen Ausfall von 2 Millionen Pfund, die zweite eine Einnahmeerhöhung von 600000 Pfund mit sich. Der verfügbare Überschuß stelle sich also auf 1833000 Pfund. Von diesem Betrage würden 333000 Pfund für unvorhergesehene Ausgaben reserviert, der Rest in Höhe von 1500000 Pfund würde in diesem Jahre zur Schuldentilgung verwandt werden, im nächsten Jahre würde aber ein gleicher Betrag für Zwecke der Altersspensionen zur Verfügung stehn. Die nationale Schuld würde im gegenwärtigen Finanzjahr um fast 15 Millionen Pfund verringert, einen Betrag, wie er einzig dastehe in der Geschichte des Landes.

15. Mai. Im Unterhause bringt bei der Beratung des Finanzgesetzes die Opposition einen Antrag ein, in dem auf die Notwendigkeit hingewiesen wird, eine breitere Grundlage für die Besteuerung zu schaffen. Infolgedessen dreht sich die Beratung um die Frage der Vorzugsbehandlung der Kolonien. **Balfour** erklärt, daß eine stärkere Besteuerung schließlich nicht zu vermeiden sein werde, und man hierbei dann den Wünschen der Kolonien soweit als möglich entgegenkommen müsse. Der Schatzkanzler **Asquith** betont demgegenüber die Unmöglichkeit, auf der Grundlage der bestehenden Zölle zu einem Abkommen mit Vorzugsbehandlung mit den Kolonien zu kommen, und erklärt, daß Großbritannien eine wirksame Vorzugsbehandlung nur gewähren könne, wenn es Differentialzölle auf ausländische Nahrungsstoffe und Rohmaterialien einführen wolle. Gegen eine Änderung des Zollsystems aber hätten sich die britischen Wähler erst kürzlich mit seltener Mehrheit ausgesprochen. Die Premierminister der Kolonien hätten sich auf der Konferenz der englischen Regierung gegenüber sehr klar ausgesprochen, und dasselbe habe die Regierung getan. Durch diesen offnen Meinungsaustausch sei zwar festgestellt, daß die Meinungen der Kolonien und des Mutterlandes auseinandergingen, das Freundschaftsverhältnis sei aber durch denselben nur gefestigt worden.

9.

Militärische Angelegenheiten.

Über das Landheer.

22. Februar. In einer an das Parlament gerichteten Denkschrift des Kriegsministers Haldane über das Heeresbudget des Jahres 1907/08 wird die Gesamtsumme der Ausgaben auf 27760000 Pfund Sterling festgesetzt, was eine Verminderung von 2036000 Pfund gegenüber dem Jahre 1906/07 bedeutet.

25. Februar. Der Kriegsminister **Haldane** legt im Unterhause das Heeresbudget vor und bespricht in eingehender Weise seine Reorganisationsvorschläge. Er erklärt, daß das gegenwärtige System der

militärischen Organisation nicht auf rationeller Grundlage beruhe, und daß bisher keine gründlich ausgebildete Streitmacht ins Feld gestellt werden könne, die viel stärker sei als drei Divisionen, da nach einstimmiger Meinung der militärischen Kreise Miliz, Yeomanry und Freiwilligenkorps nicht gegen europäische Truppen Verwendung finden könnten. Diese Lage sei aber sehr unbefriedigend, und es müsse ein Mittel gefunden werden, um die gesamten militärischen Kräfte zu reorganisieren auf einer Grundlage, die die Mißstände beseitige. Sein Vorschlag gehe dahin, die Streitkräfte in zwei Kategorien zu teilen, und zwar in eine Feld- und eine Territorial- oder Heimarmee. Die Feldarmee sei so zu organisieren, daß sie jederzeit mobilmachungsbereit sei; die Territorialarmee sei zwar auch im Kriegsfalle zu mobilisieren, aber in erster Linie zum Zweck einer kriegsmäßigen Ausbildung von sechs Monaten Dauer. Die Territorialtruppen seien daher nur Hilfs- und Verstärkungstruppen, die im Falle der Gefahr zu formieren seien, aber voraussichtlich nicht vor Ablauf von sechs Monaten gebraucht würden. **Haldane** führt weiter aus, daß die Regierung hoffe, binnen kurzem eine Feldarmee von vier Kavalleriebrigaden und sechs Infanteriedivisionen mobil machen und auf dem Kriegsfuß erhalten zu können. Eine Spezialtruppe solle aus den Klassen geschaffen werden, aus denen sich jetzt die Miliz und Volunteers rekrutieren. Sie solle hauptsächlich als Train, aber auch zur Ausfüllung der durch Verluste im Kriege entstehenden Lücken in der Feldarmee Verwendung finden. Er bespricht dann die neue Organisation der Artillerie und erklärt, daß er die gesamten Hilfstruppen zu einem homogenen Korps zu vereinigen gedenke. Er hoffe aus den bestehenden Hilfstruppen eine wohl organisierte Territorialarmee von 24 Infanteriedivisionen und 14 Kavalleriebrigaden in Stärke von zusammen 300000 Offizieren und Mannschaften bilden zu können. Die Stärke der Territorialarmee werde von dem guten Willen und dem Patriotismus der Nation selbst abhängen. Die nach seinem Plan organisierte reguläre Feldarmee werde 160000 Mann stark sein. Er bespricht dann im einzelnen verschiedne Maßnahmen zur Sicherstellung der Wirksamkeit der Territorialarmee, die die Festungen besetzen und etwaige Einfälle zurückschlagen solle, falls die Feldarmee im Ausland in Anspruch genommen sei. Nach der von der Regierung vorgesehenen sechsmonatigen Ausbildung würden die Territorialtruppen nicht nur viel leistungsfähiger sein als die bestehenden Volunteerkorps, sondern sie würden auch bereit sein, zum Kriegsschauplatz abzugehen. Die reguläre Feldarmee werde eine vollständige, in sich gefestigte Organisation, die unabhängig von der Miliz sei, bilden, während die Territorialarmee so leistungsfähig sein werde, daß das Volk keine Besorgnis vor Einfällen in das Land zu hegen brauche. Eine Vermehrung oder Reduzierung werde sich leicht durchführen lassen, und wenn die andern Nationen allgemein sich auf eine Einschränkung der militärischen Rüstungen einigen sollten, so könne auch England das tun, ohne die Organisation als Ganzes zu gefährden. Die Kosten der Unterhaltung schätze er für die 300000 Mann Territorialtruppen auf 886000 Pfd. Sterl., während die Ausgaben für die jetzigen Hilfstruppen in Stärke von 300000 bis 400000 Mann sich auf 4400000 Pfd. Sterl. beliefen.

4. März. Der Kriegsminister **Haldane** bringt ein Gesetz zur Durchführung des Planes ein, den er hinsichtlich der Errichtung einer Territorialarmee im Februar dargelegt hat, die die bisher bestehenden Miliz-, Yeomanry- und Freiwilligentruppen in sich aufnehmen soll. Das Gesetz sieht Grafschaftsvereinigungen vor, zu deren Ob-

liegenheiten die Bildung und Verwaltung der Territorialtruppen innerhalb ihrer Grafschaften gehören soll. Die Vereinigungen sollen unter der Leitung des Armeerats handeln, der für die Kontrolle und die Ausbildung der Truppe verantwortlich wäre. Das Gesetz enthält verschiedne Bestimmungen bezüglich der Bedingungen der Anwerbung, Ausbildung und Mobilisierung und gibt auch Vollmacht zur Errichtung der sogenannten Spezialkontingente. Der Minister führt aus, die Organisation einer wirklich starken zweiten Verteidigungslinie sei der denkbar beste Schutz gegen die auf Einführung einer Zwangsaushebung gerichtete Bewegung. Die Regierung würde an den Grundzügen des Planes festhalten, sei aber bereit, in eine Erwägung der Abänderung von Einzelheiten einzutreten.

5. März. Im Unterhause wirft **Balfour** (kons.) die Frage auf, ob Campbell-Bannerman das richtige Verfahren anwende. England schränke seine Ausgaben ein, aber die ausländischen Diplomaten würden fragen, ob Heer oder Flotte dadurch auch geschwächt würden, und würden sich an die Reden von Haldane und Robertson halten. — **Bannerman** (unterbrechend): „Das werden sie tun, wenn Sie darauf aufmerksam machen." — **Balfour** erwidert: „Das ist ein ganz unwürdiger Zwischenruf" — und schließt, die Regierung könne unmöglich dem Volke auseinandersetzen, daß sie die Stärke von Heer und Flotte vermehre, und zu gleicher Zeit erwarten, daß das Ausland glauben werde, England sei zu großen Opfern im Interesse der internationalen Abrüstung bereit.

21. März. Im Oberhause erklärt auf eine Anfrage der Lordpräsident des Geheimen Rats, **Earl of Crewe**, die Regierung sei gegen den geplanten Kanalbau.

Der Erklärung, daß die Regierung aus Rücksicht auf das allgemeine Wohl gegen den Plan der Kanaluntertunnelung sei, fügt Lord Crewe bei, daß selbst bei der Annahme, daß man militärischerseits sich vor der damit verbundnen Gefahr schützen könne, doch nach der Ansicht der Regierung stets ein Gefühl der Unsicherheit im ganzen Lande bleiben und in einer Forderung nach einer Vermehrung der Landes- und Seestreitkräfte zum Ausdruck kommen werde. Dieses ständige Gefühl von Unruhe und unter Umständen sogar von Besorgnis werde aber, wenn es auch noch so unbegründet sei, sich in politischer und kommerzieller Hinsicht höchst nachteilig bemerkbar machen, während anderseits für Handel und Industrie keine Vorteile ersichtlich seien, die diese Übelstände aufwiegen könnten. Das sei der Grund, weshalb die Regierung, die sonst mit Freuden zu jeder Erleichterung des Verkehrs mit den Nachbarstaaten bereit sei, diesem Projekt ablehnend gegenüberstehe. Dagegen sei es angezeigt, einer bessern Verbindung über den Kanal durch Schaffung von Fähren, wie sie auch an andern Orten der Welt bestünden, erneute Aufmerksamkeit zuzuwenden.

9. April. Bei der zweiten Lesung der Vorlage über die Territorialarmee bringt **Wyndham** einen Antrag ein, in dem

erklärt wird, daß die Vorschläge des Kriegsministers, da sie die bestehende Miliz zerstörten, die Yeomanry entmutigten und den Freiwilligentruppen neue Verpflichtungen auferlegten, in Zeiten einer nationalen Gefahr weder eine hinreichende Macht für die Verteidigung der Heimat noch eine schnelle Unterstützung für die reguläre Feldarmee schaffen würden. Staatssekretär **Grey** erwidert, die Regierung sei der Ansicht, daß der einzige praktische Weg der sei, die Armee in zwei Verteidigungslinien zu organisieren; dies würde der Armee Einfachheit in der Organisation, hinreichende Leistungsfähigkeit und Stärke verleihen. Die Kopfzahl der regulären Armee könne dabei vermindert werden, aber ihr Leistungsvermögen würde zunehmen, und England würde imstande sein, in einem gefährlichen Kriege eine größere Streitmacht in kürzester Zeit und besser ausgerüstet als jemals vorher nach auswärts zu senden. Die Opposition habe unter dem Schutze der Konstitution die Macht, Haldanes Vorlage zum Scheitern zu bringen. Wenn sie der Versuchung unterliegen würde, im Oberhause zu versuchen, was sie im Unterhause nicht durchzusetzen vermöge, so würde das ein Mißbrauch der Macht sein, die die Konstitution der Minorität des Unterhauses verleihe.

23. April. Kriegsminister **Haldane** weist im Unterhause darauf hin, daß die Premierminister der Kolonien einstimmig erklärt hätten, daß seine Vorschläge der beste Plan für die Organisation des Heeres seien, und daß sie beantragt hätten, diese Vorschläge für die Organisation ihrer eignen heimatlichen Streitkräfte als Muster zu nehmen, sodaß nicht nur die 300000 Mann, die die englische Territorialarmee bilden, vorhanden sein würden, sondern daß im ganzen Reiche eine Kette von Territorialstreitkräften bestehn würde, was ein wirkliches Gefühl von Sicherheit verleihen könnte. Die Regierung betrachte die Vorlage als ein Bollwerk gegen die allgemeine Aushebung. — Hiernach wird die Vorlage bezüglich der Territorialarmee angenommen.

Über die Flotte.

18. Februar. Im Oberhause führt der Erste Lord der Admiralität, **Lord Tweedmouth**, in Beantwortung einer Anfrage Zahlen an, die die außerordentliche Schnelligkeit der Mobilisation der Flotte in den heimischen Gewässern bei den Manövern des letzten Jahres dartun sowie die erhöhte Leistungsfähigkeit zeigen, die sich aus dem neu eingeführten System der Stammbesatzung ergibt. — **Baron Lovat** wirft die Frage auf nach der Möglichkeit eines plötzlichen Einfalles in England während der Abwesenheit der Flotte aus den heimischen Gewässern. — **Lord Roberts** legt nochmals seine Ansichten bezüglich der Gefahr eines Einfalles dar. — Der Unter-

staatssekretär im Kriegsamt, **Lord Portsmouth**, führt aus, die Beweisführung Lovats ginge aus von der Theorie, daß Englands nächste Nachbarn geradezu Räubervölker seien und sich hinterlistiges Handeln zuschulden kommen lassen würden. Es müsse zwischen dem Eintritt einer Spannung in den Beziehungen und der Kriegserklärung eine gewisse Zeit verlaufen; die englische Flotte werde nicht bei Lagos stehn, wenn die Beziehungen Englands zu seinen Nachbarn nicht gänzlich ungetrübt und freundschaftlich sind. Es sei unvereinbar mit vernünftiger Überlegung und den internationalen guten Sitten, anzunehmen, daß Staaten, mit denen England auf dem freundschaftlichsten Fuße stehe, bereit wären, gegen England in einer geradezu schändlichen Weise zu verfahren. — **Lord Tweedmouth** führt ferner aus: Zugegeben auch, daß man gegen Überraschungen Vorsorge treffen müsse, so beruhe doch die Furcht vor einem plötzlichen Einfalle auf einer Reihe von unhaltbaren Voraussetzungen. England befinde sich im vollständigen Einvernehmen mit allen großen Nationen, und es liege keine Spur von einer Meinungsverschiedenheit vor, die zu einem Kriege zwischen England und den großen Nationen führen könne. England könne den andern Völkern ins Gesicht schauen und erklären, daß es entschlossen sei, zu kämpfen, wenn die Forderung an es herantrete, aber nur den Wunsch habe, den Frieden der Welt zu wahren.

25. Februar. Auf eine Anfrage, welche Reserven, außer den 14 Linienschiffen der Kanalflotte, mit Rücksicht auf die demnächst von Deutschland erreichte, seiner aktiven Schlachtflotte von 16 oder 18 Linienschiffen zur sofortigen Verstärkung der Flotte in den heimischen Gewässern im Bedarfsfalle bereit gehalten werden würden, antwortet Admiralitätssekretär **Robertson**, er könne es nicht billigen, daß eine bestimmte fremde Macht als mutmaßlicher Gegner Großbritanniens hingestellt werde, und müsse die Annahme, daß die Flotte in den heimischen Gewässern einem plötzlichen Angriff nicht gewachsen sei, als unrichtig bezeichnen.

27. Februar. Die Voranschläge für Flottenbauten belaufen sich auf 8100000 Pfd. Sterl. gegen 9235000 Pfd. im Vorjahr. Vorgesehn ist der Bau von zwei oder, wenn die Seemächte auf der Haager Konferenz nicht zu einer Verständigung gelangen sollten, von drei verbesserten und noch etwas größern Schiffen der „Dreadnought-Klasse, ferner ein schneller ungeschützter Kreuzer, 5 Hochsee-Torpedobootszerstörer, 12 Torpedoboote und 12 Unterseeboote. Weiter ist vorgesehn eine beträchtliche Vermehrung der Stammbesatzungen der in der ersten Gefechtslinie stehenden Schiffe und die vollständige Bemannung der aus 6 Linienschiffen und 6 Panzerkreuzern bestehenden Geschwader, die ständig in den heimischen Gewässern bleiben. 12 Schiffe,

48 Torpedobootszerstörer mit voller Besatzung, 3 kleine Kreuzer und die erforderlichen Hilfsschiffe werden in der Themsemündung stationiert werden und zur sofortigen Verwendung bereit sein. Außerdem werden zur Heimatsflotte gehören 4 Linienschiffe und 8 Kreuzer erster Klasse in Portsmouth sowie 3 Linienschiffe, 8 Kreuzer erster Klasse und ein kleiner Kreuzer in Devonport. — Eine Denkschrift des Ersten Lords der Admiralität Lord Tweedmouth behandelt die schnelle Fertigstellung des „Dreadnought" bis zur Indienststellung in vierzehn Monaten, betont aber, daß bei den weitern Bauten kein so schnelles Tempo zur Anwendung kommen würde, wenn es nicht dringende Umstände erheischten. Die Erprobung des Schiffes habe Ausgezeichnetes ergeben. Das Stammbesatzungssystem ergebe eine größere Leistungsfähigkeit der Schiffe.

5. März. Im Unterhause bringt der Parlamentssekretär der Admiralität **Robertson** das Marinebudget ein. Er weist auf die darin enthaltne Verminderung der Ausgaben hin und betont, die für Neubauten vorgesehenen Ausgaben seien seit neun Jahren nicht so niedrig gewesen, er müsse jedoch namens der Admiralität erklären, daß nach ihrer Meinung der Zweimächte-Standard auch durch den diesjährigen Voranschlag in angemessner Weise aufrecht erhalten werde.

Redner gibt eine vergleichende Darstellung über Alter, Größe und Bestückung der Schlachtschiffe Frankreichs, Deutschlands und Englands und erklärt, England besitze im Punkte der Schlachtschiffe eine gut gesicherte Überlegenheit über diese beiden Mächte, während es hinsichtlich der Kreuzer eine noch größere Überlegenheit besitze. Robertson erklärt zum Schluß: In den letzten zehn Jahren haben Frankreich, Deutschland und Rußland zusammengenommen ihre Flotten durch Neubauten um 1150000 Tonnen vermehrt, Großbritannien um 1132000 Tonnen. Nach den gegenwärtigen Flottenprogrammen würden wir Ende 1910 8 oder 9 Schlachtschiffe und 3 Kreuzer, beide des neuen Typs, fertig haben, Deutschland dagegen 4 Schlachtschiffe und 2 Kreuzer und Frankreich nur 2 Schlachtschiffe.

Lee gibt zu, daß diese Feststellung die Admiralität dazu berechtige, das Schiffsbauprogramm zeitweise zu verlangsamen, aber auch nur zeitweise. Er fragt, ob die Regierung im Ernst glaube, daß irgendeine Wahrscheinlichkeit oder Möglichkeit bestehe, daß Englands Nebenbuhler zur See sich durch den ihnen hingehaltnen Köder verlocken lassen. Es sei schwer zu wissen, wohin die Haager Konferenz und die Begeisterung Campell-Bannermans England führen werde; es sehe aber sicherlich so aus, als ob seine Begeisterung es zu unglücklichen Mißverständnissen mit seinen Freunden und Bekannten führe. Die vor kurzem abgegebne Erklärung Campbell-Bannermans hätte in Frankreich eine nur schlecht verhohlne Besorgnis und in Deutschland offne Mißstimmung wachgerufen. Bannerman habe geschrieben, daß Englands Stärke zur See für keinen Staat

eine Herausforderung bedeute; das sei die Empfindung eines jeden, der in seinem Staate für eine Seemacht eintrete, und sie sei auch enthalten in dem Telegramm, das der Deutsche Flottenverein im Mai vorigen Jahres an den Deutschen Kaiser geschickt habe. Redner hofft, es werde Bannerman gelingen, die Mächte zu überzeugen, daß es ihm Ernst sei, und daß die Konferenz einigen Erfolg in der Richtung haben möchte, daß die andern Mächte ihre Schiffbauten einstellten, doch glaube er, Redner, nicht an die Möglichkeit eines derartigen Erfolges. — Premierminister **Campbell-Bannerman** erinnert an die herausfordernde Rede, die Lee vor einigen Jahren gegen eine Macht gehalten habe, mit der England auf gutem Fuße lebte und auch jetzt noch lebe, und bekennt sich dann zu dem Zweimächte-Standard als einem ungefähren Maßstab, an dem England seine Stärke zur See prüfen könne. Er weist weiter darauf hin, Robertson habe bewiesen, daß England den Zweimächte-Standard weit übersteige und für die nächsten dreiundeinhalb Jahre gegen eine Übertretung dieses Prüfsteins vollständig gesichert wäre.

Redner wendet sich gegen ein zu sklavisches Festhalten am Zweimächte-Standard und wirft die Frage auf, ob, falls England sich zu irgendeiner Zeit in engem Bündnisverhältnis mit den zwei größten Seemächten befände, es noch fortzufahren hätte, Schiff auf Schiff und mehr als Schiff auf Schiff auf Stapel zu legen, wenn die eine oder andre dieser Mächte fortfährt, Schiffe zu bauen. „Was die Frage der Einschränkung der Rüstungen angeht, so kann man die Haager Konferenz als die Erfindung des Kaisers von Rußland bezeichnen, und die Rechtfertigung für ihre Zusammenberufung war gerade die Frage der Einschränkung des Maßes übertriebner Ausgaben für militärische Zwecke. Ich kann nicht annehmen, daß das, was vor fünf Jahren den Hauptgegenstand der Erörterungen bildete, jetzt ein völlig lächerlicher Gegenstand geworden sei, nachdem die Welt an Weisheit zugenommen hat. Ich kann Lee versichern, daß ich nichts über diesen Gegenstand gesagt habe, was berechtigt gewesen wäre, irgend jemand zu beleidigen. Lee sagte, wenn ich von der britischen Marine als einer für die Erhaltung des Friedens bestimmten gesprochen habe, so könnten die andern Staaten dasselbe sagen, und sogar der Deutsche Flottenverein habe sich als Freund des Friedens bezeichnet. Ich glaube, sie sind Friedensfreunde, und ich denke, es beweist nicht gerade eine gute Taktik und auch nicht den besten Geschmack, wenn wir annehmen, daß eine große Macht oder selbst eine Körperschaft wie der Deutsche Flottenverein irgendein andres Ziel hat als den Frieden, den sie durch Verstärkung der Macht ihres Landes herbeizuführen glaubt. Das ist unsre Stellung. Es besteht kein finstrer Plan auf seiten dieses Landes. Wir hegen

keinen Wunsch, irgendeiner Macht die Verringerung ihres Heeres oder ihrer Flotte aufzuzwingen, selbst wenn wir es könnten."

6. März. Das Unterhaus genehmigt die Regierungsforderung, nach der der Effektivbestand an Marinemannschaften auf 128000 Mann festgesetzt wird.

17. April. Im Oberhause bespricht **Lord Brassey** das Flottenbauprogramm und billigt die von der Admiralität befolgte Politik. **Lord Ellenborough** führt aus, durch eine Reduktion des englischen Programms würde Deutschland zu weitern Anstrengungen ermutigt werden, und das würde dann später England zwingen, auch seinerseits die entsprechenden Anstrengungen zu machen. — Der Erste Lord der Admiralität, **Lord Tweedmouth**, erwidert, die Politik der Admiralität gehe von drei Gesichtspunkten aus, die von allen Parteien des Landes gebilligt worden seien: erstens müsse sich England die Oberherrschaft zur See wahren ohne Rücksicht auf die Kosten, zweitens befinde sich England zurzeit ohne Frage in dieser Lage, was das Ergebnis der Bemühungen der verschiednen Regierungen seit zwanzig Jahren sei, und schließlich sei die Last der Ausgaben für die Flotte sehr groß, und es habe sich bereits ein scharfer Wettstreit in den Ausgaben unter den einzelnen Seemächten entsponnen. Redner betont, daß England zu Anfang des Jahres 1909 neun neue große Kriegsschiffe, einschließlich vier Schiffen der „Dreadnought"-Klasse, besitzen werde, während keine andre Macht in Europa auch nur ein fertiges Schiff, das diesem gleichkäme, würde aufweisen können. Die einzige Macht, die Schiffe von dem Type des „Dreadnought" in dieser Zeit gebaut haben würde, sei das verbündete Japan. Zur Frage der Einschränkung der Flottenrüstungen erklärt der Redner: Was die Haager Konferenz betreffe, habe die Regierung ausdrücklich versichert, daß sie sehr bereit sei, ein Übereinkommen dieser Art einzugehn, wenn die andern Mächte bereit seien, darüber zu verhandeln und sich durch die Entscheidung der Konferenz für gebunden zu erachten. Wenn jedoch die Mächte dies verweigern sollten, so trete England absolut unverpflichtet in die Konferenz oder mit der Verpflichtung, daß, wenn die Mächte ihre Flottenprogramme ausdehnen, England auch seinerseits sein Flottenprogramm vergrößern werde, um seine relative Stellung unter den Seemächten aufrecht zu erhalten. Der Unterstaatssekretär **Robertson** sagt, die englische Flotte sei niemals so bereit oder kriegstüchtig gewesen wie gegenwärtig.

II.

Parteibewegung.

7. Februar. In einer Rede zu Leeds führt der Generalstaatsanwalt Walton folgendes über die Oberhausfrage aus:

Die Liberalen begönnen ein ernstes und schwieriges Werk, das eine vollständige Umwälzung bedeute und zwei oder drei Auflösungen des Parlaments zur Folge haben könnte. Das Haus der Lords stünde mit den modernen demokratischen Einrichtungen gar nicht mehr im Einklang und müßte verschwinden. Es sei unmöglich, vorherzusagen, ob und, wenn ja, in welcher Form etwas von dem Hause der Lords sich erhalten lasse. Die Regierung würde sich bemühen, den Willen des Volkes auszuführen durch Gesetzentwürfe, die die Peers sofort ablehnen würden. Es würde zu einem Bündnis zwischen der Krone und dem Volke führen und zur Niederwerfung der Aristokratie.

13. Februar. Achthundert für das Frauenstimmrecht eintretende Frauen versuchen, sich gewaltsamen Eintritt zum Unterhause zu verschaffen, werden aber gewaltsam zurückgetrieben.

21. März. Die sogenannten Frauenrechtlerinnen in London veranstalten abermals Kundgebungen. Die Ausschreitungen werden jedoch wieder polizeilich verhindert.

20. April. Campbell-Bannerman und Churchill halten in London bemerkenswerte Reden.

Ersterer führt aus: Er sei kein Gegner des Eigentums, aber er wolle das Eigentum gerechter verteilt sehen. Es werde oft behauptet, der Verfall der Landwirtschaft sei die Folge des Aufblühens der Städte. Er halte dies nicht für richtig. Die Tatsache, daß auf dem Lande nur die Klasse der Forst- und Jagdgehilfen zugenommen habe, und daß der Versuch, Land zu Arbeitszwecken zu erhalten, in einem Distrikt nach dem andern scheitere, lasse erkennen, daß die Regierung nicht ihre Pflicht tun würde, wenn sie mit gefalteten Händen zusehn wollte. Es müßten mehr kleine Bauerngüter geschaffen werden. Die besten Leute der Dörfer würden dann mit Freuden auf dem Lande bleiben. Diese Schaffung von kleinen Gütern werde vielleicht den Sport schädigen, aber der Nation zugute kommen. Die Lokalbehörden müßten zunächst zu Zwangsankäufen berechtigt werden. Wenn diese Berechtigung vorhanden sei, würden viele freiwillige Verkäufe stattfinden. Es gebe also kein absolut schmerzloses Mittel. Es scheine, daß es Leute gebe, die sich davor fürchten, daß England durch Engländer bevölkert werden könnte. Churchill äußert, England allein biete das traurige Bild einer landlosen Bauernschaft. Auch er betont die Notwendigkeit der Vollmacht zur Zwangsenteignung. Man wolle kein Land stehlen, sondern einen guten Marktpreis dafür zahlen. Das von dem Staat erworbne Land dürfe niemals wieder in Privathände übergehn. Das augenblickliche System sei ebenso veraltet wie ein alter Dreidecker. Man habe nicht die Absicht, den Großgrundbesitzer auszuplündern, wolle ihm aber auch nicht gestatten, andre auszuplündern.

26. März. Bei einer Zusammenkunft der liberalen Liga hält der frühere Premierminister Lord Rosebery eine Rede, in der er sagt:

Er erkenne an, daß die Regierung über große Schwierigkeiten mit außergewöhnlichem Erfolg hinweggekommen sei, aber er fürchte, daß die Regierung zu viele Versprechungen gemacht habe und so Enttäuschung und Reaktion hervorrufe. Redner legt Verwahrung ein gegen die bisherigen Versprechungen der Regierung, namentlich gegenüber Irland, und gegen die Drohungen gegen das Oberhaus. Diese Versprechungen würden Enttäuschungen und Gegenwirkungen hervorrufen. Er fürchte, daß die Zeit nicht mehr fern sei, wo die Regierung zwischen dem Sozialismus und dem Konservatismus erdrückt werde. Jeder allgemeine Angriff auf das Eigentum würde dem Fortbestand der Regierung ein Ende bereiten.

3. Mai. Balfour greift bei der Jahresfeier der „Primrose League" in die Verhandlungen der Kolonialkonferenz ein. Er erklärt, die Kolonial-Premierminister hätten ihn von der Notwendigkeit einer praktischen kommerziellen Verbrüderung des Reiches überzeugt. Schließlich werde Großbritannien das Prinzip der Vorzugsbehandlung doch annehmen. Die Haltung der Regierung gegenüber den Kolonialpremiers erscheine ihm völlig widersinnig. Sie müsse die Lebenskraft und die Stärke des Reiches verzehren.

5. Mai. Kriegsminister Haldane sagt in einer Rede zu York, das britische Heer könne nicht dem deutschen mit seiner ausgedehnten Grenzverteidigung verglichen werden. Die Minimalkosten des deutschen Heeres, auf der gleichen Basis wie das britische, würden $46^1/_2$ Millionen Pfund betragen. Die Kosten der deutschen Flotte wüchsen immer mehr an. Es wäre schwer denkbar, daß irgendeine andre Nation die Lasten der Kriegsausrüstung nach dem deutschen Maßstabe ertragen könnte. Das britische Heer sei zwar klein, aber berufsmäßig ausgebildet, und keine europäischen Bataillone könnten gegen die besten britischen Bataillone auftreten.

15. Mai. In der Flottenliga spricht sich der Vorsitzende dahin aus: Er hoffe, die britische Flottenliga werde sich nie an der Politik beteiligen. Sie werde die heimische Flotte nie als ein Angriffsmittel ansehn, sondern als eine Notwendigkeit zur Wahrung der Freiheit des Reichs; sie werde mit ihrer Existenz für den Standpunkt der Gleichheit gegenüber zwei Mächten mit noch einem Stärkeüberschuß eintreten.

Wyatt beantragt, zu erklären: „Die Versammlung bereut tief die Verringerung in der Flottenstärke, die veranlaßt ist durch die Reduzierung des Flottenetats von 36 800 000 Pfund Sterling für das Jahr 1904 bis 1905 auf 30 400 000 Pfund Sterling für das Jahr 1907 auf 1908, und die Versammlung bereut auch, daß nicht sofort mit der Anlegung einer Flottenbasis an der Ostküste fortgefahren wird." In seiner Begründung sagt der Redner unter anderm: Glauben Sie etwa, daß die deutsche Flottenliga, eine ungeheuer viel mächtigere Organisation als die englische, es für ihrer Pflicht entsprechend halten würde, so etwas ruhig hinzunehmen? Niemals hätte eine stärkere Notwendigkeit zu diesem Ausspruch für die Liga vorgelegen als jetzt. — Der Antrag wird jedoch abgelehnt.

20. Mai. In einer Rede zu Edinburg spricht Churchill sich über die auf der Kolonialkonferenz aufgeworfne und von der Torypartei und ihrer Presse Tag für Tag wieder vorgebrachte Forderung der Vorzugsbehandlung der Kolonien dahin aus, daß die liberale Regierung die Tür, die zu einer Besteuerung der Nahrungsmittel führe, fest verrammelt und verriegelt habe und sie nicht öffnen würde, solange Campbell-Bannerman Premierminister sei. Die Liberalen stünden wie ein Fels zwischen den hart arbeitenden Massen des Volkes und allen denen, die von dem kärglichen Wochenverdienst der ärmern Klassen noch einen schäbigen Profit herausschlagen wollten, und würden niemals auch nur einen Penny eines Vorzugszolls auf ein einziges Pfefferkorn zulassen.

III.

Kolonien.

1.

Transvaal.

12. Januar. In der „Transvaal Government Gazetta" wird der Wortlaut der Urkunde veröffentlicht, durch die dem einstigen Burenfreistaate eine verantwortliche Regierung gegeben wird. Die Hauptbestimmungen dieses Schriftstückes sind folgende:

Das zu bildende Oberhaus führt den Namen „gesetzgebender Rat", das Unterhaus wird „gesetzgebende Versammlung" genannt werden. Die 15 Mitglieder, aus denen das Oberhaus besteht, werden zunächst vom Gouverneur ernannt, später nach einem zu schaffenden Gesetze gewählt. Für die gesetzgebende Versammlung sind 69 Mitglieder zu wählen. Jeder britische Staatsangehörige, der über 21 Jahre alt ist und seit wenigstens sechs Monaten in der Kolonie wohnt, ist wahlberechtigt, ausgenommen die Angehörigen des Heeres. Jeder Wahlbezirk soll die gleiche Anzahl von Wählern enthalten, daher wird alle vier Jahre eine Regelung vorgenommen. Die Mitglieder der Volksvertretung, die sich bei ihren Reden der holländischen und englischen Sprache bedienen können, beziehen Tagegelder von jährlich nicht mehr als 300 Pfund. — Im interkolonialen Rat, der zunächst bestehen bleibt und die Oberaufsicht über die Eisenbahnen der beiden ehemaligen Freistaaten ausübt, ist Transvaal durch elf Mitglieder vertreten. Er kann erst gekündigt werden, nachdem auch die Oranjeflußkolonie eine verantwortliche Regierung erhalten hat. — Das Gesetz über die Einfuhr chinesischer Arbeiter für den Rand und alle darauf bezüglichen Nebengesetze und Verordnungen treten ein Jahr nach der ersten Tagung des Unterhauses außer Kraft. Schon jetzt wird die Einführung fremder Arbeiter nach seinem Gesetze nicht mehr genehmigt.

Nach wie vor übt der Gouverneur die Oberaufsicht über alle Eingebornen aus und ist befugt, die Häuptlinge und andre erfahrne Personen zu Beratungen zu versammeln. Nur durch besondres Gesetz können die den Eingebornen vorbehaltnen Gebiete ihrem Zwecke entzogen werden.

Für die Besiedlung des Landes sorgt ein Ausschuß von drei ansässigen Mitgliedern, die der Gouverneur ernennt. Leitend für ihre Tätigkeit ist das Ansiedlungsgesetz von 1902. — Gesetze treten in Kraft, wenn sie von beiden Häusern angenommen und vom Gouverneur genehmigt worden sind. Dem Könige steht das Einspruchsrecht binnen zwei Jahren zu, von der Zustimmung des Gouverneurs an gerechnet. Handelt es sich um Gesetze, durch die die Verfassung geändert wird, oder die Ausnahmebestimmungen gegen Nichteuropäer von Geburt oder Abkunft enthalten, oder die sich auf die Einfuhr von Arbeitern von außerfüdafrikanischen Plätzen beziehen, so ist vorher die ausdrückliche Genehmigung des Königs einzuholen, nach dessen Willen — was besonders hervorgehoben wird — jedermann im britischen Reiche bei seiner Tätigkeit und Lebenshaltung vor Bedingungen bewahrt werden soll, die an Sklaverei streifen.

Auf der Burenversammlung in Pretoria äußern die Hauptführer der Het-Volkpartei, zwar seien noch manche Vorbehalte in der Verfassungsurkunde zugunsten der englischen Regierung vorhanden, dennoch müsse anerkannt werden, daß ein großer Schritt vorwärts getan sei.

20. Februar. Die ersten Wahlen zum Parlament der Transvaalkolonie bringen einen entschiednen Sieg der Buren, die größtenteils durch den Verband „Het Volk" vertreten sind, über die englischen Parteien. Neben der Burenpartei stehen die Progressiven oder Fortschrittler, die die Machtbestrebungen der Randmagnaten und die Interessen der Goldindustrie vertreten. Sinnesverwandt mit den Progressiven ist die Gruppe der Unabhängigen, während die britischen Wähler, die liberal gesinnt und der Macht der Randmagnaten feindlich sind, sich unter dem Namen Nationalisten mit den Buren verbündet haben. Auch hat die Arbeiterpartei am Rand drei Vertreter durchgebracht, die im Parlament gleichfalls mit den Buren stimmen.

27. Februar. Die Burenpartei gibt ihre Unzufriedenheit über die Zusammensetzung des Oberhauses Ausdruck in einer Verwahrung, in der General Botha und Edward Salomon ihre Enttäuschung und ihr Bedauern über die Zusammensetzung des Oberhauses aussprechen.

Die Mitglieder des neuen Oberhauses seien danach zum großen Teil weder Männer von Bedeutung noch von Einfluß und besäßen nicht das Vertrauen irgendeines Teiles der Bevölkerung Transvaals. Botha und Salomon erkennen an, daß die imperiale Regierung und Lord Selborne die Auswahl der Mitglieder sehr schwierig finden mußten. Ihre Absicht entspringe auch keineswegs aus einer Neigung, zu kritisieren, sondern aus dem dringenden Wunsche, der imperialen Regierung und Lord Selborne zu helfen, die Verfassung erfolgreich zu gestalten.

1. März. Das neue Ministerium von Transvaal setzt sich also zusammen: Premierminister General Louis Botha, Kolonialsekretär und interimistisch Attorney-General wird Smuts, Schatzsekretär Hull, de Villiers übernimmt das Bergwerksministerium, Rissik das des Ackerbaus und der öffentlichen Arbeiten.

11. März. Bei einem Festmahle, das die Bürgerschaft von Pretoria zu Ehren des neuen Transvaaler Ministeriums veranstaltet, sagt der Premierminister Louis Botha:

Die britischen Interessen seien in den Händen des Ministeriums vollkommen sicher. Die Welt werde sehen, daß die Regierung Transvaals so besorgt um die Ehre der englischen Flagge sei, wie es ein Ministerium nur sein könne. Die Ehre und die Interessen des alten Volkes würden damit auch gewahrt. Überdies seien die Transvaaler von tiefer Dankbarkeit erfüllt, weil König Eduard, die britische Regierung und das britische Volk ihnen in einer in der Geschichte einzig dastehenden Weise vertraut hätten, indem sie dem Volke Transvaals eine freie Verfassung gewährten. Die Buren würden diese Großherzigkeit niemals vergessen, und das Ministerium würde sein Bestes tun, um eine große geeinigte Nation zu schaffen, deren einer Teil auf den andern nicht mit Mißachtung oder Mißtrauen blicke. Wenn dann auch in der Oranjekolonie eine direkt verantwortliche Regierung errichtet sei, werde das Ministerium bestrebt sein, auf ein geeinigtes Südafrika hinzuarbeiten. Die Regierung werde alles tun, um die Bergwerkstätigkeit zu fördern, werde aber jedem Versuch mächtiger Gesellschaften, Teile des Landes in ihrem Interesse zu sperren, entgegentreten. Mit Bezug auf den Unterricht sagt der Minister, bis zu einer gewissen Stufe, die die Kinder in der Erlernung der englischen und der holländischen Sprache erreichen müßten, sollten sie in ihrer Muttersprache erzogen werden.

21. März. Der Oberkommissar Earl of Selborne hält bei Eröffnung des Parlaments eine Rede, in der er mitteilt, das Ministerium sei entschlossen, so bald als möglich Maßnahmen zu treffen, um die Beschäftigung von Chinesen in den Minen zu verhindern, es würden aber keine Schritte unternommen werden, um die in den Minen bereits beschäftigten Chinesen in ihre Heimat zurückzusenden, solange nicht ein hinlänglicher Ersatz durch andre Arbeitskräfte oder durch verbesserte maschinelle Vorrichtungen gefunden sei. Die Regierung werde sich bemühen, eine verstärkte Ergänzung der Arbeitskräfte durch Eingeborne herbeizuführen, sie werde überhaupt der Mineninduſtrie jegliche Unterstützung zuteil werden lassen. Selborne gibt dem dringenden Wunsche Ausdruck, daß dem Lande ein dauernder Frieden und Fortschritt beschieden sein möge.

22. März. Beide Häuser des Transvaalparlaments nehmen einen Antrag über die Rechtsverhältnisse der Asiaten an, nach dem Staatsangehörige von Britisch-Indien, die in Transvaal ansässig sind, gewissen Beschränkungen unterworfen werden.

2.

Nigeria.

Im Februar. Das Kolonialamt gibt den letzten Jahresbericht des von seinem Amte zurückgetretnen High Commissioners von Nord-Nigeria, Sir Frederick Lugard, heraus. In diesem Berichte werden

die deutschen Kolonialbeamten an der Hand ihrer angeblichen eignen Aussagen der aktiven und passiven Unterstützung des Sklavenraubs und des organisierten Sklavenhandels beschuldigt, und auch die heimische Zentralinstanz wird für dieses Verhalten verantwortlich gemacht. Eine Stelle dieses Berichts lautet:

Es existiert ein sehr lebhafter Sklavenhandel durch Bornu; Hunderte von Sklaven werden auf deutschem Gebiet gekauft, namentlich in den Märkten von Dikoa und Mandara (wo deutsche Beamte ihren Sitz haben), und durch Britisch-Bornu zum Verkaufe nach Kabib auf französischen Boden gebracht. Dieser Platz ist eine von den jüngst unter der vorjährigen anglo-französischen Konvention von England an Frankreich abgetretnen Städten und ist seit der Abtretung ein großer Sklavenmarkt geworden. Ein vom Residenten nach Kabib entsandter Agent zählte 33 auf offnem Markt zum Verkauf gestellte Sklaven, er traf 22 auf ihrem Marsche dorthin, und ein kretischer Händler von Lagos berichtet, daß er einen blühenden Sklavenhandel in Zinder sah, aus dem ein reicher Tripolitaner große Gewinne macht. Einige Sklaven wurden auch in den heidnischen Distrikten von Gongola gekauft und nach dem französischen Gebiet gebracht. Urteile von steigender Schwere sind gegen abgefaßte Sklavenhändler gefällt worden, und alle möglichen Anstrengungen wurden gemacht, um diesen Handel zur Einstellung zu bringen. Der Verdienst aus dem Sklavenhandel ist so groß, daß ich fürchte, daß trotz unsrer Anstrengungen und trotz des Risikos, das wir übernehmen, er fortdauern wird, wenn nicht die Deutschen und Franzosen durch Schluß der Sklavenmärkte mitwirken wollen.

Ende März. Es wird bekannt gegeben, daß Ende Dezember ein heftiger Kampf englischer Truppen gegen den Volksstamm der räuberischen Tibuks in dem Lande Bormi westlich vom Tschadsee stattgefunden hat, deren Befestigung eingenommen wurde.

3.

Ostindien.

20. Januar. Der Emir von Afghanistan trifft zum Besuche Indiens ein und wird hier durch ein Telegramm des Königs Eduard begrüßt.

Anfang Mai. In verschiednen Orten des östlichen Bengalen finden ernste Unruhen in einem englandfeindlichen Sinne statt. Die Bewegung dehnt sich namentlich über das Pendschab aus. Zum Teil richtet sich die Bewegung gegen die Christen. Räuberbanden von Hindus und Mohammedanern durchstreifen den Distrikt von Mymensingh, sengen und brennen in den Ortschaften. Lahore ist sehr bedroht, aber Truppen aller Waffengattungen wenden die Gefahren ab. Die Regierung verbietet Versammlungen aller Art in Lahore.

17. Mai. Der Kriegsminister Haldane führt in einer liberalen Versammlung zu London folgendes aus:

Die Regierung stelle nicht in Abrede, daß die Lage in Indien ihr große Sorge bereite. Die liberale Regierung, und wie er hoffe und glaube, auch jede andre Regierung an ihrer Stelle, sei in diesen Tagen bestrebt,

gleiches Recht für alle in Indien aufrecht zu erhalten, sie könne dies aber nur verwirklichen durch die Aufrechterhaltung der Ordnung und der Gesetze. Solle die Notwendigkeit eintreten, was er nicht glaube, so würde sich zeigen, daß der Arm der Krone in Indien noch ebenso stark, wenn nicht stärker sei als vor fünfzig Jahren.

4.

Kanada.

22. Januar. Der nordamerikanische Staatssekretär Root sagt bei einer festlichen Veranstaltung in Ottawa:

Die Einigkeit der Nationalitäten in Kanada sei von glücklicher Vorbedeutung für die Fortdauer des guten Einvernehmens, das zwischen den beiden großen Völkern Europas erreicht worden sei, die für den Weltfrieden wirkten und zu dem wunderbaren Fortschritt Kanadas beigetragen hätten. Er habe hier große Beispiele jener aufbauenden Kraft wahrgenommen, die der Welt des Westens ihre beispiellose Stellung in der Geschichte eingeräumt habe. Die große Masse seiner Landsleute blicke auf Kanada nicht mit dem Gefühle der Eifersucht, sondern mit dem der Bewunderung, der Hoffnung und Befriedigung. Sein Besuch in Kanada, der einen reinen Akt der Höflichkeit darstelle, würde möglicherweise eine politische Wirkung insofern haben, als, je besser die Völker einander kennen lernten, desto leichter es möglich wäre, Differenzen beizulegen. Die Zollbeziehungen betreffend, so müsse in einigen Jahren der amerikanische Zolltarif umgestaltet werden, und das Bestreben der amerikanischen Fabrikanten darauf gerichtet sein, Zollfreiheit für Rohmaterial zu erhalten.

Anfang April. Bei einem Besuche des neuen englischen Botschafters bei den Vereinigten Staaten, Bryce, in Toronto erklärt der kanadische Premierminister Laurier:

Die Kanadier wären trotz aller Bewunderung für ihre amerikanischen Nachbarn nicht mehr dafür zu haben, daß alle Zugeständnisse, wie es früher geschehen sei, nur von einer Seite gemacht würden. Kanada wende sich lediglich dem Mutterlande zu. Es halte an der Politik der Bevorzugung Großbritanniens und des ganzen englischen Weltreiches fest. Er schätze natürlich den amerikanischen Handel und erkenne die Wichtigkeit besserer Beziehungen zu Amerika an, aber es würden deshalb in Zukunft doch keine Pilgerfahrten mehr nach Washington unternommen werden.

5.

Neufundland.

15. Februar. Der Ministerpräsident von Neufundland, Sir Robert Bond, greift im Abgeordnetenhause zu St. Johns die Heimregierung in der Fischereifrage heftig an. Die Regierung habe die Kolonie geopfert. Sie habe die Ansichten des kolonialen Ministeriums vorher gekannt. Trotzdem habe sie die Kolonie im Stich gelassen und den Amerikanern mehr bewilligt, als diese forderten. Sie habe auch das Gesetz der Kolonie aufgehoben. Keine Kolonie

werde in Zukunft sicher sein, wenn sich die Heimregierung derartiges anmaße. Die Kolonie werde fortfahren, sich der Beeinträchtigung ihrer Rechte zu widersetzen.

6.

Australien.

15. Januar. Ober- und Unterhaus in Adelaide streiten sich um das aktive Wahlrecht zu ersterm. Während es an den Besitzländlichen Grundeigentums oder von 50 Pfund Sterling geknüpft ist, will das Unterhaus, in dem die Arbeiterpartei in der Mehrheit ist, bloß 15 Pfund Sterling die Grenze bilden lassen.

6. Februar. Die Regierung der australischen Kolonien geht darauf aus, um jeden Preis Einwanderer zu bekommen. Queensland ist bereit, Einwanderern einen Teil der Überfahrt zu bezahlen und ihnen 160 Morgen Land zu schenken. Kidstone, der Premierminister von Queensland, erklärt, daß die Regierung mit einer Dampferlinie einen Vertrag geschlossen habe, demzufolge Leute, die von England nach Queensland auswandern wollen, nur 3 Pfund Sterling, also 60 Mark, für die Überfahrt zu zahlen haben. Landwirtschaftlichen Arbeitern, die nicht in der Lage sind, selbst diese 3 Pfund Sterling zu bezahlen, die aber nachweisen können, daß sie brauchbare landwirtschaftliche Arbeiter sind, sollen sogar ganz freie Überfahrt zugebilligt erhalten. — Die Regierung von Neu-Süd-Wales beschließt, in Zukunft zu dem Reisegeld jedes Landarbeiters und Dienstboten, der mit Zustimmung des Generalagenten nach der Kolonie auswandert, 6 Pfund Sterling beizusteuern.

7.

Kolonialkonferenz.

15. April. In London tritt die britische Kolonialkonferenz zusammen, die in erster Linie zusammengesetzt ist aus den Premierministern der sieben britischen Kolonien mit Selbstverwaltung: Kapkolonie, Natal, Transvaal, Kanada, Neufundland, australischer Staatenbund und Neuseeland. Der Premierminister Sir Henry Campbell-Bannerman, der in der Eröffnungssitzung den Vorsitz führt, begrüßt die auswärtigen Vertreter und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Beratungen zu nützlichen Ergebnissen führen würden. Er erklärt von vornherein, daß hinsichtlich der Vorzugszölle nichts zu machen sei, jedenfalls nicht, solange das gegenwärtige Parlament bestünde. Der Punkte für eine Verständigung auf anderm Gebiete aber gäbe es verschiedne, er wolle sie nicht alle charakterisieren, sondern einen allgemeinen Gesichtspunkt feststellen, aus dem sie zu behandeln wären. Dieser Gesichtspunkt sei die Freiheit und Unabhängigkeit. Er gedenkt dann Chamberlains, der vor fünf Jahren die Konferenz eröffnet habe, und bedauert dessen durch Krankheit bedingtes Fernbleiben von den Geschäften. Er sei wie damals Chamberlain der Ansicht, daß

ein ideales Band die Kolonien zusammenhalte, und daß es hierfür nicht besondrer Ketten bedürfe. Sir Laurier, der Premierminister von Kanada, bekennt sich zu denselben Grundsätzen.

20. April. Die Konferenz beschließt, in London unter der Aufsicht des Kolonialamtes ein besondres Institut einzurichten, das die Angelegenheiten vorbereiten soll, die vor die alle vier Jahre stattfindende Reichskonferenz gebracht werden sollen, ebenso kommt man überein, daß ein Zentralstab für die Behandlung der Fragen der Reichsverteidigung errichtet werden soll. Fernere Beschlüsse lauten:

Der englische Premierminister ist von Amts wegen Präsident und die Premierminister der selbstregierenden Kolonien sind ex officio Mitglieder der Konferenz. Es ist ein ständiger Stab von Sekretären der Konferenz zu errichten, der unter der Leitung des Staatssekretärs der Kolonien steht. Sollten Angelegenheiten, die baldiger Besprechung bedürfen oder sich auf Angelegenheiten von geringfügiger Bedeutung beziehen, Nebenkonferenzen notwendig machen, so sind diese Verhandlungen von Vertretern zu führen, die von den betreffenden Regierungen, auf die die Fragen Bezug haben, zu wählen sind. Den an der Konferenz beteiligten Staaten steht es frei, auch andre Minister neben den Premierministern an den Konferenzen teilnehmen zu lassen. Es dürfen jedoch von jeder Regierung nur zwei Vertreter an den Verhandlungen teilnehmen, und keine der Regierungen hat mehr als eine Stimme. Die Kolonien sollen das Recht haben, durch den Staatssekretär dem Ausschuß für imperiale Verteidigung solche lokalen Fragen, bei deren Lösung sachverständige Unterstützung wünschenswert erscheint, zur Erteilung eines Ratschlags zu unterbreiten. Wenn es wünschenswert erscheint, soll ein Vertreter der Kolonie, die einen Ratschlag wünscht, herangezogen werden, um während der Diskussion der Fragen als Mitglied des Ausschusses zu dienen.

22. April. Bei der Beratung über die militärische Verteidigung des Reiches weist der Kriegsminister **Haldane** darauf hin, daß der südafrikanische Krieg gezeigt habe, wie durchaus notwendig die Kriegsbereitschaft sei. Er spricht sich darüber aus, wie wünschenswert die Aufstellung eines großzügigen Planes einer militärischen Organisation des ganzen britischen Reiches sei, der durch den vorgeschlagnen Zentralstab geschaffen werden solle. Die einzelnen Premierminister sprechen sodann ihre Ansichten über die Organisation der Streitkräfte in den einzelnen Kolonien aus. Der Generalstab, dessen Schaffung als notwendig anerkannt wird, und der aus Offizieren der Streitkräfte des ganzen Reiches zusammengesetzt sein soll, soll berufen sein, die Verteidigungspläne vorzubereiten und Ratschläge bezüglich der Ausbildung und der Kriegsorganisation der Truppen der Krone in jedem Teile des Reiches zu erteilen. — Bei der Darlegung der Verteidigungspläne der Admiralität betont **Lord Tweedmouth** besonders die Notwendigkeit einer einheitlichen Kontrolle der Flotte. Eins der Ziele der Admiralität sei, die Seestreitkräfte auf

solcher Höhe zu erhalten, daß sie England die Oberherrschaft zur See in jedem vernünftigerweise als möglich anzunehmenden Falle sichern.

24. April. Es wird ein Antrag zugunsten der Förderung der Auswanderung nach den Kolonien anstatt nach fremden Ländern angenommen.

1. Mai. Die Konferenz berät Anträge der Premierminister der verschiednen Kolonien, die gegenseitige Vorzugsbehandlung in den Handelsbeziehungen der Teile des Reiches zueinander befürworten. Der australische Premierminister Deakin betont, daß die Kaufkraft des britischen Reiches einheitlich genutzt werden solle, davon würden die Mächte, die das britische Reich differentiell behandelten, den Wunsch nach einem Vertrage bekommen. Eine Erhöhung der augenblicklichen australischen Einfuhrzölle unter Gewährung von Vorzügen an britische Waren würde Australien instand setzen, die fremden Waren durch britische zu ersetzen und eine große Vermehrung des Handels zwischen England und Australien herbeizuführen. Das Wachsen des Gefühls der körperlichen Einheit des Reiches müsse anerkannt werden. Der neuseeländische Premierminister Ward spricht sich für eine Unterstützung der Schiffahrtsverbindungslinien des Reiches durch Subventionen aus. Premierminister Jameson von der Kapkolonie spricht sich dafür aus, die Vorzugsbehandlung als Experiment zu versuchen, besonders dem südwestafrikanischen Wein und Tabak eine Vorzugsbehandlung zu gewähren, und appelliert an den Schatzkanzler Asquith, daß der Kapkolonie einige kleine Konzessionen gewährt werden sollten. Die Kapkolonie sei einstimmig dafür, Großbritannien eine Vorzugsbehandlung zu gewähren, wenn eine auch noch so geringe Gegenseitigkeit hergestellt würde. Alle Kolonien hätten sich schon geeinigt, sie wünschten, daß die Reichsregierung sich ihnen anschließe und dadurch für das ganze Reich die günstigsten Bedingungen vom Ausland sicherte.

2. Mai. Botha tritt entschieden den Ansichten des australischen Premierministers Deakin in bezug auf Vorzugsbehandlung entgegen und erklärt nachdrücklich, daß es für seine Regierung notwendig sei, sowohl britische als andre Waren mit Zöllen zu belegen. Botha protestiert gegen den Versuch, die einzelnen Regierungen zu binden und sie in Tarifangelegenheiten ihrer Freiheit zu berauben. — Mac Kay (Indien) weist darauf hin, daß einige der besten Kunden Indiens die schutzzöllnerischen Länder Europas seien. Das Risiko und der Schaden, der dem indischen Handel durch eine von den fremden Mächten geübte Wiedervergeltung erwachsen würde, seien keineswegs imaginär. Indien werde von den vorgeschlagnen Änderungen keinen Nutzen haben; das Risiko und die Opfer seien für Indien zu groß.

Die Vereinigten Staaten, Deutschland und Frankreich könnten eigentlich Beschwerde führen gegen Indien, weil sie mehr von Indien bezögen, als sie an Indien verkauften, aber man habe nirgends etwas von solchen Klagen gehört. — Der Kanzler des Schatzamts Asquith weist im Namen der britischen Regierung darauf hin, daß es den selbständigen Kolonien völlig freistehe, nach Belieben eine eigne Wirtschaftspolitik zu betreiben, und daß sie diese Freiheit sogar dazu benutzt hätten, um einen Tarifwall gegen das Mutterland aufzubauen. Er sagt:

Wenn die Kolonien es für gut befänden, die Entwicklung ihrer Industrien durch Schutzzölle zu fördern, so erhebe er dagegen durchaus keine Einwendungen. Einzelne Kolonien hätten ja allerdings dem Mutterlande Vorzugstarife gewährt, aber diese Tarife seien nicht niedrig genug, um es den Fabrikanten des Mutterlandes zu ermöglichen, auf gleichem Fuß mit den Fabrikanten der betreffenden Kolonien in Wettbewerb zu treten. Die Kolonien betrachteten es zweifellos als ein Lebensinteresse, ihre Industrien durch Zölle zu schützen, aber in gleicher Weise sei die britische Regierung der Ansicht, daß die Aufrechterhaltung des Freihandels ein Lebensinteresse des vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland sei.

Mit dieser Erklärung ist allen Bestrebungen, die sich auf die Herstellung eines Handelsbundes der verschiednen Staaten des britischen Reiches richten, kurzweg der Boden entzogen.

7. Mai. Unterstaatssekretär der Kolonien Winston **Churchill** betont die ungeheuern Schwierigkeiten, die der Bewilligung einer Vorzugsbehandlung der Kolonien entgegenstünden. Die Regierung sei der Ansicht, daß das System der Vorzugsbehandlung an sich verfehlt und für den einträchtigen Zusammenhalt des Reiches gefährlich sei. Der australische Premierminister **Deakin** führt dagegen aus, die Befürchtungen Churchills seien zum großen Teil nur eingebildet. Kolonialsekretär **Elgin** erklärt, die Regierung sei außer stande, einer Neubekräftigung der in dieser Frage auf der letzten Konferenz im Jahre 1902 angenommenen Resolutionen zuzustimmen, soweit dieselben eine Änderung des zollpolitischen Systems des Vereinigten Königreichs in sich schlössen. Darauf wird von der Konferenz anerkannt, daß die Förderung des Handelsverkehrs innerhalb des Reiches am besten gesichert werde, indem jedem Reichsteile die Freiheit seines Vorgehens gelassen wird.

11. Mai. Die Konferenz genehmigt Erklärungen zugunsten einer allgemeinen Pennypost sowie von Kabellinien mit besondrer Berücksichtigung vom strategischen Standpunkt aus. Es wird ferner beschlossen, zu erwägen, wie sich innerhalb des englischen Weltreiches die Naturalisation gleichmäßig gestalten lasse.

IV.

Verhältnis zum Auslande.

1.

Beziehungen zum Deutschen Reiche.

4. Februar. Bemerkenswerte Äußerungen der Presse zu den deutschen Reichstagswahlen:

„Daily Graphic" sagt: Der Sozialismus sei der allgemeine Feind, und die Sozialisten bildeten keine Partei in dem Sinne der andern politischen Parteien, die auf der Basis konstitutioneller und sozialer Gesetze gemeinsam aufgebaut seien. Die offne Freude des Kaisers werde weit über die Grenzen des Vaterlandes hinaus ein Echo finden. — „Daily Telegraph" schreibt: Die Niederlage der Sozialisten ist von jedem Standpunkt aus betrachtet eins der außerordentlichsten Ereignisse der europäischen Politik. Die Partei, die nicht nur in sich selbst ein festes, dominierendes Gebäude darstellte, sondern auch die Hoffnung des Sozialismus in der ganzen Welt war, ist von einem plötzlichen Ruin betroffen worden, und der Wechsel in ihrer Stellung läßt sich nur mit dem Wechsel des Bildes nach einem Erdbeben vergleichen. Es gibt nur eine Bezeichnung dafür: Der deutsche Sozialismus ist auf der Höhe seines Selbstvertrauens und seines Ehrgeizes wie ein Wolkenkratzer in Chicago zusammengebrochen. — Die „Morning Post" bemerkt: Sehr einflußreiche Armee- und Flottenoffiziere trachteten aus Neigung und Überzeugung nach einem Kriege, und die Wahlen seien so geleitet, daß sie ein Resultat ergaben, das von der Regierung als eine nationale Demonstration zugunsten einer lebhaften äußern Politik ausgelegt wurde. Es sei für andre Nationen angebracht, kühl zu bleiben und vor allen Dingen nach ihren Waffen zu sehen. Die Situation, die auf diese Weise geschaffen wurde, sei außerordentlich kritisch. Das Blatt reizt sodann zur weitern Flottenverstärkung an. — Das „Daily Chronicle" schreibt: Unter den herrschenden Verhältnissen müsse man zugeben, daß des Kaisers Begeisterung sehr natürlich gewesen sei, und daß seine Rede kräftig und malerisch gewesen wäre, „wie in der Tat alle Reden dieses vollendeten Redners". Es scheine nicht länger daran zu zweifeln zu sein, daß der Kaiser und der Kanzler imstande sein würden, „mit Volldampf voraus" zu fahren. — „Daily Mail" bemerkt: Die deutschen Wahlen bilden einen Markstein von psychologischer Bedeutung in der Geschichte Europas. Ihre erste und unmittelbare Folge wird die Stärkung des Kaisers in seiner Flottenpolitik sein. Er ist darauf aus, eine Flotte zu schaffen, die imstande ist, selbst mit der mächtigsten Seemacht zu streiten. Man weiß jetzt, daß das Volk hierbei auf seiner Seite ist. . . . Wenn die englische Nation sich nicht die Mühe geben will, Vorsichtsmaßnahmen zu treffen, so hat sie sich selbst dafür zu tadeln, wenn sich die Folgen verhängnisvoll erweisen sollten.

15. April. Dasselbe Blatt behauptet die Unwahrheit, Deutschlands neuestes Bestreben gehe dahin, daß den vielen kleinen Staaten unter den 46 Eingeladnen der zweiten Haager Konferenz nicht gestattet werden dürfe, in einer Frage, wie die Begrenzung der Rüstungen, ein Übergewicht zu erlangen.

24. April. Bei der Flottenschau in Hampdon Roods wird den zwei besuchenden deutschen Kriegsschiffen ein sehr freundlicher Empfang zuteil.

1. Mai. Die vom deutschen Reichskanzler Fürsten Bülow im Reichstage gehaltne Rede über die äußere politische Lage wird, trotz der Zurückweisung des Abrüstungsvorschlags, von der englischen Presse sehr gut aufgenommen. Alle Blätter heben ihren versöhnlichen und beruhigenden Ton hervor. „Times" erklärt, die Übersicht des Fürsten v. Bülow sei kaltblütig, vernünftig und geradherzig gewesen. England möge die Entscheidung bezüglich der Haager Konferenz vielleicht bedauern, doch könne kein praktischer Staatsmann Deutschlands absolutes Recht zu dieser Entscheidung bestreiten, noch das Gewicht der vom Fürsten dafür angeführten Gründe. — Die „Daily Mail" äußert: Die Rede des Kanzlers war bewunderungswürdig vernünftig und geradeaus gesprochen vom deutschen Standpunkt aus. Da sprach ein Staatsmann, der mit der ernsten Wirklichkeit des internationalen Lebens in Berührung steht, nicht ein Träumer. — „Daily Telegraph" sagt: Der versöhnlichen Rede des Kanzlers dürfte es gelingen, den unangenehmen Eindruck, den die jüngsten Übertreibungen eines Teils der deutschen Presse geschaffen haben, zu berichtigen.

9. Mai. In einer Rede zu Manchester berührt Premierminister Sir Henry Campbell-Bannerman die kürzlichen Auslassungen des Fürsten Bülow über die Abrüstungsfrage (S. 65). Es möchte wohl, meint er, schwierig gewesen sein und wahrscheinlich sogar unmöglich, eine Formel zu finden, die schließlich zu allgemeiner Annahme geführt hätte, aber er hätte gehofft, daß doch ein solches Maß gegenseitigen Vertrauens hergestellt worden wäre, das später Früchte getragen und auf der Konferenz die andern Nationen in den Stand gesetzt hätte, die übermäßige und unerträgliche Last der Rüstungen herabzusetzen, die jetzt eine Geißel Europas sei. Er zweifle nicht daran, daß auch jetzt noch etwas zu erreichen sei, aber es sei das viel schwieriger ohne vorherige allgemeine Billigung des Grundsatzes durch die Großmächte, daß eine Verringerung der Rüstungen wünschenswert und anzustreben sei. Wohl wisse er, daß England in den bösen Verdacht geraten sei, Deutschland durch Aufwerfen dieser Frage in Verlegenheit bringen zu wollen. Dieser Verdacht sei aber ganz unbegründet. Hätte Deutschland nur einen einleitenden Schritt getan, so wäre England ihm in freundschaftlicher Weise ohne jeden Hintergedanken entgegengekommen. England habe nichts weiter versucht, als was andre Regierungen in weniger günstiger Stellung auch versucht hätten. Die deutsche Regierung scheine zu glauben, daß ein solches Vorgehn müßig und illusorisch sei, und

daß sie deshalb sich nicht daran beteiligen könne. Er erkenne mit Achtung die Offenheit an, mit der Fürst Bülow seinen Entschluß kundgetan, sich der Erörterung der Frage fernhalten zu wollen. Wenn die englische Regierung auch die Notwendigkeit eines solchen Fernbleibens aufrichtig bedaure, so wisse sie doch die volle Offenheit in der Darlegung des Standpunktes der deutschen Politik und den freundschaftlichen Ton in der Rede des Reichskanzlers wohl zu schätzen.

13. Mai. Ausführungen des Londoner „Observer" laufen darauf hinaus, daß die deutsche amtliche Welt, insbesondre aber das deutsche Heer und die deutsche Marine, von der Unvermeidlichkeit einer kriegerischen Abrechnung mit England fest überzeugt seien. Die politische Stimmung in Deutschland sei mit Elektrizität derart stark überladen, daß das Losbrechen eines Unwetters nur allzusehr im Bereich der Möglichkeit liege.

17. Mai. Der Kriegsminister Haldane stellt mit Befriedigung fest, daß die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Großbritannien und Frankreich sowie zwischen Großbritannien und Rußland im Wachsen begriffen seien, und er vertraue darauf, daß auch die Zeit kommen werde, wo die Besserung der Beziehungen zwischen Großbritannien und Deutschland ebenso deutlich werde. Er glaube, daß diese Beziehungen ebenfalls gut seien, denn es bestünde kein Gegensatz zwischen beiden Ländern außer dem rechtmäßigen Gegensatz der Handelskonkurrenz. Es gebe eine Klasse von Journalisten, die es für angezeigt halte, jeden kleinen Zwischenfall aufzubauschen, der sich ereignete, und es gebe viele nervöse Leute in Großbritannien und Deutschland, die glaubten, daß die beiden Völker übereinander herfallen wollten.

Ende Mai. Englische Kommunalpolitiker werden in Köln, Frankfurt a. M., Homburg usw. herzlich aufgenommen und erlassen freundschaftliche Kundgebungen für Deutschland. Lord Brassey betont in einer Rede zu Köln die Blutsverwandtschaft beider Nationen. Jeder vernünftige Engländer erkenne die Berechtigung des edeln Wettbewerbs beider Nationen auf friedlichem Gebiete an. Während früher England der technische Lehrmeister gewesen sei, erkennten sie jetzt die großartigen Fortschritte Deutschlands an. Sie seien gern hierher gekommen, um von den Deutschen zu lernen, glücklich könne sich Deutschland schätzen, daß es in seinen großartigen Flüssen soviele Wasserstraßen besitze. Diese seien in beispiellos großartiger Weise der Schiffahrt dienstbar gemacht worden. Insbesondre errege die Rheinverbesserung im Auslande die größte Bewunderung.

Anfang Juni. Viele Vertreter der englischen Journalistik werden bei ihrem Besuche in Deutschland herzlich aufgenommen, worüber sich die Londoner Presse mit Begeisterung ausspricht.

2.

Zusammenkünfte des Königs mit Staatsoberhäuptern.

2. Februar. König Eduard stattet dem Präsidenten der französischen Republik Fallières in Paris einen Besuch ab.

8. April. König Eduard hat in Cartagena eine Zusammenkunft mit dem Könige Alfons von Spanien.

Beim Mahle an Bord der „Numancia" sagt König Alfons in einem Trinkspruche: Die Freundschaft zwischen England und Spanien, die meine erlauchte Mutter während der Regentschaft zu entwickeln sich bestrebte, und die gegründet war auf gemeinschaftlichen Interessen sowie auf gegenseitiger Sympathie, ist enger geknüpft worden durch die Verwandtschaft unsrer beiden Häuser. Die enge Freundschaft wird gewiß beiden Ländern Vorteile verschaffen und zur Aufrechterhaltung des Weltfriedens beitragen. — König Eduard dankt und bedauert die Abwesenheit der Königin, wobei er des bevorstehenden freudigen Ereignisses gedenkt. Er spricht seine Freude über die Anwesenheit der Königin-Mutter aus und betont, daß auch er den Wunsch hege, daß die zwischen beiden Ländern bestehenden Bande sich immer mehr festigen möchten.

Während die englische Presse die politische Bedeutung dieser Begegnung bestreitet, legen ihr die Madrider Blätter eine ungewöhnliche Bedeutung bei.

18. April. König Eduard hat in Gaeta eine Zusammenkunft mit dem Könige Viktor Emanuel von Italien.

25. April. Amtlich wird in London erklärt, es bestehe keinerlei Begründung für die Nachricht, betreffend den Abschluß einer Marineallianz zwischen Großbritannien und Spanien und die Bildung eines Quadrupelbündnisses Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und Spaniens.

Italien.

I.

Parlament.

1.

Regelung des Eisenbahnbetriebs.

2. Februar. Die unter dem Vorsitze Marcoras tagende Deputiertenkammer beschäftigt sich mit den Mißständen, die sich im Betriebe der Eisenbahnen des Landes so lästig bemerkbar gemacht

haben. Ministerpräsident **Giolitti** erklärt auf eine Anfrage, daß energische Maßregeln ergriffen und für den Kohlentransport nach Oberitalien Sonderzüge eingerichtet worden seien. Zahlreiche Eisenbahnwagen seien schon in Mailand eingetroffen. Um jeden Mißbrauch zu unterdrücken, sei die Wachsamkeit verdoppelt.

2.
Soziale Angelegenheiten.

9. Februar. In der Deputiertenkammer hält der Ministerpräsident **Giolitti** bei der Beratung des Etats des Innern in Erwiderung der Ausführungen mehrerer Redner eine Rede, in der er über das Verhalten der Regierung bei Konflikten zwischen Kapital und Arbeit spricht: Die Regierung dürfe keine Klassenregierung sein und in dem Kampfe keine der Parteien begünstigen, sie dürfe sogar nicht einmal vermitteln, außer wenn sie von beiden Parteien dazu aufgefordert würde. Aber wenn die Regierung niemals das Kapital begünstigen werde, so werde sie doch die Freiheit der Arbeit sichern und nicht vergessen, daß das Recht des Arbeiters, der arbeiten will, und der oft Familienvater ist, ebensoviel gelte wie das Recht aller derer, die streiken wollen, weil das Recht auf Arbeit heilig sei wie das Recht zum Leben. Die Zusammenstöße würden minder scharf und minder schmerzvoll sein, wenn die Aufwiegler zum Ausstande ausschließlich von dem wirklichen Wohl der Arbeiter erfüllt wären, und wenn die Arbeiter infolge von Ersparnissen in der Lage wären, einen wirksamen Widerstand zu leisten. Er glaube, daß die Erfahrung hierin jedermann aufklären werde, er wünsche, daß ein aufrichtiges Einvernehmen zwischen den Kapitalisten und Arbeitern für Italien eine Zeit der Wohlfahrt und des Friedens herbeiführen werde.

3.
Militärische Angelegenheiten.

9. Februar. Der Kriegsminister **Bigano** läßt der Deputiertenkammer einen Gesetzentwurf betreffend eine Änderung des Aushebungsgesetzes zukommen. Die Grundzüge bestehn in folgendem:

Einführung des zweijährigen Dienstes für alle Waffen unter entsprechender Erhöhung des Aushebungskontingents, fünfzehnmonatige Dienstzeit für die im Besitze bestimmter Vorbildung befindlichen Heerespflichtigen; Bildung einer Ersatzreserve aus den auf Grund von Familienverhältnissen vom Dienst bei der Waffe Befreiten; endlich Beschränkung der Mobilmachung auf eine geringere Zahl von Jahrgängen. — Der Bericht des Kriegsministers stellt fest, daß angesichts der immer fortschreitenden Allgemeinbildung (bei noch immer fast 50 v. H. Analphabeten) „der Fußsoldat heutzutage in ein paar Monaten lernt, was er zum Kampfe braucht,

und daß er in ein oder zwei Perioden der Übungen im Verbande auch die vollkommne Instruktion und die Gewöhnung an Disziplin erwirbt". Auch die Kavallerie werde durch die zweijährige Dienstzeit keinen Schaden leiden, wenn man sie aus den Elementen rekrutiere, die mit Pferden umzugehn gewohnt sind. An Gefreiten und Unteroffizieren werde es nicht fehlen, wenn man eine energische Instruktion anwende, die den Rekruten nach fünfmonatigem Dienst zum Gefreiten tauglich mache; er könne dann bei 22monatiger effektiver Dienstzeit 17 Monate als solcher Dienst tun. Bei den Fußwaffen soll die Beurlaubung schon nach 22 Monaten erfolgen, weil der Heeresetat nicht weiter reicht, wenn man die nötige Erhöhung des Rekrutenkontingents von 80000 auf 108000 Mann vornimmt. — Eine Ersatzreserve, etwa 25000 Mann stark und einer dreimonatigen Instruktionsperiode zu unterwerfen, soll aus den Dienstpflichtigen gebildet werden, die wegen Familienverhältnisse auf Begünstigung Anspruch haben: es sind einzige Söhne schon bejahrter Väter, Enkel von Großvätern ohne Söhne u. a. — In die Ersatzreserve zweiter Klasse werden einzige Söhne von Witwen, einzige Ernährer verwaister Geschwister u. ä. versetzt. — Die Einrichtung der Einjährigfreiwilligen wird beibehalten. Indessen will der Kriegsminister ihr „jede Anziehungskraft in den Augen der gebildeten jungen Leute von gutem Willen" nehmen, und zwar indem er die Dienstzeit im allgemeinen auf 15 Monate für alle genügend Vorgebildeten herabsetzt.

10. Februar. Nach dem Heeresetat für das Jahr 1907 ist die Friedensstärke des Heeres auf 236229 Mann festgesetzt. Gegenüber den Vorjahren, in denen nur ein Stand von 204000 bis 209000 Mann erreicht wurde, bedeutet dieser Etat einen erheblichen Fortschritt. Ermöglicht wurde der Fortschritt in der Hauptsache dadurch, daß die Periode der Minimalstärke des Heeres, die früher sechs Monate dauerte, auf sechs bis acht Wochen herabgesetzt worden ist. Die bisherige lange Dauer der minima forza hatte sich mit der Zeit als ein stetig zunehmender Übelstand erwiesen, namentlich für den Mobilmachungsfall. Den größten Vorteil hat durch die neuen Bestimmungen die Kavallerie gewonnen, denn für sie ist die Periode der Minimalstärke überhaupt in Wegfall gekommen; diese Waffe hält das ganze Jahr hindurch ihre Einheiten gleichmäßig auf demselben Stande.

3. Mai. Der Deputiertenkammer legt Ministerpräsident **Giolitti** einen Gesetzentwurf vor über die Ernennung einer Kommission zur Anstellung einer Untersuchung über die vom Kriegsministerium ressortierenden Dienstzweige. Der Entwurf hat denselben Zweck und ist in derselben Form gehalten wie der im Jahre 1905 eingebrachte über die Ernennung eines Untersuchungsausschusses für die Marineangelegenheiten. Den über die Zustände im Kriegsministerium, über den Stand der Waffen- und Munitionsmagazine und der andern Kriegsvorräte verbreiteten dunkeln Gerüchten soll unter allen Umständen ein Ende gesetzt werden.

4.

Zollfragen.

16. März. Bei Beratung einer Vorlage über die Herabsetzung des Petroleumzolls teilt der Schatzminister **Majorana** mit, es handle sich um eine der verschiednen Maßnahmen, durch die die Regierung ihr Finanzwirtschaftsprogramm erweitern wolle, indem sie zunächst für alle Erfordernisse des Zweiges des öffentlichen Dienstes Sorge trage und dann an die Herabsetzungen der Reformabgaben herantrete.

Der Minister legt die Gründe dar, weshalb man solche Herabsetzungen vornehmen und mit dem Petroleum beginnen will. Er meint, man werde auch andre Herabsetzungen verwirklichen können, und zwar erster Linie solche der Zuckerabgaben. Die Herabsetzung des Petroleumzolles, die aus finanziellen Gründen auf 24 Lire erfolgen solle, könne die Balancierung des Budgets nicht gefährden. Er freue sich, in dieser Beziehung mitteilen zu können, daß die Einnahmen in stetigem Steigen begriffen seien. Die Kammer spricht der Regierung das Vertrauen aus, daß sie eine weitere Herabsetzung des Petroleumzolles vornehmen werde, sobald der größere Konsum, namentlich in den industriellen Betrieben, eine fortschreitende Steigerung der Einnahmen aus diesem Zoll ergibt.

5.

Kolonialfragen.

2. März. In der Abgeordnetenkammer bestätigt der Minister **Tittoni** die Nachricht betreffend ein Gefecht mit Rebellen des Stammes Bimal bei Benadir im Somalilande und fügt hinzu, es wäre naiv, die Bedeutung des Kampfes zu verkleinern oder zu übertreiben, um die Regierung zu verteidigen oder anzugreifen. Es sei nicht ausgeschlossen, daß ähnliche Vorfälle sich in Zukunft wiederholen würden, bis Italien die tatsächliche Kontrolle und Herrschaft über die Stämme im Innern des Landes ausüben werde. Die Herstellung der Sicherheit des Hinterlandes der Kolonie bilde das Programm für die Zukunft, dessen Ausführung schrittweise von dem neuen Gouverneur fortgesetzt werde. Man glaube, die Ursache des Aufstandes der Bimal sei religiöser Fanatismus und Haß dieser Volksstämme gegen die Europäer. Das kürzlich zwischen Italien, Frankreich und England getroffne Abkommen beuge in den möglichen Grenzen der aus dem Waffenschmuggel sich ergebenden Gefahr vor. Um eine schnelle Verbindung mit der Kolonie herzustellen, beabsichtigte die Regierung, in Benadir eine Station für drahtlose Telegraphie zu errichten. Zur Erhöhung der Sicherheit werde sie eine größere Anzahl Askaris anwerben. Der Minister versichert, er werde die Reorganisation in Benadir mit Sorgfalt weiter durchführen und sich nicht in unkluge

Abenteuer einlassen. Das Land werde nicht in einen Weg hineingezogen werden, der nicht zuvor die Billigung des Parlaments erlangt hätte.

6.

Über Beziehungen zum Auslande.

5. Februar. In der Deputiertenkammer versichert der Minister des Auswärtigen, **Tittoni**, in Beantwortung einer Anfrage, daß die Nachrichten über eine vom österreichischen Generalstab in gewissen Bergwerken angeblich zu Defensiv- und Offensivzwecken unternommne unterirdische Arbeit, bei der man von österreichischer Seite in italienisches Gebiet eingedrungen sei, jeglicher Begründung entbehrten. Diese Nachrichten beruhten auf einer Privatstreitigkeit zwischen einer italienischen und einer österreichischen Grubengesellschaft, die einander benachbart sind. Der Zwist werde seine ordnungsmäßige Erledigung finden.

9. Februar. Auf eine Anfrage erwidert der Minister **Tittoni** in der Deputiertenkammer, es sei ungegründet, daß die italienische Regierung eine Kontrolle über den Hafen von Antivari in Albanien ausübe, da dies in Widerspruch mit dem Artikel 29 des Berliner Vertrags stehn würde.

15. Mai. Bei der Beratung des Budgets des Äußern in der Deputiertenkammer spricht der Minister **Tittoni** sich unter Hinweis auf seine am 18. Dezember v. J. gemachten Ausführungen also aus:

Zwischen den diplomatischen Zusammenkünften in Rapallo, Athen und Gaeta besteht kein Gegensatz oder Widerspruch, sondern Harmonie. Es sind Namen und Daten, die keinen Mißklang untereinander erklären, sondern sich ergänzen und eine würdevolle Friedenspolitik zusammenfassen, die von Italien im vollen Sonnenlicht, mit großer Loyalität betrieben wird. Es ist keine ungewisse oder im Zickzack vorgehende Politik, sondern eine durchaus klare und bestimmte Politik, die ihrer selbst gewiß auf gerader und breiter Bahn vorgeht, und der bisher der Erfolg gelächelt hat trotz der düstern Vorhersagungen der Propheten internationaler Katastrophen. Die erregten und nervösen Kommentare mancher ausländischen Blätter infolge der Zusammenkunft von Gaeta schienen einen Augenblick einem neuen Angriffe Nahrung zu geben, den in der Kammer jene Politiker gegen mich hätten richten müssen, die mir bereits eine angebliche Unvereinbarkeit zwischen unserm Bündnis mit Deutschland und unsrer Freundschaft mit England entgegengehalten haben. Aber es kam zur rechten Zeit das autoritative und wirksame Wort des Fürsten v. Bülow, und es war so klar und offen, daß man wohl sagen kann,

es habe für immer jede Befürchtung und jeden Zweifel beseitigt. Es faßt zusammen, was sich schon aus meinen Unterredungen in Rapallo mit dem Fürsten Bülow und in Gaeta mit Sir Charles Hardinge ergeben hat, daß nämlich Deutschland und England ihre Beziehungen immer mehr zu bessern und in freundschaftlicher Weise jeden Interessenkonflikt, der zwischen ihnen entstehn könne, zu lösen wünschen, und daß Italien dem Bündnis mit dem einen wohl treu bleiben kann, ohne der Freundschaft für andre Eintrag zu tun, ohne beim einen oder dem andern Besorgnisse, Zweifel oder Argwohn zu erwecken.

Fürst Bülow war in Rapallo unser willkommner Gast. In ihm begrüßte die italienische Nation voll Freude den Vertreter einer verbündeten Macht, mit der sie so viele Bande einen. Voll Freude war die italienische Nation auch über die Begegnung des Königs von England mit dem König von Italien in Gaeta und wandte einen Gedanken der Sympathie der seit so vielen Jahren befreundeten britischen Nation zu und einen solchen der Dankbarkeit dem König Eduard, der, als er vor kurzem den Herzog der Abruzzen in London empfing, herzliche Worte für Italien und den savoyischen Stamm gesprochen hat.

Also, die alte Formel: unerschütterliche Treue zum Dreibund — aufrichtige Freundschaft für England und für Frankreich und herzliche Beziehungen mit allen andern Mächten bleibt immer der Exponent unsrer Politik, und die aufrichtige Art, in der diese Politik von Italien verfolgt wird, ist die einzig mögliche.

Binnen kurzem wird Frhr. v. Ährenthal nach Italien kommen, um zu bekräftigen, welche Wichtigkeit er den Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Italien beilegt, die, es ist mir angenehm, dies festzustellen, immer inniger und herzlicher geworden und jetzt wirklich ausgezeichnet sind. Und auch die öffentliche Meinung der beiden Länder ist dahin gekommen, immer mehr die Vorteile der Innigkeit und Herzlichkeit dieser Beziehungen zu würdigen. Die italienische Politik im Orient hat sich nicht geändert. Diese Politik gründet sich auf die Integrität des ottomanischen Reichs und auf das vollkommne Einverständnis mit Österreich-Ungarn und Rußland und mit allen andern Signatarmächten des Berliner Vertrags. Die italienische Politik betrachtet die verschiednen Balkanstaaten mit gleicher Sympathie und wünscht ihren Fortschritt und ihre Wohlfahrt. Sie hat mit großem Bedauern gesehen, wie diese Staaten nicht genügend begriffen haben, daß ihre Interessen einen sicherern Schutz in der Sympathie des zivilisierten Europas als in den Greueltaten der Banden finden würden, die eine Schande und eine Beleidigung für die Menschheit bilden, und sie hat mit großem Bedauern den erneuten Zwist zwischen

Griechenland und Rumänien gesehen sowie die Verschärfung der Beziehungen zwischen Bulgarien und Serbien und Bulgarien und Griechenland.

Zur Frage der Konferenz im Haag hebt der Minister hervor, wie sehr die letzten Erklärungen des Fürsten Bülow und Sir Henry Campbell-Bannermans den Gegensatz gemildert haben, der zwischen dem deutschen und dem englischen Standpunkt zu bestehn schien. „Zwischen dem Standpunkt des Fürsten Bülow und des Barons Ährenthal und dem meinen besteht keine wesentliche Differenz. Ein Unterschied besteht nur in dem einzuschlagenden Verfahren. Sie ziehn es vor, nicht an der Erörterung teilzunehmen und die Ergebnisse abzuwarten, um sie mit vollkommner Freiheit zu prüfen und zu würdigen. Ich glaube, daß Italien an der Beratung teilnehmen kann, indem es sich gleichwohl die nämliche Freiheit der Prüfung und Würdigung hinsichtlich der Ergebnisse der Beratung vorbehält. Muß man aus dieser leichten Differenz der Methode schließen, daß die Verbindung zwischen den Staaten des Dreibundes weniger fest und das Einverständnis zwischen ihnen weniger vollkommen sei? Auch nicht im Traume!"

In Beantwortung einer Anfrage über den Äthiopien betreffenden englisch-französisch-italienischen Vertrag gibt der Minister des Äußern, Tittoni, einen geschichtlichen Rückblick über die Verhandlungen; sie seien zunächst zwischen Italien und England und dann zwischen allen drei Regierungen geführt worden und hätten am 13. Dezember 1906 zu der Unterzeichnung des Vertrags geführt. Der Minister führt dann weiter aus, durch diesen Vertrag seien die Interessen Italiens in den Punkten gesichert, die die meisten Einwendungen erfahren hatten. Italien sei vor die Wahl gestellt gewesen, entweder dem französisch-englischen Einvernehmen beizutreten oder allein vorzugehn; denn wenn Italien es abgelehnt hätte, den Vertrag zu unterzeichnen, hätten Frankreich und England ihn allein unterzeichnet, und man hätte eine Wiederholung der peinlichen Episode vom 21. März 1899, dem Tage des Abschlusses des englisch-französischen Einvernehmens bezüglich des tripolitanischen Hinterlands, erlebt.

II.

Auswärtige Angelegenheiten.

22. Januar. Die Botschafter Italiens und Frankreichs in Konstantinopel überreichen der Pforte eine gleichlautende Note, in der angekündigt wird, daß eine Reihe von bestimmten religiösen Anstalten, die der Dominikanermission in Konstantinopel und Smyrna

und der Franziskanermission in Tripolis und Cyrenaika gehören, endgültig unter den Schutz Italiens übergegangen sind.

1. April. In Rapallo an der Riviera di Levante hat der Minister des Äußern **Tittoni** eine Unterredung mit dem deutschen Reichskanzler **Fürsten Bülow.** Über diese Unterredung spricht sich Tittoni in der Deputiertenkammer am 15. Mai näher aus (S. 340).

9. April. Beim Besuche des Königs Viktor Emanuel in Athen bringt König Georg beim Festmahl einen Trinkspruch aus, in dem er den Gast auf dem klassischen Boden Griechenlands willkommen heißt und für den ihm in Italien bereiteten, ihm ewig unvergeßlichen Empfang, der in den Herzen der Hellenen ein Echo gefunden, noch einmal seinen tiefen Dank ausspricht. Er freue sich über die Gelegenheit, die Gefühle brüderlicher Sympathie für das edle Volk der Italiener zu bekräftigen; er wünsche, daß diese Bande weiter dauern mögen, und er trinke auf die Gesundheit und auf besondres Glück des Königs, der Königin sowie auf die Größe und das Gedeihen Italiens. — König Viktor Emanuel erwidert, er werde eine unauslöschliche Erinnerung an den ihm zuteil gewordnen sympathischen Empfang bewahren. Die Worte des Königs von Griechenland würden in Italien einen Widerhall tiefer Sympathie finden. Er empfinde das Bedürfnis, nachdrücklich zu betonen, daß ein Gefühl aufrichtiger Freundschaft die beiden Völker verbinde — auf diesem geheiligten Boden Griechenlands, wo niemand sich als Fremder fühlen konne, wo das Bild einer großartigen Zivilisation, die keine Grenzen kannte, in Bauwerken sich erhebt, die den Wandel der Geschichte überdauerten.

18. April. Zusammenkunft des Königs von Italien mit dem Könige von England in Gaeta. (Auch hierüber spricht sich Tittoni am 15. Mai in der Kammer aus.) — Die „Agenzia Stefani" in Rom veröffentlicht folgende Note: „Die in privater Form erfolgte Begegnung des Königs von England und des Königs von Italien ist ein neuer Beweis der Gefühle persönlicher Zuneigung, die die beiden Herrscher verbinden. Die Begegnung ist nicht durch politische Zwecke veranlaßt worden, wird aber die beste Wirkung auf die ebenso tief herzlichen Beziehungen zwischen England und Italien ausüben. Die Begegnung der beiden Herrscher, deren friedliche Gesinnungen bekannt sind, ist für alle Welt ein Versprechen und eine Bürgschaft des Friedens."

III.

Papst.

6. Januar. Das Rundschreiben an die französischen Bischöfe siehe Seite 270.

26. Februar. Der Papst empfängt drei französische Bischöfe und teilt ihnen amtlich mit, daß die Verhandlungen mit der französischen Regierung abgebrochen seien und keine Hoffnung mehr auf Erzielung eines Einvernehmens vorhanden sei.

27. Februar. „Osservatore Romano" ist ermächtigt, folgende Note zu veröffentlichen: „Die angeblichen Enthüllungen des »Messidor« über die bei Monsignore Montagnini beschlagnahmten Urkunden sind voll von Entstellungen und falschen Behauptungen, die sich namentlich gegen Geistliche richten, die das Vertrauen des päpstlichen Stuhles genießen. Der tendenziöse Charakter dieser Meldungen ergibt sich für einen verständigen und unparteiischen Leser bei einfachem Nachdenken. Im übrigen ist es leicht, über die Haltung der französischen Regierung ein Urteil zu fällen, die, wie sie auf die ablehnende Haltung der Kirche gegenüber den unerträglichen Bedingungen des Briandschen Rundschreibens nur durch gewalttätige Handlungen zu antworten wußte, die sich gegen Urkunden und die Person Montagninis richteten, ebenso jetzt gegenüber der Weigerung im Nutznießungsvertrage, sich nicht minder unerträglichen Bedingungen zu unterwerfen, nur durch einen Rechtsbruch und eine Entstellung der Wahrheit sowie eine Verletzung der von jeder zivilisierten Regierung beachteten Höflichkeitsformen zu antworten weiß."

21. März. Der Papst empfängt den französischen Missionar Kapuzinerpater Marie Bernard, der ihm ein eigenhändiges Schreiben des Negus Menelik und im Auftrage des Negus selbst den Großkordon des Sterns von Äthiopien überbringt. Der Negus versichert dem Papst, daß den Katholiken Äthiopiens unter seiner Herrschaft der Schutz der Gesetze und die religiöse Freiheit in vollem Maße gewährleistet werden, und daß sie ihm wie einem guten und gerechten Vater vertrauen dürfen.

15. April. Der Papst hält im geheimen Konsistorium eine Ansprache, in der er an die letzte Feier der Passion Christi erinnert, die er als ein Symbol der Kämpfe bezeichnet, die die Kirche unaufhörlich durchzumachen habe. Der Papst spricht sodann im besondern von den gegenwärtigen Kämpfen in Frankreich, die ihm um so schmerzlicher seien, als er, der Papst, diese edle Nation liebe und ihre Schmerzen und Freuden als die seinigen ansehe.

Im Gegensatz dazu seien die Frankreich regierenden Männer nicht zufrieden damit, das Konkordat willkürlich abgebrochen, die Kirche gewaltsam beraubt und die wahren alten Ruhmestitel ihres Vaterlandes verkannt zu haben, bemüht, aus den Herzen ihrer Mitbürger jeden Rest von Religion auszureißen, indem sie jegliche Ausschreitung begingen, auch die, die der französischen Höflichkeit am meisten widerstrebe, dadurch, daß sie jedes private und öffentliche Recht verletzten, den Episkopat und die Geistlichkeit verleumdeten und versuchten, diese von dem Heiligen Stuhl zu trennen und das gegenseitige Vertrauen zu erschüttern. Außerdem suche man mit Sophismus die Einrichtungen und die Verwaltung des Landes mit ihrem Kriege gegen die Religion zu verquicken, um den Papst dann beschuldigen zu können, daß er die Form des volkstümlichen Regierungssystems angreife, die dieser anerkannt und stets geachtet habe. Der Papst spricht dann seine Freude darüber aus, daß trotz dieser feindseligen Machenschaften unter den französischen Bischöfen die herzliche Eintracht untereinander und das Einverständnis zwischen dem Klerus und den Gläubigen mit dem päpstlichen Stuhle fortdaure, was bessere Tage für die Kirche und Frankreich erhoffen lasse. Er werde in der Erfüllung seiner heiligen Pflichten zum Besten des von ihm geliebten Volkes nicht innehalten. Dem Haß werden wir die Liebe, dem Irrtum die Wahrheit, den Beleidigungen und Schmähungen die Vergebung entgegenstellen und Gott bitten, daß die Feinde der Religion aufhören mögen, diese zu verfolgen, sowie daß, wenn die Freiheit der Kirche wiederhergestellt ist, alle, auch solche, die nicht Katholiken, aber Freunde der Zivilisation und der Rechtlichkeit sind, mit uns zusammenarbeiten zum allgemeinen Wohl und für das Glück ihres Vaterlandes.

18. April. Im öffentlichen Konsistorium hält der Papst eine Ansprache, in der er als „Empörer" alle die bezeichnet, „die unter listig verhüllten Formen die ungeheuerlichsten Irrtümer verbreiten über die Entwicklung des Dogmas, über die Rückkehr zum reinen Evangelium, das heißt, zum Evangelium, das, wie sie sagen, entblättert sei von den Erklärungen der Theologie, von den Entscheidungen der Kirchenversammlungen, den Grundsätzen der Askese — über die Emanzipation von der Kirche, freilich nicht in neuer Art, ohne sich zu empören, um nicht ausgeschieden zu werden, aber auch ohne sich zu unterwerfen, um nicht den eignen Überzeugungen entsagen zu müssen, und endlich über die Anbequemung an den Zeitgeist in allem, in Rede und Schrift und Predigt eine Liebe verkündend ohne Glauben, empfindsam genug für die Glaubenslosen, die allen angelweit den Weg zum ewigen Untergang öffnet". Dann heißt es weiter: „Ihr sehet wohl, o ehrwürdige Brüder, ob wir, die

wir mit allen Kräften die uns anvertraute Hinterlage verteidigen müssen, nicht Grund haben, in Sorgen zu sein gegenüber diesem Angriffe, der keine Häresie ist, sondern der gedrängte Abriß und das Gift aller Häresien, das die Grundlagen des Glaubens zu entwurzeln und das Christentum zu vernichten trachtet. Ja, das Christentum zu vernichten, weil die Heilige Schrift für diese modernen Häretiker nicht mehr die sichre Quelle aller Wahrheiten ist, die zum Glauben gehören, sondern ein gewöhnliches Buch — die Inspiration beschränkt sich für sie auf die dogmatischen Lehren, freilich aufgefaßt nach ihrem Sinne, und unterscheidet sich fast nicht von der dichterischen Inspiration eines Äschylus und eines Homer. Legitime Auslegerin der Bibel sei die Kirche, aber sie sei unterworfen den Regeln der sogenannten Kritikwissenschaft, die sich der Theologie aufdrängt und sie in Sklavenfesseln schlägt. Bezüglich der Tradition endlich sei alles relativ und Veränderlichkeiten unterworfen, und darum ist die Autorität der heiligen Väter auf nichts reduziert. Und all diese und tausend andre Irrtümer vertreiben sie in Schriftchen, Revuen, asketischen Büchern und sogar in Romanen und wickeln sie ein in gewisse zweideutige Ausdrücke, in gewisse nebelhafte Formen, um sich immer ein Hintertürchen für die Verteidigung offen zu lassen, damit sie sich nicht eine augenscheinliche Verdammung zuziehen und dennoch die Naiven in ihren Schlingen fangen können."

14. Mai. Auf eine im Dezember vorigen Jahres von einer Versammlung in Posen an ihn gerichtete Adresse, betreffend eine Verwahrung gegen den deutschen Religionsunterricht in den polnischen Schulen läßt der Papst durch seinen Geheimen Kämmerer Fürsten Sapieha folgende Antwort erteilen:

Es gereicht mir zur Ehre, im Auftrage Seiner Heiligkeit des Papstes mitzuteilen, daß der Heilige Vater die ihm von dem Vertreter des Komitees der katholischen Versammlung während der demselben erteilten Audienz zu Füßen gelegten Adresse der polnischen Katholiken mit besonderm Wohlwollen zu empfangen geruhte. Die in derselben zum Ausdruck gebrachten Gefühle von Ergebenheit gegenüber dem Heiligen Stuhl und der hochwürdigen Person des Statthalters Christi sind dem väterlichen Herzen Seiner Heiligkeit unermeßlich lieb. Indem er auch Lob ausspricht der unverbrüchlichen Treue des polnischen Volkes zur Kirche, vergißt er nicht in der heutigen schweren Zeit der Not des so großen Teiles seiner Herde. Indem der Heilige Vater allen denen Ruhe und Überlegung empfiehlt, die zur Lösung schwierigster und verworrenster Angelegenheiten beitragen, erteilt er mit besondrer Liebe sowohl Euer Hochwohlgeboren als auch denen, die das Huldigungstelegramm unterzeichnet haben, und allen, die Ihnen teuer sind, seinen apostolischen Segen als Unterpfand himmlischen Trostes.

4. Juli. Der Papst bestätigt einen durch ein Dekret der Kongregation des „heiligen Offiziums" vom 3. Juli veröffentlichten, durch

den ersten Notar Pietro Palombelli unterzeichneten neuen Syllabus, der sich in seinen 65 Artikeln fast gänzlich auf theologisches und dogmatisches Gebiet bezieht, während der Syllabus Pius IX. von 1864 sich auch auf das politische, staatliche und philosophische Gebiet erstreckte.

Zweite internationale Friedenskonferenz.

Nachdem die erste dieser Konferenzen vom 18. Mai bis 29. Juli 1899 im Haag stattgefunden hat (Deutscher Geschichtskalender von 1899, I, S. 315—320), sammelte sich allmählich mehrfacher Stoff zur Beseitigung von Unklarheiten und Ausfüllung von Lücken im bestehenden Völker-, insbesondre Seekriegsrechte. Das Bedürfnis erwuchs hauptsächlich aus den im russisch-japanischen Kriege von 1904 und 1905 gemachten Erfahrungen. Anregungen zur Abhaltung einer zweiten derartigen Konferenz waren auf russischer Seite schon im Dezember 1904 erfolgt (s. D. Geschichtskal. von 1904, Bd. 2, S. 366), und im laufenden Jahre unternahm der russische Staatsrat von Martens mehrere Reisen an die Höfe in Berlin, Haag, Paris, London und Wien, um halbamtlich etwaige Hindernisse des Zustandekommens der Konferenz zu beseitigen. Als das größte Hindernis wurde in der Presse mehrfach eine etwaige Beratung der Frage einer allgemeinen Abrüstung angesehn, nur nicht auf englischer Seite. Als der internationale Schiedsgerichts- und Friedensausschuß im Februar in einem Schreiben an den englischen Premierminister Campbell-Bannerman bat, die englische Regierung möge darauf dringen, daß die Frage der Begrenzung der Rüstungen in das Programm der Haager Konferenz aufgenommen werde, antwortete Campbell-Bannerman, der Regierung sei amtlich nicht bekannt, daß die erwähnten Regierungen einer Erörterung der Rüstungsfrage entgegen seien; er bleibe bei seiner Meinung, daß diese Frage, wenn irgend möglich, auf der nächsten Haager Konferenz erörtert werden solle.

Anfang März. Bald hiernach bringt die neue Wochenschrift „The Nation" einen Artikel Campbell-Bannermans, in dem er die Einwendungen widerlegt, die gegen die Behandlung der Frage der Begrenzung der Kriegsrüstungen auf der Haager Konferenz erhoben worden sind. Er sagt darin:

Heute, wo die Lasten für Heeresrüstungen ins Ungeheure angewachsen seien, sei eine Erleichterung dieser Lasten nicht weniger wünschenswert. Ihm seien keine Umstände bekannt, die eine Erörterung der Frage gefährlich machen würden. Seit 1898 seien die Punkte, über die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Mächten bestehen, nicht akuter, sondern weniger akut geworden. Das Friedensgefühl sei unvergleichlich stärker

geworden, und der Schiedsspruchgedanke sowie die friedliche Regelung internationaler Streitigkeiten hätten eine praktische Kraft erlangt, die man sich im Jahre 1898 nicht habe träumen lassen. Nur die Erörterung einer Hypothese könne als unzulässig betrachtet werden, nämlich der, daß die Friedensverpflichtungen, wie immer sie auch sein mögen, als solche zu behandeln seien, die keinen praktischen Einfluß auf den Umfang und die Stärke kriegerischer Vorbereitungen haben. Das würde eine zu nichts führende Schlußfolgerung sein, geeignet, die moralische Stellung der Konferenz zu untergraben. Bezüglich der Stellungnahme Großbritanniens sagt der Premierminister: „Wir haben bereits mit Ernst und Aufrichtigkeit unsre Meinung kundgegeben durch die beträchtlichen Abstriche an den Marine- und Heeresausgaben und durch die feierliche Verpflichtung, noch weiter zu gehn, falls wir andern Orts ähnliche Neigungen wahrnehmen. Es ist gesagt worden, unser Beispiel zähle für nichts, weil das Übergewicht unsrer Stellung zur See unerreicht bleiben werde. Ich glaube das nicht. Ich bin vielmehr überzeugt, daß Englands Seemacht in der ganzen Welt als eine nicht aggressive anerkannt wird. Es ist daher ein Irrtum, zu glauben, daß die Seemächte geneigt sein könnten, England als ein Hindernis für einen Vorschlag bezüglich eines Einhalts in den Rüstungen anzusehen. Die Wahrheit scheint in der entgegengesetzten Richtung zu liegen. Unser Festhalten an den beiden Prinzipien der Unabhängigkeit der Nationalitäten und der Freiheit des Handels berechtigt uns, zu erklären, daß, wenn unsre Flotten unverwundbar sind, sie keine Drohung über die Meere tragen, sondern die Botschaft herzlichsten guten Willens, der sich gründet auf den Glauben an die Interessengemeinschaft zwischen den Nationen."

2. März. Hierzu bemerkt der Pariser „Temps: Wenn die englische Flotte das doppelte Verdienst habe, niemand zu beunruhigen und zugleich die Sicherheit Großbritanniens zu verbürgen, weshalb spreche man dann von einer Verringerung, die übrigens auf der Voraussetzung beruhe, daß die Überlegenheit Englands selbst zur See nicht beeinträchtigt werde. Campbell-Bannerman werde sich nicht darein schicken, daß England aufhören solle, die stärkste Macht zur See zu sein. Warum wundre er sich dann, daß das Gefühl hierfür auch bei andern ebenso lebhaft entwickelt sei!

5. März. Die Rede des britischen Premierministers Campbell-Bannerman im britischen Unterhause über diese Frage siehe S. 333.

8. März. Die „Hamburger Nachrichten" sagen zu dem Verhalten des englischen Premiers: Die Heuchelei und versteckte Absicht, die den englischen Bestrebungen zur Herbeiführung der Abrüstung innewohnt, tritt immer klarer zutage. Selbst in England macht man sich darüber lustig, wie die Auslassungen des „Daily Graphic" und des „Standard" zeigen. In der Tat ist das Verhalten Englands einfach lächerlich. Während sein Premierminister erbötig ist, die Rüstungen einzuschränken, wofern nur andre Mächte dasselbe tun wollen, legt der Staatssekretär für den Krieg dem Unterhause am 25. Februar einen Plan vor (S. 314), von dem er erklärt, er

werde Großbritannien eine größere und stärkere Armee geben, als es solche jemals zuvor besessen. In der Rede aber, die der Parlamentssekretär Robertson im Unterhause bei der Einbringung des Marineetats gehalten hat (S. 318), führte er aus, daß England im Punkte der Schlachtschiffe eine „gut gesicherte" Überlegenheit über Deutschland und Frankreich besitze, während es hinsichtlich der Kreuzer eine „noch größere" Überlegenheit über jene beiden Mächte aufweise. Alle Welt fragt sich, warum rüstet denn England zur See weiter und weiter? Warum organisiert es seine Landarmee? Warum baut es neue Kriegshäfen aus? Wozu befestigt es Singapore? Wenn es wirklich eifrig nach Frieden lechzt, warum veranlaßt es nicht Japan, seinen treuen Bundesgenossen, sich zu mäßigen?

3. April. Eine russische Zirkularnote meldet: Die diplomatischen Vertreter Rußlands im Auslande sind heute ersucht worden, den Mächten eine Zirkularmitteilung über die zweite Friedenskonferenz zuzustellen. Die Mitteilung konstatiert, daß das im vorigen Jahre ausgearbeitete russische Programm für die Arbeiten der Konferenz von allen Mächten angenommen worden ist, und gibt die Vorbehalte an, die bezüglich des im April 1906 den Mächten vorgelegten Arbeitsprogramms von verschiednen Mächten gemacht worden sind:

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika hat sich die Freiheit vorbehalten, der zweiten Konferenz zwei ergänzende Fragen zu unterbreiten, und zwar betreffend die Einschränkung oder Begrenzung der Armeen und betreffend die Erzielung einer Verpflichtung, bei der Anwendung von Gewalt behufs Eintreibung gewöhnlicher öffentlicher Schulden, die aus Verträgen entsprungen sind, gewisse Grenzen zu beobachten.

Die spanische Regierung hat den Wunsch ausgesprochen, die Frage der Begrenzung der Rüstungen zu diskutieren, indem sie sich vorbehielt, diese Frage bei der nächsten Vereinigung im Haag zu behandeln.

Die britische Regierung hat davon Mitteilung gemacht, daß sie großes Gewicht darauf lege, daß die Frage der Ausgaben für Rüstungen auf der Konferenz erörtert werde, und sie hat sich vorbehalten, diese Frage aufzuwerfen; ebenso hat sie sich vorbehalten, sich an der Diskussion aller im russischen Programm angegebnen Punke nicht zu beteiligen, die nach ihrer Ansicht nicht zu einem nützlichen Ergebnisse führen würden.

Japan ist der Ansicht, daß gewisse Fragen, die im Programm nicht speziell aufgezählt sind, nützlicherweise unter die zu prüfenden Gegenstände aufgenommen werden könnten, und hat sich vorbehalten,

sich jeder Diskussion zu enthalten oder sich von derselben zurückzuziehen, die eine Wendung nehmen würde oder vorausseh lieẞe, die nach ihrem Ermessen nicht dazu beitrüge, ein nützliches Ergebnis zutage zu fördern.

Die Regierungen von Bolivia, Dänemark, Griechenland und den Niederlanden haben sich ebenfalls im allgemeinen vorbehalten, der Beurteilung der Konferenz andre Gegenstände anheimzugeben, die mit den im russischen Programm ausdrücklich aufgeführten eine Analogie aufweisen.

Die russische Regierung hält es für ihre Pflicht, zu erklären, daß Rußland seinesteils sein Programm vom April 1906 als Basis für die Beratungen der Konferenz aufrecht erhält, und daß es sich seinerseits das Recht reserviert, wenn die Konferenz in eine Diskussion eintreten sollte, die ihm nicht zu einem praktischen Ergebnisse zu führen scheint, sich einer solchen Diskussion zu enthalten.

Analoge Bemerkungen wie diese letzteren wurden von der deutschen und von der österreichisch-ungarischen Regierung gemacht, die sich ebenfalls das Recht vorbehalten haben, sich auf der Konferenz von der Diskussion jeder Frage zu enthalten, die ihnen nicht zu einem praktischen Ergebnisse zu führen scheint.

Indem die kaiserliche Regierung diese Vorbehalte zur Kenntnis der Mächte bringt und die Hoffnung ausspricht, daß die Arbeiten der zweiten Friedenskonferenz neue Bürgschaften für ein gutes Einvernehmen unter den Nationen der zivilisierten Welt schaffen werden, hat sie sich gleichzeitig mit der Bitte an die niederländische Regierung gewandt, die Konferenz für die ersten Tage des Juni einberufen zu wollen.

Das Programm für die zweite Haager Friedenskonferenz wird von der russischen Regierung den Mächten in folgender Form unterbreitet:

1. Verbesserungen, die an den Bestimmungen des Abkommens betreffend die friedliche Regelung der internationalen Konflikte, bezüglich des Schiedsgerichtshofes und der internationalen Untersuchungskommissionen anzubringen sind.

2. Ergänzungsbestimmungen, die den Bestimmungen des Abkommens von 1899 betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges hinzuzufügen sind, und zwar unter anderm bezüglich der Eröffnung der Feindseligkeiten, der Rechte der Neutralen usw., Erklärungen von 1899; da eine davon verjährt ist, so ist die Frage ihrer Erneuerung.

3. Ausarbeitung eines Abkommens betreffend die Gesetze und Gebräuche des Seekrieges, soweit sie angehen: die besondern

Operationen des Seekrieges, wie die Beschießung von Häfen, Städten und Dörfern durch eine Streitmacht zur See, die Legung von Minen usw., die Umwandlung von Handelsschiffen in Kriegsschiffe, das Privateigentum der Kriegführenden zur See, die den Handelsschiffen zu gewährende Vergünstigungsfrist zum Verlassen der neutralen Häfen oder der Häfen des Feindes nach der Eröffnung der Feindseligkeiten, die Rechte und Pflichten der Neutralen zur See, unter anderm die Frage der Konterbande, die Bestimmungen, nach denen die Schiffe der Kriegführenden sich in neutralen Häfen zu richten haben; Zerstörung von als Prisen weggenommenen neutralen Handelsschiffen durch höhere Gewalt. In das genannte auszuarbeitende Abkommen wären die Bestimmungen über die Kriegführung zu Lande aufzunehmen, die in gleicher Weise bei der Kriegführung zur See Anwendung finden sollten.

4. Zusatzbestimmungen zu dem Abkommen von 1899, wonach die Grundsätze der Genfer Konvention von 1864 auf den Seekrieg Anwendung finden sollen.

4. April. Bezüglich jenes Vorbehalts wird in einem halbamtlichen Berliner Artikel der „Könischen Zeitung" bemerkt:

Der Vorbehalt ist gemacht worden von der englischen, japanischen, deutschen, österreichischen und russischen Regierung, und wenn die Gesichtspunkte, von denen diese Länder ausgegangen sind, auch auf verschiednen Grundlagen beruhen dürften, so haben sie doch das eine gemeinsam, daß sie übereinstimmend — für sich und somit auch für jede andre Macht — das Recht anerkennen und beanspruchen, von bestimmten Verhandlungen fernzubleiben, die sie von vornherein als zwecklos betrachten. Die Bedeutung dieser Feststellung wird in das richtige Licht gerückt, wenn man sich den Verlauf vergegenwärtigt, den die Abrüstungsfrage in letzter Zeit genommen hat. Namentlich in der englischen Presse war der Vorwurf erhoben worden, daß Deutschland sich der Verhandlung der Abrüstungsfrage zu widersetzen beabsichtige. Ein Beweis für diese Angabe wurde vorläufig nicht beigebracht, wohl aber suchte man den Anschein zu erwecken, als ob Deutschland, wenn es sich einer solchen Erörterung widersetzen sollte, gewissermaßen ein Verbrechen gegen die Humanität und die Friedensliebe begehe, die alle Völker vereinigen sollten. Man stellte es gewissermaßen als eine höhere Pflicht hin, nicht nur in jene Erörterung einzutreten, sondern sich auch dem Ergebnis zu unterwerfen, wenn man nicht als Feind des ganzen großen Friedenswerkes gebrandmarkt werden sollte. Danach darf man es wohl als überraschend und auffallend bezeichnen, daß England und sein japanischer Verbündeter genau zu demselben Vorbehalt gekommen sind wie Deutschland, Österreich und Rußland, und es dürfte nun sehr schwer sein, den Beweis dafür anzutreten, daß Vorbehalte, die für England und Japan berechtigt sind, für Deutschland unberechtigt sein sollen. Nach den Erklärungen, die jetzt durch die russische Note festgelegt sind, befindet sich Deutschland keineswegs, wie immer behauptet wurde, im Zustande der Isolierung, sondern in einer recht ansehnlichen Gesellschaft, zu der neben Österreich und Rußland sogar England und Japan gehören.

Mitte April. Die „Newyorker Staatszeitung" bringt unter der Überschrift: „Der Zweimächte-Standard und die deutsche Gefahr" einen Artikel, der sich mit der „Abrüstungskomödie Englands" beschäftigt. Sie schreibt u. a.:

England hat es mit seinem auch durch das neue Flottenprogramm gesicherten Zweimächte-Standard und dem ungeheuern Vorsprung, den die britische Flotte vor allen andern der Welt hat, leicht, mit Empfehlungen zur Herabsetzung der Rüstungen als Freund des Friedens zu paradieren. Ein größerer Humbug als diese friedensfreundliche Anwandlung Englands ist kaum noch dagewesen, und die Vereinigten Staaten werden sich hüten, diesem Humbug ihre Unterstützung angedeihen zu lassen; denn die Notwendigkeit einer starken Flotte für die Vereinigten Staaten hat die immer noch nicht völlig gelöste Verwicklung mit Japan dieser Tage deutlich genug dokumentiert. England würde es allerdings vortrefflich in seine Rechnung hineinpassen, wenn Amerika den Ausbau seiner Flotte verlangsamen würde. Man sagt sich wohl heute schon in England, daß eine Bedrohung des Zweimächte-Standards mehr von Amerika als von Deutschland ausgehen könne. In der großen Öffentlichkeit zieht England heute noch die deutsche Gefahr vor. Aber das Gespenst einer deutschen Gefahr wird sich in England verscheuchen lassen. Ist es das böse Gewissen, das nicht zur Ruhe kommen kann und nun durch Verdächtigungen andrer übertönt werden soll? Vielleicht ist auch diese ganze Gespensterseherei der deutschen Gefahr lediglich Humbug, wie es die friedensfreundliche Anwandlung ist. Diese Anwandlung ist von allen andern Mächten richtig erkannt worden. Die Vereinigten Staaten werden sich nicht düpieren lassen. Amerika braucht eine starke Flotte und wird sich wegen des Baues gewiß keine Vorschriften machen lassen. Auf die deutsche Gefahr wird seitens Englands losgeschlagen, und die Bedrohung des Zweimächte-Standards durch die Vereinigten Staaten ist gemeint.

30. April. Die Rede des deutschen Reichskanzlers Fürsten Bülow im deutschen Reichstage über die Frage der Abrüstung siehe Seite 65.

6. Mai. Die Rede des britischen Premierministers Campbell-Bannerman im britischen Unterhause siehe Seite 333. — In der zweiten Kammer der niederländischen Generalstaaten sagt der Minister des Äußern van Tets van Goudriaan zu, daß er die Aufmerksamkeit der holländischen Delegierten zur Friedenskonferenz auf eine Anregung Thomsons hinlenken werde, wonach der Konferenz die Frage der Einschränkung der Heeresdienstzeit vorgelegt werden soll. Die Kammer bewilligt sodann 100000 Gulden zum Empfang der Friedenskonferenz.

15. Mai. In einem halbamtlichen Telegramm der „Kölnischen Zeitung" heißt es:

Die offne Haltung Deutschlands hat schließlich auch in England zum mindesten an vielen Stellen eine gerechte Würdigung gefunden. Nicht berechtigt ist aber, wenn Bannerman in seiner letzten Rede ausführte, daß, wenn Deutschland nur einen einleitenden Schritt getan hätte, England ihm freundschaftlichst ohne jeden Hintergedanken

entgegengekommend sein würde. Tatsächlich liegen die Dinge so, daß England auf die russische Einladung, die unter der Beifügung eines Programms erfolgte, mit einer Annahme aber zugleich mit der Aufstellung eines Nebenprogramms antwortete. Man kann nicht ersehen, wie Deutschland, nachdem England sein Vorgehen eingeleitet hatte, ihm seinerseits durch einleitende Schritte hätte entgegenkommen können. Das wäre nur möglich gewesen, wenn England nach Berlin von seinen Absichten Kenntnis gegeben, während es in der ganzen Frage mit Petersburg verhandelte, von wo aus Mitteilungen an die deutsche Regierung gingen. Dementsprechend konnten weitere deutsche Mitteilungen nur nach Petersburg gemacht werden. Wenn einleitende Schritte zu Vorverhandlungen zwischen Deutschland und England nicht stattgefunden haben, kann man dabei Deutschland sicherlich keine Schuld beimessen.

Die Rede des italienischen Ministers des Äußern Tittoni in der italienischen Deputiertenkammer zur Abrüstungsfrage s. S. 341.

Die Vertreter des Deutschen Reichs zur Friedenskonferenz sind folgende:

der Kaiserliche Botschafter in Konstantinopel, Staatsminister Freiherr Marschall v. Bieberstein, erster bevollmächtigter Delegierter;

der Kaiserliche Gesandte in außerordentlicher Mission zu der Konferenz, Geheimer Legationsrat und Justitiar im Auswärtigen Amte Dr. Kriege, zweiter bevollmächtigter Delegierter;

der Marineattaché an der Kaiserlichen Botschaft in Paris, Konteradmiral Siegel, Marinedelegierter;

der Oberquartiermeister im Königlich preußischen Großen Generalstabe, Generalmajor v. Gündell, Militärdelegierter;

der ordentliche Professor an der Universität Bonn und Königlich preußische Kronsyndikus, Geheimer Justizrat Dr. Zorn, wissenschaftlicher Delegierter;

der Kaiserliche Legationsrat, ständiger Hilfsarbeiter im Auswärtigen Amte Dr. Göppert, Hilfsdelegierter;

der Kaiserliche Kapitänleutnant vom Admiralstabe der Marine Retzmann, Marinehilfsdelegierter;

der Vizekonsul beim Kaiserlichen Generalkonsulat in St. Petersburg Dr. Trautmann, Sekretär der Delegation.

Die Vertreter Großbritanniens sind: Sir Edward Fry, Lord Reay, Sir Ernest Satow, Sir Henry Howard.

15. Juni. Die zweite Friedenskonferenz wird im Schlosse zu Haag eröffnet. Es sind siebenundvierzig Staaten vertreten. Die Eröffnungsansprache hält der niederländische Minister des Auswärtigen **van Tets van Goudriaan,** indem er ausführt:

Meine Herren! Im Namen Ihrer Majestät der Königin, meiner erhabnen Herrscherin, habe ich die Ehre, Sie willkommen zu heißen. Ihre Majestät ist glücklich gewesen, ihre Einwilligung dazu zu geben,

daß ihre Residenz Ihrer erlauchten Versammlung Gastfreundschaft gewährt. Sie schließt sich dabei dem Gedanken an, von dem Seine Majestät der Kaiser von Rußland sich hat leiten lassen, als dieser Monarch den Mächten den Vorschlag hat unterbreiten lassen, zu einer zweiten Friedenskonferenz Delegierte zu entsenden. Die Regierung der Niederlande hat mich beauftragt, dem erhabnen Herrscher, der zu der Konferenz die Initiative ergriffen hat, von dieser Stelle aus Gefühle tiefer Ehrerbietung und aufrichtiger Dankbarkeit auszusprechen. Während der acht Jahre, die seit der ersten Konferenz verflossen sind, hat das 1899 begonnene Werk Fortschritte gemacht. Es wird Aufgabe der Geschichte sein, die Daten zu verzeichnen, die diese Entwicklung andeuten. Sie sind Ihnen übrigens bekannt. Ich kann es mir also ersparen, sie Ihnen ins Gedächtnis zurückzurufen; aber ich glaube, es ziemt sich, in dieser Stunde nicht zu unterlassen, dem hervorragenden Staatsmann, der die Geschicke der Vereinigten Staaten von Amerika leitet, den Tribut unsrer Dankbarkeit darzubringen. Herr Präsident Roosevelt hat in hohem Maße dazu beigetragen, das Samenkorn aufgehen zu lassen, das gesät worden ist von dem erhabnen Initiator der feierlichen internationalen Versammlungen, die zusammenberufen wurden zur Erörterung und weitern Präzisierung der Regeln des internationalen Rechtes, die, wie die Staaten zuerst anerkennen, ihre Beziehungen leiten sollen.

Die Ergebnisse der Arbeiten der ersten Friedenskonferenz sind Gegenstand scharfer Kritik gewesen. Diese Urteile sowie die Ereignisse, die eingetreten sind, und die einigen pessimistischen Geistern zufolge den Beweis von der Unfruchtbarkeit der Bemühungen dieser Konferenz geliefert haben sollen, haben den Lauf der Meinung, die sich zugunsten des Werkes der Versammlung von 1899 gebildet hatte, nicht ernstlich geschwächt. Der beste Beweis dafür, daß die Völker und ihre Regierungen, weit davon entfernt, sich um diesen Lauf der öffentlichen Meinung nicht zu kümmern, vielmehr seinem Einfluß sich unterwerfen, scheint mir die Bereitwilligkeit zu sein, mit der die Mächte der an sie ergangnen Einladung Folge geleistet haben. Diese sozusagen einstimmige günstige Aufnahme erschien mir als ein gutes Vorzeichen. Ich sah darin ein Anzeichen, das die Hoffnung zu rechtfertigen schien, daß die Konferenz, die heute mit ihren Arbeiten beginnen wird, eine Etappe bezeichnen werde auf dem Wege, der zu dem zu erstrebenden Ziele führen muß, und daß sie nicht die letzte seine werde, die sich zu gleichem Vorhaben im Haag versammelt.

Die Zunahme der Zahl der vertretnen Staaten — ihre Zahl hat sich fast verdoppelt — ist ein weiteres günstiges Symptom, dessen Tragweite man schwerlich unterschätzen wird. Denn je größer die Zahl der auf der Konferenz vertretnen Staaten ist, in desto höherm Grade

wird die allgemeine und unbestrittne Beobachtung der zu vereinbarenden Bestimmungen gesichert sein.

Das Huis ten Bosch, in dem im Jahre 1899 die Vertreter der Mächte ihre Sitzungen abhielten, war nicht geräumig genug, um eine solche Weltkonferenz von solch großer Zahl von Mitgliedern aufzunehmen. Es war darum erforderlich, einen andern Sitzungsraum zu beschaffen. Der ehrwürdige Saal, in den Sie soeben eingetreten sind, ist erbaut worden im 13. Jahrhundert durch Wilhelm II., Grafen von Holland, römischen König. Beschlüsse von großer Bedeutung, die seitdem in diesem Saale gefaßt wurden, haben ihm eine gewisse historische Berühmtheit gegeben. Gegenwärtig halten die Generalstaaten ihre gemeinsamen Sitzungen darin ab. Er ist uns würdig erschienen, die zweite Friedenskonferenz aufzunehmen, und dieselbe wird ihm einen neuen Anspruch auf historische Berühmtheit geben, die von nun an die Grenzen der nationalen Geschichte überschreiten wird, nachdem jetzt in seinen Mauern eine Versammlung tagt, die in vollständigster Weise die Staaten der Welt vertritt, wie es bis auf den heutigen Tag noch niemals der Fall gewesen ist.

Ich habe, meine Herrren, Ihnen zwei Vorschläge zu machen: zunächst, daß wir Seiner Majestät dem Kaiser aller Reußen unsre respektvolle Ehrerbietung zum Ausdruck bringen auf telegraphischem Wege und mit folgenden Worten:

„Bei Beginn ihrer Arbeiten legt die zweite Friedenskonferenz ihre ehrfurchtsvolle Huldigung zu Eurer Majestät Füßen nieder und spricht Euer Majestät ihre tiefe Dankbarkeit aus, daß Sie die Initiative ergriffen haben zur Fortsetzung des im Jahre 1899 begonnenen Werkes. Die Konferenz bittet Eure Majestät, überzeugt zu sein von ihrem aufrichtigen Wunsche, mit Aufbietung aller Kräfte zu arbeiten an der Vollendung der ebenso delikaten wie schwierigen Aufgabe, die ihr anvertraut wurde."

Zum Vorsitzenden wird der Botschafter des Zaren **Nelidow** gewählt, der nach Absendung eines Telegramms an die Königin der Niederlande die Vorgeschichte der Konferenz und den Anteil schildert, den der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika an ihrer Einberufung gehabt habe. Nelidow fährt dann fort:

„Indem ich hier die Vertreter von fast allen konstituierten Staaten vereinigt sehe, fühle ich mich lebhaft und tief bewegt. Es ist die Idee des Friedens, die die Regierungen veranlaßt, hervorragende Männer hierher zu entsenden, die über die Interessen beraten sollen, die der Menschheit die teuersten sind, nämlich die der Versöhnlichkeit und Gerechtigkeit. Ich hoffe, daß dieselben Gefühle bei den Delegierten obwalten und zum Erfolg der Aufgabe der Konferenz beitragen werden. Diese Aufgabe setzt sich aus zwei Teilen

zusammen. Einmal handelt es sich darum, Mittel zu suchen, um auf gütlichem Wege Differenzen, die zwischen Staaten entstehen können, zu schlichten und Abbruch der Beziehungen und Waffenkonflikte zu verhindern. Ferner muß man danach trachten, falls ein Krieg ausgebrochen ist, die Lasten, die er mit sich bringt, sowohl für die Kämpfer als für die zu mildern, die indirekt davon betroffen werden können. Man sagt zwar: damit die Kriege kurz und selten werden, müssen die davon betroffnen Bevölkerungen ihre ganze Schwere fühlen, damit sie danach trachten, sie möglichst schnell zu beenden, und nicht mehr eine Wiederholung wünschen. Diese Ansicht hat jedoch nur einen Schein von Richtigkeit. Die humanitären Maßnahmen, deren Einführung der ersten Konferenz zur Ehre gereicht, und die jetzt weiter vervollständigt werden sollen, haben in keiner Weise dazu beigetragen, den Geschmack am Kriegführen zu vermehren, sie haben im Gegenteil das Gefühl internationaler Nachsicht erhöht. Wir müssen also auf dem 1899 beschrittnen Wege bleiben. Was die Bestrebungen zur Vermeidung von Konflikten zwischen verschiednen Staaten anlangt, so ist es überflüssig, darauf hinzuweisen, welche Dienste die erste Konferenz schon der Sache des Friedens und des Rechtes geleistet hat."

Die Vertreter der Staaten, die bei der ersten Konferenz nicht vertreten waren, unterzeichnen eine Beitrittserklärung zu den Beschlüssen der ersten Konferenz. Sodann wird von den Vertretern der Signatarmächte der ersten Konferenz ein diese Beitrittserklärung feststellendes Protokoll unterzeichnet.

Nelidow zieht dann einen Vergleich zwischen dem Schiedsgerichtshof und der Tätigkeit der Friedensrichter, die sich ebenfalls mit der Schlichtung kleiner Zwistigkeiten befassen, und sagt, die Anerkennung des Grundsatzes der Schiedsgerichte hat zu der Geneigtheit geführt, solche anzurufen.

„Seit 1899 sind 33 Schiedsgerichtsverträge abgeschlossen worden; vier ernste und verwickelte Fragen, die geeignet waren, Störungen in den Beziehungen von Mächten zu schaffen, sind dem Haager Schiedsgerichtshof unterbreitet worden, sogar ein ungeheuer ernster Fall ist von ihm verhandelt worden. Die Arbeiten unsrer Vorgänger müssen uns ermutigen, ihr Werk fortzusetzen. Die Freunde der Zivilisation verfolgen den Fortschritt der Einrichtungen der ersten Konferenz mit Aufmerksamkeit. Carnegie hat sogar ein Vermögen dargebracht, um den Friedenspalast zu schaffen; aber immerhin sind unsre Betriebsmittel beschränkt. Die Völker sind, wie die Individuen, lebende Wesen, und wenn im täglichen Leben die Organe der Rechtspflege Zänkereien, Streitigkeiten und Gewalttätigkeiten nicht verhindern können, so ist es ebenso unter den Völkern. Vergessen

wir nicht, daß es eine Reihe von Fällen gibt, wo Ehre, Würde und wesentliche Interessen auf dem Spiele stehen, im Leben der Individuen wie im Leben der Völker, und wo diese keine andre Autorität werden anerkennen wollen als die ihres eignen Urteils und ihres persönlichen Gefühls. Das darf uns aber nicht den Mut nehmen, auf den Weltfrieden und die Brüderlichkeit der Völker zu sinnen. Die Hauptsache für den Fortschritt ist die Befolgung des Ideals, seine Devise ist Excelsior. Wir werden also an dem Werke arbeiten, erleuchtet von dem glänzenden Sterne des Weltfriedens, der uns zum Wohle der Menschheit leiten wird. Was wir für die Individuen tun können, indem wir die Wechselfälle des Krieges lindern, und für die Staaten, indem wir Konflikte beseitigen, das sind für unsre Regierungen ebensoviel Ansprüche auf die Dankbarkeit der Menschheit."

22. Juni. In der ersten Kommission der Friedenskonferenz hält der Präsident **Bourgeois** eine Ansprache, in der er die Frage des obligatorischen Schiedsgerichts erwähnt. Der mexikanische Delegierte de la Barra verliest eine Studie über verschiedne auf das obligatorische Schiedsgericht bezügliche Abkommen. Die deutsche Delegation bringt einen Antrag betreffend das Oberprisengericht ein. Auch die englische Delegation bringt ihren diesbezüglichen Antrag ein. Der deutsche Antrag bestimmt unter anderm, daß, falls ein nationales Prisengericht die Giltigkeit der Wegnahme eines Schiffes oder von Schiffsgütern ausgesprochen hat, darüber gemäß den Gesetzen des betreffenden Staates verfügt werden soll; falls die Ungiltigkeit der Wegnahme ausgesprochen wird, ordnet das Prisengericht die Rückerstattung des Schiffes oder der Güter an und stellt den Schadenersatz fest. Zu Beginn eines Seekrieges soll ein internationales Oberprisengericht gebildet werden, bei dem gegen die Urteile der nationalen Prisengerichte Berufung eingelegt werden kann. Falls mehrere Staaten in einen Seekrieg verwickelt sind, werden so viele verschiedne Oberprisengerichte gebildet, als es Gegenpaare gibt. Das internationale Oberprisengericht soll aus fünf Mitgliedern bestehen, und zwar zwei Admiralen und drei Mitgliedern des ständigen Haager Schiedsgerichtshofes. Das Oberprisengericht tritt bei der ersten Berufung gegen ein Urteil eines Prisengerichts zusammen und löst sich nach Friedensschluß und der endgiltigen Erledigung allen Prisenprozesse wieder auf.

Der deutsche Antrag betreffend die Behandlung neutraler Personen im Gebiete der Kriegführenden besagt unter anderm: Als neutrale Personen werden alle Angehörigen eines Staates angesehn, der am Kriege nicht teilnimmt. Die kriegführenden Parteien können neutrale Personen selbst mit deren Einwilligung nicht zum Kriegsdienst heranziehen. Die neutralen Mächte müssen ihren An-

gehörigen untersagen, Kriegsdienst in der bewaffneten Macht einer kriegführenden Partei zu nehmen.

Die französische Delegation bringt einen Entwurf betreffend die Schiedsgerichtsfrage ein. Sodann wird beschlossen, zwei Unterkommissionen zu bilden, die erste für die Schiedsgerichtsfrage, die zweite für das Oberprisengericht.

Die zweite Kommission tritt unter dem Vorsitze des Vertreters Belgiens, des Ministers a. D. **Beernaert** zusammen. Beernaert geht auf den Ursprung der Friedenskonferenz ein und wirft einen Rückblick, um zu zeigen, daß Rußland bezüglich des Zieles der Konferenz seinen Traditionen treu geblieben sei. Wenn man sagt, so führt der Redner weiter aus, daß unsre Bemühungen in sehr vielen Punkten unfruchtbar geblieben sind, wer konnte denn hoffen, daß unser so verwickeltes Ziel gleich auf den ersten Hieb erreicht werden würde? Es ist wahrhaftig nicht gut, die bisher erreichten Ergebnisse zu verkennen. Die Konferenz kann vertrauensvoll das Werk von 1899 wieder aufnehmen, und sie wird darauf halten, die neuen Fortschritte, die die öffentliche Meinung fordert, auch zu verwirklichen. Es genügt uns, uns mehr als je für die erhabnen Grundsätze der Menschlichkeit und Brüderlichkeit zu begeistern, die die Beziehungen der Menschen selbst in Kriegszeiten regeln sollen. — Nach dieser Ansprache teilt sich die Kommission auf Vorschlag Beernaerts in zwei Unterkommissionen. Die eine wird untersuchen, wie die Gesetze und Gewohnheiten des Landkrieges und die sich darauf beziehenden Erklärungen von 1899 verbessert werden könnten. Die andre wird unter dem Vorsitze des niederländischen Delegierten **Asser** die Rechte und Pflichten der Neutralen zu Lande und das, was die Eröffnung der Feindseligkeiten betrifft, studieren.

Der zweite deutsche Delegierte Dr. **Kriege** bringt einen Entwurf betreffend die Behandlung von Neutralen im Gebiete von Kriegführenden ein. Der französische militärische Delegierte Amourel kündigt die baldige Vorlage zweier Entwürfe betreffend die Rechte und Pflichten der Neutralen sowie die Eröffnung der Feindseligkeiten an. Der russische Delegierte Jermolow kündigt ebenfalls einen Antrag an, betreffend die Eröffnung der Feindseligkeiten. Hinsichtlich dieser Frage erklärt die Kommission, daß mangels jeden diesbezüglichen internationalen Aktes jedes Land ermächtigt sei, seinen Gesichtspunkt für den korrekten zu halten.

25. Juni. Die dritte Kommission der Konferenz eröffnet der Vorsitzende **Tornielli** mit einer Rede, in der er Italien als die Wiege des Völkerrechts bezeichnet. Es werden zwei Unterkommissionen gebildet. In der ersten werden behandelt die Fragen betreffend das Bombardement offner Städte, die Verwendung von Torpedos

sowie betreffend die Genfer Konvention; Präsident dieser Unterkommission ist Tornielli. Die zweite Unterkommission, deren Präsident **Hagerup** (Norwegen) ist, erörtert die Fragen betreffend Schiffe und Eigentum der Kriegführenden in neutralen Häfen. **Porter** (Amerika) bringt einen Antrag betreffend das Bombardement offner Städte ein, **Kriege** (Deutschland) einen solchen betreffend die Anwendung der Genfer Konvention im Seekriege. **Satow** (England) behält sich vor, einen Antrag betreffend die Verwendung von Torpedos einzubringen. Ein chinesischer Delegierter erklärt, China nehme offiziell das Rote Kreuz als Symbol der Genfer Konvention an; ein türkischer Delegierter erklärt, die Türkei behalte aus religiösen Gründen den Halbmond als Symbol der Genfer Konvention bei.

Die vierte Kommission eröffnet der Präsident **v. Martens** mit einer Ansprache, in der er der Hoffnung Ausdruck gibt, daß die Vertreter aller Nationen ihre persönliche Auffassung, ihre Berechnungen, ihre Vorurteile und ihre Voreingenommenheiten mitgebracht hätten, um sie dem Gotte des Rechtes, der Gerechtigkeit und des Friedens zu opfern. Er fügt hinzu, Rußland habe keinen Antrag gestellt, aber sein Wunsch sei, daß alle die Zukunft und das Ziel der Konferenz im Auge behalten. — England bringt einen Antrag ein betreffend die Wegnahme von Schiffen der Neutralen; es wird einen weitern Antrag einbringen, durch den der Begriff eines Kriegsfahrzeuges festgelegt werden soll, und gibt eine Erklärung ab über die Frage der Kriegskonterbande. Amerika stellt einen Antrag betreffend das feindliche Privateigentum auf hoher See.

26. Juni. In der ersten Kommission wird der von Frankreich angekündigte Vorschlag über das bei der Eröffnung von Feindseligkeiten zu beobachtende Verfahren eingebracht. Er besagt: 1. Die Vertragsmächte erkennen an, daß die Feindseligkeiten zwischen ihnen nur nach einer vorausgegangnen und unzweideutigen Ankündigung beginnen dürfen, die entweder die Form einer motivierten Kriegserklärung oder eines Ultimatums mit bedingter Kriegserklärung haben kann; 2. der Kriegszustand muß den Mächten ohne Verzug mitgeteilt werden.

28. Juni. Die zweite Unterkommission der zweiten Kommission unter Vorsitz des schweizerischen Vertreters **Borel** wird sich mit letzterwähntem französischen Antrage befassen. Bezüglich dieses Antrags erklärt der russische Vertreter **Tscharykow**, dieser Antrag trage den Wünschen Rußlands genügend Rechnung. — Der Delegierte **Asser** stellt folgenden Fragebogen: Ist es wünschenswert, ein internationales Abkommen über die Eröffnung von Feindseligkeiten zu treffen? Bejahendenfalls: Ist es angebracht, zu fordern, daß der Eröffnung von

Feindseligkeiten eine Kriegserklärung oder ein gleichbedeutender Akt vorangeht? Ist es angebracht, eine Frist festzustellen, die zwischen der Notifizierung eines solchen Aktes und der Eröffnung der Feindseligkeiten liegen muß? Soll man bestimmen, daß die Kriegserklärung oder der gleichbedeutende Akt den Neutralen notifiziert wird? Und durch wen? Welches würde die Folge sein von der Nichtbefolgung der vorstehenden Regeln? Welches ist die diplomatische Form, in der die Feststellung über das Bestehen des Abkommens geboten erscheint? Der Delegierte **Lou Tseng-Tsiang** erklärt, China werde sich das Recht der Nichtbeteiligung vorbehalten bei Fragen, deren Lösung ihm unwahrscheinlich dünke, es werde sich aber jeder Resolution anschließen, für die einstimmige Annahme zu erwarten sei. In der ersten Unterkommission der ersten Kommission teilt **Bourgeois** mit, daß die brasilianische Regierung auf Wunsch des panamerikanischen Kongresses, der vom 21. Juli bis Ende August 1906 in Rio de Janeiro tagte (Deutscher Geschichtskalender von 1906, Bd. 2, S. 292), die Kommission von den Ergebnissen benachrichtigt habe, zu denen der Kongreß bezüglich des Schiedsgerichtsprinzips gelangt sei, und daß der Kongreß dem Wunsche Ausdruck gegeben habe, dieses Prinzip von der Friedenskonferenz in einer Weise festgelegt zu sehen, die den Interessen der gesamten Kulturwelt entspreche. Ferner bringt der Vorsitzende eine Mitteilung der argentinischen Regierung über das Schiedsgericht im allgemeinen und über ihre Beziehungen zu dem Haager Schiedsgerichtshof zur Kenntnis und gibt bekannt, daß die argentinische Delegation der Friedenskonferenz die von Argentinien seit der ersten Haager Konferenz geschlossenen Schiedsverträge im Wortlaut mitgeteilt habe. — Sodann beginnt die Kommission die Lesung der 1899er Übereinkunft betreffend das Schiedsgericht. Der amerikanische Delegierte Choate äußert hierbei den Wunsch, Artikel 3 möge aussprechen, daß die Signatarmächte es nicht nur als nützlich, sondern auch als wünschenswert bezeichnen, daß eine oder mehrere fremde Mächte den im Widerstreit befindlichen Staaten aus eigner Initiative ihre guten Dienste und ihre Vermittlung anbieten.

Personen-Verzeichnis

v. Abert, Erzbischof von Bamberg 30. 158. 161.
v. Aehrenthal, österr.-ung. Min. d. Aus. 215.
Alexinski, russ. Abg. 257.
Alfons, König von Spanien 335.
Apponyi, Graf, ung. Unterr.-Minister 232. 233. 234. 235. 239.
Arenberg, Prinz, Abg. 220.
v. Arnim, preuß. Minister 96. 97. 112. 114. 119. 137.
v. Arnim, preuß. Abg. 119.
v. Arnim, preuß. Generallln. 63.
Asquith, engl. Minister 306. 312. 313.
Auer, d. R.-T.-Abg. 220.

Bailloud, franz. General 291. 292. 298. 299.
Balfour, brit. Abg. 305. 311. 315. 322.
v. Ballestrem, Graf, preuß. Abg. 100. 118.
Barthou, franz. Min. 277. 294.
Bassermann, d. R.-T.-Abg. 43. 65. 153. 155.
Bebel, d. R.-T.-Abg. 40. 47. 61. 70. 74.
v. Beck, österr. Ministerpräs. 221. 223. 231.
Becker, preuß. Abg. 131.
Beernaert, belg. Min. a. D. 357. 359.
Behrens, d. R.-T.-Abg. 53.
Berchem, Graf, d. U.-St.-Sekr. a. D. 29.
Bernstein, soz.-dem. Schriftsteller 175.
Beseler, preuß. Justizminister 98. 123.
v. Bethmann-Hollweg, preuß. Minister 99. 100. 135. 136. 218.
Bienaimé, französ. Admiral 292.
Bihourd, franz. Botschafter 303.
Birrel, engl. Minister 310.
Blind, Karl, Politiker 220.
Bödiker, Präs. des Reichsvers.-Amts 219.
Bond, Min.-Präs. von Neufundland 327.
v. d. Borght, Präs. d. stat. Amts 87.
Botha, General 324. 325. 329. 330.
v. Böttticher, Staatsminister 220.
Bourgeois, französ. Gesandter 356. 359.
Brefeld, preuß. Handelsminister 220.
Breitenbach, preuß. Minister 70. 103. 104. 113. 126. 127. 130.
Briand, französ. Kultusminister 273. 274. 279. 283. 284. 285. 289. 295.
Brisson, Präs. der französ. Deput.-K. 276. 291.
Broemel, preuß. Abg. 101. 118.
v. Bülow, Fürst, d. Reichskanzler 4. 5. 16. 32. 35. 44. 47. 65. 67. 68. — Preuß. Min.-Präs. 92. 146. 207. 215. 241. 333.
Burgeß, Prof. 217.

Caillaux, franz. Finanz-Minister 277. 279. 280. 282. 283. 297.
Cambon, Botsch. der franz. Rep. in Berlin 189. 215. 303.
Campbell-Bannerman, brit. Prem.-Minister 306. 308. 315. 319. 321. 328. 333. 346.
v. Carmer, Graf 124.
Casimir Périer, ehem. Präs. d. franz. Rep. 188. 304.
Cassel, preuß. Abg. 110. 127. 129.
Cereteli, russ. Abg. 251. 254.
Churchill, brit. U.-St.-Sekr. d. Kolon. 307. 321. 323. 331.
Clemenceau, französischer Ministerpräsident 275. 284. 285. 286. 288. 291. 292. 295.
v. Coudenhove, Graf, Statthalter von Böhmen 227.
v. Cramer-Klett, Frhr., bayr. Reichsrat 29.
Crewe, Earl 315.

Crüger, preuß. Abg. 133.
Curtius, Prof. in Straßburg 195.

Daller, Prälat in Bayern 160.
Delbrück, preuß. Min. 101. 126. 133.
Delcassé, franz. Abg. 287.
Dernburg, stellv. Kolon.-Dir. 8. 12. 21. 23. 74. 75.
Deschanel, französ. Abg. 292. 294.
v. Dirksen, d. R.-T.-Abg. 57. 86.
Dittrich, preuß. Abg. 106.
Dubost, Präs. d. franz. Senats 276.
Dupuy, franz. Senator 278.
v. Durant, Mitgl. d. preuß. Herrenh. 118.

Eduard VII., König v. Großbritannien 335. 342.
v. Einem, preuß. Kriegsminister 61. 62. 63.
Elgin, engl. Kolonialsekretär 331.
Elster, preuß. Geh. Rat 112.
v. Erffa, preuß. Abg. 94. 126.
Erzberger, d. R.-T.-Abg. 159.

Fallières, Präsident der franz. Rep. 185. 335.
Fischbeck, preuß. Abg. 98.
Fischer, d. R.-T.-Abg. 39.
Fischer, Prof. in Karlsruhe 165.
Franz Joseph, Kaiser von Österreich 227. 229.
Friedberg, preuß. Abg. 95. 99. 107. 110. 114. 115. 129. 151.
Friedrich August III., König v. Sachsen 35. 186.

Gamp, d. R.-T.-Abg. 50. 54.
Gauthier, franz. Abg. 277. 293. 294.
Georg, König von Griechenland 342.
Giesberts, d. R.-T.-Abg. 57. 86.
Giolitti, ital. Ministerpräsident 336. 337.
Glatzel, preuß. Abg. 96.
Golowin, Präsident der russ. Duma 249. 250. 259. 264.
Golubew, Vizepräs. des russ. Reichsrats 249.
Gothein, d. R.-T.-Abg. 53.
Götz von Olenhusen, d. R.-T.-Abg. 67. 71.
Grey, engl. Staatssekretär 306. 307. 308. 309. 316.
v. d. Gröben, Graf, pr. Abg. 98. 129.
Gröber, d. R.-T.-Abg. 51. 82.
Gyßling, preuß. Abg. 136.

Häckel, Prof. in Jena 116. 194.
Hagerup, norweg. Ges. 358.
Hahn, Dir. des Bundes der Landw. 136. 139.
v. Hahnke, Generalfeldmarschall 182.
Haldane, brit. Kriegsminister 314. 316. 322. 326. 329. 334. 347.
Hanotaux, franz. Min. a. D. 302.
Harnack, Prof. in Berlin 194.
v. Häseler, Generalfeldmarschall 117.
v. Hatzfeld, Fürst, d. R.-T.-Abg. 51. 65. 116.
Heiligenstadt, Präsident 103.
Herold, preuß. Abg. 127.
v. Hertling, Professor in München 31. 53. 64.
v. Heydebrand 106. 109.
v. Heyl, d. R.-T.-Abg. 79.
Hieber, d. R.-T.-Abg. 85.
Hirsch, preuß. Abg. 127.
v. Hoensbroech, Graf, Mitgl. d. preuß. Herrenhauses 20. 165.
Hötzsch, Professor in Posen 168.
Hubert, franz. Abg. 202.
Hué, d. R.-T.-Abg. 85.

Jameson, Premierminister 330.
Jaurès, franz. Abg. 281. 283. 285. 288. 294. 295. 298. 300.
v. Jazdzewski, preuß. Abg. 106.
Johann Albrecht, Herzog v. Mecklenb.-Schwerin 202. 203.

Kahl, Prof. in Berlin 14. 198.
Kaempf, d. R.-T.-Abg. 38. 67.
v. Kanitz, Graf, d. R.-T.-Abg. 92. 126.
Karawajew, russ. Abg. 255.
v. Kardorff, preuß. Abg. 111. 141.
Karl, König von Rumänien 227.
Keim, Gen.-Maj. 182.
v. Keyserlinck, Graf 115.
Kokowzew, russ. Fin.-Min. 244. 255. 256. 257.
v. Königsmarck, Graf 116.
Kopp, Kardinal, Fürstbischof von Breslau 172.
v. Koscielski, Mitglied des Herrenh. 117. 172.
Kossuth, ungar. Handelsminister 236.
Kraetke, deutscher Staatssekr. 63. 92.

Kramař, österr. Abg. 226.
Kreth, d. R.-T.-Abg. 40. — Preuß. Abg. 99.
Kriege, deutscher Ges. 357. 358.
Kröcher, d. R.-T.-Abg. 53.
Kulerski, d. R.-T.-Abg. 69.
Kutler, russ. Abg. 255. 256.

Lamsdorf, russ. Minister 270.
Langlois, französ. Abg. und General 278.
Latscher, österr. Minister 222.
Laurier, Prem.-Minister von Kanada 327. 329.
Lecot, Kard.-Erzb. 272.
Lee, engl. Abg. 318.
Liebermann, d. R.-T.-Abg. 50. 61.
Liebert, d. R.-T.-Abg. 40. 52.
v. Lindequist, Gouverneur v. Deutsch-Südwestafrika 20. 23. 76.
Löning, Prof. in Halle 118.
v. Löwenstein, Fürst 30.

Majorana, ital. Schatzminister 338.
Makarow, russ. Min.-Beamter 259.
Málkewitz, preuß. Abg. 101.
v. Manteuffel, Mitglied des preuß. Herrenhauses 140.
Marcora, ital. Abg. 335.
Marie, Königin von Hannover 166.
Marschall v. Bieberstein, d. Botschafter in Konstantinopel 352.
Martens, russischer Staatsrat 346. 358.
Melzer, ungar. Abg. 234.
Meunier, franz. Abg. 284.
v. Mielczynski, Graf 53.
v. Mirbach, Graf 116.
Mirski, Fürst, russ. Abg. 254.
Möller, preuß. Minister a. D. 217.
v. Moltke, preuß. Minister d. Innern. 218.
Montagnini, päpstl. Nunzius in Paris 275.
Morley, engl. Staatssekretär 307.
Mugdan, d. R.-T.-Abg. 54. 59. 86.
v. Mühlberg, deutscher Unterstaatssekretär 212. 213. 303.
Müller a. Meiningen, d. R.-T.-Abg. 60. 61.
Müller a. Fulda, d. R.-T.-Abg. 159.
Müller, München 164.
v. Münchhausen, Konsul 165
Münsterberg, preuß. Abg. 127.

Naumann, d. R.-T.-Abg. 54. 150.
v. Neidhardt, bayr. B.-R.-Bev. 72.
Nelidow, russ. Gesandter 354. 355.
v. Neumann-Hofer, d. R.-T.-Abg. 53.
Newton, Lord 309.
Nieberding, deutscher Staatssekretär 60. 82. 83.
Nikolaus II., Zar 247. 264. 269.
Noske, d. R.-T.-Abg. 62.

v. Oertzen 193. 194.
v. Oldenburg, preuß. Abg. 111.
Örtel, d. R.-T.-Abg. 84.

Paasche, d. R.-T.-Abg. 38. 53.
v. Pappenheim, preuß. Abgeordneter 102. 113.
Pauli, d. R.-T.-Abg. 56.
Payer, d. R.-T.-Abg. 51.
Pelletan, französischer Abgeordneter 283.
Perrier, franz. Abg. 277.
Pichler, d. R.-T.-Abg. 70.
Pichon, französ. Minister des Äuß. 278. 280. 281. 285. 286. 296. 301.
Picquart, französ. Kriegsminister 279. 290. 291. 292. 293. 299.
Pobjedonoszew, russ. Oberprokurator 270.
Poensgen, Reg.-Rat 154.
Poincaré, französischer Abgeordneter 276.
Polonyi, ungarischer Justizminister 233.
Porsch, preuß. Abgeordneter 124.
Porter, nordamerikanischer Gesandter 358.
Portsmouth, Lord 317.
v. Posadowsky, Graf, Staatssekretär des Innern 39. 50. 53. 54. 55. 57. 58. 59. 69. 71. 80. 81. 83. 85. 88. 91. 179. 218.
Prade, österr. Minister 225.
v. Praschma, Graf, preuß. Abg. 95. 108. 114. 186.
Prietze, preuß. Abg. 124.
v. Puttkamer, Gouverneur v. Deutsch-Kamerun 204.

Quadt, Fürst 30.

Raab, d. R.-T.-Abg. 54.
v. Radziwill, Fürst, d. R.-T.-Abg. 50. 117.
Reinke, Prof. in Kiel 116.